



Monatsbericht September 2022

74. Jahrgang
Nr. 9

Deutsche Bundesbank
Wilhelm-Epstein-Straße 14
60431 Frankfurt am Main

Postfach 10 06 02
60006 Frankfurt am Main

Tel.: 069 9566-33512
E-Mail: www.bundesbank.de/kontakt

Internet: www.bundesbank.de

Publizistische Verwertung nur mit Quellen-
angabe gestattet.

ISSN 0012-0006 (Druckversion)
ISSN 1861-5872 (Internetversion)

Abgeschlossen am:
16. September 2022, 11:00 Uhr.

Ein Veröffentlichungskalender für ausgewählte Statistiken kann unter der nebenstehenden Internetadresse abgerufen werden. Die entsprechenden Daten werden ebenfalls im Internet publiziert.

Der Monatsbericht erscheint im Selbstverlag der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main, und wird aufgrund von § 18 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank veröffentlicht. Er wird an Interessenten kostenlos abgegeben.



■ Inhalt

■ Kurzberichte	5
Konjunkturlage	5
Öffentliche Finanzen	9
Wertpapiermärkte.....	12
Zahlungsbilanz	13
■ Negativzinsphase und Pandemie im Spiegel des Bank Lending Survey	17
<i>Durchführung und Auswertung des Bank Lending Survey</i>	<i>20</i>
<i>Zusatzfragen im Bank Lending Survey</i>	<i>23</i>
<i>Vorlauf des Bank Lending Survey gegenüber der Kreditvergabe</i>	<i>28</i>
■ Produktivitätswirkungen der Reallokation im Unternehmenssektor während der Coronavirus-Krise	47
<i>Digitalisierung im deutschen Unternehmenssektor seit Ausbruch der Coronavirus-Pandemie</i>	<i>54</i>
<i>Die Rolle von Unternehmensgründungen in der Coronavirus-Krise für die Wirtschaftsaktivität in Deutschland</i>	<i>58</i>
■ Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2021	67
<i>Zur Interpretation von nach Bankengruppen aufgeschlüsselten Ertragskomponenten vor dem Hintergrund des Brexit</i>	<i>71</i>
<i>Methodische Erläuterungen</i>	<i>75</i>
<i>Veränderung des Zinsaufwands deutscher Banken durch Konditionsanpassungen im Einlagengeschäft mit Nichtbanken im Kalenderjahr 2021</i>	<i>85</i>
<i>Abschätzung des Effektes einer Zinswende auf die Zinsmarge der deutschen Kreditinstitute</i>	<i>93</i>
■ Zur Rolle des Internationalen Währungsfonds bei der Krisenprävention und Krisenbewältigung.....	109
<i>Sonderziehungsrechte und ihre Nutzung.....</i>	<i>111</i>
<i>Internationaler Währungsfonds und Klimawandel</i>	<i>117</i>
<i>Der Institutional View des Internationalen Währungsfonds</i>	<i>120</i>
<i>Finanzausstattung des Internationalen Währungsfonds: Umfang und Verteilung der Beiträge.....</i>	<i>128</i>
<i>Artikel IV-Konsultation und Financial Sector Assessment Program mit Deutschland im Jahr 2022</i>	<i>135</i>

■ Statistischer Teil.....	1*
Wichtige Wirtschaftsdaten für den Euroraum.....	5*
Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum.....	8*
Konsolidierter Ausweis des Eurosystems.....	16*
Banken.....	20*
Mindestreserven.....	42*
Zinssätze.....	43*
Versicherungen und Pensionseinrichtungen.....	48*
Kapitalmarkt.....	50*
Finanzierungsrechnung.....	54*
Öffentliche Finanzen in Deutschland.....	58*
Konjunkturlage in Deutschland.....	66*
Außenwirtschaft.....	75*
■ Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank.....	85*

Abkürzungen und Zeichen

- p** vorläufige Zahl
- r** berichtigte Zahl
- s** geschätzte Zahl
- ts** teilweise geschätzte Zahl
- ... Angabe fällt später an
- . Zahlenwert unbekannt, geheim zu halten oder nicht sinnvoll
- 0** weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

■ Kurzberichte

■ Konjunkturlage

Grundtendenzen

Anzeichen für eine Rezession der deutschen Wirtschaft mehren sich

Es mehren sich die Anzeichen für eine Rezession der deutschen Wirtschaft im Sinne eines deutlichen, breit angelegten und länger anhaltenden Rückgangs der Wirtschaftsleistung.¹⁾ Dies ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass sich die gesamtwirtschaftlichen Angebotsbedingungen – insbesondere die Energieversorgung – infolge des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine erheblich verschlechterten. Die hohe Inflation und die Unsicherheit in Bezug auf die Energieversorgung und ihre Kosten beeinträchtigen dabei nicht nur die gas- und stromintensive Industrie sowie deren Exportgeschäfte und Investitionen, sondern auch den privaten Konsum und die davon abhängigen Dienstleister.

Wirtschaftsleistung dürfte im laufenden Quartal etwas zurückgehen ...

Nachdem die Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal noch leicht gestiegen war, geht sie wohl im laufenden Quartal etwas zurück. Der Einstieg im Juli war bereits durchwachsen. So konnte der Einzelhandel seine realen Umsätze steigern, und der Wegfall der meisten Corona-Schutzmaßnahmen dürfte in Gastronomie und Tourismus noch etwas nachgewirkt haben. Industrie und Bauhauptgewerbe produzierten jedoch spürbar weniger als im Vormonat. Im August waren die Unternehmen laut ifo Institut weniger zufrieden mit den laufenden Geschäften und sahen unverändert pessimistisch in die Zukunft. Die Einkaufsmanager meldeten gemäß S&P Global nachlassende Geschäfte in Industrie und im Dienstleistungssektor. Der vom Marktforschungsinstitut GfK ermittelte Konsumklimaindex sank das dritte Mal in Folge und erreichte ein neues Rekordtief, vor allem, weil die Sparneigung der Verbraucher stark anstieg.

... und im Winterhalbjahr merklich schrumpfen

Die schlechte Stimmung in der deutschen Wirtschaft und bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern spiegelt auch die jüngst zugespitzte

Versorgungslage am Gasmarkt wider, die zudem auf den Strompreis ausstrahlt. Nachdem die russischen Gaslieferungen nach Deutschland weitgehend eingestellt wurden, ist die Lage bei der Gasversorgung in den kommenden Monaten äußerst angespannt. Allerdings könnte aus heutiger Sicht die formale Rationierung von Gas auch ohne die Lieferungen über die Pipeline Nord Stream 1 wohl gerade noch vermieden werden – dank der höheren Lieferungen aus anderen Ländern und der Fortschritte bei Verbrauchseinsparungen und Gaseinspeicherungen. Dafür ist jedoch eine weitere, erhebliche Minderung des Gasverbrauchs notwendig – insbesondere auch bei den privaten Haushalten. Die Gaseinsparungen gehen zum Teil mit ähnlichen Effekten wie eine Rationierung einher, wenn Unternehmen ihre Produktion aus Wirtschaftlichkeitsgründen drosseln oder ganz einstellen. Alles in allem dürfte die Wirtschaftsleistung im vierten Quartal merklich zurückgehen. Dies dürfte wohl auch für das erste Quartal des kommenden Jahres gelten. Ein Einbruch vom Ausmaß des in der Juni-Projektion erstellten adversen Szenarios ist dabei zwar aus heutiger Sicht nicht zu befürchten.²⁾ Der Ausblick ist jedoch ausgesprochen unsicher.

Industrie

Die Industrieproduktion sank im Juli gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt trotz abneh-

¹ Neben diesen drei gängigen Kriterien für eine Rezession können zusätzlich noch die unterausgelasteten gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten angeführt werden, vgl.: Deutsche Bundesbank (2019a und 2019b). Von einer „technischen Rezession“ ist hingegen üblicherweise dann die Rede, wenn das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) in zwei aufeinander folgenden Quartalen zurückgeht, unabhängig von der Tiefe und der Breite des Rückgangs.

² Im adversen Szenario wurden neben einem permanenten Stopp russischer Energielieferungen noch weitere ungünstige Annahmen getroffen, die sich so bislang nicht materialisiert haben, vgl.: Deutsche Bundesbank (2022). Die jüngst von der Bundesregierung angekündigten Entlastungsmaßnahmen dürften zudem den zu erwartenden BIP-Rückgang etwas abmildern.

Zur Wirtschaftslage in Deutschland ^{*)}

saison- und kalenderbereinigt

Zeit	Auftragseingang (Volumen); 2015 = 100			
	Industrie			Bauhaupt- gewerbe
	insgesamt	davon:		
	Inland	Ausland		
2021 4. Vj.	109,2	105,3	112,2	128,5
2022 1. Vj.	112,3	103,4	119,1	127,5
2. Vj.	106,1	102,3	108,9	110,1
Mai	106,1	101,4	109,7	112,4
Juni	105,8	102,6	108,2	106,2
Juli	104,6	98,0	109,6	...
Produktion; 2015 = 100				
	Industrie			Bau- gewerbe
	insgesamt	darunter:		
		Vorleis- tungs- güter- produ- zenten	Investi- tions- güter- produ- zenten	
2021 4. Vj.	96,8	101,3	91,6	113,6
2022 1. Vj.	96,6	102,3	89,8	117,0
2. Vj.	95,9	100,9	89,5	113,1
Mai	95,7	100,6	89,5	113,0
Juni	96,9	101,1	91,5	112,0
Juli	95,9	100,5	90,8	113,6
Außenhandel; Mrd €				nachr.: Leis- tungs- bilanz- saldo; Mrd €
	Ausfuhr	Einfuhr	Saldo	
2021 4. Vj.	357,27	326,53	30,76	58,85
2022 1. Vj.	366,08	344,17	21,91	48,05
2. Vj.	389,44	379,61	9,83	29,30
Mai	128,64	127,71	0,93	8,18
Juni	134,08	127,86	6,22	10,83
Juli	131,37	125,98	5,39	8,35
Arbeitsmarkt				
	Erwerbs- tätige	Offene Stellen ¹⁾	Arbeits- lose	Arbeits- losen- quote in %
	Anzahl in 1 000			
2021 4. Vj.	45 216	800	2 421	5,3
2022 1. Vj.	45 411	848	2 324	5,1
2. Vj.	45 544	867	2 336	5,1
Juni	45 571	868	2 424	5,3
Juli	45 594	857	2 469	5,4
Aug.	...	856	2 497	5,5
Preise; 2015 = 100				
	Einfuhr- preise	Erzeuger- preise gewerb- licher Produkte	Bau- preise ²⁾	Harmo- nisierte Ver- braucher- preise
2021 4. Vj.	120,8	125,7	132,2	111,1
2022 1. Vj.	130,4	136,2	138,1	114,2
2. Vj.	139,3	146,9	147,9	117,5
Juni	140,8	148,3	.	117,9
Juli	142,9	156,2	.	118,7
Aug.	119,4

* Erläuterungen siehe: Statistischer Teil, XI, und Statistische Fachreihe Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen. ¹ Ohne geförderte Stellen und ohne Saisonstellen. ² Nicht saison- und kalenderbereinigt.

Deutsche Bundesbank

mender Materialengpässe spürbar (-1%).³⁾ Gemessen am Frühjahrsquartal blieb sie jedoch unverändert. Die hohen Energiekosten belasteten die energieintensiven Sektoren. So ging die Produktion der Chemischen Industrie – wie schon seit Jahresbeginn – stark zurück. Die Erzeugung von Vorleistungsgütern verringerte sich insgesamt leicht. Auch die Herstellung von Konsumgütern nahm branchenübergreifend deutlich ab, wobei insbesondere Produzenten von Möbeln und die Pharmaindustrie stark betroffen waren. Demgegenüber nahm die Fertigung von Investitionsgütern merklich zu, mit beträchtlichen Steigerungen bei Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen sowie beim sonstigen Fahrzeugbau. Die Produktion von Kfz und Kfz-Teilen lag spürbar über dem Stand des zweiten Quartals. Allerdings deuten Angaben des Verbandes der Automobilindustrie darauf hin, dass hier die zeitliche Lage der Schulferien eine Rolle spielte. Demnach ging die Zahl gefertigter Pkw im August kräftig zurück. Im Mittel der beiden Ferienmonate lag sie in etwa auf dem Stand des zweiten Quartals.

*Industrie-
produktion im
Juli gesunken*

Der Auftragseingang in der Industrie setzte seine seit Jahresbeginn anhaltende Abwärtsbewegung im Juli fort und gab sowohl gegenüber dem Vormonat als auch dem Frühjahrsquartal spürbar nach. Dabei sanken die inländischen Aufträge kräftig. Dagegen nahmen die Aufträge aus dem Ausland insgesamt leicht zu. Dabei legten sie aus den Drittstaaten außerhalb des Euroraums stark zu, während sie aus den Euro-Ländern kräftig zurückgingen. Es wurden merklich mehr Vorleistungsgüter bestellt. Die Nachfrage nach Investitionsgütern sank etwas, wobei die Kfz-Bestellungen sie noch stützten. Ohne Berücksichtigung der Kfz sanken die Auftragseingänge für Investitionsgüter stark. Der Auftragseingang für Konsumgüter war so niedrig wie seit Februar 2021 nicht mehr. Den Ausschlag gab die geringere Nachfrage nach phar-

*Industrieller
Auftragseingang
wegen sinkender
Inlandsnach-
frage weiter
rückläufig*

³ Die Saisonbereinigung umfasst hier und im Folgenden auch die Ausschaltung von Kalendereinflüssen, sofern sie nachweisbar und quantifizierbar sind.

mazeutischen Erzeugnissen. Insgesamt entfernte sich der Auftragseingang von seinen Höchstständen aus dem Sommer 2021 mittlerweile deutlich. Er lag im Juli aber immer noch rund 4 % über dem Stand vor der Pandemie aus dem vierten Quartal 2019. Ungeachtet der Belastungen und möglicher Produktionsbehinderungen durch die hohen Energiepreise dürften die mittlerweile aufgelaufenen Aufträge zumindest einen gewissen Puffer gegenüber der sich abschwächenden Nachfrage bilden – solange es nicht in größerem Umfang zu Stornierungen kommt. Dafür gibt es bislang keine Hinweise. So stieg der Auftragsbestand auch im Juni noch an und erreichte einen neuen Höchststand.

Industrieumsätze, Exporte und Importe gesunken

Die nominalen Industrieumsätze gingen im Juli gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt etwas zurück, lagen aber noch deutlich über ihrem Wert des zweiten Quartals, in dem sie kräftig gewachsen waren. Auch preisbereinigt erhöhten sich die Industrieumsätze etwas gegenüber dem Vorquartal. In regionaler Betrachtung war der Zuwachs der nominalen Umsätze im Ausland deutlich stärker als im Inland, wobei sowohl in den Euro-Ländern als auch in Drittstaaten außerhalb des Euroraums der Absatz kräftig stieg. Nach Sektoren aufgeschlüsselt trugen insbesondere die Investitionsgüterhersteller zum Anstieg der Industrieumsätze bei. Der Maschinenbau und die Kfz-Industrie setzten deutlich mehr Produkte ab. Die Umsätze mit Vorleistungsgütern stiegen leicht, während die Umsätze mit Konsumgütern deutlich sanken. Die Pharmaindustrie verzeichnete gravierende Umsatzeinbußen – insbesondere im Inland, hier schrumpften die Umsätze gegenüber dem zweiten Quartal um über ein Drittel. Die nominalen Warenexporte sanken im Juli saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat deutlich, lagen aber noch höher als im zweiten Quartal. Preisbereinigt sanken sie jedoch gegenüber dem Vormonat kräftig und gegenüber dem Vorquartal spürbar. Dabei verringerten sich die Exporte in die Drittstaaten außerhalb des Euroraums deutlich stärker als die Exporte in den Euroraum. Die nominalen Warenimporte ließen im Juli gegen-

über dem Vormonat merklich nach und gingen auch verglichen mit dem zweiten Quartal leicht zurück. Da die Einfuhrpreise für Energie stark stiegen, fiel der Rückgang der Importe in realer Rechnung sowohl im Vergleich zum Vormonat als auch zum Vorquartal erheblich aus.

Baugewerbe

Die Produktion im Baugewerbe erhöhte sich im Juli saisonbereinigt merklich gegenüber dem Vormonat (+ 1½ %) und lag leicht über ihrem Wert des Frühjahrsquartals (+ ½ %). Dies ist dem Ausbaugewerbe zu verdanken, wohingegen die Produktion im Bauhauptgewerbe merklich nachließ. Dies könnten Vorboten einer Abkühlung im Bausektor sein. Die massiv erhöhten Baukosten und -preise und die gestiegenen Finanzierungskosten schwächten die Nachfrage wohl kräftig ab. Der Auftragseingang im Bauhauptgewerbe ging im zweiten Quartal gegenüber dem Vorquartal außerordentlich stark zurück (– 13½ %). Der Rückgang war über alle Sparten breit angelegt. Noch sind die Auftragsbücher aber gut gefüllt. Dies signalisiert die vom ifo Institut erhobene Reichweite des Auftragsbestandes, welche trotz eines erneut leichten Rückgangs im August im langfristigen Vergleich hoch blieb.

Bauproduktion bei stark nachlassender Nachfrage noch robust

Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt zeigt sich gegenüber den verschlechterten konjunkturellen Aussichten widerstandsfähig. Die Beschäftigung wuchs im Juli moderat, nachdem sich im Frühjahr das Tempo deutlich vermindert hatte. Die gesamte Erwerbstätigkeit erhöhte sich im Juli saisonbereinigt um 23 000 Personen gegenüber dem Vormonat. Getragen wird die nach wie vor leicht positive Beschäftigungsentwicklung von der Besetzung sozialversicherungspflichtiger Stellen, die bereits seit Frühjahr 2021 ihren Vorpandemiestand übertraf. Zudem erholte sich die in der Pandemie erheblich reduzierte und bislang gedrückte ausschließlich geringfügige Beschäf-

Moderater Beschäftigungsanstieg

tigung im Frühjahr etwas. Dazu trug die wiedererstarkte Arbeitsnachfrage im Handel und Gastgewerbe bei. Die Inanspruchnahme konjunktureller Kurzarbeit ging bis zuletzt weiter zurück. Die Neuanmeldungen zur Kurzarbeit waren in den letzten Monaten so niedrig wie vor der Pandemie. Frühindikatoren wie die Beschäftigungsabsichten der Unternehmen blieben überwiegend im leicht positiven Bereich.

Arbeitslosigkeit weiter gestiegen, wenn auch nur noch leicht

Die registrierte Arbeitslosigkeit stieg im August weiter an, wenngleich nur noch leicht. In saisonbereinigter Rechnung erhöhte sich die Arbeitslosenzahl um 28 000 Personen auf 2,50 Millionen. Die Quote stieg um 0,1 Prozentpunkte auf nunmehr 5,5 %. Seit Juni dieses Jahres werden ukrainische Geflüchtete im deutschen Sozialversicherungssystem erfasst. Die Betroffenen erhalten überwiegend Grundsicherungsleistungen gemäß SGB II und werden damit bei Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt als Arbeitslose registriert. Dies erklärt den Anstieg der Arbeitslosenquote um insgesamt 0,5 Prozentpunkte in den vergangenen drei Monaten.⁴⁾ Die Arbeitslosigkeit könnte in den nächsten Monaten weiter steigen. Das IAB-Barometer Arbeitslosigkeit blieb im August nahezu unverändert im negativen Bereich. Zu weiteren Belastungen durch die Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten kommt die gedämpfte Arbeitsmarktentwicklung im schwierigen wirtschaftlichen Umfeld hinzu.

Preise

Zwischenzeitlich sprunghafte Anstiege bei Gaspreisen

Die europäische Energiekrise spitzte sich in den letzten Wochen weiter zu. Aufgrund der zunächst gedrosselten und nun eingestellten Lieferungen aus Russland über die Pipeline Nord Stream 1 stiegen die Gaspreise sprunghaft an und erreichten Ende August zwischenzeitlich ihr Allzeithoch von 314 € je Megawattstunde. Im September gaben die Preise zwar wieder deutlich nach, eine Megawattstunde kostete aber weiterhin über 200 % mehr als im Jahr zuvor. Zudem nahm – wie auch in einigen anderen europäischen Ländern – im Gleichschritt mit

dem Gaspreis auch der Großhandelspreis für Elektrizität zu. Der Preis für Rohöl der Sorte Brent tendierte hingegen leicht abwärts und betrug zuletzt 90 US-\$ pro Fass.

Aufgrund des andauernden Preisdrucks auf den europäischen Gas- und Strommärkten setzten sich auch auf den vorgelagerten Wirtschaftsstufen die außergewöhnlich hohen Preissteigerungen der Vormonate fort. Im Juli betrug der Preisanstieg bei Einfuhren 29 % im Vergleich zum Vorjahr und bei den inländischen Erzeugnissen 37 %. Ausschlaggebend war weiterhin die Energiekomponente. Im Inlandsabsatz nahm die Preisdynamik bei Energie und bei Investitions- sowie Konsumgütern nochmal deutlich zu. Dagegen gab die Teuerung bei den Vorleistungsgütern, sowohl bei Einfuhren als auch bei Erzeugnissen im Inlandsabsatz, zuletzt leicht nach.

Teuerung auf den vorgelagerten Stufen und beim Absatz weiter hoch

Nach der vorübergehenden Abschwächung im Juni aufgrund des Entlastungspakets verstärkte sich die Preisdynamik auf der Verbraucherstufe bereits im Juli wieder und blieb auch im August kräftig. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex stieg im August im Vergleich zum Vorjahr um 8,8 % und damit um gut 0,3 Prozentpunkte mehr als im Juli.⁵⁾ Vor allem die Preise unverarbeiteter Nahrungsmittel verursachten diesen neuerlichen Preissprung. Zusätzlich setzte sich die starke Preisdynamik bei verarbeiteten Nahrungsmitteln fort, genauso wie bei Industriegütern und Dienstleistungen. Die Verbraucherpreise für Energie verharrten auf ihrem hohen Niveau.

Erneuter Anstieg der Inflationsrate im August

Nachdem zum 1. September 2022 sowohl das Neun-Euro-Ticket als auch der Tankrabatt ausgelaufen waren, kam es – gemäß vorläufigen Informationen – sowohl im öffentlichen Nah-

Preissteigerungen durch Auslaufen von Neun-Euro-Ticket und Tankrabatt

⁴ Laut Bundesagentur für Arbeit (BA) stieg die Arbeitslosigkeit auch ohne den Flüchtlingseffekt im August geringfügig. Im Mittel der Monate Juni bis August blieb die Arbeitslosigkeit ohne die Flüchtlinge gerechnet auch der BA zufolge überwiegend unverändert. Siehe: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2022), S. 13.

⁵ Der nationale Verbraucherpreisindex stieg im August im Vergleich zum Vorjahr um 7,9 %, nach 7,5 %.

verkehr als auch bei Benzin und Diesel zu Preissprüngen. Dies wird im laufenden Monat zu erneuten Preissteigerungen bei Energie und Dienstleistungen führen und die Inflationsrate entsprechend erhöhen. Die angekündigten Maßnahmen des jüngsten Entlastungspakets, etwa zur Gasumlage oder Strompreisbremse, werden sich dagegen wohl erst Anfang des nächsten Jahres in den Verbraucherpreisen niederschlagen. Die Inflationsrate dürfte unter dem Strich in den nächsten Monaten in den zweistelligen Bereich vorrücken.

■ Öffentliche Finanzen⁶⁾

Gesetzliche Krankenversicherung

GKV im zweiten Quartal: Ergebnis nahezu ausgeglichen und damit deutlich besser als im Vorjahr

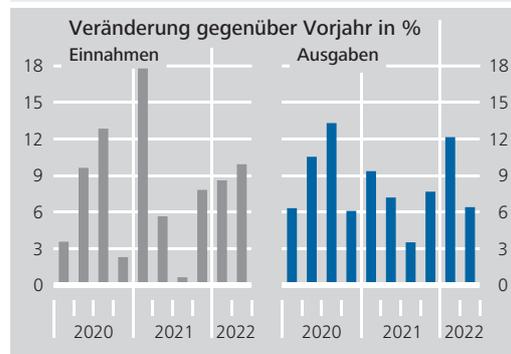
Die gesetzliche Krankenversicherung (GKV: Krankenkassen und Gesundheitsfonds zusammen) erzielte im zweiten Quartal 2022 ein nahezu ausgeglichenes Ergebnis. Im Vergleich zum Vorjahr war dies eine deutliche Verbesserung: Im zweiten Quartal 2021 verbuchte die GKV noch ein Defizit von 2½ Mrd €. Das günstigere Ergebnis beruht vor allem auf zusätzlichen Bundesmitteln. Diese sollen die vor allem strukturelle Finanzierungslücke weitgehend ausgleichen, um die Zusatzbeitragssätze zu stabilisieren. Im Vorjahr deckten Rücklagenmittel die verbliebene Finanzierungslücke.

Einnahmen wuchsen stark – vor allem wegen zusätzlicher Bundesmittel

Die Einnahmen stiegen im Vergleich zum Vorjahresquartal stark um 10 %, vor allem wegen der höheren Bundeszahlungen. Der Bund leistete einen ergänzenden Zuschuss von 3½ Mrd €. Darüber hinaus zahlte er mehr für pandemiebedingte Sonderausgaben des Gesundheitsfonds. Die Beitragseinnahmen wuchsen um 4½ %. Die etwas höheren durchschnittlichen Zusatzbeitragssätze (+ 0,1 Prozentpunkte) trugen dazu nur wenig bei.

Die GKV-Ausgaben nahmen um 6½ % zu. Für pandemiebedingte Leistungen fielen beim Gesundheitsfonds 7 Mrd € an. Das waren 1½ Mrd € mehr als im Vorjahresquartal. Neben Co-

Finanzen der gesetzlichen Krankenversicherung^{*)}



Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. * Gesundheitsfonds und Krankenkassen (konsolidiert). Vorläufige Vierteljahresergebnisse. Die endgültigen Jahresergebnisse weichen in der Regel von der Summe der ausgewiesenen vorläufigen Vierteljahresergebnisse ab, da letztere nicht nachträglich revidiert werden.
 Deutsche Bundesbank

rona-Bürgertests (3½ Mrd €) zahlte der Fonds Finanzhilfen an Krankenhäuser (2½ Mrd €) und Impfkostenanteile (1 Mrd €). Die Leistungsausgaben der Kassen legten um 4½ % zu. Die besonders gewichtigen Ausgaben für Krankenhausbehandlungen stiegen um 4%.⁷⁾ Anhaltend stark waren die Zuwächse bei den Arznei-

Ausgaben nahmen deutlich zu: mehr pandemiebedingte Ausgaben und deutliches Plus bei Leistungsausgaben

⁶⁾ Die Kurzberichte erläutern die aktuellen Ergebnisse der öffentlichen Finanzen. Die Vierteljahresberichte (Februar, Mai, August, November) stellen die Entwicklung der Staatsfinanzen im jeweils vorangegangenen Quartal ausführlich dar. Detaillierte Angaben zur Haushaltsentwicklung und zur Verschuldung finden sich im Statistischen Teil dieses Berichts.

⁷⁾ Zusammen mit den Finanzhilfen aus dem Gesundheitsfonds nahmen die Zahlungen an Krankenhäuser damit um 5½ % zu.

mitteln (+7 %). Die Aufwendungen für Heil- und Hilfsmittel und für ärztliche Behandlungen nahmen etwas stärker zu als die Leistungsausgaben. Die Verwaltungsausgaben wuchsen um knapp 4 %.

2022: Schätzerkreis erwartete Defizit, ...

Für das Gesamtjahr 2022 ließen die Ergebnisse des GKV-Schätzerkreises vom Herbst 2021 ein Defizit im GKV-System von 2 Mrd € erwarten. Dieses sollte beim Gesundheitsfonds entstehen und aus seiner Rücklage finanziert werden. Die Kassenausgaben sollten um 4½ % zulegen. Bei unveränderten Zusatzbeitragssätzen und regulärem Bundeszuschuss hätte sich so eine zusätzliche Finanzierungslücke von 14 Mrd € ergeben. Diese schließt der Bund durch einen zusätzlichen Zuschuss in entsprechender Höhe.

... aus heutiger Sicht ist aber mit Überschuss zu rechnen

Aus heutiger Sicht könnte das Ergebnis für die GKV deutlich günstiger ausfallen und ein spürbarer Überschuss entstehen. Bisher wuchsen die Beitragseinnahmen deutlich stärker als vom Schätzerkreis erwartet. Hinzu kommt, dass der tatsächliche durchschnittliche Zusatzbeitragssatz um knapp 0,1 Prozentpunkte höher liegt als veranschlagt. Unsicherheiten wegen des Ukrainekriegs dürften sich nur wenig auf die GKV-Finzen auswirken: Bei Kurzarbeit oder höherer Arbeitslosigkeit leistet die Bundesagentur für Arbeit Beiträge auf Entgeltersatzleistungen. Diese kompensieren weitgehend Ausfälle bei den Beiträgen der Beschäftigten. Die Entwicklung der Leistungsausgaben entspricht bisher der Schätzung vom letzten Herbst.

Hohes strukturelles Defizit und wachsender Ausgabendruck

Im kommenden Jahr lässt der grundlegende Finanzierungsdruck für die GKV nicht nach. In den letzten Jahren weitete der Bundesgesetzgeber die Leistungen unabhängig von der Pandemie deutlich aus. Bislang finanzierten die Kassen dies überwiegend aus ihren Rücklagen und durch Sonderzuschüsse des Bundes. Insoweit besteht aber eine hohe strukturelle Deckungslücke. Die Bundesregierung beabsichtigt, diese Lücke im nächsten Jahr erneut vor allem mit temporären Maßnahmen zu schließen: Der Bund plant einen zusätzlichen Zuschuss von 2 Mrd € und ein Darlehen von 1 Mrd € bis 2026.

Die gemäß Regierungsschätzung noch verfügbaren GKV-Rücklagen (insgesamt etwa 7 Mrd €) sollen aufgelöst werden. Hinzu kommt ein Mix an Einsparungen auf der Leistungsseite, vor allem im Arzneimittelbereich. Außerdem rechnet die Bundesregierung mit einem um 0,3 Prozentpunkte höheren Zusatzbeitragssatz (entspricht Mehreinnahmen von 4½ Mrd €). Allerdings ermittelt erst im Oktober der GKV-Schätzerkreis die relevante Finanzierungslücke, aus der das Gesundheitsministerium schließlich die notwendige Erhöhung des Zusatzbeitragssatzes ableitet. Da die Regierung vorwiegend temporäre Maßnahmen einsetzen will, schiebt sie den grundlegenden Handlungsbedarf aber nur auf. Ohne eine größere Reform, die auch den Ausgabenzuwachs dämpft, sind dann ab 2024 weiter deutlich steigende Zusatzbeitragssätze angelegt.

Soziale Pflegeversicherung

Die soziale Pflegeversicherung erzielte im zweiten Quartal 2022 im operativen Bereich einen Überschuss von ½ Mrd €.⁸ Im Vorjahresquartal war noch ein Defizit von ½ Mrd € angefallen. Gründe für das verbesserte Ergebnis sind vor allem zusätzliche Bundesmittel. Außerdem lagen die pandemiebedingten Ausgaben niedriger als vor einem Jahr.

Zweites Quartal: kleiner Überschuss wegen zusätzlicher Bundesmittel

Die Einnahmen wuchsen sehr kräftig um 18½ %. Die Pflegeversicherung erhält seit Jahresbeginn einen regulären Bundeszuschuss von jährlich 1 Mrd €, um Lasten aus den letzten Leistungsausweitungen teils zu decken. Ursprünglich sollte der Zuschuss in vier gleichen Raten fließen. Im zweiten Quartal zog der Bund allerdings die Zahlungen aus der zweiten Jahreshälfte vor. Insgesamt erhielt die Pflegeversicherung so bereits den vollständigen Zuschuss.

Zusätzliche Bundesmittel stärkten Einnahmen erheblich

⁸ Hier und im Folgenden ist die Entwicklung ohne den Vorfonds beschrieben. Dieser erhält seit 2015 Zuweisungen des operativen Zweiges, die den Einnahmen von 0,1 Prozentpunkten des Beitragssatzes entsprechen. Das so gebildete Vermögen soll im nächsten Jahrzehnt wieder abgeschmolzen werden, um den erwarteten Beitragssatzanstieg zu dämpfen.

Hinzu kam ein Sonderzuschuss von gut 1 Mrd € für pandemiebedingte Sonderlasten, um einen weiteren Anstieg des allgemeinen Beitragssatzes zu vermeiden. Zu Jahresbeginn stieg der Beitragssatz für Kinderlose im Rahmen der Leistungsreform um 0,1 Prozentpunkte auf 3,4%. Ohne die höheren Bundesmittel und den Beitragssatzanstieg wuchsen die Einnahmen um knapp 4%. Dabei nahmen vor allem die Beiträge der Beschäftigten kräftig zu.

Ausgaben stiegen stark trotz rückläufiger pandemiebedingter Aufwendungen

Die Ausgaben wuchsen um 9 1/2 %. Die pandemiebedingten Sonderzahlungen an Pflegeeinrichtungen und für Corona-Tests⁹⁾ sanken zwar um 15% auf 1 1/2 Mrd €. Die übrigen Ausgaben wuchsen aber weitaus stärker. Ursächlich war, dass die Aufwendungen für stationäre Pflege weiter außerordentlich stark zunahmen (+ 25 %). Ein kräftiger Anstieg war von der Politik angelegt: Die Pflegeversicherung beteiligt sich seit Jahresbeginn mit zunehmender Verweildauer der Pflegebedürftigen im Pflegeheim stärker an den Kosten¹⁰⁾: Eingeplant waren dafür Mehrausgaben von 2 1/2 Mrd €. Die Ergebnisse des ersten Halbjahres deuten allerdings auf spürbar höhere Lasten hin. Die Geldleistungen nahmen anhaltend kräftig um 8 % zu, bei unveränderten Leistungssätzen.

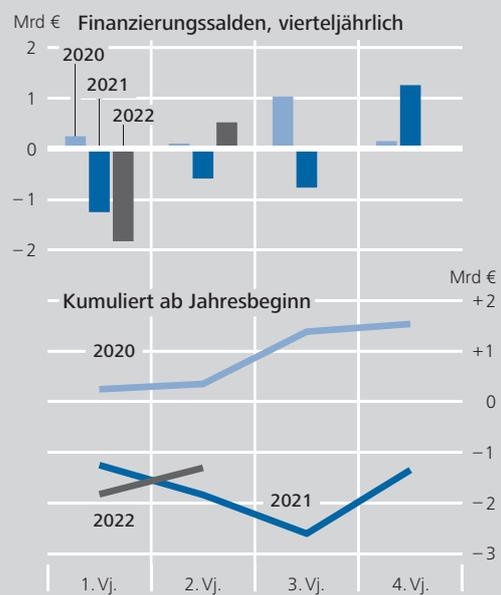
2022: Mit Bundesdarlehen könnte Defizit ähnlich hoch ausfallen wie im Vorjahr

Insgesamt dürfte die Pflegeversicherung im laufenden Jahr mit einem Defizit abschließen. Dieses könnte ähnlich hoch ausfallen wie im Vorjahr (1 1/2 Mrd €). Zwischenzeitlich war mit dem stärker als erwarteten Zuwachs der Leistungsausgaben ein höheres Defizit angelegt. Allerdings leistet der Bund im dritten Quartal ein Darlehen von 1 Mrd €, das erst Ende 2023 zurückzahlen ist. Auch die Beitragseinnahmen dürften weiter deutlich wachsen. Dies wirkt den stärker als erwartet steigenden Ausgaben entgegen. Die coronabedingten Sonderausgaben sind zur Jahresmitte ausgelaufen und belasteten nach Abzug von Ausgleichszahlungen mit 1 Mrd €.

2023: Beitragssatzanhebung absehbar

Im nächsten Jahr entfällt damit zwar eine beträchtliche Belastung. Die verbleibende Finanzierungslücke, die Tilgungszahlungen an den

Finanzen der sozialen Pflegeversicherung¹⁾



Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. * Vorläufige Vierteljahresergebnisse. Die endgültigen Jahresergebnisse weichen in der Regel von der Summe der ausgewiesenen vorläufigen Vierteljahresergebnisse ab, da letztere nicht nachträglich revidiert werden. ¹ Einschl. der Zuführungen an den Pflegevorsorgefonds.
 Deutsche Bundesbank

Bund sowie die abgeschmolzenen Rücklagen dürften dann aber einen höheren Beitragssatz erfordern.

⁹ Die Pflegeversicherung erstattete ambulanten und (teil-)stationären Pflegeeinrichtungen pandemiebedingte Testkosten (1/2 Mrd €). Außerdem zahlte sie Einrichtungen einen finanziellen Ausgleich für weitere pandemiebezogene Mehrausgaben. Schließlich gewährte sie diesen einen Ausgleich für Mindereinnahmen bei coronabedingtem Wegfall von Pflegeleistungen, weil etwa keine neuen Pflegefälle aufgenommen wurden.

¹⁰ Der Eigenanteil der Pflegebedürftigen sinkt bis auf 30 % nach einer dreijährigen Verweildauer. Die Begrenzung des Eigenanteils gilt nicht für Entgelte für Unterkunft, Verpflegung und Investitionen.

■ Wertpapiermärkte

Rentenmarkt

Nettotilgungen von Schuldverschreibungen im Juli 2022

Der Bruttoabsatz am deutschen Rentenmarkt lag im Juli 2022 mit 148,7 Mrd € über dem Wert des Vormonats (137,2 Mrd €). Nach Berücksichtigung gesteigerter Tilgungen und der Eigenbestandsveränderungen der Emittenten nahm der Umlauf inländischer Rentenpapiere um 13,0 Mrd € ab (Juni: Nettoemissionen i. H. v. 12,7 Mrd €). Ausländische Titel wurden im Umfang von 10,9 Mrd € am deutschen Markt getilgt, sodass der Umlauf von in- und ausländischen Schuldverschreibungen in Deutschland im Ergebnis um 23,9 Mrd € abnahm.

Nettotilgungen der öffentlichen Hand

Die öffentliche Hand tilgte im Berichtsmonat eigene Anleihen in Höhe von netto 17,0 Mrd €. Vor allem der Bund verringerte seine Kapitalmarktverschuldung um per saldo 10,6 Mrd €. Im Ergebnis tilgte er vor allem zehnjährige Bundesanleihen (– 17,4 Mrd €), während er zweijäh-

rige Schatzanweisungen und fünfjährige Obligationen netto begab (5,2 Mrd € bzw. 2,9 Mrd €). Die Länder und Gemeinden tilgten Anleihen für per saldo 6,5 Mrd €.

Heimische Kreditinstitute verringerten im Juli ihre Kapitalmarktverschuldung um netto 7,0 Mrd €. Getilgt wurden im Ergebnis insbesondere Schuldverschreibungen der Spezialkreditinstitute (– 7,0 Mrd €), aber auch Öffentliche Pfandbriefe (– 2,4 Mrd €). Hingegen stieg der Umlauf von flexibel gestaltbaren Sonstigen Bankschuldverschreibungen und von Hypothekendarlehen um 1,3 Mrd € beziehungsweise 1,1 Mrd €.

Gesunkene Kapitalmarktverschuldung der Kreditinstitute

Inländische Unternehmen platzierten im Berichtsmonat Schuldverschreibungen für netto 11,0 Mrd €. Dies war allein auf Sonstige Finanzinstitute zurückzuführen, die vor allem Papiere mit Laufzeiten über einem Jahr emittierten.

Nettoemissionen der Unternehmen

Auf der Erwerberseite standen im Juli einzig inländische Kreditinstitute. Sie erwarben Rentenwerte für netto 10,7 Mrd €, dabei waren ausschließlich inländische Titel von Interesse. Die Bundesbank verringerte ihr Rentenportfolio um per saldo 13,7 Mrd €. Gebietsfremde Investoren veräußerten hiesige Schuldverschreibungen für netto 11,0 Mrd €. Auch inländische Nichtbanken trennten sich von Rentenwerten in Höhe von 9,9 Mrd €, dabei handelte es sich größtenteils um ausländische Papiere.

Erwerb von Schuldverschreibungen

Absatz und Erwerb von Schuldverschreibungen

Mrd €

Position	2021		2022	
	Juli	Juni	Juli	Juni
Absatz				
Inländische Schuldverschreibungen ¹⁾	3,1	12,7	– 13,0	
darunter:				
Bankschuldverschreibungen	– 9,2	5,5	– 7,0	
Anleihen der öffentlichen Hand	8,6	8,8	– 17,0	
Ausländische Schuldverschreibungen ²⁾	10,1	10,8	– 10,9	
Erwerb				
Inländer	31,0	17,2	– 12,9	
Kreditinstitute ³⁾	– 5,5	8,5	10,7	
Deutsche Bundesbank	25,1	– 2,3	– 13,7	
Übrige Sektoren ⁴⁾	11,4	11,1	– 9,9	
darunter:				
inländische Schuldverschreibungen	0,6	13,6	– 0,3	
Ausländer ²⁾	– 17,8	6,3	– 11,0	
Absatz bzw. Erwerb insgesamt	13,2	23,5	– 23,9	

¹ Nettoabsatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. ² Transaktionswerte. ³ Buchwerte, statistisch bereinigt. ⁴ Als Rest errechnet.

Deutsche Bundesbank

Aktienmarkt

Am deutschen Aktienmarkt wurden von inländischen Gesellschaften im Berichtsmonat neue Aktien für 1,4 Mrd € emittiert. Der Umlauf ausländischer Aktien in Deutschland sank im gleichen Zeitraum um 3,3 Mrd €. Auf der Erwerberseite dominierten inländische Nichtbanken; sie nahmen Aktien im Umfang von netto 1,9 Mrd € in ihre Portfolios auf. Hingegen veräußerten hiesige Kreditinstitute und ausländische Investoren Dividendenwerte für netto 2,1 Mrd € beziehungsweise 1,8 Mrd €.

Nettoemissionen deutscher Aktien

Investmentfonds

Schwache Mittelzuflüsse bei Investmentfonds

Inländische Investmentfonds verzeichneten im Juli einen Mittelzufluss von 2,8 Mrd €. Im Ergebnis flossen diese Gelder ausschließlich in Spezialfonds (3,8 Mrd €), die institutionellen Anlegern vorbehalten sind. Unter den Anlageklassen profitierten vor allem Offene Immobilienfonds und Gemischte Wertpapierfonds von den neuen Mitteln (1,8 Mrd € bzw. 1,7 Mrd €). Ausländische Fondsgesellschaften verzeichneten am deutschen Markt Mittelabflüsse in Höhe von 1,5 Mrd €. Als Erwerber von Investmentfondsanteilen traten im Berichtsmonat im Ergebnis überwiegend inländische Nichtbanken in Erscheinung (1,9 Mrd €). Heimische Kreditinstitute erwarben Anteilscheine für per saldo 1,2 Mrd €, während ausländische Investoren ihr hiesiges Fondsengagement um 1,8 Mrd € verringerten.

Zahlungsbilanz

Leistungsbilanzüberschuss stark zurückgegangen

Die deutsche Leistungsbilanz verzeichnete im Juli 2022 einen Überschuss von 5,0 Mrd €. Das Ergebnis lag um 9,3 Mrd € unter dem Niveau des Vormonats. Dahinter stand vor allem der Umschwung zu einem Defizit im Bereich der „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen, die neben Dienstleistungen auch Primär- und Sekundäreinkommen umfassen. Hinzu kam ein geringerer Aktivsaldo im Warenhandel.

Aktivsaldo im Warenhandel gesunken

Im Warenhandel verminderte sich der positive Saldo im Berichtsmonat um 3,1 Mrd € auf 8,3 Mrd €, da die Einnahmen stärker sanken als die Ausgaben.

Saldo der „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen vermindert, vor allem wegen geringerer Zahlungen aus dem Ausland

Bei den „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen kehrte sich der Überschuss von 2,9 Mrd € im Vormonat im Juli in ein Defizit von 3,3 Mrd €. Wesentlich dafür war die Ausweitung des Passivsaldo in der Dienstleistungsbilanz um 3,9 Mrd € auf 7,4 Mrd €. Dabei trugen zu den insgesamt geringeren Einnahmen die Bereiche Telekommunikations-, EDV- und Informationsdienste sowie sonstige unternehmensbezogene

Wichtige Posten der Zahlungsbilanz

Mrd €

Position	2021	2022	
	Juli	Juni	Juli ¹⁾
I. Leistungsbilanz	+ 20,7	+ 14,3	+ 5,0
1. Warenhandel	+ 18,6	+ 11,4	+ 8,3
Einnahmen	113,9	133,3	125,6
Ausgaben	95,2	121,9	117,3
nachrichtlich:			
Außenhandel ¹⁾	+ 17,8	+ 7,6	+ 4,9
Ausfuhr	115,1	135,9	127,6
Einfuhr	97,3	128,2	122,7
2. Dienstleistungen	- 2,5	- 3,5	- 7,4
Einnahmen	27,4	32,9	30,9
Ausgaben	30,0	36,5	38,3
3. Primäreinkommen	+ 9,9	+ 12,1	+ 10,7
Einnahmen	18,9	21,6	19,5
Ausgaben	9,0	9,5	8,8
4. Sekundäreinkommen	- 5,4	- 5,6	- 6,7
II. Vermögensänderungsbilanz	- 0,6	+ 0,3	- 2,1
III. Kapitalbilanz (Zunahme: +)	+ 5,3	+ 47,6	- 21,0
1. Direktinvestition	+ 11,3	+ 11,2	+ 13,8
Inländische Anlagen im Ausland	+ 8,6	+ 15,4	- 0,3
Ausländische Anlagen im Inland	- 2,7	+ 4,2	- 14,1
2. Wertpapieranlagen	+ 36,1	+ 2,0	- 1,9
Inländische Anlagen in Wertpapieren ausländischer Emittenten	+ 19,8	+ 7,0	- 16,5
Aktien ²⁾	+ 4,6	- 2,4	- 4,0
Investmentfondsanteile ³⁾	+ 5,1	- 1,4	- 1,5
Kurzfristige Schuldverschreibungen ⁴⁾	+ 2,8	+ 0,5	- 1,6
Langfristige Schuldverschreibungen ⁵⁾	+ 7,3	+ 10,3	- 9,3
Ausländische Anlagen in Wertpapieren inländischer Emittenten	- 16,3	+ 5,0	- 14,6
Aktien ²⁾	+ 2,3	- 1,5	- 1,8
Investmentfondsanteile	- 0,8	+ 0,3	- 1,8
Kurzfristige Schuldverschreibungen ⁴⁾	- 3,7	+ 7,5	- 5,8
Langfristige Schuldverschreibungen ⁵⁾	- 14,1	- 1,3	- 5,2
3. Finanzderivate ⁶⁾	+ 2,2	+ 4,2	+ 3,4
4. Übriger Kapitalverkehr ⁷⁾	- 44,3	+ 29,8	- 35,8
Monetäre Finanzinstitute ⁸⁾	+ 26,7	+ 2,1	+ 6,5
darunter: kurzfristig	+ 39,2	+ 5,4	- 2,1
Unternehmen und Privatpersonen ⁹⁾	- 10,5	- 6,0	- 6,6
Staat	+ 0,2	- 4,7	+ 0,8
Bundesbank	- 60,7	+ 38,4	- 36,6
5. Währungsreserven	+ 0,1	+ 0,4	- 0,5
IV. Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen¹⁰⁾	- 14,7	+ 33,0	- 23,9

¹ Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik (Quelle: Statistisches Bundesamt). ² Einschl. Genussscheine. ³ Einschl. reinvestierter Erträge. ⁴ Kurzfristig: ursprüngliche Laufzeit bis zu einem Jahr. ⁵ Langfristig: ursprüngliche Laufzeit von mehr als einem Jahr oder keine Laufzeitbegrenzung. ⁶ Saldo der Transaktionen aus Optionen und Finanztermingeschäften sowie Mitarbeiteraktienoptionen. ⁷ Enthält insbesondere Finanz- und Handelskredite sowie Bargeld und Einlagen. ⁸ Ohne Bundesbank. ⁹ Enthält finanzielle Kapitalgesellschaften (ohne die Monetären Finanzinstitute) sowie nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbzzweck. ¹⁰ Statistischer Restposten, der die Differenz zwischen dem Saldo der Kapitalbilanz und den Salden der Leistungsbilanz sowie der Vermögensänderungsbilanz abbildet.

Deutsche Bundesbank

Dienstleistungen erheblich bei. Zudem stiegen die Ausgaben, auch wegen höherer Aufwendungen für Transportleistungen und Gebühren für die Nutzung von geistigem Eigentum. Darüber hinaus verminderten sich die Nettoeinkünfte bei den Primäreinkommen um 1,3 Mrd € auf 10,7 Mrd €. Zwar sanken die Aufwendungen, stärker gingen jedoch die Einnahmen zurück. Eine Rolle spielten dabei geringere Zahlungen an Gebietsansässige von Dividenden für Wertpapieranlagen und Erträgen aus Investmentfondsanteilen sowie aus Direktinvestitionsengagements. Das Defizit bei den Sekundäreinkommen vergrößerte sich um 1,1 Mrd € auf 6,7 Mrd €. Auch hier gaben im Vergleich zum Vormonat vor allem die Zahlungen aus dem Ausland nach, im Wesentlichen die staatlichen Einnahmen aus laufenden Steuern auf Einkommen und Vermögen.

Netto-Kapitalimporte im Wertpapierverkehr

Im Juli 2022 waren die Finanzmärkte von hohen Inflationsraten bei zugleich eingetrübten Konjunkturaussichten geprägt. Der grenzüberschreitende Wertpapierverkehr Deutschlands verzeichnete Netto-Kapitalimporte von 1,9 Mrd € (nach Netto-Kapitalexporten von 2,0 Mrd € im Juni). Inländische Anleger veräußerten per saldo ausländische Wertpapiere für 16,5 Mrd €. Sie trennten sich im Ergebnis von Titeln aller Anlagekategorien, namentlich Anleihen (9,3 Mrd €), Aktien (4,0 Mrd €), Geldmarktpapieren (1,6 Mrd €) und Investmentzertifikaten (1,5 Mrd €). Ausländische Anleger reduzierten ihrerseits ihre Bestände an deutschen Wertpapieren (14,6 Mrd €). Auch hier waren alle Anlagekategorien betroffen. Im Einzelnen veräußerten Gebietsfremde deutsche Geldmarktpapiere (5,8 Mrd €), Anleihen (5,2 Mrd €), Aktien und Investmentzertifikate (jeweils 1,8 Mrd €).

Finanzderivate

Die Transaktionen mit Finanzderivaten schlossen im Juli mit Mittelabflüssen (3,4 Mrd €).

Im Bereich der Direktinvestitionen ergaben sich im Juli Netto-Kapitalexporte von 13,8 Mrd € (Juni: 11,2 Mrd €). Ausschlaggebend war, dass ausländische Gesellschaften ihr Engagement in Deutschland um 14,1 Mrd € reduzierten. Sie senkten ihr Beteiligungskapital um 2,2 Mrd €. Darüber hinaus verminderten sie das Volumen der an Unternehmenseinheiten in Deutschland vergebenen, konzerninternen Kredite um 11,9 Mrd €. In umgekehrter Richtung zogen deutsche Unternehmen 0,3 Mrd € an Direktinvestitionsmitteln aus dem Ausland ab. Zwar erhöhten sie ihr Beteiligungskapital um 4,5 Mrd €, doch überwogen bei den konzernintern vergebenen Krediten die Tilgungen (4,9 Mrd €).

Mittelabflüsse bei den Direktinvestitionen

Im übrigen statistisch erfassten Kapitalverkehr, der Finanz- und Handelskredite (soweit diese nicht zu den Direktinvestitionen zählen), Bankguthaben und sonstige Anlagen umfasst, ergaben sich im Juli per saldo Netto-Kapitalimporte von 35,8 Mrd € (nach Netto-Kapitalexporten von 29,8 Mrd € im Juni). Die Netto-Auslandsforderungen der Bundesbank verringerten sich um 36,6 Mrd €. Dieser Rückgang war wesentlich auf die gesunkenen TARGET2-Forderungen zurückzuführen (50,4 Mrd €). Zugleich nahmen aber auch die Auslandsverbindlichkeiten der Bundesbank ab, da Ansässige aus anderen Ländern des Euroraums Einlagen bei der Bundesbank abzogen und auch die Verbindlichkeiten aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems zurückgingen. Die Monetären Finanzinstitute (ohne Bundesbank) wiesen Netto-Kapitalexporte von 6,5 Mrd € aus. Auch der Staat verzeichnete Mittelabflüsse (0,8 Mrd €). Dagegen führten die Transaktionen von Unternehmen und Privatpersonen im Ergebnis zu Kapitalimporten von 6,6 Mrd €.

Netto-Kapitalimporte im übrigen Kapitalverkehr

Die Währungsreserven der Bundesbank sanken im Juli – zu Transaktionswerten gerechnet – um 0,5 Mrd €.

Währungsreserven

■ Literaturverzeichnis

Deutsche Bundesbank (2022), Perspektiven der deutschen Wirtschaft für die Jahre 2022 bis 2024, Monatsbericht, Juni 2022, S. 15–47.

Deutsche Bundesbank (2019a), Kurzberichte, Monatsbericht, September 2019, S. 5–13.

Deutsche Bundesbank (2019b), Kurzberichte, Monatsbericht, Oktober 2019, S. 5–12.

Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2022), Berichte: Blickpunkt Arbeitsmarkt – Monatsbericht zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt, Nürnberg, August 2022.

Negativzinsphase und Pandemie im Spiegel des Bank Lending Survey

Die Umfrage zum Kreditgeschäft (Bank Lending Survey, BLS) des Eurosystems ist eine wesentliche Informationsquelle zur Einschätzung der Kreditangebotspolitik der Banken und der Entwicklung der Kreditnachfrage: Die Informationen aus dem BLS zu Kreditangebot und -nachfrage geben ein aktuelles Lagebild der Finanzierungssituation nichtfinanzieller Unternehmen und privater Haushalte sowohl in Deutschland als auch im Euroraum. Zusatzfragen bieten darüber hinaus die Möglichkeit, beispielsweise die Wirkung geldpolitischer Maßnahmen auf die Finanzierungssituation schnell zu evaluieren und so für die geldpolitische Transmission relevante Fragen zeitnah zu beantworten.

Der vorliegende Aufsatz illustriert die Rolle des BLS für die Zeit von 2014 bis heute. In diesem Zeitraum liegen die Negativzinsphase, die Corona-Pandemie und jüngst die hohen Inflationsraten sowie der Angriff Russlands auf die Ukraine. Der BLS hat in dieser sehr herausfordernden Zeit beispielsweise Informationen darüber geliefert, wie die geldpolitischen Maßnahmen in der Negativzinsphase stützend auf die Kreditangebotspolitik der Banken wirkten. Er hat gezeigt, dass die gestiegenen Kreditrisiken während der Pandemie zu Straffungen der Kreditangebotspolitik der Banken führten. Informationen aus dem BLS lieferten Erkenntnisse dazu, wie diese Verschärfungen durch expansive geldpolitische Maßnahmen abgeschwächt werden konnten und wie die staatliche Unterstützung der Unternehmensfinanzierung während der pandemiebedingten Lockdowns wirkte. In jüngster Zeit gab der BLS Hinweise darauf, wie die hohe Inflation und der Krieg Russlands gegen die Ukraine Kreditangebot und -nachfrage verändert haben. Diese und andere Erkenntnisse aus dem BLS lieferten wichtige Beiträge für die geldpolitische Entscheidungsfindung des EZB-Rats und für die wirtschaftspolitische Diskussion auf nationaler Ebene.

Die aus dem BLS gewonnenen Informationen werden auch in Zukunft einen wichtigen Beitrag zur Ausgestaltung der Geldpolitik in einem Umfeld von weiterhin gestörten Lieferketten und stark gestiegener Inflationsraten leisten. Für die Geldpolitik von Bedeutung ist etwa die Frage, wie die Banken auf die angesichts des Krieges gegen die Ukraine und seiner weitreichenden gesamtwirtschaftlichen Folgen gestiegenen Kreditrisiken reagieren werden. Darüber hinaus werden die Auswirkungen der geldpolitischen Normalisierung von besonderem Interesse sein.

■ Einleitung

Geldpolitische Herausforderungen während der Negativzinsphase und der Pandemie

Das letzte Jahrzehnt war eine für die Geldpolitik des Eurosystems sehr herausfordernde Zeit: Im Zuge der Niedriginflationsphase wurden die geldpolitischen Zinsen sehr deutlich abgesenkt – der Einlagesatz sogar in den negativen Bereich – und der EZB-Rat ergriff eine Reihe unkonventioneller geldpolitischer Maßnahmen. Mit der Pandemie, dem Krieg Russlands gegen die Ukraine und der hohen Inflation kamen jüngst weitere geldpolitische Herausforderungen hinzu. Während dieser Phasen war es aus geldpolitischer Sicht entscheidend, dass die Finanzierung des nichtfinanziellen Privatsektors sichergestellt bleibt und die geldpolitische Transmission nicht durch Finanzierungshindernisse gestört wird. Eine wesentliche Rolle bei der laufenden Beobachtung und Beurteilung der Finanzierungssituation spielte dabei der BLS des Eurosystems.

BLS-Angaben ermöglichen zeitnahe Einschätzung der Finanzierungssituation, ...

Der BLS hat sich als wertvolles Instrument bewährt, um die Kreditangebotspolitik der Banken und die Entwicklung der Kreditnachfrage in Deutschland und im Euroraum zeitnah einschätzen zu können: Das Zusammenspiel von Kreditangebot und -nachfrage laut BLS-Angaben gibt ein aktuelles Lagebild der Finanzierungssituation im Euroraum sowie in Deutschland. Zusatzfragen bieten darüber hinaus die Möglichkeit, beispielsweise die Wirkung geldpolitischer Maßnahmen auf die Finanzierungssituation schnell zu evaluieren und so für die geldpolitische Transmission relevante Fragen zeitnah zu beantworten.

... indem sie Aufschluss geben über das Zusammenspiel von Kreditnachfrage, ...

Der BLS beschreibt standardmäßig die Entwicklung der Kreditnachfrage im zurückliegenden Quartal und gibt einen Ausblick auf die in den kommenden drei Monaten erwartete Nachfrage. Die im BLS erfragten Faktoren für die Nachfrageentwicklung geben Aufschluss darüber, welchem Zweck die Kreditnachfrage dient und wodurch sie getrieben wird. Hieraus können zum Beispiel Hinweise darauf abgeleitet werden, wie die Geldpolitik auf die Kreditnachfrage gewirkt hat. Weitere relevante Informatio-

nen sind etwa, ob Unternehmen in erster Linie Anlageinvestitionen finanzieren wollen, wie bedeutend das aktuelle Zinsniveau für die Nachfrageentwicklung ist oder ob in Krisensituationen primär Liquiditätsengpässe überbrückt werden müssen.

Im Fokus des BLS steht jedoch die Kreditangebotspolitik der Banken. Neben ihren aktuellen Veränderungen werden geplante Anpassungen für die nahe Zukunft und die verschiedenen Gründe für Anpassungen erfragt. Die Planungen der Banken hinsichtlich der Anpassung ihrer Angebotspolitik haben sich als guter Indikator für die später tatsächlich eingetretene Entwicklung erwiesen. Verschärfungen der Kreditangebotspolitik können – wie etwa während der Finanzkrise – bankseitig begründet sein, also auf Restriktionen in den Bilanzen der Banken oder bei ihrer Finanzierung beruhen. Oder sie können kreditnehmerseitige Gründe haben, also zum Beispiel durch gestiegene Kreditrisiken ausgelöst werden, weil sich die gesamtwirtschaftliche Lage verschlechtert hat. Steigender Wettbewerb im Bankensektor wiederum kann sich lockernd auf die Angebotspolitik auswirken.

... Kreditangebotspolitik und ...

Zusatzfragen im BLS geben zeitnah Hinweise darauf, wie sich einzelne geldpolitische Maßnahmen in der Vergabepolitik der Banken manifestieren und ob sie das Kreditvolumen beeinflussen. Daneben werden Informationen darüber erhoben, welche Effekte die Maßnahmen auf die Ertragslage der Banken und auf ihre Finanzierungssituation haben. Der BLS trägt damit wesentlich dazu bei, isolierte Effekte verschiedener geldpolitischer Maßnahmen auf einzelne Indikatoren zu identifizieren. Dabei können die BLS-Angaben auch dazu dienen, die erwünschten Wirkungen geldpolitischer Maßnahmen im Zusammenspiel mit etwaigen Nebenwirkungen insgesamt zu beurteilen.

... der Wirkung geldpolitischer Maßnahmen

Dieser Aufsatz stellt die Entwicklungen im BLS zu Kreditnachfrage, Kreditangebotspolitik, der Wirkung geldpolitischer Maßnahmen und der Finanzierungssituation der Banken seit 2014 in

Entwicklungen im BLS während der Negativzinsphase, der Pandemie und des Krieges gegen die Ukraine

Deutschland und im Euroraum dar.¹⁾ Zunächst steht die Negativzinsphase bis zum Beginn der Pandemie im Fokus, im Anschluss die Pandemie ab Anfang 2020 als Teilzeitraum der Negativzinsphase. Die dritte betrachtete Zeitperiode beginnt mit dem Krieg gegen die Ukraine im ersten Quartal 2022 und reicht bis zum aktuellen Rand.

Negativzinsphase und Pandemie schlugen sich in den Ergebnissen des BLS nieder

Die Kreditvergabepolitik der BLS-Banken war während der Negativzinsphase bis zum Beginn der Pandemie von Lockerungen geprägt. Die Nachfrage nach Bankkrediten nahm kontinuierlich zu. Die Finanzierungsbedingungen der Banken verbesserten sich laut BLS-Angaben, auch infolge geldpolitischer Maßnahmen, die gegen die zu niedrige Inflationsrate ergriffen worden waren. Zugleich wirkten der negative Zinssatz der Einlagefazilität und das erweiterte Programm des Eurosystems zum Ankauf von Vermögenswerten (expanded Asset Purchase Programme, APP) den BLS-Angaben zufolge aber jeweils per saldo negativ auf die Ertragslage der Banken. Die Pandemie führte dann infolge der gestiegenen Kreditrisiken für sich genommen zu Straffungen bei der Kreditvergabepolitik der Banken. Gleichzeitig nahm die Nachfrage nach Bankkrediten stark zu. Staatlich garantierte Kredite und geldpolitische Maßnahmen konnten die angespannte Finanzierungssituation der Unternehmen abmildern. Während dieser Zeit nutzten die Banken die dritte Serie der gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (GLRG III) in großem Umfang als günstige Finanzierungsquelle. Vor dem Hintergrund des Krieges gegen die Ukraine und gestiegener gesamtwirtschaftlicher Risiken setzte sich den BLS-Angaben zufolge die während der Pandemie begonnene Straffungsperiode bei der Kreditvergabepolitik fort. Die Straffungen der Kreditangebotspolitik liegen derzeit angesichts der hohen Preissteigerungsraten im Interesse der Geldpolitik.

Negativzinsphase bis zum Beginn der Pandemie

Die Negativzinsphase im Euroraum begann im Juni 2014 mit der Absenkung des Zinssatzes der Einlagefazilität in den negativen Bereich. Um ausgehend von einer sehr niedrigen Inflation wieder zu Inflationsraten von mittelfristig unter, aber nahe 2 % zurückzukehren²⁾, ergriff der EZB-Rat eine Reihe expansiv wirkender Maßnahmen. Über Zinssenkungen, neue Refinanzierungsgeschäfte (GLRG) und Ankaufprogramme sollten die monetären und finanziellen Bedingungen gelockert³⁾ und die Funktionsfähigkeit des geldpolitischen Transmissionsmechanismus verbessert⁴⁾ werden. Mithilfe von Zusatzfragen im BLS konnten die Auswirkungen der Sondermaßnahmen des Eurosystems auf die Kreditvergabe jeweils zeitnah evaluiert werden.

Lang anhaltendes Unterschreiten des Inflationsziels während der Negativzinsphase

Seit 2014 wurden drei Serien von GLRG durchgeführt.⁵⁾ Diese Maßnahmen sollten die Kreditvergabe der Banken an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften und private Haushalte (ohne Wohnungsbaukredite) anregen, um über eine Nachfragebelebung die Inflationsentwicklung zu stützen. Zuvor war es laut BLS während der europäischen Staatsschuldenkrise zu einer Verschärfung der Kreditangebotspolitik und einem Absinken der Kreditnachfrage im Euroraum als Ganzes gekommen. Die GLRG boten den Banken günstige Finanzierungsbedingungen sowie eine Anreizstruktur, die die Kreditvergabe an diese Sektoren unter Umständen mit einem zusätzlichen Zinsrabatt belohnt. Neben den GLRG wurde 2015 mit Ankäufen von Vermögenswerten

Expansive geldpolitische Maßnahmen: GLRG, APP, negativer Zinssatz der Einlagefazilität

¹ Vgl. zur Durchführung und Auswertung des BLS die Erläuterungen auf S. 20 f. sowie zu den Zusatzfragen im BLS die Erläuterungen auf S. 23.

² Vgl. bspw.: Europäische Zentralbank (2016a). Dieses Inflationsziel wurde bis zur Verabschiedung der neuen geldpolitischen Strategie 2021 angestrebt.

³ Vgl.: Europäische Zentralbank (2015).

⁴ Vgl.: Europäische Zentralbank (2014).

⁵ Die erste GLRG-Serie wurde vom September 2014 bis Juni 2016 durchgeführt, die zweite Serie von Juni 2016 bis März 2017 und die dritte Serie von September 2019 bis Dezember 2021. Details sind insbesondere Europäische Zentralbank (2014, 2016b, 2019a) zu entnehmen.

Durchführung und Auswertung des Bank Lending Survey

Der Bank Lending Survey (BLS) soll ein umfassenderes Verständnis des geldpolitischen Transmissionsprozesses über den Bankensektor ermöglichen und damit geldpolitische Entscheidungen unterstützen. An der seit 2003 vom Eurosystem im Euroraum durchgeführten Umfrage nehmen in Deutschland derzeit 33 Banken und im Euroraum insgesamt 153 Banken teil. Die Stichproben sind repräsentativ.¹⁾ In der Umfrage werden hochrangige Vertreter der teilnehmenden Banken regelmäßig um aktuelle Informationen zu ihrer Kreditvergabepolitik sowie um eine Einschätzung der institutsspezifischen Kreditnachfrage gebeten. Bei der Kreditvergabepolitik wird unterschieden zwischen den Kreditrichtlinien als Mindestvoraussetzung für eine Kreditgewährung und den in den abgeschlossenen Kreditverträgen enthaltenen Kreditbedingungen. Ergänzend erteilen die BLS-Banken Auskunft über die von ihnen vermuteten Bestimmungsfaktoren für die Entwicklung der Kreditnachfrage und der Kreditvergabepolitik. Alle Angaben werden separat für Kredite an Unternehmen²⁾ sowie an private Haushalte erhoben. Bei den Unternehmenskrediten wird nach Unternehmensgröße unterschieden und bei den Krediten an private Haushalte nach Wohnungsbaukrediten sowie nach Konsumenten- und sonstigen Krediten³⁾. Gefragt wird zum einen nach der Entwicklung in den vergangenen drei Monaten und zum anderen nach der von den Banken erwarteten Veränderung in den folgenden drei Monaten. Zusätzlich zum regulären Fragebogen kommen Zusatzfragen zur Anwendung, mit denen etwa Einschätzungen zu geldpolitischen Sondermaßnahmen oder kurzfristig relevanten Sonderthemen erhoben werden.

Die Einschätzung der aktuell geltenden Kreditvergabepolitik und der Nachfrage nach Krediten erfolgt – wie grundsätzlich auch bei den übrigen Fragen – als Veränderung im Vergleich zum Vorquartal (bei der Nachfrage abgesehen von saisonalen Schwankungen). Dabei werden Antwortmöglichkeiten in Form von Tendenz-

aussagen auf einer fünfstufigen Skala⁴⁾ vorgegeben. Die Einzelangaben der an der Umfrage teilnehmenden Banken werden in allen EWU-Staaten fragenweise auf nationaler Ebene in Kennzahlen zusammengefasst.⁵⁾ Dabei werden für jede Frage des regulären Fragebogens prozentuale Nettoanteile⁶⁾ berech-

1 Die Banken der deutschen Stichprobe gehören den Gruppen der Großbanken, Regionalbanken, Landesbanken, Sparkassen, Kreditgenossenschaften, privaten Hypothekenbanken und Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben an. Annähernde Repräsentativität im Hinblick auf den deutschen Bankensektor wird dadurch hergestellt, dass sich der Anteil der Banken in der Stichprobe je Bankengruppe am Anteil des Kreditvolumens jeder Bankengruppe am gesamten Kreditvolumen im deutschen Bankensektor orientiert.

2 Unter Unternehmen werden im BLS nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften verstanden.

3 Gemäß Erläuterungen zum Fragenbogen fallen unter diese Kategorie neben klassischen Krediten für den persönlichen Konsum auch Überziehungskredite und Kreditkartenkredite sowie Kredite an Einzelunternehmer und Personengesellschaften (keine Quasi-Kapitalgesellschaften) und an private Organisationen ohne Erwerbszweck.

4 Die Skala umfasst bei angebotsbezogenen Fragen die Antwortmöglichkeiten „deutlich verschärft“, „leicht verschärft“, „unverändert“, „leicht gelockert“ und „deutlich gelockert“. Bei nachfragebezogenen Fragen besteht die Auswahl aus „deutlich gestiegen“, „leicht gestiegen“, „unverändert“, „leicht gesunken“ und „deutlich gesunken“.

5 Bei der Aggregation der Antworten auf nationaler Ebene erhalten die Angaben aller Banken der Stichprobe eines Landes dieselbe Gewichtung. Zwei Länder berechnen zusätzlich auch Aggregate, bei denen die Antworten der Banken mit ihrem jeweiligen Anteil am Kreditbestand des zugehörigen Landes gewichtet werden.

6 Für angebotsbezogene Fragen berechnet sich der Nettoanteil als Differenz zwischen der Summe der Angaben unter „deutlich verschärft“ und „leicht verschärft“ und der Summe der Angaben unter „leicht gelockert“ und „deutlich gelockert“ (in % der gegebenen Antworten). Positive Werte für den Nettoanteil entsprechen demnach restriktiveren Konditionen, negative Werte einer Lockerung. Für nachfragebezogene Fragen berechnet sich der Nettoanteil als Differenz zwischen der Summe der Angaben unter „deutlich gestiegen“ und „leicht gestiegen“ und der Summe der Angaben unter „leicht gesunken“ und „deutlich gesunken“ (in % der gegebenen Antworten). Positive Werte für den Nettoanteil entsprechen dann einer gestiegenen Nachfrage, negative Werte einer gesunkenen. Neben dem Nettoanteil werden auch Mittelwerte über die Angaben aller Banken sowie Diffusionsindizes berechnet, die ähnlich wie die Nettoanteile, allerdings mit halber Gewichtung der weniger ausgeprägten („leicht“) Angaben bestimmt werden.

net. Die Umfrageergebnisse für Deutschland werden regelmäßig von der Bundesbank publiziert und analysiert. Auch im Fall der Zusatzfragen werden, soweit möglich, Nettoanteile berechnet und veröffentlicht, oder es kommen fragenindividuell alternative Aggregationsmaße zur Anwendung. Die Angaben aller im Euro-Währungsgebiet teilnehmenden Institute finden Eingang in das Euroraum-Aggregat, das von der Europäischen Zentralbank (EZB) ermittelt wird.⁷⁾

Nach einer größeren Reform des Standard-Fragebogens 2015 wurde dieser 2022 erneut überarbeitet und ausgeweitet.⁸⁾ Verlängerungen des Fragebogens müssen stets sorgfältig abgewogen werden. Denn einem potenziellen Informationsgewinn durch eine differenziertere Fragestellung steht immer auch ein höherer Aufwand der Banken bei der Beantwortung der Fragen gegenüber. Die Änderungen bestanden diesmal in erster Linie in einer umfassenderen Abfrage von erklärenden Faktoren, die der Geldpolitik wertvolle Zusatzinformationen liefern sollen:

- Bei den Unternehmenskrediten werden für die Kreditbedingungen insgesamt sowie für die Margen als ein Teil davon ab der April-Runde 2022 (Bezugszeitraum: 1. Vierteljahr 2022) die erklärenden Faktoren mit tieferer Untergliederung erfragt. Wie bisher bereits bei den Richtlinien für Unternehmenskredite setzen sich die Faktoren aus vier Oberbegriffen mit jeweiligen Unterfaktoren zusammen: erstens Refinanzierungskosten und bilanzielle Restriktionen, untergliedert in „Eigenkapital Ihrer Bank und Kosten, die mit Ihrer Eigenkapitalposition verbunden sind“, „Refinanzierungsbedingungen Ihres Hauses auf dem Geld- oder Anleihemarkt einschließlich True-Sale-Verbriefung“ und „Liquiditätsposition Ihres Hauses“; zweitens Wettbewerbssituation, untergliedert in „Konkurrenz durch andere Banken“, „Konkurrenz durch Nichtbanken“ und „Konkurrenz durch Marktfinanzierung“; drittens Risikoeinschätzung, untergliedert in „Wirtschaftslage und Konjunkturaussichten allgemein“, „Branchen- oder firmenspezifische

Lage und Aussichten/Kreditwürdigkeit der Kreditnehmer“ und „Werthaltigkeit der Sicherheiten“; viertens Risikotoleranz Ihrer Bank.

- Bei den Richtlinien für private Wohnungsbaukredite sowie Konsumenten- und sonstige Kredite ist bei dem zuvor zusammengefassten Faktor Refinanzierungskosten und bilanzielle Restriktionen ab der April-Runde 2022 ebenfalls die oben genannte tiefere Untergliederung eingeführt worden.
- Bei den Einflussfaktoren der Entwicklung der Nachfrage nach Unternehmenskrediten wird seit der April-Runde 2022 auch nach Unternehmensgröße unterschieden.
- Ebenso wird seit der April-Runde 2022 auch bei der Veränderung der Ablehnungsquote bei Kreditanträgen von Unternehmen nach Unternehmensgröße differenziert. Wie bereits in den ergänzenden Erläuterungen (Compilation Guide)⁹⁾ ausgeführt, wird nun auch in der Frage explizit darauf hingewiesen, dass sie sich sowohl auf formelle Kreditanträge als auch auf informelle Kreditanfragen beziehen soll.

Der Fragebogen (Standardfragen) einschließlich der Zusatzfragen der jeweiligen Umfrage- und ergänzende Erläuterungen finden sich auch auf der Website der Bundesbank unter: <https://www.bundesbank.de/de/aufgaben/geldpolitik/volkswirtschaftliche-analysen/-/bank-lending-survey-fuer-deutschland-602486>.

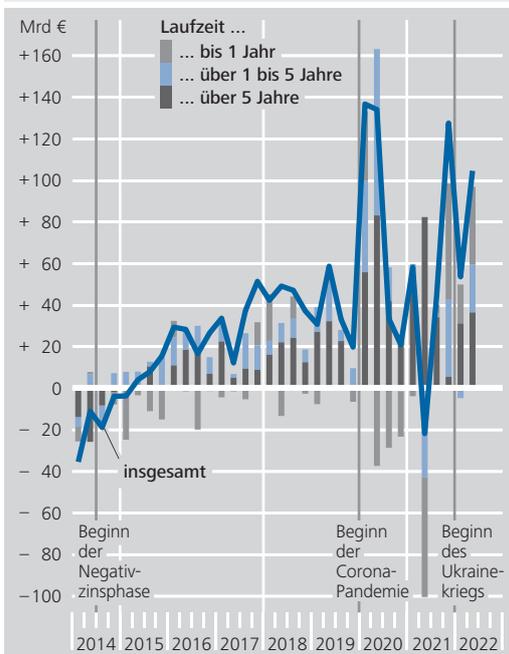
⁷⁾ Die Umfrageergebnisse für den Euroraum finden sich auf der Internetseite der EZB unter: https://www.ecb.europa.eu/stats/ecb_surveys/bank_lending_survey/html/index.en.html.

⁸⁾ Die Zusatzfragen waren nicht Teil dieser Reform, weil sie ohnehin regelmäßig überprüft und angepasst werden.

⁹⁾ Vgl.: <https://www.bundesbank.de/resource/blob/602650/eb4f03f4741d8086e4fbfe92773fbb1e/mL/bank-lending-survey-fragebogen-erlaeuterungen-data.pdf>.

Buchkredite an nichtfinanzielle Unternehmen im Euroraum^{*)}

Quartalsummen der monatl. Veränderungen, saisonbereinigt



Quelle: EZB. *) Nichtfinanzielle Kapital- und Quasi-Kapitalgesellschaften. Das Aggregat ist bereinigt um Kreditverkäufe und -verbriefungen sowie um Positionen im Zusammenhang mit fiktiven Cash-Pooling-Dienstleistungen, die von MFIs erbracht wurden.
 Deutsche Bundesbank

ten im Rahmen des APP⁶⁾ begonnen. 2016 wurde das APP ergänzt um das Programm zum Ankauf von Unternehmensanleihen.⁷⁾ Zudem folgten auf die erstmalige Senkung des Zinssatzes der Einlagefazilität in den negativen Bereich noch vier weitere Zinssenkungen bis auf ein Niveau von – 0,50 %.

Kreditnachfrage

Nachfrage nach Unternehmenskrediten während der Negativzinsphase stetig zunehmend

Wie von der Geldpolitik intendiert, stützte das historisch niedrige Zinsniveau die Nachfrage nach Bankkrediten. Das zeigt sich in den Daten der Bilanzstatistik (siehe oben stehendes Schaubild) und in den Ergebnissen des BLS (siehe Schaubild auf S. 24). Die von den Banken im BLS eingeschätzte Nachfrageentwicklung kann dabei bereits Hinweise auf die tatsächliche Kreditentwicklung eines Quartals geben, bevor die Daten aus der Bilanzstatistik vorliegen. Denn diese werden regulär erst rund vier Wochen nach dem Ende des jeweiligen Berichtsmonats

veröffentlicht, während die Angaben aus dem BLS bereits zu Beginn des Folgequartals vorliegen.

Die Nachfrage nach Bankkrediten nahm laut BLS in Deutschland ebenso wie im Euroraum insgesamt während der Negativzinsphase bis zum Beginn der Pandemie nahezu stetig zu.⁸⁾ Die Unternehmen fragten vor allem langfristige⁹⁾ Kredite nach und sicherten sich so die niedrigen Zinssätze über einen langen Zeitraum. Verwendet wurden diese Mittel vor allem für Anlageinvestitionen. Diese Investitionen werden üblicherweise in einer guten konjunkturellen Lage getätigt. Die steigenden Anlageinvestitionen trugen dazu bei, die Inflation, wie vom EZB-Rat beabsichtigt, zu stützen. Gedämpft wurde die Nachfrage nach Bankkrediten laut BLS dadurch, dass die Unternehmen ihre Innenfinanzierungsspielräume in Anspruch nahmen. Denn diese hatten sich durch die günstige allgemeine Wirtschaftslage ausgeweitet.

Auch die privaten Haushalte in Deutschland und im Euroraum insgesamt nutzten das Negativzinsumfeld, um vermehrt Bankkredite aufzunehmen. Nach Ansicht der befragten Banken war dafür neben dem niedrigen Zinsniveau ein

Kreditnachfrage vonseiten privater Haushalte während der Negativzinsphase ebenfalls gestiegen

6 Vgl.: Europäische Zentralbank (2015). Im Rahmen des APP wurde der Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen (Covered Bond Purchase Programme, CBPP3) und Asset-Backed Securities (Asset-Backed Securities Purchase Programme, ABSPP) fortgesetzt. Zusätzlich sollten unter bestimmten Bedingungen Käufe von Anleihen getätigt werden, die von im Euroraum ansässigen Zentralstaaten, Emittenten mit Förderauftrag und europäischen Institutionen begeben werden (Public Sector Purchase Programme, PSPP).

7 Corporate Sector Purchase Programme, vgl.: Europäische Zentralbank (2016a).

8 Gemäß Erläuterungen zum Fragebogen ist die Nachfrage im BLS als nominale Bruttonachfrage im Vergleich zum Vorquartal unter Vernachlässigung üblicher saisonaler Schwankungen zu verstehen. Sie bezieht sich auf den Finanzierungsbedarf von Unternehmen und privaten Haushalten durch Bankkredite unabhängig davon, ob tatsächlich ein Kredit gewährt wird. Kreditanfragen, die bei mehreren BLS-Instituten parallel gestellt wurden, können die im BLS erfasste Nachfrage unter Umständen deutlich erhöhen und die tatsächliche Nachfrageentwicklung überzeichnen. Die Angaben zu den Gründen für Veränderungen der Kreditnachfrage sind mit Unsicherheit behaftet, da die Bankmanager die für die Kreditnehmer ausschlaggebenden Gründe nur indirekt einschätzen können.

9 Gemäß Erläuterungen zum Fragebogen Kredite mit einer Ursprungslaufzeit von über einem Jahr.

Zusatzfragen im Bank Lending Survey

Neben den regelmäßig erhobenen Standardfragen enthält der Fragebogen des Bank Lending Survey verschiedene Zusatzfragen, mit denen zeitnah Informationen zu geldpolitisch relevanten aktuellen Themen erfragt werden. Inhalt und Frequenz der Zusatzfragen können nach Bedarf angepasst werden. So wurden in den vergangenen Jahren etwa Fragen zur Finanzierungssituation der Banken, zu geldpolitischen Sondermaßnahmen, zu den Auswirkungen notleidender Kredite auf die Kreditvergabepolitik und zu staatlich garantierten Hilfskrediten während der Pandemie gestellt. Derzeit werden sieben Fragenkomplexe vierteljährlich, halbjährlich oder jährlich im Wechsel gestellt. Die Antworten auf Zusatzfragen liefern dem Eurosystem Informationen zu einem Zeitpunkt, zu dem häufig noch nicht genügend Daten aus anderen Quellen für eine

tiefere empirische Analyse vorhanden sind.

Übersicht zu den Zusatzfragen

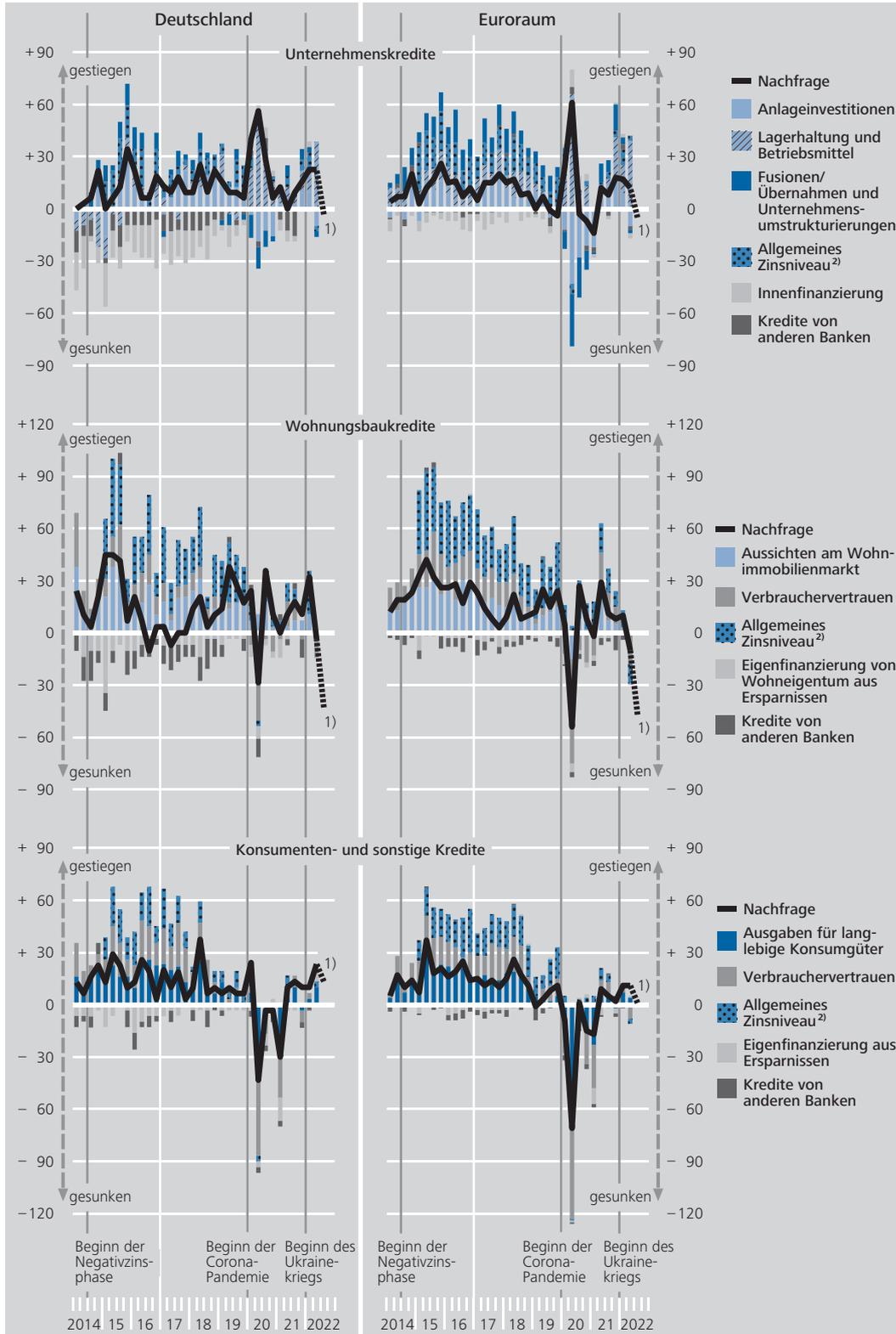
Frage	Gestellt von ... bis ... (Bezugszeitraum) ¹	Frequenz
Finanzierungssituation der Banken	seit 4. Vj. 2009	vierteljährlich
Regulatorische Maßnahmen	seit 1. Hj. 2011	bis 2019 halbjährlich, seitdem jährlich
Niveau der Kreditrichtlinien	2014 bis 2019	jährlich
Gezielte längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	3. Vj. 2014 bis 2. Vj. 2017; seit 2. Hj. 2019	viertel-/halbjährlich
Erweitertes Programm des Eurosystems zum Ankauf von Vermögenswerten	seit 4. Vj. 2014/1. Vj. 2015	halbjährlich
Negativer Zinssatz der Einlagefazilität	seit 4. Vj. 2015/1. Vj. 2016	halbjährlich
Auswirkungen notleidender Kredite auf die Kreditvergabepolitik	seit 1. Hj. 2018	halbjährlich
Kreditvergabepolitik in einzelnen Wirtschaftssektoren	seit 1. Hj. 2020	halbjährlich
Staatlich garantierte Hilfskredite während der Pandemie	2020 bis 2021	halbjährlich

¹ In der Januar-Runde werden jeweils Informationen für den Bezugszeitraum 4. Vj. des Vorjahres (vierteljährliche Fragen), 2. Hj. des Vorjahres (bei halbjährlichen Fragen) oder gesamtes Vorjahr (bei jährlichen Fragen) erhoben. Entsprechendes gilt für die April-, Juli- und Oktober-Runde. Zusätzlich werden bei den meisten Fragen Erwartungen erhoben, die sich auf das künftige Vierteljahr, Halbjahr oder Jahr beziehen.

Deutsche Bundesbank

Veränderungen der Kreditnachfrage^{*)} und ausgewählte erklärende Faktoren^{**)}

in % der gegebenen Antworten (netto)



* Differenz aus der Summe der Angaben „deutlich gestiegen“ und „leicht gestiegen“ und der Summe der Angaben „leicht gesunken“ und „deutlich gesunken“. ** Differenz aus der Summe der Angaben „hat erheblich zu einer Nachfragerückgang beigetragen“ und „hat geringfügig zu einer Nachfragerückgang beigetragen“ und der Summe der Antworten „hat geringfügig zu einem Nachfragerückgang beigetragen“ und „hat erheblich zu einem Nachfragerückgang beigetragen“. 1) Erwartung für das 3. Vj. 2022. 2) Seit dem 1. Vj. 2015 erfragt.

gestiegenes Verbrauchervertrauen maßgeblich verantwortlich. Die nach Einschätzung der Kreditnehmer guten Aussichten am Wohnimmobilienmarkt trieben die Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten ebenfalls in erheblichem Maß. Die Nachfrage nach Konsumenten- und sonstigen Krediten dürfte zudem von der guten konjunkturellen Entwicklung und den guten Aussichten am Arbeitsmarkt in diesem Zeitraum gestützt worden sein. Vor allem gaben die Verbraucher mehr Geld für langlebige Konsumgüter aus als zuvor. Gedämpft wurde die Nachfrage der privaten Haushalte bei den befragten Banken dagegen durch die Verwendung eigener Ersparnisse. Bei den Wohnungsbaukrediten kam es den befragten Banken in Deutschland zufolge 2016 zu einem vorübergehenden Nachfrageämpfer. Denn im März 2016 trat in Deutschland das Gesetz zur Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie und zur Änderung handelsrechtlicher Vorschriften in Kraft. Einige der potenziellen Kreditnehmer sahen daraufhin wegen der höheren bankseitigen Anforderungen von einer Kreditanfrage ab.

Kreditangebotspolitik

Kreditrichtlinien als zentraler Indikator für die Vergabepolitik

Der zentrale Indikator für das Kreditangebotsverhalten der im BLS befragten Banken sind die Kreditrichtlinien. Als Kreditrichtlinien werden die bankindividuellen Mindestvoraussetzungen für eine Kreditgewährung bezeichnet, die die potenziellen Kreditnehmer zu erfüllen haben.¹⁰⁾ Außerdem erteilen die BLS-Banken Auskunft über die in ihren tatsächlich abgeschlossenen Kreditverträgen enthaltenen Kreditbedingungen. Diese umfassen den vereinbarten Aufschlag auf den relevanten Referenzzinssatz (Marge), die Kredithöhe, die Zugangsbedingungen und sonstigen Bedingungen in Form von Kreditnebenkosten (d. h. Gebühren), vom Kreditnehmer zu stellende Sicherheiten oder Garantien (einschl. Deckungsguthaben), Zusatz- oder Nebenvereinbarungen (covenants) sowie die vereinbarte Fristigkeit. Für Kreditrichtlinien und -bedingungen gibt es kein zusammenfassendes Maß für das jeweilige Niveau. Dieser

Schwierigkeit wird im BLS begegnet, indem die Veränderung der Kreditvergabepolitik im Vergleich zum Vorquartal erfragt wird. Um Niveaus zu verschiedenen Zeitpunkten miteinander zu vergleichen, können die Veränderungen über einen längeren Zeitraum aufsummiert (kumuliert)¹¹⁾ werden. Für die Geldpolitik ist die Entwicklung der Kreditrichtlinien – ebenso wie die BLS-Nachfrage – von besonderer Relevanz, denn sie sind ein Vorlaufindikator für die zukünftige Kreditentwicklung.¹²⁾

Im Anschluss an die massiven Verschärfungen nach Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2007 passten die im BLS befragten Institute ihre Kreditrichtlinien über mehrere Jahre hinweg nur noch moderat an (siehe Schaubild auf S. 26). Während der Negativzinsphase wurden die Richtlinien für Unternehmenskredite und für Konsumenten- und sonstige Kredite an private Haushalte dann bis Ende 2018 wiederholt leicht gelockert. Diese Anpassungen standen im Einklang mit dem Ziel der expansiven Geldpolitik, die Inflation über eine Belebung des Konsums und des Kreditwachstums zu erhöhen. Die günstige Finanzierungssituation für Unterneh-

Kreditrichtlinien während der Negativzinsphase im Euro-Raum stärker gelockert als in Deutschland

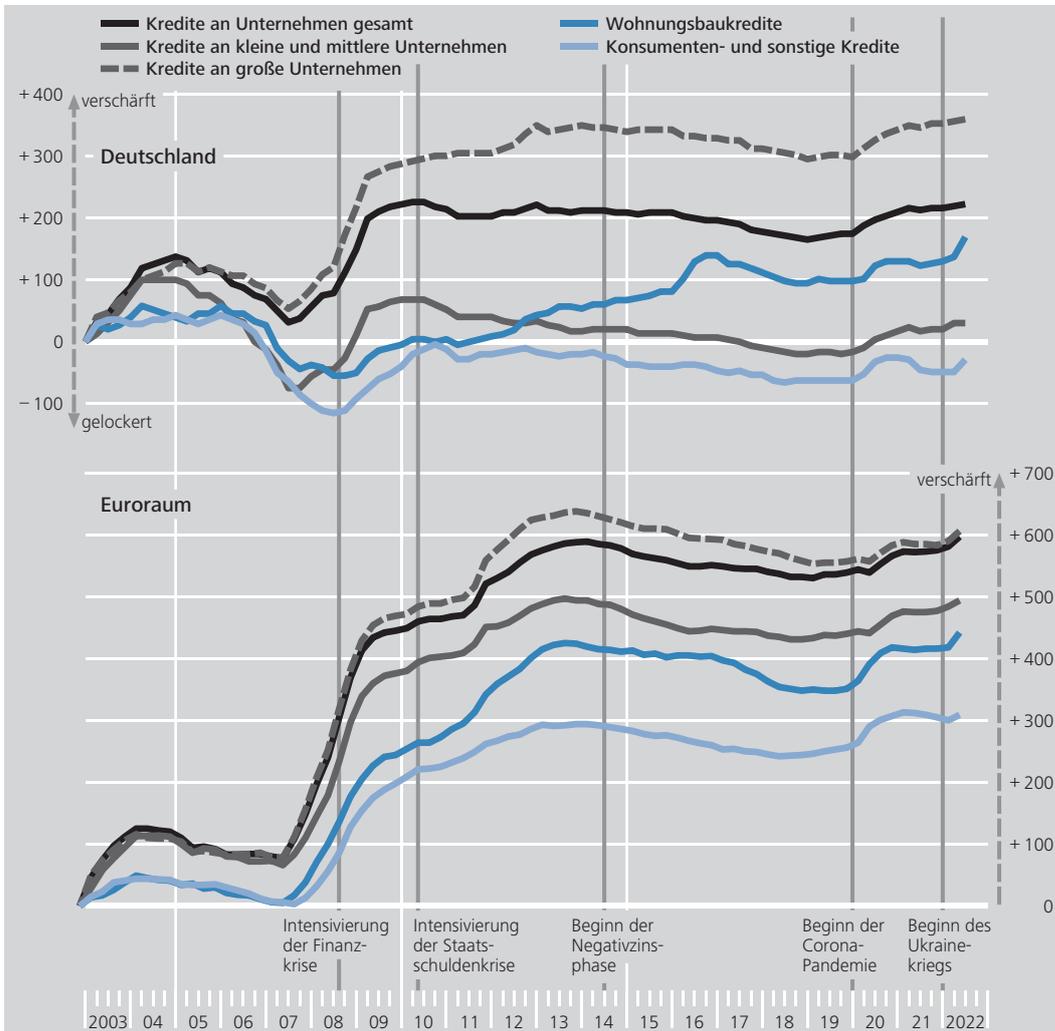
10 Die Kreditrichtlinien werden festgelegt, bevor die eigentlichen Verhandlungen über die Kreditbedingungen aufgenommen werden und die Entscheidung über die Gewährung bzw. die Ablehnung des Kredits getroffen wird. Sie umfassen Vorgaben darüber, welche Art von Krediten eine Bank als wünschenswert erachtet und welche nicht, welche sektorspezifischen und geografischen Prioritäten zu beachten sind, welche Sicherheiten als akzeptabel gelten und welche nicht usw. Zudem sind in den Kreditrichtlinien die Voraussetzungen (z. B. Bilanzsituation, Einkommenslage, Alter oder Beschäftigungsstatus) geregelt, die ein Kreditnehmer zur Gewährung eines Kredits erfüllen muss.

11 Diese Methode weist allerdings einige Schwächen auf und ist daher nur als grobes Maß zu verstehen. Das zu Beginn der Umfrage 2003 herrschende Niveau der Kreditrichtlinien ist unbekannt. Im Optimalfall sollte der Aufschlagspunkt einer Kumulation ein Zeitpunkt mit einem „neutralen“ Niveau sein; dies lässt sich aber nicht identifizieren. Vergleiche zwischen einzelnen Banken oder Kreditsegmenten verbieten sich, da nicht davon ausgegangen werden kann, dass die jeweiligen Ausgangsniveaus identisch waren. Zwischen 2014 und 2019 wurde jährlich eine Zusatzfrage zum aktuellen Niveau der Kreditrichtlinien relativ zu bestimmten Zeiträumen in der Vergangenheit gestellt. Wegen der mit der Zeit immer schwieriger werdenden Einschätzung des Niveaus wurde diese Frage jedoch wieder eingestellt. Für eine Diskussion der Kumulationsmethode und eine Darstellung der Ergebnisse der Zusatzfrage zum Niveau der Kreditrichtlinien vgl.: Deutsche Bundesbank (2014).

12 Vgl. die Erläuterungen zum Vorlauf des BLS gegenüber der Kreditvergabe auf S. 28 ff.

Kumulierte Veränderungen der Kreditrichtlinien seit Beginn des BLS

kumulierte Nettoanteile in %¹⁾



¹⁾ Differenz aus der Summe der Angaben „deutlich verschärft“ und „leicht verschärft“ und der Summe der Angaben „leicht gelockert“ und „deutlich gelockert“ in % der gegebenen Antworten aufsummiert vom 1. Vj. 2003 bis zum jeweiligen Zeitpunkt.
 Deutsche Bundesbank

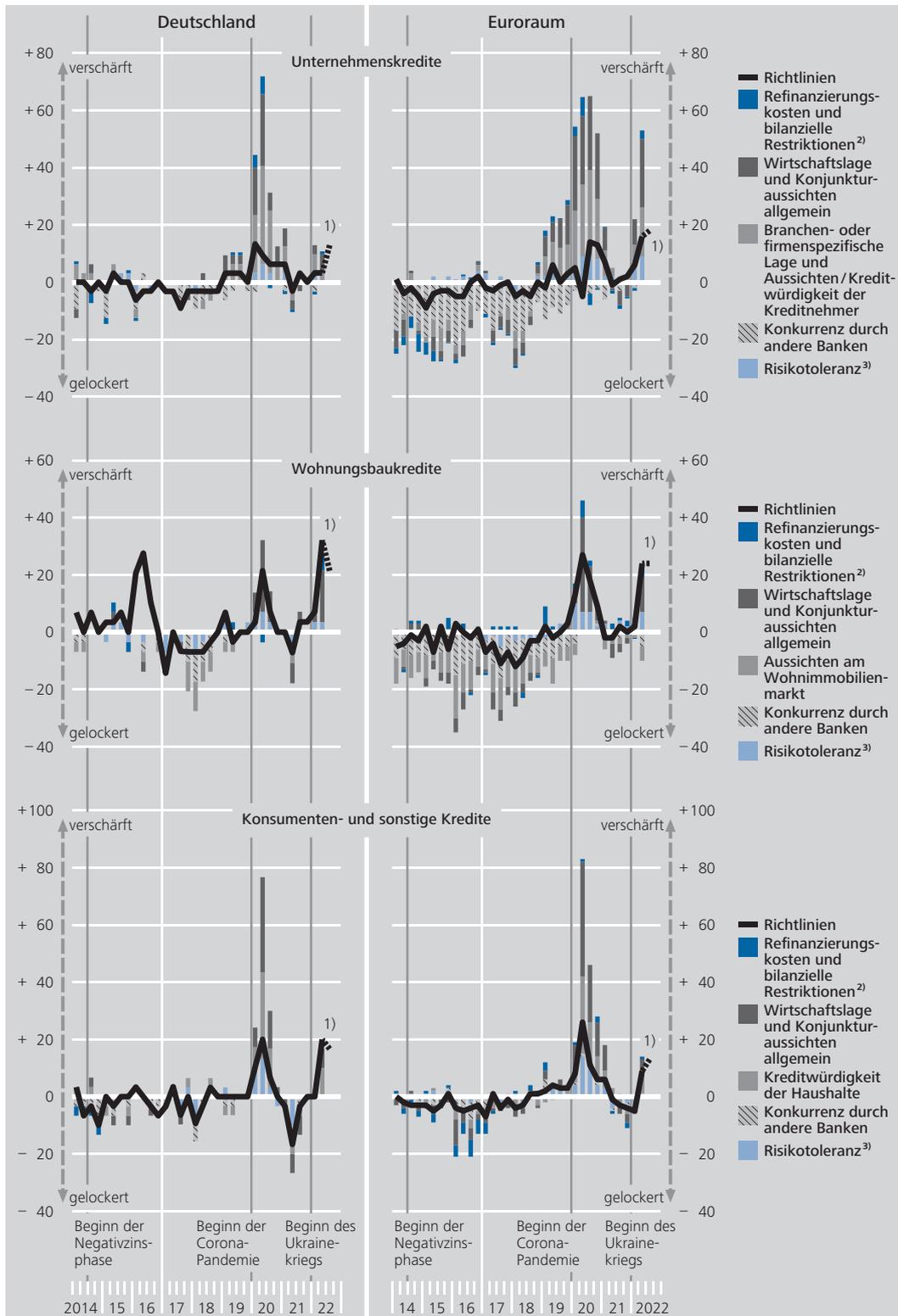
men und private Haushalte trug dazu bei, dass die Kreditnachfrage laut Einschätzung der BLS-Banken stetig zunahm. Die BLS-Banken im Euroraum insgesamt lockerten ihre Kreditangebotspolitik deutlicher als die deutschen Institute. Die Banken im Euroraum nahmen damit einen Teil der noch bis 2014 kontinuierlich erfolgten Straffungen zurück. In Deutschland waren in diesem Zeitraum dagegen keine Straffungen vorgenommen worden. Für die Lockerungen machten die Umfrageteilnehmer hauptsächlich die angespannte Wettbewerbssituation mit Konkurrenzinstituten im Banken- und Nichtbankensektor verantwortlich (siehe Schaubild auf S. 27). Die BLS-Banken im Euroraum gaben zudem ex-

plizit an, dass das APP sich expansiv auf ihre Richtlinien für Unternehmenskredite ausgewirkt und das Kreditvolumen¹³⁾ gesteigert habe (siehe Schaubild auf S. 38). Außerdem berichteten die an den GLRG teilnehmenden Banken in Deutschland wie im Euroraum, dass sie die Mittel entsprechend dem geldpolitischen Zweck der Maßnahme in erster Linie für die Kreditvergabe an Unternehmen und private Haushalte verwendet hätten. Dies lässt auch bei den GLRG einen volumensteigernden Effekt vermuten, auch wenn nach Angaben der Banken vielfach

¹³⁾ Der Einfluss des APP auf das Kreditvolumen wird seit dem Winterhalbjahr 2017/18 erfragt.

Veränderungen der Kreditrichtlinien¹⁾ und ausgewählte erklärende Faktoren^{**)}

in % der gegebenen Antworten (netto)



* Differenz aus der Summe der Angaben „deutlich verschärft“ und „leicht verschärft“ und der Summe der Angaben „leicht gelockert“ und „deutlich gelockert“. ** Differenz aus der Summe der Angaben „trug deutlich zur Verschärfung der Kreditrichtlinien bei“ und „trug leicht zur Verschärfung der Kreditrichtlinien bei“ und der Summe der Angaben „trug leicht zur Lockerung der Kreditrichtlinien bei“ und „trug deutlich zur Lockerung der Kreditrichtlinien bei“. **1** Erwartung für das 3. Vj. 2022. **2** Mittelwert der Faktoren Eigenkapitalkosten, Refinanzierungsbedingungen auf dem Geld- oder Anleihemarkt, Liquiditätsposition. Seit 1. Vj. 2022 bei Krediten an private Haushalte Untergliederung des Faktors "Refinanzierungskosten und bilanzielle Restriktionen" in vorgenannte Einzelfaktoren. **3** Erfragt seit 1. Vj. 2015.

Vorlauf des Bank Lending Survey gegenüber der Kreditvergabe

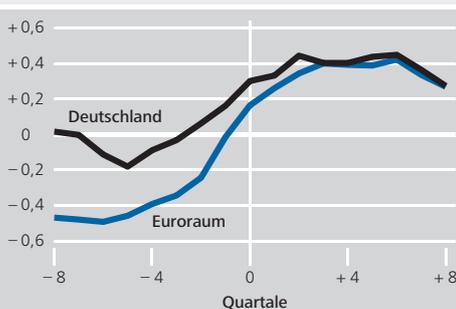
Im Bank Lending Survey (BLS) werden die Banken sowohl nach der Veränderung der von ihnen angewendeten Richtlinien bei der Kreditvergabe als auch nach ihrer Einschätzung der Veränderung der Kreditnachfrage befragt. Beide Fragen beziehen sich auf den in der Umfrage vorgegebenen Referenzzeitraum der vergangenen drei Monate und können somit für die Erklärung der Kreditentwicklung in diesem Zeitraum herangezogen werden. Darüber hinaus können die berichteten Veränderungen aber auch Hinweise auf die zukünftige Kreditentwicklung liefern. Zum Beispiel dürften in Reaktion auf eine Lockerung der Kreditrichtlinien ceteris paribus auch in nachfolgenden Monaten und Quartalen mehr Kredite vergeben werden. Frühzeitige Informationen über die zukünftige Kreditentwicklung sind wiederum von großem Interesse für die Geldpolitik, etwa im Rahmen der volkswirtschaftlichen Prognose. Auf Basis der ab dem Jahr 2003 vorliegenden Zeitreihen wird daher im Folgenden mit einer statistischen Analyse für Deutschland und für den Euroraum ermittelt, ob es einen systematischen Vorlauf der

im BLS erhobenen Angaben zu Veränderungen bei den Kreditrichtlinien und bei der Kreditnachfrage gegenüber der Veränderung des gesamtwirtschaftlichen Kreditvolumens gibt.

Für die Analyse werden Quartalsdaten des BLS sowie der MFI-Bilanzstatistik für den Zeitraum vom ersten Quartal 2003 bis zum ersten Quartal 2022 verwendet. Um den beiderseitigen Einfluss sowohl des Kreditangebots als auch der Kreditnachfrage zu berücksichtigen, wird aus den BLS-Angaben ein kombinierter „BLS-Kreditindikator“ konstruiert, der Nettoveränderungen des Kreditumfelds beschreibt. Dazu wird die Summe aus dem Nettoanteil der Banken, die eine Lockerung ihrer Kreditrichtlinien berichten,¹⁾ und dem Nettoanteil der Banken, die einen Anstieg der Kreditnachfrage berichten, gebildet. Ein positiver Wert des Indikators signalisiert eine Verbesserung des Kreditumfelds, ein negativer Wert eine Verschlechterung. Im Folgenden wird der Informationsgehalt des so berechneten Kreditindikators für die tatsächliche Kreditentwicklung untersucht. Als Messgröße für die Kreditentwicklung wird die vierteljährliche Wachstumsrate²⁾ des Kreditvolumens gemäß Bilanzstatistik, jeweils für die Marktsegmente der Buchkredite an nichtfinanzielle Unternehmen und der Wohnungsbaukredite, herangezogen.

Kreuzkorrelation¹⁾ zwischen BLS-Kreditindikator und Wachstum der Buchkredite an nichtfinanzielle Unternehmen

Korrelationskoeffizient



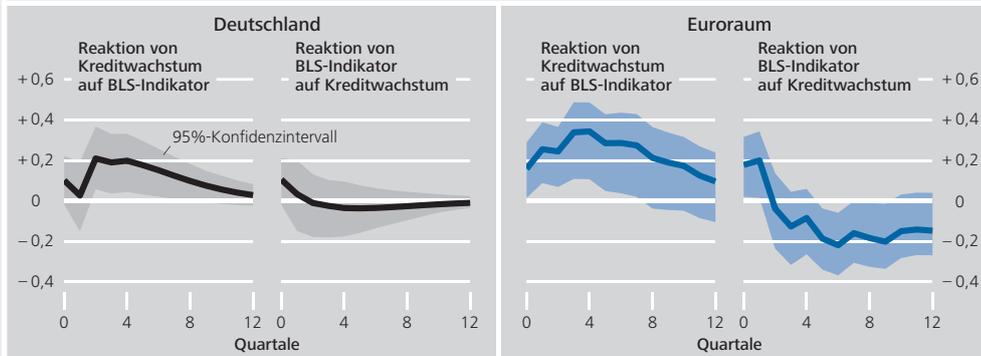
Quelle: EZB und eigene Berechnungen. * Korrelation zwischen gegenwärtiger BLS-Angabe und vergangener oder zukünftigem Kreditwachstum.
 Deutsche Bundesbank

1 Die Variable „Veränderung der Kreditrichtlinien“ misst üblicherweise den Nettoanteil der Banken, die eine Verschärfung ihrer Kreditangebotspolitik berichten. Sie geht in diese Berechnung somit mit umgekehrtem Vorzeichen ein.

2 Für den Zweck der vorliegenden Analyse wird die Differenz des logarithmierten Index der transaktionsbasierten Veränderungen (index of notional stocks) zum Vorquartal verwendet, die näherungsweise der Kreditwachstumsrate gleichzusetzen ist.

Impuls-Antwort-Folgen³⁾ für das Wachstum der Buchkredite an nichtfinanzielle Unternehmen und für den BLS-Kreditindikator

Standardabweichungen



Quelle: EZB und eigene Berechnungen. * Generalisierte Impuls-Antwort-Folgen auf einen Impuls in Höhe von einer Standardabweichung (vgl.: Pesaran und Shin (1998)), abgeleitet aus einem geschätzten VAR-Modell.
 Deutsche Bundesbank

Ein erstes Maß für einen möglichen Vorlauf stellt die Kreuzkorrelation dar, das heißt ein einfacher Korrelationskoeffizient zwischen dem BLS-Kreditindikator für ein Quartal und dem Kreditwachstum eines vergangenen Quartals (negativer Quartalsabstand) oder eines nachfolgenden Quartals (positiver Quartalsabstand). Für das Segment der Unternehmenskredite zeigt die resultierende Folge von Kreuzkorrelationen, bei Variation des Quartalsabstands von -8 bis $+8$, sowohl für Deutschland als auch für den Euroraum einen S-förmigen Verlauf (vgl. Schaubild auf S. 28): Bei einer Verbesserung des Kreditumfelds im Referenzquartal ergibt sich nachfolgend eine höhere Wachstumsrate (positive Korrelation im Bereich positiver Quartalsabstände). Im Einklang mit dem zyklischen Verlauf der Wirtschaftsentwicklung und somit auch der Kreditvergabe folgt auf eine überdurchschnittlich hohe Kreditwachstumsrate nach einer gewissen Zeit wiederum eine Verschlechterung des Kreditumfelds (negative Korrelation im Bereich negativer Quartalsabstände).³⁾

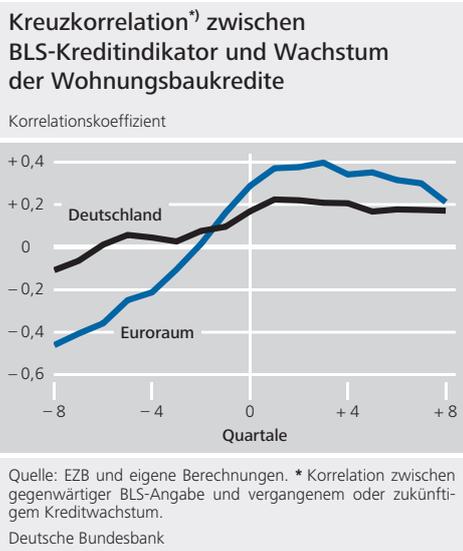
Es gibt somit Anhaltspunkte sowohl für einen Vorlauf als auch für einen Nachlauf des BLS-Kreditindikators gegenüber dem Kreditwachstum. Die BLS-Angaben spiegeln

also zumindest zum Teil die zyklische Entwicklung der Kreditvergabe wider, die sich auch aus den Daten für das Kreditwachstum selbst herauslesen ließe. Da die BLS-Informationen bereits einige Wochen vor der Veröffentlichung der letzten Daten zu Kreditvolumina für das betreffende Quartal vorliegen, kann der BLS-Kreditindikator jedoch in jedem Fall als Frühindikator für die Kreditentwicklung herangezogen werden.

Um festzustellen, ob der BLS-Kreditindikator einen eigenen Informationsgehalt besitzt, der über die Informationen hinausgeht, die im Kreditwachstum selbst enthalten sind, ist ein weiterer Analyseschritt erforderlich. Dieser Schritt bestimmt den Vorlauf des BLS-Kreditindikators anhand seines Prognosegehalts für das zukünftige Kreditwachstum. Dazu wird das Konzept der Granger-Kausalität benutzt.⁴⁾ Eine Variable ist Granger-kausal für eine andere, wenn sie einen statistisch signifikanten Prognosegehalt für nachfolgende Werte dieser Zielvariablen ausübt, auch wenn für den verzögerten Einfluss der

³ Dieser Zyklus setzt sich entsprechend fort, sodass sich bei einer Verschlechterung des Kreditumfelds nachfolgend wieder eine geringere Wachstumsrate ergibt etc.

⁴ Vgl.: Granger (1969).



Zielvariablen auf sich selbst kontrolliert wurde. Im vorliegenden Fall wäre der BLS-Kreditindikator Granger-kausal für das Kreditwachstum, wenn sein heutiger Wert mit zukünftigen Werten des Kreditwachstums korreliert wäre, auch wenn die Korrelation des Kreditwachstums über die Zeit mit sich selbst herausgerechnet wird. Das Konzept der Granger-Kausalität findet insbesondere im sogenannten vektorautoregressiven (VAR) Modellrahmen Verwendung. Dabei handelt es sich um ein System von Gleichungen, bei dem jede betrachtete Variable simultan von Verzögerungen aller dieser Variablen und jeweils einem zufälligen Fehler bestimmt wird. Die Parameter dieses Modells können mit statistischen Verfahren (Kleinste-Quadrate-Methode) geschätzt werden. Unter der Voraussetzung, dass die Anzahl der Verzögerungen korrekt bestimmt wird, beschreibt das Modell sämtliche Korrelationsbeziehungen zwischen allen einbezogenen Variablen zu jedem beliebigen Zeitpunkt. Aus dem geschätzten VAR-Modell lassen sich sogenannte Impuls-Antwort-Folgen berechnen. Sie bilden den isolierten Zusammenhang zwischen einer Veränderung in einer der Variablen und den nachfolgenden Werten aller Variablen ab. Neben dem Umstand, dass die Kreuzkorrelation zwischen

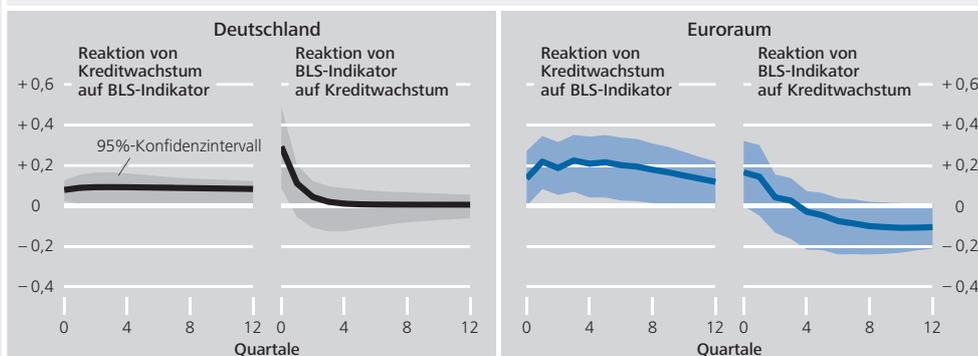
den Variablen somit bereinigt werden kann, erlaubt das geschätzte Modell auch Aussagen über die statistische Signifikanz der möglichen Vorlaufeigenschaften.

Sowohl für Deutschland als auch für den Euroraum wird der zeitliche Vorlauf des BLS-Kreditindicators bestätigt. Die geschätzte Impuls-Antwort-Folge zeigt für Deutschland, dass das Kreditwachstum statistisch signifikant auf einen Anstieg des Kreditindicators reagiert, indem es über einen Zeitraum von etwa zwei bis sieben Quartalen höher liegt als ohne diese Veränderung (siehe das Schaubild auf S. 29). Demgegenüber reagiert der Kreditindikator seinerseits nicht signifikant auf einen Anstieg des Kreditwachstums. Für den Euroraum besteht ein statistisch signifikanter Vorlauf des Kreditindicators gegenüber dem Kreditwachstum über einen Zeitraum von null bis sieben Quartalen (siehe das Schaubild auf S. 29). Nach einem kurzen positiven Effekt reagiert der Kreditindikator seinerseits nach fünf bis sieben Quartalen statistisch signifikant negativ auf einen Anstieg des Kreditwachstums. Der zyklische Verlauf der Kreuzkorrelation zwischen beiden Variablen findet sich für den Euroraum also auch in dieser Analyse wieder. Die Reaktion des Kreditindicators ist allerdings etwas schwächer als die des Kreditwachstums. Zudem ist der Konjunkturzyklus nicht der alleinige bestimmende Faktor der Reaktion des Kreditwachstums auf den Kreditindikator. Dies wird auch durch erweiterte Modellspezifikationen (hier nicht dargestellt) unterstützt, bei denen der Einfluss konjunktureller Faktoren herausgerechnet wurde und bei denen der Vorlauf des BLS-Kreditindicators weiter bestehen bleibt.

Im Segment der Wohnungsbaukredite zeigen die Kreuzkorrelationskoeffizienten für Deutschland einen insgesamt schwachen Verlauf, auch wenn sie im Bereich positiver Quartalsabstände des Kreditwachstums zum

Impuls-Antwort-Folgen^{*)} für das Wachstum der Wohnungsbaukredite und für den BLS-Kreditindikator

Standardabweichungen



Quelle: EZB und eigene Berechnungen. * Generalisierte Impuls-Antwort-Folgen auf einen Impuls in Höhe von einer Standardabweichung (vgl.: Pesaran und Shin (1998)), abgeleitet aus einem geschätzten VAR-Modell.
 Deutsche Bundesbank

BLS-Kreditindikator im positiven Bereich liegen (siehe das Schaubild auf S. 30). Für den Euroraum ist der S-förmige Verlauf ausgeprägter und ähnelt dem der Korrelationskoeffizienten bei den Unternehmenskrediten.

Auf Basis eines VAR-Modells für das Wachstum der Wohnungsbaukredite und den zugehörigen BLS-Kreditindikator zeigt sich, dass der Vorlauf der BLS-Informationen für Deutschland nur für die sehr kurze Frist von bis zu einem Quartal statistisch signifikant (auf dem 5%-Niveau) ist (siehe das oben stehende Schaubild). Allerdings liegt das Konfidenzintervall sehr nah an der Nulllinie. Die entgegengesetzte Reaktion des Kreditindicators ist ebenfalls nur sehr kurzlebig. Für Quartalsabstände größer gleich eins liegt sie praktisch bei null. Für den Euroraum ist der Vorlauf des Kreditindicators ausgeprägter und liegt bis zu einem Zeitraum von zehn Quartalen statistisch signifikant über null (siehe das oben stehende Schaubild). Die umgekehrte Reaktion des Kreditindicators auf einen Anstieg des Kreditwachstums ist hingegen nur im Zeitpunkt der Veränderung signifikant, hält jedoch nicht darüber hinaus an.

Die Ergebnisse zeigen, dass die aus den BLS-Angaben zu Kreditrichtlinien und zur Kreditnachfrage konstruierten Kreditindikatoren einen zeitlichen Vorlauf gegenüber dem Kreditwachstum im jeweiligen Marktsegment aufweisen. Weitergehende Analysen, die hier aus Platzgründen nicht dargestellt werden, legen nahe, dass sich die Eigenschaften des Vorlaufs über die Marktsegmente unterscheiden: Bei den Unternehmenskrediten wird er hauptsächlich von den BLS-Kreditrichtlinien getragen, bei den Wohnungsbaukrediten dominiert der Einfluss der BLS-Kreditnachfrage. Aufgrund des rein statistischen Charakters der hier durchgeführten Analysen ermöglicht dieses Ergebnis jedoch noch keine Aussagen bezüglich der Bedeutung des Kreditangebots und der Kreditnachfrage für die aggregierte Kreditvergabe im jeweiligen Kreditsegment. Für eine solche Einschätzung sind weitere Analysen im Rahmen eines Strukturmodells notwendig.

die GLRG-Mittel zur Substitution anderer Finanzierungsquellen genutzt wurden.¹⁴⁾ Der BLS hat damit zeitnah Hinweise darauf geliefert, dass die geldpolitischen Maßnahmen einen gewünschten expansiven Effekt auf die Finanzierungsbedingungen der Unternehmen und privaten Haushalte erzielten.

Ein regulatorischer Sondereffekt bewirkte in Deutschland, dass die wettbewerbsbedingte Lockerungsphase bei den Wohnungsbaukrediten anders als im Euroraum insgesamt erst 2017 einsetzte: Infolge der Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie in deutsches Recht straffte 2016 ein großer Teil der im BLS befragten deutschen Institute seine Richtlinien über mehrere Quartale. Die Vorschriften des Gesetzes erhöhten laut Angaben der befragten Institute die Prüf- und Dokumentationsanforderungen bei der Vergabe von Wohnungsbaukrediten.¹⁵⁾ Als sich ab 2019 die Konjunktur abschwächte, kam es in Deutschland und im Euroraum insgesamt zu ersten Verschärfungen der Kreditrichtlinien, vor allem im Unternehmenskreditgeschäft. Neben der allgemeinen Wirtschaftslage trugen branchen- und firmenspezifische Faktoren dazu bei, dass die befragten Institute die Kreditrisiken als gestiegen einschätzten und die Anforderungen an die Kreditnehmer erhöhten. In dieser Zeit stieg den BLS-Angaben zufolge auch der Anteil¹⁶⁾ der abgelehnten informellen Kreditanfragen und formellen Kreditanträge sowohl von Unternehmen als auch von privaten Haushalten an.

Während der Negativzinsphase vor allem wettbewerbsbedingte Margensenkung im risikoarmen Kreditgeschäft

Die lockernde Wirkung der Geldpolitik auf die Kreditangebotspolitik der Banken schlug sich auch in den Kreditbedingungen nieder. So kam es in der Negativzinsphase bis zum Beginn der Pandemie in allen im BLS erfragten Kreditsegmenten zu Margenverengungen (siehe Schaubild auf S. 34). Unter der Kreditmarge wird im BLS der im Kreditzins enthaltene Aufschlag der Bank auf einen relevanten Referenzmarktzinssatz¹⁷⁾ verstanden. Die Marge kann von den Banken entweder aktiv durch Veränderung des Kreditzinssatzes angepasst werden. Oder sie verändert sich passiv, also ohne Anpassungen

seitens der Banken, weil sich der Referenzzinssatz ändert. Anlass zu den aktiven Margenverengungen zu Beginn der Negativzinsphase gab die angespannte Wettbewerbssituation im Bankensektor, sowohl in Deutschland als auch im Euroraum insgesamt. Die Banken der Euroraum-Stichprobe gaben zudem an, dass sich sowohl das GLRG als auch das APP gerade zu Beginn der Negativzinsphase lockernd auf ihre Kreditbedingungen ausgewirkt hätten. Der negative Zinssatz der Einlagefazilität habe sich ebenfalls lockernd ausgewirkt, sodass Kreditzinsen und Margen gesenkt wurden. Die Banken verringerten die Margen für durchschnittlich riskante Kredite stärker als für risikoreichere Ausleihungen. Über eine Senkung der Margen vor allem im risikoärmeren Geschäft versuchten die Banken offenbar, ihre Kreditvergabe so auszuweiten, dass die durchschnittliche Ausfallwahrscheinlichkeit in ihrem Kreditportfolio möglichst nicht stieg.

Diese Informationen aus dem BLS gaben Hinweise darauf, dass die geldpolitischen Maßnahmen die gewünschte Wirkung entfalteten. Der zunehmende Druck auf die Zinsmargen der Banken setzte Anreize zu einer höheren Kreditvergabe, um diesen Druck auszugleichen.¹⁸⁾ Im Unternehmenskreditgeschäft wurden während der Negativzinsphase neben den Margen auch die weiteren Bedingungen kundenfreundlicher gestaltet. Dies betraf vor allem die Zusatz- und Nebenvereinbarungen (covenants). Aber auch bei den Kreditnebenkosten, der Höhe und der Laufzeit der Kredite sowie den geforderten Sicherheiten kamen die Banken ihren Kunden

¹⁴ Nach den Auswirkungen der GLRG auf das Kreditvolumen wurde erst ab 2019 gefragt (GLRG III).

¹⁵ Die Vorschriften des Gesetzes betreffen u. a. Verbraucherschutzinformationen und eine aufsichtsrechtlich und zivilrechtlich ausgestaltete Verpflichtung zur Kreditwürdigkeitsprüfung. Ergänzt werden die Vorschriften um ein differenziertes zivilrechtliches Sanktionssystem bei Verstoß gegen diese Verpflichtung. Vgl. auch: Deutsche Bundesbank (2016).

¹⁶ Bezogen auf das Volumen.

¹⁷ Der relevante Referenzmarktzinssatz ist abhängig von den Merkmalen des betreffenden Kredits. Je nach Fristigkeit kann es sich bei dem Marktzinssatz etwa um EURIBOR, LIBOR, €STR oder bei Festzinskrediten um einen Zinsswap mit entsprechender Fristigkeit handeln.

¹⁸ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2020b).

entgegen. 2019 kam es dann bei den Margen trotz weiter sinkender Kreditzinssätze für Unternehmens- und Wohnungsbaukredite zu ersten Ausweitungen. Diese begründeten die Banken mit Änderungen bei ihren Refinanzierungskosten und/oder bilanziellen Restriktionen. Eine Ursache für diese (vorwiegend passive) Ausweitung der Margen könnten die geldpolitischen Sondermaßnahmen gewesen sein, die die Refinanzierungskosten der Banken gesenkt haben (siehe nachfolgender Abschnitt zur Finanzierungssituation). Gleichzeitig sanken auch die Referenzzinssätze (Geldmarktzins), und zwar schneller als die Kreditzinsen. Auf diese Weise kann sich die Marge vorübergehend ausgeweitet haben.

*Positive und negative Ertrags-
effekte der geld-
politischen Sonder-
maßnahmen*

Diese passive Ausweitung der Margen ist ein Beispiel dafür, wie die geldpolitischen Zinssenkungen und Sondermaßnahmen auf die Ertragslage der Banken wirkten. Dabei kam es sowohl zu positiven als auch zu negativen Ertragseffekten (siehe Schaubilder auf S. 38 f.). Die differenzierten Angaben zu den Ertragswirkungen sind ein beispielhaftes Indiz dafür, dass das Antwortverhalten der Banken im BLS nicht im Wesentlichen interessengeleitet ist. An den GLRG nahmen die Banken den BLS-Angaben zufolge in erster Linie wegen der attraktiven Konditionen teil. Sowohl die teilnehmenden deutschen Institute als auch die Banken im Euro-Währungsgebiet insgesamt berichteten von einem positiven Einfluss auf ihre Ertragslage, da die Vorzugsbedingungen der GLRG sich entlastend auf ihren Zinsaufwand ausgewirkt hätten. Im Gegensatz zu den Banken im Euroraum zeigten die Banken der deutschen Stichprobe aber erst bei der zweiten GLRG-Serie, die attraktivere Konditionen aufwies als die erste Serie, größeres Interesse. Zu dem Zeitpunkt übte die bereits länger andauernde Negativzinsphase zunehmend Druck auf die Netto-Zinsmarge der Banken aus. Zu diesem Druck trug auch das APP bei. Seit Einführung der Sonderfrage dazu berichten die deutschen BLS-Banken in der Breite, dass durch den Druck auf ihre Netto-Zinsmarge ihre Ertragslage negativ beeinflusst werde. Im Euroraum insgesamt hatten die befragten Ban-

ken 2015 per saldo noch angegeben, dass das APP sich insgesamt neutral auf ihre Ertragslage ausgewirkt hätte. Denn dem negativen Effekt auf ihre Netto-Zinsmargen standen Kapitalgewinne durch Kursgewinne bei Anleihen gegenüber. In der Folgezeit überwog laut BLS-Angaben jedoch in immer mehr Ländern des Euro-raums der negative Effekt des APP auf die Ertragslage der Banken. Auch der negative Zinssatz der Einlagefazilität trug laut Angaben der befragten Banken¹⁹⁾ in Deutschland wie im Euroraum insgesamt erheblich zu einem Rückgang ihres Zinsergebnisses bei. Bis zum Beginn der Pandemie im Frühjahr 2020 gaben per saldo knapp 90 % der BLS-Banken in Deutschland und 70 % der Banken aus der EWU-Stichprobe leichte oder deutliche negative Effekte an. Positiv auf die Ertragslage wirkte dagegen das zweistufige System für die Verzinsung der Überschussliquidität (Two-Tier-System). Dieses war zur Unterstützung der bankbasierten Transmission der Geldpolitik vom EZB-Rat im September 2019 beschlossen worden.²⁰⁾ Durch das zweistufige System wurde ab Oktober 2019 ein Teil der Überschussliquidität der Banken von der Negativverzinsung ausgenommen.²¹⁾

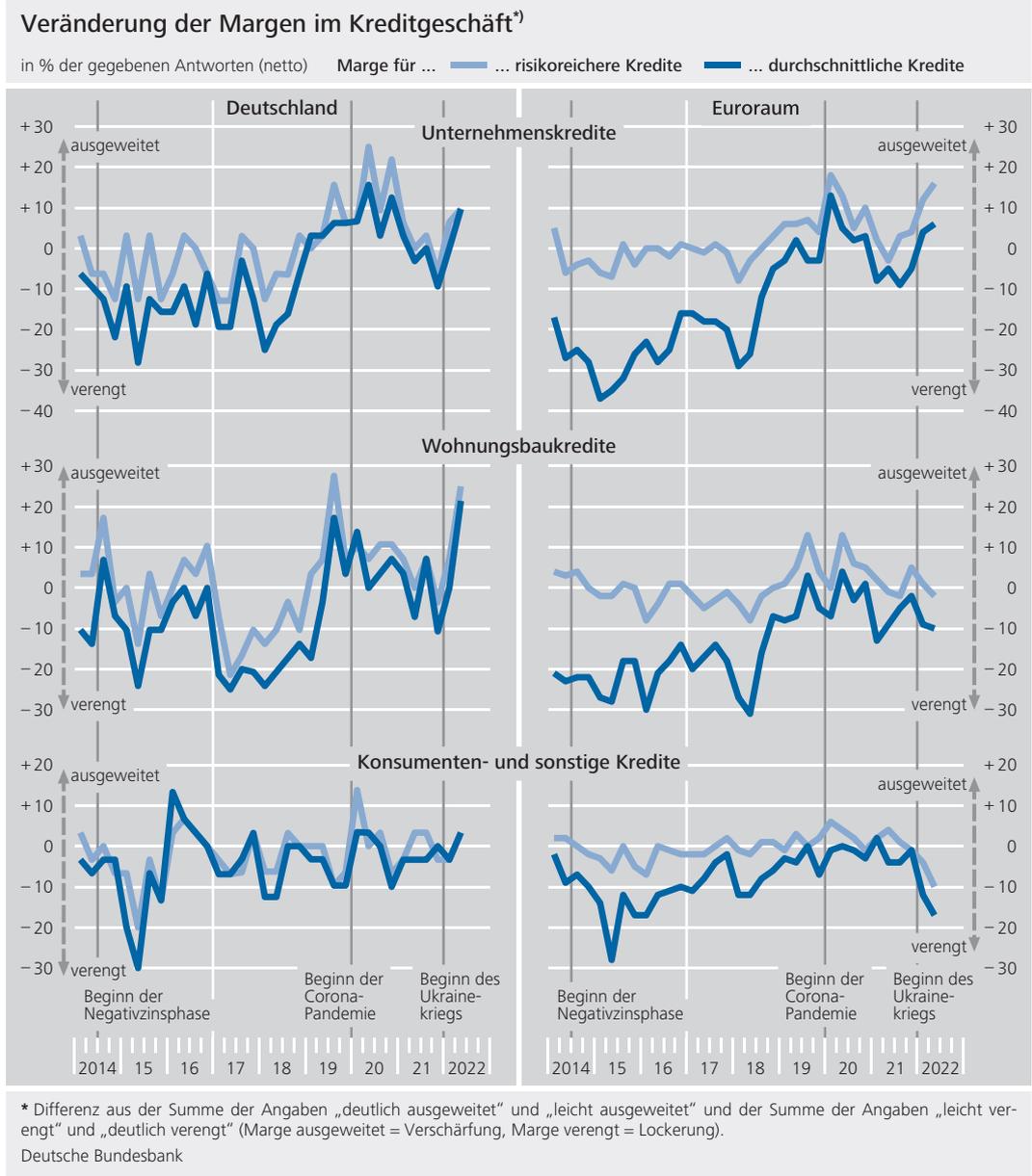
Alles in allem gaben die Angaben des BLS zur Kreditangebots- und -nachfrageentwicklung keine Hinweise darauf, dass die Kreditvergabe während der Negativzinsphase vor der Pandemie im Euroraum oder in Deutschland eingeschränkt war. Die Banken meldeten zwar eine stetig gestiegene Kreditnachfrage, aber gleichzeitig auch einen schärferen Wettbewerb, der zu Lockerungen der Vergabepolitik beitrug.

BLS gab insgesamt keine Hinweise auf eingeschränkte Kreditvergabe während der Negativzinsphase

¹⁹ Die Banken sollen in allen Unterfragen sowohl direkte als auch indirekte Effekte berücksichtigen, die auftreten können, selbst wenn die jeweilige Bank nicht über Überschussliquidität verfügt.

²⁰ Vgl.: Europäische Zentralbank (2019b).

²¹ Seit dem Winterhalbjahr 2019/20 sollen die Banken zum einen den Nettoeffekt der Auswirkungen des negativen Einlagesatzes inkl. des zweistufigen Systems berücksichtigen. Zum anderen sollen sie die isolierten Effekte des zweistufigen Systems beurteilen.



Finanzierungssituation der Banken

Finanzierungsbedingungen der Banken vor allem zu Beginn der Negativzinsphase verbessert

Die Finanzierungsbedingungen der Banken sowohl in Deutschland als auch im Euroraum insgesamt verbesserten sich laut den Banken vor allem in den ersten zwei Jahren der Negativzinsphase (siehe Schaubild auf S. 40).²²⁾ Insbesondere wurde der Zugang zu kurzfristigen Kundeneinlagen leichter, während sich der Zugang zu längerfristigen Einlagen verschlechterte.²³⁾ Dies dürfte damit zusammenhängen, dass die geringe Zinsdifferenz zwischen beiden Einlagenkategorien es für die Kunden immer weniger rechtfertigte, ihr Ersparnis auf längere Frist an-

zulegen. Der Marktzugang bei mittel- bis langfristigen Schuldverschreibungen wurde laut BLS-Angaben leichter. Daten zu Umlaufrenditen bestätigen diese Einschätzung. Auch die GLRG und das APP trugen bei den BLS-Instituten der

²² Abgefragt werden die Kategorien Retail-Refinanzierung (kurzfristige Einlagen bis zu einem Jahr, langfristige Einlagen über ein Jahr inkl. anderer Retail-Refinanzierungsinstrumente), unbesicherter Interbankengeldmarkt (sehr kurzfristiger Geldmarkt bis zu einer Woche, kurzfristiger Geldmarkt über eine Woche), großvolumige Schuldtitel (kurzfristige sowie mittel- bis langfristige Schuldtitel), Verbriefung (von Unternehmens- sowie Wohnungsbaukrediten) und die Möglichkeit, Kreditrisiken außerbilanziell zu übertragen.
²³ Das gemeldete Volumen der Bilanzstatistik bestätigt dies. Demnach wurden in diesem Zeitraum Sichteinlagen aufgebaut, während das Volumen von Spar- und Termineinlagen insgesamt abnahm.

deutschen wie der Euroraum-Stichprobe zu einer Verbesserung ihrer Finanzierungsbedingungen am Markt sowie einer Stärkung ihrer Liquiditätsposition bei (siehe Schaubild auf S. 38). Denn über die GLRG konnten sich die teilnehmenden Banken günstiger als am Markt finanzieren. Liquidität konnten sich die Banken zudem über Verkäufe von Anleihen an die Zentralbank im Rahmen des APP sichern. Das APP wirkte sich überdies senkend auf das allgemeine Zinsniveau aus, insbesondere im längerfristigen Bereich.²⁴⁾

■ Pandemie

Gefahr von Verwerfungen im Finanzsystem und Finanzierungsengpässen der Unternehmen während der Pandemie

Die Coronavirus-Pandemie verursachte weltweit einen historischen Rückgang der Wirtschaftsleistung, so auch in Deutschland und im Euroraum. Zurück ging die wirtschaftliche Aktivität dabei auch wegen der von staatlichen Stellen, Unternehmen und Verbrauchern im In- und Ausland ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie.²⁵⁾ In dieser Situation gerieten weltweit Lieferketten ins Stocken. Für die Geldpolitik stand nun – bei einer weiterhin zu niedrigen Inflationsrate – das Risiko von Verwerfungen im Finanzsystem und zeitweiliger Finanzierungsengpässe der Unternehmen und privaten Haushalte²⁶⁾ im Vordergrund. Um angesichts der wirtschaftlichen Verwerfungen und der erhöhten Unsicherheit die Kreditvergabe an Unternehmen und private Haushalte mit günstigen Finanzierungsbedingungen weiter zu stützen²⁷⁾ und so einen weiteren Abwärtsdruck auf die Inflation von der Finanzierungsseite zu vermeiden, ergriff der EZB-Rat eine Reihe geldpolitischer Maßnahmen:²⁸⁾ So wurden die Konditionen der GLRG III erheblich attraktiver gestaltet²⁹⁾ – die teilnehmenden Banken konnten nun über einen Zeitraum von zwei Jahren eine Verzinsung der aufgenommenen Mittel von bis zu –1% erzielen, sofern sie bestimmte Vorgaben hinsichtlich der Kreditvergabe erfüllten.³⁰⁾ Zudem wurden zwischen März 2020 und März 2022 zusätzlich zum APP temporär Ankäufe im Rahmen des Pandemie-Notfallankaufprogramms (Pandemic Emergency Purchase Programme, PEPP) getätigt.³¹⁾ Daneben wurden

vorübergehend zusätzliche längerfristige Refinanzierungsgeschäfte (LRG) durchgeführt, um für das Finanzsystem des Euro-Währungsgebiets unmittelbar Liquiditätsunterstützung zur Verfügung zu stellen. Von staatlicher Seite wurden zudem zu Beginn der Pandemie in vielen Ländern des Euroraums staatliche Garantien insbesondere für neu vergebene Kredite an Unternehmen eingeführt.³²⁾

Im Ergebnis kam es dadurch laut BLS-Angaben während der Pandemie in der Breite nicht zu Angebotsrestriktionen bei der Kreditvergabe: Besonders von der Pandemie betroffene Branchen, deren Kreditrisiken die Banken als deutlich erhöht einschätzten, konnten größtenteils die Möglichkeit nutzen, sich über staatlich garantierte Hilfskredite mit Liquidität zu versorgen; auch die expansiven Maßnahmen der Geldpolitik in der Pandemie trugen laut BLS maßgeblich dazu bei, der Realwirtschaft günstige Finanzierungsmöglichkeiten zu bieten.

Kreditnachfrage

Durch den hohen Liquiditätsbedarf stieg zu Beginn der Pandemie laut BLS-Angaben sowohl in Deutschland als auch im Euroraum insgesamt die Nachfrage nach Bankkrediten vonseiten der Unternehmen zunächst stark an (siehe Schaubild auf S. 24). Vor allem kleine und mittlere Unternehmen³³⁾ wurden bei den Banken vor-

Während der Pandemie keine Angebotsrestriktionen bei der Kreditvergabe in der Breite

Während der Pandemie zunächst dynamische Nachfrage nach Überbrückungskrediten für Unternehmen, ...

24 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2018).

25 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2020a).

26 Vgl.: Europäische Zentralbank (2020b).

27 Vgl.: Europäische Zentralbank (2020c).

28 Vgl.: Europäische Zentralbank (2020a).

29 Die Verbesserungen der Konditionen bei den GLRG III wurden veröffentlicht in: Europäische Zentralbank (2020b, 2020c, 2020d).

30 Vgl.: Europäische Zentralbank (2020c).

31 Vgl.: Europäische Zentralbank (2020a). Der Einfluss des PEPP wird im BLS seit dem Winterhalbjahr 2019/20 berücksichtigt.

32 So vergab etwa in Deutschland die KfW den sog. Schnellkredit mit vollständiger Risikoübernahme durch die KfW sowie Hilfskredite mit teilweiser Risikoübernahme, vgl.: Kreditanstalt für Wiederaufbau (2020).

33 Gemäß Erläuterungen zum Fragebogen erfolgt die Unterscheidung zwischen großen sowie kleinen und mittleren Unternehmen anhand des Netto-Jahresumsatzes. Ein Unternehmen gilt als groß, wenn sein Netto-Jahresumsatz über 50 Mio € beträgt.

stellig. Gerade im ersten Pandemiejahr benötigten die Unternehmen in erheblichem Umfang Überbrückungskredite, die die Banken im BLS unter der Rubrik „Lagerhaltung und Betriebsmittel“ meldeten. Akuten Liquiditätsbedarf deckten sie laut den Antworten zu einer Zusatzfrage im BLS in erster Linie mit staatlich garantierten Krediten, mit denen sie zudem vorsorgliche Liquiditätspuffer aufbauten. Diese Kredite verzeichneten laut BLS einen dynamischen Anstieg im ersten Halbjahr 2020. Bei Krediten ohne staatliche Garantien war der Nachfragezuwachs in diesem Zeitraum in Deutschland deutlich geringer. Im Euroraum ging die Nachfrage nach Krediten ohne staatliche Garantien den BLS-Angaben zufolge sogar zurück. Die Unternehmen nutzten Bankkredite überdies zu Umfinanzierungs-, Umschuldungs- und Neuverhandlungszwecken. Teils wurden bestehende Kredite durch staatlich garantierte Kredite ersetzt. Wegen der Unsicherheit über den weiteren Verlauf der Pandemie wurden laut BLS Anlageinvestitionen ebenso wie Fusionen, Übernahmen und Umstrukturierungen zurückgefahren, was für sich genommen die Kreditnachfrage bremste.

... im zweiten Pandemiejahr Erholung der Nachfrage nach Krediten für Anlageinvestitionen

Im zweiten Halbjahr 2020 ging den BLS-Angaben zufolge im Euroraum die Kreditnachfrage der Unternehmen insgesamt zurück. Anders als in Deutschland, wo der Bedarf an Bankkrediten vor allem zur Überbrückung von Finanzierungsengpässen in abgeschwächter Form weiter stieg, sank der Bedarf im Euroraum vor allem, weil Anlageinvestitionen ausblieben. Die Nachfrage nach Krediten mit staatlichen Garantien war laut BLS-Angaben im weiteren Verlauf der Pandemie zunächst in Deutschland und ab 2021 auch im Euroraum rückläufig. Im zweiten Pandemiejahr stieg der Mittelbedarf für Anlageinvestitionen allmählich wieder an. Die Erwartungen der Banken für das jeweilige Folgequartal zeugten in dieser Zeit von erheblicher Unsicherheit, denn es wurde im BLS regelmäßig eine höhere Nachfrage erwartet als später tatsächlich eintrat. Offenbar legten sich die Unternehmen zu Beginn der Pandemie so große

Liquiditätspolster zu, dass ihre Nachfrage nach Bankkrediten 2021 nur relativ schwach zunahm.

Konträr zur Kreditnachfrage der Unternehmen entwickelte sich die Nachfrage privater Haushalte sowohl in Deutschland als auch im Euroraum: Im zweiten Quartal 2020 ging die Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten ebenso wie nach Konsumenten- und sonstigen Krediten deutlich zurück, weil nach Ansicht der befragten BLS-Banken das Verbrauchervertrauen einbrach. Vielfach wurden langlebige Konsumgüter nicht mehr angeschafft, weil der stationäre Handel infolge des Lockdowns weitgehend geschlossen war. Ab dem dritten Quartal 2020 nahm die Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten wieder zu. Trotz der Pandemie blieben die Aussichten am Wohnimmobilienmarkt nach Einschätzung der Kreditnehmer vorteilhaft und stützten somit ebenso wie das niedrige allgemeine Zinsniveau die Kreditnachfrage. Gedämpft wurde die Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten durch die Verwendung eigener Ersparnisse beim Immobilienerwerb. Bei den Konsumenten- und sonstigen Krediten schlug sich Anfang 2021 der zweite Lockdown in ähnlicher Weise nieder wie der erste. Die Kreditnachfrage brach erneut ein, nachdem sie sich zwischenzeitlich etwas stabilisiert hatte. Erst ab dem zweiten Quartal 2021 erholte sich im Zuge eines abklingenden Infektionsgeschehens und infolge der Lockerung von Eindämmungsmaßnahmen die Nachfrage nachhaltig. Die Anschaffungsneigung und das Verbrauchervertrauen stiegen den BLS-Angaben zufolge wieder.

Bei Krediten an private Haushalte Nachfrageeinbruch zu Beginn der Pandemie

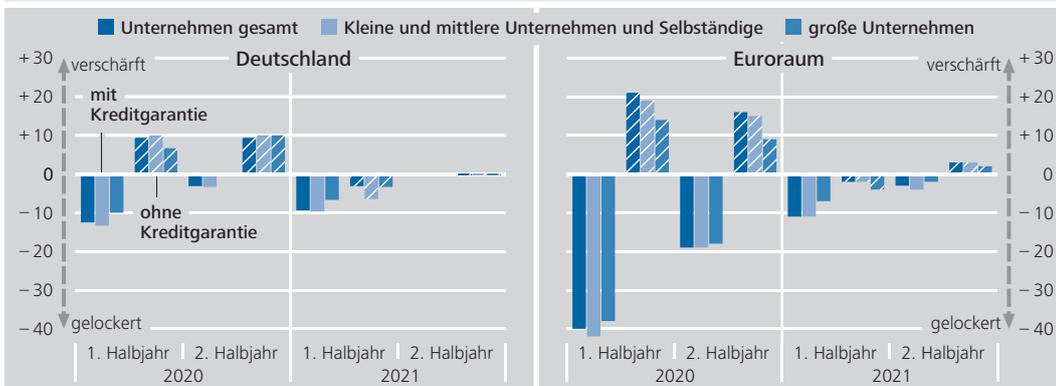
Kreditangebotspolitik

Das erste Pandemiejahr 2020 war im Euroraum ebenso wie in Deutschland in allen im BLS erfragten Geschäftsfeldern durch restriktive Anpassungen bei der Kreditvergabepolitik gekennzeichnet (siehe Schaubild auf S. 27). Die kumulierten Veränderungen der Kreditrichtlinien zeigen allerdings, dass diese Verschärfungen weit hinter jenen während der Finanzkrise 2008/09 zurückblieben (siehe Schaubild auf S. 26). Die

Während der Pandemie Verschärfung der Kreditangebotspolitik

Veränderung der Richtlinien für Kredite mit und ohne infolge von Covid-19 gewährten staatlichen Garantien^{*)}

in % der gegebenen Antworten (netto)



* Differenz aus der Summe der Angaben „haben sich erheblich/etwas verschärft“ und der Summe der Antworten „haben sich erheblich/etwas gelockert“.

Deutsche Bundesbank

Finanzkrise war aus dem Finanzsystem selbst hervorgegangen und hatte massiv das Kreditangebot der Banken beeinträchtigt. Im BLS wurde dies seinerzeit durch die hohe Bedeutung der bankseitigen Erklärungsfaktoren für die Änderung der Kreditrichtlinien belegt. Der BLS zeigte, dass die Pandemie sich dagegen in erster Linie über gestiegene kreditnehmerseitige Risiken auswirkte. Im Geschäft mit Unternehmenskrediten strafften die befragten Institute die Richtlinien folglich insbesondere für Kredite an diejenigen Branchen, die von den Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie besonders betroffen waren. Dazu gehörten 2020 vor allem der Handel und der Dienstleistungsbereich sowie das Verarbeitende Gewerbe und Gewerbeimmobilien.³⁴⁾ Der restriktive Einfluss der allgemeinen Wirtschaftslage und der Konjunkturaussichten, der 2020 zunächst auch für die Verschärfung relevant gewesen war, nahm infolge der staatlichen Hilfsmaßnahmen während der Pandemie rasch wieder ab.

Banken im ersten Halbjahr 2020 ihre Richtlinien für Kredite mit staatlichen Garantien infolge von Covid-19 im Vergleich zum zweiten Halbjahr 2019 lockerten, in dem es solche pandemieinduzierten Hilfskredite noch nicht gab (siehe oben stehendes Schaubild). Auch die Kreditbedingungen für Unternehmenskredite mit staatlichen Garantien lockerten die Banken des Währungsraums per saldo vor allem im ersten Pandemiejahr. Die Banken der deutschen Stichprobe hingegen passten die Kreditbedingungen bei diesen Krediten kaum an. Bis Mitte 2021 wurden die Lockerungen der Richtlinien für garantierte Kredite in abgeschwächter Form fortgesetzt. Die Richtlinien und Bedingungen für Kredite ohne staatliche Garantien wurden dagegen den BLS-Banken zufolge sowohl in Deutschland als auch im Euroraum verschärft. Dies entsprach im Wesentlichen den Angaben der Banken für die Kreditangebotspolitik insgesamt, die sich auf alle neu vergebenen Kredite beziehen.

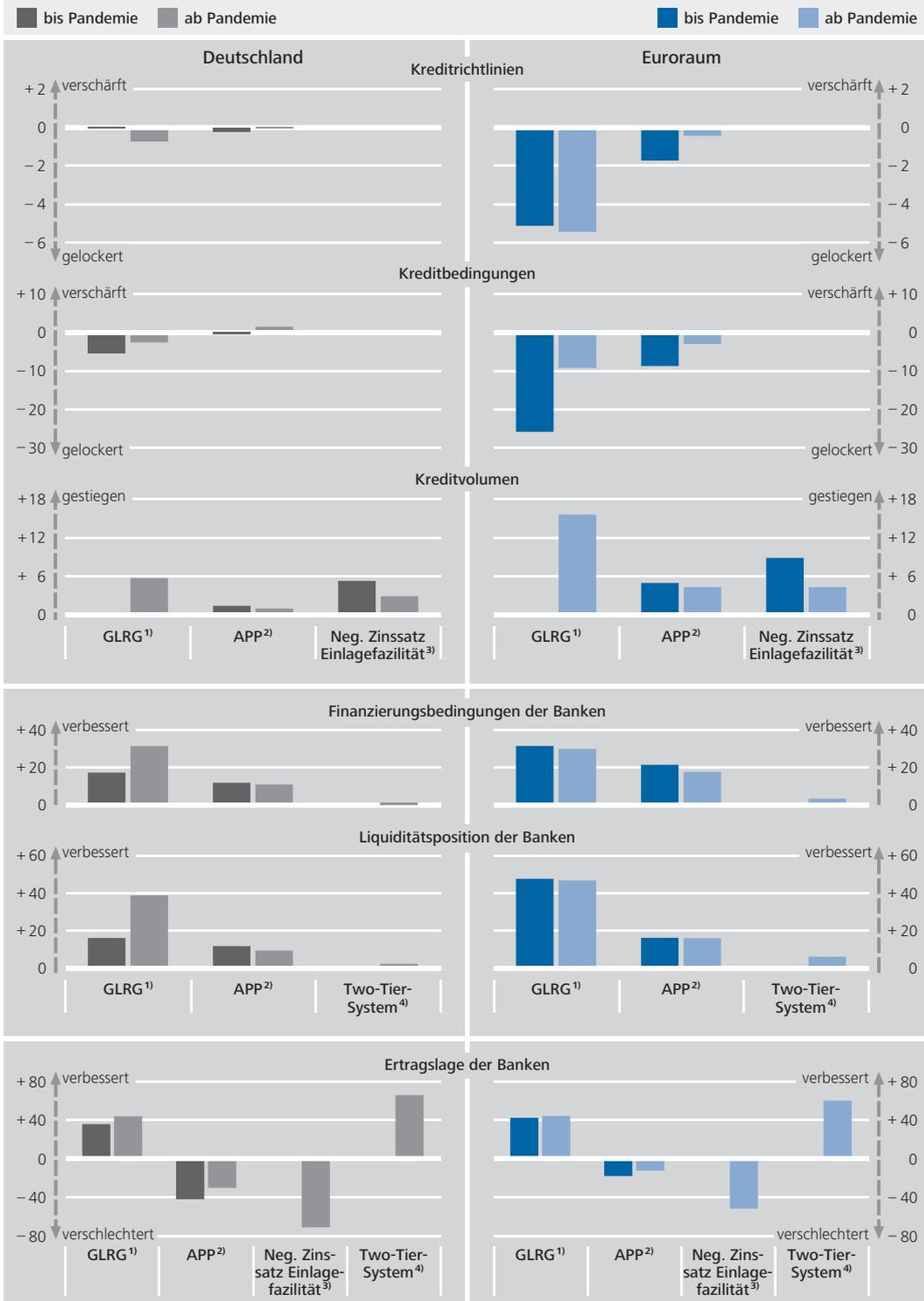
Zusatzfrage zu staatlich garantierten Hilfskrediten an Unternehmen während der Pandemie

Bei den während der Pandemie vergebenen Krediten mit staatlichen Garantien übernahm der Staat einen Großteil des mit der Kreditvergabe verbundenen Kreditrisikos für die Banken. Er schirmte die Banken so von Kreditrisiken ab, die vor allem in von der Pandemie besonders betroffenen Branchen enorm gestiegen waren. Entsprechend zeigte der BLS, dass die befragten

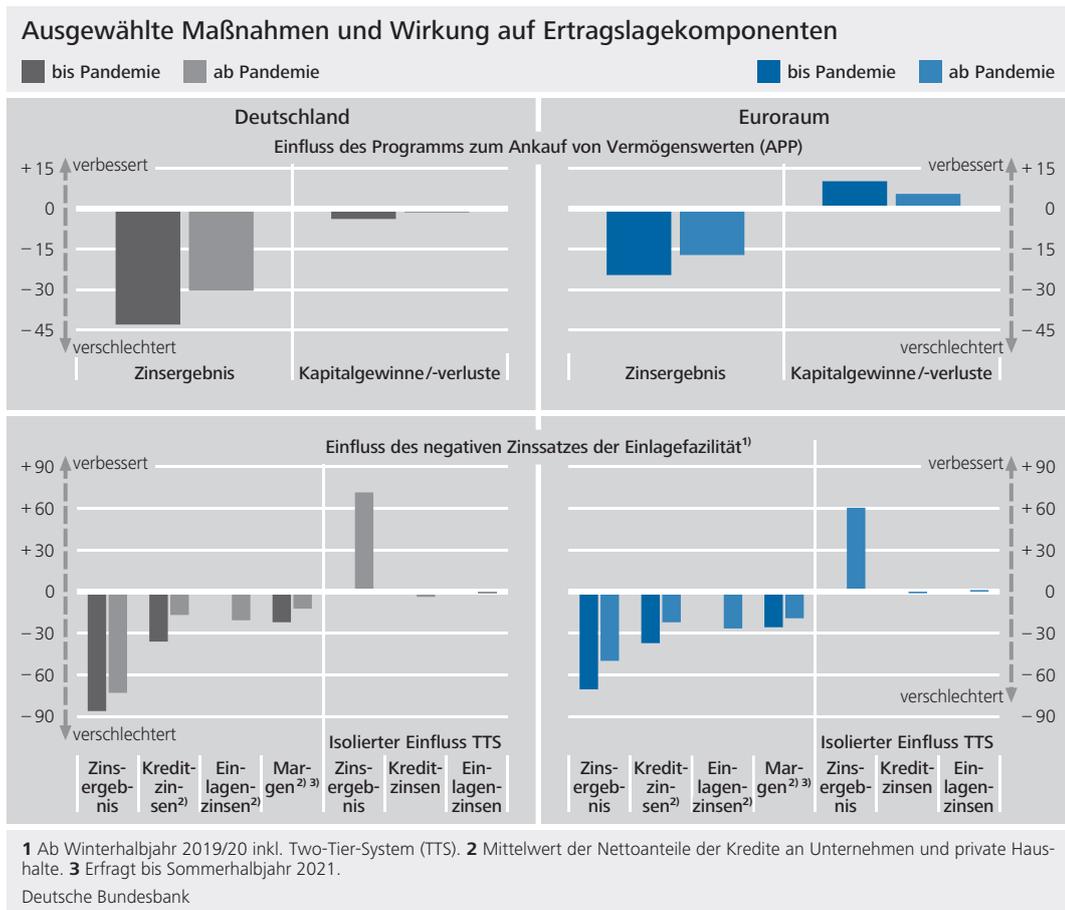
Wie geldpolitisch intendiert, wirkten die Negativzinsen und geldpolitischen Sondermaßnahmen während der Pandemie expansiv auf die

³⁴ Vgl. die Angaben zu der seit dem ersten Halbjahr 2020 gestellten Zusatzfrage zu Änderungen der Kreditrichtlinien, Kreditbedingungen und Kreditnachfrage in den wichtigsten Wirtschaftssektoren in den vergangenen und den nachfolgenden sechs Monaten.

Einfluss der geldpolitischen Maßnahmen auf die Kreditangebotspolitik, Finanzierungsbedingungen, Liquidität und Ertragslage der Banken



1 Bis Pandemie: Mittelwert der Anteile der Banken, die bei den vom 3. Vj. 2014 bis 2. Vj. 2017 gestellten Fragen zu den GLRG I und II von einer Lockerung/Anstieg/Verbesserung berichten. Ab Pandemie: Mittelwert der Nettoanteile der GLRG III vom Winterhalbjahr 2019/20 bis Winterhalbjahr 2021/22 einschl. Erwartung für das Sommerhalbjahr 2022. **2** Bis Pandemie: Mittelwert der Nettoanteile vom Winterhalbjahr 2014/15 bis Sommerhalbjahr 2019. Ab Pandemie: Mittelwert der Nettoanteile vom Winterhalbjahr 2019/20 bis Winterhalbjahr 2021/22 einschl. Erwartung für das Sommerhalbjahr 2022. **3** Bis Pandemie: Mittelwert der Nettoanteile vom Winterhalbjahr 2015/16 bis Sommerhalbjahr 2019. Ab Pandemie: Mittelwert der Nettoanteile vom Winterhalbjahr 2019/20 bis Winterhalbjahr 2021/22 einschließlich Erwartung für das Sommerhalbjahr 2022. Ab Winterhalbjahr 2019/20 einschl. Two-Tier-System (TTS). Der Einfluss auf die Kreditrichtlinien und -bedingungen wurde bei dieser Frage nicht erfragt. **4** Zweistufiges System für die Verzinsung von gehaltenen Überschussreserven (Two-Tier-System). Ab Winterhalbjahr 2019/20 im BLS berücksichtigt. Mittelwert der Nettoanteile vom Winterhalbjahr 2019/20 bis Winterhalbjahr 2021/22 einschl. Erwartung für das Sommerhalbjahr 2022.



Gestiegene expansive Wirkung der geldpolitischen Maßnahmen

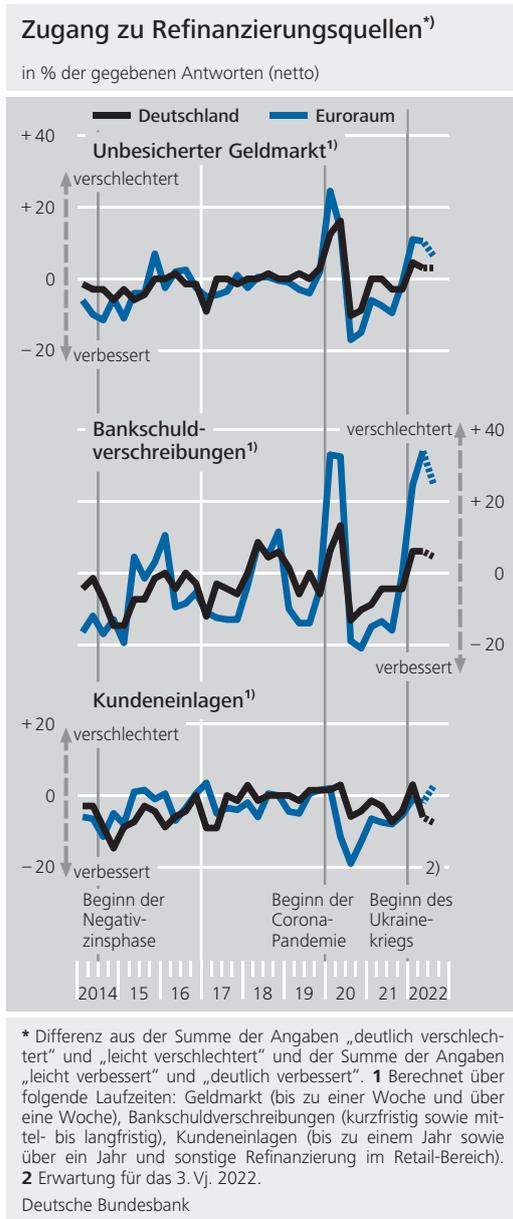
Kreditvergabepolitik und trugen dazu bei, der Realwirtschaft günstige Finanzierungsmöglichkeiten zu bieten (siehe Schaubild auf S. 38). Die GLRG und die Ankaufprogramme inklusive PEPP hatten zwar weiterhin nur bei den Banken der Euroraum-Stichprobe per saldo einen lockernden Effekt auf die Kreditrichtlinien, nicht aber in Deutschland. Die deutschen Banken lockerten jedoch infolge der Teilnahme an den GLRG III ihre Kreditbedingungen und weiteten ihre Kreditvergabe aus, insbesondere an Unternehmen, auf die die Geschäfte hauptsächlich abzielten. In der Euroraum-Stichprobe setzte sich auch der lockernde Einfluss des APP und des PEPP auf die Kreditbedingungen und die Kreditvolumina fort, der in der deutschen Stichprobe aber weiterhin ausblieb. Der negative Einlagesatz einschließlich des zweistufigen Systems trug nach wie vor zum Rückgang der Kreditzinssätze bei, ab 2021 laut Angaben der Banken allerdings in etwas geringem Ausmaß. Dies deutet darauf hin, dass die Wirkung der letzten Senkung des Zinssatzes der Einlagefazilität vom 18. September 2019 auf die

Kreditzinssätze allmählich auslief. Gleichwohl erreichten die Kreditzinssätze in der Folgezeit neue historische Tiefstände.³⁵⁾

Auch im Geschäft mit privaten Haushalten verschärfen die Banken in Deutschland wie im Euroraum zu Beginn der Corona-Pandemie ihre Kreditrichtlinien. Der Anteil der abgelehnten Kreditanträge stieg spürbar an. Die Straffungen begründeten die Banken in erster Linie mit der verschlechterten Aussicht für die Wirtschaft, aber auch mit der unsicheren Lage auf dem Wohnungsmarkt und der bei vielen potenziellen Kreditnehmern gesunkenen Kreditwürdigkeit. Auch die Kreditbedingungen wurden restriktiver gestaltet: Bei Wohnungsbaukrediten begrenzten die Banken die Beleihungsquote stärker als

Kreditvergabepolitik für private Haushalte ebenfalls verschärft

³⁵ Laut MFI-Zinsstatistik erreichte der aggregierte Zinssatz für Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen sowohl im Euroraum als auch in Deutschland im März 2021 einen historischen Tiefstand. Beim Zinssatz für Wohnungsbaukredite wurde im Euroraum im August 2021 und in Deutschland im Dezember 2020 das Minimum erreicht.



zuvor, und bei Konsumenten- und sonstigen Krediten schränkten sie vor allem die Kredithöhe ein. Ab Ende 2020 kam es dann in beiden Kreditsegmenten zu keinen weiteren nennenswerten Verschärfungen mehr. Die Straffungen bei den Richtlinien und Bedingungen für Konsumenten- und sonstige Kredite nahmen die Banken in Deutschland im Laufe des Jahres 2021 teilweise wieder zurück. Nach ihrer Einschätzung verbesserte sich die allgemeine Wirtschaftslage wieder, weil die pandemiebedingten Einschränkungen sukzessive endeten. Im Euroraum blieben die Banken dagegen im Wesentlichen bei ihrer strengeren Angebotspolitik.

Die durch die Pandemie ausgelösten wirtschaftlichen Verwerfungen und die erhöhte Unsicherheit veranlassten den EZB-Rat, die GLRG III erheblich attraktiver zu gestalten. Dies führte dazu, dass sich laut BLS-Angaben die Ertragslage der Banken durch die GLRG III deutlich verbesserte. Die Teilnahmequote bei den BLS-Banken stieg beim GLRG III im Juni 2020 sprunghaft auf über 70 % an. Die BLS-Banken in Deutschland und im Euroraum nahmen nach eigenen Angaben vor allem wegen der vorteilhaften Bedingungen teil. Die Banken konnten sich im Rahmen dieser Geschäfte zu sehr günstigen Konditionen für drei Jahre mit Liquidität versorgen. Zugleich gaben die Banken an, dass der Druck auf die Netto-Zinsmarge beziehungsweise das Zinsergebnis³⁶⁾ bestehen blieb, den das APP und das PEPP für sich genommen ausübten (siehe Schaubilder auf S. 38 f.). Da das APP und das PEPP den befragten Banken im Euroraum allerdings während der Pandemie wieder ermöglichte, Kapitalgewinne zu erzielen, ging bei ihnen der negative Effekt der Programme auf die Ertragslage in dieser Zeit etwas zurück. Dies war bei den deutschen Instituten per saldo nicht der Fall, sodass ihre Profitabilität laut BLS weiterhin – für sich genommen – deutlich durch das APP beeinträchtigt wurde. Es gibt empirische Hinweise darauf, dass das APP Banken in Euroraum-Ländern, die höhere Risikoprämien aufweisen, dazu verleitete, tendenziell stärker in riskantere Wertpapiere zu investieren.³⁷⁾ Die Renditen dieser Wertpapiere dürften im Zuge des APP vergleichsweise stärker gesunken sein und so zu einer Umschichtung der Portfolios von Banken in riskantere Anlagen beigetragen haben. Der dämpfende Einfluss, den der negative Zinssatz der Einlagefazilität auf das Zinsergebnis der Banken ausübte, nahm durch die Einführung des zweistufigen Systems zwar insbesondere bei der Euroraum-Stichprobe, aber auch bei den Banken in Deutschland, etwas ab. Er blieb aber weiterhin bei rund der Hälfte der befragten Banken des Euro-Wäh-

Weiterhin positive und negative Ertrags-effekte der geldpolitischen Sondermaßnahmen

³⁶ Seit dem Winterhalbjahr 2019/20 wird nach dem Einfluss des APP auf das Zinsergebnis anstelle der Netto-Zinsmarge gefragt.

³⁷ Vgl.: Albertazzi et al. (2021) und Altavilla et al. (2015).

rungsgebietes relevant. Auch dies schlug sich negativ in der Ertragslage der Institute nieder.³⁸⁾

Finanzierungssituation der Banken

Finanzierungssituation der Banken zu Beginn der Pandemie verschlechtert, ...

Mit der Pandemie und der hohen Unsicherheit über ihre wirtschaftlichen Auswirkungen schätzten die Banken in Deutschland und im Euroraum ihre Finanzierungssituation zunächst schlechter ein (siehe Schaubild auf S. 40). Die Begebung von Schuldverschreibungen wurde laut BLS-Angaben schwieriger, insbesondere im mittel- bis längerfristigen Bereich. Die Umlaufrenditen stiegen deutlich an. Auch die Möglichkeiten, Kredite zu verbiefen und Kreditrisiken außerbilanziell zu übertragen, verschlechterten sich laut BLS-Angaben. Der Zugang zu Kundeneinlagen blieb den Banken zufolge jedoch auch während der ersten Phase der Pandemie gut. Ab dem zweiten Halbjahr 2020 entspannte sich die Lage allgemein wieder, und es kam laut BLS-Angaben bei allen erfragten Finanzierungsquellen wieder zu Verbesserungen.

... geldpolitische Maßnahmen trugen danach zu sukzessiver Entspannung bei

Laut BLS-Angaben trugen die geldpolitischen Sondermaßnahmen zur Entspannung der Finanzierungssituation der Banken bei (siehe Schaubild auf S. 38). So wurde die Finanzierung über GLRG III ab dem vierten Geschäft im Juni 2020 im Vergleich zur Marktfinanzierung deutlich günstiger. Da sich daraufhin sowohl in Deutschland als auch im Euroraum mehr BLS-Banken an den Geschäften beteiligten, gaben auch mehr Institute an, dass sich ihre finanzielle Situation, insbesondere ihre Liquiditätsposition, durch die Teilnahme verbesserte. Auch der positive Einfluss des APP auf die Finanzierungsbedingungen und die Liquiditätsposition der Banken, der bis Frühjahr 2020 mit der Zeit abgenommen hatte, verstärkte sich vorübergehend wieder. Darüber hinaus trug auch das zweistufige System bei der negativen Verzinsung der Einlagefazilität etwas zur Verbesserung der Liquiditätsposition bei.

■ Krieg gegen die Ukraine

Seit Beginn des Ukrainekriegs im Februar 2022 haben sich zahlreiche Rohstoffe und insbesondere Energie kräftig verteuert, was die Verbraucherpreise im Euroraum hat stark ansteigen lassen. Auch die weiterhin bestehenden Störungen internationaler Lieferketten haben dazu beigetragen.³⁹⁾ Die Inflationsrate ist infolgedessen deutlich gestiegen, und der Inflationsdruck hat sich über viele Sektoren hinweg intensiviert. Der EZB-Rat beschloss daher im Juni 2022, dass die Nettokäufe im Rahmen des APP zum 1. Juli 2022 eingestellt werden.⁴⁰⁾ Zum 31. März 2022 waren bereits die Nettokäufe im Rahmen des PEPP planmäßig ausgelaufen.⁴¹⁾ Somit war der Weg frei für die erste Erhöhung der Leitzinsen seit 2011, im Einklang mit der zuvor kommunizierten zeitlichen Abfolge für die geldpolitische Normalisierung.⁴²⁾ Am 21. Juli 2022 beschloss der EZB-Rat infolge der aktualisierten Beurteilung der Inflationsrisiken, die Leitzinssätze um 50 Basispunkte anzuheben. Außerdem genehmigte er das Instrument zur Absicherung der Transmission (Transmission Protection Instrument, TPI), das die effektive Transmission der Geldpolitik unterstützen soll.⁴³⁾ Da die Inflationsrate weiterhin deutlich zu hoch war und voraussichtlich für längere Zeit über dem Zielwert bleiben wird, beschloss der EZB-Rat am 8. September 2022 eine weitere Anhebung der Leitzinssätze um 75 Basispunkte. Für die kommenden Sitzungen stellte er weitere Erhöhungen der Zinssätze in Aussicht. Darüber hinaus wurde beschlossen, das zweistufige System für die Verzinsung der Überschussreserven auszusetzen. Der EZB-Rat beabsichtigt, die Tilgungsbeträge der im Rahmen des APP und des PEPP erworbenen Wertpapiere weiterhin bei Fälligkeit wieder anzulegen. Während des Auslaufens der ausstehenden GLRG III wird der EZB-Rat dafür sorgen, dass die reibungslose Trans-

Deutlich gestiegene Inflation seit Beginn des Ukrainekriegs

38 Der Einfluss des negativen Einlagesatzes auf die Ertragslage wird seit dem Winterhalbjahr 2019/20 erfragt.

39 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2022).

40 Vgl.: Europäische Zentralbank (2022b).

41 Vgl.: Europäische Zentralbank (2021).

42 Vgl. z. B.: Europäische Zentralbank (2022a).

43 Vgl.: Europäische Zentralbank (2022c).

mission der Geldpolitik nicht beeinträchtigt wird.⁴⁴⁾

Kreditnachfrage

Angesichts hoher Unsicherheit und instabiler Lieferketten weiterhin steigende Nachfrage nach Unternehmenskrediten

Laut BLS-Angaben stieg im ersten Halbjahr 2022 die Nachfrage nach Unternehmenskrediten in Deutschland wieder stärker an (siehe Schaubild auf S. 24). Im Euroraum hatte sie bereits im Herbst 2021 wieder stärker angezogen, daher beschleunigte sich der Nachfrageanstieg hier nicht weiter. Verantwortlich für die höhere Nachfrage war vor allem der gestiegene Mittelbedarf für Lagerhaltung und Betriebsmittel: Vermutlich haben viele Unternehmen angesichts instabiler Lieferketten und der verstärkten Unsicherheit durch den Ukrainekrieg ihre Lagerhaltung vergrößert. Auch der Mittelbedarf für Anlageinvestitionen stieg im ersten Quartal noch an, was sich in einer höheren Nachfrage nach langfristigen Krediten widerspiegelte. Durch die zunehmende Unsicherheit wirkte sich der Faktor Anlageinvestitionen im zweiten Quartal 2022 ähnlich wie zu Beginn der Pandemie aber wieder dämpfend auf die Entwicklung der Nachfrage nach Unternehmenskrediten aus. Für das dritte Quartal erwarten die Banken in Deutschland und im Euroraum insgesamt keine Nachfragesteigerung mehr.

Kreditnachfrage privater Haushalte in der ersten Jahreshälfte 2022 wegen noch niedriger Zinssätze mit deutlichen Zuwächsen

Die Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten nahm im ersten Quartal 2022 in Deutschland deutlich stärker zu als von den Banken erwartet. Wegen der Ankündigung des EZB-Rats vom Dezember 2021, dass die Nettokäufe im Rahmen des PEPP im März 2022 auslaufen sollten,⁴⁵⁾ wurden steigende Zinssätze erwartet. Dies könnte bei den Kreditnehmern Vorzieheffekte ausgelöst haben. Auch im Euroraum nahm die Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten zunächst weiter zu. Im zweiten Quartal 2022 sank sie dann erstmals seit Beginn der Pandemie wieder. Die Banken machten dafür vor allem ein gesunkenes Verbrauchervertrauen verantwortlich. Im Einklang mit dem Preisstabilitätsziel der Geldpolitik wirkte das zuletzt vor allem im längerfristigen Bereich deutlich gestie-

gene allgemeine Zinsniveau nicht mehr nachfragesteigernd. Für die Nachfrage nach Konsumenten- und sonstigen Krediten spielte dieser Faktor aber keine nennenswerte Rolle: Sie nahm im gesamten ersten Halbjahr 2022 weiter zu. Für das dritte Quartal erwarten die Banken in Deutschland und im Euroraum einen Einbruch der Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten und einen deutlich geringeren Nachfrageanstieg für Konsumenten- und sonstige Kredite.

Kreditangebotspolitik

Trotz der hohen Unsicherheit über die wirtschaftlichen Folgen des Krieges gegen die Ukraine verschärfen die Banken der deutschen BLS-Stichprobe ihre Richtlinien für Unternehmenskredite im ersten Halbjahr 2022 nur geringfügig (siehe Schaubild auf S. 27). Da die Banken nach den Verschärfungen zu Beginn der Pandemie noch nicht wieder nennenswert gelockert hatten, dürften die Kreditrichtlinien bei Ausbruch des Krieges gegen die Ukraine bereits vergleichsweise straff gewesen sein. Auch die Kreditbedingungen gestalteten die Banken etwas restriktiver. Im Euroraum kam es dagegen im zweiten Quartal 2022 zu größeren Verschärfungen. In Deutschland ebenso wie im Euroraum begründeten die Banken ihre jüngsten Verschärfungen mit nach ihrer Einschätzung erhöhten Kreditrisiken.

Für das dritte Quartal planen die Banken beider Stichproben, ihre Kreditrichtlinien weiter zu verschärfen. In der Vergangenheit haben sich die Planungen der Banken zur Anpassung ihrer Kreditrichtlinien im Folgequartal als ein guter Indikator für die tatsächlich eingetretene Entwicklung erwiesen. Dies gilt für Deutschland und den Euroraum sowie für alle Kreditsegmente. Angesichts der hohen Inflationsrate sind Straffungen der Kreditangebotspolitik durchaus geldpolitisch intendiert. Nach Einschätzung der

Weitere Verschärfung der Kreditrichtlinien seit Beginn des Krieges gegen die Ukraine

Effekte der geldpolitischen Sondermaßnahmen dürften sich weiter abschwächen

⁴⁴ Vgl.: Europäische Zentralbank (2022d).

⁴⁵ Vgl.: Europäische Zentralbank (2021).

befragten BLS-Banken im Euroraum und in Deutschland dürften sich die expansiven Effekte der geldpolitischen Sondermaßnahmen auf ihre Kreditvergabepolitik und ihr Kreditvolumen mehr und mehr abschwächen. Von den Kaufprogrammen erwarten sich die Banken im Euroraum sogar erstmals restriktive Effekte auf die Richtlinien und Bedingungen für Unternehmenskredite und auf die Bedingungen für Konsumenten- und sonstige Kredite.

Richtlinien für Wohnungsbaukredite erheblich gestrafft

Auch bei der Vergabe von Wohnungsbaukrediten legten die in Deutschland und dem Euroraum insgesamt befragten Banken in den ersten zwei Quartalen 2022 strengere Maßstäbe an. Die Straffung der Kreditrichtlinien fiel im zweiten Quartal 2022 in Deutschland so stark aus wie noch nie seit Einführung des BLS im Jahr 2003. Dabei waren auch in diesem Kreditsegment die Verschärfungen aus der Pandemie zwischenzeitlich nur unwesentlich zurückgenommen worden. Der Anteil der abgelehnten Kreditanträge stieg sowohl in Deutschland als auch im Euroraum insgesamt erheblich an. Nach Ansicht der Banken wirkten sich alle drei Faktoren, die laut BLS-Fragebogen in ihre Risikoeinschätzung eingehen, restriktiv aus: die allgemeine Wirtschaftslage und Konjunktur, die Aussichten auf dem Wohnimmobilienmarkt und die Kreditwürdigkeit der Kreditnehmer. Für das dritte Quartal planen die Banken sowohl in Deutschland als auch im Euroraum eine weitere Verschärfung ihrer Kreditrichtlinien. Bei den Richtlinien für Konsumenten- und sonstige Kredite kam es im zweiten Quartal ebenfalls zu Verschärfungen, die sich im kommenden Quartal fortsetzen sollen.

Einfluss der geldpolitischen Sondermaßnahmen auf die Ertragslage verringert sich voraussichtlich

Durch die Beendigung der Nettokäufe im Rahmen des PEPP und des APP und das sukzessive Auslaufen der GLRG verringert sich auch der Einfluss dieser Maßnahmen auf die Ertragslage der Banken. Dies spiegelt sich so auch in den Antworten der Banken im BLS wider. Zwar profitieren die an den GLRG teilnehmenden Banken weiterhin von der günstigen Verzinsung der aufgenommenen Mittel. Die dritte Serie endete jedoch mit Zuteilung des zehnten Geschäfts im

Dezember 2021, sodass sukzessive Rückzahlungen fällig werden und die Höhe der ausstehenden Mittel absinkt. Auf der anderen Seite rechneten die befragten Banken in der April-Runde⁴⁶) aber auch damit, dass sich im Sommerhalbjahr 2022 der negative Einfluss der Kaufprogramme und des negativen Einlagesatzes auf ihre Ertragslage abschwächen wird. Hier dürfte die Erwartung einer ersten Zinserhöhung im Juli eine Rolle gespielt haben.

Finanzierungssituation der Banken

Seit Ausbruch des Krieges gegen die Ukraine im ersten Quartal 2022 schätzten vor allem die Banken im Euroraum ihre Finanzierungssituation als verschlechtert ein (siehe Schaubild auf S. 40). In Deutschland hält sich die Eintrübung der Lage dagegen bislang in Grenzen. Vor allem die Begebung von Schuldverschreibungen wurde laut BLS-Angaben schwieriger, insbesondere im mittel- bis längerfristigen Bereich, aber auch die Finanzierung über den kurzfristigen Geldmarkt. Seit Jahresbeginn 2022 zeigen Daten zu Umlaufrenditen ebenso wie die Geldmarktsätze einen deutlich steigenden Trend an. Denn die stark gestiegene Inflationsrate und die begonnene geldpolitische Normalisierung haben zu Zinssteigerungserwartungen geführt, sodass bereits im Vorfeld das allgemeine Zinsniveau anstieg. Auch die Möglichkeiten, Kredite zu verbrieften und Kreditrisiken außerbilanziell zu übertragen, nahmen laut BLS-Angaben ab. Der Zugang zu Kundeneinlagen blieb den Banken zufolge jedoch weitgehend unverändert. Für das dritte Quartal erwarten die Banken im Euroraum weitere Verschlechterungen ihrer Finanzierungssituation.

Finanzierungssituation der Banken seit Ausbruch des Krieges verschlechtert

Von den GLRG und dem APP erwarteten die Banken in der April-Runde für das Sommerhalb-

⁴⁶ Die Zusatzfragen zu den GLRG, dem APP und dem negativen Einlagesatz werden halbjährlich gestellt, zuletzt in der April-Runde 2022. Vgl. die Übersicht auf S. 23. Die in der April-Runde beschriebenen Erwartungen der Banken beziehen sich auf das zweite und dritte Quartal 2022.

Einfluss der geldpolitischen Maßnahmen auf die Finanzierungssituation schwächt sich voraussichtlich ab

jahr 2022, dass sich die Auswirkungen dieser Maßnahmen auf ihre Finanzierungsbedingungen am Markt und ihre Liquiditätsposition abschwächen. Im Euroraum rechneten die befragten Banken für das Sommerhalbjahr sogar erstmals mit einem restriktiven Einfluss des APP auf ihre Liquiditätsposition und Finanzierungsbedingungen. Diese Einschätzung der Banken dürfte zum einen im Zusammenhang mit dem Auslaufen der Nettoankäufe im Rahmen des PEPP im März 2022 stehen. Zum anderen dürften die befragten Banken bereits im Frühjahr erwartet haben, dass das Eurosystem seine Nettoankäufe im Rahmen des APP schrittweise verringern oder ganz einstellen wird. Die geldpolitisch beabsichtigte Rücknahme des Expansionsgrades dürfte mit dem Auslaufen der Sondermaßnahmen somit erzielt werden.

■ Schlussfolgerungen

BLS unverzichtbar für geldpolitische Entscheidungsfindung

Der Bank Lending Survey ist die zentrale Informationsquelle zur Einschätzung des Kreditangebotsverhaltens der Banken und der Kreditnachfrage in Deutschland und im Euroraum. Die aus ihm gewonnenen Erkenntnisse waren insbesondere während der Negativzinsphase und der Pandemie wertvoll für die geldpolitische Entscheidungsfindung. Durch seine flexible Ausgestaltung ermöglicht der BLS, zügig Informationen in einem sich schnell ändernden Umfeld zu erlangen.

Laut BLS keine Hinweise auf Angebotsrestriktionen bei der Kreditvergabe während der Negativzinsphase und der Pandemie

Der BLS gibt keine Hinweise darauf, dass die Kreditvergabe während der Negativzinsphase vor der Pandemie eingeschränkt war. Die Banken meldeten zwar eine stetig gestiegene Kreditnachfrage, aber gleichzeitig auch einen schärferen Wettbewerb, der ebenso wie die geldpolitischen Maßnahmen zu Lockerungen der Vergabepolitik beitrug. Während der Pandemie kam es in der Breite ebenfalls nicht zu Angebotsrestriktionen bei der Kreditvergabe. Besonders von der Pandemie betroffene Branchen, deren Kreditrisiken die Banken als deutlich erhöht einschätzten, hatten größtenteils die Möglichkeit, sich über staatlich garantierte

Hilfskredite mit Liquidität zu versorgen. Zudem wirkten die Negativzinsen und geldpolitischen Sondermaßnahmen in der Pandemie – wie intendiert – expansiv auf die Kreditvergabepolitik und trugen dazu bei, der Realwirtschaft günstige Finanzierungsmöglichkeiten zu bieten.

Darüber hinaus helfen die im Rahmen von Zusatzfragen im BLS ermittelten Informationen dabei, für die geldpolitische Transmission relevante Fragen zu beantworten. So ließ sich die Wirkung geldpolitischer Sondermaßnahmen mithilfe der Antworten der Banken bereits zu einem Zeitpunkt abschätzen, zu dem noch nicht genügend statistische Daten für eine tiefergehende empirische Analyse vorlagen. Die Antworten der Banken lassen etwa darauf schließen, dass sich die negativen Ertragslageeffekte, die das APP und der negative Einlagesatz entfalteten, nicht in einer gebremsten Kreditvergabe niederschlugen. Im Gegenteil: Wie geldpolitisch intendiert, wirkten sich diese Maßnahmen den BLS-Angaben zufolge im Euroraum insgesamt expansiv auf das Kreditvolumen aus. Der EZB-Rat ergriff während der Negativzinsphase weitreichende Maßnahmen gegen die in diesem Zeitraum zu niedrige Inflation. Vor allem die GLRG III, an denen sich auch die deutschen Banken während der Pandemie rege beteiligten, dürften sich den Berichten der teilnehmenden Institute zufolge in einer Ausweitung der Kreditvergabe bemerkbar gemacht haben. Gleichzeitig beteiligten sich die Banken in erster Linie an diesen Geschäften, weil sie profitabel waren.

Auch in der von hoher Unsicherheit geprägten derzeitigen gesamtwirtschaftlichen Lage trägt der BLS dazu bei, die Herausforderungen für die Kreditversorgung zeitnah zu erkennen. Für die Geldpolitik von Bedeutung ist etwa die Frage, wie die Banken auf die angesichts des Krieges gegen die Ukraine und seiner weitreichenden gesamtwirtschaftlichen Folgen gestiegenen Kreditrisiken reagieren werden. Im Mittelpunkt des Interesses stehen zudem die Wirkungen der geldpolitischen Normalisierung. Der Ausstieg aus den geldpolitischen Sondermaßnahmen

Geldpolitische Sondermaßnahmen hatten unterschiedliche Auswirkungen auf Ertragslage und Kreditvergabe

BLS-Angaben ermöglichen fundiertere Beobachtung der Kreditversorgung vor Hintergrund derzeit komplexer wirtschaftlicher Gesamtlage

und steigende geldpolitische Zinssätze werden sich auf die Finanzierungsbedingungen der Banken auswirken. Eine kontraktive Wirkung auf die Kreditvergabepolitik liegt derzeit angesichts der hohen Preissteigerungsraten im Interesse der Geldpolitik. Zeitnahe Informationen aus dem BLS über die Entwicklung der Finanzierungssituation sind in dieser Situation von be-

sonderem Interesse. Da die BLS-Angaben zu Kreditrichtlinien und Kreditnachfrage ein Vorlaufindikator für die zukünftige Kreditentwicklung sind, können diese Informationen helfen, frühzeitig zu erkennen, wo sich potenziell Schwierigkeiten bei der Kreditversorgung der Wirtschaft ergeben könnten.

■ Literaturverzeichnis

Albertazzi, U., B. Becker und M. Boucinha (2021), Portfolio rebalancing and the transmission of large-scale asset purchase programs: Evidence from the euro area, *Journal of Financial Intermediation*, Vol. 48.

Altavilla, C., G. Carboni und R. Motto (2015), Asset purchase programmes and financial markets: lessons from the euro area, *ECB Working Paper*, Nr. 1864.

Deutsche Bundesbank (2022), Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 2022, *Monatsbericht*, Mai 2022, S. 6.

Deutsche Bundesbank (2020a), Die Wirtschaftslage in Deutschland im Sommer 2020, *Monatsbericht*, August 2020, S. 7.

Deutsche Bundesbank (2020b), Entwicklungen im deutschen Bankensystem in der Negativzinsphase, *Monatsbericht*, Oktober 2020, S. 15–40.

Deutsche Bundesbank (2018), Der Markt für Bundeswertpapiere: Halterstruktur und wesentliche Einflussfaktoren auf die Renditeentwicklung, *Monatsbericht*, Juli 2018, S. 15–39.

Deutsche Bundesbank (2016), Die Umsetzung der EU-Wohnimmobilienkreditrichtlinie in Deutschland im Spiegel von Bank Lending Survey, Bilanz- und Zinsstatistik, *Monatsbericht*, November 2016, S. 36–38.

Deutsche Bundesbank (2014), Zum Niveau der Kreditstandards im Bank Lending Survey, *Monatsbericht*, August 2014, S. 46 f.

Europäische Zentralbank (2022a), Geldpolitische Beschlüsse, *Pressemitteilung* vom 10. März 2022.

Europäische Zentralbank (2022b), Geldpolitische Beschlüsse, *Pressemitteilung* vom 9. Juni 2022.

Europäische Zentralbank (2022c), Geldpolitische Beschlüsse, *Pressemitteilung* vom 21. Juli 2022.

Europäische Zentralbank (2022d), Geldpolitische Beschlüsse, *Pressemitteilung* vom 8. September 2022.

Europäische Zentralbank (2021), Geldpolitische Beschlüsse, Pressemitteilung vom 16. Dezember 2021.

Europäische Zentralbank (2020a), Geldpolitische Beschlüsse, Pressemitteilung vom 12. März 2020.

Europäische Zentralbank (2020b), EZB kündigt Lockerung der Bedingungen für gezielte längerfristige Refinanzierungsgeschäfte (GLRG III) an, Pressemitteilung vom 12. März 2020.

Europäische Zentralbank (2020c), EZB rekaliert die gezielten Refinanzierungsgeschäfte zur weiteren Unterstützung der Realwirtschaft, Pressemitteilung vom 30. April 2020.

Europäische Zentralbank (2020d), EZB verlängert Unterstützung mittels der gezielten Refinanzierungsgeschäfte für Banken, die Kredite an die Realwirtschaft vergeben, Pressemitteilung vom 10. Dezember 2020.

Europäische Zentralbank (2019a), EZB kündigt Einzelheiten zu neuen gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften (GLRG III) an, Pressemitteilungen vom 6. Juni 2019.

Europäische Zentralbank (2019b), Geldpolitische Beschlüsse, Pressemitteilung vom 12. September 2019.

Europäische Zentralbank (2016a), EZB erweitert das Programm zum Ankauf von Vermögenswerten (APP) um ein Programm zum Ankauf von Wertpapieren des Unternehmenssektors (CSPP) und gibt Änderungen des APP bekannt, Pressemitteilung vom 10. März 2016.

Europäische Zentralbank (2016b), EZB kündigt neue Reihe gezielter längerfristiger Refinanzierungsgeschäfte (GLRG II) an, Pressemitteilung vom 10. März 2016.

Europäische Zentralbank (2015), EZB kündigt erweitertes Programm zum Ankauf von Vermögenswerten an, Pressemitteilung vom 22. Januar 2015.

Europäische Zentralbank (2014), EZB gibt weitere Einzelheiten zu den gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften bekannt, Pressemitteilung vom 3. Juli 2014.

Granger, C. W. J. (1969), Investigating causal relations by econometric models and cross-spectral methods, *Econometrica*, 37(3), S. 424–438.

Kreditanstalt für Wiederaufbau (2020), Gemeinsame Presseerklärung von DK und KfW: Große Aufgabe für die deutsche Kreditwirtschaft, Pressemitteilung vom 18. März 2020, https://www.kfw.de/%C3%9Cber-die-KfW/Newsroom/Aktuelles/Pressemitteilungen-Details_573376.html.

Pesaran, M. H. und Y. Shin (1998), Generalized impulse response analysis in linear multivariate models, *Economics Letters*, 58, S. 17–29.

Produktivitätswirkungen der Reallokation im Unternehmenssektor während der Coronavirus-Krise

Die Coronavirus-Krise wirkte sich sehr unterschiedlich auf die Sektoren und Unternehmen in Deutschland aus. Dadurch erhöhte sie möglicherweise die Reallokation von Arbeitsplätzen. Dies könnte die Produktivitätsentwicklung stärken, wenn Beschäftigte vermehrt aus weniger produktiven Unternehmen zu effizienteren Produzenten des gleichen oder eines anderen Sektors abwandern.

Mit Blick auf Verschiebungen von Beschäftigungsgewichten zwischen den Sektoren der deutschen Wirtschaft zeigten sich in den vergangenen beiden Jahren kaum produktivitätsfördernde Effekte. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Reallokation von Arbeitsplätzen zwischen Sektoren schwach war. Vielmehr verringerten nicht nur unterdurchschnittlich produktive Sektoren wie das Gastgewerbe, sondern auch hochproduktive Bereiche wie das Produzierende Gewerbe ihre Beschäftigung. Gleichzeitig bauten neben dem hochproduktiven Informations- und Kommunikationssektor auch rechnerisch weniger produktive Bereiche wie das Gesundheits- und Sozialwesen kräftig Beschäftigung auf.

Allerdings profitierte die Produktivitätsentwicklung von der Arbeitsplatzfluktuation innerhalb von Sektoren. Dies wirkte dem starken Rückgang der Produktivität insgesamt entgegen, wenngleich sie ihn nur teilweise auffangen konnte. Dazu passt, dass größere und tendenziell produktivere Unternehmen kleinere Produktionsverluste durch die Pandemie erlitten als die übrigen Unternehmen. Auch deshalb stellten produktivere Unternehmen 2020 signifikant mehr Arbeitskräfte ein oder entließen bedeutend weniger Personal.

Indes war der geschätzte Zusammenhang zwischen Produktivität und Beschäftigungsänderung auf Unternehmensebene während der jüngsten Rezession im Vergleich zur Vorkrisenzeit nicht sonderlich ausgeprägt. Demnach verstärkte sich die produktivitätsfördernde Reallokation von Arbeitsplätzen 2020 in Deutschland nicht. Demgegenüber weiteten sich die Betriebsgründungen im vergangenen Jahr insbesondere im Bereich wissensintensiver Dienstleistungen stark aus. Dies könnte die Produktivitätsentwicklung mittelfristig stärken. Dies gilt ebenso für die in den vergangenen beiden Jahren stark ausgeweiteten Unternehmensinvestitionen in Software und Hardware, die die Pandemie anschob.

Der Einfluss staatlicher Stützungsmaßnahmen wurde zwar nicht explizit untersucht. Es ist allerdings zu vermuten, dass sie eine Rolle für den moderaten Effekt der Arbeitsplatzreallokation auf die Produktivität spielten. Es gelang dadurch einerseits, Auswirkungen der Coronavirus-Krise auf Unternehmen mit tragfähigem Geschäftsmodell abzumildern und Insolvenzen zu verhindern. Andererseits verhinderten die staatlichen Hilfen aber möglicherweise stärkere produktivitätsfördernde Reallokationseffekte über den Beschäftigungskanal.

Unternehmensfluktuation und Produktivitätswirkungen in der Coronavirus-Krise

Krise traf Bereiche des Unternehmenssektors in unterschiedlichem Maße ...

Die Coronavirus-Pandemie verringerte nicht nur die Wirtschaftsaktivität, sondern verschob auch Marktanteile, Beschäftigung oder mittelfristige Ertragsaussichten zwischen den Unternehmen in Deutschland. Umfangreiche staatliche Stützungsmaßnahmen halfen zwar Umsatzrückgänge von Unternehmen abzufedern. Dennoch brach die Wirtschaft 2020 massiv ein. Dabei variierte das Ausmaß der wirtschaftlichen Verluste ganz erheblich zwischen den Wirtschaftsbereichen. Dies machte sich etwa an der Streuung des Output-Wachstums über Sektoren oder Branchen bemerkbar. Hierin spiegelte sich wider, wie unterschiedlich stark die vielfältigen und teilweise einschneidenden Einschränkungen und Verhaltensanpassungen von Haushalten und Unternehmen die Bereiche des Unternehmenssektors trafen. Beispielsweise kam die wirtschaftliche Aktivität in kontaktintensiven Branchen, in denen Homeoffice oder andere Maßnahmen der räumlichen Distanzierung schwierig umzusetzen waren, phasenweise fast vollständig zum Erliegen. Dies galt insbesondere für das Gastgewerbe, persönliche oder Unterhaltungsdienstleistungen, Teile des Reiseverkehrs sowie einige Bereiche im stationären Einzelhandel. Hingegen boomten Branchen wie

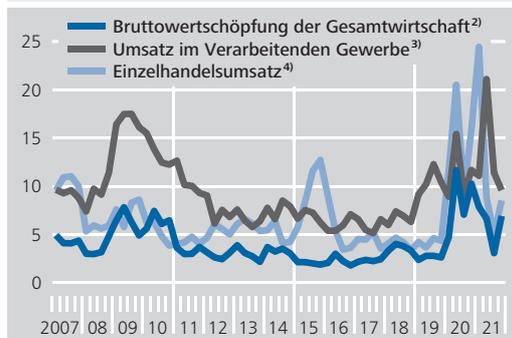
der Onlinehandel und Versand oder die Nachfrage nach einigen IT-Dienstleistungen und pharmazeutischen Produkten. Aber auch im Verarbeitenden Gewerbe kam es zu Umwälzungen. Ging die Produktion zu Beginn der Pandemie wegen zeitweiser Werksschließungen infolge ausbleibender Vorleistungszulieferungen und Nachfrage stark zurück, litt sie auch in der nachfolgenden Erholung unter weitreichenden Lieferkettenproblemen.

Grundsätzlich konnten Unternehmen, die bereits vor der Pandemie digital aufgestellt waren oder ein größeres finanzielles Polster hatten, besser auf die Herausforderungen der Pandemie reagieren. Auch deshalb waren die pandemiebedingten Auswirkungen selbst auf Unternehmen des gleichen Sektors zum Teil sehr unterschiedlich. Diese von der Pandemie ausgelösten Änderungen, die auch in vielen anderen Ländern auftraten, wurden mitunter als „Reallokationsschock“ bezeichnet.¹⁾ In Deutschland hatte die Fluktuation im Unternehmenssektor in den vergangenen zwei Dekaden stark abgenommen. Dies gilt insbesondere für die Anzahl von Unternehmensinsolvenzen, Betriebsaufgaben oder Betriebsgründungen. Die Coronavirus-Krise könnte diesen Trend also unterbrochen haben.

... und könnte dadurch die Reallokation von Arbeitsplätzen im Unternehmenssektor erhöht haben

Wirtschaftliche Aktivität in Deutschland

Streuung in %-Punkten¹⁾



Quelle: Statistisches Bundesamt. **1** Gemessen als gewichtete Standardabweichung der Jahreswachstumsraten auf Quartalsfrequenz. Gewichte basieren auf nominaler BWS bzw. nominalen Umsätzen im Vorjahr. **2** Berechnung der Streuung der Wachstumsraten über 17 Sektoren auf Basis von VGR-Angaben. **3** 205 4-Steller-Branchen. **4** 35 4-Steller-Branchen.

Deutsche Bundesbank

Die Neuordnung von ökonomischen Ressourcen und Wachstumschancen kann sich auf die Arbeitsproduktivität des Unternehmenssektors auswirken. Verschieben sich Beschäftigungsanteile zwischen Unternehmen von weniger effizienten zu produktiveren Produzenten, stärkt dies die Produktivitätsentwicklung.²⁾ Zum einen kann dieser Prozess unter bestehenden Unternehmen sowohl innerhalb von Sektoren als auch über Sektorgrenzen hinaus erfolgen. Zum

Verschiebungen beim Arbeitseinsatz zwischen Unternehmen und Sektoren potenziell produktivitätsfördernd

¹ Vgl.: Anayi et al. (2021) sowie Barrero et al. (2021a).

² Vgl. Decker et al. (2017), Bartelsman et al. (2013) oder Modery et al. (2021) für Studien zur Bedeutung von Reallokation von Arbeitsplätzen für die Produktivität unabhängig vom Konjunkturzyklus. Grundsätzlich findet eine Reallokation von Arbeitsplätzen zwischen Unternehmen auch in krisenfreien Zeiten statt. Die Reallokation von Beschäftigten und ihr Einfluss auf die Produktivität kann allerdings in Abhängigkeit vom Konjunkturzyklus schwanken (vgl. z. B.: Foster et al. (2016)).

anderen verlassen Unternehmen den Markt, während neue hinzukommen. Junge und innovative Unternehmen wachsen in der Regel schnell, bauen Beschäftigung auf und können dadurch die künftige Produktivitätsentwicklung stärken. Die nicht mehr profitablen Unternehmen hingegen setzen Arbeitskräfte frei, die in anderen Unternehmen einer effizienteren Tätigkeit nachgehen können.³⁾

*Cleansing-Effekt
 infolge des
 Coronavirus-
 Schocks*

Rezessionen gehen gewöhnlich mit Arbeitsplatzverlusten und Einkommenseinbußen einher. Im Sinne der schöpferischen Zerstörung nach Schumpeter könnte die Coronavirus-Krise jedoch eine Zeit verstärkter produktivitätsfördernder Reallokation von Arbeitsplätzen gewesen sein.⁴⁾ In der Literatur wird in diesem Zusammenhang von einem durch Rezessionen ausgelösten „Cleansing-Effekt“ gesprochen. Allerdings ist a priori nicht eindeutig, ob Wirtschaftskrisen tatsächlich die produktivitätsfördernde Reallokation stärken.⁵⁾ Denn gerade in Rezessionen kann der Reallokationsprozess durch andere Faktoren wie zum Beispiel Finanzmarktfriktionen oder staatliche Eingriffe gestört werden.⁶⁾ Darüber hinaus kann in Wirtschaftskrisen die Schaffung von Arbeitsplätzen auch bei produktiven Unternehmen etwa aufgrund eines abwartenden Verhaltens abnehmen.⁷⁾ Der vorliegende Aufsatz analysiert die Bedeutung der Reallokation von Arbeitsplätzen für das Wachstum der Arbeitsproduktivität im deutschen Unternehmenssektor seit der Coronavirus-Pandemie.⁸⁾ Produktivitätseffekte, die sich aus der Reallokation von Kapital ergeben, werden hier nicht untersucht.

*Verschiebungen
 des in Stunden
 gemessenen
 Arbeitseinsatzes
 wegen Kurz-
 arbeit zum Teil
 vorübergehend*

Die Arbeitsproduktivität ergibt sich rechnerisch aus dem Verhältnis von Bruttowertschöpfung und Arbeitseinsatz. Je nach Messung des Arbeitseinsatzes entwickelte sich die Arbeitsproduktivität in den vergangenen beiden Jahren sehr unterschiedlich. In Stunden gerechnet wuchs sie in beiden Jahren jeweils um knapp 1%. Wird hingegen die Zahl der Erwerbstätigen zur Messung des Arbeitseinsatzes angesetzt, nahm sie 2020 um circa 3% ab und legte im Folgejahr um 2,5% zu. Die unterschiedlichen



Ergebnisse beider Maße ergeben sich aus der umfangreichen Nutzung von Kurzarbeit. Sie ermöglichte es den Unternehmen, die Arbeitsstunden stark zurückzufahren, ohne Beschäftigung abzubauen. Zwar gilt die Stundenproduktivität als das genauere Maß für die Analyse der Produktivitätsentwicklung, da Änderungen

3 Darüber hinaus beeinflusste die Pandemie die Innovationsfähigkeit bestimmter Unternehmensbereiche, z. B. im medizinisch-pharmazeutischen Bereich. Es könnte sich also auch die Produktivität bestehender Unternehmen aufgrund verschobener Profitmöglichkeiten geändert haben.

4 Vgl.: Schumpeter (1934).

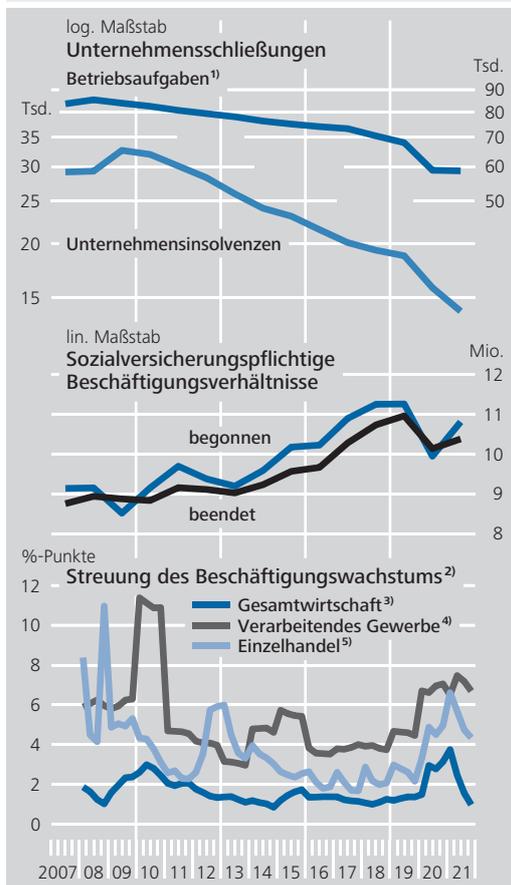
5 Für Studien, die Evidenz für den Cleansing-Effekt von Rezessionen finden vgl. u. a.: Caballero und Hammour (1994), Foster et al. (2016) sowie Osotimehin and Pappadà (2017). Cleansing-Effekte sind nicht unbedingt wohlfahrtsoptimal, da sie gewöhnlich mit (temporärer) Arbeitslosigkeit und Konsumschwankungen einhergehen.

6 Vgl. u. a.: Barlevy (2003), Boeri und Bruecker (2011), Foster et al. (2016) sowie Kozeniauskas et al. (2022). Dies bedeutet nicht, dass Stützungsmaßnahmen grundsätzlich ineffizient sind. Bspw. kann eine Maßnahme wie Kurzarbeit in einem friktionalen Markt auch effizienzfördernd wirken (vgl.: Giupponi und Landais (2019)). Friktionen im Arbeitsmarkt können dabei politisch bedingt sein (z. B. Kündigungsschutz) oder sich aus der Struktur des Marktes ergeben (z. B. Suchfriktionen).

7 Rezessionen können daher auch produktivitätsdämpfend wirken (vgl. u. a.: Caballero und Hammour (2005), Kehrig (2015) sowie Haltiwanger et al. (2021)). Darüber hinaus können sich Rezessionen nachhaltig negativ auf die Produktivitätsentwicklung auswirken; bspw. wenn es zu einer Abschwächung von Innovationsaktivitäten kommt (vgl. z. B.: Anzoategui et al. (2019)).

8 Reallokation wird hier an Veränderungen der Anzahl an Erwerbstätigen oder Beschäftigten in Sektoren, Branchen oder Unternehmen festgemacht. Diese Reallokation von Arbeitsplätzen berücksichtigt daher nur besetzte und keine offenen Stellen.

Indikatoren der Reallokation von Beschäftigten^{*)}



Quellen: Statistisches Bundesamt und Bundesagentur für Arbeit. **1** Aufgaben von Betriebshauptniederlassungen mit einer größeren wirtschaftlichen Bedeutung. **2** Gewichtete Standardabweichung der Jahreswachstumsraten der Beschäftigtenzahl auf Quartalsfrequenz. Gewichte basieren auf der Anzahl der Beschäftigten im Vorjahr. **3** Berechnung der Streuung der Jahreswachstumsraten über 17 Sektoren auf Basis von VGR-Angaben. **4** 205 4-Steller-Branchen. **5** 35 4-Steller-Branchen.
 Deutsche Bundesbank

bei der durchschnittlichen Arbeitszeit berücksichtigt werden. Im Folgenden bezieht sich die Arbeitsproduktivität dennoch auf die Erwerbstätigen- beziehungsweise Arbeitnehmerzahl. Zum einen wird dadurch Konsistenz mit den Unternehmensdaten gewährleistet, die zu Analysezwecken genutzt werden. Denn diese Daten enthalten in der Regel Angaben zu Beschäftigten und nicht zu geleisteten Arbeitsstunden. Zum anderen sind Änderungen bei der Anzahl der Beschäftigten ein besserer Gradmesser für dauerhafte Anpassungen beim Arbeitseinsatz.

Indikatoren der Reallokation von Arbeitsplätzen

Grundsätzlich stellt sich die Frage, ob die Coronavirus-Krise auch in Deutschland ein Reallokationsschock war. Dagegen spricht, dass einige Indikatoren zur Messung der Fluktuation im Unternehmenssektor insbesondere im ersten Pandemiejahr stark abnahmen. Dies gilt vor allem für die Anzahl der Unternehmensinsolvenzen sowie der Betriebsaufgaben.⁹⁾ Auch die Betriebsgründungen gingen zunächst zurück. Darüber hinaus reduzierte sich nicht nur die Zahl der begonnenen, sondern auch jene der beendeten sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse beträchtlich. Daher war die Reallokation von Arbeitskräften im ersten Pandemiejahr nicht sonderlich ausgeprägt.¹⁰⁾ Produktivitätsfördernde Reallokationseffekte ergeben sich nichtsdestotrotz dann, wenn vergleichsweise produktive Bereiche stärker Beschäftigung aufbauen oder weniger produktive Bereiche diese stärker reduzieren und sich somit die Beschäftigungsgewichte zu produktiveren Bereichen verschieben. Von Bedeutung ist daher vor allem, ob Unternehmen, Branchen oder Sektoren Arbeitsplätze in unterschiedlichem Maß auf- oder abbauten.

2020 zwar insgesamt geringe Fluktuation im Unternehmenssektor, ...

Laut Indikatoren zur Streuung des Beschäftigungswachstums nahm die Reallokation von Arbeitsplätzen in den vergangenen beiden Jahren zumindest gegenüber den Vorjahren

9 Angaben zu Betriebsaufgaben und -gründungen basieren auf der Gewerbeanzeigenstatistik des Statistischen Bundesamtes. Betrachtet werden hier Hauptniederlassungen von Betrieben mit einer größeren wirtschaftlichen Bedeutung. Diese umfassen Betriebe, die durch eine juristische Person oder eine Personengesellschaft oder eine natürliche Person geführt bzw. gegründet wurden. Bei einer natürlichen Person ist Voraussetzung, dass sie ins Handelsregister eingetragen war bzw. ist oder eine Handwerkskarte besaß bzw. besitzt oder mindestens einen Arbeitnehmer beschäftigte bzw. beschäftigt.

10 Vgl. dazu auch: Schmidt (2021). Die Reallokation von Arbeitskräften beinhaltet auch Unternehmenswechsel von Beschäftigten, die erfolgen, ohne dass Arbeitsplätze auf- oder abgebaut werden. Diese Wechsel können grundsätzlich auch ohne Verschiebung von Beschäftigungsgewichten produktivitätsfördernd sein; z. B., weil die Fähigkeiten der Beschäftigten besser zu den Anforderungen der neuen Unternehmen passen.

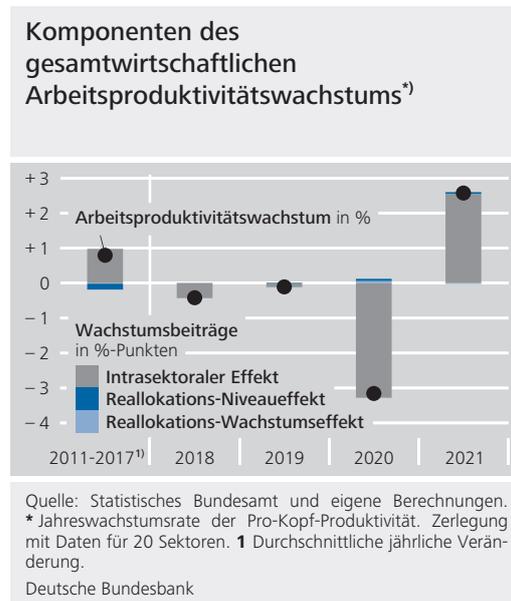
... aber Beschäftigungsverchiebungen zwischen und innerhalb von Sektoren erhöht

deutlich zu.¹¹⁾ Dies gilt sowohl für die Streuung des Wachstums der Erwerbstätigenzahl unter Sektoren in Deutschland insgesamt, als auch für jene des Beschäftigungswachstums unter den Branchen innerhalb einzelner Sektoren. Aufgrund des starken Rückgangs der Betriebsaufgaben und der zunächst nur moderat veränderten Gründungszahlen waren Verschiebungen zwischen bestehenden Unternehmen hierfür ausschlaggebend. Insoweit löste die Corona-virus-Krise in Deutschland zwar im Gegensatz zu anderen Ländern keinen umfassenden Reallokationsschock im Unternehmenssektor aus.¹²⁾ Gleichwohl zeigt die Zunahme der Streuung des Beschäftigungswachstums über Sektoren und Branchen hinweg ein Potenzial für produktivitätsstärkende Reallokationseffekte während der Pandemie auf.

Auswirkungen der Reallokation von Arbeitsplätzen zwischen Sektoren

Sektorale Verschiebungen von Erwerbstätigen während Pandemie kaum produktivitätsfördernd, ...

Das Wachstum der sektoralen Arbeitsproduktivität kann in drei Komponenten zerlegt werden. Die erste beruht auf der Verschiebung von Erwerbstätigen zwischen Sektoren mit unterschiedlichem Produktivitätsniveau, die zweite auf der Reallokation zwischen Sektoren mit unterschiedlichem Produktivitätswachstum und die dritte entspricht dem Produktivitätswachstum, das sich ohne Verschiebung von Erwerbstätigen ergeben würde. Anhand der ersten beiden Komponenten kann also die Produktivitätswirkung durch die Reallokation zwischen 20 Sektoren bestimmt werden, die in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) unterschieden werden.¹³⁾ Der Reallokations-Niveaueffekt ist positiv, wenn es zu Verlagerungen bei der Beschäftigung von weniger produktiven hin zu produktiveren Sektoren kommt. 2020 und 2021 lag dieser Effekt allerdings bei null und auch im Vergleich zu den Vorkrisen-jahren 2018 und 2019 sind kaum Änderungen bei dieser Komponente des Produktivitätswachstums auszumachen.¹⁴⁾ Der sogenannte Reallokations-Wachstumseffekt, der den Wachstums-



beitrag von Verschiebungen von Beschäftigten zwischen Sektoren mit unterschiedlicher Produktivitätsdynamik misst, trug ebenso wenig zur Produktivitätsentwicklung während der Pandemie bei. Insgesamt verstärkte sich also in den vergangenen beiden Jahren das Produktivitäts-

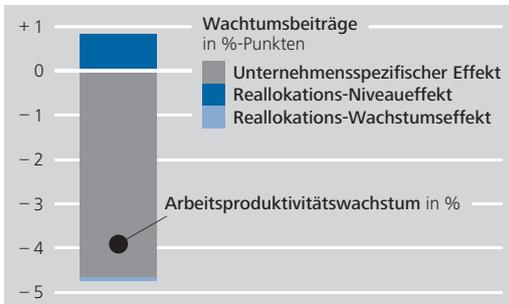
11 Eine umfassende Analyse der Arbeitsplatzreallokation bedarf umfangreicher Unternehmensdaten, die den Arbeitsplatzauf- und -abbau von Unternehmen in allen Sektoren abdecken, vgl. z. B.: Foster et al. (2016) sowie Bachmann et al. (2021). Aus Gründen der Datenverfügbarkeit ist dies hier nicht möglich.

12 In Deutschland waren die Ausschläge der Streuungsmaße im historischen Kontext nicht außerordentlich hoch. Die Streuung des sektoralen Wachstums der Erwerbstätigenzahl war in den frühen 1990er Jahren ausgeprägter. Auch die Streuung des Beschäftigungswachstums innerhalb von Sektoren war in der Vergangenheit höher. Für Studien, die einen Reallokationsschock mit der Pandemie in den Vereinigten Staaten und dem Vereinigte Königreich verbinden, vgl.: Anayi et al. (2021) sowie Barrero et al. (2021a).

13 Die Wachstumszerlegung folgt dem Standardansatz der OECD, vgl.: OECD (2018). In der Literatur existieren unterschiedliche Verfahren einer solchen Zerlegung. Der OECD-Ansatz korrespondiert mit einer Wachstumszerlegung auf Unternehmensebene. Er kann jedoch zu Verzerrungen aufgrund der Addition verketteter Volumenangaben führen. Für einen alternativen Ansatz vgl. z. B.: Deutsche Bundesbank (2021a). Dieser führt zu ähnlichen Ergebnissen für den Reallokationseffekt in den vergangenen beiden Jahren.

14 Berechnungen für die Stundenproduktivität zeigen hingegen für 2020 einen deutlichen, positiven Beitrag des Reallokations-Niveaueffekts an. Dieser dürfte sich u. a. daraus ergeben, dass einige stark von der Pandemie betroffene und rechnerisch wenig produktive Sektoren die geleisteten Arbeitsstunden überaus kräftig zurückfuhren. Im Gastgewerbe nahm die Zahl der Arbeitsstunden bspw. um ungefähr 23 % ab, während die Zahl der Erwerbstätigen um 8 % zurückging. 2021 entspricht der auf Stundenbasis gerechnete Reallokations-Niveaueffekt ungefähr jenem der pro Kopf gemessenen Arbeitsproduktivität.

Komponenten des sektoralen Arbeitsproduktivitätswachstums 2020*



Quelle: Bundesbank-Online-Panel-Firmen (BOP-F, Welle 5) und eigene Berechnungen. * Veränderung der Arbeitsproduktivität näherungsweise ermittelt. Rechnungen in Anlehnung an Bloom et al. (2020) auf Basis von Angaben für 2072 Unternehmen und unter Anwendung von Hochrechnungsfaktoren. Sektorergebnisse mit Beschäftigungsgewichten aggregiert.
 Deutsche Bundesbank

wachstum aufgrund von Arbeitsplatzverschiebungen hin zu produktiveren oder dynamischeren Sektoren kaum.

... weil auch überdurchschnittlich produktive Bereiche Beschäftigung abbauten und unterdurchschnittlich produktive Bereiche Beschäftigung aufbauten

Dieser Befund mag angesichts der gestiegenen Beschäftigungsverschiebungen zwischen den Sektoren überraschen. Er geht darauf zurück, dass während der Pandemie nicht nur unterdurchschnittlich produktive Sektoren wie das Gastgewerbe, sondern auch hochproduktive Bereiche wie das Verarbeitende Gewerbe Beschäftigung abbauten. Dabei war der prozentuale Beschäftigungsrückgang 2020 im Verarbeitenden Gewerbe zwar deutlich kleiner als im Gastgewerbe. In Personen gerechnet wurde hier die Beschäftigung aber stärker reduziert. Gleichzeitig bauten neben dem hochproduktiven Informations- und Kommunikationssektor auch rechnerisch weniger produktive Bereiche wie das Gesundheits- und Sozialwesen Beschäftigung kräftig auf.

Intrasektorale Effekte ausschlaggebend für Produktivitätsentwicklung während der Pandemie

Die Entwicklung der Arbeitsproduktivität in Deutschland während der Pandemie wurde gemäß der Zerlegung durch den Beitrag des intrasektoralen Effekts geprägt (die dritte Komponente der Zerlegung). Für diese Komponente sind sektorspezifische Entwicklungen ausschlaggebend.¹⁵⁾ Dazu zählen Änderungen der Totalen Faktorproduktivität (TFP) oder der Kapitalintensität in einem Sektor. Darüber hinaus

können auch für diese Komponente Reallokationseffekte bei der Beschäftigung – nämlich zwischen Unternehmen desselben Sektors – von Bedeutung sein. Dies ist insofern plausibel, als die Fluktuation von Beschäftigten innerhalb von Sektoren aufgrund branchenspezifischen Humankapitals mit vergleichsweise geringen Friktionen verbunden ist, während gleichzeitig die Streuung der Produktivitätsniveaus von Unternehmen selbst innerhalb eng definierter Branchen ausgesprochen hoch ist.¹⁶⁾

Effekte der Reallokation von Arbeitsplätzen innerhalb von Sektoren

Der Zusammenhang zwischen Arbeitsplatzreallokation und Arbeitsproduktivität zwischen bestehenden Unternehmen innerhalb von Sektoren kann mit deutschen Unternehmensdaten analysiert werden. Dazu wurde die Bundesbank Online-Befragung von Unternehmen (Bundesbank-Online-Panel-Firmen, BOP-F) genutzt.¹⁷⁾ Die Erhebung der fünften Befragungswelle im Mai 2021 enthält Angaben zu Veränderungen von Umsatz, Absatzpreis, Beschäftigten sowie durchschnittlichen Herstellungskosten 2020 im Vergleich zu 2019. Daraus kann die Veränderung der Arbeitsproduktivität der Unternehmen 2020 näherungsweise berechnet und das sektorale Produktivitätswachstum in die Beiträge

Intrasektorale Reallokation stärkte 2020 Produktivität, ...

15 Der intrasektorale Effekt misst das Produktivitätswachstum innerhalb der Sektoren unter der Annahme, dass es zu keinen Änderungen der Beschäftigungsstruktur in der Volkswirtschaft kam. Der Effekt ergibt sich als gewichtete Summe des Produktivitätswachstums der betrachteten Sektoren.

16 Vgl.: Syverson (2011). Eine Analyse auf Basis umfangreicher Unternehmensdatensätze für neun europäische Länder kommt zu dem Schluss, dass die intrasektorale Reallokation von Beschäftigten zwischen bestehenden Unternehmen ein zentraler Faktor für die sektorale Produktivitätsentwicklung in der Zeit von 2007 bis 2016 war, vgl.: Modery et al. (2021).

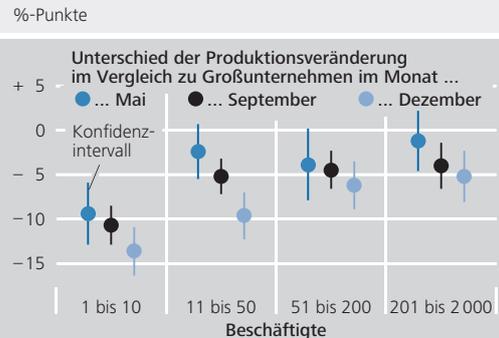
17 BOP-F ist ein Befragungsdatensatz auf Unternehmensebene. Das Forschungszentrum und das Forschungsdaten- und Servicezentrum der Bundesbank führen die Befragung seit Juni 2020 in Kooperation mit dem externen Befragungsunternehmen forsa durch. Die Umfrage besteht aus wiederkehrenden Schlüsselfragen zur wirtschaftlichen Lage der Unternehmen und ihren Erwartungen sowie aus speziellen Modulen, die sich von Quartal zu Quartal unterscheiden und häufig aktuelle Themen aufgreifen.

eines unternehmensspezifischen und eines Reallokationseffekts zerlegt werden.¹⁸⁾ Der unternehmensspezifische Effekt misst das sektorale Produktivitätswachstum, das sich bei gegebener Beschäftigungsstruktur aufgrund von Änderungen der durchschnittlichen Produktivität von Unternehmen des Sektors – zum Beispiel wegen Änderungen der TFP oder der Kapitalintensität – ergeben würde. Der Reallokationseffekt ergibt sich wiederum aus der Summe von Niveau- und Wachstumseffekt. Hierfür sind Änderungen bei Beschäftigungsanteilen von Unternehmen eines Sektors mit unterschiedlichen Produktivitätsniveaus oder unterschiedlicher Produktivitätsdynamik ausschlaggebend. Die Wachstumszerlegung zeigt, dass der unternehmensspezifische Effekt 2020 mit – 4,7 Prozentpunkten stark negativ war. Das bedeutet, dass die pro Kopf gemessene Effizienz im Durchschnitt der Unternehmen während der Pandemie kräftig abnahm. Dahinter steht insbesondere die Nutzung von Kurzarbeit, die es Unternehmen ermöglichte, Beschäftigte trotz hoher Umsatzverluste zu halten. Dem wirkte jedoch die Verschiebung des Beschäftigungsgewichts einzelner Unternehmen etwas entgegen. Der positive Reallokations-Niveaueffekt zeigt, dass produktivere Unternehmen an Bedeutung gewannen, während unterdurchschnittlich produktive Produzenten verloren. Der Reallokations-Wachstumseffekt spielte hingegen kaum eine Rolle. Der Reallokationseffekt insgesamt dämpfte demnach den Rückgang der Arbeitsproduktivität um knapp 1 Prozentpunkt. In der Summe ging die Arbeitsproduktivität nichtsdestotrotz um fast 4 % zurück.

... glich unternehmensspezifischen Produktivitätsrückgang aber nur teilweise aus

Angesichts der geringen Stichprobenzahl von gut 2 000 Unternehmen sind diese Ergebnisse auf Basis des BOP-F recht unsicher. Dennoch passen sie der Größenordnung des Produktivitätsrückgangs nach grob zu jenen der VGR. Die Ergebnisse legen nahe, dass 2020 Reallokationseffekte unter Unternehmen desselben Sektors die Pro-Kopf-Produktivität in Deutschland erhöhten. Dies glich allerdings die größeren unternehmensspezifischen Effizienzeinbußen nicht aus.

Produktionsveränderungen 2020 wegen der Coronavirus-Krise¹⁹⁾



Quelle: Bundesbank-Online-Panel-Firmen (BOP-F, Wellen 1, 3 und 4) und eigene Berechnungen. * Gewichtete Schätzungen berücksichtigen Sektoreffekte. Robuste Standardfehler. Schätzungen basieren auf Angaben für über 10 000 (Mai), über 12 000 (September) oder über 15 000 (Dezember) Unternehmen.

Deutsche Bundesbank

Uneinheitliche Produktionsentwicklung bei Unternehmen desselben Sektors

Die Coronavirus-Krise wirkte sich auch auf Unternehmen unterschiedlicher Größe innerhalb von Sektoren uneinheitlich aus. Dies zeigen weitergehende Schätzungen auf Basis der Wellen 1, 3 und 4 der BOP-F-Umfragedaten für 2020.¹⁹⁾ Demnach war auch bei Berücksichtigung branchenspezifischer Effekte die Produktionsentwicklung von kleineren Unternehmen aufgrund der Coronavirus-Pandemie signifikant schwächer als bei Großunternehmen. Im Umkehrschluss kamen größere Unternehmen im Vergleich zu kleineren Unternehmen des gleichen Sektors signifikant besser durch die Rezes-

Große Unternehmen kamen deutlich besser durch die Pandemie als kleine Firmen desselben Sektors

¹⁸ Die Analyse basiert auf einer Fallzahl von ungefähr 2 000 Unternehmen. Für diese Unternehmen wurden Hochrechnungsfaktoren angesetzt, um aggregierte Entwicklungen abzuschätzen. Die Berechnungen erfolgten in Anlehnung an die Analysen für das Vereinigte Königreich von Bloom et al. (2020). Die gewählte Wachstumszerlegung entspricht jener mit sektoralen Daten. Vgl. Foster et al. (2008) für eine derartige Zerlegung mit Unternehmensdaten.

¹⁹ Die Schätzungen basieren auf folgender Frage nach Produktionsveränderungen aufgrund der unerwarteten Coronavirus-Krise: „In Folge der Corona-Pandemie ist Ihre Produktion/Geschäftstätigkeit gesunken (gestiegen). Wie hoch war der Einbruch (Anstieg) Ihrer Produktion/Geschäftstätigkeit in Folge der Corona-Pandemie im Monat Mai (Welle 1), September (Welle 3) oder Dezember (Welle 4) im Vergleich zu einer „normalen“ Situation, bspw. im Mai (September oder Dezember) 2019?“

Digitalisierung im deutschen Unternehmenssektor seit Ausbruch der Coronavirus-Pandemie

Als eine mögliche positive Folge der Coronavirus-Pandemie wird häufig ein Digitalisierungsschub im Unternehmenssektor genannt.¹⁾ Viele Unternehmen nutzten aufgrund der pandemiebedingten Eindämmungsmaßnahmen und angeordneten Geschäftsschließungen verstärkt mobiles Arbeiten und Online-Vertriebskanäle.²⁾ Daher könnten auch zusätzliche Investitionen in die dafür erforderlichen digitalen Technologien nötig gewesen sein. Bisher für den Unternehmensbereich insgesamt verfügbare Indikatoren der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) weisen indes nicht auf eine Beschleunigung der Digitalisierung in Deutschland hin. So lagen die Bruttoanlageinvestitionen in Software und Datenbanken sowie jene in Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) 2020 gemäß den VGR unter dem Durchschnitt der vorherigen fünf Jahre.³⁾ Andere gesamtwirtschaftliche Indikatoren, welche die Nutzung von Informations-

technologiegütern oder die interne Generierung von eigenen digitalen Lösungen durch den verstärkten Einsatz von IT-Humankapital in den Vordergrund stellen, ergeben teilweise eine optimistischere Einschätzung.⁴⁾ Im europäischen Vergleich lag Deutschland bei der Digitalisierung laut dem breit gefassten DESI-Index bisher nichtsdestotrotz lediglich im Mittelfeld.

Nach Unternehmensgruppen differenzierte Angaben zur Digitalisierung liegen mit dem jüngsten Bundesbank-Online-Panel-Firmen (BOP-F) von April bis Juni 2022 vor. Ihnen zufolge gibt es Hinweise darauf, dass es seit der Pandemie in einigen Bereichen des Unternehmenssektors zu einem Digitalisierungsschub kam.⁵⁾ So investierte etwa die Hälfte der Unternehmen 2020 deutlich mehr in IKT, Hardware sowie Software und Datenbanken als im Vorkrisenjahr. Ein Sechstel beziehungsweise ein Siebtel der Unternehmen gab an, die Investitionen in Hard- beziehungsweise Software um mehr als 10 % gesteigert zu haben. In einigen Dienstleistungsbereichen, wie der Finanz- und Versicherungsbranche sowie im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen, war die Zunahme der Investitionen besonders ausgeprägt. 2021 erhöhte sich der Anteil der Unternehmen mit gestiegenen Investitionen in Hard- und Software weiter und auch das In-

Investitionen in digitale Technologien

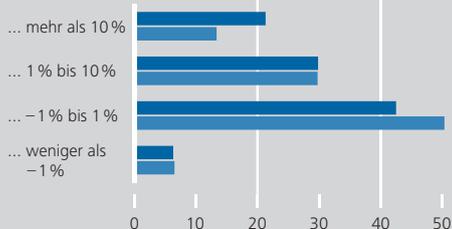
Anteil der Unternehmen in %

Veränderung gegenüber 2019 von ...

IKT-Hardware¹⁾



Software und Datenbanken²⁾



Quelle: Bundesbank-Online-Panel-Firmen (BOP-F). **1** Anteile der Unternehmen, die auf die Frage „Um wie viel Prozent haben sich die Investitionsausgaben Ihres Unternehmens in Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) Hardware (z. B. Notebooks oder Monitore) in den Jahren 2020 und 2021 gegenüber dem Jahr 2019 verändert?“ geantwortet haben. **2** Anteile der Unternehmen, die auf die Frage „Und um wie viel Prozent haben sich die Investitionsausgaben Ihres Unternehmens in Software und Datenbanken in den Jahren 2020 und 2021 gegenüber dem Jahr 2019 verändert?“ geantwortet haben.

Deutsche Bundesbank

¹ Vgl. bspw.: D'Adamo et al. (2021) und OECD (2020).

² Vgl.: Deutsche Bundesbank (2021c) und Institut der Deutschen Wirtschaft (2021).

³ Für Ausrüstungsinvestitionen in Software und Datenbanken fiel der Wert 2021 ebenfalls unterdurchschnittlich aus. Daten für die Investitionen in IKT sind für 2021 noch nicht verfügbar.

⁴ So stieg der zahlenmäßige Anteil von IKT-Spezialisten an den Belegschaften in Deutschland laut dem Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft (DESI) der Europäischen Kommission von 4 % im Jahr 2019 auf 4,7 % im Jahr 2020 an.

⁵ Andere Umfrageergebnisse unter deutschen Unternehmen kommen tendenziell zu ähnlichen Ergebnissen. Vgl. bspw.: Europäische Investitionsbank (2022) und Bellmann et al. (2021). Der Digitalisierungsschub könnte in Deutschland laut den Ergebnissen der Investitions-umfrage der Europäischen Investitionsbank sogar etwas größer ausgefallen sein als im EU-Durchschnitt.

vestitionsvolumen nahm zu. Hierbei ergibt sich auf Unternehmensebene ein enger Zusammenhang zwischen den Investitionen in den beiden Jahren. Es könnte sich also um mehr als einen vorübergehenden Digitalisierungsimpuls in diesen Unternehmen handeln.

Allerdings verbreiteten sich digitale Technologien laut den BOP-F-Ergebnissen nicht in allen Unternehmen gleichermaßen schneller. Eine Aufschlüsselung der Umfrageergebnisse nach Größenklassen zeigt, dass insbesondere große Unternehmen verstärkt in digitale Technologien investierten. Beispielsweise gaben rund vier Fünftel der großen Unternehmen (mit über 200 Beschäftigten) an, vermehrt in Hard- und Software zu investieren. Dagegen lag der Anteil unter den Kleinstunternehmen (mit bis zu zehn Beschäftigten) bei lediglich rund zwei Fünfteln. Darüber hinaus nahmen Investitionen in digitale Technologien in Unternehmen mit Liquiditätsengpässen oder Produktionsrückgängen während der Coronavirus-Pandemie deutlich schwächer zu. Insbesondere diejenigen Unternehmen steigerten 2021 ihre Investitionen in digitale Güter, welche bereits seit Ausbruch der Coronavirus-Pandemie das mobile Arbeiten stärker genutzt hatten als zuvor. Zusammengefasst wurde der digitale Vorsprung großer Unternehmen, welche tendenziell einen höheren Digitalisierungsgrad aufweisen, durch den jüngsten Digitalisierungsschub größer.

Für die Produktivitätswirkungen ergeben die Ergebnisse des BOP-F eine gemischte Bilanz. Auf der einen Seite stützen sie die optimistische Einschätzung, dass der – zumindest etwas mehr als kurzfristige – Digitalisierungsschub im Unternehmenssektor seit Ausbruch der Coronavirus-Pandemie die zukünftige Produktivitätsentwicklung im Durchschnitt stärken könnte. Dabei ist eine offene Frage, wie persistent der Digitalisierungsschub und die damit verbundenen Veränderungen in den Arbeitsprozessen der Unternehmen sein werden.⁶⁾ Auf der anderen Seite berichteten insbesondere große, produktive Unternehmen von höheren Investitionen in digitale Technologien, während sich die Digitalisierung in klei-

Unternehmen mit mehr Investitionen in digitale Technologien 2021 als 2019⁷⁾

Anteil der Unternehmen in %



Quelle: Bundesbank-Online-Panel-Firmen (BOP-F). * Anstieg der Investitionen definiert als Investitionszuwachs von mehr als 1%. Mittelwerte aus Antworten für IKT-Hardware sowie Software und Datenbanken. Die Informationen zum mobilen Arbeiten (Welle 4), zur Auswirkung der Coronavirus-Pandemie (Welle 4) und zum Liquiditätspuffer der Unternehmen (Wellen 9-11) stehen nur für eine Teilmenge der Stichprobe der Wellen 15-17 (Investitionen in digitale Technologien) zur Verfügung.
 Deutsche Bundesbank

neren, weniger produktiven Unternehmen kaum beschleunigte.⁷⁾ Der ungleiche Fortschritt bei der Digitalisierung vergrößerte demnach die digitale Kluft im deutschen Unternehmenssektor. Aufgrund der laut Studien in den vergangenen Jahren verlangsamten Technologiediffusion könnten die gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsgewinne demnach etwas kleiner ausfallen, als dies bei einer gleichmäßigeren Verteilung der zusätzlichen Investitionen in digitale Technologien zu erwarten gewesen wäre.⁸⁾

⁶⁾ Vgl.: Barrero et al. (2021b) und Bick et al. (2022).

⁷⁾ Vgl.: Rückert et al. (2021).

⁸⁾ Vgl.: Akcigit und Ates (im Erscheinen) und Andrews et al. (2016).

Zusammenhang zwischen Beschäftigungswachstum und Arbeitsproduktivität des Vorjahres im Verarbeitenden Gewerbe und Einzelhandel¹⁾

Position	2008/09	2011 bis 2019	2020
Arbeitsproduktivität im Vorjahr ¹⁾	3,58 ^a (0,64)	6,13 ^a (0,62)	3,55 ^a (1,21)
Anzahl Beobachtungen	12 614	54 324	4 863
Anzahl Unternehmen	7 131	9 620	4 863
R ²	0,04	0,06	0,07

Quelle: JANIS und eigene Berechnungen. * Tabelle zeigt Schätzkoeffizienten für den Zusammenhang zwischen Beschäftigungswachstum (in %) und der um ein Jahr verzögerten Arbeitsproduktivität von Kapitalgesellschaften im Verarbeitenden Gewerbe und Einzelhandel. Die Schätzgleichung kontrolliert für Industrie- und Jahr-Effekte sowie das Alter und die Größe der Unternehmen. Schätzungen gewichtet auf Basis mit Hochrechnungsfaktoren. ^a Signifikanz auf 1%-Niveau. ¹ Abweichung der logarithmierten Arbeitsproduktivität vom branchenspezifischen Mittelwert.

Deutsche Bundesbank

sion 2020. Nimmt man zusätzlich mit in den Blick, dass größere Unternehmen im Durchschnitt produktiver sind, passen die Ergebnisse zu den zuvor gezeigten positiven intrasektoralen Reallokationseffekten.²⁰⁾ Größere Unternehmen sind tendenziell stärker digitalisiert und konnten daher beispielsweise Telearbeit schneller sowie effizienter umsetzen und so Umsatzverluste begrenzen (siehe Erläuterungen auf S. 54 f.).²¹⁾ Zudem verfügen sie gewöhnlich über größere finanzielle Möglichkeiten, um Schwächephasen bei der Umsatzentwicklung abzufedern.²²⁾ Diese dürfte sich auch auf Entscheidungen zum Auf- und Abbau von Arbeitsplätzen der Unternehmen ausgewirkt haben.

Wirkungen der Reallokation von Arbeitsplätzen zwischen bestehenden Unternehmen desselben Sektors im Zeitvergleich

Auswertungen eines alternativen Unternehmensdatensatzes zeigen für 2020 ebenfalls positiven intrasektoralen Reallokationseffekt, ...

Intrasektorale Reallokationseffekte zwischen bestehenden Unternehmen können darüber hinaus mit einem alternativen Datensatz, dem JANIS-Datensatz der Bundesbank, der für mehrere Jahre bis 2020 vorliegt, analysiert werden. Somit kann der Zusammenhang zwischen Beschäftigungswachstum und Arbeitsproduktivität

von Unternehmen in der Pandemie mit jenem der Vorkrisenzeit kontrastiert werden. Anhand des JANIS-Datensatzes zeigt sich für 2020 ein positiver Zusammenhang zwischen dem Niveau der Arbeitsproduktivität der Unternehmen im Vorkrisenjahr 2019 und der Beschäftigungsentwicklung im Krisenjahr 2020 unter Berücksichtigung branchenspezifischer Effekte.²³⁾ Demnach haben diejenigen Unternehmen, die vor der Krise zu den produktiveren zählten, 2020 relativ mehr Beschäftigung aufgebaut (oder weniger Beschäftigung abgebaut) als diejenigen Unternehmen, die schon vor der Krise weniger effizient waren. Die Ergebnisse sind im Einklang

²⁰ Vgl.: OECD (2014).

²¹ Vgl.: Europäische Investitionsbank (2022), Kaus et al. (2020) sowie Comin et al. (2022).

²² Vgl. z. B.: Chodorow-Reich et al. (2022). Dettmann et al. (2021) finden zudem, dass Unternehmen in Deutschland mit einer besseren Ertragslage in Vorkrisenjahren weniger stark von der Pandemie betroffen waren.

²³ Der JANIS-Datensatz enthält Jahresabschlüsse deutscher nichtfinanzieller Unternehmen, die der Bundesbank im Rahmen der Bonitätsanalyse zugehen, ergänzt um Abschlüsse aus öffentlichen Quellen (vgl.: Becker et al. (2022)). Es handelt sich um eine nicht repräsentative Unternehmensstichprobe. Dabei variiert die Abdeckung einzelner Sektoren mitunter stark. Hinzu kommt, dass die Angabe zur Mitarbeiterzahl nicht zwingend Teil der Jahresabschlussmeldung ist und daher nur von einem Teil der Unternehmen gemeldet wird. Im Verarbeitenden Gewerbe und im Einzelhandel sind die für die Analyse benötigten Unternehmensinformationen für eine größere Anzahl an Kapitalgesellschaften verfügbar. Um den aggregierten Effekten für die betrachteten Sektoren möglichst nahe zu kommen, werden die Schätzungen mittels Hochrechnungsfaktoren für Umsatzgrößenklassen und Branchen gewichtet.

mit jenen des BOP-F, da sie einen positiven intrasektoralen Reallokations-Niveaueffekt anzeigen.

... der im Vergleich zu Vorkrisenjahren ...

Für einen Zeitvergleich wird die vorherige Schätzung für unterschiedliche Zeiträume durchgeführt. Konkret wird der Zusammenhang zwischen Beschäftigungswachstum und dem Vorjahresniveau der Arbeitsproduktivität auf Unternehmensebene unter Berücksichtigung von weiteren Einflussfaktoren ermittelt.²⁴⁾ Änderungen des geschätzten Zusammenhangs über die Zeit geben Hinweise auf Änderungen beim Ausmaß der produktivitätsfördernden Reallokation, denn sie zeigen an, wie viel stärker produktivere Unternehmen Beschäftigung aufbauen als weniger produktive Unternehmen. Da der Datensatz die Kapitalgesellschaften im Verarbeitenden Gewerbe und Einzelhandel am besten abdeckt, beschränkt sich die Analyse auf diese Bereiche.

... jedoch nicht sonderlich ausgeprägt war und daher keinen starken Cleansing-Effekt nahelegt

Ein Vergleich des für 2020 geschätzten Zusammenhangs mit jenem für die Jahre der Wirtschafts- und Finanzkrise zeigt zwar, dass dieser in beiden Wirtschaftsabschwüngen ungefähr gleich hoch war. Demnach haben Unternehmen mit hohem Produktivitätsniveau im Vorjahr ihr Beschäftigungswachstum während der beiden Krisen ausgeweitet. Der Abstand zur Beschäftigungsänderung von Unternehmen mit niedrigem Produktivitätsniveau betrug dabei jeweils fast 4 Prozentpunkte.²⁵⁾ Der für die zwischen den beiden Krisen liegenden Jahre 2011 bis 2019 ermittelte durchschnittliche Zusammenhang war allerdings merklich größer. In dieser Zeit lag der Unterschied bei den Wachstumsraten zwischen hoch- und wenig produktiven Unternehmen im Mittel bei 6,5 Prozentpunkten. Zwar ist die Schätzunsicherheit gerade für den für 2020 ermittelten Effekt recht hoch. Dennoch legen die Ergebnisse nahe, dass die produktivitätsfördernde Reallokation von Beschäftigten in der Coronavirus-Krise im Vergleich zu krisenfreien Jahren nicht zunahm.²⁶⁾ Ein Cleansing-Effekt ist auf Basis dieser Analyse somit nicht ersichtlich. Hierzu könnten auch die umfangreichen staatlichen Stützungsmaßnahmen beigetragen haben. Möglicherweise schütz-

ten sie einige weniger produktive Unternehmen davor, Beschäftigung stärker abbauen zu müssen.²⁷⁾ Finanzmarktfriktionen dürften die Arbeitsplatzreallokation während der Pandemie dagegen nicht nennenswert beeinträchtigt haben.

Reallokation durch Markteintritte

In Deutschland gehen laut Sachverständigenrat etwa 20 % bis 25 % des Arbeitsplatzauf- und -abbaus auf Betriebsgründungen und -schließungen zurück.²⁸⁾ Neu gegründete, innovative Unternehmen leisten mittelfristig einen wichtigen Beitrag zum Produktivitätswachstum, Beschäftigungsaufbau sowie wirtschaftlichen Strukturwandel. Nach dem rezessionsbedingten Rückgang bei Gewerbeanmeldungen 2020 gab es im vergangenen Jahr eine kräftige Gegenbewegung. So nahmen die Gründungen gegenüber dem Vorjahr um 9,7 % zu. Im Mittel der Jahre 2020 und 2021 überstieg die Zahl der Unternehmensgründungen den durchschnitt-

Betriebsgründungen 2021 ausgesprochen stark angestiegen ...

²⁴ Das Schätzmodell enthält Brancheneffekte, sodass die Variation über Unternehmen innerhalb von Branchen für die Identifikation des Effekts genutzt wird. Arbeitsproduktivität ist definiert als Wertschöpfung je Beschäftigten und geht in das Modell als Abweichung vom jährlichen branchenspezifischen Mittelwert ein. Die Wertschöpfung wird mittels sektoraler Deflatoren preisbereinigt. Darüber hinaus wird in den Schätzungen die Unternehmensgröße (Gesamtvermögen) des jeweiligen Vorjahres, das Unternehmensalter und Jahreseffekte berücksichtigt. Die Wahl der Schätzgleichung erfolgt in Anlehnung an: Foster et al. (2016) sowie Andrews et al. (2021).

²⁵ Für diese Rechnung wurden Unternehmen mit einem Produktivitätsniveau im Vorkrisenjahr von einer Standardabweichung über dem branchenspezifischen Mittel mit Unternehmen mit einem Produktivitätsniveau von einer Standardabweichung unterhalb des Durchschnitts verglichen.

²⁶ Schätzungen für die Vereinigten Staaten und ein Panel europäischer Länder ergeben ebenfalls, dass die Reallokationseffekte in der Wirtschafts- und Finanzkrise zwar positiv, aber nicht sonderlich ausgeprägt waren (vgl.: Foster et al. (2016) sowie Bartelsman et al. (2019)).

²⁷ Vgl.: Boeri und Bruecker (2011). Für eine Evaluation der möglichen Effekte der Stützungsmaßnahmen auf die allokativen Effizienz in Deutschland bedarf es zusätzlicher Daten. Analysen für andere europäische Länder kommen zu dem Schluss, dass Unternehmen mit geringerer Produktivität staatliche Stützungsmaßnahmen tendenziell stärker in Anspruch nahmen. Vgl.: Kozeniauskas et al. (2022) sowie BigHELLI et al. (2022).

²⁸ Vgl.: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2019).

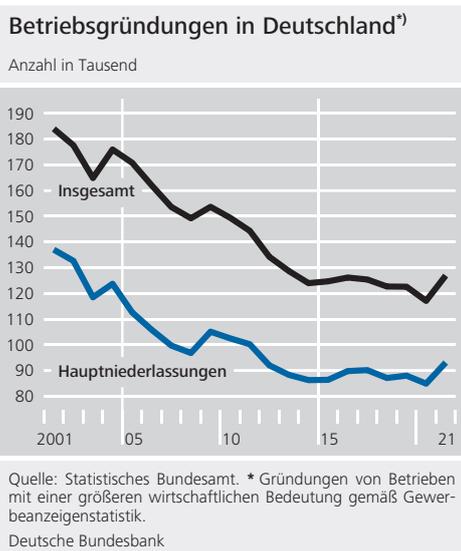
Die Rolle von Unternehmensgründungen in der Coronavirus-Krise für die Wirtschaftsaktivität in Deutschland

Unternehmensgründungen spielen eine wichtige Rolle für die Wachstumsdynamik im Unternehmenssektor. Junge Unternehmen schaffen nicht nur neue Arbeitsplätze.¹⁾ Sie können auch wichtige Beiträge zur Produktivitätsentwicklung leisten, indem sie innovative Produkte auf den Markt bringen, den Wettbewerb stärken und den produktivitätsfördernden Reallokationsprozess im Unternehmenssektor ankurbeln.²⁾ Diese Effekte materialisieren sich gewöhnlich erst nach einer gewissen Zeit, da neu gegründete Unternehmen in der Regel zunächst recht wenige Mitarbeiter beschäftigen und vergleichsweise häufig den Betrieb wieder aufgeben. Diejenigen Start-ups, die es schaffen, sich im Markt zu etablieren, wachsen mitunter jedoch schnell und können so gesamtwirtschaftlich relevante Effekte generieren.³⁾

In den vergangenen zwei Dekaden nahm die Zahl der jährlichen Betriebsgründungen in Deutschland stark ab. Wurden 2002 noch mehr als 132 000 Betriebshauptniederlassungen als Gewerbe angemeldet, waren es

2014 nur noch gut 86 000. Dies entspricht einem Rückgang von 35 %. Danach stabilisierten sich die Anmeldungen. Aber auch im Mittel der Jahre 2015 bis 2019 wurden mit jährlich ungefähr 88 000 Betriebshauptniederlassungen eher wenige Unternehmen gegründet. Die Rezession 2020 drückte die Gründungen zwar auf knapp 85 000 (ein Rückgang von 3,5 % gegenüber dem Vorjahr). Im Folgejahr stiegen sie jedoch kräftig um fast 10 % auf über 93 000 an. Im Mittel der Jahre 2020 und 2021 überstieg die Zahl der Betriebsgründungen damit ihren Vorpandemiestand.

Daraus kann jedoch noch keine Trendwende abgeleitet werden. In der Vergangenheit kam es bereits in einzelnen Jahren zu Gegenbewegungen bei den Betriebsgründungen, ohne dass die Gewerbeanmeldungen danach anhaltend auf einem höheren Niveau verblieben. Zudem gibt es strukturelle Gründe für den Rückgang bei den Gründungszahlen, an denen die Pandemie vermutlich nichts Wesentliches änderte. Sie führten in den vergangenen Jahren auch in anderen Ländern zu Rückgängen. Dazu zählt der demografische Wandel, dem auch Deutschland unterliegt.⁴⁾ In älteren Bevölkerungen hemmen das tendenziell geringere Maß an Kreativität, die höhere durchschnittliche Risikoscheu, eine schrumpfende Erwerbsbevölkerung sowie die eher schlechteren Wachstumsaussichten die Unternehmensgründungen. Die in den letzten zwei Dekaden mitunter langsamere Wissensdiffusion



1 Vgl. z. B.: Haltiwanger et al. (2013).

2 Vgl. z. B.: Aghion et al. (2004), Acemoglu et al. (2018) sowie Haltiwanger et al. (2016).

3 Vgl.: Haltiwanger et al. (2016).

4 Vgl.: Ouimet und Zarutskie (2014), Liang et al. (2018), Emes et al. (2018), Röhe und Stähler (2020), Peters und Walsh (2021) sowie Hopenhayn et al. (2022).

von Marktführern zu den übrigen Unternehmen einer Branche wird als weitere Ursache angeführt.⁵⁾ Sie wird auch mit Änderungen in der Struktur von Märkten und digitalen Technologien in Verbindung gebracht. Sie erschwert es jungen Unternehmen, zu Marktführern aufzuschließen, und mindert dadurch Anreize für Gründungen.

Die Resilienz der Unternehmensgründungen in Deutschland während der Pandemie könnte größere Wertschöpfungsverluste verhindert haben und dürfte die Arbeitsproduktivität in der mittleren Frist stützen.⁶⁾ Denn ohne den raschen Ausgleich der kurzzeitig geringeren Markteintritte von Unternehmen zu Beginn der Pandemie würde die

5 Vgl.: Akcigit und Ates (im Erscheinen), Andrews et al. (2016) sowie Calvino et al. (2020).

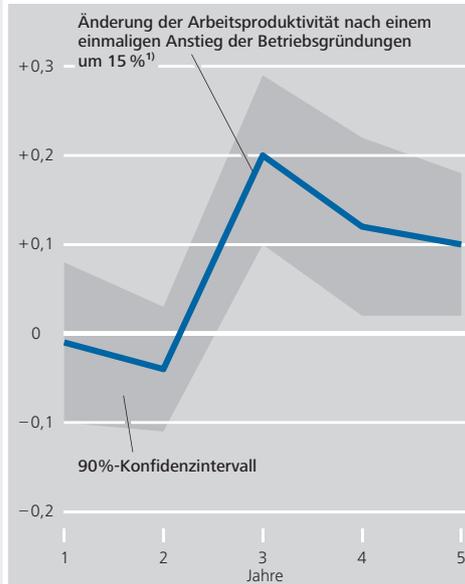
6 Ein starker Rückgang bei Unternehmensgründungen kann Wertschöpfungsverluste in Krisen verstärken und zudem die Erholung verlangsamen. Vgl.: Clementi und Palazzo (2016).

7 Vgl.: Jordà (2005) sowie Gourio et al. (2016). Die Schätzgleichung lautet: $y_{i,t+k} = \gamma^k g_{i,t} + \delta^k x_{i,t} + \alpha_i^k + \alpha_{r,t}^k + \varepsilon_{i,t}^k$, wobei i einer NUTS-3-Region (bzw. einem Kreis), r einer NUTS-2-Region (in der Regel einem Regierungsbezirk) und t einem Jahr entspricht. $y_{i,t+k}$ ist die abhängige Variable (BIP, Beschäftigung oder Arbeitsproduktivität) zum Zeitpunkt $t+k$, und $g_{i,t}$ steht für die Veränderung der logarithmierten Betriebsgründungen. $x_{i,t}$ enthält Kontrollvariablen für die Jahre t und $t-1$; diese umfassen die abhängige Variable sowie die Bevölkerung, das BIP, die Partizipationsrate, die Baulandpreise sowie den Wertschöpfungsanteil des Verarbeitenden Gewerbes in Kreis i . Mit Ausnahme der lokalen Partizipationsrate, die von der OECD bezogen wurde, stammen alle Daten von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder. α_i^k und $\alpha_{r,t}^k$ sind fixe Kreis- bzw. Regierungsbezirk-Jahr-Effekte. Fixe Kreiseffekte berücksichtigen zeitkonstante, unbeobachtete Unterschiede zwischen den Kreisen. Fixe Regierungsbezirk-Jahr-Effekte berücksichtigen unbeobachtete, jährliche Schocks auf der NUTS-2-Ebene. Sie spiegeln z. B. regionale Nachfrage- oder Angebotschocks wider. Da auf Kreisebene nur Informationen für das nominale BIP vorliegen, kontrollieren sie zudem für unbeobachtete Preisentwicklungen auf Ebene der Regierungsbezirke. Eine der Analyse zugrundeliegende Annahme ist, dass Preisentwicklungen von Kreisen innerhalb der Regierungsbezirke ähnlich verlaufen bzw. mögliche Unterschiede durch die übrigen Kontrollvariablen weitgehend aufgefangen werden. Die Schätzungen erfolgen auf Basis von Daten für 2010 bis 2019. Das erste und das letzte Perzentil des Wachstums von Betriebsgründungen wurden winsorisiert.

8 Vgl. auch: Sachverständigenrat (2019) für eine Analyse mit Regionaldaten zu dieser Frage.

Geschätzter Zusammenhang von Betriebsgründungen und Arbeitsproduktivität⁷⁾

Abweichung von der Basislinie in %



Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, OECD und eigene Berechnungen. * Impuls-Antwort auf Basis des Schätzmodells der lokalen Projektionen (Jordà, 2005). Standardfehler auf Kreisebene gedulstert. 1 Dies entspricht einer Standardabweichung der Veränderung der Betriebsgründungen. Deutsche Bundesbank

Arbeitsproduktivität in den kommenden Jahren wohl niedriger sein. In Anlehnung an eine Studie von Gourio et al. (2016) für die Vereinigten Staaten kann für Deutschland die Bedeutung von Betriebsgründungen für die wirtschaftliche Entwicklung grob abgeschätzt werden. Dazu werden Daten der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder zu Betriebsgründungen, Bruttoinlandsprodukt (BIP) und Erwerbstätigen auf Kreisebene genutzt. Neben Gründungen von Hauptniederlassungen werden auch jene von Zweigniederlassungen oder unselbstständigen Zweigstellen berücksichtigt, da auch sie für die lokale Wirtschaft von Bedeutung sein können. Ein Schätzmodell der lokalen Projektionen zeigt, wie sich das lokale BIP beziehungsweise die lokale Arbeitsproduktivität nach einem Anstieg der lokalen Betriebsgründungen entwickeln.⁷⁾ Dabei werden verschiedene weitere Einflussfaktoren berücksichtigt.⁸⁾

Der geschätzte Effekt eines Anstiegs der Betriebsgründungen auf das BIP liegt in den ersten beiden Jahren bei null und ist statistisch nicht signifikant. Erst danach entsteht ein signifikanter positiver Zusammenhang. Dieses Ergebnis spiegelt den verzögert eintretenden, aber spürbaren Effekt von Markteintritten auf das Wirtschaftsgeschehen wider. Hingegen ist der geschätzte Einfluss des Anstiegs der Betriebsgründungen auf die lokale Erwerbstätigkeit durchgehend klein und statistisch nicht signifikant. Dies könnte damit zusammenhängen, dass Start-ups tendenziell Beschäftigte von anderen Unternehmen abwerben beziehungsweise freigesetzte Beschäftigte einstellen, bevor sich diese arbeitslos melden oder den Arbeitsmarkt verlassen. Dies passt zur These, dass Gründungen den Reallokationsprozess im Unternehmenssektor fördern. Für die Arbeitsproduktivität ergibt sich also ein ähnliches Bild wie für das BIP. Der Effekt tritt ab dem dritten Jahr auf und liegt in der

Spanne von 0,1 % bis 0,2 %. Der Rückgang der Unternehmensgründungen 2020 führt demnach drei Jahre später für sich genommen zu einmaligen Einbußen am Wachstum der Arbeitsproduktivität von weniger als 0,1 Prozentpunkten. Dieser Effekt ist zwar überschaubar. Im Vergleich zum durchschnittlichen Wachstum der realen Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in Deutschland von ungefähr 0,6 % in den Jahren 2011 bis 2019 ist er jedoch auch nicht vernachlässigbar. Die anschließende starke Erholung der Gründungen im Jahr 2021 gleicht den Ergebnissen zufolge diesen Effekt jedoch mit einjähriger Verzögerung ohnehin mehr oder weniger aus.⁹⁾

⁹⁾ Diese Überschlagsrechnungen berücksichtigen nicht die sektorale Struktur der Betriebsgründungen.

lichen Vorkrisenstand der Jahre 2018 und 2019 immerhin um 1,7 %. Die Betriebsgründungen trotzten daher nicht nur dem Gegenwind der Pandemie, sondern legten sogar merklich zu. Aufgrund der gewöhnlich zunächst geringen Mitarbeiterzahl von Start-ups dürften sich die Ausschläge bei der Zahl der Gründungen während der Pandemie unter dem Strich dennoch kaum auf die Produktivität ausgewirkt haben. Mittelfristig könnte die gestiegene Anzahl von Start-ups die Produktivität jedoch stärken (siehe Erläuterungen auf S. 58 ff.).

... unter anderem aufgrund vermehrter Gründungen im Bereich wissensbasierter Dienstleistungen

Auch die sektorale Struktur der Betriebsgründungen in den vergangenen beiden Jahren verbesserte den Ausblick für die Produktivitätsentwicklung. Denn sie spiegelt den durch die Pandemie beschleunigten Strukturwandel hin zu wissensbasierten Dienstleistungen wider. So gab es einen kräftigen Anstieg der Gründungen im Informations- und Kommunikationssektor. Dahinter steht vor allem der Anstieg im Bereich der Dienstleistungen für Informationstechnolo-

gien 2021 von über 20 % im Vergleich zum Vorkrisenjahr 2019. Zudem nahmen die Gründungen im Bereich der wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen (insb. von Beratungsunternehmen) sowie der Finanz- und Versicherungsdienstleistungen stark zu. Dies sind ebenfalls vergleichsweise produktive Sektoren.²⁹⁾ Gleichzeitig stiegen aber auch in einigen rechnerisch weniger produktiven Bereichen die Gründungszahlen pandemiebedingt beträchtlich. Dies gilt etwa für den Einzelhandel, den Verkehrssektor (u. a. wegen des starken Anstiegs bei den Expressdiensten) sowie das Gesundheits- und Sozialwesen. Hingegen gingen die Gewerbeanmeldungen in anderen weniger wissensintensiven und produktiven Sektoren wie dem Bausektor und dem Gastgewerbe gegenüber dem Vorkrisenjahr deutlich zurück.

²⁹⁾ Die Anzahl an Betriebsgründungen in der ebenfalls relativ produktiven Industrie sank wie schon in den Vorkrisenjahren.

Reallokation durch Unternehmensinsolvenzen oder Betriebsaufgaben

Insolvenzen 2020 und 2021 stark rückläufig, ...

Die Unternehmensinsolvenzen gingen sowohl 2020 als auch 2021 mit Vorjahresänderungsraten von –15,5 % beziehungsweise –11,7 % stark zurück.³⁰⁾ Staatliche Stützungsmaßnahmen und die zeitweise Aussetzung der Insolvenzantragspflicht trugen wesentlich dazu bei.³¹⁾ Die Folgen für die Produktivitätsentwicklung hängen dabei davon ab, welche Arten von Unternehmen vor der Insolvenz geschützt wurden. Allgemein dürfte sich der Erhalt grundsätzlich profitabler Unternehmen, die durch die Pandemie unverschuldet in Schieflage gerieten, positiv auf die gesamtwirtschaftliche Produktivität auswirken. Denn er schützt produktive Jobs und produktives Kapital. Insbesondere Wissenskapital wie etwa über Produktion und Nachfrage, Unternehmenskultur oder Beziehungen zu Kunden und Finanzinstituten gingen ansonsten größtenteils verloren.³²⁾ Sollten hingegen überwiegend wenig produktive Unternehmen von den Stützungsmaßnahmen profitiert haben, die ohne Ausbruch der Pandemie aufgegeben hätten, dann wären die Auswirkungen auf die aggregierte Produktivität eindeutig schlecht.

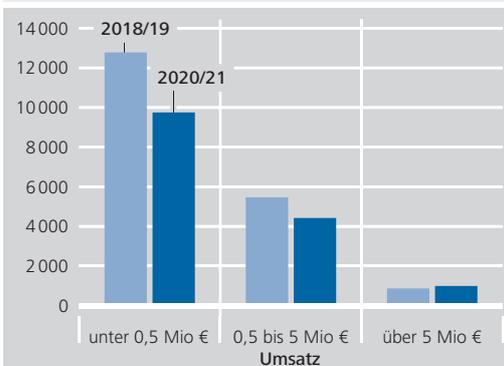
... vor allem unter Kleinstunternehmen

Auswertungen zeigen, dass Insolvenzen insbesondere unter Kleinstunternehmen während der Pandemie stark abnahmen.³³⁾ Dies waren tendenziell Unternehmen mit unterdurchschnittlicher Produktivität. Es gibt Hinweise darauf, dass diese Unternehmen mitunter von Mitnahmeeffekten profitierten.³⁴⁾ Das heißt, dass in diesem Bereich manche Unternehmen in den Genuss von Stützungsmaßnahmen kamen, die bereits vor der Pandemie Finanzierungsprobleme hatten und ohne die Stützungsmaßnahmen 2020 wohl Insolvenz angemeldet hätten. Aufgrund der geringen Unternehmensgröße dürften die Folgen für die aggregierte Produktivitätsentwicklung jedoch überschaubar sein.³⁵⁾

Viele Unternehmen, die den Betrieb aufgeben, sind nicht in ein Insolvenzverfahren verwickelt. Darüber hinaus bedeutet ein Insolvenzverfahren

Unternehmensinsolvenzen nach Umsatzgrößenklassen^{*)}

Anzahl (Zweijahresdurchschnitt)



Quelle: Creditreform. * Angaben beruhen teilweise auf geschätzten Umsatzzahlen (vgl.: Creditreform (2019, 2020, 2021)).

Deutsche Bundesbank

nicht notwendigerweise, dass ein Unternehmen aus dem Markt ausscheidet. Somit sind Betriebsaufgaben mit Blick auf Reallokationseffekte von besonderer Bedeutung. Aber auch bei den Gewerbeabmeldungen gab es 2020 mit –13,6 % einen kräftigen Rückgang, und 2021 blieb die Zahl der vollständigen Betriebsaufgaben auf dem gedrückten Vorjahresstand. Dabei gingen in fast allen Sektoren die Geschäftsaufgaben zurück. Allein das Gastgewerbe und der Handel zeichneten für die Hälfte des zahlenmäßigen Rückgangs der Gewerbeabmeldungen verantwortlich. Unternehmen in diesen Sektoren waren stark von den Eindämmungsmaßnahmen der Coronavirus-Pandemie betroffen und profitierten daher auch überproportional von Stützungsmaßnahmen. Insofern könnte es insbesondere in diesen Sektoren

Betriebsaufgaben im Gastgewerbe und Handel stark rückläufig

³⁰ Seit der Finanz- und Wirtschaftskrise hatten die Insolvenzzahlen kontinuierlich abgenommen (im Durchschnitt um jährlich fast 6 % zwischen 2011 und 2019). Im Krisenjahr 2009 hatten sie hingegen um 11,6 % zugelegt.

³¹ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2021b).

³² Guerrieri et al. (2022) zeigen in einem theoretischen Rahmen zudem, dass ein Anstieg von Marktaustritten infolge eines asymmetrischen, negativen Schocks wie der Coronavirus-Pandemie eine Rezession verschärfen kann.

³³ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2021b) sowie Creditreform (2019, 2020 und 2021).

³⁴ Vgl.: Dörr et al. (2022).

³⁵ Studien für Frankreich und Italien finden keine Belege dafür, dass die Coronavirus-Pandemie zu einem breiten Anstieg von Zombie-Unternehmen oder einer überproportionalen Nutzung der Stützungsmaßnahmen durch Zombie-Unternehmen führte. Vgl.: Cros et al. (2021) sowie Pelosi et al. (2021).

noch zu verzögerten Marktaustritten kommen, wenn die staatliche Unterstützung vollständig ausläuft. Dadurch könnten noch gewisse produktivitätsstärkende Effekte entstehen.

■ Fazit

Die Coronavirus-Pandemie wirkte sich sehr unterschiedlich auf die Bereiche des deutschen Unternehmenssektors aus. Dies zeigt sich an der starken Streuung des Wachstums von Wertschöpfung und Umsätzen in den vergangenen beiden Jahren. Die Streuung beim Beschäftigungswachstum war zwar nicht ganz so ausgeprägt. Sie legte gegenüber den Jahren vor der Pandemie dennoch zu. Allerdings erwachsen aus den Verschiebungen der Beschäftigungsanteile zwischen den Sektoren keine nennenswerten Produktivitätseffekte. Hingegen legen Analysen mit Unternehmenseinzeldaten nahe, dass die Reallokation von Arbeitsplätzen zwischen Unternehmen innerhalb desselben Sektors während der Pandemie die Produktivitätsentwicklung stützte. Dennoch ging die Arbeitsproduktivität je Beschäftigten insgesamt zurück.

Im Vergleich mit der Vorkrisenzeit waren diese produktivitätsstützenden Reallokationseffekte nicht sonderlich stark ausgeprägt. Dazu passt, dass die Zahl der Unternehmensinsolvenzen und

Betriebsaufgaben in den vergangenen beiden Jahren unter Kleinunternehmen, die gewöhnlich eine höhere Krisenanfälligkeit und geringere Produktivität aufweisen, stark zurückgingen. Zudem nahmen die Betriebsaufgaben vor allem im von der Pandemie stark betroffenen, rechnerisch wenig produktiven Gastgewerbe und Einzelhandel kräftig ab. In der Gesamtschau löste die Pandemie in Deutschland daher keinen ausgeprägten Cleansing-Effekt aus.

Staatliche Stützungsmaßnahmen dürften dafür eine wichtige Rolle gespielt haben. Die abschließende Einschätzung dieser Maßnahmen mit Blick auf Produktivitätseffekte steht zwar noch aus. Jedoch lässt sich sagen, dass diese Hilfen an Unternehmen in Abhängigkeit von Einfluss der Pandemie und Finanzierungsbedarf vergeben wurden, während Aspekte wie Profitabilität der Unternehmen eine untergeordnete Rolle spielten.³⁶⁾ Ziel der Maßnahmen war es nämlich, diejenigen Unternehmen, die unverschuldet durch die Pandemie in Bedrängnis gerieten, zu stützen. Dies scheint größtenteils gelungen. Dadurch dürfte produktives Kapital erhalten und systemische Risiken abgewendet worden sein. Allerdings verhinderten die staatlichen Hilfen möglicherweise zum Teil stärkere produktivitätsfördernde Reallokationseffekte.

³⁶ Vgl.: Dörr et al. (2022).

Reallokation innerhalb der Sektoren wirkte Produktivitätsrückgang entgegen

Cleansing-Effekt der Rezession ausgeblieben

Staatlichen Hilfen standen produktivitätsfördernden Reallokationseffekten entgegen

■ Literaturverzeichnis

Acemoglu, D., U. Akcigit, N. Bloom und W. Kerr (2018), Innovation, reallocation and growth, *American Economic Review*, Vol. 108 (11), S. 3450–3491.

Aghion, P., R. Blundell, R. Griffith, P. Howitt und S. Prantl (2004), Entry and productivity growth: Evidence from microlevel panel data, *Journal of the European Economic Association*, Vol. 2 (2-3), S. 265–276.

Akcigit, U. und S. Ates (im Erscheinen), What happened to U.S. business dynamism, *Journal of Political Economy*.

Anayi, L., J.M. Barrero, N. Bloom, P. Bunn, S. Davis, J. Leather, B. Meyer, E. Mihaylov, P. Mizen und G. Thwaites (2021), Labour market reallocation in the wake of Covid-19, VOXEU-Beitrag vom 13. August 2021.

Andrews, D., A. Charlton, A. Moore (2021), Covid-19, productivity and reallocation: Timely evidence from three OECD countries, OECD Economics Department Working Paper, Nr. 1676.

Andrews, D., C. Criscuolo und P. Gal (2016), The best versus the rest: The global productivity slow-down, divergence across firms and the role of public policy, OECD Productivity Working Papers, Nr. 2016-15.

Anzoategui, D., D. Comin, M. Gertler und J. Martinez (2019), Endogenous technology adoption and R&D as sources of business cycle persistence, American Economic Journal: Macroeconomics, Vol. 11 (3), S. 67–110.

Bachmann, R., C. Bayer, C. Merkl, S. Seth, H. Stüber und F. Welschmied (2021), Worker churn in the cross section and over time: New evidence from Germany, Journal of Monetary Economics, Vol. 117 (C), S. 781–797.

Barlevy, G. (2003), Credit market frictions and the allocation of resources over the business cycle, Journal of Monetary Economics, Vol. 50 (8), S. 1795–1818.

Barrero, J. M., N. Bloom, S. J. Davis und B. H. Meyer (2021a), COVID-19 is a persistent reallocation shock, AEA Papers and Proceedings, Vol. 111, S. 278–291.

Barrero, J. M., N. Bloom und S. J. Davis (2021b), Why working from home will stick, NBER Working Paper, Nr. 29731.

Bartelsman, E., J. Haltiwanger und S. Scarpetta (2013), Cross-country differences in productivity: The role of allocation and selection, American Economic Review, Vol. 103 (1), S. 305–334.

Bartelsman, E., P. Lopez-Garcia und G. Presidente (2019), Labour reallocation in recession and recovery: Evidence for Europe, National Institute Economic Review, Vol. 247 (1), S. R32–R39.

Becker, T., E. Biewen, S. Schultz, und M. Weisbecker (2022), Individual financial statements of non-financial firms 1997–2021 (JANIS), Deutsche Bundesbank Data Report 2022-10 – Metadata Version 9.

Bellmann, L., P. Bourgeon, C. Gathmann, C. Kagerl, D. Marguerit, L. Martin, L. Pohlen und D. Roth (2021), Digitalisierungsschub in Firmen während der Corona-Pandemie, Wirtschaftsdienst, Vol. 101, S. 713–718.

Bick, A., A. Blandin und K. Mertens (2022), Work from home before and after the COVID-19 outbreak, Federal Reserve Bank of St. Louis Working Papers, Nr. 2022-008.

Bighelli, T., T. Lalinsky und J. Vanhala (2022), Covid-19 pandemic, state aid and firm productivity, Bank of Finland Research Discussion Paper, Nr. 1/2022.

Bloom, N., P. Bunn, P. Mizen, P. Smietanka und G. Thwaites (2020), The impact of Covid-19 on productivity, NBER Working Paper, Nr. 28233.

Boeri, T. und H. Bruecker (2011), Short-time work benefits revisited: some lessons from the Great Recession, Economic Policy, Vol. 26 (68), S. 699–765.

Caballero, R. J. und M. L. Hammour (2005), The cost of recessions revisited: A reverse-liquidationist view, *The Review of Economic Studies*, Vol. 72 (2), S. 313–341.

Caballero, R. J. und M. L. Hammour (1994), The cleansing effect of recessions, *American Economic Review*, Vol. 84 (5), S. 1350–1368.

Calvino, F., C. Criscuolo und R. Verlhac (2020), Declining business dynamism: structural and policy determinants, *OECD Science, Technology and Innovation Policy Papers*, Nr. 94.

Chodorow-Reich, G., O. Darmouni, S. Luck und M. Plosser (2022), Bank liquidity provision across the firm size distribution, *Journal of Financial Economics*, Vol. 144, S. 908–932.

Clementi, G. L. und B. Palazzo (2016), Entry, exit, firm dynamics, and aggregate fluctuations, *American Economic Journal*, Vol. 8 (3), S. 1–41.

Comin, D. A., M. Cruz, X. Cirera, K. M. Lee und J. Torres (2022), Technology and resilience, *NBER Working Paper*, Nr. 29644.

Creditreform (2021), Insolvenzen in Deutschland, Jahr 2021, *Creditreform Wirtschaftsforschung*, Dezember 2021.

Creditreform (2020), Insolvenzen in Deutschland, Jahr 2020, *Creditreform Wirtschaftsforschung*, Dezember 2020.

Creditreform (2019), Insolvenzen in Deutschland, Jahr 2019, *Creditreform Wirtschaftsforschung*, Dezember 2019.

Cros, M., A. Epaulard und P. Martin (2021), Will Schumpeter catch Covid-19?, *CEPR Discussion Paper*, Nr. DP15834.

D’Adamo, D., M. Bianchi und L. Granelli (2021), Digitalisation and beyond: The COVID-19 pandemic and productivity growth in G20 countries, *European Economy – Economic Briefs 067*, Directorate General Economic and Financial Affairs (DG ECFIN), European Commission.

Decker, R. A., J. Haltiwanger, R. S. Jarmin und J. Mirande (2017), Declining dynamism, allocative efficiency, and the productivity slowdown, *American Economic Review*, 107(5), S. 322–326.

Dettmann, E., A. Diegmann, M. Mertens, S. Müller, V. Plümpe, U. Leber und B. Schwengler (2021), Die deutsche Wirtschaft in der Pandemie. *IAB-Forschungsbericht*, Nr. 11/2021.

Deutsche Bundesbank (2021a), Zur Verlangsamung des Produktivitätswachstums im Euroraum, *Monatsbericht*, Januar 2021, S. 15 ff.

Deutsche Bundesbank (2021b), Unternehmensinsolvenzen in Deutschland während der Coronavirus-Krise, *Monatsbericht*, Dezember 2021, S. 47 ff.

Deutsche Bundesbank (2021c), Zur Nutzung des mobilen Arbeitens und dessen Einfluss auf die Arbeitsproduktivität, *Monatsbericht*, Oktober 2021, S. 55 f.

Dörr, J. O., G. Licht und S. Murmann (2022), Small firms and the COVID-19 insolvency gap, *Small Business Economics*, Vol. 58, S. 887–917.

Emes, J., T. Jackson und S. Globerman (2018), Small business entry rates, demography, and productivity performance in selected developed countries, in: S. Globerman und J. Clemens, *Demographics and entrepreneurship: Mitigating the effects of an aging population*, Kapitel 3, S. 77–109.

Europäische Investitionsbank (2022), *Digitalisation in Europe 2021–2022: Evidence from the EIB Investment Survey*.

Foster, L., C. Grim und J. Haltiwanger (2016), Reallocation in the Great Recession: Cleansing or Not?, *Journal of Labor Economics*, Vol. 34 (S1), S. 293–331.

Foster, L., J. Haltiwanger und C. Syverson (2008), Reallocation, firm turnover, and efficiency: Selection on productivity or profitability?, *American Economic Review*, Vol. 98 (1), S. 394–425.

Giupponi, G. und C. Landais (2019), Subsidising labour hoarding in recessions: New evidence from Italy's Cassa Integrazione, *VOXEU-Beitrag vom 29. Januar 2019*.

Gourio, F., T. Messer und M. Siemer (2016), Firm entry and macroeconomic dynamics: A state-level analysis, *American Economic Review*, Vol. 106 (5), S. 214–218.

Guerrieri, V., G. Lorenzoni, L. Straub und I. Werning (2022), Macroeconomic implications of COVID-19: Can negative supply shocks cause demand shortages?, *American Economic Review*, Vol. 112 (5), S. 1437–1474.

Haltiwanger, J. C., H. R. Hyatt, E. McEntarfer und M. Staiger (2021), *Cyclical worker flows: Cleansing versus sullyng*, NBER Working Paper, Nr. 28802.

Haltiwanger, J., R. S. Jarmin, R. Kulick und J. Miranda (2016), High growth young firms: Contribution to job, output, and productivity growth, in: *Measuring entrepreneurial businesses: current knowledge and challenges*, National Bureau of Economic Research, S. 11–62.

Haltiwanger, J., R. S. Jarmin und J. Miranda (2013), Who creates jobs? Small versus large versus young, *The Review of Economics and Statistics*, Vol. 95 (2), S. 347–361.

Hopenhayn, J. Neira und R. Singhanian (2022), From population growth to firm demographics: Implications for concentration, entrepreneurship and the labor share, *Econometrica*, Vol. 90 (4), S. 1879–1914.

Institut der Deutschen Wirtschaft (2021), *Die Effekte der Corona-Pandemie auf den Onlinehandel in Deutschland*, IW-Kurzbericht, Nr. 87/2021.

Jordà, Ò (2005), Estimation and inference of impulse responses by local projections, *American Economic Review*, Vol. 95 (1), S. 161–182.

Kaus, W., V. Slavtchev und M. Zimmermann (2020), Intangible capital and productivity: Firm-level evidence from German manufacturing, *IWH Discussion Papers*, Nr. 1/2020.

Kehrig, M. (2015), The cyclical nature of the productivity distribution, Mimeo.

Kozeniauskas, N., P. Moreira und C. Santos (2022), On the cleansing effect of recessions and government policy: Evidence from Covid-19, *European Economic Review*, Vol. 144 (C), S. 1–23.

Liang, J., H. Wang und E. Lazear (2018), Demographics and entrepreneurship, *Journal of Political Economy*, Vol. 126 (S1), S. 140–196.

Modery, W., M.T. Valderrama, P. Lopez-Garcia et al. (2021), Key factors behind productivity trends in EU countries, *European Central Bank Occasional Paper Series*, Nr. 268.

OECD (2020), Digital transformation in the age of COVID-19: Building resilience and bridging divides, *Digital Economy Outlook 2020 Supplement*.

OECD (2018), *OECD compendium of productivity indicators 2018*, OECD Publishing.

OECD (2014), *Entrepreneurship at a Glance 2014*, OECD Publishing.

Osootimehin, S. und F. Pappadà (2017), Credit frictions and the cleansing effect of recessions, *The Economic Journal*, Vol. 127 (602), S. 1153–1187.

Ouimet, P. und R. Zarutskie (2014), Who works for startups? The relation between age, employee age, and growth, *Journal of Financial Economics*, Vol. 112 (3), S. 386–407.

Pelosi, M., G. Rodano und E. Sette (2021), Zombie firms and the take-up of support measures during Covid-19, *Banca d'Italia Occasional Papers*, Nr. 650.

Peters, M. und C. Walsh (2021), Population growth and firm dynamics, *NBER Working Papers*, Nr. 29424.

Röhe, O. und N. Stähler (2020), Demographics and the decline in firm entry: Lessons from a life-cycle model, *Diskussionspapier der Deutschen Bundesbank*, Nr. 15/2020.

Rückert, D., R. Veugelers, A. Virginie, und C. Weiss (2021), Covid-19 and the corporate digital divide, in: *The Great Reset: 2021 European Public Investment Outlook*, F. Cerniglia, F. Saraceno und A. Watts (eds.), Cambridge: Open Book Publishers.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2019), *Den Strukturwandel meistern, Jahresgutachten 2019/20*.

Schmidt, J. (2021), Arbeitskräftefluktuaton im Jahr 2020: Pandemie hinterlässt Spuren, *IW-Kurzbericht*, Nr. 82/2021.

Schumpeter, J.A. (1934), *The Theory of Economic Development*, Harvard University Press.

Syverson, C. (2011), What determines productivity?, *Journal of Economic Literature*, Vol. 49 (2), S. 326–365.

Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2021

Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute hat sich im Jahr 2021 gegenüber dem Vorjahr stark verbessert. Der Jahresüberschuss vor Steuern stieg um 12,8 Mrd € und erreichte mit 27,1 Mrd € fast das Doppelte des Vorjahreswertes. Er lag damit erstmals seit 2017 weit oberhalb des langfristigen Mittels von 18,0 Mrd €.

Drei Viertel des Anstiegs resultierten aus einem im Jahresvergleich um gut 70 % reduzierten Netto-Bewertungsaufwand. Vor dem Hintergrund einer kräftigen gesamtwirtschaftlichen Erholung und da die zu Beginn der Coronavirus-Pandemie befürchteten Kreditausfälle ausblieben, bildeten die deutschen Banken deutlich weniger Risikovorsorge als im Vorjahr und lösten im Jahr 2020 gebildete Risikovorsorge teilweise wieder auf. Der Anstieg der operativen Erträge um rund 5 % trug zwar ebenfalls wesentlich zur Verbesserung des Jahresüberschusses vor Steuern bei. Er war allerdings nur etwas mehr als halb so bedeutend wie der Rückgang des Netto-Bewertungsaufwands. Belastet wurde der Jahresüberschuss vor Steuern dagegen durch einen Anstieg der Verwaltungsaufwendungen gegenüber dem Jahr 2020 um rund 6 %. Dies führte trotz gestiegener operativer Erträge zu einer leichten Verschlechterung der Wirtschaftlichkeit: Die Aufwand-Ertrags-Relation der deutschen Kreditinstitute stieg im Berichtsjahr um 0,6 Prozentpunkte auf 72,9 %.

Bei den operativen Erträgen war der Provisionsüberschuss im Jahr 2021 der Haupttreiber des Wachstums. Mit einem Anstieg um rund 18 % baute er zudem seine Bedeutung als zweitwichtigste Ertragsquelle der deutschen Kreditinstitute weiter aus. Der Zinsüberschuss als nach wie vor wichtigste Ertragsquelle verzeichnete zwar erstmals seit dem Jahr 2018 einen leichten Zuwachs um 1,4 %. Sein Anteil an den operativen Erträgen verringerte sich im Berichtsjahr jedoch abermals. Allerdings gelang es den Instituten, den erneuten Rückgang der Zinserträge durch stärker reduzierte Zinsaufwendungen mehr als auszugleichen. Darüber hinaus trug auch das Handelsergebnis mit einer Verbesserung um rund 40 % zum Anstieg der operativen Erträge bei, wogegen sich das sonstige betriebliche Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr um mehr als zwei Drittel verschlechterte. Das Handelsergebnis sowie das sonstige betriebliche Ergebnis waren als Ertragsquellen aber weiterhin nur von untergeordneter Bedeutung.

Im laufenden Jahr belasten insbesondere die Auswirkungen des Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und weltweit. Dadurch erhöht sich die Wahrscheinlichkeit für Kreditausfälle sowohl bei nichtfinanziellen Unternehmen als auch bei privaten Haushalten, was die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute belasten könnte. Vor dem Hintergrund deutlich gestiegener Inflationserwartungen hat zudem die Europäische Zentralbank (EZB) ihren geldpolitischen Kurs geändert und das Ende des Negativzinsumfelds eingeleitet. Das steigende Zinsniveau könnte die Ertragslage der deutschen Banken kurzfristig zwar belasten. Mittelfristig dürften sich allerdings die ertragssteigernden Effekte der geldpolitischen Normalisierung stützend auf die Ertragsentwicklung der deutschen Institute auswirken.

Geschäftsumfeld und strukturelle Entwicklungen im deutschen Bankensektor

Die deutschen Kreditinstitute standen im Jahr 2021 erneut einem herausfordernden Marktumfeld gegenüber, das weiterhin durch die Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie und das andauernde Negativzinsumfeld geprägt war. Die befürchteten Kreditausfälle traten jedoch nicht ein. Eine insgesamt kräftige gesamtwirtschaftliche Erholung in Verbindung mit umfangreichen geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen trug dazu bei, dass das deutsche Bankensystem das Berichtsjahr besser als erwartet abschloss und seine Funktionen weiterhin uneingeschränkt erfüllte.¹⁾

Gesamtwirtschaftliches Umfeld

Geschäftsumfeld weiterhin durch Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie geprägt

Nach dem starken Einbruch im Vorjahr legte die Wirtschaftsleistung in Deutschland im Jahr 2021 kräftig zu. Trotz eines Wachstums um 2,9 % unterschritt das Bruttoinlandsprodukt das Vorkrisenniveau des Jahres 2019 aber noch deutlich.²⁾ Insbesondere die Industrie litt unter Lieferengpässen bei Vorprodukten und konnte dadurch Wachstumspotenziale nur teilweise realisieren. Der private Konsum und der Dienstleistungssektor konnten sich im Frühjahr und Sommer nach dem Wegfall von Coronavirus-Schutzmaßnahmen hingegen teils kräftig erholen. Umfangreiche Eindämmungsmaßnahmen aufgrund des Infektionsgeschehens im Herbst führten in beiden Bereichen jedoch zu empfindlichen Rückschlägen.³⁾

Umfangreiche fiskalpolitische und regulatorische Maßnahmen verhinderten auch 2021 gesamtwirtschaftliche Abwärtsspirale

Die deutsche Fiskalpolitik leistete vor diesem Hintergrund im Jahr 2021 erneut einen wesentlichen Stabilisierungsbeitrag. Etwa durch Transfers an Unternehmen und das Kurzarbeitergeld wurden Wirtschaft und private Haushalte erheblich gestützt.⁴⁾ Auch die im Jahr 2020 ergriffenen bankenregulatorischen Stabilisierungsmaßnahmen⁵⁾ wurden im Berichtsjahr zunächst fortgeführt, im Jahresverlauf allerdings stetig auf ihre Angemessenheit überprüft. So liefen

beispielsweise die Empfehlung zur Beschränkung von Dividendenausschüttungen und die von der Aufsicht gewährte Flexibilität bezüglich allgemeiner Zahlungsmoratorien aus.⁶⁾ Die genannten Maßnahmen trugen dazu bei, dass die zu Beginn der Coronavirus-Pandemie befürchteten Kreditausfälle ausblieben und die Kreditvergabe der Banken an die Realwirtschaft uneingeschränkt fortgesetzt werden konnte.⁷⁾

Zusätzlich zu den fiskalpolitischen und bankenregulatorischen Maßnahmen stand auch die Geldpolitik des Jahres 2021 nach wie vor unter dem Eindruck der Coronavirus-Pandemie. Da der EZB-Rat mittelfristig Inflationsraten von unter 2 % erwartete, behielt er den sehr lockeren geldpolitischen Kurs bei. Die Leitzinsen verblieben unverändert auf ihrem historisch niedrigen Niveau⁸⁾, und das Programm zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme, APP) wurde fortgesetzt.⁹⁾ Auch die geldpolitischen Notfallmaßnahmen zur Bekämpfung der Folgen der Coronavirus-Pandemie wurden fortgeführt: Zielsetzung war weiterhin in erster Linie die Versorgung der Banken mit Liquidität und letztlich die Sicherstellung der Kreditversorgung der Realwirtschaft. Zusätzliche gezielte längerfristige Refinanzierungsgeschäfte (GLRG III), die von den deutschen Instituten in großem Umfang genutzt wurden,¹⁰⁾ boten Banken besonders günstigen Zugang zu

Geldpolitik weiterhin sehr locker; geldpolitische Notfallmaßnahmen sollten Folgen der Coronavirus-Pandemie entgegenwirken

¹ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2022a), S. 31, sowie Deutsche Bundesbank (2021a), S. 7.

² Vgl.: Deutsche Bundesbank (2022a), S. 18.

³ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2022b), S. 9, Deutsche Bundesbank (2021b), S. 7, Deutsche Bundesbank (2021c), S. 9, sowie Deutsche Bundesbank (2021d), S. 7 f.

⁴ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2022a), S. 27.

⁵ Für eine detaillierte Aufzählung der bankenregulatorischen und bankenaufsichtlichen Maßnahmen vor dem Hintergrund der Coronavirus-Pandemie vgl.: Deutsche Bundesbank (2021e), S. 96.

⁶ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2022a), S. 31.

⁷ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2022a), S. 31.

⁸ Der Hauptrefinanzierungssatz belief sich auf 0 %, die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungs- und Einlagefazilität lagen bei 0,25 % bzw. – 0,5 %.

⁹ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2022a), S. 20.

¹⁰ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2022a), S. 20 f.

Liquidität¹¹⁾, um die Kreditvergabe an die Wirtschaft zu stützen. Das Pandemie-Notfallankaufprogramm (Pandemic Emergency Purchase Programme, PEPP) sollte den pandemiebedingten Risiken für die geldpolitische Transmission entgegenwirken.¹²⁾

Aktien- und Anleihemärkte zunächst auf Erholungskurs, gegen Jahresende unter anderem wegen gestiegener Inflationserwartungen gedämpft

Die geld-, fiskalpolitischen und bankenregulatorischen Maßnahmen stützten nicht nur das deutsche Bankensystem, sie wirkten auch positiv auf die Aktien- und Anleihemärkte. In den ersten beiden Quartalen 2021 erreichten die deutschen Aktienmärkte aufgrund gefestigter Aussichten auf eine gesamtwirtschaftliche Erholung und höherer Gewinnerwartungen der Unternehmen zwischenzeitlich historische Hochstände.¹³⁾ Im vierten Quartal 2021 setzte sich der Aufschwung an den Aktienmärkten jedoch nicht mehr fort, und es waren überwiegend moderate Kursverluste gegenüber dem Vorquartal zu verzeichnen. Grund waren zunehmende Inflationsrisiken und die daraus resultierende Markterwartung einer baldigen geldpolitischen Straffung.¹⁴⁾

An den Anleihemärkten stiegen die Renditen zehnjähriger Bundesanleihen wegen der Hoffnung auf eine fortschreitende konjunkturelle Erholung etwa auf das Niveau zu Jahresbeginn 2020 leicht an. Seitdem bewegten sie sich unter dem Einfluss wechselnder Einschätzungen zur Pandemielage seitwärts. Erst der steigende Inflationsdruck verbunden mit der Markterwartung einer geldpolitischen Straffung führte ab dem Ende des vierten Quartals 2021 zu einem raschen Anstieg der Renditen zehnjähriger Bundesanleihen. Sie notierten in der Folge erstmals seit dem Frühjahr 2019 wieder im positiven Bereich.¹⁵⁾ Die aus Renditen von Bundeswertpapieren abgeleitete Zinsstrukturkurve verlief am Jahresende 2021 im kurz- und mittelfristigen Laufzeitbereich deutlich steiler als noch zu Jahresbeginn.¹⁶⁾

Bilanzielle und strukturelle Entwicklungen im deutschen Bankensektor

Das Wachstum der jahresdurchschnittlichen aggregierten Bilanzsumme¹⁷⁾ der deutschen Kreditinstitute ging gegenüber 2020 um knapp zwei Drittel zurück. Mit 2,8 % lag die Wachstumsrate der durchschnittlichen Bilanzsumme im Jahr 2021 nahe ihrem langfristigen Mittel von 2,0 %.

Bei der Betrachtung einzelner Bankengruppen zeigten sich allerdings größere Unterschiede als im Jahr 2020. Während im Vorjahr noch über alle Bankengruppen hinweg ein Anstieg der aggregierten jahresdurchschnittlichen Bilanzsummen zu beobachten war, verzeichneten im Jahr 2021 insbesondere die Großbanken einen Rückgang um 10,5 %. Dagegen wiesen die Sparkassen und Kreditgenossenschaften 2021 mit jeweils 7,7 % leicht höhere Wachstumsraten aus als im Jahr zuvor. In beiden Fällen dürfte das Kredit- und Einlagengeschäft Haupttreiber der Entwicklung gewesen sein, das im Berichtsjahr noch etwas stärker wuchs als 2020.¹⁸⁾ Das

Geld- und fiskalpolitische Maßnahmen sowie anhaltendes Negativzinsumfeld trieben weiterhin Bilanzwachstum, jedoch mit geringerer Wachstumsgeschwindigkeit

11 Im Idealfall, d. h. sofern die anrechenbare Nettokreditvergabe zwischen Oktober 2020 und Dezember 2021 den Schwellenwert für das Wachstum der Kreditvergabe erreichte, konnten Banken bei Nutzung der GLRG III von einer Verzinsung von bis zu –1,0 % profitieren, vgl.: <https://www.bundesbank.de/resource/blob/853800/c2f9257efc464c47268611dcdfb14b6/mL/2020-12-10-refinanzierungsgeschaefte-download.pdf>. In solchen Fällen konnten die Kreditinstitute aus der Nutzung der GLRG III pro Euro höhere Zinserträge realisieren als Zinsaufwendungen durch die mit bis zu –0,5 % ebenfalls negativ verzinsten Einlagefazilität anfielen.

12 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2022a), S. 20 ff.

13 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2021c), S. 55, sowie Deutsche Bundesbank (2021d), S. 55.

14 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2022b), S. 40, sowie Deutsche Bundesbank (2021b), S. 42.

15 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2022b), S. 42 f., sowie Deutsche Bundesbank (2021b), S. 45 f.

16 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2022b), S. 43.

17 Die Bilanzsumme wurde auf Grundlage der Regelungen des Handelsgesetzbuches (HGB) bestimmt.

18 Laut Daten der monatlichen Bilanzstatistik fiel der Zuwachs der Kredite an inländische Nichtbanken bei den Sparkassen 2021 mit +4,9 % um 0,2 Prozentpunkte leicht höher aus als im Jahr 2020; die Kreditgenossenschaften verzeichneten bei dieser Position mit +6,6 % ein um 0,6 Prozentpunkte höheres Wachstum als im Vorjahr. Die Einlagen inländischer Nichtbanken beider Bankengruppen wuchsen im Berichtsjahr mit jeweils +7,0 % um rund 0,6 Prozentpunkte stärker als im Vorjahr.

Guthaben bei der Zentralbank erneut wichtigste Wachstumsposition auf der Aktivseite der aggregierten Bankbilanz

größte Bilanzwachstum (+ 26,3 %) verzeichneten allerdings die Regional- und sonstigen Kreditbanken, wobei gut zwei Drittel des gesamten Anstiegs auf ein Institut entfielen, das nach dem Brexit seine Präsenz in Deutschland ausbaute.¹⁹⁾

Laut den Daten der monatlichen Bilanzstatistik entwickelten sich Aktiv- und Passivseite der aggregierten Bankbilanz im Berichtsjahr ähnlich wie im Jahr 2020, allerdings teils mit gebremster Geschwindigkeit. Mit Blick auf die Aktivseite der aggregierten Bankbilanz stellten erneut die Guthaben deutscher Banken bei der Zentralbank die wichtigste Wachstumsposition dar. Im Jahresdurchschnitt 2021 kam es hierbei zu einem kräftigen Anstieg, sodass ein neuer historischer Hochstand von insgesamt rund 1 000 Mrd € erreicht wurde. Mit + 43,0 % lag das prozentuale Wachstum zwar geringfügig unter dem Niveau des Vorjahres, der absolute Zuwachs um 307 Mrd € überstieg den Wert von 2020 aber nochmals deutlich um rund 90 Mrd €. ²⁰⁾ Dabei waren insbesondere die geldpolitischen Programme zum Ankauf von Vermögenswerten des Eurosystems (Public Sector Purchase Programme und PEPP) und die umfangreiche Nutzung der GLRG III durch die deutschen Banken für die Zunahme der Guthaben bei der Zentralbank verantwortlich.²¹⁾

Kreditvergabe zweiter wichtiger Treiber für das Wachstum der Aktivseite der aggregierten Bankbilanz; Wachstumsrate aber geringer als im Vorjahr

Wie bereits im Jahr 2020 leistete die Kreditvergabe auch im Berichtsjahr einen maßgeblichen Beitrag zum Wachstum der Aktivseite der aggregierten Bankbilanz. Mit einem Anstieg um insgesamt 114 Mrd € (Vorjahr: 144 Mrd €) trugen die Kredite an inländische Nichtbanken im Vergleich zu den Guthaben bei der Zentralbank jedoch nur etwas mehr als ein Drittel zum Gesamtwachstum bei. Zudem fiel das Kreditwachstum im Durchschnitt des Berichtsjahres mit 3,2 % um 1 Prozentpunkt geringer aus als noch 2020. Ursächlich hierfür dürfte vor allem der Rückgang bei kurzfristigen Buchkrediten an Unternehmen und private Haushalte um jahresdurchschnittlich 5,8 % gewesen sein. Gerade im zweiten Quartal 2021 kam es vermehrt zu Tilgungen bei kurzfristigen Unternehmenskrediten, die teils aus Vorsichtsmotiven zur Sicherung

der Liquidität in der Coronavirus-Pandemie aufgenommen wurden. Die gesamtwirtschaftliche Belebung sowie die Auszahlung staatlicher Transfers an von der Coronavirus-Pandemie besonders betroffene Firmen reduzierten im zweiten Quartal 2021 den Finanzierungsbedarf der Unternehmen.²²⁾ Daneben wurde der Rückgang auch durch den geringeren Umfang ausgereicherter Konsumentenkredite verursacht. Vor allem in den Winter- und Herbstquartalen 2021 wirkten sich die Einschränkungen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens aufgrund des Pandemiegeschehens hier dämpfend aus.²³⁾

Ein deutliches Wachstum verzeichneten dagegen Buchkredite mit mittleren und langen Laufzeiten an inländische nichtfinanzielle Unternehmen und private Haushalte. Der Anstieg um 5,1 % lag allerdings leicht unter dem im Jahr 2020 erzielten 20-Jahres-Höchstwert von 5,3 %. Haupttreiber dieser Entwicklung waren wie bereits im Vorjahr die Kredite für den Wohnungsbau. Mit 7,1 % übertraf deren Wachstum im Berichtsjahr sogar den im Vorjahr erreichten 20-Jahres-Höchstwert um 1 Prozentpunkt.

Im Vergleich zwischen den Bankengruppen wiesen die Sparkassen mit + 7,7 % und die Kreditgenossenschaften mit + 8,8 % die größten Zuwachsraten bei Krediten für den Wohnungsbau aus. Zudem entfielen zusammen knapp zwei Drittel des absoluten Anstiegs der Kredite für den Wohnungsbau auf Sparkassen und Kreditgenossenschaften.

Zu dieser Entwicklung trugen erneut sowohl nachfrage- als auch angebotsseitige Faktoren bei. So dürften insbesondere die robuste Baukonjunktur sowie die weiterhin günstigen Finanzierungskosten, aber auch der kräftige Preisanstieg für Bauleistungen und Wohnimmo-

¹⁹ Vgl.: Ausführungen auf S. 71 f.

²⁰ Der Kassenbestand der deutschen Kreditinstitute ist in den genannten Zahlen nicht enthalten.

²¹ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2021b), S. 32 f.

²² Vgl.: Deutsche Bundesbank (2021c), S. 9 f.

²³ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2022b), S. 37 f., sowie Deutsche Bundesbank (2021d), S. 37.

Zur Interpretation von nach Bankengruppen aufgeschlüsselten Ertragskomponenten vor dem Hintergrund des Brexit

Die Bilanzstatistik und die Statistik über die Gewinn- und Verlustrechnungen der Banken (Monetäre Finanzinstitute, MFI¹⁾) machen von einer Aufschlüsselung nach Bankengruppen Gebrauch. Dies erleichtert nicht nur die Identifizierung und Gegenüberstellung von Trends; durch den Zuschnitt kann zudem den jeweiligen Spezifika und Besonderheiten der einzelnen Bankengruppen besser Rechnung getragen werden.

Bei der Zuordnung einzelner Banken zu Bankengruppen betrachtet die Bundesbank eine Vielzahl von Kriterien.²⁾ Die Zuordnung wird zudem jährlich überprüft.³⁾

Durch den Brexit stand der deutsche Bankensektor in den vergangenen Jahren größeren strukturellen Veränderungen gegenüber, die auch in den kommenden Jahren noch prägend sein werden: Um weiterhin in der Europäischen Union (EU) Dienstleistungen anbieten zu können, verlagerten ab 2019 unter anderem große und international tätige Banken umfangreiche Teile ihres Geschäfts aus dem Vereinigten Königreich auf bestehende oder neu gegründete Institute mit Sitz in der EU, unter anderem in Deutschland. Diese Institute werden im Folgenden unter dem Begriff der „Brexit-Banken“ subsumiert.⁴⁾ Von den daraus resultierenden geschäftspolitischen, strukturellen und organisatorischen Anpassungen sind insbesondere die Bankengruppe „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“, zu Teilen aber auch die Bankengruppe „Zweigstellen ausländischer Banken“ und die nachrichtliche Bankengruppe „Auslandsbanken“ betroffen.

Die Geschäftsmodelle der Brexit-Banken weichen teils erheblich von denen anderer

in Deutschland ansässiger Banken ab. So stammen die auf diese Institute verlagerten Geschäfte überwiegend aus dem Kapitalmarktgeschäft. Die dabei erzielten Erträge spiegeln sich im Wesentlichen im Provisionsergebnis und Handelsergebnis wider. Zudem handelt es sich hierbei bei einigen Brexit-Banken primär um europaweites Geschäft, das nicht an den deutschen Markt gekoppelt ist und damit die Ertragslage im lokalen Geschäft nur bedingt widerspiegelt. Zwar betreiben auch andere deutsche Banken Geschäftsmodelle, die europaweites Geschäft beinhalten. Auf einige große Brexit-Banken trifft dies jedoch in besonderem Maße zu.

Bei der Betrachtung aktueller Ertragskomponenten nach Bankengruppen fallen die Brexit-Institute insbesondere bei den Regional- und sonstigen Kreditbanken zuneh-

1 MFI gemäß der Verordnung (EU) 2021/379 der Europäischen Zentralbank (EZB/2021/2), Artikel 2 (1) (OJ L 73, 03.03.2021, S. 16 bis 85).

2 Betrachtet werden u. a. die Geschäftsstruktur, die Art der vorwiegend ausgeübten Geschäftstätigkeit (z. B. Universal- versus Spezialbank), die Größe der Bank, die Rechtsform, die Verbandszugehörigkeit, das Vorhandensein eines Bankstellennetzes, die Auslandspräsenz (über Zweigstellen und Töchter), der Grad bzw. der Umfang der Investitionen der Bank in andere Unternehmen (Beteiligungen etc.) sowie die Eigentümerstruktur der zuzuordnenden Bank.

3 Für weitere Informationen zur Untergliederung der Bankengruppen siehe: Erläuterungen zu den Bankensstatistiken, Abschnitt „Bankengruppen“, <https://www.bundesbank.de/resource/blob/818868/973b272b6f5a937017612636c8f14fdd/mL/erlaeuterungen-data.pdf>.

4 Durch den Brexit veranlasste Verlagerungen und Anpassungen der Geschäftsmodelle lassen sich nicht trennscharf von anderweitig bedingten geschäftspolitischen Entscheidungen abgrenzen. Zudem bestehen auch zwischen den Brexit-Banken teils deutliche Unterschiede in den Geschäftsmodellen und im Umfang ihrer Verlagerungsaktivitäten. Im Falle der vorliegend betrachteten Institute war der Brexit jedoch ursprünglich hauptauschlaggebend für etwaige Veränderungen. Diese Abgrenzung ist für die Zwecke dieser Ausführungen, Interpretationsschwierigkeiten vor dem Hintergrund vorgenommener Verlagerungen und Geschäftsmodell Anpassungen innerhalb der betroffenen Bankengruppen herauszustellen, ausreichend.

mend stark ins Gewicht. Aufgrund ihrer Größe und der anhaltenden Ausweitung ihrer Bilanzsumme dürfte dieser Effekt in den kommenden Jahren zudem weiter an Bedeutung gewinnen.⁵⁾ Insbesondere für die deutliche Verbesserung des Provisions- und Handelsergebnisses der Gruppe der Regional- und sonstigen Kreditbanken um rund 40 % beziehungsweise rund 130 % im Jahr 2021 waren die Zuwächse bei einigen wenigen größeren Brexit-Instituten ausschlaggebend. Aber auch beispielsweise die Ausweitung des Verwaltungsaufwands in der Gruppe der Regional- und sonstigen Kreditbanken gegenüber dem Jahr 2020 war zu einem Großteil auf Ausweitungen des Geschäftsumfangs bei den Brexit-Banken zurückzuführen.

Die zunehmende Bedeutung der Brexit-Institute gilt es bei der Interpretation der in diesem Aufsatz betrachteten Ertragskom-

ponenten insbesondere mit Blick auf die Regional- und sonstigen Kreditbanken entsprechend zu beachten.

5 Im Jahr 2021 entfielen gut 80 % des Anstiegs der jahresdurchschnittlichen Bilanzsumme bei den Regional- und sonstigen Kreditbanken auf Brexit-Institute.

bilien die anhaltend hohe Nachfrage nach Wohnneubaukredit gestützt haben.²⁴⁾

Gestiegene Nachfrage führte auch im mittel- und langfristigen Buchkreditgeschäft mit nicht-finanziellen Unternehmen zu einem deutlichen Wachstum. So ließ die gesamtwirtschaftliche Erholung im dritten Quartal 2021 gerade bei binnenwirtschaftlich orientierten Sektoren wie der Bau- und Immobilienbranche den Finanzierungsbedarf steigen. Darüber hinaus bestand weiterhin ein höherer Mittelbedarf für Umfinanzierungen, Umschuldungen und Neuverhandlungen.²⁵⁾

Auch angebotsseitig hatten die Banken weiterhin ein verstärktes Interesse am Kreditgeschäft, da das Erreichen von Schwellenwerten bei der Kreditvergabe zu den jeweiligen Stichtagen die Voraussetzung für den besonders attraktiven Zinssatz bei den GLRG III bildete.²⁶⁾ Laut Umfrage zum Kreditgeschäft der Banken kam es dennoch weder im Kreditgeschäft mit nicht-

finanziellen Unternehmen noch im Geschäft mit privaten Haushalten zu wesentlichen Lockerungen bei Kreditstandards und Kreditbedingungen.²⁷⁾ Lediglich im Bereich der privaten Baufinanzierung wurden Kreditstandards und Kreditbedingungen im zweiten Quartal 2021 gelockert, aber bereits im dritten Quartal wieder verschärft. Dazu geführt hatten zum einen das nach Einschätzung der Banken erhöhte Kreditrisiko sowie zum anderen eine geringere Risikotoleranz.²⁸⁾

Auf der Passivseite der aggregierten Bankbilanz führten erneut pandemiebedingte Unsicherheiten bezüglich der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung sowie reduzierte Konsummöglichkeiten zu einem kräftigen Anstieg des Ein-

Pandemiebedingt erneut starker Anstieg der Einlagenbestände deutscher Banken

24 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2021c), S. 45 f., sowie Deutsche Bundesbank (2021d), S. 36.

25 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2021b), S. 8 und S. 39.

26 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2022b), S. 9, sowie Deutsche Bundesbank (2021d), S. 8.

27 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2021b), S. 38 f., sowie S. 41.

28 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2021b), S. 38 f.

lagenvolumens inländischer privater Haushalte und nichtfinanzieller Unternehmen. Allerdings schwächte sich der Anstieg im Jahresverlauf 2021 vor allem durch Änderungen im Anlageverhalten privater Haushalte deutlich ab, sodass gegen Jahresende nur noch geringe Zuwächse zu beobachten waren.²⁹⁾ Dabei dürfte die im Jahresverlauf weiter gesunkene durchschnittliche Verzinsung insbesondere auf täglich fällige Einlagen in Verbindung mit gestiegenen Inflationsraten das Bewusstsein der privaten Haushalte für die realen Kosten der Geldhaltung geschärft haben.³⁰⁾

Insgesamt fiel der Anstieg der Einlagen inländischer Nichtbanken³¹⁾ bei den deutschen Kreditinstituten im Jahresdurchschnitt 2021 mit 4,4 % um rund 0,5 Prozentpunkte geringer aus als im Vorjahr. Allerdings wurde mit einem Gesamtvolumen von 3 953 Mrd € ein neuer historischer Hochstand erreicht. Wie bereits im Jahr 2020 konzentrierte sich der Zuwachs auf Sichteinlagen, die im Berichtsjahr mit 9,6 % jedoch um gut 1 Prozentpunkt langsamer wuchsen als im Vorjahr. Termin- und Spareinlagen wurden dagegen weiter abgebaut.

Anders als im Vorjahr entwickelte sich das Einlagengeschäft im Vergleich der Bankengruppen sehr unterschiedlich. So waren größere Zuwächse im Berichtsjahr nahezu ausschließlich bei den Sparkassen, Kreditgenossenschaften und Großbanken zu beobachten.

Das jahresdurchschnittliche bilanzielle Eigenkapital³²⁾ der deutschen Banken erhöhte sich in der aggregierten Betrachtung im Jahr 2021 um 1,6 % auf 536 Mrd €. Dabei waren in allen Bankengruppen³³⁾ außer bei den Großbanken (– 19,8 %) und den Realkreditinstituten (– 6,2 %) teils deutliche Anstiege zu beobachten.³⁴⁾ Die größte Wachstumsrate wiesen die Regional- und sonstigen Kreditbanken (+ 16,0 %) aus. Hier erfolgte ein Großteil des Zuwachses bei Instituten, die ihre Präsenz in Deutschland im Nachgang des Brexit verstärkten. Die Kreditgenossenschaften und Sparkassen stockten ihr bilan-

zielles Eigenkapital im Jahresdurchschnitt 2021 um 6,4 % beziehungsweise 3,7 % auf.

Insgesamt setzte sich die Konsolidierung im deutschen Bankensektor im Jahr 2021 beschleunigt fort. Die Gesamtzahl der Kreditinstitute ging um 4,2 % zurück, nachdem der Rückgang im Vorjahr lediglich 2,2 % betrug. Dazu trugen insbesondere Fusionen bei den Kreditgenossenschaften sowie Abgänge bei den Zweigstellen ausländischer Banken aufgrund des Brexits³⁵⁾ bei.

Auch die Anzahl der Zweigstellen in Deutschland verringerte sich erneut deutlich um fast 10 %. Neben dem Einfluss der Digitalisierung auf die Vertriebswege infolge stärkerer Nutzung des Onlinebankings³⁶⁾ waren hierfür auch Maßnahmen zur Kostensenkung im herausfordernden Geschäftsumfeld ursächlich. So reduzierten insbesondere die Großbanken die Anzahl ihrer

Konsolidierung im deutschen Bankensektor setzte sich beschleunigt fort

²⁹ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2022b), S. 36, sowie Deutsche Bundesbank (2021d), S. 35 f.

³⁰ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2022b), S. 36.

³¹ Die Einlagen der inländischen Nichtbanken umfassen Sicht-, Termin- und Spareinlagen sowie Sparbriefe sowohl von deutschen privaten Haushalten, nichtfinanziellen und sonstigen finanziellen Unternehmen als auch von öffentlichen Haushalten und Organisationen ohne Erwerbszweck.

³² Einschl. Fonds für allgemeine Bankrisiken gem. § 340g HGB.

³³ Regional- und sonstige Kreditbanken, Zweigstellen ausländischer Banken, Landesbanken, Sparkassen, Kreditgenossenschaften, Bausparkassen sowie Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben.

³⁴ Bei der Interpretation der Angaben zur Eigenkapitalbasis ist zu berücksichtigen, dass die im jeweiligen Berichtsjahr aus dem Jahresüberschuss zugeführten Beträge das bilanzielle Eigenkapital erst im Folgejahr nach Feststellung des Jahresabschlusses erhöhen, während Entnahmen aus der Eigenkapitalposition spätestens nach Aufstellung des Jahresabschlusses abzuziehen sind. Da die Angaben zur Eigenkapitalbasis zudem als jahresdurchschnittliche Werte berechnet werden, spiegelt der hier abgebildete Rückgang bei den Großbanken nicht tatsächlich beobachtete Rückgänge in 2021 wider, sondern einen bereits 2020 verzeichneten Eigenkapitalrückgang infolge von Restrukturierungsmaßnahmen im Jahr 2019. Für Näheres vgl.: Deutsche Bundesbank (2020), S. 95 ff.

³⁵ Filialen britischer Institute, die trotz der Rechtswirksamkeit des Brexits zum 1. Januar 2021 ihren EU-Pass bis zum Jahresende 2020 noch nicht zurückgegeben hatten, wurden erst im Jahr 2021 als Abgänge gezählt. Vgl.: Deutsche Bundesbank (2022c), S. 2.

³⁶ Nicht zuletzt die Einschränkungen des öffentlichen Lebens vor dem Hintergrund der Coronavirus-Pandemie dürften die Digitalisierung beschleunigt und zu einer stärkeren Nutzung des Onlinebankings beigetragen haben. Vgl.: Deutsche Bundesbank (2022c), S. 8.

*Bilanzielles
Eigenkapital im
Aggregat leicht
gestiegen*

Strukturdaten der deutschen Kreditwirtschaft

Stand am Jahresende

Bankengruppe	Zahl der Institute ¹⁾			Zahl der Zweigstellen ¹⁾			Zahl der Beschäftigten ²⁾		
	2019	2020	2021	2019	2020	2021	2019	2020	2021
Alle Bankengruppen	1 553	1 519	1 456	26 620	24 060	21 697	560 895	551 976	540 365
Kreditbanken	274	270	261	7 601	6 453	5 199	³⁾ 153 250	³⁾ 151 600	³⁾ 146 900
Großbanken	4	3	3	6 219	5 146	4 037	.	.	.
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken	153	151	151	1 215	1 142	1 013	.	.	.
Zweigstellen ausländischer Banken	117	116	107	167	165	149	.	.	.
Landesbanken	6	6	6	236	210	179	28 150	27 150	27 150
Sparkassen	380	377	371	8 971	8 318	7 732	205 000	200 700	194 950
Kreditgenossenschaften	844	818	771	8 471	7 765	7 297	⁴⁾ 140 650	⁴⁾ 138 150	⁴⁾ 135 500
Realkreditinstitute	10	10	9	38	37	32	.	.	.
Bausparkassen	19	18	18	1 278	1 259	1 239	⁵⁾ 12 850	⁵⁾ 12 500	⁵⁾ 12 900
Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben	20	20	20	25	18	19	⁶⁾ 20 995	⁶⁾ 21 876	⁶⁾ 22 965

1 Quelle: Bankstellenstatistik, in: Deutsche Bundesbank, Bankenstatistiken, Tabellen der Statistischen Fachreihe IV. Strukturzahlen, Gesamtinstitute, S. 104. Kreditinstitutsbegriff auf KWG bezogen, insoweit Abweichungen zu Angaben in der „Bilanzstatistik“ und der „Statistik der Gewinn- und Verlustrechnungen“. 2 Anzahl der Voll- und Teilzeitbeschäftigten, ohne Deutsche Bundesbank. Quellen: Angaben aus Verbänden sowie eigene Berechnungen. 3 Beschäftigte im privaten Bankgewerbe, einschl. der Realkreditinstitute in privater Rechtsform. 4 Nur im Bankgeschäft hauptberuflich Beschäftigte. 5 Nur im Innendienst Beschäftigte. 6 Beschäftigte bei öffentlich-rechtlichen Grundkreditanstalten (Realkreditinstitute in öffentlicher Rechtsform), bei öffentlich-rechtlichen Banken mit Sonderaufgaben und bei der DZ Bank AG.

Deutsche Bundesbank

Filialen im Zuge von umfassenden Umstrukturierungen. Aber auch Sparkassen und Kreditgenossenschaften dünnerten ihre Filialnetze weiter aus.³⁷⁾

Ertragslage, Profitabilität und Wirtschaftlichkeit

Ertragslage insgesamt deutlich verbessert

Allgemein verbesserte sich die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2021 gegenüber dem Vorjahr deutlich. Infolge stark gestiegener Jahresergebnisse vor Steuern konnten nahezu alle in der Statistik über die Gewinn- und Verlustrechnungen der Banken³⁸⁾ betrachteten Bankengruppen sowohl ihre Eigen- als auch ihre Gesamtkapitalrentabilität kräftig steigern. Der aggregierte Jahresüberschuss vor Steuern hat sich gegenüber 2020 nahezu verdoppelt.

Haupttreiber dieser Entwicklung war ein gegenüber dem Vorjahr stark gesunkener Netto-

Bewertungsaufwand. Die deutschen Kreditinstitute reduzierten ihre Risikovorsorge vor dem Hintergrund geringer Kreditausfälle und eines verbesserten gesamtwirtschaftlichen Umfelds deutlich. Auch ein vergleichsweise starker Anstieg der Erträge im operativen Geschäft trug wesentlich zur Verbesserung der Ertragslage bei. Im Vergleich zum Netto-Bewertungsaufwand war dieser aber weniger bedeutsam für den Anstieg des Jahresüberschusses vor Steuern.

Belastet wurde die Ertragslage durch stark gestiegene Verwaltungsaufwendungen, wozu Personalaufwendungen und andere Verwal-

³⁷ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2022c), S. 8 f.

³⁸ Die Statistik der Gewinn- und Verlustrechnungen der Banken wird auf jährlicher Basis erstellt. Dabei werden die mit dem Jahresabschluss ermittelten Gewinn- und Verlustrechnungen (Einzelabschlüsse, HGB) ausgewertet, die die Banken gemäß § 26 KWG der Bundesbank einzureichen haben. Da sich die Jahresabschlüsse jeweils auf das Gesamtinstitut (jedoch nicht auf den Konzern) beziehen, sind die Aufwendungen und Erträge der Auslandsfilialen miterfasst. Vgl. auch Ausführungen auf S. 75.

Methodische Erläuterungen

Die vorliegenden Ergebnisse aus der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV-Rechnung) beruhen auf den veröffentlichten Jahresabschlüssen der Einzelinstitute gemäß den Vorgaben des Handelsgesetzbuches und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute. Sie unterscheiden sich sowohl hinsichtlich der Konzeption als auch der Ausgestaltung und der Abgrenzung von den international üblichen IFRS-Rechnungslegungsstandards¹⁾ für kapitalmarktorientierte Bankengruppen, sodass ein Vergleich der jeweiligen Geschäftsergebnisse oder bestimmter Bilanz- und GuV-Positionen zwischen dem nationalen und internationalen Rechnungslegungsrahmen aus methodischer Sicht nicht möglich ist. Aus Gründen der Vergleichbarkeit innerhalb Deutschlands empfiehlt sich für Zwecke der Ertragsanalyse die Betrachtung der Einzelabschlüsse. Die Werte für das bilanzielle Eigenkapital, die Bilanzsumme und sonstige Bestandsgrößen werden nicht den Jahresabschlüssen entnommen, sondern als jahresdurchschnittliche Werte auf der Grundlage der Gesamtinstitutsmeldungen zur monatlichen Bilanzstatistik bestimmt.

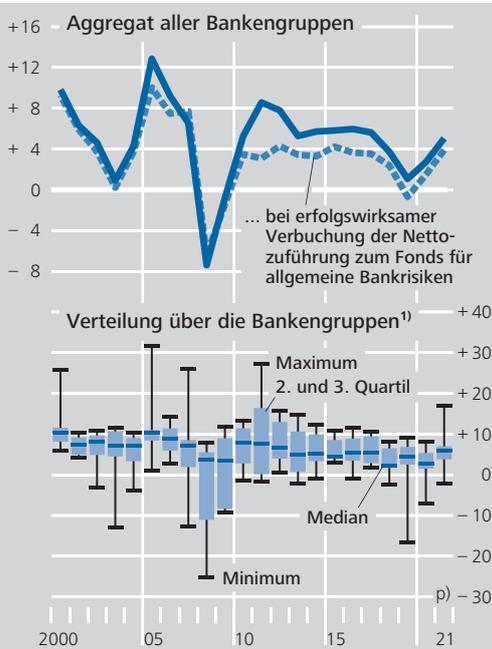
Zum Berichtskreis der Statistik über die GuV-Rechnungen der Banken gehören sämtliche Banken, die Monetäre Finanzinstitute (MFI) sind, die die Definition eines Kreditinstituts gemäß der Kapitaladäquanzverordnung (CRR) nach Artikel 4 Absatz 1 Nummer 1 Verordnung (EU) Nr. 575/2013 erfüllen und ihren Sitz in Deutschland haben. Zweigstellen ausländischer Banken, die von den Vorschriften des § 53 KWG befreit sind, Banken in Liquidation sowie Banken mit einem Geschäftsjahr unter zwölf Monaten (Rumpfgeschäftsjahr) bleiben bei dieser Ertragsanalyse unberücksichtigt.

Mit Beginn der Währungsunion 1999 ist der für die Geldmengenberechnung und monetäre Analyse maßgebliche Berichtskreis von der Europäischen Zentralbank einheitlich für den gesamten Euroraum festgelegt und als MFI-Sektor bezeichnet worden. In Abweichung zum bis dahin für die Analyse der Bundesbank maßgeblichen Berichtskreis gehören dazu auch Bausparkassen. Wenn nicht explizit ein anderer Zeitraum erwähnt ist, umfassen die Berechnungen zum längerfristigen Durchschnitt die Jahre seit Beginn der Währungsunion, das heißt von 1999 bis 2021.

¹ Die auf den International Financing Reporting Standards (IFRS) basierenden Abschlüsse sind z. B. für Fragestellungen der makroprudenziellen Analyse und Überwachung von Relevanz, die sich auf systemisch relevante Banken und deren internationale Geschäftsaktivitäten (einschl. der Auslandstöchter) konzentrieren. Vgl. hierzu im Einzelnen: Deutsche Bundesbank (2013).

Eigenkapitalrentabilität der Kreditinstitute^{*)}

in %



* Jahresüberschuss vor Steuern in % des durchschnittlichen Eigenkapitals. ¹ Interpretationshilfe: Das Minimum (Maximum) stellt jeweils die Bankengruppe mit dem kleinsten (größten) Wert dar.

Deutsche Bundesbank

tungsaufwendungen gleichermaßen beitrugen. Dennoch verschlechterte sich die Wirtschaftlichkeit der deutschen Banken gemessen an der Aufwand-Ertrags-Relation aufgrund der ebenfalls gestiegenen operativen Erträge nur geringfügig.

Eigen- und Gesamtkapitalrentabilität

Eigenkapitalrentabilität nahezu verdoppelt, Profitabilität gegenüber dem Vorjahr deutlich verbessert

In der Gesamtbetrachtung hat sich die Eigenkapitalrentabilität (Jahresüberschuss vor Steuern in Relation zum jahresdurchschnittlichen bilanziellen Eigenkapital) im Jahr 2021 nahezu verdoppelt. Mit einem Anstieg um 2,3 Prozentpunkte auf 5,1% lag sie im Berichtsjahr zudem nur geringfügig unterhalb des langfristigen Mittels von 5,2%. Dies deutet auf eine deutliche Verbesserung der Profitabilität hin, für die in erster Linie der vom Netto-Bewertungsaufwand getriebene Anstieg des Jahresüberschusses vor Steuern ursächlich war.

Abgesehen von den Bausparkassen³⁹⁾ verbesserten alle betrachteten Bankengruppen⁴⁰⁾ ihre Eigenkapitalrentabilität. Beim Vergleich der Bankengruppen unterschied sich das Ausmaß der Verbesserung allerdings deutlich. So konnten die Landesbanken ihre Eigenkapitalrentabilität im Jahr 2021 gegenüber dem Vorjahr aufgrund eines stark gestiegenen Jahresüberschusses mehr als verdreifachen. Mit 4,1% lag ihre Eigenkapitalrentabilität zudem deutlich über dem langfristigen Mittel von 1,4%. Demgegenüber verzeichneten die Sparkassen (+ 0,9 Prozentpunkte) und Kreditgenossenschaften (+ 1,1 Prozentpunkte) vergleichsweise geringe Anstiege der Eigenkapitalrentabilität. In beiden Fällen wirkten hohe Zuwächse beim bilanziellen Eigenkapital dem positiven Effekt aus dem Anstieg der Jahresüberschüsse vor Steuern auf die Eigenkapitalrentabilität entgegen. Bei den Sparkassen reduzierte der Eigenkapitalzuwachs den Anstieg der Eigenkapitalrentabilität um 20%, bei den Kreditgenossenschaften sogar um ein Drittel. Mit Niveaus von 6,3% beziehungsweise 8,4% gehörten die Sparkassen und Kreditgenossenschaften im Berichtsjahr dennoch weiterhin zu den Bankengruppen mit der höchsten Eigenkapitalrentabilität, obwohl beide Bankengruppen die langfristigen Mittel (Sparkassen: 10,1%; Kreditgenossenschaften: 10,5%) auch 2021 deutlich verfehlten. Die Regional- und sonstigen Kreditbanken lagen im Berichtsjahr mit den Sparkassen nahezu gleichauf. Sie verbesserten trotz des großen Zuwachses beim bilanziellen Eigenkapital ihre Eigenkapitalrentabilität um 1,9 Prozentpunkte und erreichten mit 6,0% das Niveau des langfristigen Mittels. Zu dieser Entwicklung dürfte der zunehmende Einfluss der Brexit-Banken auf den Jahresüberschuss der Gruppe der Regional- und sonstigen Kreditbanken wesentlich beigetragen haben. Die mit 4,8 Prozentpunkten größte Verbesserung ihrer Eigenkapitalrentabilität gegenüber

Eigenkapitalrentabilität in nahezu allen Bankengruppen verbessert, Ausmaß der Verbesserung allerdings stark unterschiedlich

³⁹ Bei den Bausparkassen sank die Eigenkapitalrentabilität um 0,3 Prozentpunkte auf 1,4%.

⁴⁰ Großbanken, Regional- und sonstige Kreditbanken, Zweigstellen ausländischer Banken, Landesbanken, Sparkassen, Kreditgenossenschaften, Realkreditinstitute sowie Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben.

Eigenkapitalrentabilität einzelner Bankengruppen⁴¹⁾

in %

Bankengruppe	2017	2018	2019	2020	2021 P ^{b)}
Alle Bankengruppen	5,63 (4,08)	3,73 (2,41)	1,07 (– 0,41)	2,71 (1,12)	5,05 (3,23)
Kreditbanken darunter:	3,95 (2,79)	2,07 (1,54)	– 7,70 (– 8,99)	– 1,56 (– 2,95)	2,68 (1,45)
Großbanken	2,88 (2,30)	1,14 (1,24)	– 16,63 (– 17,58)	– 7,08 (– 8,22)	– 2,26 (– 2,13)
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken	5,31 (3,33)	3,30 (1,89)	4,44 (2,69)	4,10 (2,46)	6,04 (3,88)
Landesbanken	1,85 (0,98)	– 2,45 (– 3,89)	2,03 (1,55)	1,29 (0,84)	4,05 (2,28)
Sparkassen	9,44 (6,72)	7,19 (4,83)	6,86 (4,83)	5,36 (3,36)	6,28 (4,22)
Kreditgenossenschaften	10,11 (7,05)	8,19 (5,50)	9,17 (6,57)	7,31 (4,98)	8,39 (6,21)
Realkreditinstitute	5,49 (3,56)	2,09 (0,88)	5,31 (3,75)	8,06 (1,40)	16,91 (5,73)
Bausparkassen	9,18 (7,74)	2,21 (1,02)	3,83 (2,95)	1,66 (0,86)	1,41 (0,50)

* Jahresüberschuss vor Steuern (in Klammern: nach Steuern) in % des durchschnittlichen bilanziellen Eigenkapitals (einschl. Fonds für allgemeine Bankrisiken, jedoch ohne Genussrechtskapital).

Deutsche Bundesbank

dem Vorjahr erzielten allerdings die Großbanken, womit sie wesentlich zur positiven Gesamtentwicklung beitrugen. Dennoch lag die Eigenkapitalrentabilität der Großbanken mit – 2,3 % weiterhin im negativen Bereich.⁴¹⁾

Die Gesamtkapitalrentabilität (Jahresüberschuss vor Steuern in Relation zur jahresdurchschnittlichen Bilanzsumme) entwickelte sich grundsätzlich im Gleichlauf zur Eigenkapitalrentabilität. Mit einem Anstieg um 0,13 Prozentpunkte hat sich die Gesamtkapitalrentabilität, getrieben durch den Jahresüberschuss vor Steuern, im Jahr 2021 nahezu verdoppelt. Zudem wurde mit 0,29 % erstmals seit 2018 wieder ein Niveau oberhalb des langfristigen Mittels von 0,22 % erreicht.

Das Bilanzwachstum gegenüber dem Vorjahr hatte keine nennenswerten Auswirkungen auf den Anstieg der Gesamtkapitalrentabilität in der Gesamtbetrachtung. In einzelnen Bankengruppen war der Einfluss auf die Veränderung der

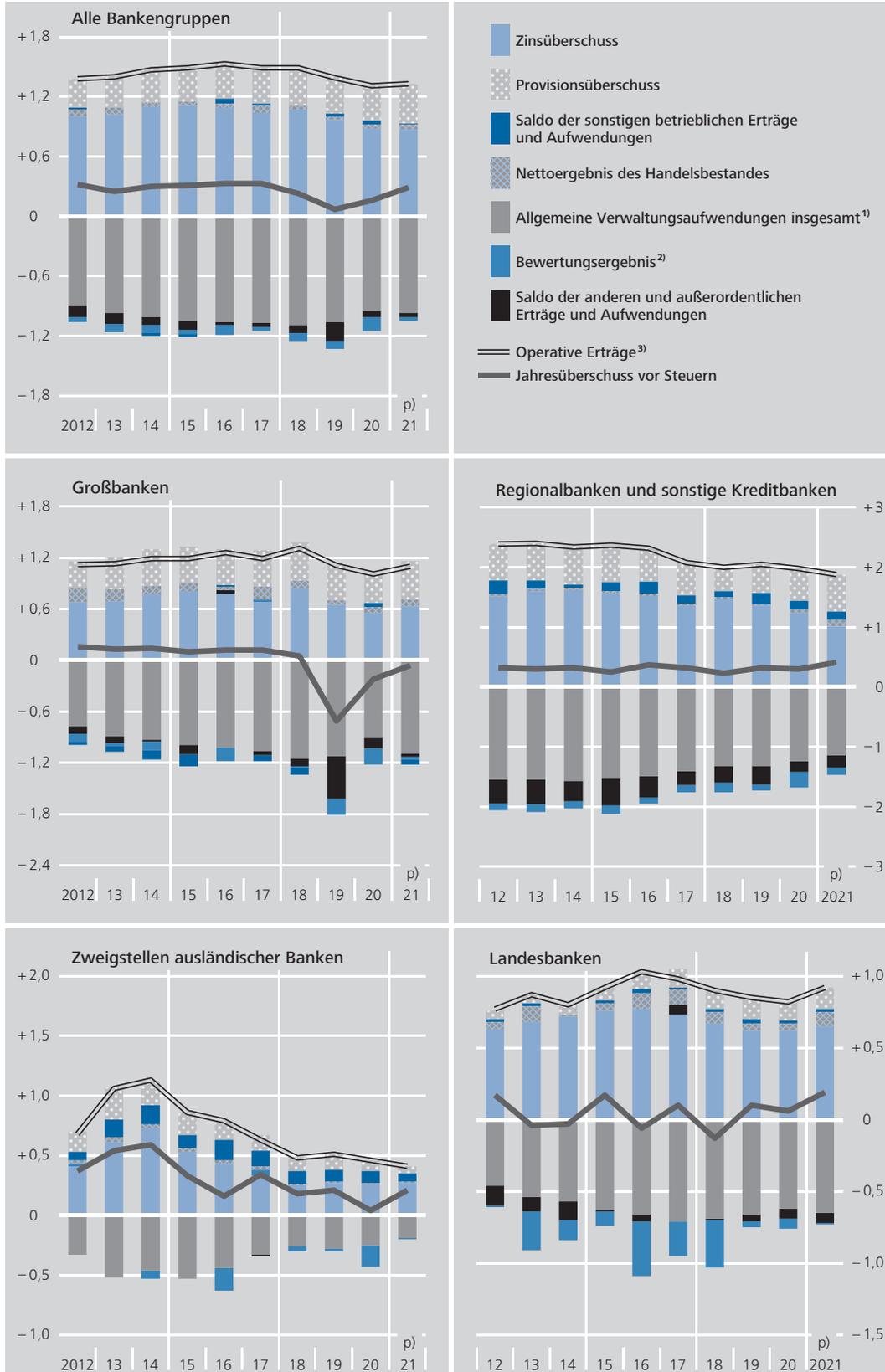
Gesamtkapitalrentabilität jedoch wesentlich. Besonders stark wirkte sich das durch die Brexit-Banken getriebene hohe Bilanzwachstum bei den Regional- und sonstigen Kreditbanken aus. Der positive Effekt aus dem Anstieg des Jahresüberschusses auf die Gesamtkapitalrentabilität wurde hier durch das Bilanzwachstum halbiert. Die verbliebene Steigerung um 0,11 Prozentpunkte genügte dennoch, um mit 0,41 % ein Niveau deutlich oberhalb des langfristigen Mittels von 0,32 % zu erreichen. Die Sparkassen steigerten ihre Gesamtkapitalrentabilität im Berichtsjahr um 0,06 Prozentpunkte auf 0,54 %, lagen damit aber weiterhin unter dem langfristigen Mittel von 0,62 %. Zusammen mit den Kreditgenossenschaften, die nach einem Anstieg um 0,08 Prozentpunkte im Jahr 2021 ein Niveau von 0,70 % erreichten, gehörten die Sparkassen erneut zu den Bankengruppen

⁴¹⁾ Der starke Rückgang des bilanziellen Eigenkapitals (Näheres siehe Fußnote 34 auf S. 73) gegenüber dem Vorjahr bremste wie im Vorjahr die Verbesserung der Eigenkapitalrentabilität im Jahr 2021.

Gesamtkapitalrentabilität insgesamt ebenfalls deutlich gestiegen

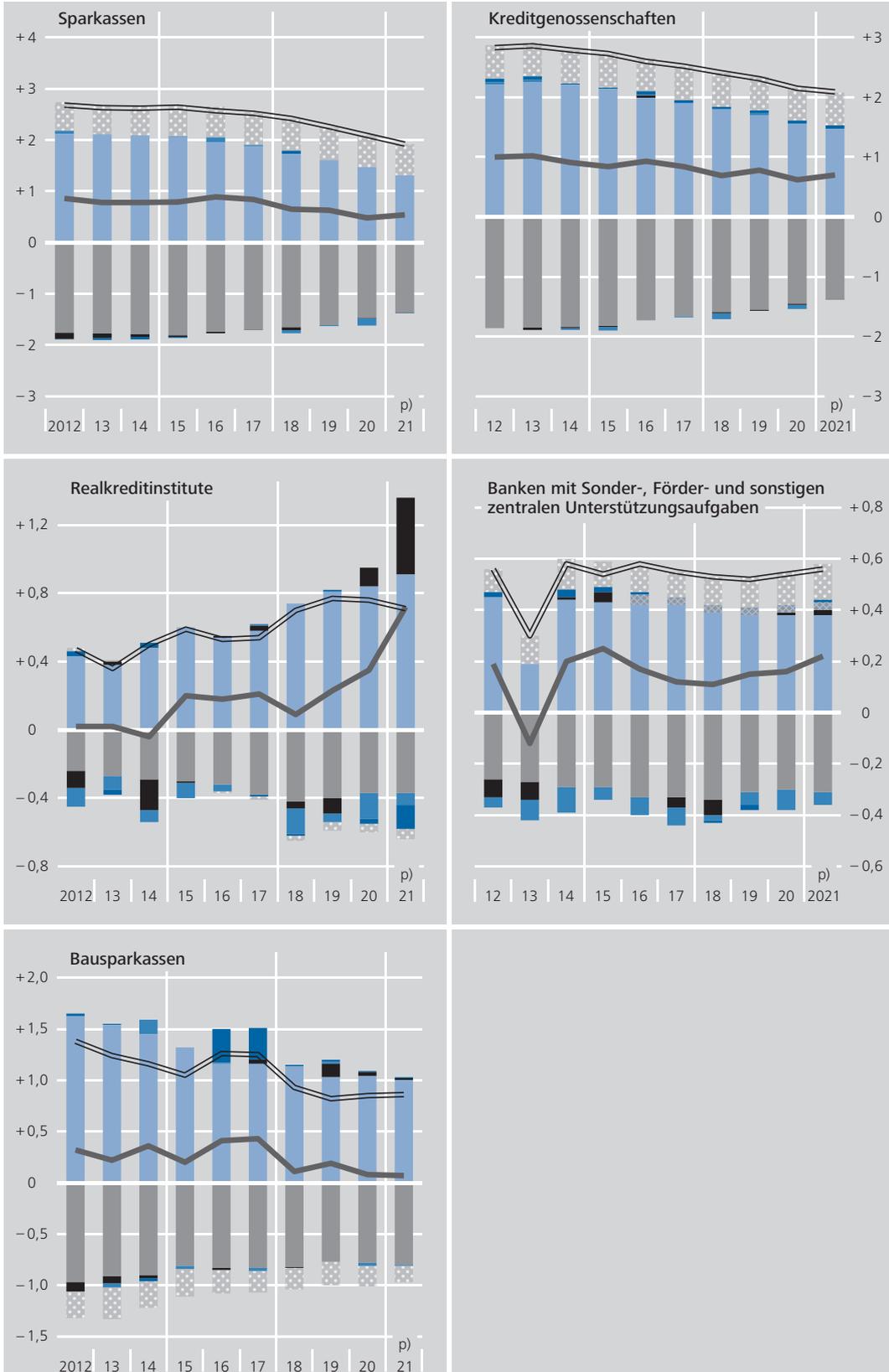
Gesamtkapitalrendite und ihre Komponenten nach Bankengruppen¹⁾

in % der durchschnittlichen Bilanzsumme, unterschiedliche Maßstäbe in den Grafiken



* Änderungen der Zugehörigkeit von Kreditinstituten zu Bankengruppen werden jeweils ab dem Zeitpunkt der Neuordnung berücksichtigt. **1** Einschl. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Werte und Sachanlagen. **2** Netto-Bewertungsaufwand oh-
 Deutsche Bundesbank

in % der durchschnittlichen Bilanzsumme, unterschiedliche Maßstäbe in den Grafiken



ne Sach- und Finanzanlagengeschäft. **3** Rohertrag zuzüglich Nettoergebnis des Handelsbestandes sowie Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen.

pen mit der höchsten Gesamtkapitalrentabilität. Anders als bei den Sparkassen lag die Gesamtkapitalrentabilität der Kreditgenossenschaften jedoch leicht oberhalb des langfristigen Mittels von 0,67 %. Das vergleichsweise starke Bilanzwachstum, das in erster Linie durch die erneut starke Ausweitung des Einlagen- und Kreditgeschäfts verursacht wurde, bremste auch bei den Sparkassen und Kreditgenossenschaften den Anstieg der Gesamtkapitalrentabilität deutlich. So wurde die durch den Anstieg des Jahresüberschusses hervorgerufene Steigerung der Gesamtkapitalrentabilität in beiden Fällen durch das Bilanzwachstum um jeweils gut ein Drittel reduziert.

Jahresüberschuss

Jahresüberschuss vor Steuern in erster Linie aufgrund des stark reduzierten Netto-Bewertungsaufwands gegenüber 2020 nahezu verdoppelt

Insgesamt stieg der Jahresüberschuss vor Steuern im Jahr 2021 gegenüber dem Vorjahr um 12,8 Mrd €. Hauptsächlich aufgrund des stark reduzierten Netto-Bewertungsaufwands erreichte er mit 27,1 Mrd € fast das Doppelte des Vorjahreswertes und lag damit erstmals seit 2017 sowohl deutlich oberhalb des langfristigen Mittels von 18,0 Mrd € als auch über dem Mittel der Jahre nach der Finanzkrise (2010 bis 2018) von 25,4 Mrd €.

Jahresüberschuss vor Steuern in fast allen Bankengruppen kräftig gestiegen

Im Gegensatz zu 2020 konnten mit Ausnahme der Bausparkassen⁴²⁾ alle betrachteten Bankengruppen⁴³⁾ ihre Jahresergebnisse vor Steuern kräftig steigern. Den absolut betrachtet größten Anstieg verzeichneten die Großbanken, deren Jahresergebnis um 4,5 Mrd € anstieg. Dennoch beendeten sie das Berichtsjahr als einzige Bankengruppe mit einem Fehlbetrag vor Steuern, der mit 1,5 Mrd € allerdings nur noch ein Viertel des Fehlbetrags im Jahr 2020 betrug. Demgegenüber erzielten die Sparkassen und Kreditgenossenschaften erneut die höchsten Jahresüberschüsse vor Steuern im Vergleich aller Bankengruppen. Mit 8,2 Mrd € beziehungsweise 7,7 Mrd € erwirtschafteten sie zusammen fast 60 % des aggregierten Jahresüberschusses im Jahr 2021. Allerdings verzeichneten die Sparkassen und Kreditgenossenschaften trotz kräftiger

Anstiege um jeweils 1,4 Mrd € die geringsten Wachstumsraten (Sparkassen: + 21,3 %; Kreditgenossenschaften: + 22,2 %) unter allen Bankengruppen.⁴⁴⁾ Die Regional- und sonstigen Kreditbanken verzeichneten einen kräftigen Anstieg um 2,3 Mrd € (+ 70,6 %), wobei sich auch hier die zunehmende Bedeutung der Brexit-Banken auswirkte.

Der Netto-Bewertungsaufwand⁴⁵⁾ verringerte sich im Berichtsjahr um 9,7 Mrd € auf rund ein Viertel seines Vorjahreswertes. Mit insgesamt 3,6 Mrd € lag er nicht nur deutlich unter seinem langfristigen Mittel von 13,5 Mrd €. Der Rückgang im Jahr 2021 glich vielmehr auch die pandemiebedingte Verdoppelung des Netto-Bewertungsaufwands des Vorjahres mehr als aus und trug maßgeblich zur Erhöhung des Jahresüberschusses vor Steuern im Berichtsjahr bei.

Stark reduzierter Netto-Bewertungsaufwand war für drei Viertel des Gesamtanstiegs des aggregierten Jahresüberschusses verantwortlich

Die deutschen Kreditinstitute bildeten deutlich weniger Risikovorsorge als im Vorjahr und lösten im Jahr 2020 gebildete Risikovorsorge im Berichtsjahr teilweise wieder auf. So halbierten sich die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft und lagen im Berichtsjahr mit 7,0 Mrd € deutlich unterhalb des langfristigen

⁴² Der Jahresüberschuss der Bausparkassen ging im Jahr 2021 auf niedrigem Niveau um rund 14 % zurück und lag mit 0,2 Mrd € deutlich unter dem langfristigen Mittel von 0,7 Mrd €.

⁴³ Großbanken, Regional- und sonstige Kreditbanken, Zweigstellen ausländischer Banken, Landesbanken, Sparkassen, Kreditgenossenschaften, Realkreditinstitute sowie Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben.

⁴⁴ Abgesehen von den Zweigstellen ausländischer Banken, die ihren Jahresüberschuss auf niedrigem Niveau auf 0,3 Mrd € nahezu versiebenfachten, wiesen die Landesbanken primär aufgrund deutlich gesteigener operativer Erträge mit + 218,2 % die größte Wachstumsrate beim Jahresüberschuss vor Steuern aus.

⁴⁵ Der Netto-Bewertungsaufwand umfasst Ergebniswirkungen aus Wertberichtigungen sowie Zu- und Abschreibungen auf Buchforderungen und Wertpapiere der Liquiditätsreserve. Darüber hinaus werden dort Erträge und Aufwendungen im Zusammenhang mit der Auflösung und Bildung von Rückstellungen im Kreditgeschäft und stillen Vorsorgereserven nach § 340f HGB berücksichtigt. Allerdings ist aufgrund der nach HGB erlaubten Überkreuzkompensation aus dem Jahresabschluss nicht ersichtlich, in welchem Ausmaß stille Vorsorgereserven gebildet oder aufgelöst wurden.

Wichtige Ertrags- und Aufwandspositionen für einzelne Bankengruppen 2021 ^{p)}

in % der operativen Erträge

Position	Alle Bankengruppen	Großbanken	Regionalbanken und sonstige Kreditbanken	Landesbanken	Sparbanken	Kreditgenossenschaften	Realkreditinstitute	Bausparbanken	Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben
Zinsüberschuss	65,1	57,5	53,7	70,7	68,1	70,6	129,2	116,9	68,4
Provisionsüberschuss	30,0	41,1	32,8	16,1	31,7	26,6	- 8,8	- 18,2	24,4
Nettoergebnis des Handelsbestandes	3,9	7,3	5,8	10,7	0,0	0,0	0,0	0,0	6,2
Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen	0,9	- 5,9	7,7	2,5	0,1	2,8	- 20,4	1,2	1,1
Operative Erträge	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	- 72,9	- 99,2	- 60,6	- 70,6	- 70,8	- 65,9	- 52,5	- 93,6	- 55,5
davon:									
Personalaufwand	- 37,0	- 42,9	- 29,0	- 34,3	- 43,2	- 37,5	- 24,6	- 35,1	- 27,1
Andere Verwaltungsaufwendungen	- 35,9	- 56,3	- 31,6	- 36,2	- 27,5	- 28,4	- 27,9	- 58,5	- 28,3
Bewertungsergebnis	- 2,8	- 2,5	- 6,4	- 0,6	- 0,6	- 0,1	- 9,5	- 0,7	- 9,7
Saldo der anderen und außerordentlichen Erträge und Aufwendungen	- 2,8	- 4,0	- 11,2	- 8,1	- 0,6	- 0,5	63,5	2,5	3,7

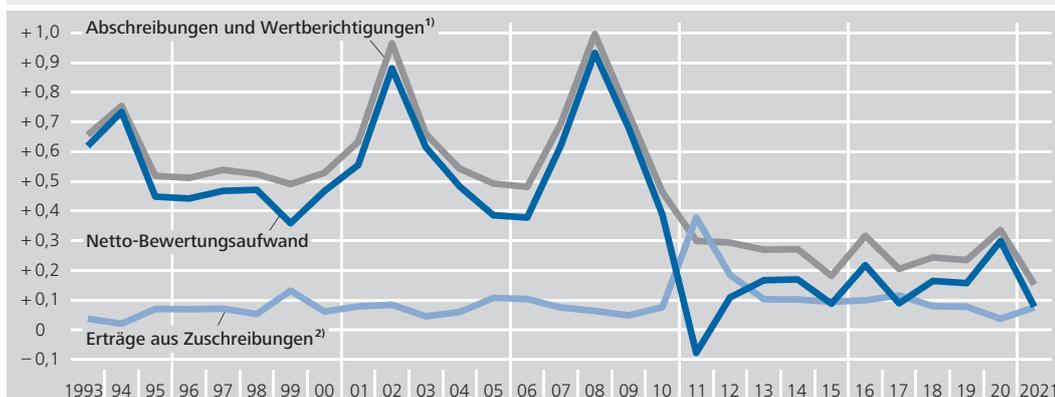
Deutsche Bundesbank

Mittels von 17,4 Mrd €. Gleichzeitig verdoppelten sich die Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft gegenüber 2020 auf 3,4 Mrd €. Im Vorjahr war diese Position noch rückläufig. Ab-

solut gesehen machte der Rückgang der Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft mit 7,9 Mrd € gut 80 % des gesamten

Netto-Bewertungsaufwand insgesamt und nach Komponenten ^{*)}

in %



* Im Verhältnis zum jahresdurchschnittlichen Kreditbestand. **1** Auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft. **2** Zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft.

Deutsche Bundesbank

Risikovorsorge der Kreditinstitute (Bewertungsergebnis)^{*)}

Mrd €



* Netto-Bewertungsaufwand ohne Sach- und Finanzanlagen-geschäft. Änderungen der Zugehörigkeit von Kreditinstituten zu Bankengruppen werden jeweils ab dem Zeitpunkt der Neu-zuordnung berücksichtigt. ¹ Zweigstellen ausländischer Banken, Realkreditinstitute, Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben sowie Bausparkassen.
 Deutsche Bundesbank

Rückgangs des Netto-Bewertungsaufwands aus.

Für diese Entwicklung gab es mehrere Ursachen. So blieben die zu Beginn der Corona-virus-Pandemie befürchteten hohen Kreditausfälle nicht zuletzt aufgrund der umfangreichen fiskal- und geldpolitischen Maßnahmen aus.⁴⁶⁾ Zudem schätzten die deutschen Banken vor dem Hintergrund einer insgesamt günstigeren gesamtwirtschaftlichen Lage und eines bis zum dritten Quartal 2021 rückläufigen Anteils notleidender Kredite am gesamten Kreditvolumen die Kreditrisiken weiterhin als niedrig ein.⁴⁷⁾

Die Reduktion des Netto-Bewertungsaufwands war grundsätzlich in allen Bankengruppen zu beobachten, wenngleich in unterschiedlichem Ausmaß. Insbesondere die Sparkassen und Kreditgenossenschaften, die im Berichtsjahr zusammen mehr als die Hälfte des aggregierten Jahresüberschusses vor Steuern erwirtschafteten, aber auch die Großbanken reduzierten ihren Netto-

Alle Banken-gruppen reduzierten ihren Netto-Bewertungsaufwand in großem Umfang

Bewertungsaufwand im Vorjahresvergleich um rund 90 % und mehr. Bei den Sparkassen und Kreditgenossenschaften waren allerdings im Gegensatz zur Gesamtentwicklung vergleichsweise große Teile des Rückgangs beim Netto-Bewertungsaufwand auch auf gestiegene Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft zurückzuführen. Die Regional- und sonstigen Kreditbanken reduzierten ihren Netto-Bewertungsaufwand mit rund 40 % hingegen vergleichsweise moderat, obwohl sie im Vorjahr absolut gesehen den größten Beitrag zum Anstieg des Netto-Bewertungsaufwands geleistet hatten.

Das operative Geschäft der deutschen Kreditinstitute erwies sich im Jahr 2021 trotz anhaltendem Negativzinsumfeld und Coronavirus-Pandemie als robust. Die operativen Erträge⁴⁸⁾ stiegen gegenüber dem Vorjahr vergleichsweise stark um 5,8 Mrd € (+ 4,8 %). Damit war sowohl der absolute als auch der prozentuale Anstieg mehr als dreimal so hoch wie im Jahr 2020. Zudem waren die operativen Erträge im Jahr 2021 der zweite wesentliche Treiber für den Anstieg des aggregierten Jahresüberschusses vor Steuern; der Rückgang des Netto-Bewertungsaufwands war allerdings nahezu doppelt so bedeutend.

Operative Erträge nach dem Netto-Bewertungsaufwand zweiter wesentlicher Treiber für den Anstieg des Jahresüberschusses vor Steuern

Der Anstieg der operativen Erträge im Jahr 2021 wurde in erster Linie durch das kräftige Wachstum des Provisionsüberschusses verursacht. Zuwächse beim Zinsüberschuss und Handelsergebnis wirkten zwar ebenfalls positiv auf die operativen Erträge. Zusammen waren sie jedoch gerade ausreichend, um den Rückgang des sonstigen betrieblichen Ergebnisses auszugleichen. Entsprechend verschoben sich die Anteile der einzelnen Ertragsquellen an den ge-

Anstieg der operativen Erträge hauptsächlich durch Provisionsüberschuss getrieben

⁴⁶ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2022a), S. 31.

⁴⁷ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2022a), S. 31f., sowie Deutsche Bundesbank (2021a), S. 43f.

⁴⁸ Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Nettoergebnis des Handelsbestandes und Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen.

samten operativen Erträgen leicht. Der Zinsüberschuss war mit einem Anteil von rund zwei Dritteln an den operativen Erträgen auch im Jahr 2021 die wichtigste Ertragsquelle der deutschen Banken. Gegenüber dem Vorjahr sank sein Anteil an den operativen Erträgen jedoch erneut. Der Provisionsüberschuss baute hingegen seine Bedeutung als zweitwichtigste Ertragsquelle aus und erreichte einen Anteil von 30 % an den operativen Erträgen. Das Handelsergebnis sowie das sonstige betriebliche Ergebnis waren insgesamt weiterhin nur von untergeordneter Bedeutung.

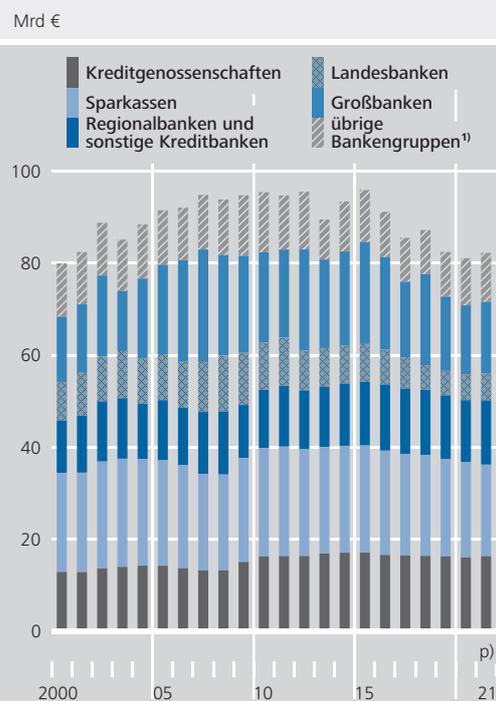
Entwicklung der operativen Erträge in den Bankengruppen im Berichtsjahr deutlich heterogener als im Vorjahr

Nachdem im Vorjahr mit Ausnahme der Sparkassen alle Bankengruppen Anstiege ihrer operativen Erträge verzeichneten, war das Bild im Jahr 2021 deutlich uneinheitlicher. So waren Zuwächse der operativen Erträge insbesondere bei Regional- und sonstigen Kreditbanken sowie Kreditgenossenschaften zu beobachten. Dabei verzeichneten die Regional- und sonstigen Kreditbanken aufgrund der zunehmenden Bedeutung der Brexit-Banken sowohl absolut (+ 4,2 Mrd €) als auch relativ (+ 19,5 %) betrachtet den größten Zuwachs, der in erster Linie durch den Provisionsüberschuss und das Handelsergebnis getrieben wurde. Die Kreditgenossenschaften folgten mit + 1,0 Mrd €; sie profitierten vorrangig vom Provisionsüberschuss, gefolgt vom Zinsüberschuss.

Rückgänge ihrer operativen Erträge wiesen im Jahr 2021 vor allem die Großbanken (– 0,6 Mrd €) und erneut die Sparkassen (– 0,2 Mrd €) aus. Bei den Sparkassen überstieg ein vergleichsweise starker Rückgang beim Zinsüberschuss den Anstieg des Provisionsüberschusses. Bei den Großbanken dominierte dagegen ein starker Rückgang des sonstigen betrieblichen Ergebnisses die ansonsten positive Entwicklung des Zins- und Provisionsüberschusses.

Der Zinsüberschuss der deutschen Kreditinstitute stieg im Berichtsjahr erstmals seit dem Jahr 2018 wieder leicht an und lag mit 82,2 Mrd € um 1,2 Mrd € (+ 1,4 %) über dem Vorjahreswert. Dazu trugen vor allem erhöhte laufende

Zinsüberschuss der Kreditinstitute^{*)}



* Änderungen der Zugehörigkeit von Kreditinstituten zu Bankengruppen werden jeweils ab dem Zeitpunkt der Neuordnung berücksichtigt. ¹ Zweigstellen ausländischer Banken, Realkreditinstitute, Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben sowie Bausparkassen.
 Deutsche Bundesbank

Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sowie aus Beteiligungen bei, die ebenfalls im Zinsüberschuss enthalten sind. Der Zinsüberschuss im engeren Sinne, das heißt der Ergebnisbetrag aus dem zinsbezogenen Geschäft, verbesserte sich dagegen ungeachtet einer verstärkten Kreditvergabe nur leicht. Über die Bankengruppen betrachtet stand der Anstieg des Zinsüberschusses grundsätzlich auf einer breiten Basis: Mit Ausnahme der Sparkassen und Bausparkassen verzeichneten alle betrachteten Bankengruppen⁴⁹⁾ gegenüber dem Vorjahr gestiegene Zinsüberschüsse. Die größten Einzelbeiträge zum Anstieg des gesamten Zinsüberschusses leisteten mit jeweils 0,5 Mrd € die Großbanken sowie die Regional- und sonstigen Kreditbanken. Landesbanken und Kreditgenossenschaften leisteten ebenfalls

Zinsüberschuss erstmals seit dem Jahr 2018 wieder leicht gestiegen, Zinserträge allerdings weiter rückläufig

⁴⁹ Großbanken, Regional- und sonstige Kreditbanken, Zweigstellen ausländischer Banken, Landesbanken, Kreditgenossenschaften, Realkreditinstitute sowie Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben.

wesentliche Beiträge zum Gesamtanstieg. Ihre Zinsüberschüsse stiegen gegenüber dem Vorjahr um jeweils 0,3 Mrd €. Demgegenüber verzeichneten die Sparkassen als einzige Bankengruppe mit – 0,9 Mrd € (– 4,2 %) einen deutlichen Rückgang beim Zinsüberschuss.⁵⁰⁾

Rückgang der Zinserträge konnte 2021 durch gesunkene Zinsaufwendungen insgesamt überkompensiert werden

Insgesamt wurde der Anstieg des Zinsüberschusses im Jahr 2021 bei gleichläufigen Entwicklungen von Zinserträgen und Zinsaufwendungen erzielt. So sanken die Zinserträge im weiteren Sinne⁵¹⁾ im Jahr 2021 gegenüber dem Vorjahr um 9,1 Mrd €; gleichzeitig gingen die Zinsaufwendungen um 10,2 Mrd € zurück. Anders als in den Vorjahren gelang es den deutschen Kreditinstituten damit, im Berichtsjahr den Rückgang der Zinserträge durch eine Senkung der Zinsaufwendungen mehr als auszugleichen. Diese Entwicklung war zudem nicht nur auf aggregierter Ebene, sondern auch bei allen Bankengruppen⁵²⁾ außer bei den Sparkassen und Bausparkassen zu beobachten.

Das anhaltende Negativzinsumfeld führte im Berichtsjahr nicht nur durch die negativ verzinsten Überschussliquidität in der Einlagefazilität des Eurosystems zu geringeren Zinserträgen für die deutschen Kreditinstitute.⁵³⁾ Vielmehr sanken laut den Daten der MFI-Zinsstatistik erneut die Zinssätze im Kreditgeschäft. Besonders betroffen waren hierbei neben den Zinsen im Unternehmenskreditgeschäft in erster Linie die Zinsen im volumenstarken Kreditgeschäft mit privaten Haushalten. In der Folge konnten selbst die hohen Volumenzuwächse im Kreditgeschäft – insbesondere bei der Neuvergabe von Wohnungsbaukrediten – den Rückgang der Zinserträge nicht aufhalten. Allerdings nutzten die deutschen Banken im Jahr 2021 noch stärker als im Vorjahr Instrumente zur Verringerung des Zinsaufwands. Hierunter fielen die nahezu vollständige Ausnutzung der Ende 2019 eingeführten Freibeträge bei der negativen Verzinsung der Einlagefazilität ebenso wie die weiter verstärkte Nutzung der teils negativ verzinsten Refinanzierungsgeschäfte mit dem Eurosystem (insbesondere GLRG III)⁵⁴⁾. Außerdem trugen erneut umfangreiche Konditionsanpassungen im

Geschäft mit Kundeneinlagen (einschl. verstärkter Weitergabe von Negativzinsen⁵⁵⁾) zur Verringerung des Zinsaufwands bei.⁵⁶⁾

Obwohl die deutschen Kreditinstitute ihren Zinsüberschuss im Jahr 2021 gegenüber dem Vorjahr leicht verbessern konnten, sank die Zinsmarge (Zinsüberschuss im weiteren Sinne im Verhältnis zur jahresdurchschnittlichen Bilanzsumme) im Berichtsjahr um 0,01 Prozentpunkte auf den neuen Tiefstand von 0,87 %. So erwies sich der dämpfende Effekt des Bilanzwachstums auf die Zinsmarge als doppelt so hoch wie der positive Effekt, den der Anstieg des Zinsüberschusses auf die Zinsmarge hatte. Bei den Sparkassen und Kreditgenossenschaften, deren Geschäftsmodelle im besonderen Maße vom zinsbezogenen Geschäft geprägt sind, wurden die Rückgänge der Zinsmargen

Zinsmargen sanken auf neuen Tiefstand trotz Anstieg des Zinsüberschusses

⁵⁰ Der Rückgang des Zinsüberschusses bei den Bausparkassen war mit 0,02 Mrd € sehr gering und hatte praktisch keinen Einfluss auf die Veränderung in der Gesamtbetrachtung.

⁵¹ Zinserträge im engeren Sinne zuzüglich laufender Erträge aus nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen sowie Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen.

⁵² Großbanken, Regional- und sonstige Kreditbanken, Zweigstellen ausländischer Banken, Landesbanken, Kreditgenossenschaften, Realkreditinstitute sowie Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben.

⁵³ In ihrem Geschäftsbericht für das Jahr 2021 weist die Bundesbank Zinserträge aus negativ verzinsten Einlagen deutscher Banken in der Einlagefazilität i. H. v. 4,8 Mrd € aus (Vorjahr: 2,7 Mrd €). Die zweistufige Verzinsung der Einlagefazilität ist hierin bereits berücksichtigt. Der starke Anstieg, der sich bei den deutschen Banken in einem erhöhten Zinsaufwand niedergeschlagen haben dürfte, war dabei auf einen um 73 % höheren negativ verzinsten Bestand in der Einlagefazilität zurückzuführen. Vgl.: Deutsche Bundesbank (2022a), S. 74 f.

⁵⁴ Die deutschen Kreditinstitute nutzten im Jahr 2021 die GLRG III stärker als noch im Jahr 2020 und erzielten damit laut Geschäftsbericht der Bundesbank 2021 Zinserträge i. H. v. 4,0 Mrd € (Vorjahr: 1,8 Mrd €). Vgl.: Deutsche Bundesbank (2022a), S. 74 f.

⁵⁵ Gemäß der MFI-Zinsstatistik lag der durchschnittliche Zinssatz für neue, täglich fällige Einlagen von nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften im Dezember 2020 bei – 0,09 %. Im Dezember des Berichtsjahres lag dieser Wert bereits bei – 0,14 %. Für neue, täglich fällige Einlagen von Privatkunden lag der durchschnittliche Zinssatz im Dezember 2020 praktisch bei null, bewegte sich im Februar 2021 erstmals in den negativen Bereich und lag im Dezember 2021 bei – 0,01 %.

⁵⁶ Eine Abschätzung, in welchem Ausmaß Konditionsanpassungen im Einlagengeschäft den Zinsaufwand im Jahr 2021 verringerten, zeigen die Ausführungen auf S. 85 f.

Veränderung des Zinsaufwands deutscher Banken durch Konditionsanpassungen im Einlagengeschäft mit Nichtbanken im Kalenderjahr 2021

Die nachfolgenden Betrachtungen knüpfen inhaltlich und methodisch an die Ausführungen zur Veränderung des Zinsaufwands deutscher Banken durch Konditionsanpassungen im Einlagengeschäft mit Nichtbanken im Kalenderjahr 2020 an, die im Rahmen des Beitrags zur Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2020 im Monatsbericht September 2021 enthalten waren. Im Folgenden wird vor dem Hintergrund des seit 2014 vorherrschenden Negativzinsumfelds abgeschätzt, um welchen Betrag deutsche Banken ihren Zinsaufwand im Laufe des Kalenderjahres 2021 durch Konditionsanpassungen im Einlagengeschäft gegenüber dem Vorjahr verringert haben. Dabei werden alle Einlagen von Nichtbanken (nicht Monetäre Finanzinstitute) in die Betrachtung einbezogen. Weitere Auswirkungen der Negativzinsen auf Zinsaufwand und -ertrag sowie auf sämtliche anderen Aufwands- und Ertragspositionen der Banken werden allerdings ausgeblendet. Daher kann der Gesamteffekt der Negativverzinsung auf die Ertragslage der Banken auf Basis der folgenden Betrachtung nicht abschließend beurteilt werden.¹⁾

Die Tabelle auf Seite 86 fasst die Berechnungsergebnisse zusammen. Gegenüber dem Jahr 2020 dürfte sich der Zinsaufwand im Einlagengeschäft im Jahr 2021 um schätzungsweise 1,6 Mrd € reduziert haben. Der Rückgang war nahezu 20 % stärker als im Vorjahr (–1,3 Mrd €), wobei mit rund 1,4 Mrd € erneut der Großteil der Reduktion auf das Einlagengeschäft im Inland zurückzuführen war. Im Geschäft mit ausländischen Einlegern wurde der Zinsaufwand im Vergleich zum Vorjahr um knapp 0,2 Mrd € gesenkt.

Dabei fiel der Rückgang des Zinsaufwands 2021 in nahezu allen Einlagenkategorien höher aus als noch im Jahr 2020. Wie bereits im Vorjahr reduzierten die deutschen Banken im Berichtsjahr ihren Zinsaufwand insbesondere bei Sicht- und Termineinlagen. Während der Rückgang des Zinsaufwands bei den Sichteinlagen mit 0,6 Mrd € vergleichsweise moderat (rund 10 %) über dem Vorjahreswert lag, war der Rückgang des Zinsaufwands bei Termineinlagen mit gut 0,8 Mrd € um rund 40 % höher als noch im Jahr 2020. Lediglich bei Spareinlagen sowie bei langfristigen Termineinlagen nichtfinanzieller Unternehmen und ausländischer Einleger ging der Zinsaufwand weniger stark zurück als im Vorjahr.

Erneut schlug sich auch die Einführung und/oder Ausweitung negativer Einlagenzinsen in der Gesamtentwicklung nieder. So wurde rund die Hälfte der gesamten Reduktion des Zinsaufwands durch (verstärkt) negative Durchschnittszinsen auf Einlagen erreicht. Neben der Ausweitung der negativen Durchschnittsverzinsung auf kurzfristige Termineinlagen dürfte hierzu im Jahr 2021 insbesondere die Verzinsung von Sichteinlagen privater Haushalte beigetragen haben. Letztere hatte sich bis Januar 2021 zwar immer weiter der Marke von null angenähert, blieb aber im positiven Bereich. Ab Februar 2021 waren allerdings erstmals durchgängig negative Durchschnittszinsen auf Sichteinlagen privater Haushalte zu beobachten, die sich im Laufe des Jahres ausweiteten.

¹ Für weitere methodische Erläuterungen vgl.: Deutsche Bundesbank (2021e), S. 112 f.

Veränderung des Zinsaufwands¹⁾ im Einlagen-Bestandsgeschäft mit dem nichtfinanziellen Sektor im Jahr 2021 gegenüber 2020 sowie im Jahr 2020 gegenüber 2019

Mio €

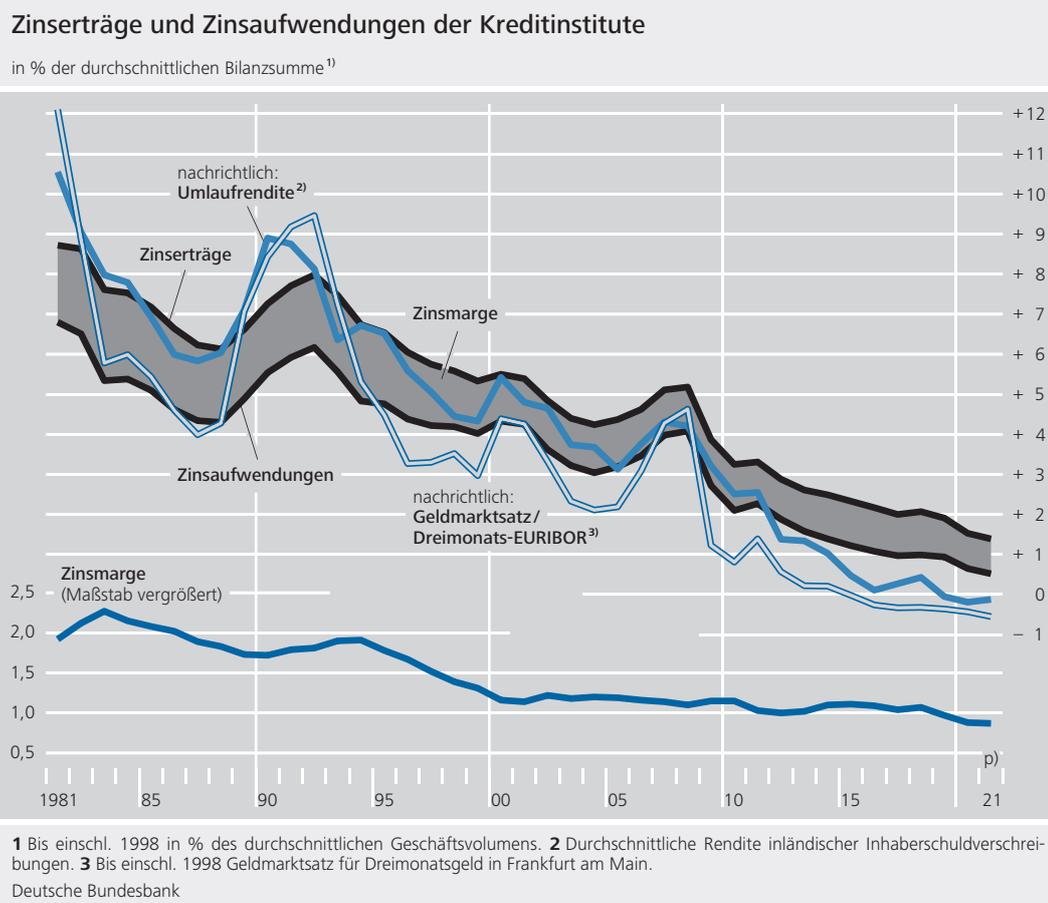
Einlagenkategorie	Inland				Ausland	Summe	
	private Haushalte	nicht-finanzielle Unternehmen	sonstiger nicht-finanzieller Sektor	Summe Veränderung Zinsaufwand	Einleger insgesamt	Veränderung Zinsaufwand	davon: Einführung oder Ausweitung negativer Einlagenzinsen
Sichteinlagen							
2020	- 149,25	1) - 235,27	1) - 117,43	- 501,95	1) - 66,23	- 568,17	1) - 418,92
2021	1) - 158,50	1) - 279,16	1) - 117,88	- 555,54	1) - 72,04	- 627,58	1) - 469,08
Spareinlagen ²⁾							
2020	- 166,26		- 0,85	- 167,11	- 1,94	- 169,04	.
2021	- 113,80		- 0,36	- 114,16	- 1,49	- 115,66	.
Termineinlagen							
Laufzeit < 2 Jahre							
2020	- 0,38	1) - 72,33	1) - 115,55	- 188,26	1) - 63,20	- 251,46	1) - 228,91
2021	- 23,59	1) - 104,57	1) - 112,37	- 240,54	1) - 123,66	- 364,19	1) - 340,60
Laufzeit > 2 Jahre							
2020	- 226,82	- 31,33	- 119,09	- 377,24	36,59	- 340,65	.
2021	- 228,76	- 29,57	- 236,21	- 494,54	36,54	- 458,00	.
Insgesamt							
2020	.	.	.	- 1 234,55	- 94,77	- 1 329,32	- 647,83
2021	.	.	.	- 1 404,78	- 160,65	- 1 565,43	- 809,68

* Negative Werte stellen eine Verringerung des Zinsaufwands dar. 1) Reduktion des Zinsaufwands im Einlagengeschäft infolge negativer Durchschnittszinsen. 2) Bei Spareinlagen wird der Bestand privater Haushalte und nichtfinanzieller Unternehmen in der MFI-Zinsstatistik nur gemeinsam ausgewiesen.

Deutsche Bundesbank

Die Verringerung des Zinsaufwands im Einlagengeschäft in Höhe von rund 1,6 Mrd € hat zudem den Netto-Zinsaufwand durch die negativ verzinsten Einlagefazilität im Kalenderjahr 2021 in größerem Ausmaß überkompensiert, als es noch im Jahr 2020 der Fall war. Der Netto-Zinsaufwand ergibt sich als Saldo aus dem Zinsaufwand aus der Verzinsung der Überschussliquidität abzüglich der Zinserträge aus der Teilnahme an den negativ verzinsten gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften (GLRG III). Er sank im Kalenderjahr 2021 um rund 20 % auf 0,8 Mrd €.²⁾

2) Vgl.: Deutsche Bundesbank (2022a), S. 74 f. Laut den Angaben im Geschäftsbericht der Bundesbank für das Jahr 2021 dürfte den deutschen Banken ein Zinsaufwand aus negativ verzinsten Einlagen in der Einlagefazilität i. H. v. 4,8 Mrd € entstanden sein (Vorjahr: 2,7 Mrd €). Die zweistufige Verzinsung der Einlagefazilität ist hierin bereits berücksichtigt. Im gleichen Zeitraum erzielten die deutschen Kreditinstitute aus der Nutzung der GLRG III Zinserträge i. H. v. 4,0 Mrd € (Vorjahr: 1,8 Mrd €). Netto dürften den deutschen Banken so im Jahr 2021 mit 0,8 Mrd € um 20 % geringere direkte Netto-Zinsaufwendungen aus der negativ verzinsten Einlagefazilität entstanden sein als noch im Vorjahr (2020: 1,0 Mrd €).



um 0,16 Prozentpunkte beziehungsweise 0,09 Prozentpunkte sogar zum überwiegenden Teil durch starkes Bilanzwachstum getrieben. Gleichzeitig gingen die Zinserträge im engeren Sinne in beiden Bankengruppen trotz starker Ausweitung der Kreditvergabe erneut zurück. Dennoch wiesen die Sparkassen und Kreditgenossenschaften auch im Jahr 2021 mit 1,31% beziehungsweise 1,47% weiterhin die höchsten Zinsmargen unter allen betrachteten Bankengruppen aus, wenngleich damit in beiden Fällen neue Tiefstände erreicht wurden.

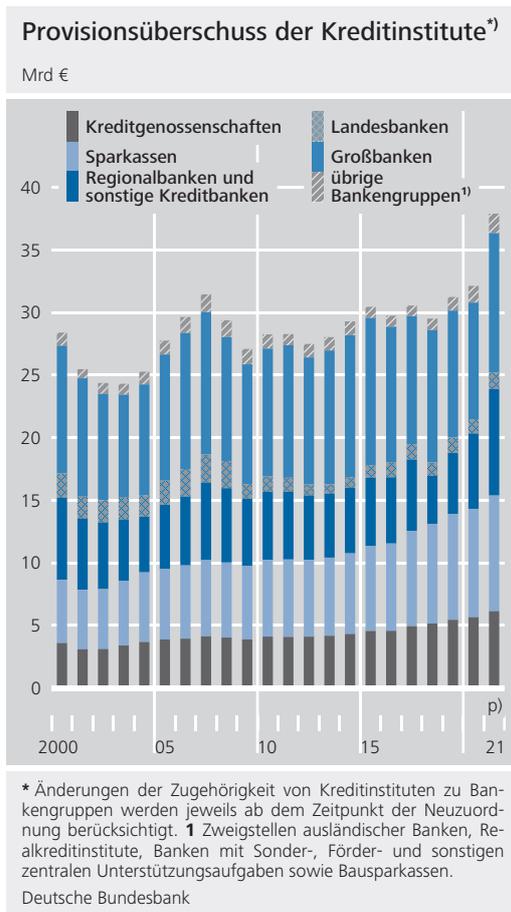
Wesentliche Wachstumstreiber über alle Bankengruppen hinweg waren kräftiges Wachstum beim Wertpapiergeschäft mit Kunden, beim Zahlungsverkehr, im Vermittlungsgeschäft, in der Vermögensverwaltung, aber auch bei den Gebühren für Dienstleistungen.

Anders als im Vorjahr zeigte sich beim Vergleich der Bankengruppen im Jahr 2021 eine sehr einheitliche Entwicklung. Abgesehen von den Zweigstellen ausländischer Banken und den Realkreditinstituten konnten alle Bankengruppen⁵⁷⁾ ihre Provisionsüberschüsse kräftig steigern. Große Wachstumsraten verzeichneten vor allem die Regional- und sonstigen Kreditbanken (+ 41,4%). Obwohl diese Bankengruppe nur knapp ein Viertel des gesamten Provisionsüberschusses erwirtschaftete, belief sich ihr Anteil am gesamten Anstieg des Provisionsüberschusses

*Provisions-
 ergebnis ins-
 gesamt und auf
 breiter Front in
 den Banken-
 gruppen deut-
 lich verbessert*

Der Provisionsüberschuss stieg gegenüber dem Vorjahr um 5,8 Mrd € (+ 17,9%) auf 37,9 Mrd €. Sowohl der absolute Anstieg als auch die Wachstumsrate waren im Berichtsjahr mehr als sechsmal so hoch wie noch im Jahr 2020. Damit nahm die Bedeutung des Provisionsüberschusses als zweitwichtigste Ertragsquelle nach dem Zinsüberschuss weiter zu. Zudem lag der Provisionsüberschuss des Jahres 2021 deutlich über dem langfristigen Mittel von 28,6 Mrd €.

⁵⁷ Großbanken, Regional- und sonstige Kreditbanken, Landesbanken, Sparkassen, Kreditgenossenschaften, Bausparkassen sowie Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben.



ses auf gut 40 %. Hier erwiesen sich erneut die Brexit-Banken als wesentliche Entwicklungstreiber, da deren Geschäftsmodelle stärker auf das Provisionsgeschäft ausgerichtet sind als die Geschäftsmodelle der meisten anderen Banken in Deutschland.

Mit vergleichsweise geringen Verbesserungen ihrer Provisionsüberschüsse leisteten die Sparkassen (+ 6,7 %) und Kreditgenossenschaften (+ 8,5 %) dagegen unterproportionale Beiträge zum Anstieg des aggregierten Provisionsüberschusses. So erwirtschafteten die Sparkassen zwar knapp ein Viertel des gesamten Provisionsüberschusses, trugen aber nur rund 10 % zum Gesamtanstieg bei. Die Kreditgenossenschaften trugen rund 8 % zum Gesamtanstieg bei, obwohl ihr Anteil am aggregierten Provisionsüberschuss bei rund 16 % lag.

Die Provisionsmarge (Provisionsüberschuss im Verhältnis zur jahresdurchschnittlichen Bilanzsumme) stieg nach dem Rückgang im Jahr 2020

im Berichtsjahr um 0,05 Prozentpunkte und lag mit 0,40 % über dem langfristigen Mittel von 0,35 %. Zwar hatte das Wachstum der jahresdurchschnittlichen Bilanzsumme im Berichtsjahr erneut einen dämpfenden Effekt auf die Provisionsmarge. Anders als im Vorjahr dominierte jedoch der positive Effekt des stark gestiegenen Provisionsüberschusses.

Im Vergleich der Bankengruppen waren allerdings unterschiedliche Entwicklungen zu beobachten. So waren Anstiege der Provisionsmargen insbesondere bei den Großbanken (+ 0,11 Prozentpunkte) sowie den Regional- und sonstigen Kreditbanken (+ 0,07 Prozentpunkte) zu verzeichnen. Der starke Anstieg bei den Großbanken war dabei knapp zur Hälfte auf die stark verringerte jahresdurchschnittliche Bilanzsumme zurückzuführen. Im Gegensatz dazu zehrte das starke Bilanzwachstum bei den Regional- und sonstigen Kreditbanken rund zwei Drittel des Anstiegs der Provisionsmarge aufgrund des gestiegenen Provisionsüberschusses auf.

Provisionsmarge stieg insgesamt auf höchsten Wert seit Beginn der Negativzinsphase 2014 und lag deutlich über dem langfristigen Mittel

Entwicklung der Provisionsmarge in den Bankengruppen allerdings heterogen

Bei den Sparkassen und Kreditgenossenschaften hatte das Bilanzwachstum ebenfalls einen dämpfenden Effekt auf den Anstieg der Provisionsmarge. Trotz des gestiegenen Provisionsüberschusses lag die Provisionsmarge der Kreditgenossenschaften unverändert auf dem Niveau des Vorjahres; die Sparkassen verzeichneten einen leichten Rückgang der Provisionsmarge um 0,01 Prozentpunkte.

Das Nettoergebnis des Handelsbestandes stieg im Jahr 2021 gegenüber dem Vorjahr um 1,4 Mrd € (+ 40,3 %) und lag mit 4,9 Mrd € deutlich über dem langfristigen Mittel von 3,6 Mrd €. Dadurch stieg auch der Anteil des Handelsergebnisses an den operativen Erträgen auf knapp 4 % (Vorjahr: knapp 3 %). Zudem war das Handelsergebnis im Berichtsjahr mehr als viermal so groß wie das sonstige betriebliche Ergebnis, nachdem im Jahr 2020 Handels- und sonstiges betriebliches Ergebnis noch gleichauf lagen.

Handelsergebnis erneut stark verbessert; primär aufgrund eines starken Anstiegs bei Regional- und sonstigen Kreditbanken

Wie bereits in den Vorjahren war das Handelsergebnis weiterhin in erster Linie für Großbanken, Regional- und sonstige Kreditbanken sowie Landesbanken relevant. Während sich das Handelsergebnis der Großbanken auf dem Vorjahresniveau bewegte, erwiesen sich im Berichtsjahr die Regional- und sonstigen Kreditbanken als Haupttreiber der Gesamtentwicklung. Sie konnten aufgrund der Geschäftsverlagerungen infolge des Brexits ihr Handelsergebnis mit einem Anstieg um 0,9 Mrd € auf 1,5 Mrd € zum zweiten Mal in Folge mehr als verdoppeln. Zudem erzielten sie das zweithöchste Handelsergebnis nach den Großbanken und lagen damit noch vor den Landesbanken, die mit 0,9 Mrd € ebenfalls nahezu das Doppelte ihres Vorjahresergebnisses auswiesen. Zusammen erwirtschafteten diese drei Bankengruppen knapp 90 % des gesamten Handelsergebnisses.

Sonstiges betriebliches Ergebnis ging um mehr als zwei Drittel gegenüber dem Vorjahr zurück

Das sonstige betriebliche Ergebnis⁵⁸⁾ ging im Jahr 2021 um mehr als zwei Drittel (– 2,5 Mrd €) auf 1,2 Mrd € zurück. Der Anteil des sonstigen betrieblichen Ergebnisses an den operativen Erträgen fiel damit im Berichtsjahr auf unter 1%. Für diesen Rückgang waren fast ausschließlich die Großbanken verantwortlich. Deren sonstiges betriebliches Ergebnis reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um 2,9 Mrd €. Ursache waren in erster Linie Nettoaufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen für Pensionen und andere Altersvorsorgeverpflichtungen.

Anders als in den Jahren 2019 und 2020 war der Saldo der anderen und außerordentlichen

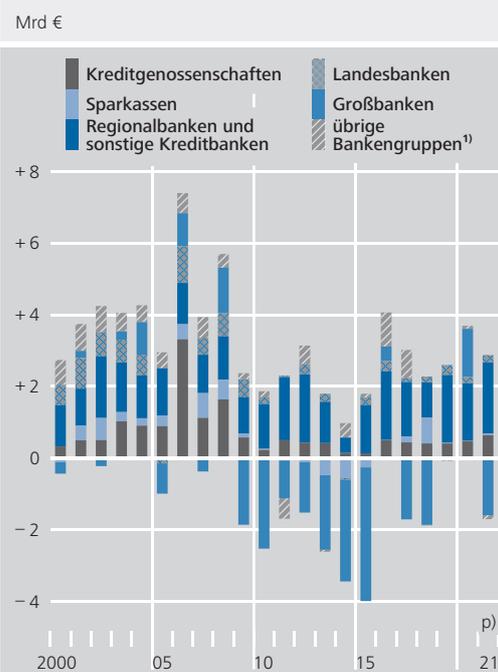
58 Sammelposition für diejenigen Erträge und Aufwendungen des operativen Geschäfts, die keine Verbindung zum Zins-, Provisions- oder Handelsergebnis haben. Sie enthält Leasingaufwendungen und -erträge, das Rohergebnis aus Warenverkehr und Nebenbetrieben, Abschreibungen auf Leasinggegenstände, sonstige betriebliche Aufwendungen und Erträge, sonstige Steuern sowie Entnahmen aus dem und Zuführungen zum Fonds zur bauparktechnischen Absicherung (nur bei Bausparkassen).

Handelsergebnis der Kreditinstitute¹⁾



* Änderungen der Zugehörigkeit von Kreditinstituten zu Bankengruppen werden jeweils ab dem Zeitpunkt der Neuordnung berücksichtigt. **1** Zweigstellen ausländischer Banken, Realkreditinstitute, Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben sowie Bausparkassen.
 Deutsche Bundesbank

Saldo sonstiger betrieblicher Erträge und Aufwendungen der Kreditinstitute¹⁾



* Änderungen der Zugehörigkeit von Kreditinstituten zu Bankengruppen werden jeweils ab dem Zeitpunkt der Neuordnung berücksichtigt. **1** Zweigstellen ausländischer Banken, Realkreditinstitute, Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben sowie Bausparkassen.
 Deutsche Bundesbank

Aufgliederung des außerordentlichen Ergebnisses

Mio €

Position	2019	2020	2021 ^{P)}
Saldo der anderen und außerordentlichen Erträge und Aufwendungen	- 16 133	- 5 822	- 3 554
Erträge (insgesamt)	4 201	4 247	5 713
Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	1 609	1 350	2 145
aus Verlustübernahme	734	590	1 220
Außerordentliche Erträge	1 858	2 307	2 348
Aufwendungen (insgesamt)	- 20 334	- 10 069	- 9 267
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	- 12 158	- 2 839	- 1 494
aus Verlustübernahme	- 908	- 328	- 318
Außerordentliche Aufwendungen	- 3 152	- 3 972	- 3 585
Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne	- 4 116	- 2 930	- 3 870

Deutsche Bundesbank

Saldo der anderen und außerordentlichen Rechnung im Berichtsjahr von untergeordneter Bedeutung für die Entwicklung des Jahresüberschusses vor Steuern

Rechnung⁵⁹⁾ im Berichtsjahr für den Anstieg des aggregierten Jahresüberschusses nur von untergeordneter Bedeutung. Trotz einer deutlichen Verbesserung um fast 40 % (absolut: + 2,3 Mrd €) leistete der Saldo der anderen und außerordentlichen Rechnung im Jahr 2021 einen vergleichsweise geringen Beitrag zum Zuwachs des gesamten Jahresüberschusses. Die Verbesserung wurde zudem maßgeblich durch eine gestiegene Beteiligungsbewertung bei einem Institut aus der Gruppe der Großbanken getrieben.

Anstieg der Verwaltungsaufwendungen zehrte Verbesserung der operativen Erträge weitgehend auf

Die Verwaltungsaufwendungen⁶⁰⁾ stiegen im Jahr 2021 deutlich um 5,0 Mrd € (+ 5,7 %) auf 92,0 Mrd €. Mit Blick auf den Jahresüberschuss vor Steuern des Berichtsjahres zehrte der starke Anstieg damit die Verbesserung der operativen Erträge zu rund 84 % auf. Dabei führten insbesondere überproportionale Anstiege der Verwaltungsaufwendungen von Großbanken (+ 1,9 Mrd €) sowie Regional- und sonstigen Kreditbanken (+ 2,2 Mrd €) zu dem starken Gesamt-

anstieg. Zusammen waren diese beiden Bankengruppen für rund 80 % des Gesamtanstiegs der Verwaltungsaufwendungen verantwortlich. Im Gegensatz dazu verzeichneten die Kreditgenossenschaften nur einen leichten Anstieg (+ 0,3 Mrd €), bei den Sparkassen stagnierten sie.

⁵⁹⁾ Die andere und außerordentliche Rechnung erfasst Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere; Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren; Aufwendungen und Erträge aus Verlustübernahme; außerordentliche Aufwendungen und Erträge sowie aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne.

⁶⁰⁾ Die Verwaltungsaufwendungen umfassen Personal- und andere Verwaltungsaufwendungen. Die anderen Verwaltungsaufwendungen enthalten bspw. Investitionen in die Produktentwicklung, die Informationstechnologie und die Digitalisierung. Darüber hinaus schließen die anderen Verwaltungsaufwendungen auch Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen mit ein.

Höhere Personalaufwendungen und höhere andere Verwaltungsaufwendungen trugen gleichermaßen zum Gesamtanstieg der Verwaltungsaufwendungen bei

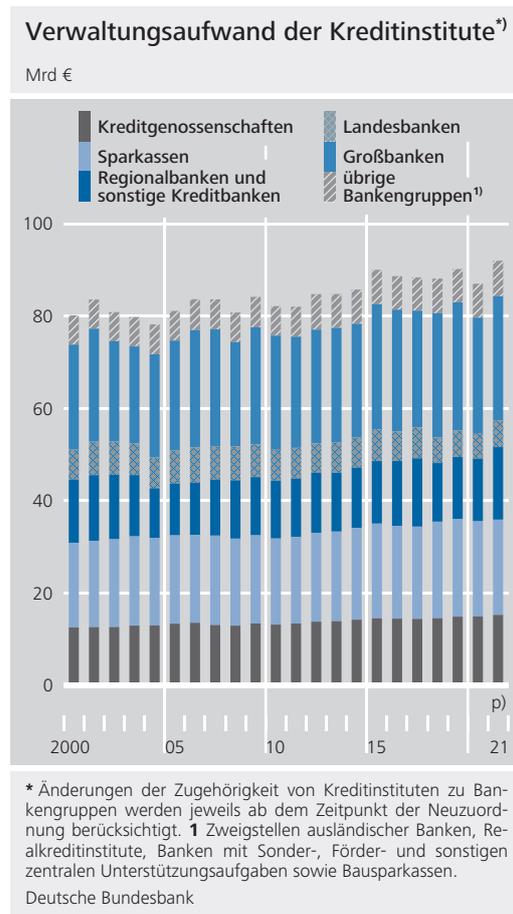
Zum Anstieg der Verwaltungsaufwendungen insgesamt trugen gestiegene Personalaufwendungen und höhere andere Verwaltungsaufwendungen gleichermaßen bei. Der Anteil der Personalaufwendungen an den gesamten Verwaltungsaufwendungen blieb gegenüber dem Vorjahr mit knapp 51% stabil.⁶¹⁾ So führten unter anderem gestiegene Sozialabgaben sowie Restrukturierungsaufwendungen für Vorruhestandsregelungen oder Abfindungen zum Anstieg der Personalaufwendungen. Für den Anstieg der anderen Verwaltungsaufwendungen waren vorrangig IT- und Digitalisierungskosten verantwortlich. Aber auch höhere Aufwendungen in Zusammenhang mit der europäischen Bankenabgabe und dem gesetzlichen Einlagen-sicherungsfonds schlugen sich in den anderen Verwaltungsaufwendungen nieder. Daneben wurden teils hohe Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände vorgenommen.

Wirtschaftlichkeit

Wirtschaftlichkeit gegenüber Vorjahr insgesamt leicht verschlechtert

Gemessen an der Aufwand-Ertrags-Relation in weiter Abgrenzung (Verwaltungsaufwendungen relativ zu den operativen Erträgen) verschlechterte sich die Wirtschaftlichkeit der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2021 leicht. Trotz gestiegener operativer Erträge führte der Anstieg der Verwaltungsaufwendungen zu einer Erhöhung der Aufwand-Ertrags-Relation gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Prozentpunkte auf 72,9%. Damit lag die Aufwand-Ertrags-Relation weiterhin deutlich über dem langfristigen Mittel von 68,2%.

Beim Vergleich der Bankengruppen verzeichneten die Großbanken mit einem Anstieg um 8,9 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr die größte Verschlechterung der Aufwand-Ertrags-Relation. Dabei waren die stark gestiegenen Verwaltungsaufwendungen für rund drei Viertel des Anstiegs verantwortlich; etwa ein Viertel wurde durch den Rückgang der operativen Erträge hervorgerufen. Mit 99,2% wiesen die Großbanken zudem weiterhin die größte Aufwand-Ertrags-Relation unter allen Bankengrup-



pen auf. Die Aufwand-Ertrags-Relation der Sparkassen verschlechterte sich um 0,7 Prozentpunkte, obwohl sich ihre Verwaltungsaufwendungen gegenüber dem Jahr 2020 kaum veränderten. Bei ihnen wurde die Änderung der Aufwand-Ertrags-Relation im Berichtsjahr fast ausschließlich durch den Rückgang der operativen Erträge verursacht. Im Gegensatz dazu konnten die Kreditgenossenschaften ihre Aufwand-Ertrags-Relation im Jahr 2021 um 1,3 Prozentpunkte verbessern, da ihre operativen Erträge stärker stiegen als die Verwaltungsaufwendungen.

61 Im Vergleich der betrachteten Bankengruppen waren die Anteile der Personalaufwendungen bei Sparkassen mit rund 61% und bei Kreditgenossenschaften mit rund 57% aufgrund ihres personalintensiven Geschäftsmodells mit vielen Filialen in der Fläche im Berichtsjahr weiterhin überdurchschnittlich hoch. Der Anteil der Personalaufwendungen der Großbanken lag dagegen bei rund 43%.

Relation des Verwaltungsaufwands zu operativen Erträgen der Kreditinstitute^{*)}

in %



* Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Nettoergebnis des Handelsbestandes und Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen.

Deutsche Bundesbank

Aufwand-Ertrags-Relation nach Bankengruppen

in %

Bankengruppe	Allgemeine Verwaltungsaufwendungen in Relation zu den operativen Erträgen ¹⁾		
	2019	2020	2021 ^{p)}
Alle Bankengruppen	76,0	72,3	72,9
Kreditbanken	84,9	77,7	79,9
Großbanken	100,9	90,3	99,2
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken	64,4	62,4	60,6
Zweigstellen ausländischer Banken	54,4	53,2	46,2
Landesbanken	78,5	75,9	70,6
Sparkassen	71,4	70,1	70,8
Kreditgenossenschaften	67,2	67,2	65,9
Realkreditinstitute	51,2	49,0	52,5
Bausparkassen	94,6	91,4	93,6
Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben	59,7	56,2	55,5

1 Summe aus Zins- und Provisionsüberschuss zuzüglich Nettoergebnis des Handelsbestandes sowie Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen.

Deutsche Bundesbank

feld. Zwar gab der Wegfall der meisten Coronavirus-Schutzmaßnahmen den von diesen Maßnahmen besonders betroffenen Dienstleistern und den auf sie entfallenden Konsumausgaben einen kräftigen Schub.⁶²⁾ Allerdings wird die wirtschaftliche Entwicklung zunehmend durch die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine beeinträchtigt. Belastend wirken hierbei vor allem hohe Rohstoffpreise, massive Handelsbeschränkungen, unter anderem aufgrund von Sanktionen und Gegenmaßnahmen, sowie mögliche Energieengpässe.⁶³⁾ Sollte sich das konjunkturelle Umfeld weiter eintrüben, könnte dies beispielsweise über höhere Kreditausfälle auch die Ertragslage der deutschen Banken belasten. Zudem stellen die starke Teuerung und die Unsicherheit, insbesondere mit Blick auf die Energieversorgung, wesentliche Belastungen für Unternehmen und private Haushalte dar⁶⁴⁾ und könnten letztlich über eine verminderte Schuldendienstfähigkeit das Kreditausfallrisiko erhöhen.

Des Weiteren hat die EZB vor dem Hintergrund der bereits hohen Inflationsraten und der weiter gestiegenen Inflationserwartungen ihren geldpolitischen Kurs geändert. Die Nettokäufe im Rahmen des PEPP und des APP wurden Ende März 2022 beziehungsweise Ende Juni 2022 eingestellt, und mit der Zinsentscheidung vom 21. Juli 2022 wurde die Zinswende eingeleitet. Durch die fortgesetzte Reinvestition freiwerdender Mittel aus den Ankaufprogrammen soll aber unter anderem weiterhin gewährleistet werden, dass Banken über ausreichend Liquidität verfügen. Das steigende Zinsniveau könnte kurzfristig die Ertragslage der deutschen Banken belasten. Mittelfristig dürften sich allerdings die ertragssteigernden Effekte der geldpolitischen

EZB ändert geldpolitischen Kurs: Einstellung der Nettokäufe bei APP und PEPP sowie Ausstieg aus dem Negativzinsumfeld

Ausblick

Geschäftsumfeld für deutsche Kreditinstitute zunehmend schwierig

Im laufenden Jahr wirken zahlreiche Entwicklungen auf das Geschäftsumfeld der deutschen Kreditinstitute ein. So steigt zunächst die Unsicherheit mit Blick auf das konjunkturelle Um-

⁶² Inwieweit neue Infektionswellen im Herbst und Winter des laufenden Jahres Coronavirus-Schutzmaßnahmen erneut erforderlich machen, ist indessen derzeit nur schwer abzuschätzen.

⁶³ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2022d), S. 5.

⁶⁴ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2022d), S. 5.

Abschätzung des Effektes einer Zinswende auf die Zinsmarge der deutschen Kreditinstitute

Vor dem Hintergrund der sich vollziehenden Zinswende werden im Folgenden die Auswirkungen einer Zinserhöhung auf die Zinsmarge deutscher Banken abgeschätzt. Eine umfängliche Quantifizierung des Gesamteffektes auf die Ertragslage der Banken erfolgt dabei jedoch nicht: Beispielsweise bleiben derivative Zinsabsicherungsgeschäfte unberücksichtigt. Auch eine Abschätzung von Abschreibungsbedarfen, die durch Kursverluste von auf eigene Rechnung gehaltenen Wertpapieren entstehen können, erfolgt nicht.

Für die Abschätzung wird ein Zinsschock in Form einer unerwarteten Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um + 2 % angenommen. Dies entspricht dem Zinserhöhungsszenario (Baseler Zinsschock), das Bankenaufseher regelmäßig zur Messung der Zinsänderungsrisiken von Banken verwenden.¹⁾ Die Analyse basiert auf der gemäß der Monatlichen Bilanzstatistik zum Stichtag 31. Dezember 2021 approximierten Bilanz- und Laufzeitstruktur der Institute²⁾ und ermittelt daraus die Veränderung der Zinsmarge eines Instituts jeweils im ersten, zweiten und dritten Jahr nach der Zinserhöhung. Hierbei wird eine konstante Bilanzstruktur angenommen: Wenn ein Geschäft in einem Monat innerhalb des dreijährigen Betrachtungshorizonts ausläuft, wird es in demselben Monat in vollem Umfang durch ein gleichartiges Geschäft – jedoch unter Anwendung neuer Konditionen – ersetzt. Weiterhin wird angenommen, dass Banken die Zinserhöhung im Kreditgeschäft in vollem Umfang weitergeben, jedoch entsprechend empirischer Evidenz³⁾ nur unvollständig im Einlagengeschäft von Nichtbanken.

Entlastungseffekte durch das Wegfallen der Negativverzinsung auf Zentralbankguthaben der Banken werden nicht modelliert. Daher eignen sich die Ergebnisse lediglich zur Interpretation von Zinsanstiegen oberhalb der Zinsgrenze von 0 %, welche der Leitzins durch die geldpolitischen Beschlüsse vom 21. Juli 2022 erreichte. Bei der Einordnung der Ergebnisse ist auch zu berücksichtigen, dass Zinserhöhungen durch die Märkte und Banken antizipiert werden und es hierdurch zur Versteilung, Abflachung oder einem buckligen Verlauf der Zinsstruktur kommen kann. Im Vergleich zur unerwarteten Parallelverschiebung dürfte eine Versteilung die negativen Ertragseffekte in der Regel abmildern, eine Abflachung könnte die negativen Ertragseffekte dagegen verstärken. Insgesamt dürfte die vorliegende Abschätzung dennoch als konservativ zu betrachten sein.

Das Schaubild auf Seite 94 fasst die Analyseergebnisse zusammen, indem es die Veränderung der Zinsmarge gegenüber ihrem Ausgangswert zum 31. Dezember 2021 darstellt.⁴⁾

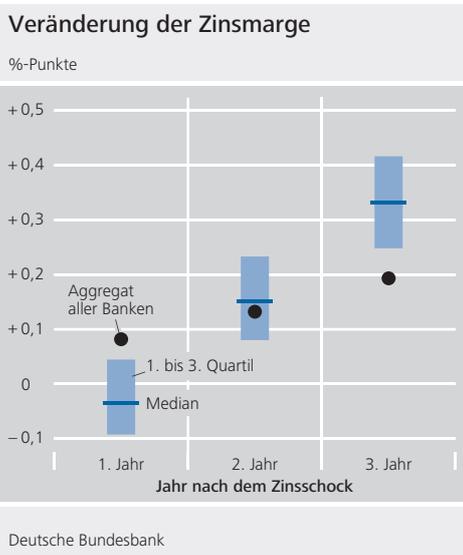
Insgesamt würde die Mehrheit der Institute demnach in der kurzen Frist lediglich geringe Rückgänge der Zinsmarge erleiden. Mittelfristig sollte jedoch eine Zinswende die Zinsmarge deutscher Banken auf breiter Front spürbar positiv beeinflussen, weil die

¹ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2017), S. 51.

² Vgl.: Deutsche Bundesbank (2022e), Kapitel: Monatliche Bilanzstatistik.

³ Vgl.: Busch und Memmel (2021).

⁴ An dieser Stelle wird bei der Berechnung der Zinsmarge nicht die jahresdurchschnittliche Bilanzsumme im Nenner berücksichtigt, sondern der Bilanzwert zum 31. Dezember 2021 verwendet. Grund hierfür ist, dass die Veränderung des Zinsüberschusses für eine ab Jahresende 2021 konstante Bilanzstruktur abgeschätzt wurde.



Anteile höher verzinslicher Zinsbuch-Forderungen sukzessive zunehmen und steigende Marktzinsen nur unvollständig an Einleger weitergegeben werden dürften.

Laut den Ergebnissen der Analyse sind die kurzfristigen Auswirkungen auf die Zinsmarge der einzelnen Banken dennoch heterogen. Obwohl die Zinsmarge des Aggregats deutscher Banken im ersten Jahr nach der Zinserhöhung bereits um rund 0,08 Prozentpunkte steigt, sinken die Zinsmargen bei rund 60 % der Institute. Der Rückgang der Zinsmarge würde für knapp 30 % der Institute stärker ausfallen als der Rückgang der aggregierten Zinsmarge im von der Coronavirus-Pandemie geprägten Geschäftsumfeld des Jahres 2020.⁵⁾ Lediglich bei rund 1 % der Institute wäre mit mehr als 0,20 Prozentpunkten⁶⁾ ein wesentlicher Rückgang der Zinsmarge zu erwarten.

Die Heterogenität der kurzfristigen Auswirkung einer Zinswende zeigt sich auch auf Ebene der Bankengruppen. Während in der Analyse bei weniger als 5 % der Kreditbanken und einem Drittel der Landesbanken im ersten Jahr sinkende Zinsmargen auftreten, verringern sich letztere bei drei Vierteln der Kreditgenossenschaften und zwei Dritteln

der Sparkassen sowie etwa bei der Hälfte der restlichen Institute.

Mittelfristig dürfte die Zinsmarge deutscher Institute von einer Zinserhöhung allerdings profitieren. Bereits im zweiten Jahr nach der Zinserhöhung würden gut 90 % der Institute (im dritten Jahr nahezu alle Institute) positive Effekte aufweisen. Der Anstieg der aggregierten Zinsmarge aller Banken würde im zweiten Jahr nach dem Zinsschock rund 0,13 Prozentpunkte (im dritten Jahr 0,19 Prozentpunkte) betragen.

⁵⁾ Im Jahr 2020 reduzierte sich die aggregierte Zinsmarge gegenüber dem Vorjahr um 0,09 Prozentpunkte.

⁶⁾ Dies entspricht einem knappen Viertel der jahresdurchschnittlichen Zinsmarge des Jahres 2021.

*Zusätzliche
Herausforderungen
durch Digitalisierung und
Klimaschutz*

Normalisierung stützend auf die Ertragsentwicklung der deutschen Kreditinstitute auswirken.⁶⁵⁾

Die Ertragslage der deutschen Institute dürfte außerdem auch künftig weiter von strukturellen Änderungen beeinflusst werden. So werden neben Investitionen in die Digitalisierung zunehmend auch Investitionen unter Klimaerwägungen eine große Herausforderung für die Branche darstellen. Der Klimastresstest der EZB hat zwar gezeigt, dass die Transformationsrisi-

ken für die deutschen Banken beherrschbar sein dürften. Aber auch wenn deutsche Institute vergleichsweise gut abgeschnitten haben, ist insgesamt eine intensivere Auseinandersetzung mit Klimarisiken angezeigt. Es bleibt daher abzuwarten, inwieweit Investitionen unter Klimaerwägungen auch Wachstumsmöglichkeiten für Banken bieten.

⁶⁵ In den Ausführungen auf S. 93 f. erfolgt eine Abschätzung des Effekts der Zinswende auf die Zinsmarge der deutschen Banken.

■ Literaturverzeichnis

Busch, R. und C. Memmel (2021), Why are bank rates on deposits so low?, Credit and Capital Markets, Vol. 54(4), S. 641–668.

Deutsche Bundesbank (2022a), Geschäftsbericht, 2021.

Deutsche Bundesbank (2022b), Monatsbericht, Februar 2022.

Deutsche Bundesbank (2022c), Bankstellenbericht 2021, Entwicklung des Bankstellennetzes im Jahr 2021.

Deutsche Bundesbank (2022d), Monatsbericht, Juli 2022.

Deutsche Bundesbank (2022e), Statistik der Banken und sonstigen Finanzinstitute, Richtlinien, Statistische Sonderveröffentlichung 1, Januar 2022.

Deutsche Bundesbank (2021a), Finanzstabilitätsbericht, 2021.

Deutsche Bundesbank (2021b), Monatsbericht, November 2021.

Deutsche Bundesbank (2021c), Monatsbericht, August 2021.

Deutsche Bundesbank (2021d), Monatsbericht, Mai 2021.

Deutsche Bundesbank (2021e), Monatsbericht, September 2021.

Deutsche Bundesbank (2020), Monatsbericht, September 2020.

Deutsche Bundesbank (2017), Monatsbericht, Oktober 2017.

Deutsche Bundesbank (2013), Finanzstabilitätsbericht, 2013.

Wichtige Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnungen nach Bankengruppen ^{*)}

in % der durchschnittlichen Bilanzsumme ^{o)}

Geschäftsjahr	Alle Bankengruppen	Kreditbanken			Landesbanken ¹⁾	Sparkassen ¹⁾	Kreditgenossenschaften	Realkreditinstitute ¹⁾	Bausparkassen	Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben
		insgesamt	darunter:							
			Großbanken ¹⁾	Regionalbanken und sonstige Kreditbanken ¹⁾						
Zinserträge ²⁾										
2015	2,33	1,66	1,33	2,71	3,04	2,90	2,84	4,07	3,18	2,21
2016	2,17	1,58	1,30	2,37	2,81	2,64	2,55	4,01	2,89	2,15
2017	2,00	1,54	1,26	2,25	2,74	2,42	2,33	3,35	2,63	1,78
2018	2,07	1,82	1,62	2,45	3,10	2,17	2,13	2,99	2,42	1,67
2019	1,91	1,58	1,41	2,09	3,23	2,03	2,00	2,80	2,34	1,52
2020	1,53	1,13	0,92	1,74	2,79	1,78	1,77	2,49	2,11	1,15
2021	1,39	0,97	0,90	1,21	2,95	1,58	1,63	2,35	1,92	0,93
Zinsaufwendungen										
2015	1,22	0,67	0,52	1,14	2,29	0,84	0,71	3,47	1,85	1,76
2016	1,08	0,61	0,52	0,85	2,04	0,68	0,55	3,47	1,73	1,73
2017	0,97	0,66	0,58	0,89	2,02	0,56	0,43	2,78	1,47	1,36
2018	0,99	0,82	0,77	0,98	2,43	0,44	0,33	2,25	1,29	1,28
2019	0,94	0,74	0,76	0,73	2,61	0,42	0,30	1,99	1,32	1,13
2020	0,65	0,40	0,37	0,52	2,17	0,30	0,21	1,65	1,07	0,77
2021	0,52	0,22	0,27	0,20	2,30	0,27	0,16	1,43	0,91	0,55
Saldo der Zinserträge und -aufwendungen = Zinsüberschuss (Zinsmarge)										
2015	1,11	0,99	0,81	1,56	0,76	2,06	2,14	0,60	1,32	0,45
2016	1,09	0,97	0,78	1,52	0,77	1,96	1,99	0,54	1,16	0,42
2017	1,04	0,87	0,68	1,36	0,73	1,87	1,90	0,58	1,16	0,42
2018	1,07	1,00	0,84	1,47	0,67	1,73	1,80	0,74	1,13	0,39
2019	0,97	0,84	0,65	1,36	0,62	1,61	1,70	0,81	1,03	0,38
2020	0,88	0,73	0,55	1,23	0,62	1,47	1,56	0,84	1,04	0,38
2021	0,87	0,75	0,63	1,01	0,65	1,31	1,47	0,91	1,00	0,38
Saldo der Provisionserträge und -aufwendungen = Provisionsüberschuss (Provisionsmarge)										
2015	0,35	0,47	0,43	0,62	0,09	0,60	0,57	0,00	-0,27	0,11
2016	0,36	0,45	0,42	0,56	0,12	0,60	0,55	-0,01	-0,23	0,10
2017	0,37	0,45	0,43	0,54	0,13	0,64	0,57	-0,02	-0,21	0,10
2018	0,36	0,43	0,45	0,40	0,13	0,63	0,57	-0,03	-0,21	0,11
2019	0,37	0,42	0,41	0,48	0,14	0,64	0,57	-0,05	-0,23	0,12
2020	0,35	0,39	0,34	0,55	0,13	0,62	0,55	-0,05	-0,20	0,13
2021	0,40	0,49	0,45	0,62	0,15	0,61	0,55	-0,06	-0,16	0,14

* Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. ^{o)} Ohne Bilanzsumme der Auslandsfilialen der Sparkassen, bis 2015 ohne Bilanzsumme der Auslandsfilialen der Genossenschaftlichen Zentralbanken, ab 2016 ohne Bilanzsumme der Auslandsfilialen der Realkreditinstitute und ab 2021 ohne Bilanzsumme der Auslandsfilialen der Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben. Anmerkungen **1** und **2** siehe S. 98.

noch: Wichtige Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnungen nach Bankengruppen *)

in % der durchschnittlichen Bilanzsumme ^{o)}

Geschäftsjahr	Alle Bankengruppen	Kreditbanken			Landesbanken ¹⁾	Sparkassen ¹⁾	Kreditgenossenschaften	Realkreditinstitute ¹⁾	Bausparkassen	Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben
		insgesamt	Großbanken ¹⁾	darunter: Regionalbanken und sonstige Kreditbanken ¹⁾						
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen										
2015	1,05	1,11	0,99	1,53	0,63	1,81	1,82	0,30	0,81	0,32
2016	1,06	1,14	1,02	1,49	0,66	1,74	1,73	0,32	0,83	0,33
2017	1,07	1,14	1,06	1,41	0,71	1,69	1,66	0,38	0,83	0,33
2018	1,09	1,17	1,15	1,32	0,69	1,65	1,59	0,42	0,82	0,34
2019	1,06	1,16	1,12	1,32	0,66	1,61	1,55	0,40	0,77	0,31
2020	0,95	0,98	0,91	1,24	0,62	1,47	1,45	0,37	0,78	0,30
2021	0,97	1,07	1,09	1,14	0,65	1,36	1,37	0,37	0,80	0,31
Nettoergebnis des Handelsbestandes										
2015	0,04	0,08	0,09	0,04	0,05	0,00	0,00	0,00	0,00	0,03
2016	0,04	0,04	0,04	0,04	0,11	0,00	0,00	0,00	0,00	0,04
2017	0,07	0,12	0,15	0,03	0,11	0,00	0,00	0,00	0,00	0,03
2018	0,04	0,07	0,09	0,03	0,08	0,00	0,00	0,00	0,00	0,03
2019	0,03	0,04	0,05	0,02	0,05	0,00	0,00	0,00	0,00	0,03
2020	0,04	0,07	0,07	0,06	0,05	0,00	0,00	0,00	0,00	0,03
2021	0,05	0,09	0,08	0,11	0,10	0,00	0,00	0,00	0,00	0,03
Betriebsergebnis vor Bewertung										
2015	0,44	0,36	0,20	0,84	0,28	0,82	0,91	0,29	0,23	0,26
2016	0,47	0,39	0,23	0,83	0,38	0,83	0,87	0,21	0,43	0,25
2017	0,42	0,30	0,13	0,67	0,27	0,83	0,86	0,16	0,42	0,23
2018	0,40	0,31	0,16	0,68	0,21	0,77	0,81	0,28	0,11	0,18
2019	0,33	0,21	-0,01	0,73	0,18	0,65	0,76	0,38	0,04	0,21
2020	0,36	0,28	0,10	0,75	0,20	0,62	0,71	0,39	0,07	0,23
2021	0,36	0,27	0,01	0,74	0,27	0,56	0,71	0,34	0,05	0,25
Bewertungsergebnis										
2015	-0,04	-0,03	0,00	-0,14	-0,10	0,01	-0,06	-0,09	-0,03	-0,03
2016	-0,10	-0,14	-0,16	-0,10	-0,38	0,09	0,01	-0,04	0,01	-0,07
2017	-0,04	-0,02	0,03	-0,12	-0,24	0,02	-0,02	0,01	-0,03	-0,07
2018	-0,08	-0,06	-0,02	-0,16	-0,33	-0,06	-0,10	-0,15	0,01	-0,02
2019	-0,08	-0,16	-0,19	-0,10	-0,04	-0,02	0,04	-0,05	0,02	-0,05
2020	-0,14	-0,21	-0,19	-0,26	-0,07	-0,14	-0,07	-0,15	-0,03	-0,08
2021	-0,04	-0,06	-0,03	-0,12	-0,01	-0,01	0,00	-0,07	-0,01	-0,05

Anmerkungen *, ^o siehe S. 97. **1** Ab 2018 Zuordnung der DB Privat- und Firmenkundenbank AG zur Bankengruppe „Großbanken“, 2020 Fusion mit der Deutsche Bank AG. Ab 2018 Zuordnung der HSH Nordbank zur Bankengruppe „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“ und der Landesbank Berlin zur Bankengruppe „Sparkassen“. Zuordnung der DSK Hyp AG (vormals SEB AG) zur Bankengruppe „Realkreditinstitute“. Zuordnung der Wüstenrot Bank Aktiengesellschaft Pfandbriefbank zur Bankengruppe „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“. **2** Zinserträge zuzüglich Laufende Erträge und Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen.

noch: Wichtige Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnungen nach Bankengruppen *)

in % der durchschnittlichen Bilanzsumme o)

Geschäftsjahr	Alle Bankengruppen	Kreditbanken			Landesbanken 1)	Sparkassen 1)	Kreditgenossenschaften	Realkreditinstitute 1)	Bausparkassen	Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben
		insgesamt	darunter:							
			Großbanken 1)	Regionalbanken und sonstige Kreditbanken 1)						
Betriebsergebnis										
2015	0,40	0,33	0,21	0,70	0,18	0,83	0,85	0,20	0,20	0,23
2016	0,37	0,25	0,08	0,73	0,00	0,92	0,88	0,17	0,44	0,18
2017	0,37	0,28	0,16	0,55	0,03	0,85	0,84	0,17	0,40	0,15
2018	0,32	0,25	0,14	0,51	-0,12	0,71	0,71	0,14	0,11	0,17
2019	0,26	0,05	-0,20	0,63	0,14	0,62	0,80	0,32	0,06	0,16
2020	0,22	0,07	-0,09	0,49	0,13	0,48	0,63	0,24	0,04	0,15
2021	0,32	0,21	-0,02	0,62	0,26	0,55	0,71	0,27	0,05	0,20
Saldo der anderen und außerordentlichen Erträge und Aufwendungen										
2015	-0,09	-0,19	-0,11	-0,45	-0,01	-0,03	-0,02	-0,01	0,00	-0,01
2016	-0,03	-0,06	0,04	-0,36	-0,05	-0,03	0,04	0,01	-0,02	0,00
2017	-0,04	-0,10	-0,05	-0,23	0,07	-0,01	0,00	0,03	0,04	-0,04
2018	-0,08	-0,14	-0,09	-0,28	-0,01	-0,06	-0,02	-0,04	-0,01	-0,06
2019	-0,19	-0,43	-0,50	-0,31	-0,05	0,00	-0,02	-0,09	0,13	0,00
2020	-0,06	-0,14	-0,12	-0,18	-0,07	-0,01	-0,02	0,11	0,04	0,01
2021	-0,04	-0,10	-0,04	-0,21	-0,07	-0,01	-0,01	0,45	0,02	0,02
Jahresüberschuss vor Steuern										
2015	0,31	0,14	0,10	0,25	0,17	0,79	0,84	0,20	0,20	0,21
2016	0,33	0,19	0,12	0,37	-0,06	0,89	0,93	0,18	0,41	0,17
2017	0,33	0,18	0,12	0,32	0,10	0,84	0,84	0,21	0,43	0,12
2018	0,23	0,10	0,05	0,23	-0,13	0,65	0,69	0,09	0,11	0,11
2019	0,07	-0,39	-0,71	0,32	0,10	0,63	0,78	0,23	0,19	0,15
2020	0,16	-0,07	-0,22	0,30	0,06	0,48	0,62	0,35	0,08	0,16
2021	0,29	0,11	-0,06	0,41	0,19	0,54	0,70	0,72	0,07	0,22
Jahresüberschuss nach Steuern										
2015	0,21	0,09	0,06	0,16	0,10	0,54	0,57	0,17	0,16	0,17
2016	0,24	0,13	0,09	0,26	-0,11	0,63	0,67	0,14	0,34	0,17
2017	0,24	0,13	0,09	0,20	0,05	0,60	0,58	0,13	0,37	0,13
2018	0,15	0,08	0,05	0,13	-0,20	0,44	0,47	0,04	0,05	0,09
2019	-0,03	-0,45	-0,75	0,20	0,07	0,44	0,56	0,16	0,15	0,12
2020	0,06	-0,13	-0,25	0,18	0,04	0,30	0,42	0,06	0,04	0,12
2021	0,18	0,06	-0,06	0,26	0,11	0,36	0,52	0,24	0,02	0,14

Anmerkungen *, o) siehe S. 97. Anmerkung 1 siehe S. 98.

Gewinn- und Verlustrechnungen der Kreditinstitute ^{*)}

Geschäftsjahr	Zahl der berichtenden Institute	Bilanzsumme im Jahresdurchschnitt ¹⁾	Zinsabhängiges Geschäft			Provisionsgeschäft			Nettoergebnis des Handelsbestandes	Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen	Operative Erträge ³⁾ (Sp. 3+6+9+10)
			Zinsüberschuss (Sp. 4–5)	Zinserträge ²⁾	Zinsaufwendungen	Provisionsüberschuss (Sp. 7–8)	Provisionserträge	Provisionsaufwendungen			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
Mrd €											
2014	1 715	8 452,6	93,4	210,8	117,4	29,3	42,6	13,3	3,6	– 2,5	123,8
2015	1 679	8 605,6	95,9	200,9	105,0	30,5	44,5	14,1	3,7	– 2,2	127,9
2016	1 611	8 355,0	91,1	181,5	90,4	29,7	43,2	13,5	3,0	4,1	128,0
2017	1 538	8 251,2	85,5	165,4	79,9	30,6	44,2	13,6	5,6	1,3	122,9
2018	1 484	8 118,3	87,2	167,8	80,6	29,5	43,1	13,6	3,5	0,4	120,6
2019	1 440	8 532,7	82,5	162,8	80,4	31,2	45,8	14,5	2,5	2,5	118,7
2020	1 408	9 206,9	81,1	140,5	59,4	32,1	46,7	14,5	3,5	3,7	120,4
2021	1 358	9 468,6	82,2	131,4	49,2	37,9	53,6	15,7	4,9	1,2	126,2
Veränderung gegenüber Vorjahr in %											
2015	– 2,1	1,8	2,7	– 4,7	– 10,6	4,0	4,5	5,5	3,0	11,1	3,3
2016	– 4,1	– 2,9	– 4,9	– 9,6	– 13,9	– 2,3	– 3,0	– 4,4	– 18,4	.	0,1
2017	– 4,5	– 1,2	– 6,2	– 8,9	– 11,6	2,7	2,3	1,3	82,9	– 67,9	– 4,0
2018	– 3,5	– 1,6	2,0	1,4	0,8	– 3,4	– 2,4	– 0,2	– 37,7	– 70,1	– 1,9
2019	– 3,0	5,1	– 5,4	– 3,0	– 0,3	5,8	6,1	6,8	– 28,8	545,6	– 1,6
2020	– 2,2	7,9	– 1,7	– 13,7	– 26,0	2,9	2,0	0,2	42,3	46,6	1,5
2021	– 3,6	2,8	1,4	– 6,5	– 17,2	17,9	14,9	8,2	40,3	– 68,4	4,8
in % der durchschnittlichen Bilanzsumme											
2014	.	.	1,10	2,49	1,39	0,35	0,50	0,16	0,04	– 0,03	1,47
2015	.	.	1,11	2,33	1,22	0,35	0,52	0,16	0,04	– 0,03	1,49
2016	.	.	1,09	2,17	1,08	0,36	0,52	0,16	0,04	0,05	1,53
2017	.	.	1,04	2,00	0,97	0,37	0,54	0,17	0,07	0,02	1,49
2018	.	.	1,07	2,07	0,99	0,36	0,53	0,17	0,04	0,00	1,49
2019	.	.	0,97	1,91	0,94	0,37	0,54	0,17	0,03	0,03	1,39
2020	.	.	0,88	1,53	0,65	0,35	0,51	0,16	0,04	0,04	1,31
2021	.	.	0,87	1,39	0,52	0,40	0,57	0,17	0,05	0,01	1,33

* Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. **1** Ohne Bilanzsumme der Auslandsfilialen der Sparkassen, bis 2015 ohne Bilanzsumme der Auslandsfilialen der Genossenschaftlichen Zentralbanken, ab Deutsche Bundesbank

2016 ohne Bilanzsumme der Auslandsfilialen der Realkreditinstitute und ab 2021 ohne Bilanzsumme der Auslandsfilialen der Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben. **2** Zinserträge zuzüglich Laufende Er-

Allgemeine Verwaltungsaufwendungen			Betriebs- ergebnis vor Bewertung (Sp. 11 – 12)	Bewer- tungs- ergebnis (ohne Sach- und Finanz- anlagen- geschäft)	Betriebs- ergebnis (Sp. 15 + 16)	Saldo der anderen und außer- ordent- lichen Erträge und Auf- wendungen	Jahresüber- schuss vor Steuern (Sp. 17 + 18)	Steuern vom Ein- kommen und vom Ertrag	Jahresüber- schuss bzw. -fehl- betrag (-) (Sp. 19 – 20)	Geschäftsjahr
insgesamt (Sp. 13 + 14)	Personal- aufwand	andere Ver- waltungs- aufwen- dungen insgesamt ⁴⁾								
12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	
Mrd €										
85,8	44,0	41,8	38,1	- 6,6	31,5	- 6,5	25,0	7,6	17,4	2014
90,0	46,0	44,0	37,9	- 3,5	34,4	- 7,8	26,6	8,4	18,1	2015
88,7	44,6	44,0	39,4	- 8,8	30,6	- 2,8	27,8	7,9	19,9	2016
88,4	44,6	43,8	34,5	- 3,6	30,9	- 3,4	27,5	7,5	20,0	2017
88,1	44,3	43,9	32,4	- 6,8	25,7	- 6,8	18,9	6,7	12,2	2018
90,2	44,4	45,7	28,5	- 6,7	21,8	- 16,1	5,6	7,8	- 2,2	2019
87,0	44,2	42,8	33,4	- 13,3	20,1	- 5,8	14,3	8,4	5,9	2020
92,0	46,8	45,3	34,2	- 3,6	30,6	- 3,6	27,1	9,7	17,3	2021
Veränderung gegenüber Vorjahr in %										
5,0	4,7	5,3	- 0,6	46,9	9,0	- 19,7	6,3	11,2	4,1	2015
- 1,5	- 3,1	0,1	4,0	- 150,3	- 10,9	63,9	4,6	- 6,7	9,9	2016
- 0,3	- 0,1	- 0,5	- 12,2	58,7	1,0	- 20,8	- 1,0	- 4,3	0,4	2017
- 0,3	- 0,6	0,1	- 6,0	- 86,9	- 16,9	- 101,0	- 31,5	- 11,2	- 39,1	2018
2,3	0,4	4,3	- 12,2	0,7	- 15,2	- 136,2	- 70,1	16,6	.	2019
- 3,5	- 0,5	- 6,4	17,2	- 97,7	- 7,6	63,9	153,3	7,5	.	2020
5,7	5,8	5,7	2,4	73,2	52,4	39,0	89,6	16,1	194,0	2021
in % der durchschnittlichen Bilanzsumme										
1,01	0,52	0,49	0,45	- 0,08	0,37	- 0,08	0,30	0,09	0,21	2014
1,05	0,53	0,51	0,44	- 0,04	0,40	- 0,09	0,31	0,10	0,21	2015
1,06	0,53	0,53	0,47	- 0,10	0,37	- 0,03	0,33	0,09	0,24	2016
1,07	0,54	0,53	0,42	- 0,04	0,37	- 0,04	0,33	0,09	0,24	2017
1,09	0,55	0,54	0,40	- 0,08	0,32	- 0,08	0,23	0,08	0,15	2018
1,06	0,52	0,54	0,33	- 0,08	0,26	- 0,19	0,07	0,09	- 0,03	2019
0,95	0,48	0,47	0,36	- 0,14	0,22	- 0,06	0,16	0,09	0,06	2020
0,97	0,49	0,48	0,36	- 0,04	0,32	- 0,04	0,29	0,10	0,18	2021

träge und Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen. **3** Zins- und Provisionsüberschuss zuzüglich Nettoergebnis des Handelsbestandes sowie Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge

und Aufwendungen. **4** Einschl. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen, jedoch ohne Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Leasinggegenstände („weite“ Abgrenzung).

Gewinn- und Verlustrechnungen nach Bankengruppen ¹⁾

Geschäfts- jahr	Zahl der berich- tenden Institute	Mio €									
		Bilanz- summe im Jahres- durch- schnitt ¹⁾	Zinsabhängiges Geschäft			Provisionsgeschäft			Netto- ergebnis des Handels- bestan- des	Saldo der sonstigen betrieb- lichen Erträge und Aufwen- dungen	Operative Erträge ³⁾ (Sp. 3+ 6+9+10)
			Zins- überschuss (Sp. 4–5)	Zins- erträge ²⁾	Zins- aufwen- dungen	Provisions- überschuss (Sp. 7–8)	Provisions- erträge	Provisions- aufwen- dungen			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
Alle Bankengruppen											
2016	1 611	8 355 020	91 146	181 543	90 397	29 746	43 201	13 455	3 046	4 065	128 003
2017	1 538	8 251 175	85 486	165 387	79 901	30 559	44 190	13 631	5 572	1 304	122 921
2018	1 484	8 118 298	87 202	167 777	80 575	29 522	43 124	13 602	3 470	390	120 584
2019	1 440	8 532 738	82 453	162 805	80 352	31 244	45 765	14 521	2 469	2 518	118 684
2020	1 408	9 206 853	81 074	140 502	59 428	32 137	46 684	14 547	3 513	3 691	120 415
2021	1 358	9 468 587	82 227	131 409	49 182	37 904	53 644	15 740	4 927	1 165	126 223
Kreditbanken											
2016	171	3 580 912	34 768	56 451	21 683	16 204	23 873	7 669	1 429	2 427	54 828
2017	172	3 532 639	30 887	54 373	23 486	16 027	23 832	7 805	4 074	– 83	50 905
2018	167	3 404 697	34 140	62 134	27 994	14 514	22 145	7 631	2 462	– 779	50 337
2019	165	3 591 261	30 191	56 720	26 529	15 154	23 252	8 098	1 560	1 959	48 864
2020	164	3 966 453	28 807	44 739	15 932	15 439	23 385	7 946	2 670	3 074	49 990
2021	166	3 995 423	29 933	38 899	8 966	19 719	28 398	8 679	3 512	501	53 665
Großbanken ⁷⁾											
2016	4	2 575 072	20 126	33 572	13 446	10 817	13 510	2 693	1 069	405	32 417
2017	4	2 400 315	16 369	30 216	13 847	10 205	12 929	2 724	3 701	– 1 712	28 563
2018	4	2 346 111	19 751	37 924	18 173	10 573	13 478	2 905	2 196	– 1 866	30 654
2019	4	2 475 076	16 126	34 920	18 794	10 154	13 650	3 496	1 302	– 32	27 550
2020	3	2 748 655	15 052	25 257	10 205	9 311	12 495	3 184	2 000	1 341	27 704
2021	3	2 461 038	15 568	22 111	6 543	11 124	14 085	2 961	1 985	– 1 595	27 082
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken ⁷⁾											
2016	148	942 665	14 369	22 343	7 974	5 286	10 245	4 959	340	1 916	21 911
2017	149	1 048 189	14 237	23 545	9 308	5 712	10 779	5 067	350	1 516	21 815
2018	145	962 520	14 149	23 562	9 413	3 827	8 543	4 716	261	986	19 223
2019	142	1 013 378	13 784	21 153	7 369	4 864	9 456	4 592	252	1 892	20 792
2020	139	1 094 301	13 435	19 073	5 638	6 015	10 759	4 744	660	1 605	21 715
2021	139	1 382 623	13 949	16 741	2 792	8 506	14 175	5 669	1 515	1 987	25 957
Zweigstellen ausländischer Banken											
2016	19	63 175	273	536	263	101	118	17	20	106	500
2017	19	84 135	281	612	331	110	124	14	23	113	527
2018	18	96 066	240	648	408	114	124	10	5	101	460
2019	19	102 807	281	647	366	136	146	10	6	99	522
2020	22	123 497	320	409	89	113	131	18	10	128	571
2021	24	151 762	416	47	– 369	89	138	49	12	109	626
Landesbanken ⁷⁾											
2016	9	975 957	7 558	27 464	19 906	1 216	2 810	1 594	1 026	289	10 089
2017	8	940 293	6 833	25 797	18 964	1 238	2 867	1 629	1 059	114	9 244
2018	6	803 978	5 365	24 895	19 530	1 074	2 408	1 334	634	160	7 233
2019	6	862 346	5 327	27 818	22 491	1 226	2 617	1 391	466	280	7 299
2020	6	898 328	5 559	25 055	19 496	1 147	2 692	1 545	456	179	7 341
2021	6	898 065	5 826	26 496	20 670	1 326	3 118	1 792	886	204	8 242

Anmerkungen *, 1 bis 7 siehe S. 104f.

Allgemeine Verwaltungsaufwendungen												Geschäftsjahr
insgesamt (Sp. 13+14)	Personalaufwand	andere Verwaltungsaufwendungen insgesamt ⁴⁾	Betriebsergebnis vor Bewertung (Sp. 11-12)	Bewertungsergebnis (ohne Sach- und Finanzanlagen-geschäft)	Betriebsergebnis (Sp. 15+16)	Saldo der anderen und außerordentlichen Erträge und Aufwendungen	Jahresüberschuss vor Steuern (Sp. 17+18)	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag ⁵⁾	Jahresüberschuss bzw. -fehlbetrag (-) (Sp. 19-20)	Entnahmen bzw. Einstellungen (-) aus/in Rücklagen und Genussrechtskapital ⁶⁾	Bilanzgewinn bzw. Bilanzverlust (-) (Sp. 21+22)	
12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	
Alle Bankengruppen												
88 653	44 615	44 038	39 350	- 8 754	30 596	- 2 812	27 784	7 875	19 909	- 15 395	4 514	2016
88 389	44 563	43 826	34 532	- 3 619	30 913	- 3 398	27 515	7 536	19 979	- 16 777	3 202	2017
88 135	44 282	43 853	32 449	- 6 763	25 686	- 6 831	18 855	6 692	12 163	- 13 116	- 953	2018
90 191	44 447	45 744	28 493	- 6 719	21 774	- 16 133	5 641	7 806	- 2 165	7 223	5 058	2019
87 023	44 210	42 813	33 392	- 13 282	20 110	- 5 822	14 288	8 388	5 900	- 1 312	4 588	2020
92 019	46 763	45 256	34 204	- 3 562	30 642	- 3 554	27 088	9 741	17 347	- 8 528	8 819	2021
Kreditbanken												
40 723	17 379	23 344	14 105	- 5 130	8 975	- 2 248	6 727	1 954	4 773	148	4 921	2016
40 400	17 160	23 240	10 505	- 540	9 965	- 3 536	6 429	1 885	4 544	- 4 064	480	2017
39 899	16 558	23 341	10 438	- 1 992	8 446	- 4 918	3 528	906	2 622	- 4 264	- 1 642	2018
41 481	16 933	24 548	7 383	- 5 743	1 640	- 15 611	- 13 971	2 356	- 16 327	18 097	1 770	2019
38 867	16 909	21 958	11 123	- 8 336	2 787	- 5 412	- 2 625	2 334	- 4 959	6 467	1 508	2020
42 887	19 260	23 627	10 778	- 2 338	8 440	- 3 994	4 446	2 033	2 413	2 206	4 619	2021
Großbanken ⁷⁾												
26 378	11 134	15 244	6 039	- 4 021	2 018	1 127	3 145	864	2 281	1 918	4 199	2016
25 324	10 489	14 835	3 239	666	3 905	- 1 126	2 779	559	2 220	- 433	1 787	2017
26 944	10 660	16 284	3 710	- 382	3 328	- 2 179	1 149	- 97	1 246	22	1 268	2018
27 806	10 807	16 999	- 256	- 4 723	- 4 979	- 12 479	- 17 458	988	- 18 446	21 922	3 476	2019
25 003	10 532	14 471	2 701	- 5 270	- 2 569	- 3 415	- 5 984	960	- 6 944	7 344	400	2020
26 866	11 614	15 252	216	- 665	- 449	- 1 080	- 1 529	- 84	- 1 445	2 659	1 214	2021
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken ⁷⁾												
14 065	6 121	7 944	7 846	- 988	6 858	- 3 375	3 483	1 022	2 461	- 1 750	711	2016
14 795	6 538	8 257	7 020	- 1 252	5 768	- 2 405	3 363	1 257	2 106	- 3 612	- 1 506	2017
12 702	5 781	6 921	6 521	- 1 574	4 947	- 2 739	2 208	945	1 263	- 4 258	- 2 995	2018
13 391	5 998	7 393	7 401	- 997	6 404	- 3 131	3 273	1 294	1 979	- 3 794	- 1 815	2019
13 560	6 251	7 309	8 155	- 2 846	5 309	- 1 997	3 312	1 329	1 983	- 884	1 099	2020
15 732	7 531	8 201	10 225	- 1 658	8 567	- 2 917	5 650	2 018	3 632	- 442	3 190	2021
Zweigstellen ausländischer Banken												
280	124	156	220	- 121	99	0	99	68	31	- 20	11	2016
281	133	148	246	46	292	5	287	69	218	- 19	199	2017
253	117	136	207	36	171	0	171	58	113	- 28	85	2018
284	128	156	238	- 23	215	- 1	214	74	140	- 31	109	2019
304	126	178	267	- 220	47	0	47	45	2	7	9	2020
289	115	174	337	15	322	3	325	99	226	- 11	215	2021
Landesbanken ⁷⁾												
6 412	2 889	3 523	3 677	- 3 725	- 48	- 499	- 547	505	- 1 052	182	- 870	2016
6 699	3 083	3 616	2 545	- 2 257	288	656	944	443	501	- 741	- 240	2017
5 538	2 789	2 749	1 695	- 2 625	- 930	- 91	- 1 021	603	- 1 624	- 128	- 1 752	2018
5 729	2 805	2 924	1 570	- 337	1 233	- 410	823	196	627	- 575	52	2019
5 574	2 773	2 801	1 767	- 643	1 124	- 586	538	185	353	- 527	- 174	2020
5 815	2 828	2 987	2 427	- 50	2 377	- 665	1 712	748	964	- 1 154	- 190	2021

noch: Gewinn- und Verlustrechnungen nach Bankengruppen ¹⁾

Geschäfts- jahr	Zahl der berich- tenden Institute	Mio €									
		Bilanz- summe im Jahres- durch- schnitt ¹⁾	Zinsabhängiges Geschäft			Provisionsgeschäft			Netto- ergebnis des Handels- bestan- des	Saldo der sonstigen betrieb- lichen Erträge und Aufwen- dungen	Operative Erträge ³⁾ (Sp. 3+ 6+9+10)
			Zins- überschuss (Sp. 4–5)	Zins- erträge ²⁾	Zins- aufwen- dungen	Provisions- überschuss (Sp. 7–8)	Provisions- erträge	Provisions- aufwen- dungen			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
Sparkassen ⁷⁾											
2016	403	1 154 475	22 667	30 520	7 853	6 975	7 423	448	10	7	29 659
2017	390	1 179 915	22 018	28 577	6 559	7 590	8 069	479	6	169	29 783
2018	386	1 267 726	21 949	27 541	5 592	7 965	8 778	813	1	718	30 633
2019	380	1 315 579	21 217	26 758	5 541	8 458	9 405	947	10	17	29 702
2020	377	1 407 118	20 741	24 986	4 245	8 660	9 646	986	5	8	29 414
2021	371	1 516 119	19 880	23 964	4 084	9 239	10 307	1 068	11	41	29 171
Kreditgenossenschaften											
2016	972	832 181	16 578	21 180	4 602	4 577	5 601	1 024	10	495	21 660
2017	915	868 255	16 475	20 250	3 775	4 957	6 071	1 114	10	437	21 879
2018	875	911 385	16 375	19 424	3 049	5 160	6 318	1 158	4	408	21 947
2019	841	957 859	16 251	19 151	2 900	6 458	6 718	1 262	6	407	22 120
2020	814	1 029 671	16 027	18 239	2 212	5 663	6 955	1 292	10	474	22 174
2021	770	1 108 885	16 327	18 121	1 794	6 146	7 512	1 366	11	640	23 124
Realkreditinstitute ⁷⁾											
2016	15	289 800	1 565	11 623	10 058	– 43	176	219	0	14	1 536
2017	13	236 414	1 360	7 921	6 561	– 48	158	206	0	– 35	1 277
2018	11	233 165	1 732	6 975	5 243	– 80	97	177	6	– 27	1 631
2019	10	234 978	1 908	6 576	4 668	– 109	116	225	0	15	1 814
2020	10	241 909	2 024	6 020	3 996	– 123	109	232	0	– 72	1 829
2021	9	232 447	2 121	5 452	3 331	– 144	122	266	0	– 335	1 642
Bausparkassen											
2016	20	215 668	2 503	6 233	3 730	– 503	1 260	1 763	0	717	2 717
2017	20	227 924	2 634	5 995	3 361	– 481	1 226	1 707	0	701	2 854
2018	20	233 865	2 653	5 661	3 008	– 500	1 295	1 795	0	14	2 167
2019	19	237 363	2 438	5 566	3 128	– 548	1 309	1 857	0	52	1 942
2020	18	242 190	2 520	5 103	2 583	– 493	1 270	1 763	0	30	2 057
2021	18	249 553	2 505	4 785	2 280	– 389	1 295	1 684	0	26	2 142
Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben											
2016	21	1 306 027	5 507	28 072	22 565	1 320	2 058	738	571	116	7 514
2017	20	1 265 735	5 279	22 474	17 195	1 276	1 967	691	423	1	6 979
2018	19	1 263 482	4 988	21 147	16 159	1 389	2 083	694	363	– 104	6 636
2019	19	1 333 352	5 121	20 216	15 095	1 607	2 348	741	427	– 212	6 943
2020	19	1 421 184	5 396	16 360	10 964	1 844	2 627	783	372	– 2	7 610
2021	18	1 468 095	5 635	13 692	8 057	2 007	2 892	885	507	88	8 237
Nachrichtlich: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken ⁸⁾											
2016	34	762 620	8 950	13 098	4 148	3 157	5 057	1 900	718	402	13 227
2017	34	765 500	8 801	12 037	3 236	3 589	5 218	1 629	812	891	14 093
2018	33	763 177	9 252	12 327	3 075	3 042	4 711	1 669	436	– 340	12 390
2019	32	849 008	9 683	12 911	3 228	3 520	5 338	1 818	546	1 184	14 933
2020	33	973 433	9 348	11 326	1 978	4 639	6 755	2 116	539	650	15 176
2021	33	1 194 952	9 257	10 344	1 087	6 025	8 808	2 783	973	254	16 509

* Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. **1** Ohne Bilanzsumme der Auslandsfilialen der Sparkassen, ohne Bilanzsumme der Auslandsfilialen der Realkreditinstitute und ab 2021 ohne Bilanzsumme der Auslandsfilialen der Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben. **2** Zinserträge zuzüglich Laufende Erträge und Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen. **3** Zins- und Provisionsüberschuss zuzüglich Nettoergebnis des Handelsbestandes sowie Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen. **4** Einschl. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen, jedoch ohne Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Leasinggegenstände („weite“ Abgrenzung). **5** Teilweise einschl. Steueraufwendungen der den Landesbanken angeschlossenen rechtlich unselb-

Deutsche Bundesbank

Allgemeine Verwaltungsaufwendungen												Geschäftsjahr
insgesamt (Sp. 13+14)	Personalaufwand	andere Verwaltungsaufwendungen insgesamt ⁴⁾	Betriebsergebnis vor Bewertung (Sp. 11-12)	Bewertungsergebnis (ohne Sach- und Finanzanlagen-geschäft)	Betriebsergebnis (Sp. 15+16)	Saldo der anderen und außerordentlichen Erträge und Aufwendungen	Jahresüberschuss vor Steuern (Sp. 17+18)	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	Jahresüberschuss bzw. -fehlbetrag (-) (Sp. 19-20)	Entnahmen bzw. Einstellungen (-) aus/in Rücklagen und Genussrechtskapital ⁶⁾	Bilanzgewinn bzw. Bilanzverlust (-) (Sp. 21+22)	
12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	
Sparkassen ⁷⁾												
20 110	12 587	7 523	9 549	1 062	10 611	- 386	10 225	2 939	7 286	- 5 728	1 558	2016
19 991	12 646	7 345	9 792	283	10 075	- 153	9 922	2 861	7 061	- 5 517	1 544	2017
20 930	13 012	7 918	9 703	- 704	8 999	- 786	8 213	2 694	5 519	- 4 070	1 449	2018
21 211	13 079	8 132	8 491	- 296	8 195	41	8 236	2 437	5 799	- 4 390	1 409	2019
20 630	12 832	7 798	8 784	- 1 960	6 824	- 88	6 736	2 513	4 223	- 2 923	1 300	2020
20 640	12 610	8 030	8 531	- 186	8 345	- 171	8 174	2 679	5 495	- 4 162	1 333	2021
Kreditgenossenschaften												
14 423	8 649	5 774	7 237	103	7 340	361	7 701	2 104	5 597	- 4 246	1 351	2016
14 382	8 583	5 799	7 497	- 186	7 311	- 33	7 278	2 199	5 079	- 3 774	1 305	2017
14 520	8 564	5 956	7 427	- 926	6 501	- 172	6 329	2 078	4 251	- 2 978	1 273	2018
14 858	8 518	6 340	7 262	419	7 681	- 174	7 507	2 124	5 383	- 4 154	1 229	2019
14 899	8 533	6 366	7 275	- 745	6 530	- 192	6 338	2 020	4 318	- 3 119	1 199	2020
15 242	8 674	6 568	7 882	- 17	7 865	- 123	7 742	2 012	5 730	- 4 457	1 273	2021
Realkreditinstitute ⁷⁾												
937	410	527	599	- 113	486	39	525	127	398	- 1 138	- 740	2016
897	411	486	380	32	412	75	487	171	316	- 722	- 406	2017
975	449	526	656	- 341	315	- 95	220	128	92	- 795	- 703	2018
929	428	501	885	- 125	760	- 217	543	160	383	- 229	154	2019
896	405	491	933	- 357	576	271	847	700	147	19	166	2020
862	404	458	780	- 156	624	1 043	1 667	1 102	565	166	731	2021
Bausparkassen												
1 798	692	1 106	919	22	941	- 51	890	160	730	- 548	182	2016
1 891	719	1 172	963	- 61	902	89	991	155	836	- 622	214	2017
1 921	696	1 225	246	22	268	- 14	254	137	117	13	130	2018
1 838	647	1 191	104	49	153	303	456	105	351	- 139	212	2019
1 880	661	1 219	177	- 82	95	108	203	98	105	95	200	2020
2 005	752	1 253	137	- 16	121	53	174	113	61	26	87	2021
Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben												
4 250	2 009	2 241	3 264	- 973	2 291	- 28	2 263	86	2 177	- 4 065	- 1 888	2016
4 129	1 961	2 168	2 850	- 890	1 960	- 496	1 464	- 178	1 642	- 1 337	305	2017
4 352	2 214	2 138	2 284	- 197	2 087	- 755	1 332	146	1 186	- 894	292	2018
4 145	2 037	2 108	2 798	- 686	2 112	- 65	2 047	428	1 619	- 1 387	232	2019
4 277	2 097	2 180	3 333	- 1 159	2 174	77	2 251	538	1 713	- 1 324	389	2020
4 568	2 235	2 333	3 669	- 799	2 870	303	3 173	1 054	2 119	- 1 153	966	2021
Nachrichtlich: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken ⁸⁾												
9 072	4 329	4 743	4 155	- 1 012	3 143	- 1 604	1 539	636	903	2 646	3 549	2016
8 817	4 070	4 747	5 276	- 590	4 686	- 1 819	2 867	808	2 059	- 565	1 494	2017
8 717	4 064	4 653	3 673	- 994	2 679	- 992	1 687	586	1 101	- 518	583	2018
9 612	4 611	5 001	5 321	- 164	5 157	- 1 952	3 205	1 189	2 016	2 664	4 680	2019
9 525	4 585	4 940	5 651	- 1 866	3 785	- 1 256	2 529	1 175	1 354	853	2 207	2020
11 274	5 718	5 556	5 235	- 565	4 670	- 496	4 174	2 326	1 848	630	2 478	2021

ständigen Bausparkassen. **6** Einschl. Gewinn- und Verlustvortrag aus dem Vorjahr sowie Entnahmen aus dem bzw. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken. **7** Ab 2018 Zuordnung der DB Privat- und Firmenkundenbank AG zur Bankengruppe „Großbanken“, 2020 Fusion mit der Deutsche Bank AG. Ab 2018 Zuordnung der HSH Nordbank zur Bankengruppe „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“ und der Landesbank Berlin zur Bankengruppe „Sparkassen“. Zu-

ordnung der DSK Hyp AG (vormals SEB AG) zur Bankengruppe „Realkreditinstitute“. Zuordnung der Wüstenrot Bank Aktiengesellschaft Pfandbriefbank zur Bankengruppe „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“. **8** Ausgliederung der in anderen Bankengruppen enthaltenen (rechtlich selbständigen) Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken.

Aufwands- und Ertragspositionen der Kreditinstitute ¹⁾

Geschäfts- jahr	Zahl der berich- tenden Institute	Aufwendungen, Mrd €											
		insgesamt	Zinsauf- wendun- gen	Provisions- aufwen- dungen	Netto- aufwand des Han- delsbe- standes	Roh- ergebnis aus Waren- verkehr und Neben- betrieben	Allgemeine Verwaltungsaufwendungen						andere Verwal- tungsauf- wendun- gen ¹⁾
							insgesamt	Personalaufwand		Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung		insgesamt	
								insgesamt	Löhne und Gehälter	zusammen	darunter: für Alters- versor- gung		
2013	1 748	285,8	138,7	12,6	0,3	0,0	81,1	43,8	35,2	8,6	2,9	37,4	
2014	1 715	262,8	117,4	13,3	0,4	0,0	82,0	44,0	35,3	8,7	3,2	38,0	
2015	1 679	256,6	105,0	14,1	0,5	0,0	86,0	46,0	36,4	9,6	3,7	39,9	
2016	1 611	240,9	90,4	13,5	0,2	0,0	84,4	44,6	36,1	8,6	2,7	39,8	
2017	1 538	224,1	79,9	13,6	0,0	0,0	84,0	44,6	35,6	8,9	2,9	39,4	
2018	1 484	226,9	80,6	13,6	0,0	0,0	83,6	44,3	34,6	9,7	3,9	39,4	
2019	1 440	242,0	80,4	14,5	0,1	0,0	84,8	44,4	34,9	9,6	3,6	40,3	
2020	1 408	211,0	59,4	14,5	0,1	0,0	82,6	44,2	34,7	9,5	3,6	38,3	
2021	1 358	203,7	49,2	15,7	0,0	0,0	87,1	46,8	36,4	10,3	4,4	40,4	

Geschäfts- jahr	Erträge, Mrd €									
	insgesamt	Zinserträge			Laufende Erträge					Erträge aus Gewinn- gemein- schaften, Gewinnabfüh- rungs- oder Teilgewinn- abführungs- verträgen
		insgesamt	aus Kredit- und Geld- markt- geschäften	aus festver- zinslichen Wertpapieren und Schuld- buchforde- rungen	insgesamt	aus Aktien und anderen nicht festver- zinslichen Wertpapieren	aus Betei- ligungen ²⁾	aus Anteilen an ver- bundenen Unternehmen		
2013	300,4	213,6	184,9	28,7	10,0	6,0	1,0	3,0	4,6	
2014	280,2	196,4	170,2	26,1	11,3	6,3	1,1	4,0	3,1	
2015	274,7	183,1	160,1	22,9	15,0	6,7	1,8	6,5	2,8	
2016	260,8	166,8	147,1	19,7	10,0	5,8	1,3	2,9	4,7	
2017	244,1	151,0	134,4	16,5	11,0	6,9	1,1	3,0	3,4	
2018	239,1	152,4	136,9	15,5	10,0	5,3	1,1	3,5	5,4	
2019	239,8	152,2	137,5	14,7	7,6	4,8	1,1	1,7	3,0	
2020	216,9	131,4	119,1	12,3	6,0	3,5	0,6	1,9	3,2	
2021	221,1	121,6	111,6	10,0	7,1	4,0	1,3	1,7	2,7	

* Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. ¹ Aufwandsposition enthält nicht die Abschreibungen und Wert-

berichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen, gekürzt um Abschreibungen auf Leasinggegenstände („enge“ Abgrenzung). In allen anderen

Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen		Sonstige betriebliche Aufwendungen	Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	Aufwendungen aus Verlustübernahme	Außerordentliche Aufwendungen	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	Sonstige Steuern	Aufgrund einer Gewinn-gemeinschaft, eines Gewinn-abführungs-vertrages abgeführte Gewinne	Geschäfts-jahr
zusammen	darunter: auf Leasing-gegenstände									
5,5	1,9	16,8	10,6	3,6	0,7	3,4	7,4	0,2	4,9	2013
5,5	1,8	16,4	10,5	3,5	0,6	1,5	7,6	0,2	3,9	2014
5,9	1,8	17,9	7,2	3,6	1,2	2,5	8,4	0,3	4,1	2015
6,6	2,3	13,8	12,7	3,7	0,9	1,8	7,9	0,3	4,7	2016
7,0	2,6	14,8	8,3	1,5	0,6	2,3	7,5	0,3	4,3	2017
7,4	2,9	15,2	10,0	1,7	0,5	1,7	6,7	0,2	5,7	2018
9,2	3,7	14,7	10,0	12,2	0,9	3,2	7,8	0,3	4,1	2019
8,5	4,0	12,2	14,9	2,8	0,3	4,0	8,4	0,2	2,9	2020
9,4	4,5	16,0	7,0	1,5	0,3	3,6	9,7	0,3	3,9	2021

Provisions-erträge	Nettoertrag des Handelsbestandes	Rohergebnis aus Warenverkehr und Nebenbetrieben	Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	Sonstige betriebliche Erträge		Außerordentliche Erträge	Erträge aus Verlustübernahme	Geschäfts-jahr
					zusammen	darunter: aus Leasing-geschäften			
40,6	6,2	0,2	4,0	1,5	17,9	4,7	0,9	0,9	2013
42,6	4,0	0,2	4,0	1,7	15,7	4,5	0,8	0,4	2014
44,5	4,2	0,2	3,8	1,9	17,6	4,7	0,5	1,1	2015
43,2	3,3	0,2	4,0	3,4	20,3	5,5	4,9	0,0	2016
44,2	5,6	0,2	4,7	3,1	18,8	6,0	1,6	0,6	2017
43,1	3,5	0,2	3,3	0,9	18,5	6,3	1,2	0,7	2018
45,8	2,5	0,2	3,3	1,6	21,0	8,4	1,9	0,7	2019
46,7	3,6	0,2	1,6	1,4	20,0	9,1	2,3	0,6	2020
53,6	4,9	0,2	3,4	2,1	21,7	10,5	2,3	1,2	2021

Tabellen sind „andere Verwaltungsaufwendungen“ weit abgegrenzt. 2 Einschl. Geschäftsguthaben bei Genossenschaften.

Zur Rolle des Internationalen Währungs- fonds bei der Krisenprävention und Krisen- bewältigung

Als globale Finanzinstitution spielt der Internationale Währungsfonds (IWF) eine zentrale Rolle bei der Gestaltung der internationalen währungspolitischen Zusammenarbeit. Er trägt zur Stabilität des globalen Währungs- und Finanzsystems bei, indem er in Zusammenarbeit mit seinen Mitgliedstaaten entweder beratend oder bei Bedarf auch mit Finanzhilfen einen Beitrag zur Prävention und zur Überwindung von Wirtschafts- und Finanzkrisen leistet.

Um auf zukünftige Entwicklungen vorbereitet zu sein, überprüft der IWF kontinuierlich seine Geschäftspolitik. In einem sich stets verändernden und politisch geprägten Umfeld sieht er sich dabei oft hohen Erwartungen ausgesetzt. Zugleich sieht er sich der Herausforderung gegenüber, wie er diese Erwartungen im Rahmen seines Mandats erfüllen kann.

Dieser Artikel beschreibt die zentralen Aufgaben des IWF bei der Krisenprävention und -bewältigung. Zudem geht er auf die Finanzausstattung des IWF und auf die Mitgliedschaft Deutschlands ein, die sich in diesem Jahr zum 70. Mal jährt.

Als viertgrößtes Mitglied des IWF beteiligt sich Deutschland aktiv an der internationalen währungspolitischen Zusammenarbeit und unterstützt die Arbeiten des IWF. Die Bundesbank übernimmt dabei die ihr gesetzlich übertragenen Aufgaben. Dazu zählt neben der Wahrnehmung der finanziellen Rechte und Verpflichtungen aus der deutschen Mitgliedschaft auch die Einbindung der Bundesbank in die Vertretung Deutschlands im IWF.

■ Wichtige Wegpunkte

*Gründungs-
konferenz 1944,
Beitritt Deutsch-
lands 1952, ...*

Der IWF wurde 1944 auf der Konferenz von Bretton Woods, New Hampshire (USA), von Delegierten aus 45 Ländern als internationale Finanzorganisation konzipiert. 1946 nahm er seine Arbeit auf, nachdem genügend Staaten das IWF-Abkommen ratifiziert und damit die Ziele des IWF, die Regeln für die währungspolitische Zusammenarbeit und das neue Weltwährungssystem sowie die daraus resultierenden Verpflichtungen akzeptiert hatten. Deutschland ist dem IWF vor 70 Jahren, am 14. August 1952 beigetreten.¹⁾

*... Schaffung
neuer Reserve-
instrumente in
den 1960er
Jahren*

Ende der 1960er Jahre kamen Sorgen auf, das damals bestehende Währungssystem auf Basis fester Wechselkurse könne im Falle einer globalen Knappheit an Währungsreserven nicht mehr reibungslos funktionieren. In der Folge wurde dem IWF die Möglichkeit eingeräumt, sogenannte Sonderziehungsrechte (SZR) als Reservemittel zu schaffen und diese den Mitgliedstaaten zuzuteilen (siehe Erläuterungen auf S. 111ff.).

*Ende des Fest-
kurssystems in
den 1970er
Jahren*

Zu den wichtigsten Veränderungen zählt die umfassende Reform des internationalen Währungssystems in den 1970er Jahren. Diese beinhaltet den Übergang von einem Währungssystem fester, an die Goldparität des US-Dollar gebundener, Wechselkurse zu einem System der währungspolitischen Zusammenarbeit ohne Goldanbindung und der freien Wahl des eigenen Wechselkursregimes. Die Mitglieder sind jedoch auch weiterhin zur Zusammenarbeit mit dem IWF verpflichtet, um geordnete Wechselkursregelungen zu gewährleisten und ein stabiles Wechselkurssystem zu fördern.

*Zahlreiche
weitere Staaten
traten dem IWF
bei, ...*

Deutschland trat dem IWF im Jahr 1952 als 53. Mitglied bei. Im Laufe der Jahre stieg die Zahl der Mitgliedstaaten auf 190. Dadurch ist der IWF zu einer wahrhaft globalen Institution geworden. Dies bildet eine wichtige Grundlage dafür, dass der IWF der Förderung der internationalen währungspolitischen Zusammenarbeit wirksam nachkommen kann. Zugleich

trägt die Zustimmung vieler Staaten zu den Regelungen im IWF-Abkommen und den damit verbundenen Rechten und Pflichten aus der Mitgliedschaft zur globalen Stabilität bei.

Mit der erheblichen Ausweitung der Mitgliedschaft stieg auch die Anzahl von Mitgliedern, die als Entwicklungs- oder Niedrigeinkommensländer²⁾ klassifiziert werden und sich zum Teil anders gelagerten wirtschaftspolitischen Herausforderungen gegenübersehen als etwa die fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Die Gruppe der Niedrigeinkommensländer macht aktuell mehr als ein Drittel der IWF-Mitglieder aus. Ihre zunehmende Bedeutung prägt die Entwicklung der Rolle des IWF und seiner Geschäftspolitik. Das zeigt sich unter anderem in der Einrichtung von Treuhandfonds für zinsvergünstigte Finanzhilfen zugunsten dieses Länderkreises. Diese Treuhandfonds werden durch freiwillige Beiträge der Mitgliedstaaten finanziert und getrennt von den eigenen Finanzmitteln des IWF verwaltet (siehe hierzu auch Erläuterungen auf S. 128 ff.).

*... darunter
auch viele
Niedrig-
einkommens-
länder*

Finanzkrisen – wie die Asienkrise Ende der 1990er Jahre, die globale Finanzkrise 2008, die europäische Verschuldungskrise Anfang der 2010er Jahre – ebenso wie mehrere regionale Verschuldungskrisen fordern den IWF stets neu heraus. Er bietet seinen Mitgliedern im Rahmen seines Mandats mit erprobten, angepassten oder neuen Instrumenten Unterstützung bei der Bewältigung dieser Herausforderungen an. Der IWF hat auch auf die Corona-Pandemie rasch und entschlossen reagiert und die Finanzhilfen zur Unterstützung seiner Mitglieder stark ausgeweitet. Auch die weitreichenden wirtschaft-

*Finanzkrisen in
den 1990er und
2000er Jahren...*

¹ Anlässlich der 60-jährigen Mitgliedschaft Deutschlands wurde im Monatsbericht September 2012 auf eine Reihe wichtiger Aspekte der Arbeit des IWF und der deutschen Mitgliedschaft eingegangen, vgl.: Deutsche Bundesbank (2012). Hier soll nun, zehn Jahre später, erneut ein Blick auf den IWF und seine Arbeit geworfen werden.

² Der Begriff „Niedrigeinkommensländer“ wird hier für Mitgliedstaaten verwendet, die vom IWF als zugangsberechtigt zu zinsvergünstigten Finanzhilfen eingestuft werden. Dies sind nach der zuletzt im IWF abgeschlossenen Überprüfung der Zugangsberechtigung 69 Staaten, vgl.: Internationaler Währungsfonds (2020a).

Sonderziehungsrechte und ihre Nutzung

In den 1960er Jahren kamen zunehmend Sorgen über die zukünftige Funktionsfähigkeit des internationalen Währungssystems auf. Auslöser war ein möglicher globaler Mangel an Währungsreserven. Dieser wurde insbesondere für den Fall eines unzureichenden Leistungsbilanzdefizits der Vereinigten Staaten in dem Gold-Dollar-basierten Festkurs-Weltwährungssystem von Bretton Woods (1944 bis 1973) befürchtet. Es wurde angenommen, dass Länder in einer solchen Konstellation durch ihren Außenhandel nicht mehr genügend US-Dollar für die Finanzierung ihrer Importe erwirtschaften können und in der Folge aufgrund der Devisenknappheit restriktive Maßnahmen ergreifen müssen. Diese gelten als schädlich für die globale wirtschaftliche Prosperität.¹⁾ Um den befürchteten Risiken für das internationale Währungssystem und die weltwirtschaftliche Entwicklung zu begegnen, wurde dem Internationalen Währungsfonds (IWF) 1969 mit der ersten Änderung des IWF-Übereinkommens die Möglichkeit eingeräumt, als Währungsreserveinstrument die sogenannten Sonderziehungsrechte (SZR) zu schaffen und seinen Mitgliedern zuzuteilen. SZR-Zuteilungen sind nur an alle Mitgliedstaaten gleichzeitig möglich.²⁾ Die Höhe der Zuteilungen an die einzelnen Mitglieder richtet sich nach deren Quote, die regelmäßig überprüft wird.³⁾

SZR sind keine Währung im üblichen Sinne, da sie nicht als allgemeines Zahlungsmittel nutzbar sind. Sie berechtigen ein Land zum Umtausch in eine vom IWF als frei verwendbar klassifizierte Währung⁴⁾ sowie zu Transaktionen mit dem IWF.

Seit Einführung der SZR erwiesen sich die Sorgen über eine globale Knappheit an Währungsreserven als weitgehend unbe-

gründet.⁵⁾ Zudem spielten bei flexiblen Wechselkursen, für die sich viele Länder nach dem Ende des Weltwährungssystems von Bretton Woods⁶⁾ entschieden, Interventionen zur Stabilisierung des Wechselkurses keine vorrangige wirtschaftspolitische Rolle mehr. Insofern wurde der im IWF-Übereinkommen als Bedingung für neue SZR-Zuteilungen festgelegte langfristige und globale Bedarf der Ergänzung vorhandener Währungsreserven nur selten und in begrenztem Maße festgestellt.⁷⁾ Erst im Zuge der globalen Finanzkrise ab 2008 und zuletzt der Corona-Pandemie gab es erneute SZR-Zuteilungen. Diese Zuteilungen an zuletzt 190 Mitglieder fielen erheblich höher aus als

1 Das IWF-Übereinkommen erfordert für eine SZR-Zuteilung, dass ein langfristiger weltweiter Bedarf für die Ergänzung der vorhandenen Währungsreserven vorliegt und eine Zuteilung nicht zu einer globalen Überschussnachfrage und Inflation beiträgt. Das IWF-Abkommen sieht auch die Möglichkeit vor, SZR aus diesen Erwägungen wieder einzuziehen. Vgl.: Internationaler Währungsfonds (2016), Art. XVIII Section 1(a).

2 Im Jahr 1998 wurde als Ausnahme per Änderung des IWF-Übereinkommens eine sog. „Gerechtigkeitszuteilung“ von SZR an diejenigen Länder beschlossen, die zum Zeitpunkt früherer Zuteilungen noch nicht Mitglied des IWF waren und dementsprechend noch keine SZR erhalten hatten.

3 Jeder Mitgliedstaat erhält eine sog. Quote, die in SZR ausgedrückt wird. Die Quote spiegelt die relative Position des Mitglieds in der Weltwirtschaft wider. Sie bestimmt den verpflichtenden Kapitalbeitrag zum IWF und den Anteil an einer SZR-Zuteilung. Aus ihr leitet sich auch das Stimmgewicht des Mitglieds im IWF ab.

4 Dies sind aktuell fünf Währungen, die zugleich Teil des Währungskorbs sind, auf dessen Basis der Wert bzw. Wechselkurs des SZR ermittelt wird: US-Dollar, Euro, Renminbi, Yen, Pfund Sterling. Der IWF überprüft regelmäßig die Zusammensetzung und Gewichtung der Währungen im SZR-Währungskorb.

5 Siehe bspw.: Bordo und McCauley (2017), S. 7, James (1996), S. 173, sowie Hauptmann (1977), S. 35.

6 Die Reform des internationalen Währungssystems wurde durch die zweite Änderung des IWF-Übereinkommens 1978 formalisiert und überlässt den Mitgliedern die Wahl ihres Wechselkursregimes.

7 Die erste SZR-Zuteilung in Höhe von 9,3 Mrd SZR erfolgte in den Jahren 1970 bis 1972 an die damals 115 Mitgliedstaaten. Eine zweite Zuteilung erfolgte in den Jahren 1979 bis 1982 im Umfang von 12,1 Mrd SZR an damals rund 140 Mitglieder. Eine im IWF-Abkommen ebenfalls vorgesehene Einziehung von SZR kam bislang nicht vor.

zuvor (2009: 161,2 Mrd SZR; 2021: 456,6 Mrd SZR). Dabei standen de facto Bestrebungen für zusätzliche Finanzhilfen an die von der Krise besonders stark betroffenen Niedrigeinkommens- und Schwellenländer im Fokus. Die faktische Öffnung des im IWF-Übereinkommen vereinbarten Zwecks der SZR in Richtung eines Entwicklungs- und Krisenfinanzierungsinstruments für einen Teil der Mitgliedschaft wurde dabei in Kauf genommen.

Dass die SZR-Zuteilung im August 2021 an Finanzierungsbedarfen von Niedrigeinkommensländern in der Krisensituation anknüpfte, liegt an den flexiblen Nutzungsmöglichkeiten von SZR. Eine Zuteilung von SZR⁸⁾ ist ökonomisch betrachtet mit der Einräumung eines Dispositionskredits zwischen den Mitgliedern vergleichbar.⁹⁾ Anders als bei IWF-Finanzhilfen bestehen für die Verwendung der zugeteilten SZR weder wirtschaftspolitische Auflagen noch festgelegte Rückzahlungsfristen. Während der Umfang der Nutzung von zugeteilten SZR durch einzelne Länder über Statistiken des IWF rückblickend nachvollziehbar ist, beruhen Informationen über die Art der Nutzung auf der freiwilligen Offenlegung durch die Mitgliedstaaten.¹⁰⁾ Tauschtransaktionen mit SZR sind dem IWF hinsichtlich ihrer Höhe mitzuteilen oder werden vom IWF vermittelt; ihr Zweck ist nicht darzulegen. Auch kann eine SZR-Zuteilung zu finanziellen Transaktionen Anlass geben, ohne dass ein Umtausch von SZR beobachtbar ist: So kann ein Land nach einer neuen SZR-Zuteilung diese einbehalten und stattdessen vorhandene Devisenreserven reduzieren; in anderen Ländern wird eine SZR-Zuteilung als Sicherheit für eine Ausweitung der Staatsfinanzierung durch die Notenbank genutzt.

Für eine erste Bewertung der im Jahr 2021 erfolgten SZR-Zuteilung können gleichwohl die bisher vorhandenen Informationen ver-

wendet werden: Wie viele und welche Länder haben im Nachgang der Zuteilung ihre SZR-Bestände reduziert und mutmaßlich auch für Zwecke der Zahlungsbilanzfinanzierung genutzt?¹¹⁾ In den ersten neun Monaten nach der Zuteilung hat nur ein begrenzter Teil der Mitgliedstaaten des IWF seine neu zugeteilten SZR bereits in erheblichem Umfang verringert, das heißt umgetauscht oder für Zahlungen an den IWF verwendet. Insgesamt reduzierten bis April 2022 38 Niedrigeinkommens- und Schwellenländer ihre SZR-Bestände um mindestens 50 % der neu zugeteilten SZR.¹²⁾ Die Länder in dieser Gruppe weisen eine Reihe von Gemeinsamkeiten auf. Insbesondere ist auffällig, dass Schwellenländer mit hohen Risiken für ihre Schuldentragfähigkeit und mit Verlust des Marktzugangs sowie Länder in akuten Schuldenkrisen überrepräsentiert sind. Deutlich mehr als die Hälfte der Schwellenländer in der Gruppe fällt in eine dieser Kategorien.

8 Jede Zuteilung von SZR beinhaltet die Übertragung des SZR-Guthabens und einer gleich hohen Verbindlichkeit gegenüber dem IWF. Denn SZR können vom IWF wieder eingezogen werden und sind im Falle eines Austritts aus dem IWF zurückzugeben. Daher führt eine SZR-Zuteilung zwar zu einer Erhöhung der Brutto-Auslandsaktiva eines Landes, während sich die Netto-Auslandsaktiva nicht verändern. In der Statistik der Währungsreserven (Net International Reserves) wird die SZR-Verbindlichkeit jedoch als langfristige Passivposition behandelt und deshalb mitunter nicht berücksichtigt.

9 Wenn ein Land SZR nutzt, sinkt sein SZR-Bestand. Wird die Höhe der eigenen SZR-Zuteilung unterschritten, ist auf die Differenz der SZR-Zinssatz an den IWF zu entrichten. Liegt der SZR-Bestand über der Zuteilung, erhält das Land den SZR-Zinssatz auf die Differenz vom IWF. Der SZR-Zinssatz basiert auf Geldmarktsätzen der fünf Währungen im SZR-Korb (US-Dollar, Euro, Renminbi, Yen, Pfund Sterling) und beträgt aktuell 1,566 % (Stand: 1. September 2022).

10 Der IWF sammelt diese Informationen im Rahmen seiner bilateralen Surveillance und fasst sie zusammen. Vgl.: Internationaler Währungsfonds (2022e).

11 Es ist auch denkbar, dass ein Land SZR eintauscht, um die Zusammensetzung der eigenen Währungsreserven mit Blick auf Zinserträge oder Wechselkursrisiken zu optimieren.

12 Der Abruf der Mittel erfolgte meistens rasch nach der Zuteilung Ende August 2021 und in den meisten Fällen in den nachfolgenden Monaten. 26 der 38 Länder schöpften die ihnen zugeteilten SZR bereits zu mindestens 90 % aus.

Bei den Niedrigeinkommensländern weisen über 60 % ein hohes Schuldenrisiko auf oder befinden sich in einer akuten Schuldenkrise. Die starke SZR-Nutzung durch Länder mit nicht nachhaltiger externer Verschuldung steht aber in einem potenziellen Spannungsverhältnis zu allgemeinen Empfehlungen des IWF. Danach sollten die Mitglieder den durch die Zuteilung gebotenen Spielraum nicht nutzen, um eine erforderliche Umschuldung zu verzögern, eine nicht nachhaltige makroökonomische Politik zu verfolgen oder erforderliche makroökonomische Anpassungen und Reformen zu verzögern.¹³⁾ Diese Empfehlung ist analog zur Forderung eines möglichst effizienten Einsatzes von IWF-Krediten sinnvoll, da SZR-Minderbestände ökonomisch ähnlich zu bewerten sind wie eine externe Fremdwährungsverschuldung mit variabler Verzinsung und ohne festgelegte Fälligkeit.

Eine umfassendere Bewertung der SZR-Zuteilung vom August 2021 wird möglich sein, wenn der IWF eigene Auswertungen vorgelegt hat. Kritisch wäre eine SZR-Zuteilung insbesondere dann zu sehen, wenn sie dazu führt, dass Länder durch die plötzliche Verfügbarkeit von Liquidität notwendige Reformen zurückstellen. Auch ist zu beachten, dass SZR-Zuteilungen nicht zielgerichtet möglich sind und die Nutzung von SZR-Beständen zu einer Zinsbelastung führt, was bei Niedrigeinkommensländern, die eher von konzessionären, also zinsvergünstigten Finanzhilfen, und Schenkungen profitieren würden, eine zusätzliche Belastung bedeuten kann.

¹³ Vgl.: Internationaler Währungsfonds (2021a).

lichen Folgen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine stehen aufgrund der dadurch ausgelösten globalen Verwerfungen, mit starken Belastungen vor allem für ärmere Länder, im Fokus des IWF. Als globale Institution ist der IWF wichtiger Teil einer multilateralen Ordnung in der Weltwirtschaft. Sein Beitrag für eine regelbasierte globale Zusammenarbeit im Weltwährungssystem ist von großer Bedeutung für eine prosperierende Entwicklung.

politischen Beratung und Überwachung (Surveillance) sowie bei der Vergabe und Gestaltung von Finanzhilfen im Laufe der Zeit stetig weiterentwickelt. Hierauf sowie auf die Finanzausstattung des IWF und die Rolle Deutschlands und der Bundesbank im IWF wird in den nachfolgenden Kapiteln anhand ausgewählter Aspekte eingegangen.

*... erforderten
eine Weiter-
entwicklung
des IWF*

Die weltwirtschaftliche Lage, das internationale Währungssystem und die Geschäftspolitik des IWF haben sich seit seiner Gründung in vielfältiger Weise verändert. Weitgehend unverändert blieben das Mandat und Kernelemente des institutionellen Gefüges sowie die besonderen Charakteristika des IWF als monetäre Institution. Dies bietet dem IWF vielfältige, wenn gleich nicht unbegrenzte Möglichkeiten bei der Unterstützung seiner Mitglieder. Der IWF hat seine Geschäftspolitik insbesondere bei der wirtschaftlichen Analyse und der wirtschafts-

Die wirtschaftspolitische Beratung durch den IWF

Der IWF als multilaterale Institution ist ein stabilisierender Faktor für die Weltwirtschaft. Er ist oftmals gefordert, auf plötzlich entstehende Herausforderungen in Mitgliedstaaten schnell zu reagieren und sie im Rahmen seines Mandats zu unterstützen. Zu den wichtigsten Aufgaben des IWF zählt die Krisenprävention durch die Überwachung der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Diese Aufgabe bleibt in der öffentlichen

*Der IWF als
stabilisierendes
Element ...*

... in einem sich wandelnden globalen Währungs- und Finanzsystem

Wahrnehmung gegenüber seinen Finanzhilfen oftmals im Hintergrund.

Seit der Gründung des IWF hat sich das weltweite Währungs- und Finanzsystem ständig verändert und weiterentwickelt. Der IWF hat auf diese Veränderungen immer wieder reagiert und seine Geschäftspolitik und seine strategische Ausrichtung angepasst. In der letzten Dekade haben sich das weltwirtschaftliche Umfeld und die globalen Herausforderungen weiter gewandelt: Die zunehmenden Gefahren des Klimawandels rückten stärker in den Fokus der Politik und bedürfen einer globalen, kooperativen Lösung. Die Digitalisierung schritt voran, private Krypto-Token sind entstanden, und viele Zentralbanken arbeiten an der Entwicklung von digitalem Zentralbankgeld. Der wirtschaftliche Aufholprozess von Schwellenländern hat sich, wenn auch ungleichmäßig, weiter fortgesetzt. Grenzüberschreitende Kapitalflüsse haben trotz eines leichten Rückgangs seit der Finanzkrise von 2008 weiterhin ein hohes Volumen. Sie können positive Effekte in den Empfängerländern auslösen, etwa auf Wachstum, wirtschaftliche Entwicklung und Stabilität, bergen jedoch auch Risiken. Abrupte Kapitalabflüsse können die makroökonomische Stabilität und die Stabilität des Finanzsystems gefährden – insbesondere in Schwellenländern mit eingeschränkter Widerstandsfähigkeit. Ein besorgniserregendes Ausmaß hat überdies in den letzten Jahren die zunehmende Verschuldung zahlreicher Staaten erreicht. Die Corona-Pandemie und zuletzt der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine haben gezeigt, wie binnen kürzester Zeit weltwirtschaftliche Verwerfungen und Belastungen neu entstehen oder bestehende Verwundbarkeiten verschärft werden können.

Krisenprävention als wichtigste Aufgabe

Krisenprävention durch regelmäßige bilaterale Überwachung, ...

Der IWF verfolgt mit seiner Surveillance das übergeordnete Ziel, die Entwicklung und Stabilität des internationalen Währungs- und Finanzsystems zu fördern und somit Krisen vorzubeu-

gen. Dabei profitiert der IWF von seiner Rolle und Erfahrung als globale Institution. Alle 190 Mitgliedstaaten sind laut IWF-Abkommen verpflichtet, sich im Rahmen der sogenannten Artikel IV-Konsultationen³⁾ einer regelmäßigen, üblicherweise jährlichen, Überwachung ihrer Wirtschaftspolitik durch den IWF zu unterziehen. Dabei wird untersucht, inwieweit diese mit den im IWF-Abkommen beschriebenen Zielen im Einklang stehen. Der IWF verfasst auf Basis einer eingehenden Analyse der Wirtschaftsentwicklung und -politik eines Landes einen Bericht und spricht darin wirtschaftspolitische Empfehlungen aus. Diese „bilaterale Überwachung“ wird von dem Gedanken getragen, dass die Wirtschaftspolitik eines Landes Auswirkungen auf andere Länder haben kann. Globale Stabilität wird demnach am besten dadurch gefördert, dass alle Mitglieder eine stabilitätsorientierte Wirtschaftspolitik im Inland verfolgen und so zur Stabilität des internationalen Wirtschafts- und Finanzsystems beitragen.

Zusätzlich zu dieser regelmäßigen Überwachung aller Mitglieder legt der IWF ein besonderes Augenmerk auf die Wirtschaftspolitik derjenigen Staaten, die mit ihm ein Kreditprogramm vereinbart haben, um Zahlungsbilanzprobleme zu überwinden. Hier beurteilt der IWF die Umsetzung der vereinbarten Reformen. Diese intensivierte Überwachung kann im Anschluss an ein Kreditprogramm fortgesetzt werden (Post Program Monitoring). Auch ohne Verbindung mit finanzieller Unterstützung ist eine engere beratende oder programm-basierte Begleitung der Wirtschaftspolitik eines Landes durch den IWF möglich. Diese erfolgt beispielsweise durch Staff Monitored Programs, das Policy Coordination Instrument, das Policy Support Instrument oder im Rahmen des speziell für Niedrigeinkommensländer entwickelten Debt Sustainability Framework, das den Schwerpunkt auf die Prüfung der Schulden-tragfähigkeit dieser Staaten legt.

... die bei Bedarf noch intensiviert werden kann

³⁾ Die Bezeichnung bezieht sich auf Art. IV des IWF-Übereinkommens, in dem die Überwachung der Mitgliedstaaten als eine Aufgabe des IWF genannt wird.

Gezielte Analysen des Finanzsystems

Besonderes Augenmerk auf Finanzsektor

Diese Maßnahmen der bilateralen Surveillance und nichtfinanziellen Programme werden um gezielte Analysen des Finanzsystems ergänzt. In Reaktion auf die Asienkrise hat der IWF 1999 Beurteilungsprogramme für die nationalen Finanzsektoren (Financial Sector Assessment Program, FSAP) eingeführt. IWF und Weltbank nehmen umfassende und tiefgehende Analysen der Finanzsektoren von Mitgliedstaaten vor, überprüfen die Anwendung der internationalen Standards zur Regulierung und Aufsicht und geben Empfehlungen ab. Damit leistet der IWF einen wichtigen Beitrag, Risiken im Finanzsektor zu identifizieren und zu mindern sowie die nationalen Finanzsysteme widerstandsfähig und nachhaltig zu machen. Die Durchführung eines FSAP ist für Mitglieder mit systemisch relevanten Finanzsektoren – hierzu zählt auch Deutschland – alle fünf Jahre obligatorisch. Deutschland wurde jüngst überprüft und der Abschlussbericht Mitte Juli 2022 veröffentlicht (siehe Erläuterungen auf S. 135). Im Sinne der besseren Verzahnung der Surveillance wurde ebenfalls eine stärkere Integration der FSAP-Ergebnisse in die jährlichen Artikel IV-Konsultationen beschlossen. Im Jahr 2021 wurde das FSAP-Instrument überprüft und weiterentwickelt, unter anderem mit Blick auf neue makroökonomisch relevante Risiken im Zusammenhang mit dem Klimawandel und der Digitalisierung. Im Fokus der Überprüfung stand des Weiteren die Verbesserung der Analyse der Verflechtungen zwischen Banken und Finanzinstituten, die nicht dem Bankensektor angehören.

Multilaterale Überwachung

Ergänzende multilaterale Überwachung globaler Risiken und Übertragungseffekte ...

Flankiert wird die bilaterale durch die multilaterale Überwachung. Deren Ziel ist es, globale Risiken oder Risiken, die sich von einzelnen Mitgliedstaaten auf andere Länder oder die Weltwirtschaft übertragen könnten, zu identifizieren und Empfehlungen für eindämmende Maßnahmen vorzulegen. Hierzu analysiert und bewert-

tet der IWF globale makroökonomische und finanzsektorbezogene Entwicklungen.

Wichtige Instrumente der multilateralen Überwachung sind der Weltwirtschaftsausblick (World Economic Outlook), mit detaillierten Analysen zur Lage der Weltwirtschaft; der Globale Finanzstabilitätsbericht (Global Financial Stability Report), dessen Augenmerk auf Ungleichgewichten und Verwundbarkeiten im globalen Finanzsystem liegt; der Fiskalische Überblick (Fiscal Monitor), der die Lage der öffentlichen Finanzen der Mitglieder untersucht, sowie der Bericht über den externen Sektor (External Sector Report), der die außenwirtschaftlichen Positionen der größten Volkswirtschaften der Welt bewertet.⁴⁾ Zudem führt der IWF zusammen mit dem Finanzstabilitätsrat (Financial Stability Board) seit 2009 halbjährlich eine Frühwarnübung (Early Warning Exercise) durch. Dort sollen frühzeitig Risiken und Fehlentwicklungen identifiziert werden, für die zwar nur eine geringe Eintrittswahrscheinlichkeit angesetzt wird, deren Eintritt aber erhebliche globale Auswirkungen haben könnte.

... unter anderem durch die „Flagship Reports“

Periodische Überprüfung der Surveillance

Der IWF überprüft periodisch das Rahmenwerk und die Schwerpunkte seiner Surveillance und passt sie gegebenenfalls den Veränderungen in der Weltwirtschaft an. Die letzte größere Veränderung erfolgte durch die Integrated Surveillance Decision (ISD) im Jahr 2012. Nachdem die globale Finanzkrise Schwachstellen bei der Surveillance offengelegt hatte, wurden die unterschiedlichen Aufgaben – und nicht zuletzt die bilaterale und multilaterale Surveillance – besser miteinander verzahnt. So war der Fokus der Surveillance vor der ISD stark auf die Wechselkurspolitik der Mitglieder ausgerichtet und vernachlässigte andere Politikbereiche (Fiskal-, Geld- oder Finanzstabilitätspolitik), die negative

Nach der globalen Finanzkrise wurde die Surveillance erweitert und verbessert

⁴ Die aktuellen Ausgaben dieser „Flagship Reports“ sind auf der IWF-Website verfügbar: www.imf.org.

Auswirkungen auf andere Länder haben können. Ein wichtiges Anliegen der ISD war, Übertragungseffekte zwischen den Volkswirtschaften besser erkennen und beurteilen zu können. Dies betrifft beispielsweise die Auswirkungen geldpolitischer Entscheidungen der großen Notenbanken auf Schwellenländer. In der multilateralen Surveillance wurde fortan stärker auf Themen abgestellt, die koordiniertes politisches Handeln erfordern, um die globale Stabilität sicherzustellen. Auch wurde die Analyse des Finanzsystems nochmals erheblich intensiviert.

Die Durchführung der Surveillance wird regelmäßig überprüft ...

Ergänzend zu Überprüfungen und Anpassungen des Rahmenwerks für die Surveillance überprüft der IWF periodisch die Surveillance-Praxis. Im Rahmen der letzten Überprüfung dieser Art im Jahr 2021 (Comprehensive Surveillance Review) wurden mehrere Neuerungen eingeführt, um die Qualität der Surveillance zu steigern. So sollen die Artikel IV-Konsultationen auf wenige, als besonders wichtig eingeschätzte Themen fokussiert werden. Bei Themen, die mehrere Länder zugleich betreffen, sind auch länderübergreifende Analysen vorgesehen. Dieses Vorgehen birgt allerdings die Gefahr, dass Analysen zu makroökonomischen Kernthemen nur noch eingeschränkt durchgeführt werden und die erforderliche Breite der Analyse für eine fundierte Beratung fehlen kann.

... und bei Bedarf angepasst

Insgesamt soll die Surveillance stärker auf mögliche Risiken und schwer einschätzbare Entwicklungen – also auf mögliche Abweichungen vom angenommenen Basis-Szenario – ausgerichtet werden und sich intensiver mit dem Klimawandel (siehe Erläuterungen auf S. 117 f.) oder der Digitalisierung beschäftigen. Zudem ist eine verstärkte Analyse von Verteilungsfragen geplant.

Fragen des internationalen Kapitalverkehrs

Internationale Kapitalflüsse haben im Rahmen der wirtschaftspolitischen Beratungstätigkeit des IWF stets eine prominente Rolle eingenommen. Nachdem der IWF lange Zeit für eine fort-

schreitende Öffnung des grenzüberschreitenden Kapitalverkehrs eingetreten war, setzte nach der Asienkrise und verstärkt nach der globalen Finanzkrise eine Neubewertung der generellen Vorteilhaftigkeit des freien Kapitalverkehrs ein. In der Folge entwickelte der IWF den „Institutional View on the Liberalization and Management of Capital Flows“ (Institutional View) als Grundlage für seine Politikberatung. Der ausgewogene Ansatz des Institutional View versucht, die Vorteile einer Kapitalverkehrsliberalisierung mit dem Schutz vor den Nachteilen volatiler Kapitalströme zu kombinieren, etwa durch den Einsatz beschränkender Kapitalverkehrsmaßnahmen (siehe Erläuterungen auf S. 120 f.).

Rolle internationaler Kapitalflüsse und die Entwicklung des Institutional View

■ Finanzhilfen des IWF

Während die Surveillance des IWF wesentlich der Krisenvorsorge und -vermeidung dient, helfen traditionelle IWF-Finanzhilfen bei der Bewältigung von Krisen, die sich in einem temporär eingeschränkten Zugang zu Finanzmitteln in einer global akzeptierten Währung ausdrücken. Das IWF-Übereinkommen beschreibt als Zweck die zeitlich begrenzte Liquiditätshilfe bei der Überwindung solcher Zahlungsbilanzprobleme, damit Länder zur Abhilfe keine wirtschaftlich schädlichen Maßnahmen wie beispielsweise Importbeschränkungen ergreifen müssen.⁵⁾ Die Liquiditätshilfen werden aus IWF-Mitteln finanziert. Für zinsvergünstigte (konzessionäre) Finanzhilfen an Niedrigeinkommensländer kann der IWF auf Mittel aus von ihm verwalteten Treuhandfonds zurückgreifen (zur Finanzausstattung des IWF siehe Erläuterungen auf S. 128 ff.). Das zentrale Ziel von IWF-Programmen mit zinsvergünstigten Finanzhilfen an Niedrigeinkommensländer ist ein nachhaltiger Fortschritt bei der Korrektur von Zahlungsbilanzungleichgewichten. Bei diesen Finanzhilfen spielen entwicklungspolitische Erwägungen eine Rolle, wobei langfristige allgemeine Entwicklungsziele dieses Länderkreises außerhalb des Mandats

IWF-Finanzhilfen dienen der Krisenbewältigung

⁵ Vgl.: Internationaler Währungsfonds (2016), Art. I (v).

Internationaler Währungsfonds und Klimawandel

Der Klimawandel ist eine der größten globalen Herausforderungen unserer Zeit und stellt alle Länder vor große wirtschaftspolitische Herausforderungen. Nicht zuletzt aufgrund seiner nahezu universellen Mitgliedschaft kann der Internationale Währungsfonds (IWF), insbesondere im Rahmen seiner wirtschaftspolitischen Beratung, einen wertvollen Beitrag bei der Bekämpfung des Klimawandels und seiner Folgen leisten.

Der IWF hat sein Engagement in Bezug auf makroökonomisch relevante Fragen des Klimawandels in den letzten Jahren beständig erhöht. Deutlich wird dies unter anderem durch Analysen und Empfehlungen zu Energiepreissubventionen sowie durch den Vorschlag des IWF zu einer internationalen CO₂-Preisuntergrenze (International Carbon Price Floor, ICPF). Dadurch sollen Emissionen weltweit schneller reduziert werden. Zugleich bietet dies eine Alternative zu CO₂-Grenzausgleichsmechanismen (Carbon Border Adjustment Mechanism, CBAM).¹⁾ Im Rahmen seiner Analysen untersucht der IWF zudem die Maßnahmen einzelner Mitglieder zur CO₂-Minderung und zur Anpassung an den Klimawandel sowie die klimabezogenen Risiken für die Finanzstabilität.

Um den Herausforderungen des Klimawandels noch besser gerecht zu werden, stellte der IWF im Juli 2021 eine neue Klimawandel-Strategie vor.²⁾ Diese soll eine umfassende und systematische Behandlung von makroökonomisch relevanten Fragen des Klimawandels in allen Bereichen der volkswirtschaftlichen Überwachung des IWF verankern.³⁾ Hierzu gehört das Vorhaben, die Emissionsminderungsmaßnahmen der 20 größten CO₂-Emittenten im Rahmen der Artikel IV-Konsultationen in einem Dreijahreszyklus zu analysieren und zu bewerten. Zudem sollen länderspezifische Verwundbarkeiten, Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel und der Finanzbedarf für Fortschritte zu einer widerstandsfähigen Volks-

wirtschaft untersucht werden. Neben den Artikel IV-Konsultationen sind Analysen zu spezifischen Herausforderungen – etwa zu den finanzpolitischen Auswirkungen von wiederkehrenden Naturkatastrophen – für die vom Klimawandel besonders betroffenen Länder im Rahmen von Programmen zur makroökonomischen Klimaüberwachung (Climate Macroeconomic Assessment Program, CMAP) geplant. Die Auswirkungen des Klimawandels auf den Finanzsektor und potenzielle Finanzstabilitätsrisiken sollen zunehmend in Programmen zur Bewertung des Finanzsektors (Financial Sector Assessment Program, FSAP) evaluiert werden. Länderübergreifende Fragestellungen werden im Rahmen der multilateralen Überwachung behandelt. Dies beinhaltet beispielsweise komparative Analysen zur Effizienz verschiedener Emissionsminderungsmaßnahmen, wie einer CO₂-Steuer oder von Emissionshandelssystemen. Eine wichtige Frage in diesem Zusammenhang ist, wie steuerliche Begünstigungen und Subventionen für fossile Brennstoffe reduziert oder eliminiert werden können, ohne dass dies in wirtschaftlichen oder sozialen Verwerfungen mündet.

Die strukturellen Herausforderungen des Klimawandels können Länder vor längerfristige Zahlungsbilanzprobleme stellen. Vor diesem Hintergrund beschloss das Exekutivdirektorium des IWF im April 2022 die Einrichtung der Resilience and Sustainability Facility (RSF) sowie des vom IWF verwalteten Resilience and Sustainability Trust (RST), aus dem die Finanzhilfen im Rahmen der RSF finanziert werden. Damit erweitert der IWF sein Instrumentarium um Programme mit

¹ Vgl.: Internationaler Währungsfonds (2022a).

² Vgl.: Internationaler Währungsfonds (2021b).

³ Eine mit dem Klimawandel zusammenhängende politische Herausforderung ist dann makroökonomisch relevant, wenn sie die interne und die externe wirtschaftliche Stabilität eines Landes durch Veränderungen der Handelsflüsse, Vermögenspreise, fiskalischen Entwicklungen oder Wechselkurse beeinflussen kann. Vgl.: Internationaler Währungsfonds (2022b).

Finanzhilfen zu konzessionären, also zinsvergünstigten Bedingungen mit langen Rückzahlungsfristen. Zielgruppe sind die Niedrigeinkommensländer und wirtschaftlich anfällige Länder mit mittlerem Einkommen. RSF-Programme sollen diese Mitgliedstaaten dabei unterstützen, strukturelle Herausforderungen wie etwa den Klimawandel oder Pandemien anzugehen. Anders als bei den traditionellen IWF-Hilfen soll dadurch langfristig erwarteten Zahlungsbilanzproblemen entgegengewirkt werden. RSF-Programme können nur einen kleinen Teil des Finanzierungsbedarfs decken, der sich aus dem Klimawandel und seiner Bekämpfung ergibt. Das Ziel der RSF-Programme, die der IWF mit der Weltbank abstimmt, besteht primär darin, mit geeigneten Reformen die Widerstandsfähigkeit der Länder zu stärken sowie private und öffentliche Investitionen in Klima- und Pandemieschutzmaßnahmen zu mobilisieren.⁴⁾

Mit seiner verstärkten wirtschaftspolitischen Beratung, technischen Hilfe und Ausbildung sowie RSF-Finanzhilfen verfügt der IWF mittlerweile über eine ganze Reihe von Instrumenten, um im Rahmen seines Mandats einen Beitrag bei der Eindämmung des Klimawandels und seiner Folgen zu leisten. Derzeit baut der Fonds weitere Expertise auf, um die neue Klimawandel-Strategie erfolgreich umsetzen zu können. Zugleich liegen diverse Aspekte des Klimawandels, etwa die Entwicklung von Klimaszenarien oder die Umsetzung konkreter Projekte, außerhalb der institutionellen Rolle und Kompetenz des IWF. Vor diesem Hintergrund ist eine intensive Kooperation mit anderen internationalen Organisationen wie etwa der Weltbank unverzichtbar, um die Arbeiten zu verzahnen und Synergien zu nutzen.

4 Vgl.: Internationaler Währungsfonds (2022c).

des IWF liegen und der Unterstützung seitens der Weltbank und anderer multilateraler Entwicklungsbanken sowie der Vereinten Nationen obliegen.

Für die Bereitstellung von Finanzhilfen verlangt das IWF-Abkommen angemessene Sicherheiten. Hierzu zählen vor allem wirtschaftspolitische Anpassungsprogramme, die zwischen dem betreffenden Land und dem IWF vereinbart werden. Sie beinhalten notwendige Anpassungen bei der Geld-, Fiskal- und Wechselkurspolitik sowie Strukturreformen, um die Ursachen der Zahlungsbilanzprobleme zu beseitigen. Die Finanzhilfen des IWF erleichtern diese Anpassungsmaßnahmen. Erfolgreich umgesetzte Programme führen üblicherweise dazu, dass das Land wieder eine tragfähige außenwirtschaftliche Situation erreicht, Vertrauen an den Finanzmärkten gewinnt und die IWF-Finanzhilfen zeitgerecht zurückzahlen kann.

Programmeffizienz und katalytische Wirkung

Der besondere Aufbau des IWF als monetäre Institution und Fonds sowie sein Finanzierungsmechanismus⁶⁾ erfordern, dass Finanzhilfen an Länder nur in begrenztem Umfang und temporär bereitgestellt sowie zeitgerecht zurückgezahlt werden.⁷⁾ Die Schuldentragfähigkeit und ausreichende Rückzahlungskapazität sind zentrale Voraussetzungen für die Bewilligung von Finanzhilfen des IWF. Ziel der programm-basierten Finanzhilfen ist es, Länder bei Reformen und Politikmaßnahmen zu unterstützen, die geeignet sind, Zahlungsbilanzprobleme zu überwinden und eine außenwirtschaftliche Tragfähigkeit, einhergehend mit einem soliden

Programmeffizienz ...

6 Vgl.: Internationaler Währungsfonds (2018), S. 22 ff., Abschnitt 2.2, The IMF's Financing Mechanism.

7 Vgl.: Internationaler Währungsfonds (1992), S. 8: „Finally, the IMF has a financial function to fulfil, which consists of providing resources to members on a temporary basis.“ und Internationaler Währungsfonds (2016).

Wachstum, zu erreichen.⁸⁾ Ziel erfolgreich umgesetzter Programme ist es auch, langfristige, risikotragende Engagements zu vermeiden und Nachschussrisiken für den IWF zu begrenzen.⁹⁾ Konzeptionell spricht man in diesem Zusammenhang von Programmeffizienz, wenn diese Ziele mit möglichst geringem Mitteleinsatz und unter möglichst niedrigem Risiko erreicht werden. Das erfordert ein ausgewogenes Verhältnis von wirtschaftspolitischer Anpassung und IWF-Finanzierung.

... und katalytische Wirkung von IWF-Finanzhilfen ...

Ein weiteres wichtiges Konzept bildet die sogenannte katalytische Wirkung von IWF-Vereinbarungen. Der katalytische Effekt einer IWF-Vereinbarung besteht darin, dass das mit dem IWF vereinbarte wirtschaftspolitische Anpassungsprogramm das Vertrauen in die Wirtschaftspolitik und wirtschaftliche Stabilität des betreffenden Landes stärkt und so (zusätzliche) Finanzmittel von privaten Investoren, Partnerländern oder anderen Gebern mobilisiert. Ein katalytischer Effekt ist eine wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Krisenbewältigung. So kann eine dauerhafte Stabilisierung der Zahlungsbilanz bei zugleich möglichst niedrigen Rückzahlungsverpflichtungen gegenüber dem IWF als bevorrechtigtem Gläubiger¹⁰⁾ erreicht werden.

... sind zentrale Voraussetzungen für finanzielle Integrität des IWF

Eine angemessene Programmeffizienz und die Entfaltung der katalytischen Wirkung der Finanzhilfen sind essenziell dafür, dass ein Land seinen finanziellen Verpflichtungen gegenüber dem IWF fristgerecht und aus eigener wirtschaftlicher Kraft nachkommen kann. Darauf fußt letztlich die finanzielle Integrität des IWF.¹¹⁾

Zunehmend Unterstützung ohne Programmauflagen

Über die Zeit erhebliche Änderungen bei Umfang und Ausgestaltung der Finanzhilfen

Der Umfang und die Ausgestaltung von IWF-Finanzhilfen haben sich über die Zeit erheblich verändert. So lässt sich in den letzten zehn Jahren ein Trend zugunsten neu geschaffener, vorsorglicher Kreditfazilitäten und flexiblerer Notfallhilfen ohne Programmauflagen beobach-

ten. Programmbasierte Finanzhilfen haben dagegen relativ an Bedeutung verloren. Zudem hat der IWF während der Corona-Pandemie Umfang und Anzahl seiner Finanzhilfen deutlich ausgeweitet. Empfänger waren überwiegend Niedrigeinkommensländer, die programmbasierte Finanzhilfen und Notfallfinanzhilfen aus vom IWF verwalteten Treuhandfonds erhielten.

Krisenreaktion in der Corona-Pandemie

Der IWF hat auf die Corona-Pandemie rasch und entschlossen reagiert und die Finanzhilfen zur Unterstützung seiner Mitglieder stark ausgeweitet. Zwischen März 2020 und Ende 2021 wurden fast jedem zweiten Mitglied des IWF – 90 Ländern – Hilfen im Gesamtumfang von rund 123 Mrd SZR gewährt.¹²⁾ Eine Besonderheit dabei ist, dass der IWF mit einer breit angelegten Vergabe von Notfallhilfen reagiert hat,¹³⁾ die keine Programmvereinbarungen mit

IWF reagiert auf Corona-Pandemie mit starker Ausweitung seiner Finanzhilfen

⁸ Vgl.: Internationaler Währungsfonds (2020b), siehe Guidelines on Conditionality.

⁹ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2005, 2012).

¹⁰ Rückzahlungen an den IWF werden durch seinen bevorrechtigten Gläubigerstatus (Preferred Creditor Status) geschützt. Dieser Status ist zwar nicht juristisch kodifiziert, wird aber politisch unterstützt und international anerkannt. Dadurch genießen die Rückzahlungsforderungen des IWF ein Vorrecht gegenüber den Forderungen anderer (Fremdwährungs-)Gläubiger. Ein Zahlungsverzug gegenüber dem IWF ist für ein Land problematisch, da dies üblicherweise zur Folge hat, dass das Land von externer Finanzierung ausgeschlossen wird. Vgl. dazu auch: Deutsche Bundesbank (2012).

¹¹ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2012).

¹² Vgl.: Internationaler Währungsfonds (2022f). Dies entspricht rund 160 Mrd US-\$ (Wechselkurs vom 1. September 2022). Im Folgenden werden nur SZR-Beträge angegeben. Zum SZR siehe Erläuterungen auf S. 111 ff.

¹³ Notfallhilfen sind vorgesehen bei akutem Zahlungsbilanzbedarf, wenn ein Anpassungsprogramm entweder nicht nötig (Zahlungsbilanzstörung ist rein temporär und ohne wirtschaftspolitische Anpassung zu bewältigen) oder nicht möglich ist (etwa bei unzureichender administrativer Kapazität oder bspw. mit Blick auf Reiserestriktionen zu Beginn der Pandemie, die Programmverhandlungen erschweren). Notfallhilfen können Vorabmaßnahmen beinhalten, erlegen den Empfängerländern aber keine ex post zu prüfenden Auflagen auf. Daher können die Hilfen verhältnismäßig schnell zwischen dem IWF und den Mitgliedstaaten ausgehandelt und nach Zustimmung des Exekutivdirektoriums kurzfristig vollständig ausgezahlt werden. Notfallhilfen umfassen das Schnellfinanzierungsinstrument (Rapid Financing Instrument, RFI) und die Schnellkreditfazilität (Rapid Credit Facility, RCF).

Der Institutional View des Internationalen Währungsfonds

Internationale Kapitalflüsse haben im Rahmen der wirtschaftspolitischen Beratungstätigkeit des Internationalen Währungsfonds (IWF) stets eine prominente Rolle eingenommen. Dabei beinhaltet das Mandat des Fonds zwar die Beseitigung von Einschränkungen des internationalen Zahlungsverkehrs für Transaktionen im Rahmen der Leistungsbilanz, es erstreckt sich aber nicht auf Regelungen für den internationalen Kapitalverkehr. Der IWF ist jedoch befugt, im Rahmen seiner Artikel IV-Konsultationen auch den Kapitalverkehr zu beobachten und Länder zu beraten. Nachdem der IWF lange Zeit, auch unter dem Einfluss des sogenannten Washington Consensus¹⁾, für eine fortschreitende Liberalisierung des grenzüberschreitenden Kapitalverkehrs eintrat, setzte nach der Asienkrise Ende der 1990er Jahre und verstärkt nach der globalen Finanzkrise 2008/09 eine Neubewertung der generellen Vorteilhaftigkeit des freien Kapitalverkehrs ein. Denn insbesondere in Schwellenländern waren erhebliche wirtschaftliche Probleme im Umgang mit großen und volatilen Kapitalströmen aufgetreten.

In der Folge verabschiedete der IWF den „Institutional View on the Liberalization and Management of Capital Flows“ (Institutional View) als Orientierung für seine Empfehlungen an seine Mitgliedstaaten zu Fragen des Kapitalverkehrs. Darin wird versucht, im Lichte der damaligen Erfahrungen und der akademischen Forschung einen ausgewogenen Ansatz zwischen der Bewahrung von Vorteilen einer Kapitalverkehrsliberalisierung und dem Einsatz beschränkender Kapitalverkehrsmaßnahmen (Capital Flow Measures, CFM) herzustellen. Die Grundprinzipien des Institutional View besagen, dass freie Kapitalströme wünschenswert sind, da sie Vorteile für ein Land haben können, jedoch auch – vor allem im Fall starker und plötzlicher Kapitalabflüsse – zu Gefahren für die makroökonomische Stabilität und die Finanzstabilität führen können. Um solchen Gefahren entgegenzutreten, können Mitgliedstaaten zeitweise zielgerichtete kapi-

talverkehrsbeschränkende Maßnahmen ergreifen, wobei diese die erforderlichen makroökonomischen Anpassungen ergänzen, aber nicht ersetzen sollten.

Im Frühjahr 2022 wurde im IWF eine erste systematische Überprüfung des Institutional View abgeschlossen. Zudem wurde die Überprüfung genutzt, um die Arbeiten des IWF zum Integrated Policy Framework (IPF) in den Institutional View zu integrieren. Das IPF bezeichnet ein kohärentes analytisches Rahmenwerk für die Analyse und Bewertung der Wechselwirkungen von Geldpolitik, Wechselkurspolitik, Devisenmarktinterventionen, makroprudenziellen Maßnahmen und Kapitalverkehrsmaßnahmen. Es soll modellbasierte, länderspezifische Empfehlungen ermöglichen, mit welchen Maßnahmen ein Land auf volatile internationale Kapitalflüsse reagieren kann. Hierdurch sollen vor allem Schwellen- und Entwicklungsländer bei der Gestaltung eines geeigneten Politik-Mix unterstützt werden.

Im Rahmen der Überprüfung des Institutional View wurden dessen Kernprinzipien bestätigt, manche seiner Aussagen aber auch präzisiert oder erweitert. Grundsätzlich wurde betont, dass für jedes einzelne Land seine Ausgangsbedingungen, die Art der wirtschaftlichen Schocks sowie vorhandene Friktionen eine große Rolle bei der Bestimmung des optimalen Politik-Mix zum Umgang mit Risiken aus Kapitalflüssen spielen. Die Haupterweiterung

¹ Der Washington Consensus umschreibt ein Maßnahmenbündel, das 1989 von John Williamson in Washington D.C. vorgestellt wurde und als Leitbild für die Reformanstrengungen von Schwellen- und Entwicklungsländern propagiert wurde. Wesentliche Merkmale sind die Durchführung von Reformen zur Öffnung und Liberalisierung der inländischen Wirtschaft sowie zur stabilitätsorientierten Ausgabenpolitik. Durchwachsene Erfolge der empfohlenen Reformen, als holzschnittartig empfundene Politikempfehlungen sowie die einhergehende Vernachlässigung sozialer Aspekte führten im Zeitablauf zu deutlicher Kritik. Inzwischen hat der IWF seinen Analyseansatz und seine Strategie für wirtschaftspolitische Maßnahmen in der Überwachung und der Kreditvergabe erweitert und verbessert. Vgl.: Irving und Ward (2021).

des Institutional View beruht auf einer Erkenntnis des IPF, dass der Einsatz von präventiven Maßnahmen bei stabilitätsgefährdenden Kapitalzuflüssen helfen kann, Finanzstabilitätsrisiken zu senken. Hingegen werden präventive Maßnahmen bei Kapitalabflüssen nach wie vor als nicht zielführend angesehen.²⁾ Mit der Überprüfung und Erweiterung der Grundlagen für seine wirtschaftspolitischen Empfehlungen reagiert der IWF sowohl auf neue Entwicklungen im Bereich des Kapitalverkehrs als auch auf Kritik und Anregungen aus Forschung und Gesellschaft.

Der IWF entwickelt den Institutional View entsprechend neuen Herausforderungen und Erkenntnissen der akademischen Forschung weiter. Einige wichtige Bereiche sind bislang nicht von der Analyse erfasst, sollen aber in zukünftigen Überarbeitungen berücksichtigt werden. Hierzu zählt die fortschreitende Digitalisierung und ein möglicher Einfluss von privaten oder öffentlichen digitalen Währungen auf den Umfang und die Struktur der Kapitalflüsse.

Auch Veränderungen beispielsweise bei grenzüberschreitenden Investitionen, die aufgrund des Klimawandels und der hierauf ergriffenen politischen Maßnahmen erfolgen, sollen zunehmend in das Blickfeld der Analyse rücken. Nicht zuletzt ist geplant, die bislang wenig analysierten Verteilungseffekte von CFMs mit sozialpolitischer Zielsetzung zu untersuchen. Ein Beispiel hierfür ist der Kapitalverkehr für den Immobilienerwerb durch Gebietsfremde und mögliche unerwünschte Auswirkungen auf die Preise von Wohnimmobilien.

2 Darüber hinaus wurde der Institutional View u. a. dahingehend präzisiert, welche Maßnahmen von ihm nicht abgedeckt werden. Dies betrifft Kapitalverkehrsmaßnahmen, die Länder aufgrund von sicherheitspolitischen Erwägungen, gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, als Teil der Baseler Regulierung für den Finanzsektor oder im Zuge internationaler Steuerabkommen zur Bekämpfung von Steuerflucht einführen. Hierzu erfolgt keine Bewertung und Beratung durch den IWF.

wirtschaftspolitischen Auflagen vorsehen. Insgesamt 76 Länder haben solche Notfallhilfen in Anspruch genommen. Zudem gewährte der IWF aus dem von ihm verwalteten Treuhandfonds für Katastrophenhilfen (Catastrophe Containment and Relief Trust, CCRT)¹⁴⁾ 31 Niedrigeinkommensländern knapp 690 Mio SZR an Zuschüssen zur Finanzierung ihrer IWF-Rückzahlungen, die während der Pandemie fällig wurden.

Die Notfallhilfen haben eine rasche Unterstützung vieler Mitgliedstaaten ermöglicht. Gerade zu Beginn der Pandemie konnten so erhebliche Zahlungsbilanzbelastungen in Schwellen- und Entwicklungsländern abgedeutet werden. Häufig trugen die als direkte Budgetunterstützung ausgezahlten IWF-Mittel jedoch zur Finanzierung stark steigender Haushaltsdefizite bei und konnten angesichts fehlender Konditionalität auch zur Unterstützung nicht nachhaltiger Finanz- oder Wechselkurspolitik eingesetzt werden. Die Mehrheit der Länder, die in den Jahren

2020 und 2021 Notfallhilfen beantragten, erhielten dabei den jeweils maximal möglichen Betrag, wobei die Höchstgrenzen krisenbedingt vorübergehend ausgeweitet wurden.¹⁵⁾

Die Corona-Pandemie ist die erste Krise, auf die der IWF mit einer breit angelegten Vergabe von Notfallhilfen reagiert hat. Insgesamt stehen den 76 zwischen März 2020 und Ende 2021 durch Notfallhilfen unterstützten Ländern nur 16 Länder gegenüber, die solche Finanzhilfen in den elf Jahren zuvor – seit Einführung der Notfallinstrumente in ihrer aktuellen Ausgestaltung –

Geringe Konditionalität von Notfallhilfen...

Notfallhilfen boten rasche und umfangreiche Unterstützung gerade für Niedrigeinkommensländer

14 Der CCRT ermöglicht es dem IWF, im Fall von Naturkatastrophen oder von Katastrophen im Bereich der öffentlichen Gesundheit den ärmsten und vulnerabelsten Ländern Zuschüsse für Schuldendienstzahlungen bereitzustellen. CCRT-Zuschüsse wurden 2015 während der Ebola-Epidemie eingerichtet und im März 2020 als Reaktion auf die Corona-Pandemie angepasst.

15 Nur etwa ein Viertel der Anträge blieben aufgrund von verschiedenen Erwägungen, bspw. in Bezug auf Rückzahlungsrisiken, unterhalb der maximal möglichen Höhe.

in Anspruch genommen haben.¹⁶⁾ Wirtschaftspolitische Auflagen, die in Form von Vorabmaßnahmen vor der Auszahlung möglich sind, spielen bei den Notfallhilfen während der Pandemie eine untergeordnete Rolle.

... kann wirtschaftliche Anpassungen verzögern, ...

Die normalerweise geringe Nutzung von Notfallinstrumenten und deren relativ geringe Höchstgrenzen spiegeln grundsätzliche Erwägungen für IWF-Finanzhilfen wider. So besteht ein zentrales Risiko von Notfallhilfen darin, dass eigentlich erforderliche wirtschaftspolitische Anpassungen und Korrekturen von Zahlungsbilanzungleichgewichten verzögert werden. Bei Verlust des Marktzugangs und Unsicherheit über die Schuldentragfähigkeit kann ein übermäßiger Rückgriff auf Notfallhilfen bei Ländern mit drohenden Verschuldungsproblemen auch zu verspäteten Schuldenrestrukturierungen führen, die erfahrungsgemäß mit letztlich höheren Kosten für die betroffenen Länder einhergehen.¹⁷⁾

... ermöglichte aber prioritäre Ausgaben zur Bekämpfung der Pandemie

Die IWF-Notfallhilfen ermöglichten prioritäre Ausgaben zur Bekämpfung der Pandemie, die andernfalls nicht oder nur eingeschränkt möglich gewesen wären. Damit helfen sie auch, die Zahlungsbilanz zu stabilisieren. Positiv wirken Zusagen verschiedener Empfängerländer von Notfallhilfen, Transparenz über bestimmte Ausgaben und Ausschreibungen herzustellen. Eine Umsetzung solcher Zusagen kann zu einer guten Haushaltsführung beitragen, Korruptionsrisiken im Zusammenhang mit kurzfristig erhöhten Ausgaben in der Corona-Pandemie eindämmen und somit helfen nachzuweisen, dass die Notfallhilfen sachgerecht verwendet werden.

Erheblicher Anstieg der Außenstände

Die Gewährung von temporär erhöhter Notfallfinanzhilfe für einen breiten Länderkreis führte 2020 zu einem Anstieg der Forderungen des IWF um fast 50 % und zu einer Verdoppelung der Außenstände des Poverty Reduction and Growth Trust (PRGT), einem der vom IWF verwalteten Treuhandfonds zur Vergabe zinsvergünstigter Kredite an einkommensschwache Länder (siehe Erläuterungen auf S. 128 ff.). Hier wurde Ende 2020 die bisherige Höchstmarke

aus dem Jahr 2004 deutlich übertroffen. Dieser starke Anstieg betrifft gerade auch Länder mit hohen Risiken für die Tragfähigkeit ihrer (externen) öffentlichen Verschuldung. Mit Blick auf die eigenen Mittel des IWF betrug der Umfang der ausstehenden Kreditforderungen Ende 2020 rund 93 Mrd SZR und lag damit annähernd auf dem Niveau des vorherigen historischen Höchststandes aus dem Jahr 2012.¹⁸⁾

In der Corona-Pandemie hat der IWF mit fünf Mitgliedstaaten eine vorsorgliche Vereinbarung über den Zugang zu nicht konzessionären, also nicht zinsvergünstigten, Finanzhilfen abgeschlossen, die im Bedarfsfall abgerufen werden können. Zu Beginn der Pandemie verfügte der IWF über zwei solcher vorsorglichen Finanzierungsfazilitäten: die Flexible Kreditlinie (Flexible Credit Line, FCL) für Länder mit solider Politik und die Vorsorgliche und Liquiditätslinie (Precautionary and Liquidity Line, PLL) bei akutem oder potenziellem Zahlungsbilanzbedarf von Ländern mit ganz überwiegend solider Wirtschaftspolitik.¹⁹⁾ Da solche Vereinbarungen auch von größeren Schwellenländern beantragt werden können und einen Zugang zu erheblichen Mitteln erlauben, entfällt über die Hälfte des Umfangs der zwischen März 2020 und Ende 2021 gewährten Finanzhilfen auf diese vorsorglichen Finanzierungsfazilitäten. Zudem hat der IWF im Frühjahr 2020 mit der Kurzfristigen Liquiditätslinie (Short-term Liquidity Line, SLL) ein weiteres vorsorgliches Instrument geschaffen. Die Erfahrung mit der SLL ist noch gering; erst im Mai 2022 wurde dieses Instrument zum ersten und bislang einzigen Mal und auch nur für wenige Monate von einem Land genutzt.

Mehr Länder mit vorsorglichen Vereinbarungen, ...

¹⁶ Auch die entsprechenden Vorgängerinstrumente (Emergency Natural Disaster Assistance, ENDA, und Emergency Post-Conflict Assistance, EPCA) wurden nur in Einzelfällen und vergleichsweise geringem Umfang genutzt.

¹⁷ Vgl.: Internationaler Währungsfonds (2013).

¹⁸ Dieser war auf die Auswirkungen der globalen Finanzkrise als auch die Staatsschuldenkrise im Euroraum zurückzuführen. Das zwischenzeitlich außerordentlich hohe Engagement des IWF in Staaten des Euroraums hatte sich Dank vorzeitiger Rückzahlungen rasch reduziert und endete schließlich im Frühjahr 2022 komplett.

¹⁹ Vgl.: Internationaler Währungsfonds (2017).

*... die wegen
großer Volumina
Risiken bergen
können*

Eine Hoffnung im Zusammenhang mit vorsorglichen Vereinbarungen ist, dass diese Ansteckungseffekten entgegenwirken. Großvolumige vorsorgliche Vereinbarungen können aber besondere finanzielle Risiken für den IWF bergen, sollten die Mittel tatsächlich gezogen werden. Denn nach einem Abruf der Mittel entfallen die üblichen Sicherheiten des IWF in Form von wirtschaftspolitischen Auflagen weitgehend.²⁰⁾ Ein Ziehen der Mittel kann von Marktteilnehmern zudem als negatives Signal über die wirtschaftliche Solidität des Landes interpretiert werden. Wichtige Voraussetzungen für den Schutz der Vorteile vorsorglicher Vereinbarungen einerseits und zur Risikobegrenzung für den IWF andererseits sind folglich, dass die Bedingungen für einen besonders hohen Zugang gewahrt werden und eine Dauernutzung bei sich verschlechternden Fundamentaldaten vermieden wird. Dementsprechend kann eine zeitlich nur begrenzte Nutzung oder eine schrittweise Verringerung des Umfangs der vorsorglichen Vereinbarung eines Landes bis zu deren Ende als Zeichen der wirtschaftlichen Stärke angesehen werden und entspräche dem temporären Charakter von IWF-Finanzhilfen.

Nachfrage nach Anpassungsprogrammen rückläufig

*Relativ wenige
neue Länder mit
Anpassungs-
programmen*

Betrachtet man nur traditionelle IWF-Finanzhilfen zur Unterstützung eines Anpassungsprogramms (also nicht die oben beschriebenen Notfallhilfen und vorsorglichen Fazilitäten), zeigen sich ebenfalls Auffälligkeiten. Allgemein war es über die vergangenen 40 Jahre regelmäßig der Fall, dass Programmanträge von Ländern gestellt wurden, die bereits in der jeweils jüngeren Vergangenheit IWF-Finanzhilfen in Anspruch genommen hatten und sich dann erneuten Zahlungsbilanzproblemen gegenübersehen (siehe Schaubild auf S. 124). Dies traf insbesondere auf Niedrigeinkommensländer zu, die andauernde Zahlungsbilanzschwierigkeiten aufwiesen. Auch bei Programmvereinbarungen mit Schwellenländern lässt sich beobachten, dass einige Länder regelmäßig und mit ver-

gleichsweise engen zeitlichen Abständen auf IWF-Finanzierung zurückgriffen. Der IWF wertet das allgemein als deutlichen Hinweis auf unzureichenden Erfolg der jeweils vorausgegangenen IWF-Programme. Eine Rolle spielen dabei häufig eine unvollständige Umsetzung von Programmauflagen oder eine Abkehr von einer stabilitätsorientierten Wirtschaftspolitik noch vor oder relativ kurz nach Programmende.²¹⁾ Für den IWF ist das in verschiedener Hinsicht problematisch: Zum einen kann das Vertrauen in das wirtschaftspolitische Gütesiegel von IWF-Programmen leiden, wenn Programme ihre Ziele nicht nachhaltig erreichen. Dies mindert auch die Wahrscheinlichkeit, dass Programme katalytisch wirken. Zum anderen kann der IWF im Ergebnis gefordert sein, neue Finanzmittel bereitzustellen, damit die Rückzahlungen an den IWF aus dem gescheiterten Programm nicht gefährdet sind. Wichtig sind daher hinreichend ehrgeizige Anpassungsmaßnahmen im Rahmen des Programms, um die Zahlungsbilanzprobleme des Landes zu überwinden und den Erfolg des Programms zu ermöglichen. Je höher die Finanzhilfen des IWF für ein Land bemessen werden, desto umfassender muss die Anpassung im Rahmen des Programms sein, um die Zahlungsbilanzsituation ausreichend zu verbessern und so die Rückzahlungsfähigkeit zu gewährleisten.

Zwar war die Reaktion des IWF auf die Coronapandemie neuartig, aber die 2020 beobachtete Konzentration auf Finanzhilfen ohne Programmauflagen sowie der Anstieg des Engagements in Niedrigeinkommensländern knüpften an schon länger zu beobachtende Trends an. Die relative Bedeutung von traditionellen Instrumenten mit umfassenden Anpassungsprogrammen ist im Zeitverlauf zurückgegangen (siehe Schaubild auf S. 125).

Zu Beginn der 1980er Jahre waren IWF-gestützte Anpassungsprogramme das überwiegend genutzte Instrument des IWF, Mitglied-

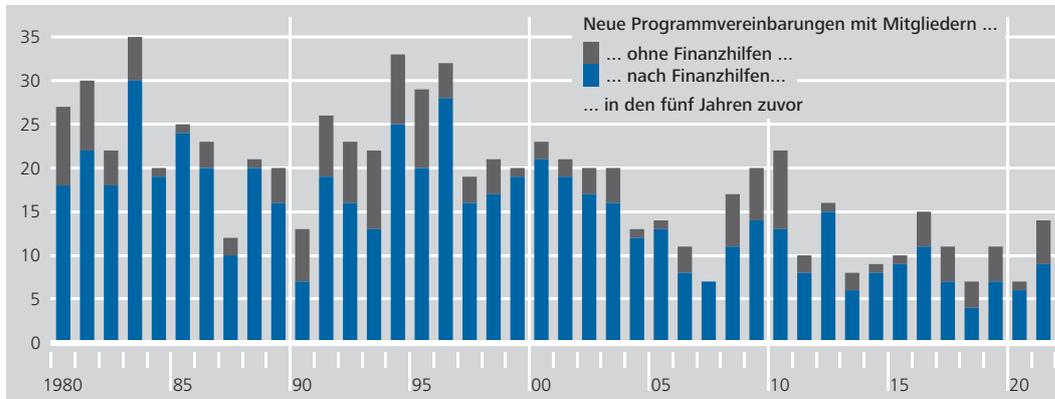
*Verschiebung zu
Instrumenten
ohne Anpassungs-
programm ...*

*... ist ein länger
zu beobachtender
Trend, ...*

²⁰ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2012).

²¹ Vgl.: Internationaler Währungsfonds (2019).

Anzahl an neuen Programmvereinbarungen*)



Quelle: IWF und eigene Berechnungen. * Untersuchte Finanzierungshilfen: Erweiterte Kreditfazilität (Extended Credit Facility, ECF), Erweiterte Fondsfazilität (Extended Fund Facility, EFF), Bereitschaftskreditvereinbarung (Stand-By Arrangement, SBA), Bereitschaftskreditfazilität (Stand-By Credit Facility, SCF).

Deutsche Bundesbank

staaten Zahlungsbilanzhilfen zur Verfügung zu stellen.²²⁾ Mitte der 1980er Jahre wurde das Instrumentarium speziell für Niedrigeinkommensländer um konzessionäre Instrumente ausgeweitet, die heute aus dem PRGT finanziert werden.²³⁾ Im Nachgang der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise erweiterte der IWF seit 2009 sein Instrumentarium um neue, vorsorgliche Finanzierungsfazilitäten²⁴⁾ und neu gestaltete, flexiblere Notfallhilfen.²⁵⁾ Die Anteile der verschiedenen Instrumente, über die der IWF Zahlungsbilanzhilfen gewährt, haben sich in den vergangenen vier Jahrzehnten verschoben. Seit Mitte der 1980er Jahre haben konzessionäre IWF-Programme an Bedeutung gewonnen. Dies dürfte dem steigenden Anteil von Niedrigeinkommensländern an der Mitgliedschaft geschuldet sein. Dementsprechend ist der Anteil von traditionellen, nicht konzessionären Anpassungsprogrammen zurückgegangen. Seit der Einführung neuer vorsorglicher Finanzierungsfazilitäten und flexibler Notfallhilfen ab dem Jahr 2009 hat sich diese Entwicklung fortgesetzt und in der Reaktion auf die Corona-Pandemie einen vorläufigen Höhepunkt erreicht.

... der auf geringere Nachfrage und attraktive Alternativangebote zurückzuführen sein dürfte

Die Nachfrage nach traditionellen Anpassungsprogrammen des IWF hat in Teilen der Mitgliedschaft mutmaßlich deswegen abgenommen, weil Länder ihre Widerstandsfähigkeit ausbauen oder andere Finanzierungsquellen einen

Gang zum IWF unwahrscheinlicher machten. Teile der Mitgliedschaft haben ihre Krisenvorsorge verstärkt, und gerade Länder in Südostasien haben seit vielen Jahren praktisch kaum Finanzhilfen des IWF beantragt. Auch waren im letzten Jahrzehnt die globalen Finanzierungsbedingungen für viele Schwellenländer im historischen Vergleich eher günstig. Die Nutzung regionaler Finanzbeistandseinrichtungen (Regional Financing Arrangements), die teilweise nach regionalen Krisen geschaffen oder erweitert wurden, bleibt hingegen eng begrenzt. Für Niedrigeinkommensländer dürfte auch ein größeres Kreditangebot von bilateralen Gläubigern

²² Es gab in der Vergangenheit eine Reihe von Finanzierungsfazilitäten des IWF mit besonderem Zweck und besonderer Ausgestaltung, die in Deutsche Bundesbank (2013) näher beschrieben werden, auf die im Folgenden aber nicht näher eingegangen wird.

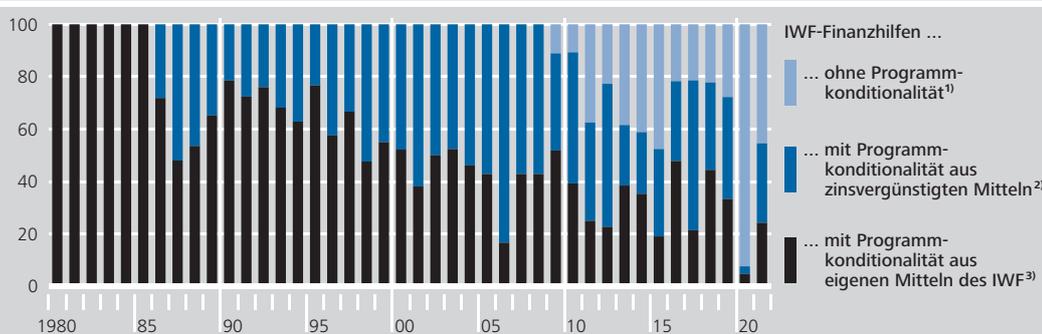
²³ Die Praxis der verbilligten Kreditvergabe an Niedrigeinkommensländer begann bereits im Jahr 1976 und wurde ab 1986 mit eigenständigen Fazilitäten intensiviert. Vgl.: Deutsche Bundesbank (2013).

²⁴ Auch vor 2009 gab es vorsorgliche Finanzierungsfazilitäten wie die Vorbeugende Kreditlinie (Contingent Credit Line) oder die Kurzfristige Liquiditäts-Fazilität (Short-term Liquidity Facility), die jedoch nie in Anspruch genommen wurden. Vgl.: Deutsche Bundesbank (2013).

²⁵ Vor 2009 gab es Instrumente des IWF, die gewisse Ähnlichkeiten zu den aktuellen Notfallinstrumenten aufweisen, wie die Fazilität zur kompensierenden Finanzierung (Compensatory Financing Facility, CFF) oder die ENDA und EPCA.

Aufteilung der IWF-Finanzhilfen

in %



Quelle: IWF und eigene Berechnungen. **1** Flexible Kreditlinie (Flexible Credit Line, FCL), Vorsorgliche und Liquiditätslinie (Precautionary and Liquidity Line, PLL), ehemals Vorsorgliche Kreditlinie (Precautionary Credit Line, PCL), Schnellkreditfazilität (Rapid Credit Facility, RCF), Instrument für schnelle Finanzierung (Rapid Financing Instrument, RFI). **2** Bereitschaftskreditfazilität (Stand-By Credit Facility, SCF), Erweiterte Kreditfazilität (Extended Credit Facility, ECF), ehemals Strukturanpassungsfazilität (Structural Adjustment Facility, SAF), Erweiterte Strukturanpassungsfazilität (Enhanced Structural Adjustment Facility, ESAF), Fazilität für exogene Schocks (Exogenous Shocks Facility, ESF). **3** Bereitschaftskreditvereinbarung (Stand-By Arrangement, SBA), Erweiterte Fondsfazilität (Extended Fund Facility, EFF).

Deutsche Bundesbank

außerhalb des Pariser Clubs²⁶⁾ ein relevanter Faktor sein. So sind etwa die gegenüber der Weltbank ausgewiesenen Forderungen Chinas an Niedrig- und Mitteleinkommensländer zwischen 2013 und 2018 um rund 100 % oder 80 Mrd US-\$ angestiegen.²⁷⁾ Zusammen mit einem geringeren Schuldendienst an traditionelle Gläubiger nach vorherigen Umschuldungsinitiativen könnte dies dazu geführt haben, dass die Anzahl von Programmanträgen beim IWF in den 2010er Jahren – ungeachtet eines kontinuierlichen Anstiegs der Verschuldungsrisiken in diesem Zeitraum – etwas niedriger ausfiel. Zugleich kann eine Erklärung des abnehmenden Anteils IWF-gestützter Anpassungsprogramme auch darin liegen, dass das seit 2009 um neue vorsorgliche Finanzierungsfazilitäten und flexiblere Notfallhilfen erweiterte Angebot des IWF zu einer gewissen Verdrängung geführt hat: Aus Sicht eines antragstellenden Landes mit Zahlungsbilanzproblemen können Notfallhilfen ohne Bindung an ein makroökonomisches Anpassungsprogramm attraktiv erscheinen. Vorsorgliche Finanzierungsfazilitäten mit besonders hohen Zugangsvoraussetzungen sollten bei deren konsequenter Beachtung kaum eine Konkurrenz zu den regulären Anpassungsprogrammen darstellen.²⁸⁾ Bei vorsorglichen Fazilitäten mit geringeren Zugangsvoraussetzungen dürfte dagegen eine gewisse Konkurrenz bestehen,

wenn Länder ein umfassendes Anpassungsprogramm vermeiden möchten.²⁹⁾

Zunehmende Risiken bei der Kreditvergabe

Ein weiteres relevantes Thema für die Bewertung von IWF-Finanzhilfen sind Risiken bei besonders hohen Zusagen an einzelne Mitgliedstaaten. Eine zentrale Herausforderung für den IWF ist die angemessene Reaktion auf Zahlungsbilanzkrisen infolge hoher Kapitalabflüsse in Verbindung mit Unsicherheit über die Tragfähigkeit der öffentlichen Verschuldung. So erfordert schon eine kurzfristige Stabilisierung zur Vermeidung eines Zahlungsausfalls regelmäßig

Besonders hohe IWF-Finanzhilfen als Risikofaktor

26 Der Pariser Club ist ein informelles Gremium von Gläubigerstaaten, das für koordinierte Umschuldungsverhandlungen eingebunden wird, wenn Länder, die gegenüber ausländischen Regierungen verschuldet sind, in Zahlungsschwierigkeiten geraten und um eine Anpassung ihres Schuldendienstes bitten.

27 Diese Zahlen dürften die tatsächliche Kreditvergabe Chinas an Schwellenländer noch deutlich unterschätzen. In einer detaillierten Studie kommen Wissenschaftler des Kieler Instituts für Weltwirtschaft zu dem Schluss, dass rund die Hälfte der internationalen Kredite Chinas an Entwicklungs- und Schwellenländer in offiziellen Statistiken nicht auftaucht. Vgl.: Horn et al. (2019).

28 Bislang wurden mit fünf Ländern solche Vereinbarungen geschlossen, von denen nur ein Land tatsächlich Mittel in Anspruch genommen hat.

29 Eine solche Vereinbarung wurde bisher mit drei Ländern geschlossen, von denen zwei auch tatsächlich auf Mittel zurückgegriffen haben.

den Einsatz hoher Mittel. Zugleich sind der möglichen wirtschaftspolitischen Anpassung häufig enge (zeitliche, soziale und politische) Grenzen gesetzt. Kann ein IWF-Engagement in diesen Fällen keinen katalytischen Effekt herstellen (bspw. rasche Rückgewinnung von Marktvertrauen oder Einsatz umfangreicher Unterstützung von Partnerländern), sind erhebliche Risiken für den IWF zu befürchten. In Anerkennung dessen hat der IWF besondere Zugangsvoraussetzungen für Finanzhilfen über bestimmten Schwellenwerten etabliert.³⁰⁾ Diese Kriterien sollen dazu beitragen, dass tiefgreifende Solvenzprobleme nicht als reine Liquiditätskrisen behandelt werden und die Rückzahlungsfähigkeit gegenüber dem IWF gewahrt bleibt. Zudem kann eine glaubwürdige Selbstbindung des IWF das Risiko eines ungebührlichen Risikoverhaltens seiner Mitglieder im Vertrauen auf IWF-Finanzhilfen verringern.³¹⁾

Klumpenrisiko durch hohe Einzelzusagen

Große Einzelzusagen bergen erhebliche finanzielle Risiken für den IWF. So weisen Mitte 2022 lediglich drei Länder Verbindlichkeiten gegenüber dem IWF auf, die oberhalb der Schwelle für einen außergewöhnlich hohen Zugang liegen. Die Verbindlichkeiten dieser drei Länder liegen mit insgesamt mehr als 50 Mrd SZR über der Hälfte der gesamten ausstehenden Forderungen des IWF.

Angemessene Obergrenzen wichtig für den Programmerfolg

Hohe Außenstände gegenüber dem IWF können auch die katalytische Wirkung eines Hilfsprogramms mindern. So kann ein hoher Bestand von Verbindlichkeiten eines Landes gegenüber einem als bevorrechtigt akzeptierten Gläubiger wie dem IWF die Rückgewinnung des Marktzugangs erschweren und damit die Erfolgsaussichten IWF-gestützter Anpassungsprogramme schmälern. Hierfür gibt es empirische Evidenz.³²⁾ So war bei regulären IWF-Kreditprogrammen im Zeitraum von 1990 bis 2018 ein positiver katalytischer Effekt des IWF-Engagements kaum nachweisbar, wenn die gewährten Finanzhilfen 5 % des Bruttoinlandsprodukts des Landes überstiegen. Bei diesen Programmvereinbarungen lässt sich – im Gegensatz zum Durchschnitt der Vereinbarungen über diesen

Zeitraum – insbesondere keine positive Wirkung auf private Kapitalflüsse feststellen. Vielmehr ist eine Verdrängung von privatem Kapital durch den IWF zu befürchten, da private Investoren wegen seines Status als bevorrechtigter Gläubiger im Fall eines Zahlungsausfalls höhere Verluste erwarten müssen.

In der Praxis gibt es jedoch Schwierigkeiten bei der konsequenten Anwendung der Kriterien für besonders hohen Zugang. So sind bei Antragstellung auf IWF-Finanzhilfen die Solvenzanalysen mit erheblicher Unsicherheit behaftet, ebenso die politische Bereitschaft des Landes zu wirtschaftspolitischen Anpassungen. Schließt das jeweilige Land eine frühzeitige Restrukturierung seiner Schulden oder zumindest eine Verlängerung der Laufzeiten aus, kann der IWF unter Druck geraten, seine Kriterien mit größerer Flexibilität anzuwenden. In der jüngeren Vergangenheit wurde vermehrt argumentiert, dass ein außergewöhnlich hoher Zugang auch dann gerechtfertigt sein kann, wenn es nach Programmende noch ausreichend Restrukturierungsmasse (i. d. R. Forderungen privater Anleihegläubiger) gibt, um die Schuldentragfähigkeit zu einem späteren Zeitpunkt durch eine Restrukturierung der Schulden herstellen zu können. Eine solche Argumentation birgt gleichwohl die Gefahr, dass private Gläubiger sich erst recht nicht engagieren und die IWF-Finanzhilfen somit kaum positive Signalwirkung entfalten. Dies dürfte gerade dann der Fall sein, wenn es Unsicherheiten über die Umsetzung von notwendigen Reformen und Anpassungsmaßnahmen gibt.

Die Überschuldungsrisiken, gerade in Niedrigeinkommensländern, haben in den letzten Jahren stark zugenommen. Während die Schul-

Kriterien für besonders hohen Zugang stehen in der Praxis unter Druck

³⁰ Vgl.: Internationaler Währungsfonds (2015). Im Jahr 2021 wurde die Kreditobergrenze für Niedrigeinkommensländer abgeschafft und damit auch ein außergewöhnlich hoher Zugang zu zinsvergünstigten Mitteln des PRGT ermöglicht. Damit wird eine volumenmäßig größere Finanzierungsrolle des IWF in Niedrigeinkommensländern unter bestimmten Voraussetzungen ermöglicht.

³¹ Vgl.: Dreher (2004) und Lee (2008).

³² Vgl.: Krahnke (2020).

*Steigende
Überschuldungs-
risiken erhöhen
die Herausforde-
rungen*

dentragfähigkeit dieser Länder auch infolge der internationalen Entschuldungsinitiativen seit Anfang der 2000er Jahre ungefähr bis ins Jahr 2013 hinein vom IWF als zunehmend robuster eingeschätzt wurde, hat sich das Bild in den letzten Jahren stark verschlechtert. Insgesamt attestiert der IWF aktuell etwas mehr als 50 Niedrigeinkommensländern ein hohes Risiko für eine Schuldenkrise, das sich teilweise bereits materialisiert hat.

*Hohe Bedeutung
internationaler
Kooperation bei
Verschuldungs-
fragen ...*

Bei erheblichen Zweifeln an der Schuldentragfähigkeit oder bereits aufgetretenen Zahlungsrückständen ist es notwendig, vor einem finanziellen Engagement des IWF zu klären, ob die Gläubiger einer Umschuldung zustimmen oder ob die Voraussetzungen für IWF-Finanzhilfen bei Zahlungsrückständen gegenüber privaten oder öffentlichen Gläubigern³³⁾ erfüllt werden. Nur wenn die Risiken für die Tragfähigkeit nachhaltig reduziert werden können, ist der gewünschte katalytische Effekt der IWF-Finanzhilfen zu erreichen. Mangelnde Fortschritte bei Verhandlungen über Schuldenerleichterungen der privaten oder öffentlichen Gläubiger einerseits und eine unzureichend ambitionierte wirtschaftspolitische Anpassung andererseits werden dagegen der Vereinbarung glaubwürdiger IWF-Programme im Wege stehen. Um eine gute Programmeffizienz zu erreichen, ist der IWF also auf eine funktionierende internationale Kooperation bei Verschuldungsfragen angewiesen.

*... angesichts
zunehmend
heterogener
Gläubiger-
struktur*

Die Struktur der Gläubiger von hoch verschuldeten Staaten ist in den letzten Jahren deutlich heterogener geworden. Länder außerhalb des Pariser Clubs haben ihre bilaterale Kreditvergabe an Länder mit niedrigem bis mittlerem Einkommen in den vergangenen zehn Jahren stark ausgeweitet. Auf diese Herausforderungen hat die Gruppe der Zwanzig (G20) im Jahr 2020 reagiert und einen effektiven Koordinierungsrahmen zur Beteiligung aller bilateralen öffentlichen Gläubiger geschaffen. Der zeitlich begrenzten Initiative für ein Schuldenmoratorium (Debt Service Suspension Initiative, DSSI)³⁴⁾ für die 77 ärmsten Länder folgte das auf Dauer angelegte Common Framework.³⁵⁾

Sowohl die beschriebene Verschiebung zugunsten von Finanzhilfen ohne Programmauflagen als auch der Blick auf Fälle mit außergewöhnlich hohem Zugang implizieren, dass die Erfolgsbilanz der IWF-Finanzhilfen in den letzten Jahren uneinheitlich ausgefallen ist. Angesichts der zugleich steigenden Anzahl von Überschuldungskrisen in Schwellen- und Niedrigeinkommensländern stellt die Vereinbarung von regulären IWF-Programmen aktuell eine zentrale Herausforderung dar. Letztlich kann der IWF nur über ausreichend ambitionierte Anpassungsprogramme und unter Gewährleistung der Schuldentragfähigkeit, die bei Bedarf auch durch Umschuldungen erreicht werden muss, seine Solidität auch bei Eintritt finanzieller Risiken zu gewährleisten, kommt einem effektiven Risikomanagement beim IWF, einschließlich der Bildung von Rücklagen, eine hohe Bedeutung zu.

*Uneinheitliche
Erfolgsbilanz der
Finanzhilfen*

Finanzausstattung und Risikomanagement des IWF

In regelmäßigen Abständen – normalerweise alle fünf Jahre – finden im IWF Allgemeine Quotenüberprüfungen statt, bei denen die finanzielle Ausstattung des Fonds mit Eigenmitteln (Quoten) sowie die Quotenstruktur bewertet und gegebenenfalls angepasst werden. Die letzte Erhöhung der IWF-Quoten wurde mit der 14. Allgemeinen Quotenüberprüfung im Jahr 2010 beschlossen.³⁶⁾ Dabei kam es zu einer Verdopplung der Quoten auf 477 Mrd SZR. Im Zuge dieser Quotenerhöhung veränderten sich auch die Quotenanteile der IWF-Mitglieder,

*Finanzielle Aus-
stattung des IWF
wird regelmäßig
bewertet und
bei Bedarf
angepasst*

³³ Vgl.: Internationaler Währungsfonds (2013).

³⁴ Durch Stundung der Zins- und Tilgungszahlungen 2020 wurde der finanzielle Handlungsspielraum der begünstigten Länder bis Ende 2021 ausgeweitet, um z. B. in den Gesundheitsschutz zu investieren. Insgesamt stundeten die teilnehmenden Gläubigerstaaten 12,9 Mrd US-\$.
³⁵ Das von der G20 indossierte „Common Framework for Debt Treatment beyond the DSSI“ bietet einen Rahmen für koordinierte Schuldenrestrukturierungen. Voraussetzung für eine Restrukturierung ist, dass das betroffene, DSSI-berechtigte Land ein IWF-gestütztes Anpassungsprogramm abschließt. Ziel ist auch eine angemessene Beteiligung privater Gläubiger im Fall von Umschuldungen.

³⁶ In Kraft getreten ist sie im Januar 2016.

Finanzausstattung des Internationalen Währungsfonds: Umfang und Verteilung der Beiträge

Der Internationale Währungsfonds (IWF) erhält die Mittel für seine Finanzhilfen aus Beiträgen der Mitgliedstaaten. Das macht ihn von einer Finanzierung an den Finanzmärkten unabhängig. Er zahlt Finanzhilfen in Sonderziehungsrechten (SZR) oder in einer der fünf Währungen aus, die auch den Währungskorb zur tagesaktuellen Ermittlung des Wertes der SZR bilden: US-Dollar, Euro, Renminbi, Yen und Pfund Sterling.¹⁾

IWF-Finanzhilfen an die Mitgliedstaaten lassen sich in zwei Kategorien einteilen: Nicht konzessionäre Finanzhilfen, die alle Mitglieder in Anspruch nehmen können, und zinsvergünstigte, also konzessionäre Finanzhilfen. Diese sind nur Niedrigeinkommensländern zugänglich. Die nicht konzessionären Finanzhilfen werden primär aus den verpflichtenden Kapitalbeiträgen aller Mitglieder an den IWF, den sogenannten Quotenmitteln²⁾ finanziert. Diese Kapitalbeiträge³⁾ sind zu 25 % in SZR oder einer der fünf oben genannten Korbwährungen zu leisten, welche der IWF als frei verwendbar einstuft. Auf diesen Teil der Einzahlungen kann der IWF direkt zurückgreifen. Um den darüber hinausgehenden, in eigener Währung eingezahlten Teil der Kapitalbeiträge verwenden zu können, nutzt der IWF einen speziellen Finanzierungsmechanismus mit aktuell rund 50 als reservestark eingeschätzten Ländern (Financial Transactions Plan, FTP)⁴⁾. Emittenten einer der fünf SZR-Korbwährungen können die benötigten Mittel in eigener Währung bereitstellen – Deutschland etwa in Euro. Andere Länder müssen auf ihre Währungsreserven zurückgreifen. In jedem Fall erhalten die Beitragenden im Gegenzug eine Forderung an den IWF, die sie als Währungsreserve verbuchen können.

Sofern die Quotenmittel, die sich auf rund 477 Mrd SZR belaufen, in einer Krisensituation nicht ausreichen, um Finanzhilfen zu vergeben, kann sich der IWF auf Basis des IWF-Übereinkommens weitere Finanzmittel von Mitgliedern leihen. Hierfür haben einige Mitglieder oder ihre Zentralbanken Kreditvereinbarungen mit dem IWF abgeschlossen. Dies sind zum einen die multilateralen, seit 1998 bestehenden Neuen Kreditvereinbarungen (NKV) mit einem Volumen von rund 361 Mrd SZR. Zum anderen sind dies die 2020 beschlossenen temporären Bilateralen Kreditlinien (BKL) im Umfang von rund 138 Mrd SZR. Kreditlinien im Rahmen der NKV und der BKL werden dem IWF derzeit von 38 beziehungsweise 42 Ländern bereitgestellt.

Die folgende Übersicht zeigt die Beiträge der 20 größten IWF-Mitglieder zur Finanzierung nicht konzessionärer Finanzhilfen des IWF.⁵⁾ Die deutschen Beiträge werden von der Bundesbank geleistet.

1 Derzeit (Stand 1. September 2022) liegt der Wert der Sonderziehungsrechte bei 1,30139 €/SZR.

2 Jedes IWF-Mitglied erhält eine sog. Quote, die in SZR ausgedrückt wird. Die Quote spiegelt die relative Position des Landes in der Weltwirtschaft wider. Sie bestimmt den verpflichtenden Kapitalbeitrag des Landes zum IWF und den Anteil an einer SZR-Zuteilung. Aus ihr leitet sich auch das Stimmgewicht des Landes im IWF ab.

3 Beiträge fallen etwa beim Beitritt eines Landes zum IWF oder nach einem Beschluss zur Änderung der Quotenhöhe oder der Quotenanteile an.

4 Der FTP wird zumeist halbjährlich vom IWF-Exekutivdirektorium beschlossen.

5 Neben den in der Tabelle genannten nehmen 14 weitere Länder oder deren Zentralbanken an den NKV teil und haben eine BKL mit dem IWF vereinbart: Chile, Dänemark, Finnland, Luxemburg, Malaysia, Neuseeland, Norwegen, Österreich, Philippinen, Polen, Schweden, Singapur, Südafrika, Thailand. Fünf weitere Kreditgeber beteiligen sich nur an den NKV: Hong Kong, Israel, Kuwait, Portugal, Zypern. Neun weitere Länder haben ausschließlich eine BKL unterzeichnet: Algerien, Brunei Darussalam, Estland, Litauen, Malta, Peru, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik.

Beiträge der 20 größten IWF-Mitglieder

20 größte IWF-Mitglieder ¹⁾	Quote			NKV-Beitrag (Stand: 1.8.2022)			BKL-Beitrag (Stand: 1.8.2022) ³⁾		
	in Mio SZR	in %	FTP-Teilnahme ²⁾	in Mio SZR	in % der Quote des Mitglieds	NKV-Geber	in Mio SZR	in % der Quote des Mitglieds	BKL-Geber
USA	82 994	17,43	Ja	56 405	68	Regierung	–	–	–
Japan	30 821	6,47	Ja	67 017	217	Regierung	19 511	63	Regierung
China	30 483	6,40	Ja	31 721	104	Regierung	16 017	53	Zentralbank
Deutschland	26 634	5,59	Ja	25 780	97	Zentralbank	13 810	52	Zentralbank
Frankreich	20 155	4,23	Ja	18 958	94	Regierung	10 449	52	Regierung
Vereinigtes Königreich	20 155	4,23	Ja	18 958	94	Regierung	3 954	20	Regierung
Italien	15 070	3,16	Ja	13.797	92	Regierung	7 813	52	Zentralbank
Indien	13 114	2,75	Ja	8 882	68	Regierung	2 945	22	Zentralbank
Russland	12 904	2,71	Ja	8 882	69	Regierung	2 945	23	Zentralbank
Brasilien	11 042	2,32	Ja	8 882	80	Regierung	2 945	27	Zentralbank
Kanada	11 024	2,31	Ja	7 747	70	Regierung	3 532	32	Regierung
Saudi-Arabien	9 993	2,10	Ja	11 305	113	Regierung	4 878	49	Regierung
Spanien	9 536	2,00	Ja	6 810	71	Regierung	4 944	52	Regierung
Mexiko	8 913	1,87	Ja	5 075	57	Regierung	3 252	36	Zentralbank
Niederlande	8 737	1,83	Ja	9 190	105	Regierung	4 529	52	Zentralbank
Südkorea	8 583	1,80	Ja	6 690	78	Regierung	4 878	57	Regierung
Australien	6 572	1,38	Ja	4 441	68	Regierung	1 986	30	Regierung
Belgien	6 411	1,35	Ja	7 989	125	Regierung	3 325	52	Zentralbank
Schweiz	5 771	1,21	Ja	11 081	192	Zentralbank	2 903	50	Zentralbank
Türkei	4 659	0,98	Nein	–	–	–	1 626	35	Zentralbank
Alle IWF-Mitglieder	⁴⁾ 476 272	100	51 Länder	360 804	⁵⁾ 75,8	38 Länder	138 298	⁵⁾ 29,0	42 Länder
darunter:									
EU-Länder	124 733	26,19	18 EU-Länder	102 004	⁶⁾ 81,8	14 EU-Länder	57 648	⁶⁾ 46,2	18 EU-Länder

¹ Größe gemessen an der Höhe der Quote im IWF. ² Letzter Stand der vom IWF veröffentlichten Angaben zum FTP (31. Juli 2021). ³ BKL-Beiträge, die nicht in SZR denominated sind, wurden zum SZR-Kurs vom 1. August 2022 umgerechnet. ⁴ Da noch nicht alle Mitgliedstaaten ihre Quotenbeiträge vollständig eingezahlt haben, ist die aktuelle Quotensumme geringfügig niedriger als die bei der 14. Allgemeinen Quotenüberprüfung beschlossene Summe. ⁵ Gesamtbeiträge im Verhältnis zu den IWF-Quotensummen. ⁶ Beiträge der EU-Länder im Verhältnis zu den Quoten der EU-Länder

Deutsche Bundesbank

Die Finanzierung konzessionärer Finanzhilfen basiert nicht auf verpflichtenden Beitragsleistungen, sondern auf freiwilligen Finanzbeiträgen in Form von Krediten oder Subventionen von Mitgliedern an Treuhandfonds, die der IWF verwaltet. Der finanzstärkste Treuhandfonds beim IWF ist der Poverty Reduction and Growth Trust (PRGT). Aus dem PRGT werden Finanzhilfen an einkommensschwache IWF-Mitglieder zur Unterstützung wirtschaftspolitischer Anpassungsprogramme oder in Notfallsituationen gegeben. Ähnliches gilt für den Poverty Reduction and Growth – Heavily Indebted Poor Countries Trust (PRG-HIPC Trust). Aus diesem können im Rahmen der sogenannten HIPC-Initiative hoch verschuldete, einkommensschwache Länder bei einer Um-

schuldung unterstützt werden. In Notfallsituationen, wie zum Beispiel bei Pandemien oder Naturkatastrophen, können Schuldendienste der ärmsten IWF-Mitglieder gegenüber dem IWF und dem PRGT aus dem Catastrophe Containment and Relief Trust (CCRT) finanziert werden.

Im April 2022 wurde im IWF die Errichtung eines weiteren Treuhandfonds beschlossen. Der Resilience and Sustainability Trust (RST) soll im Herbst 2022 einsatzbereit sein. Finanzhilfen aus dem RST sollen Länder bei Reformen zur Bewältigung von langfristigen Herausforderungen wie dem Klimawandel unterstützen (siehe Erläuterungen auf S. 117 f.). Für den RST wird ein Finanzbedarf von insgesamt 33 Mrd SZR erwartet.

Freiwillige Beiträge an den IWF *)

20 größte IWF-Mitglieder ¹⁾	aktuelle PRGT-Kredite		PRGT Subventionen ²⁾	PRG-HIPC Trust Subsidies ²⁾	CCRT Subsidies ²⁾
	in Mio SZR	in % der Quote des Mitglieds	in Mio SZR	in Mio SZR	in Mio SZR
USA	–	–	604	350	2
Japan	8 200	27	700	165	123
China	2 600	9	138	26	6
Deutschland	2 436	9	316	145	90
Frankreich	4 000	20	392	147	37
Vereinigtes Königreich	5 328	26	543	87	172
Italien	2 200	15	259	72	3
Indien	–	–	81	23	0
Russland	–	–	115	38	0
Brasilien	1 000	9	0	12	0
Kanada	1 500	14	290	52	3
Saudi-Arabien	500	5	119	34	0
Spanien	1 605	17	79	29	21
Mexiko	–	–	43	49	5
Niederlande	1 500	17	227	78	21
Südkorea	1 000	12	91	18	1
Australien	500	8	73	24	0
Belgien	1 050	16	107	39	1
Schweiz	1 500	26	122	45	21
Türkei	–	–	30	0	1
Alle beitragenden IWF-Mitglieder	37 719	³⁾ 8	6 832	3 023	826
darunter: EU-Länder	14 591	⁴⁾ 12	1 886	636	194

* Vgl.: Internationaler Währungsfonds (2022g). **1** Größe gemessen an der Höhe der Quote im IWF. **2** Hier werden nur die direkten Subventionen berücksichtigt, nicht jedoch Beträge, die von Mitgliedern an den IWF verliehen wurden und deren erzielte Anlageerträge als Subvention bereitgestellt werden. **3** Gesamtbeiträge im Verhältnis zu den IWF-Quotenmitteln. **4** Beiträge der EU-Länder im Verhältnis zu den Quoten der EU-Länder.

Deutsche Bundesbank

Die oben stehende Tabelle zeigt die freiwilligen Beiträge der 20 größten IWF-Mitgliedsländer zu den genannten Treuhandfonds⁶⁾; das Beitragsaufkommen erhöht sich im Zuge weiterer Zusagen. Anders als die Beiträge an den IWF selbst, welche die Bundesbank leistet, werden die freiwilligen Beiträge Deutschlands an die vom IWF verwalteten Treuhandfonds aus dem Bundeshaushalt finanziert.

6 Auf Angaben von Beiträgen zum RST wird hier verzichtet, da der RST noch nicht einsatzbereit und die Beitragserhebung noch nicht abgeschlossen ist. Deutschland wird aus dem Bundeshaushalt einen Beitrag i. H. v. 6,3 Mrd € an den RST leisten.

durch die unter anderem die Stimmenanteile im IWF maßgeblich festgelegt werden. Der Anteil der Schwellen- und Entwicklungsländer ist relativ stark angestiegen. Diese Verschiebung in der Quotenstruktur trägt der gewachsenen Rolle der Schwellen- und Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft Rechnung und hat die Repräsentanz dieser Staaten im IWF insgesamt gestärkt. Die 15. Allgemeine Quotenüberprüfung wurde, nachdem der Abschlusstermin mangels einer Einigung mehrmals verschoben wurde, im Februar 2020 ohne Quotenerhöhung abgeschlossen. Die nun laufende 16. Allgemeine Quotenüberprüfung soll bis zum 15. Dezember 2023 abgeschlossen werden.

*Bekanntnis zu
quotenbasiertem
IWF*

Der Internationale Währungs- und Finanzausschuss des IWF (International Monetary and Financial Committee, IMFC)³⁷⁾ hat sich wiederholt zu einem quotenbasierten und finanziell angemessen ausgestatteten IWF bekannt. Ungeachtet der komfortablen Ressourcenausstattung des IWF könnte eine moderate Quotenerhöhung und Anpassung der Quotenstruktur erwogen werden, damit die Stimmrechte jener Staaten im IWF gestärkt werden können, deren Rolle in der Weltwirtschaft seit der letzten Anpassung gestiegen ist.

*Kreditlinien
erhöhen die
IWF-Finanzmittel*

Kreditlinien einiger Mitgliedstaaten an den IWF stellen einen Sicherheitsmechanismus dar, falls sich die Quotenmittel in einer Krisensituation als knapp erweisen sollten. Diese Möglichkeit ist im IWF-Übereinkommen ausdrücklich vorgesehen. Hierdurch werden zusätzliche Mittel für Ausleihungen an Mitglieder bereitgestellt. Die aktuellen Kreditlinien gliedern sich in dauerhaft vorgesehene multilaterale Kreditlinien, die Neuen Kreditvereinbarungen (NKV), und zusätzlich temporär vereinbarte bilaterale Kreditlinien (BKL). Die zusätzliche Ressourcenausstattung des IWF durch NKV und BKL liegt bei knapp 500 Mrd SZR (siehe hierzu auch Erläuterungen auf S. 128 ff.). Ungeachtet der Finanzierungsquelle (Quotenmittel oder Kreditlinien) haftet der IWF für mögliche Zahlungsausfälle gesamtschuldnerisch, was das Risiko für die Kreditgeber von NKV und BKL einhegt.

Die NKV dienen als erste Erweiterungsmöglichkeit der IWF-Ressourcen. Wenn ein erhöhter Mittelbedarf des IWF festgestellt wird, um einer Gefährdung des internationalen Währungssystems zu begegnen,³⁸⁾ können die Kreditgeber und das Exekutivdirektorium die NKV für einen Zeitraum von maximal sechs Monaten teilweise oder mit dem vollen Volumen aktivieren.³⁹⁾ Bei der Inanspruchnahme von Mitteln aus den NKV-Kreditlinien verfährt der IWF nach dem Prinzip der Lastenteilung und nimmt die Kreditgeber möglichst gleichmäßig in Anspruch. An den NKV beteiligen sich aktuell 38 Mitgliedstaaten oder deren Zentralbanken, darunter auch die Bundesbank für Deutschland. Zwei weitere Mitglieder haben ihre künftige Teilnahme angekündigt. Der Gesamtumfang der NKV beläuft sich auf 361 Mrd SZR. Sie bestehen seit 1998 und wurden mehrfach verlängert, 2021 für weitere fünf Jahre bis Dezember 2025.

*Im Bedarfsfall
sind zunächst
NKV zu aktivieren ...*

Als zweite „Notfallreserve“ nach Quotenmitteln und den NKV wurden zeitlich befristete BKL direkt zwischen Mitgliedstaaten und dem IWF abgeschlossen. Sie sind in Form und Modalitäten zwischen den Kreditgebern weitgehend vereinheitlicht. Dabei haben die Kreditgeber – ähnlich wie bei den NKV – ein Mitspracherecht über eine mögliche Aktivierung. Insgesamt stehen 138 Mrd SZR durch die BKL be-

*... und erst dann
die BKL*

³⁷⁾ Das IMFC stellt das politische Lenkungsgremium des IWF dar. An den halbjährlichen Treffen der 24 Mitglieder auf Ebene der Finanzminister und Notenbankgouverneure, die alle 190 Mitgliedstaaten vertreten, werden die weltwirtschaftliche Entwicklung und geschäftspolitische Fragen des IWF, einschl. der „Global Policy Agenda“ der IWF-Geschäftsführung, erörtert, und es wird eine gemeinsame Einschätzung formuliert, die üblicherweise in einem Kommuniké veröffentlicht wird.

³⁸⁾ „As the Fund is a quota-based institution, the credit arrangements provided for under the terms of this decision shall only be drawn upon when quota resources need to be supplemented in order to forestall or cope with an impairment of the international monetary system.“, NKV-Entscheidung des Exekutivdirektoriums, vgl.: Internationaler Währungsfonds (2020b).

³⁹⁾ Hierfür bedarf es einer Mehrheit von (stimmberechtigten) NKV-Teilnehmern, die 85 % der gesamten NKV-Kreditvereinbarungen auf sich vereinen, sowie der Billigung durch das Exekutivdirektorium. Eingeleitet wird der Aktivierungsprozess durch einen entsprechenden Vorschlag der IWF-Geschäftsführung. Nach Ablauf einer Aktivierungsperiode sind weitere Aktivierungsperioden möglich, die in gleicher Weise beschlossen werden müssen.



reit. Die Kreditlinien können vom IWF in Anspruch genommen werden, sofern weitere Ressourcen über die NKV-Mittel hinaus benötigt werden. Bei einer Inanspruchnahme werden die Mitgliedstaaten wie bei der NKV möglichst gleichmäßig in Anspruch genommen. 42 Mitglieder oder deren Zentralbanken haben zurzeit eine BKL unterzeichnet, darunter auch die Bundesbank. Die aktuellen BKL laufen bis Ende 2023 und können mit Zustimmung der Kreditgeber anschließend um maximal ein Jahr verlängert werden.

Für die Vergabe nicht konzessionärer Finanzhilfen verfügt der IWF also derzeit über eine Ressourcenausstattung von insgesamt knapp 1 Billion SZR.⁴⁰⁾ Dies entspricht – gemessen an den historischen Höchstständen – mehr als dem Fünffachen der zugesagten Kreditmittel und gut dem Zehnfachen der tatsächlich ausgeliehenen IWF-Mittel. Um für die jeweils nächsten zwölf Monate seine Kapazität für neue Finanzhilfen zu prognostizieren, berechnet der IWF laufend seine Forward Commitment Capacity (FCC).⁴¹⁾ Fällt die FCC auf ein Niveau ab, das als zu niedrig erachtet wird, kann der IWF die multilateralen und bei Bedarf auch bilateralen Kreditlinien teilweise oder vollständig aktivieren. Anhand des oben stehenden Schaubilds lässt sich nachvollziehen, dass die Ausleihkapazität des IWF unter Berücksichtigung der nur zeitweise akti-

Die Finanzausstattung des IWF ist ausreichend hoch – auch in Krisenzeiten

vierten Kreditlinien im letzten Jahrzehnt jederzeit ausreichend hoch war. Im Zuge der globalen Finanzkrise und der damals gewährten Finanzhilfen wurden zwischen April 2011 und Februar 2016 die multilateralen Kreditlinien aktiviert. Die zusätzlich bereitstehenden bilateralen Kreditlinien mussten nicht aktiviert werden. Seitdem haben sich die Quotenmittel, auch während der Corona-Pandemie, stets als ausreichend erwiesen. Der IWF ist mit einer FCC von rund 170 Mrd SZR (Stand: Ende August 2022) finanziell komfortabel ausgestattet, um neue Anträge für Finanzhilfen allein aus Quotenmitteln bedienen zu können.

Risikomanagement des IWF

Um den durch die Kreditvergabetätigkeit der letzten Jahre gestiegenen finanziellen Risiken angemessen zu begegnen, kommt einem effektiven Risikomanagement des IWF eine erhöhte Bedeutung zu. Dieses sieht vielfältige Sicherheitskomponenten vor. So prüft der IWF bei Kreditanfragen die Schuldentragfähigkeit der Staaten und die Governance- und Kontrollstrukturen ihrer Zentralbanken (Safeguard Assessments). Dadurch versucht er sicherzustellen, dass der Kreditnehmer in der Lage ist, die IWF-Ressourcen ordnungsgemäß zu verwalten und fristgerecht zurückzuzahlen. Mit den volumemäßigen Begrenzungen von Finanzhilfen (Zugangsgrenzen), der tranchenweisen Auszahlung nach Programmfortschritt, dem Programm-Design, einschließlich der wirtschafts- und reformpolitischen Auflagen, und den Kriterien für außergewöhnlich hohen finanziellen Zugang stehen dem IWF zudem zahlreiche Instrumente

Das Risikomanagement beginnt bereits mit der Programmgestaltung, ...

⁴⁰ Ohne Mittel der vom IWF verwalteten Treuhandfonds zur Vergabe konzessionärer Finanzhilfen.

⁴¹ Die FCC berechnet sich wie folgt: Grundsätzlich verfügbare Ressourcen (Quotenmittel – bereits getätigte Programmausleihungen – zugesagte, aber noch nicht ausgezahlte Programmmittel) + eigener SZR-Bestand des IWF + fällige Rückzahlungen von Mitgliedern an den IWF (der nächsten zwölf Monate) – IWF-Rückzahlungen von ausstehenden Mitteln unter den Kreditlinien (z. B. aus einer vorherigen Aktivierung) (der nächsten zwölf Monate) – 20 % Sicherheitsabschlag. Bei aktivierten multilateralen oder bilateralen Kreditlinien werden diese Mittel den grundsätzlich verfügbaren Ressourcen hinzugerechnet.

zur Verfügung, um Risiken bereits vor Programmbeginn zu begrenzen. Für die Sicherung der Rückzahlungen nach dem Ende von Programmvereinbarungen profitiert der IWF von seinem de facto bevorrechtigten Gläubigerstatus. Mit dem Post Program Monitoring verfügt er zudem über ein Instrument, mit dem die Rückzahlungsfähigkeit nach dem Ablauf von Programmen weiter überwacht wird.

... umfasst einen Prozess im Umgang mit Zahlungsrückständen ...

Zahlungsrückstände gegenüber dem IWF stellen eine gravierende Verletzung der Mitgliedschaftsverpflichtungen dar und bedeuten eine besondere Herausforderung für den als Fonds mit Währungsreservecharakter gestalteten Finanzierungsmechanismus des IWF. Sie kamen in der Vergangenheit nur in wenigen, aber teilweise sehr langwierigen Fällen vor und können abgestufte Sanktionen, einschließlich des Entzugs von Mitgliedschaftsrechten, zur Folge haben. Zur Lösung solcher Fälle steht dem IWF die sogenannte kooperative Strategie zur Verfügung. Diese ermöglicht es den betreffenden Mitgliedern, im Dialog mit dem IWF über die Umsetzung von Reformen und durch Begleichung neu auftretender Zahlungsverpflichtungen einen Nachweis über die Zusammenarbeit mit dem IWF zu etablieren. Dies soll dazu beitragen, externe Hilfen zu mobilisieren und letztlich die Zahlungsrückstände abzulösen. Durch eine verbesserte Kooperation mit dem Fonds können etwaig eingeschränkte Mitgliedschaftsrechte schrittweise wieder in Kraft gesetzt werden.

...und den Aufbau finanzieller Reserven

Finanziell sorgt der IWF für Kreditrisiken vor, indem er Risikorücklagen bildet, deren Höhe er an den bestehenden und erwarteten Rückzahlungsforderungen orientiert (Precautionary Balances). Diese Rücklagen speisen sich im Wesentlichen aus Überschüssen im IWF-Haushalt. Sie konnten in den letzten Jahren durch das Einkommen aus umfangreicheren Ausleihungen deutlich auf 21 Mrd SZR gesteigert werden. Sie befinden sich aber nach wie vor unterhalb des angestrebten Niveaus. Im Falle drohender Zahlungsrückstände können vom IWF weitere Rücklagen gebildet werden. Endgültig kann eine Forderung des IWF allerdings nur dann

ausfallen, wenn ein säumiges Mitglied aus dem IWF austritt und seine Verbindlichkeiten nicht begleicht. Ein wichtiger zusätzlicher Puffer in der Bilanz des IWF sind gerade in Zeiten erhöhter finanzieller Risiken und begrenzter Risikorücklagen die Goldbestände des Fonds. Mit ihren hohen stillen Bewertungsreserven leisten sie einen wichtigen Beitrag, das Vertrauen in die finanzielle Integrität des IWF aufrechtzuerhalten. Dies ist zum Schutz des besonderen Finanzierungsmechanismus des IWF und für die Mitgliedstaaten des IWF wichtig, um ihre Beiträge als Währungsreserven bilanzieren zu können.

■ Deutschland und der IWF

Die starke Ausweitung der Mitgliedschaft und das Wachstum der Weltwirtschaft gingen mit einer deutlichen Stärkung der Finanzkraft des IWF einher. Während die auf den verpflichtenden Kapitalbeiträgen der Mitgliedstaaten beruhende Quotensumme von 1952 bis heute etwa um den Faktor 55 gewachsen ist, ist der Finanzbeitrag Deutschlands, gemessen an den Quotenmitteln, auf das 81-fache gestiegen. Dies reflektiert Phasen eines vergleichsweise starken Wachstums der deutschen Volkswirtschaft und ihrer internationalen wirtschaftlichen Verflechtung. So beträgt der deutsche Quotenanteil nach 3,8 % beim Beitritt aktuell 5,6 %. Von diesem leitet sich auch der deutsche Stimmrechtsanteil im IWF ab, welcher derzeit bei 5,3 % liegt.

Hohes finanzielles Engagement Deutschlands

Bereits aufgrund der Zusagen im Rahmen der NKV und BKL gehen die Finanzbeiträge Deutschlands zu den Mitteln des IWF deutlich über die Höhe der Quote hinaus. So liegt der Finanzierungsanteil allein durch die von der Bundesbank dem IWF zugesagten Finanzmittel bei knapp 6,8 %. Bezieht man die aus dem Bundeshaushalt gewährten freiwilligen Finanzmittel an vom IWF verwaltete Treuhandfonds mit ein, weitet sich die Divergenz zwischen Finanzbeiträgen und Stimmrechten noch weiter aus. Ähnliches gilt allerdings auch für einige andere europäische Staaten sowie für Japan und China.

*Rechte und
Pflichten der
Bundesbank*

Die Bundesbank ist per Gesetz⁴²⁾ beauftragt, die finanziellen Rechte und Pflichten aus der Mitgliedschaft Deutschlands im IWF wahrzunehmen und ist in die Vertretung Deutschlands im IWF eingebunden. Sie leistet dementsprechend die Finanzbeiträge an den IWF, die sich aus dem IWF-Übereinkommen ergeben. Freiwillige Finanzbeiträge zu Treuhandfonds des IWF für oftmals auch entwicklungspolitisch motivierte Finanzhilfen an spezielle Ländergruppen werden in Deutschland von der Bundesregierung geleistet und über den Bundeshaushalt bewilligt.

*Teilnahme am
SZR-System*

Deutschland nimmt am SZR-System des IWF teil und ist an Zuteilungen und Tauschtransaktionen gemäß den vom IWF festgelegten Verfahren beteiligt; diese werden von der Bundesbank ausgeführt (zum SZR-System siehe auch die Erläuterungen ab S. 111 ff.). Die Bundesbank und eine Reihe anderer Staaten und Zentralbanken haben sich in Vereinbarungen mit dem IWF bereit erklärt, freiwillig SZR-Tauschwünsche anderer Mitglieder gegen die eigene oder eine andere frei verwendbare Währung auszuführen. Da solche Umtausche über die Bilanzen auch geldpolitische Auswirkungen haben können, wurden im Eurosystem Grenzen für die SZR-Bestände abgestimmt, welche sich durch freiwillige An- und Verkäufe von SZR ergeben. In der Praxis der vergangenen Jahre zeigt sich allerdings, dass nur relativ wenige Tauschwünsche anderer Mitglieder per Vermittlung des IWF an die Bundesbank herangetragen wurden. Daran hat sich bis dato auch nach der sehr umfangreichen SZR-Zuteilung 2021 kaum etwas verändert. Die Bundesbank strebt an, den eigenen Bestand an SZR nahe am Volumen der SZR-Zuteilung zu halten. Damit werden Wechselkurs- und Zinsrisiken für die Bundesbankbilanz minimiert.⁴³⁾

*Deutschland
profitiert von
seiner Mitgliedschaft*

Deutschland hat während der 70-jährigen Mitgliedschaft nicht auf Finanzhilfen des IWF zurückgreifen müssen, aber in anderer Weise von der Mitgliedschaft im IWF profitiert. Neben der Beteiligung an der internationalen währungspolitischen Zusammenarbeit im Rahmen des IWF und Vorteilen durch den wichtigen Beitrag des IWF zum Funktionieren des internationalen Wäh-

rungssystems und dessen Stabilität ist hier besonders die wirtschaftspolitische und finanzsektorbezogene Beratung des IWF zu nennen. Deutschland unterliegt – wie alle Mitgliedstaaten – der bilateralen Surveillance durch den IWF. Die jüngsten Beratungsleistungen des IWF im Rahmen seiner Artikel IV-Konsultation und des FSAP wurden für Deutschland im Juli 2022 abgeschlossen und die Ergebnisse vom IWF veröffentlicht (zu Einzelheiten siehe Erläuterungen auf S. 135).

Die Aufgaben der Bundesbank im Rahmen der Mitgliedschaft Deutschlands im IWF beschränken sich nicht auf die Wahrnehmung der finanziellen Rechte und Pflichten, die auch ihren Niederschlag in der Bilanz der Bundesbank finden und im Geschäftsbericht erläutert werden. Die Bundesbank ist nach dem deutschen IWF-Gesetz auch in die politische Positionierung Deutschlands bei Entscheidungen in den Gremien des IWF eingebunden und arbeitet hierbei eng mit dem Bundesministerium der Finanzen (BMF) zusammen. Dies drückt sich auch in der personellen Vertretung im IWF aus. So ist der Präsident der Bundesbank traditionell Stellvertreter des Bundesfinanzministers als Mitglied im IMFC und deutsches Mitglied im Gouverneursrat, dem höchsten Entscheidungsgremium des IWF. Ferner entsendet die Bundesbank, wie auch das BMF, befristet eigene Beschäftigte als Berater in das Büro des deutschen Exekutivdirektors im IWF und besetzt alternierend mit dem BMF die Positionen des Exekutivdirektors und seiner Vertretung. Die Vertreter Deutschlands im IWF handeln gemäß dem IWF-Gesetz auf Weisung des BMF, die in enger Zusammenarbeit mit der Bundesbank erarbeitet wird. Die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem BMF auf Basis der Regelungen im IWF-Gesetz von 1978 hat sich aus Sicht der Bundesbank in vielen Jahren gut bewährt und eine erfolgreiche Teilnahme Deutschlands an der internationalen währungspolitischen Zusammenarbeit im und mit dem IWF unterstützt.

*Weitere Auf-
gaben der
Bundesbank im
IWF-Kontext*

⁴² Gesetz zu dem Übereinkommen über den Internationalen Währungsfonds in der Fassung von 1976 (IWF-Gesetz) vom 9. Januar 1978.

⁴³ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2021).

Artikel IV-Konsultation und Financial Sector Assessment Program mit Deutschland im Jahr 2022

Im Einklang mit den Vorgaben unter Artikel IV des IWF-Übereinkommens untersucht der Internationale Währungsfonds (IWF) regelmäßig die Wirtschaftsentwicklung und -politik seiner Mitgliedstaaten. Dies ist Teil der Überwachung (Surveillance) der Wirtschafts- und Finanzpolitik des IWF und dient der Krisenprävention (zur Beschreibung der Surveillance durch den IWF siehe Abschnitt „Die wirtschaftspolitische Beratung durch den IWF“ ab S. 113). Artikel IV-Konsultationen mit Deutschland finden jährlich statt, die diesjährigen im ersten Halbjahr 2022. IWF-Vertreter führten zahlreiche Gespräche mit Bundesministerien, der Bundesbank und anderen öffentlichen Stellen, mit Gewerkschaften, Wirtschaftsforschungsinstituten und Verbänden sowie mit Wirtschafts- und Finanzunternehmen. In seiner Abschluss-erklärung und seinem ausführlichen Konsultationsbericht attestierte der IWF den Behörden eine zeitgerechte und insgesamt gut ausgestaltete Politikreaktion auf die Pandemie und die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine. Er erwarte eine langsamere wirtschaftliche Erholung in Deutschland als noch zu Anfang des Jahres. Das größte Abwärtsrisiko für das Wachstum sei eine Einstellung russischer Gaslieferungen. Energiereserven sollten deshalb aufgefüllt, auf erneuerbare Energien umgestellt und Anreize gesetzt werden, den Energieverbrauch zu senken. Weitere Risiken für die deutsche Wirtschaft sieht der IWF in zusätzlichen Lieferengpässen und den Auswirkungen der Sanktionen, welche als Reaktion auf die russische Invasion in der Ukraine erlassen wurden. Fiskalpolitische Stützungsmaßnahmen, sofern erforderlich, sollten zielgerichtet und befristet sein, um zusätzlichen Inflationsdruck zu vermeiden. Im Übrigen attestiert der IWF Haushaltsspielräume und regt an, diese zur mittelfristigen Stärkung

des Produktionspotenzials und der Widerstandsfähigkeit gegenüber Wachstumsrisiken zu nutzen. Der Konsultationsbericht wurde am 18. Juli 2022 in einer Sitzung des IWF-Exekutivdirektoriums erörtert und anschließend zusammen mit dem im Rahmen des Financial Sector Assessment Program (FSAP) erstellten Bericht veröffentlicht.¹⁾

Das FSAP bewertet die nationalen Finanzsektoren und untersucht die Finanzstabilität sowie die Qualität des regulatorischen Rahmens. Das FSAP wird für Deutschland, als systemisch wichtig eingestuftem Land, verpflichtend alle fünf Jahre durchgeführt. Die Untersuchungen begannen im letzten Jahr und umfassten zahlreiche Gespräche mit Vertretern der deutschen Aufsichtsbehörden und des Finanzsektors sowie umfassende Analysen. Das aktuelle FSAP zeichnet das Bild eines widerstandsfähigen Finanzsystems mit hohen Kapital- und Liquiditätspuffern des Bankensystems sowie soliden Bilanzpositionen der öffentlichen und privaten Sektoren. Der IWF lobt zudem den entschlossenen Einsatz makroprudenzieller Instrumente und die Weiterentwicklung der mikroprudenziellen Aufsicht seit der letzten FSAP-Überprüfung im Jahr 2016. Anfälligkeiten könnten sich laut IWF durch die niedrige Bankenprofitabilität und mögliche Preiskorrekturen am Wohnimmobilienmarkt ergeben. In diesem Zusammenhang verweist der IWF auf die Dringlichkeit der Aktivierung kreditnehmerbezogener Maßnahmen. Angesichts der realwirtschaftlichen Abwärtsrisiken fordert der IWF, die Erfüllung der Kapital- und Liquiditätsanforderungen eng zu beaufsichtigen, um auf Veränderungen in der Stabilitätslage schnell reagieren zu können.

¹ Siehe: Internationaler Währungsfonds (2022d).

■ Literaturverzeichnis

Bordo, M. D., R. N. McCauley (2017), Triffin: dilemma or myth, BIS Working Papers, Nr. 684.

Deutsche Bundesbank (2021), Zuteilung von Sonderziehungsrechten durch den Internationalen Währungsfonds, Geschäftsbericht 2021, S. 17 f.

Deutsche Bundesbank (2013), Weltweite Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, März 2013.

Deutsche Bundesbank (2012), Der Internationale Währungsfonds in einem veränderten globalen Umfeld, Monatsbericht, September 2012, S. 63–77.

Deutsche Bundesbank (2005), Potenzielle finanzielle Risiken beim Internationalen Währungsfonds, Monatsbericht, September 2005, S. 77–92.

Dreher, A. (2004), Does the IMF Cause Moral Hazard? A Critical Review of the Evidence, SSRN, https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=505782.

Hauptmann, R. (1977), Das Geld der Welt.

Horn, S., C. Reinhart und C. Trebesch (2019), China's Overseas Lending, Kiel Institute for the World Economy, Working Paper, Nr. 2132.

Internationaler Währungsfonds (2022a), Proposal for an International Carbon Price Floor Among Large Emitters, Staff Climate Note, Nr. 2021/001.

Internationaler Währungsfonds (2022b), Guidance Note for Surveillance Under Article IV-Consultations.

Internationaler Währungsfonds (2022c), Mobilizing Private Climate Financing in Emerging Market and Developing Economies, Staff Climate Note, Nr. 2022/007.

Internationaler Währungsfonds (2022d), Germany: 2022 Article IV Consultation – Press Release; Staff Report; and Statement by the Executive Director for Germany.

Internationaler Währungsfonds (2022e), Tracker on the Use of Allocated SDRs, <https://www.imf.org/en/Topics/special-drawing-right/SDR-Tracker>.

Internationaler Währungsfonds (2022f), COVID-19 Financial Assistance and Debt Service Relief, <https://www.imf.org/en/Topics/imf-and-covid19/COVID-Lending-Tracker>.

Internationaler Währungsfonds (2022g), 2022 Review of Adequacy of Poverty Reduction and Growth Trust Finances.

Internationaler Währungsfonds (2021a), Guidance note for Fund staff on the treatment and use of SDR allocations, 07/2021.

Internationaler Währungsfonds (2021b), IMF Strategy to Help Members Address Climate Change Related Policy Challenges—Priorities, Modes of Delivery, and Budget Implications.

Internationaler Währungsfonds (2020a), Eligibility to Use the Fund’s Facilities for Concessional Financing, 2020.

Internationaler Währungsfonds (2020b), Selected Decisions and Selected Documents of the International Monetary Fund, 41. Auflage.

Internationaler Währungsfonds (2019), 2018 Review of Program Design and Conditionality, 05/2019.

Internationaler Währungsfonds (2018), International Monetary Fund: IMF Financial Operations.

Internationaler Währungsfonds (2017), Adequacy of the Global Financial Safety Net – Review of the Flexible Credit Line and Precautionary and Liquidity Line, and Proposals for Toolkit Reform; IMF Policy Paper, 06/2017.

Internationaler Währungsfonds (2016), International Monetary Fund: Articles of Agreement.

Internationaler Währungsfonds (2015), The Fund’s lending framework and sovereign debt – further considerations, 04/2015.

Internationaler Währungsfonds (2013), Sovereign Debt Restructuring – Recent Developments and Implications for the Fund’s Legal and Policy Framework, 04/2013.

Internationaler Währungsfonds (1992), Manuel Guitán: The Unique Nature of the Responsibilities of the International Monetary Fund; IMF Pamphlet Series, Nr. 46.

Irving, D. und O. Ward (2021), What is the “Washington Consensus?“, Peterson Institute of International Economics, What is the “Washington Consensus?“.

James, H. (1996), International Monetary Cooperation since Bretton Woods.

Krahnke, T. (2020), Doing more with less: The catalytic function of IMF lending and the role of program size, Diskussionspapier der Deutschen Bundesbank, Nr. 18/2020.

Lee, J. und K. Shin (2008), IMF bailouts and moral hazard, Journal of International Money and Finance, Vol. 27, Issue 5, 09/2008, S. 816 ff.

Statistischer Teil

■ Inhalt

■ I. Wichtige Wirtschaftsdaten für den Euroraum

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze.....	5*
2. Außenwirtschaft.....	5*
3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren.....	6*

■ II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang.....	8*
2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs).....	10*
3. Liquiditätsposition des Bankensystems.....	14*

■ III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva.....	16*
2. Passiva.....	18*

■ IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland.....	20*
2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen..	24*
3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland.....	26*
4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland.....	28*
5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs).....	30*
6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche.....	32*
7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs).....	34*
8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck.....	36*
9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen.....	36*
10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland.....	38*
11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland.....	38*
12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland.....	39*
13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs).	40*

■ V. Mindestreserven

1. Mindestreservebasis und -erfüllung im Euroraum.....	42•
2. Mindestreservebasis und -erfüllung in Deutschland.....	42•

■ VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze/Basiszinssätze.....	43•
2. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren).....	43•
3. Geldmarktsätze nach Monaten.....	43•
4. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs).....	44•

■ VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

1. Aktiva.....	48•
2. Passiva.....	49•

■ VIII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von Schuldverschreibungen und Aktien in Deutschland.....	50•
2. Absatz von Schuldverschreibungen inländischer Emittenten.....	51•
3. Umlauf von Schuldverschreibungen inländischer Emittenten.....	52•
4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten.....	52•
5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere.....	53•
6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland.....	53•

■ IX. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften.....	54•
2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften.....	55•
3. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der privaten Haushalte.....	56•
4. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten Haushalte.....	57•

■ X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Finanzierungssaldo und Schuldenstand in Maastricht-Abgrenzung.....	58•
2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.....	58•
3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung.....	59•
4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden.....	59•
5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen.....	60•
6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten.....	60•

7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern	61*
8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen	61*
9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung	62*
10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung	62*
11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung	63*
12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme	63*
13. Gesamtstaat: Verschuldung nach Gläubigern	63*
14. Maastricht-Verschuldung nach Arten	64*
15. Maastricht-Verschuldung des Bundes nach Arten und Instrumenten	65*

■ XI. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens..	66*
2. Produktion im Produzierenden Gewerbe	67*
3. Auftragseingang in der Industrie	68*
4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe	69*
5. Umsätze des Einzelhandels	69*
6. Arbeitsmarkt	70*
7. Preise	71*
8. Einkommen der privaten Haushalte	72*
9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft	72*
10. Aktiva und Passiva börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen	73*
11. Umsatz und operatives Ergebnis börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen	74*

■ XII. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für den Euroraum	75*
2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland	76*
3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern	77*
4. Dienstleistungen und Primäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland	78*
5. Sekundäreinkommen und Vermögensänderungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland	78*
6. Kapitalbilanz der Bundesrepublik Deutschland	79*
7. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank	80*
8. Auslandspositionen der Unternehmen	81*
9. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen	82*
10. Euro-Länder und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion	82*
11. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft	83*

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für den Euroraum

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze

Zeit	Geldmenge in verschiedenen Abgrenzungen 1) 2)				Bestimmungsfaktoren der Geldmengenentwicklung 1)				Zinssätze		
	M1	M2	M3 3)		MFI-Kredite insgesamt	MFI-Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Geldkapitalbildung 4)	€STR 5) 7)	3-Monats-EURIBOR 6) 7)	Umlaufrendite europäischer Staatsanleihen 8)	
				gleitender Dreimonatsdurchschnitt							
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %							% p. a. im Monatsdurchschnitt			
2020 Dez.	15,6	11,7	12,2	11,9	9,3	5,0	-0,5	-0,56	-0,54	-0,2	
2021 Jan.	16,4	12,2	12,5	12,3	9,4	4,8	-0,9	-0,56	-0,55	-0,2	
Febr.	16,4	12,1	12,3	11,6	9,6	4,7	-0,9	-0,56	-0,54	-0,1	
März	13,7	10,2	10,1	10,6	8,6	4,0	-0,3	-0,56	-0,54	0,0	
April	12,4	9,2	9,4	9,4	7,3	3,4	-0,3	-0,57	-0,54	0,1	
Mai	11,7	8,4	8,6	8,8	6,3	2,9	-1,0	-0,56	-0,54	0,2	
Juni	11,8	8,3	8,4	8,3	6,0	3,3	-0,6	-0,56	-0,54	0,2	
Juli	11,0	7,6	7,8	8,1	5,8	3,1	-0,5	-0,57	-0,55	0,0	
Aug.	11,1	7,8	8,0	7,8	5,5	2,8	-0,8	-0,57	-0,55	-0,1	
Sept.	11,1	7,6	7,6	7,7	5,6	3,3	-0,7	-0,57	-0,55	0,1	
Okt.	10,7	7,5	7,7	7,5	5,6	3,6	-0,3	-0,57	-0,55	0,2	
Nov.	10,0	7,1	7,3	7,3	5,8	3,7	-0,5	-0,57	-0,57	0,2	
Dez.	9,8	7,0	6,9	6,9	6,1	3,9	-0,5	-0,58	-0,58	0,1	
2022 Jan.	9,2	6,8	6,5	6,6	6,2	4,3	-0,3	-0,58	-0,56	0,4	
Febr.	9,1	6,8	6,4	6,4	6,2	4,4	-0,6	-0,58	-0,53	0,8	
März	8,8	6,6	6,2	6,2	6,1	4,4	-0,7	-0,58	-0,50	0,9	
April	8,2	6,3	6,1	6,0	6,4	5,0	-0,1	-0,58	-0,45	1,4	
Mai	7,9	6,1	5,8	5,9	6,2	5,1	0,0	-0,59	-0,39	1,7	
Juni	7,2	5,9	5,7	5,7	6,3	5,4	-0,0	-0,58	-0,24	2,2	
Juli	6,7	5,9	5,5	...	5,9	5,4	-0,2	-0,51	0,04	1,9	
Aug.	-0,09	0,40	1,8	

1 Quelle: EZB. 2 Saisonbereinigt. 3 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Geldmarktfondsanteile, Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu 2 Jahren. 4 Längerfristige Verbindlichkeiten der MFIs gegenüber im Euro-Währungsgebiet ansässigen Nicht-MFIs.

5 Euro Short-Term Rate. 6 Euro Interbank Offered Rate. 7 Siehe auch Anmerkungen zu Tab. VI.4, S.43*. 8 BIP-gewichtete Rendite zehnjähriger Staatsanleihen. Einbezogene Länder: DE, FR, NL, BE, AT, FI, IE, PT, ES, IT, GR, SK, CY, SI (nach Umschuldung im März 2012 Neuemission).

2. Außenwirtschaft 1)

Zeit	Ausgewählte Posten der Zahlungsbilanz des Euroraums								Wechselkurse des Euro 1)		
	Leistungsbilanz				Kapitalbilanz				Dollarkurs	effektiver Wechselkurs 3)	
	Saldo	darunter: Warenhandel	Saldo	Direktinvestitionen	Wertpapieranlagen	Finanzderivate 2)	Übriger Kapitalverkehr	Währungsreserven		nominal	real 4)
	Mio €								1 EUR = ... USD	1. Vj. 1999 = 100	
2020 Dez.	+ 45 453	+ 39 773	+ 44 573	- 101 234	+ 280 114	- 28 792	- 107 264	+ 1 749	1,2170	101,8	95,2
2021 Jan.	+ 20 686	+ 21 755	+ 50 974	+ 54 448	+ 34 832	+ 11 070	- 48 422	- 954	1,2171	101,3	95,2
Febr.	+ 26 148	+ 33 478	+ 52 787	+ 30 274	+ 110 154	- 1 765	- 84 303	- 1 573	1,2098	100,6	94,5
März	+ 38 660	+ 37 500	+ 7 643	+ 40 948	- 63 199	- 6 046	+ 36 383	- 443	1,1899	100,3	94,1
April	+ 37 478	+ 28 077	+ 14 052	- 2 853	+ 39 700	+ 6 969	- 30 357	+ 593	1,1979	100,6	94,3
Mai	+ 15 929	+ 26 704	+ 42 495	+ 14 517	+ 90 512	- 6 940	- 56 916	+ 1 323	1,2146	100,8	94,3
Juni	+ 27 633	+ 31 414	+ 63 577	- 4 840	+ 41 067	- 2 298	+ 24 449	+ 5 199	1,2047	100,2	93,7
Juli	+ 36 848	+ 33 476	+ 40 749	+ 42 833	+ 5 012	+ 18 311	- 25 069	- 338	1,1822	99,7	93,4
Aug.	+ 21 055	+ 15 432	+ 37 205	+ 42 728	+ 34 827	+ 1 635	- 164 067	+ 122 082	1,1772	99,3	93,1
Sept.	+ 32 820	+ 20 817	+ 5 229	+ 21 333	+ 16 126	+ 4 116	- 37 749	+ 1 404	1,1770	99,4	93,2
Okt.	+ 8 547	+ 11 924	+ 30 483	+ 21 667	+ 34 957	+ 13 983	- 43 313	+ 3 190	1,1601	98,4	92,4
Nov.	+ 10 026	+ 14 562	- 2 990	+ 3 659	+ 60 386	+ 26 205	- 93 744	+ 504	1,1414	97,6	91,7
Dez.	+ 25 718	+ 10 434	- 264	+ 27 308	+ 22 896	+ 4 427	- 54 088	- 807	1,1304	97,1	91,2
2022 Jan.	- 6 787	- 9 073	+ 29 082	- 1 174	+ 73 618	+ 2 743	- 43 960	- 2 144	1,1314	96,6	91,2
Febr.	+ 407	+ 3 722	- 44	+ 31 466	- 33 167	+ 3 777	+ 3 731	+ 1 703	1,1342	96,9	91,7
März	+ 7 376	+ 5 113	- 15 106	- 4 310	- 73 063	- 4 280	+ 66 465	+ 82	1,1019	95,9	91,3
April	- 3 951	- 2 020	- 38 979	+ 29 796	+ 12 647	+ 12 756	- 93 510	- 667	1,0819	95,2	89,9
Mai	- 19 363	+ 2 105	+ 13 141	+ 42 127	+ 52 785	- 2 734	- 80 224	+ 1 188	1,0579	95,6	90,3
Juni	+ 3 241	+ 4 262	+ 33 802	- 2 153	- 17 081	- 9 894	+ 61 127	+ 1 802	1,0566	95,9	90,5
Juli	1,0179	94,1	p) 89,0
Aug.	1,0128	93,6	p) 88,7

* Quelle: EZB, gemäß den internationalen Standards des Balance of Payments Manual in der 6. Auflage des Internationalen Währungsfonds. 1 Monatsdurchschnitte, siehe auch Tab. XII.10 und 11, S. 82* / 83*. 2 Einschl. Mitarbeiteraktienoptionen. 3 Berechnung

der Bundesbank. Gegenüber den Währungen der EWK-19-Gruppe. 4 Auf Basis der Verbraucherpreisindizes.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für den Euroraum

3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren

Zeit	Euroraum	Belgien	Deutschland	Estland	Finnland	Frankreich	Griechenland	Irland	Italien	Lettland
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹⁾										
Veränderung gegenüber Vorjahr in %										
2019	1,6	2,1	1,1	3,7	1,2	1,8	1,8	5,4	0,5	2,5
2020	- 6,1	- 5,7	- 3,7	- 0,6	- 2,2	- 7,8	- 9,0	6,2	- 9,0	- 3,8
2021	5,2	6,2	2,6	8,0	3,0	6,8	8,3	13,6	6,6	4,5
2021 1.Vj.	- 0,8	0,0	- 2,3	2,5	- 1,5	1,6	- 0,8	11,4	0,3	- 0,9
2.Vj.	14,4	15,1	10,6	13,9	7,5	19,0	15,0	19,5	17,9	10,6
3.Vj.	3,7	5,0	1,8	8,4	3,1	3,7	11,8	10,4	3,8	5,0
4.Vj.	4,6	5,6	1,2	7,4	3,1	4,7	7,4	13,8	5,8	3,1
2022 1.Vj.	5,4	4,8	3,9	4,5	4,3	4,8	9,0	10,8	6,0	6,7
2.Vj.	4,1	3,2	1,8	0,6	3,0	4,2	7,8	11,1	4,4	3,0
Industrieproduktion ²⁾										
Veränderung gegenüber Vorjahr in %										
2019	- 0,7	4,8	- 3,2	7,1	- 1,6	0,5	- 0,7	7,0	- 1,1	0,8
2020	- 7,7	- 3,8	- 9,6	- 2,8	- 3,2	- 10,9	- 2,1	14,5	- 11,4	- 1,8
2021	8,0	16,8	4,7	6,8	4,0	5,9	10,2	16,4	12,2	6,5
2021 1.Vj.	5,0	8,4	- 0,3	- 0,2	- 0,0	2,1	4,7	40,6	10,4	3,7
2.Vj.	23,7	29,8	20,3	15,0	4,3	22,4	15,6	33,2	32,6	12,6
3.Vj.	5,9	19,4	2,5	7,2	4,5	2,6	9,7	27,6	4,9	6,3
4.Vj.	0,2	11,2	- 1,2	5,7	7,3	- 0,4	11,3	- 18,2	4,6	3,5
2022 1.Vj.	- 0,3	6,4	- 1,2	4,2	3,1	0,1	4,7	- 15,0	1,4	4,0
2.Vj.	0,4	- 5,1	p) - 1,1	2,9	6,7	0,1	2,9	- 7,3	2,0	3,6
Kapazitätsauslastung in der Industrie ³⁾										
in % der Vollausslastung										
2019	82,2	81,2	84,6	72,6	81,0	84,5	71,5	77,3	77,4	76,3
2020	74,5	75,6	77,3	67,6	76,9	73,8	71,0	68,7	53,4	72,0
2021	81,4	80,1	84,8	78,1	81,2	81,1	75,6	78,2	76,4	75,2
2021 2.Vj.	80,8	79,5	85,0	77,2	82,1	80,2	74,3	73,5	75,4	74,5
3.Vj.	83,0	80,9	86,1	78,2	81,8	82,9	77,8	80,8	77,5	76,1
4.Vj.	82,7	81,1	85,8	83,0	82,5	82,0	77,4	81,6	77,7	77,1
2022 1.Vj.	82,4	80,0	85,9	72,5	81,3	82,7	76,8	78,9	78,6	74,6
2.Vj.	82,5	80,1	85,1	70,6	80,7	82,2	76,6	82,6	78,6	75,4
3.Vj.	82,4	79,0	85,0	74,9	81,2	82,2	74,6	79,7	78,7	76,4
Standardisierte Erwerbslosenquote ⁴⁾										
in % der zivilen Erwerbspersonen										
2019	7,5	5,4	3,0	4,5	6,7	8,2	17,3	5,0	10,0	6,3
2020	7,8	5,6	3,6	7,0	7,8	7,8	16,3	5,6	9,2	8,1
2021	s) 7,7	s) 6,3	3,6	s) 6,2	s) 7,7	s) 7,9	s) 14,8	s) 6,3	s) 9,5	s) 7,6
2022 März	6,8	5,4	2,9	5,5	6,5	7,4	12,8	5,0	8,3	6,7
April	6,7	5,6	2,9	5,5	6,2	7,5	12,5	4,5	8,2	6,6
Mai	6,7	5,8	2,9	5,8	6,1	7,6	12,5	4,2	8,0	6,5
Juni	6,7	5,9	2,9	5,9	6,8	7,6	12,3	4,3	8,0	6,4
Juli	6,6	5,9	2,9	5,8	7,1	7,5	11,4	4,2	7,9	6,5
Aug.	4,3
Harmonisierter Verbraucherpreisindex										
Veränderung gegenüber Vorjahr in %										
2019	1,2	1,2	1,4	2,3	1,1	1,3	0,5	0,9	0,6	2,7
2020	0,3	0,4	s) 0,4	- 0,6	0,4	0,5	- 1,3	- 0,5	- 0,1	0,1
2021	2,6	3,2	s) 3,2	4,5	2,1	2,1	0,6	2,4	1,9	3,2
2022 März	7,4	9,3	7,6	14,8	5,8	5,1	8,0	6,9	6,8	11,5
April	7,4	9,3	7,8	19,1	5,8	5,4	9,1	7,3	6,3	13,1
Mai	8,1	9,9	8,7	20,1	7,1	5,8	10,5	8,3	7,3	16,8
Juni	8,6	10,5	8,2	22,0	8,1	6,5	11,6	9,6	8,5	19,2
Juli	8,9	10,4	8,5	23,2	8,0	6,8	11,3	9,6	8,4	21,3
Aug.	s) 9,1	10,5	8,8	s) 25,2	7,9	6,6	11,2	9,0	s) 9,0	21,4
Staatlicher Finanzierungssaldo ⁶⁾										
in % des Bruttoinlandsprodukts										
2019	- 0,7	- 2,0	1,5	0,1	- 0,9	- 3,1	1,1	0,5	- 1,5	- 0,6
2020	- 7,1	- 9,0	- 4,3	- 5,6	- 5,5	- 8,9	- 10,2	- 5,1	- 9,6	- 4,5
2021	- 5,1	- 5,5	- 3,7	- 2,4	- 2,6	- 6,5	- 7,4	- 1,9	- 7,2	- 7,3
Staatliche Verschuldung ⁶⁾										
in % des Bruttoinlandsprodukts										
2019	83,8	97,7	58,9	8,6	59,6	97,4	180,7	57,2	134,1	36,7
2020	97,2	112,8	68,0	19,0	69,0	114,6	206,3	58,4	155,3	43,3
2021	95,6	108,2	68,7	18,1	65,8	112,9	193,3	56,0	150,8	44,8

Quellen: Eurostat, Europäische Kommission, Europäische Zentralbank, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. Aktuelle Angaben beruhen teilweise auf Presse-

meldungen und sind vorläufig. 1 Euroraum: Quartalsangaben saison- und kalenderbereinigt. 2 Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Energie: arbeitstäglich bereinigt.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für den Euroraum

Litauen	Luxemburg	Malta	Niederlande	Österreich	Portugal	Slowakei	Slowenien	Spanien	Zypern	Zeit
Reales Bruttoinlandsprodukt 1)										
Veränderung gegenüber Vorjahr in %										
4,6	2,3	5,9	2,0	1,5	2,7	2,6	3,5	2,1	5,3	2019
- 0,1	- 0,8	- 8,3	- 3,9	- 6,7	- 8,4	- 4,4	- 4,3	- 10,8	- 5,0	2020
5,0	5,1	10,3	4,9	4,6	4,9	3,0	8,2	5,1	5,5	2021
1,6	4,1	- 0,1	- 2,2	- 5,4	- 5,3	0,2	1,5	- 4,5	- 2,1	2021 1.Vj.
8,3	10,7	16,3	10,2	13,2	16,0	9,6	16,1	17,8	13,0	2.Vj.
4,8	2,0	14,0	5,4	5,2	4,5	1,3	5,0	3,4	5,3	3.Vj.
5,2	4,0	11,7	6,2	6,1	5,8	1,4	10,4	5,5	6,4	4.Vj.
4,8	2,9	8,1	6,7	10,2	11,1	3,1	9,6	6,4	6,2	2022 1.Vj.
1,8	1,6	8,9	5,3	6,0	7,2	1,8	8,2	6,0	5,8	2.Vj.
Industrieproduktion 2)										
Veränderung gegenüber Vorjahr in %										
2,9	- 3,1	1,1	- 0,9	- 0,0	- 2,2	0,5	- 2,8	0,5	4,4	2019
- 1,7	- 10,8	- 0,3	- 3,9	- 5,9	- 7,3	- 9,1	- 6,4	- 9,8	- 7,3	2020
20,0	8,4	- 0,2	5,0	11,2	3,5	10,4	10,0	7,5	6,4	2021
13,3	5,1	- 8,5	- 0,8	3,0	- 0,6	6,5	3,4	2,5	1,2	2021 1.Vj.
25,0	24,0	14,3	10,0	24,2	24,3	35,8	24,3	27,2	21,2	2.Vj.
17,8	3,6	- 0,1	6,8	9,0	- 3,8	0,9	6,3	1,9	4,5	3.Vj.
23,9	3,0	- 5,4	4,4	10,3	- 1,7	3,9	7,7	1,8	1,0	4.Vj.
23,5	0,2	- 2,0	1,9	11,3	- 2,9	- 1,7	4,0	1,7	3,8	2022 1.Vj.
8,8	- 1,6	- 5,2	4,8	9,8	1,9	- 4,8	1,8	5,2	2,7	2.Vj.
Kapazitätsauslastung in der Industrie 3)										
in % der Vollausslastung										
77,3	80,0	77,4	84,1	86,6	78,0	87,2	84,3	80,3	63,7	2019
73,0	72,5	70,7	78,3	79,5	74,9	79,5	78,5	74,4	51,5	2020
76,7	82,0	76,8	82,4	87,1	79,2	82,2	84,5	77,8	51,3	2021
76,7	83,6	77,9	81,8	86,3	78,7	82,5	84,2	77,4	48,8	2021 2.Vj.
77,6	83,7	78,4	83,8	89,6	78,9	81,9	85,9	77,5	50,1	3.Vj.
78,3	81,8	75,2	83,6	88,5	80,2	82,1	85,3	79,2	55,6	4.Vj.
77,9	81,9	62,9	84,0	88,4	81,8	82,8	86,1	78,8	55,4	2022 1.Vj.
77,7	79,9	64,6	84,3	88,9	82,5	83,9	85,3	80,0	58,2	2.Vj.
78,8	81,4	67,6	83,9	87,9	81,6	83,5	84,7	78,9	58,2	3.Vj.
Standardisierte Erwerbslosenquote 4)										
in % der zivilen Erwerbspersonen										
6,3	5,6	3,6	3,4	4,5	6,5	5,8	4,5	14,1	7,1	2019
8,6	6,8	4,4	3,9	5,4	6,9	6,7	5,0	15,5	7,6	2020
7,1	5,4	3,4	4,2	6,2	6,6	6,9	4,8	14,8	7,5	2021
6,1	4,4	3,0	3,3	4,3	5,8	6,3	4,1	13,2	6,5	2022 März
5,4	4,2	3,0	3,2	4,4	5,9	6,3	4,4	12,9	6,8	April
5,4	4,2	3,0	3,3	4,7	6,0	6,3	4,5	12,6	6,9	Mai
5,4	4,2	2,9	3,4	4,2	6,0	6,2	4,4	12,6	7,4	Juni
5,2	4,3	2,9	...	4,6	5,9	6,2	4,2	12,6	8,0	Juli
...	Aug.
Harmonisierter Verbraucherpreisindex										
Veränderung gegenüber Vorjahr in %										
2,2	1,6	1,5	2,7	1,5	0,3	2,8	1,7	0,8	0,5	2019
1,1	0,0	0,8	1,1	1,4	- 0,1	2,0	- 0,3	- 0,3	- 1,1	2020
4,6	3,5	0,7	2,8	2,8	0,9	2,8	2,0	3,0	2,3	2021
15,6	7,9	4,5	11,7	6,6	5,5	9,6	6,0	9,8	6,2	2022 März
16,6	9,0	5,4	11,2	7,1	7,4	10,9	7,4	8,3	8,6	April
18,5	9,1	5,8	10,2	7,7	8,1	11,8	8,7	8,5	8,8	Mai
20,5	10,3	6,1	9,9	8,7	9,0	12,6	10,8	10,0	9,0	Juni
20,9	9,3	6,8	11,6	9,4	9,4	12,8	11,7	10,7	10,6	Juli
21,1	8,6	7,0	13,7	9,2	9,3	13,4	11,5	10,5	9,6	Aug.
Staatlicher Finanzierungssaldo 6)										
in % des Bruttoinlandsprodukts										
0,5	2,3	0,6	1,7	0,6	0,1	- 1,3	0,4	- 3,1	1,3	2019
- 7,3	- 3,4	- 9,5	- 3,7	- 8,0	- 5,8	- 5,5	- 7,8	- 10,3	- 5,8	2020
- 1,0	0,9	- 8,0	- 2,5	- 5,9	- 2,8	- 6,2	- 5,2	- 6,9	- 1,7	2021
Staatliche Verschuldung 6)										
in % des Bruttoinlandsprodukts										
35,9	22,3	40,7	48,5	70,6	116,6	48,1	65,6	98,3	91,1	2019
46,6	24,8	53,4	54,3	83,3	135,2	59,7	79,8	120,0	115,0	2020
44,3	24,4	57,0	52,1	82,8	127,4	63,1	74,7	118,4	103,6	2021

3 Verarbeitendes Gewerbe: Quartalsangaben saisonbereinigt. Datenerhebung zu Beginn des Quartals. 4 Monatsangaben saisonbereinigt. 5 Beeinflusst durch eine

befristete Mehrwertsteuersenkung von Juli bis Dezember 2020. 6 Abgrenzung gemäß Maastricht-Vertrag.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang ¹⁾ a) Euroraum ¹⁾

Mrd €

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rücklagen ³⁾
		zusammen	darunter Wertpapiere	zusammen	darunter Wertpapiere								
2020 Dez.	- 3,6	- 1,0	30,0	- 2,6	6,2	- 46,9	- 194,4	- 147,5	9,3	- 5,5	- 0,5	- 14,3	29,7
2021 Jan.	133,3	30,1	4,3	103,2	94,1	38,8	162,4	123,6	- 36,2	- 9,2	0,1	- 16,0	- 11,1
Febr.	99,8	33,8	9,0	66,0	72,7	- 14,7	28,9	43,6	- 1,2	- 5,7	- 0,5	- 2,4	7,4
März	176,0	100,7	8,5	75,3	74,0	- 5,9	- 6,7	- 0,7	12,2	- 9,0	- 0,3	1,2	20,3
April	55,9	13,3	8,6	42,6	29,0	- 11,4	104,5	115,9	- 36,9	- 23,9	- 0,1	- 7,5	- 5,4
Mai	124,9	48,3	15,2	76,6	77,6	2,6	24,5	21,8	- 23,5	- 1,2	- 0,2	- 15,1	- 6,9
Juni	94,5	37,2	0,8	57,3	58,6	9,2	- 74,4	- 83,6	26,8	- 6,1	- 0,4	- 4,2	37,6
Juli	112,9	56,0	8,1	56,8	50,3	- 4,2	74,3	78,6	3,1	- 4,7	- 0,6	9,3	- 0,8
Aug.	35,0	- 16,7	- 7,8	51,7	60,9	- 4,7	141,2	146,0	- 5,9	- 7,3	- 0,4	- 7,0	8,9
Sept.	107,4	72,9	3,7	34,4	43,2	- 40,1	- 58,2	- 18,1	16,6	- 4,5	- 0,4	8,3	13,2
Okt.	80,6	68,3	21,4	12,3	18,5	- 16,4	192,3	208,7	11,4	- 10,7	- 0,7	16,8	6,0
Nov.	156,1	89,3	- 3,6	66,8	67,5	- 26,3	15,0	41,3	- 7,0	- 10,6	- 0,7	1,8	2,5
Dez.	53,0	27,9	20,3	25,1	22,6	- 51,4	- 203,4	- 151,9	4,4	18,0	- 0,8	- 25,0	12,2
2022 Jan.	166,4	91,4	- 10,3	75,0	64,7	- 1,6	136,3	137,9	- 18,2	- 14,7	- 0,1	9,5	- 12,9
Febr.	109,5	43,1	2,0	66,5	73,8	- 14,5	82,6	97,1	- 21,2	- 12,6	- 0,4	- 3,6	- 4,6
März	158,3	113,0	26,4	45,3	36,0	1,9	- 20,6	- 22,5	- 0,3	2,8	- 0,7	- 21,8	19,4
April	111,4	96,3	20,1	15,1	5,1	- 79,4	- 58,2	21,2	5,3	- 10,6	- 0,1	- 1,7	17,7
Mai	104,4	62,4	- 19,0	41,9	49,4	- 55,7	39,4	95,0	- 13,4	3,0	- 3,2	- 18,5	5,4
Juni	117,7	84,8	- 9,1	32,8	33,7	80,9	- 45,9	- 126,8	23,7	- 4,7	- 0,5	1,2	27,6
Juli	33,7	62,6	- 0,4	- 28,9	- 28,7	- 23,9	53,1	77,1	- 7,1	- 10,2	- 0,4	- 14,4	17,9

b) Deutscher Beitrag

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rücklagen ³⁾
		zusammen	darunter: Wertpapiere	zusammen	darunter: Wertpapiere								
2020 Dez.	- 0,9	7,5	3,6	- 8,4	- 4,6	- 107,2	- 35,1	72,1	- 7,5	- 1,3	- 0,3	- 7,1	1,2
2021 Jan.	30,1	12,1	3,1	18,1	18,1	41,7	79,7	38,0	- 11,4	- 2,9	- 0,6	- 1,6	- 6,4
Febr.	29,8	18,8	4,6	11,1	13,4	26,3	7,0	- 19,3	0,8	- 1,8	- 0,3	4,3	- 1,4
März	54,1	35,8	1,8	18,3	19,5	- 61,9	1,9	63,9	3,5	- 3,5	- 0,3	7,1	0,2
April	11,4	0,5	2,4	10,8	7,0	67,3	25,3	- 42,0	9,3	- 2,4	- 0,3	6,4	5,6
Mai	33,4	16,8	3,2	16,6	18,9	- 35,0	- 10,9	24,1	- 10,3	- 2,8	- 0,1	- 7,3	0,0
Juni	30,0	8,7	2,4	21,4	22,3	- 36,1	- 5,3	30,8	3,2	- 3,4	- 0,2	- 7,3	14,1
Juli	42,9	22,4	2,2	20,4	18,4	42,8	- 14,6	- 57,4	5,1	- 1,8	- 0,3	4,3	2,8
Aug.	28,5	16,6	1,6	11,9	15,7	- 18,0	18,2	36,2	2,0	- 0,5	- 0,2	0,9	1,9
Sept.	33,1	16,7	5,4	16,4	16,5	- 92,2	- 0,7	91,5	3,8	- 2,2	- 0,2	2,6	3,6
Okt.	37,8	34,7	7,2	3,0	- 0,6	47,0	47,6	0,7	18,6	1,4	- 0,2	15,6	1,8
Nov.	54,0	28,5	3,4	25,4	28,0	- 59,0	- 4,2	54,8	5,0	- 0,6	- 0,2	4,7	1,1
Dez.	12,8	10,9	6,8	2,0	4,7	- 122,9	- 47,1	75,8	- 2,3	9,1	- 0,2	- 13,2	2,0
2022 Jan.	40,4	31,0	1,4	9,4	7,5	111,9	72,2	- 39,7	- 4,0	- 1,1	- 0,8	12,6	- 14,8
Febr.	32,7	27,6	3,4	5,2	7,2	16,0	21,9	5,9	5,1	- 1,3	- 0,2	7,0	- 0,4
März	37,0	23,3	4,1	13,7	12,9	- 44,2	- 22,2	22,0	6,1	- 2,0	- 0,2	4,1	4,2
April	19,0	18,9	2,7	0,1	- 4,5	19,1	- 13,0	- 32,1	4,4	- 2,7	- 0,2	3,2	4,1
Mai	39,1	28,5	3,5	10,6	13,5	- 29,8	- 0,9	28,9	2,0	- 2,4	- 0,1	2,0	2,5
Juni	32,6	25,5	- 4,1	7,1	4,8	- 22,4	- 9,4	13,0	3,8	- 3,1	- 0,2	- 3,8	10,8
Juli	18,3	30,7	10,7	- 12,4	- 13,4	44,2	5,7	- 38,5	9,0	- 2,0	- 0,2	7,3	3,9

* Die Angaben der Übersicht beruhen auf der Konsolidierten Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) (Tab. II.2); statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe dazu auch die "Hinweise zu den Zahlenwerten" in den methodischen Erläuterungen zur Statistischen Fachreihe Bankenstatistik. **1** Quelle: EZB. **2** Abzüglich Bestand der MFIs. **3** Nach Abzug der Inter-MFI-Beteiligungen. **4** Einschl.

Gegenposten für monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten. **5** Einschl. monetärer Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter). **6** In Deutschland nur Spareinlagen. **7** Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Papiere. **8** Abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papiere. **9** Einschl. noch im Umlauf befindlicher

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

a) Euroraum

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse			VI. Geldmenge M3 (Saldo I + II - III - IV - V)										Zeit		
	insgesamt 4)	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten	insgesamt	Geldmenge M2						Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren 5)	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 5) 6)	Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 2) 7) 8)		Schuldver-schreibungen mit Laufz. bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarkt-pap.) (netto) 2) 7)	
				zusammen	Geldmenge M1			täglich fällige Einlagen 5)	Bargeld-umlauf							zusammen
					zusammen	Bargeld-umlauf	täglich fällige Einlagen 5)									
- 128,1	- 52,0	0,0	138,2	128,3	117,1	20,8	96,2	10,6	0,6	- 24,7	20,1	- 3,5	2020 Dez.			
78,3	33,2	0,0	69,1	32,3	44,5	2,6	41,9	- 30,6	18,4	29,9	18,5	5,7	2021 Jan.			
30,4	5,2	0,0	52,6	65,4	71,8	7,3	64,5	- 18,0	11,6	2,8	- 30,7	13,1	Febr.			
19,6	73,2	0,0	83,2	101,6	82,6	10,5	72,2	7,3	11,7	- 18,6	- 4,7	- 13,3	März			
- 32,3	14,2	0,0	94,5	69,1	88,9	8,5	80,4	- 27,9	8,1	15,3	8,9	6,8	April			
- 8,5	48,9	0,0	110,1	115,6	116,7	13,2	103,5	- 11,7	10,7	- 4,1	- 8,9	8,1	Mai			
16,8	- 4,3	0,0	74,0	88,1	119,7	10,5	109,2	- 33,9	2,3	- 10,8	- 8,4	- 4,6	Juni			
0,4	- 55,8	0,0	151,2	113,5	103,3	14,6	88,6	10,5	- 0,3	17,4	22,6	7,4	Juli			
26,6	- 10,6	0,0	28,3	33,4	32,4	1,7	30,7	- 2,5	3,6	- 12,3	5,3	- 6,2	Aug.			
6,5	- 0,8	0,0	31,1	60,4	76,0	5,3	70,8	- 16,5	0,8	12,7	- 31,1	2,9	Sept.			
- 2,4	- 75,0	0,0	129,3	84,7	70,5	6,8	63,7	19,2	- 5,0	13,2	31,5	0,8	Okt.			
- 48,5	84,9	0,0	95,9	83,7	102,7	6,0	96,7	- 19,7	0,7	- 4,4	26,2	- 5,0	Nov.			
- 44,5	- 20,1	0,0	87,6	114,4	104,0	20,6	83,3	6,9	3,6	- 41,8	- 6,7	- 4,0	Dez.			
68,1	91,1	0,0	- 23,8	- 23,9	- 51,4	1,0	- 52,3	14,9	12,6	63,5	- 23,2	6,2	2022 Jan.			
44,6	31,7	0,0	39,4	69,8	76,7	9,1	67,5	- 14,8	8,0	9,4	- 37,2	- 2,1	Febr.			
13,7	52,0	0,0	102,4	113,2	93,1	22,5	70,6	16,0	4,0	- 21,8	- 3,4	1,5	März			
- 22,1	- 71,7	0,0	94,1	57,7	52,3	11,2	41,1	3,1	2,4	28,8	21,9	13,4	April			
- 28,9	43,5	0,0	54,7	64,7	71,2	7,8	63,4	- 18,4	12,0	4,4	- 11,5	- 4,1	Mai			
69,6	51,3	0,0	72,2	76,8	50,2	6,6	43,6	23,5	3,1	- 35,5	- 1,4	13,3	Juni			
- 31,1	- 90,7	0,0	128,6	114,3	59,6	10,1	49,5	49,6	5,2	27,0	- 2,6	0,2	Juli			

b) Deutscher Beitrag

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse			VI. Geldmenge M3, ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf (Saldo I + II - III - IV - V) 10)										Zeit
	insgesamt	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 9) 11)	insgesamt	Komponenten der Geldmenge						Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarkt-papiere) (netto) 7)		
				täglich fällige Einlagen	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 6)	Bargeldumlauf (bis Dezember 2001 in der Geldmenge M3 enthalten)	insgesamt	täglich fällige Einlagen					
													Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	
- 22,9	- 73,4	2,4	5,6	- 4,3	- 5,8	- 1,7	1,3	3,1	0,1	- 1,3	1,3	2020 Dez.		
- 40,3	95,7	1,1	0,9	27,8	45,9	- 14,8	1,6	- 3,8	- 0,0	- 1,1	1,1	2021 Jan.		
15,4	29,1	2,3	1,5	10,8	20,3	- 8,5	1,2	- 2,4	- 0,0	0,3	0,3	Febr.		
- 2,3	- 38,0	2,5	2,7	29,1	24,3	- 0,6	0,1	5,0	0,5	- 0,1	0,1	März		
- 7,4	71,2	0,7	2,6	5,5	13,9	- 5,2	0,7	- 3,4	- 0,1	- 0,4	0,4	April		
18,8	- 44,9	3,0	2,9	34,8	27,8	2,8	0,6	1,7	- 0,1	2,0	2,0	Mai		
6,0	- 14,0	3,1	2,3	- 1,2	7,1	- 8,0	- 0,4	- 0,2	0,1	0,3	0,3	Juni		
- 12,0	75,2	4,2	3,7	17,4	21,2	- 4,1	- 0,3	0,6	- 0,1	0,1	0,1	Juli		
0,7	- 13,2	2,9	0,2	21,0	20,4	- 1,6	- 0,3	0,1	0,0	2,3	2,3	Aug.		
7,1	- 77,3	4,6	0,8	7,3	7,6	- 1,3	- 0,6	1,5	- 0,0	0,1	0,1	Sept.		
- 3,9	53,7	3,3	1,6	16,4	3,9	- 13,0	- 0,4	- 0,4	- 0,1	0,4	0,4	Okt.		
7,2	- 42,3	3,7	1,2	25,0	40,9	- 12,3	- 0,1	- 4,7	- 0,3	1,4	1,4	Nov.		
27,8	- 135,3	5,3	4,5	- 0,4	- 12,8	9,1	1,6	- 0,3	0,3	1,7	1,7	Dez.		
- 38,1	166,0	1,3	0,8	28,4	22,4	9,3	0,3	- 1,2	0,0	- 2,4	2,4	2022 Jan.		
2,5	14,4	3,0	2,2	26,8	23,3	1,1	0,3	1,1	0,1	0,8	0,8	Febr.		
- 0,1	- 13,2	5,8	4,2	- 0,1	- 7,4	8,4	- 1,6	0,5	0,2	- 0,1	0,1	März		
- 3,0	32,9	3,4	2,3	3,7	- 3,4	10,4	- 0,4	- 2,0	- 0,2	0,6	0,6	April		
22,5	- 30,3	3,4	2,7	15,1	22,5	- 7,4	- 1,2	0,4	0,2	0,7	0,7	Mai		
14,9	- 37,5	3,7	0,5	29,0	19,6	7,5	- 1,6	0,6	- 0,0	2,9	2,9	Juni		
- 38,2	56,7	- 5,3	10,6	35,0	6,1	23,6	- 1,7	4,3	0,1	2,5	2,5	Juli		

DM-Banknoten. 10 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Euro-systems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. 11 Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten

Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in der Tab. III.2).

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Monatsende	Aktiva										
	Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet										Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet
	Aktiva / Passiva insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen					öffentliche Haushalte				
insgesamt		zusammen	Buchkredite	Schuldverschreibungen 2)	Aktien und sonstige Dividendenwerte	zusammen	Buchkredite	Schuldverschreibungen 3)			
Euroraum (Mrd €) 1)											
2020 Juni	30 406,4	19 761,9	14 451,9	11 982,0	1 653,7	816,1	5 310,0	1 005,3	4 304,7	6 297,2	4 347,3
Juli	30 598,6	19 912,2	14 334,1	12 013,7	1 506,0	814,5	5 578,1	1 006,0	4 572,1	6 291,1	4 395,3
Aug.	30 434,9	19 985,0	14 355,1	12 019,1	1 525,0	811,0	5 629,9	997,8	4 632,1	6 241,9	4 208,0
Sept.	30 522,8	20 084,9	14 349,5	12 019,2	1 520,4	809,9	5 735,4	998,7	4 736,8	6 238,1	4 199,8
Okt.	30 687,0	20 162,5	14 376,6	12 054,8	1 520,5	801,3	5 785,9	1 004,2	4 781,7	6 337,4	4 187,0
Nov.	30 749,4	20 292,0	14 457,7	12 090,4	1 542,2	825,0	5 834,4	1 003,4	4 831,0	6 331,0	4 126,4
Dez.	30 438,8	20 266,1	14 438,3	12 042,9	1 532,2	863,2	5 827,8	990,2	4 837,6	6 108,9	4 063,8
2021 Jan.	30 643,8	20 387,8	14 466,2	12 067,8	1 535,8	862,6	5 921,6	999,4	4 922,1	6 299,8	3 956,2
Febr.	30 546,3	20 463,6	14 500,5	12 090,1	1 541,1	869,3	5 963,1	992,4	4 970,6	6 300,7	3 782,0
März	30 827,0	20 653,7	14 576,8	12 185,3	1 512,6	879,0	6 076,9	993,3	5 083,5	6 360,7	3 812,6
April	30 752,9	20 667,2	14 566,6	12 169,2	1 509,7	887,7	6 100,6	1 007,2	5 093,4	6 396,3	3 689,5
Mai	30 890,4	20 788,2	14 612,8	12 198,6	1 521,6	892,6	6 175,5	1 006,2	5 169,2	6 434,1	3 668,1
Juni	30 991,0	20 890,7	14 652,8	12 234,6	1 530,0	888,3	6 237,8	1 004,8	5 233,1	6 400,0	3 700,3
Juli	31 313,8	21 028,7	14 708,3	12 278,0	1 543,6	886,7	6 320,4	1 011,3	5 309,1	6 504,2	3 781,0
Aug.	31 438,1	21 047,9	14 684,9	12 261,1	1 533,4	890,4	6 363,1	1 002,3	5 360,8	6 653,5	3 736,6
Sept.	31 473,8	21 133,9	14 757,6	12 331,3	1 534,9	891,4	6 376,3	993,6	5 382,7	6 620,6	3 719,3
Okt.	31 776,6	21 201,6	14 817,7	12 379,4	1 548,1	890,2	6 384,0	987,7	5 396,3	6 823,1	3 751,9
Nov.	32 190,9	21 381,2	14 911,2	12 478,0	1 542,2	890,9	6 470,0	985,8	5 484,2	6 915,2	3 894,5
Dez.	31 777,4	21 384,3	14 917,1	12 462,9	1 567,2	887,0	6 467,3	988,5	5 478,8	6 738,8	3 654,3
2022 Jan.	32 404,8	21 564,2	15 039,2	12 602,1	1 553,2	884,0	6 525,0	999,2	5 525,8	6 909,7	3 931,0
Febr.	32 588,9	21 620,0	15 066,6	12 637,1	1 553,6	876,0	6 553,3	991,8	5 561,5	7 007,2	3 961,7
März	32 936,3	21 736,6	15 175,6	12 722,1	1 587,3	866,1	6 561,0	1 001,4	5 559,6	6 994,9	4 204,8
April	33 589,0	21 762,8	15 252,9	12 804,8	1 597,5	850,5	6 509,9	1 011,3	5 498,6	7 082,8	4 743,4
Mai	33 498,1	21 812,1	15 300,7	12 875,1	1 568,0	857,5	6 511,4	1 003,9	5 507,5	7 032,1	4 653,9
Juni	33 885,5	21 883,5	15 371,1	12 971,9	1 568,7	830,6	6 512,4	1 003,0	5 509,3	7 063,4	4 938,6
Juli	33 874,0	21 986,3	15 453,2	13 043,0	1 581,4	828,7	6 533,1	1 003,0	5 530,2	7 207,7	4 680,0
Deutscher Beitrag (Mrd €)											
2020 Juni	7 225,3	4 692,6	3 641,6	3 164,7	220,4	256,6	1 051,0	291,5	759,6	1 304,2	1 228,5
Juli	7 267,6	4 718,8	3 634,9	3 175,5	202,7	256,7	1 083,9	293,4	790,5	1 282,9	1 265,8
Aug.	7 167,3	4 723,0	3 642,2	3 180,7	202,9	258,6	1 080,8	287,4	793,3	1 268,8	1 175,5
Sept.	7 236,4	4 749,2	3 647,1	3 184,0	204,9	258,1	1 102,1	289,7	812,4	1 293,8	1 193,4
Okt.	7 257,1	4 801,4	3 670,3	3 200,4	210,7	259,3	1 131,1	292,0	839,1	1 278,8	1 176,8
Nov.	7 240,5	4 841,7	3 688,6	3 213,7	214,3	260,6	1 153,1	290,2	862,9	1 261,9	1 136,9
Dez.	7 172,5	4 839,4	3 695,5	3 216,4	214,7	264,5	1 143,9	286,4	857,4	1 224,1	1 109,1
2021 Jan.	7 220,7	4 865,5	3 705,9	3 224,4	216,4	265,1	1 159,6	286,5	873,1	1 307,6	1 047,6
Febr.	7 182,0	4 885,0	3 724,3	3 238,8	217,4	268,1	1 160,7	283,8	877,0	1 305,0	991,9
März	7 233,5	4 939,8	3 761,1	3 273,4	217,3	270,4	1 178,7	282,6	896,1	1 315,4	978,3
April	7 228,4	4 946,1	3 760,5	3 270,3	217,6	272,6	1 185,6	285,7	899,9	1 333,6	948,6
Mai	7 228,0	4 977,5	3 777,2	3 283,3	219,5	274,4	1 200,3	283,4	916,9	1 329,8	920,7
Juni	7 277,1	5 009,8	3 786,4	3 290,4	220,8	275,2	1 223,4	282,3	941,1	1 325,1	942,1
Juli	7 362,7	5 062,4	3 808,5	3 310,2	221,9	276,4	1 253,9	284,4	969,5	1 317,4	982,9
Aug.	7 395,2	5 087,3	3 824,6	3 325,1	221,4	278,1	1 262,8	280,8	982,0	1 336,0	971,9
Sept.	7 398,6	5 110,8	3 840,8	3 336,4	224,7	279,7	1 270,1	280,7	989,4	1 335,1	952,6
Okt.	7 461,0	5 147,0	3 874,5	3 363,5	228,6	282,4	1 272,5	284,4	988,0	1 385,2	928,8
Nov.	7 575,0	5 210,7	3 904,2	3 389,9	229,0	285,3	1 306,4	280,7	1 025,7	1 396,4	967,9
Dez.	7 475,8	5 212,1	3 914,7	3 393,2	237,0	284,5	1 297,4	278,0	1 019,5	1 355,9	907,8
2022 Jan.	7 787,0	5 243,9	3 944,7	3 422,9	235,8	286,0	1 299,2	279,9	1 019,3	1 433,6	1 109,5
Febr.	7 871,3	5 262,9	3 968,5	3 445,2	238,0	285,3	1 294,3	277,8	1 016,5	1 464,4	1 144,0
März	7 997,7	5 280,7	3 990,2	3 464,4	240,6	285,2	1 290,6	278,6	1 012,0	1 447,5	1 269,5
April	8 259,4	5 278,9	4 008,0	3 481,9	240,1	286,1	1 270,9	283,2	987,7	1 464,0	1 516,5
Mai	8 228,4	5 304,5	4 034,5	3 506,0	240,8	287,7	1 270,0	280,3	989,7	1 445,0	1 479,0
Juni	8 413,5	5 322,6	4 058,9	3 537,6	237,8	283,5	1 263,7	282,5	981,2	1 466,1	1 624,8
Juli	8 289,3	5 375,1	4 096,3	3 560,3	252,7	283,3	1 278,8	283,6	995,2	1 483,0	1 431,3

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie Europäische Zentralbank und Zentralnotenbanken (Eurosistem).
 1 Quelle: EZB. 2 Einschl. Geldmarktpapiere von Unternehmen. 3 Einschl. Schatzwechsel

und sonstige Geldmarktpapiere von öffentlichen Haushalten. 4 Euro-Bargeldumlauf (siehe auch Anm. 8, S. 12*) ohne Kassenbestände (in Euro) der MFIs. Für deutschen Beitrag: enthält den Euro-Banknotenumlauf der Bundesbank entsprechend dem vom

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

Passiva											Stand am Monatsende
Bargeld- umlauf 4)	Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet										
	insgesamt	darunter: auf Euro 5)	Unternehmen und Privatpersonen					mit vereinbarter Kündigungsfrist 6)			
			zusammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit		von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten		
					bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren					
Euroraum (Mrd €) 1)											
1 306,6	14 478,2	13 208,9	13 310,8	8 066,5	763,6	186,8	1 877,8	2 375,5	40,6	2020 Juni	
1 320,9	14 592,9	13 276,6	13 363,7	8 090,1	783,2	186,3	1 882,5	2 381,1	40,4	Juli	
1 326,8	14 668,1	13 304,3	13 391,2	8 117,1	767,8	184,4	1 892,0	2 390,0	40,0	Aug.	
1 330,3	14 758,4	13 361,0	13 467,6	8 175,8	781,0	195,4	1 883,6	2 392,0	39,8	Sept.	
1 338,1	14 814,8	13 431,7	13 545,6	8 266,0	783,3	181,9	1 880,4	2 394,6	39,4	Okt.	
1 349,9	14 813,0	13 527,2	13 621,6	8 358,3	756,5	179,6	1 885,7	2 402,5	39,0	Nov.	
1 370,7	14 772,9	13 620,6	13 728,8	8 459,6	772,0	176,9	1 877,6	2 404,2	38,5	Dez.	
1 373,3	14 873,9	13 631,3	13 752,9	8 505,4	743,9	173,8	1 870,6	2 421,0	38,1	2021 Jan.	
1 380,6	14 957,8	13 678,6	13 807,8	8 569,6	733,7	169,2	1 865,1	2 432,5	37,7	Febr.	
1 391,1	15 076,4	13 757,0	13 913,7	8 654,9	753,5	164,3	1 858,8	2 444,8	37,4	März	
1 399,6	15 061,0	13 775,4	13 936,1	8 727,0	731,8	159,5	1 827,5	2 453,0	37,3	April	
1 412,8	15 147,4	13 870,8	14 018,1	8 811,2	724,4	155,5	1 826,2	2 463,6	37,1	Mai	
1 423,2	15 241,8	13 943,4	14 091,4	8 917,7	698,2	150,4	1 822,0	2 466,2	36,8	Juni	
1 437,6	15 335,4	14 017,3	14 185,7	9 006,8	705,9	153,6	1 817,0	2 466,2	36,3	Juli	
1 439,2	15 386,3	14 039,3	14 196,7	9 030,0	707,3	151,2	1 809,9	2 462,4	35,9	Aug.	
1 444,5	15 442,5	14 075,3	14 239,8	9 093,0	701,2	140,0	1 806,7	2 463,3	35,6	Sept.	
1 450,3	15 504,6	14 139,4	14 312,3	9 166,1	709,0	148,0	1 795,5	2 458,8	34,9	Okt.	
1 456,3	15 518,4	14 188,5	14 345,4	9 224,1	697,5	143,3	1 786,3	2 459,8	34,3	Nov.	
1 477,0	15 579,6	14 310,0	14 464,4	9 316,4	714,5	131,3	1 805,2	2 463,5	33,6	Dez.	
1 477,9	15 636,8	14 276,9	14 469,0	9 294,6	707,9	135,3	1 820,2	2 478,2	32,9	2022 Jan.	
1 487,0	15 731,6	14 323,8	14 506,2	9 356,8	688,6	134,3	1 807,7	2 486,2	32,7	Febr.	
1 509,6	15 840,4	14 415,6	14 599,9	9 439,8	703,7	123,5	1 809,7	2 491,1	32,2	März	
1 520,7	15 875,9	14 464,1	14 653,8	9 493,4	709,6	123,5	1 801,9	2 493,3	32,1	April	
1 528,5	15 893,3	14 510,6	14 683,8	9 539,3	686,6	120,3	1 803,0	2 505,6	29,0	Mai	
1 535,1	16 040,7	14 573,9	14 750,6	9 583,2	705,9	123,4	1 800,2	2 509,4	28,5	Juni	
1 545,2	16 121,2	14 675,1	14 874,3	9 667,1	745,6	126,4	1 792,3	2 514,8	28,1	Juli	
Deutscher Beitrag (Mrd €)											
296,5	4 132,2	3 873,6	3 711,6	2 408,7	152,1	29,6	559,0	532,6	29,7	2020 Juni	
300,4	4 170,7	3 880,3	3 716,8	2 409,9	163,5	30,0	552,8	531,5	29,2	Juli	
301,3	4 202,4	3 889,9	3 720,2	2 419,2	159,3	30,1	551,3	531,6	28,8	Aug.	
301,9	4 235,6	3 905,7	3 745,0	2 445,3	160,3	30,3	549,2	531,5	28,4	Sept.	
303,6	4 245,3	3 935,3	3 781,4	2 476,4	165,4	30,5	549,7	531,5	28,0	Okt.	
306,6	4 260,2	3 961,8	3 804,4	2 507,7	157,7	30,6	549,0	531,8	27,6	Nov.	
312,2	4 228,5	3 954,1	3 801,5	2 500,9	160,3	31,0	548,8	533,1	27,3	Dez.	
313,1	4 218,7	3 980,7	3 829,7	2 541,7	147,0	31,0	548,5	534,8	26,8	2021 Jan.	
314,6	4 245,1	3 990,0	3 837,4	2 555,8	141,0	31,1	547,0	536,0	26,4	Febr.	
317,3	4 264,3	4 011,8	3 863,4	2 579,8	145,1	31,7	544,6	536,1	26,1	März	
319,9	4 262,2	4 013,0	3 874,5	2 594,4	143,0	31,9	542,5	536,8	25,8	April	
322,8	4 308,8	4 040,3	3 895,1	2 613,5	146,0	32,2	540,4	537,4	25,7	Mai	
325,1	4 311,0	4 035,3	3 890,5	2 619,4	139,3	31,9	537,5	537,0	25,5	Juni	
328,8	4 313,9	4 047,3	3 911,3	2 645,8	136,0	31,4	536,0	536,7	25,2	Juli	
329,0	4 333,1	4 065,2	3 923,1	2 659,1	135,6	31,3	535,7	536,4	25,0	Aug.	
329,8	4 340,5	4 064,1	3 919,8	2 662,1	132,2	31,2	533,6	535,8	24,8	Sept.	
331,4	4 354,3	4 080,9	3 950,3	2 681,4	143,0	31,1	534,8	535,5	24,6	Okt.	
332,6	4 390,5	4 107,1	3 968,0	2 710,9	132,5	30,3	534,6	535,5	24,3	Nov.	
337,1	4 425,2	4 113,0	3 968,5	2 691,5	141,2	30,1	544,6	537,0	24,1	Dez.	
337,9	4 418,1	4 139,2	4 006,8	2 737,3	135,4	29,7	543,6	537,4	23,4	2022 Jan.	
340,1	4 444,1	4 161,0	4 017,1	2 752,3	132,4	29,4	542,3	537,7	23,1	Febr.	
344,3	4 441,6	4 159,0	4 014,6	2 755,3	130,7	29,3	540,4	536,0	22,9	März	
346,7	4 445,6	4 158,1	4 019,8	2 754,8	140,0	29,4	537,7	535,1	22,7	April	
349,4	4 478,3	4 170,7	4 016,7	2 769,9	125,8	29,7	534,8	533,9	22,6	Mai	
349,9	4 517,1	4 194,6	4 031,6	2 787,1	127,8	30,1	531,9	532,3	22,4	Juni	
360,5	4 507,6	4 222,3	4 070,3	2 813,6	142,1	31,0	530,7	530,6	22,3	Juli	

Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu Anm. 2 zum Banknotennumlauf in Tabelle III.2). Das von der Bundesbank tatsächlich in Umlauf gebrachte Bargeldvolumen lässt sich durch Addition mit der Position "Intra-Eurosystem-Verbind-

lichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten" ermitteln (siehe "sonstige Passivpositionen"). 5 Ohne Einlagen von Zentralstaaten. 6 In Deutschland nur Spareinlagen.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

noch: 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

noch: Passiva													
noch: Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet													
öffentliche Haushalte													
Stand am Monatsende	sonstige öffentliche Haushalte								Repogeschäfte mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet		Begebene Schuld-		
	Zentralstaaten	zusammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 2)		insgesamt	darunter: mit Unternehmen und Privatpersonen	Geldmarkt-fonds-anteile (netto) 3)	insgesamt	darunter: auf Euro
				bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten					
Euroraum (Mrd €) 1)													
2020 Juni	726,2	441,1	259,5	82,4	24,6	51,8	19,3	3,4	254,8	254,6	556,6	2 105,0	1 453,7
Juli	787,6	441,5	264,3	80,1	23,2	51,0	19,4	3,5	271,8	271,6	586,4	2 055,1	1 434,5
Aug.	828,4	448,5	273,6	79,5	22,1	50,3	19,6	3,5	266,9	266,7	587,0	2 036,6	1 425,3
Sept.	848,8	442,1	274,8	74,4	20,8	49,1	19,5	3,4	237,7	237,5	595,2	2 059,6	1 431,0
Okt.	831,5	437,6	277,4	69,6	20,8	47,0	19,5	3,4	243,1	242,9	609,3	2 043,2	1 418,6
Nov.	733,0	458,4	307,1	64,6	17,8	46,1	19,4	3,3	246,4	246,4	610,3	2 025,2	1 406,4
Dez.	604,8	439,3	294,7	60,3	17,2	44,8	19,0	3,3	221,4	221,3	625,9	1 995,5	1 386,3
2021 Jan.	683,2	437,8	294,4	58,9	17,4	44,1	19,2	3,8	251,6	251,5	644,4	1 990,9	1 369,7
Febr.	713,6	436,4	296,4	54,3	19,0	43,9	19,2	3,7	254,6	254,5	613,7	2 004,4	1 369,6
März	733,1	429,6	295,4	52,1	16,4	43,2	18,9	3,7	236,5	236,5	609,1	2 005,5	1 357,4
April	700,9	424,0	293,9	48,5	16,2	42,9	18,9	3,6	251,1	251,0	617,9	1 991,6	1 350,5
Mai	692,4	436,9	308,3	47,7	15,9	42,4	19,1	3,5	246,7	246,7	608,4	1 980,7	1 339,4
Juni	709,2	441,2	314,0	46,6	16,3	42,0	18,8	3,5	236,5	236,5	600,0	1 984,2	1 332,5
Juli	709,6	440,1	313,9	45,6	16,6	42,0	18,6	3,5	253,9	253,9	622,6	1 999,3	1 334,0
Aug.	736,1	453,5	329,1	43,9	17,0	42,0	18,0	3,4	241,7	241,7	627,9	1 988,5	1 334,0
Sept.	742,6	460,1	334,6	46,3	16,6	41,3	18,1	3,3	257,3	257,2	596,8	2 011,7	1 343,3
Okt.	740,3	451,9	323,3	48,1	18,0	41,6	17,7	3,3	270,3	270,3	628,3	2 031,7	1 353,1
Nov.	691,5	481,6	349,8	50,3	19,1	41,7	17,5	3,3	266,4	266,4	654,5	2 040,2	1 352,7
Dez.	646,7	468,4	337,4	49,7	19,4	41,1	17,6	3,2	224,7	223,5	647,7	2 016,3	1 345,8
2022 Jan.	710,9	456,9	307,3	67,4	19,6	41,2	17,6	3,8	288,5	288,3	624,5	2 043,2	1 348,9
Febr.	755,5	469,9	314,1	73,5	19,8	41,3	17,6	3,7	297,9	297,7	587,2	2 037,0	1 355,6
März	769,6	470,9	304,7	82,5	20,5	42,4	17,3	3,4	276,2	276,0	583,8	2 022,7	1 356,7
April	747,6	474,5	306,7	83,4	21,2	42,6	17,2	3,4	306,2	306,0	605,8	2 063,6	1 358,0
Mai	718,7	490,8	316,7	88,4	22,3	43,3	16,8	3,3	308,8	308,7	594,4	2 031,6	1 334,5
Juni	788,4	501,8	325,2	90,9	22,9	43,3	16,2	3,2	274,0	273,8	593,0	2 065,2	1 359,4
Juli	757,2	489,7	302,8	100,4	24,2	42,9	16,2	3,3	302,1	302,0	590,4	2 060,4	1 358,9
Deutscher Beitrag (Mrd €)													
2020 Juni	174,0	246,5	106,1	74,1	19,5	44,0	2,5	0,3	0,9	0,7	1,8	532,8	297,2
Juli	208,5	245,3	109,6	71,4	18,3	43,2	2,5	0,3	2,1	2,0	1,6	523,3	293,3
Aug.	229,5	252,8	118,7	71,3	17,4	42,4	2,6	0,3	1,7	1,5	1,9	517,9	291,1
Sept.	244,7	245,8	119,4	66,0	16,5	41,1	2,5	0,3	1,3	1,1	2,0	525,3	296,1
Okt.	224,8	239,1	119,1	61,7	16,6	39,0	2,5	0,3	1,4	1,3	2,7	519,9	296,2
Nov.	212,1	243,7	131,6	57,3	14,0	38,0	2,5	0,2	9,1	9,1	2,4	515,5	296,1
Dez.	189,2	237,8	131,9	52,8	13,5	36,8	2,5	0,2	12,2	12,2	2,5	503,3	290,1
2021 Jan.	148,9	240,1	136,5	51,6	13,5	35,8	2,4	0,2	8,4	8,4	2,4	503,3	284,6
Febr.	164,3	243,4	142,8	47,3	15,2	35,5	2,5	0,2	6,0	6,0	2,4	510,0	288,4
März	161,9	239,0	144,4	44,9	12,7	34,4	2,4	0,2	11,0	11,0	2,9	523,3	289,8
April	154,6	233,1	142,4	41,5	12,5	34,1	2,4	0,2	7,6	7,6	2,8	524,3	296,2
Mai	173,3	240,3	150,8	41,0	12,5	33,4	2,4	0,2	9,2	9,2	2,2	518,0	293,2
Juni	179,3	241,2	152,9	39,9	13,0	32,8	2,4	0,2	9,0	9,0	2,3	515,5	294,6
Juli	167,3	235,3	148,0	38,9	13,3	32,5	2,4	0,2	9,6	9,6	2,2	518,3	295,1
Aug.	168,1	241,8	155,7	37,3	13,9	32,4	2,4	0,2	9,7	9,7	2,2	522,4	303,1
Sept.	175,2	245,6	158,2	39,8	13,4	31,7	2,3	0,2	11,2	11,2	2,2	530,1	305,5
Okt.	171,3	232,7	142,7	40,9	14,8	31,8	2,3	0,2	10,8	10,8	2,1	547,9	316,4
Nov.	178,4	244,1	155,2	38,8	16,1	31,6	2,2	0,2	6,1	6,1	1,8	556,5	324,8
Dez.	206,2	250,5	161,9	39,1	16,4	30,7	2,3	0,2	5,8	4,8	2,1	547,6	316,3
2022 Jan.	168,1	243,3	139,1	54,6	16,5	30,7	2,2	0,2	4,7	4,7	2,2	562,8	325,1
Febr.	170,6	256,3	147,8	59,2	16,3	30,6	2,2	0,2	5,8	5,8	2,3	572,5	338,8
März	170,6	256,4	137,6	68,8	17,0	30,7	2,2	0,1	6,3	6,3	2,4	581,5	354,8
April	167,6	258,2	137,6	70,0	17,6	30,6	2,2	0,2	4,4	4,4	2,2	596,5	357,3
Mai	190,1	271,4	144,2	75,3	18,5	31,1	2,2	0,2	4,8	4,8	2,4	596,8	359,0
Juni	205,0	280,5	147,7	80,5	19,0	31,0	2,2	0,1	5,4	5,4	2,3	604,2	362,6
Juli	166,9	270,4	128,3	89,0	20,2	30,5	2,2	0,1	9,8	9,8	2,4	613,8	369,1

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie die Europäische Zentralbank und die Zentralnotenbanken (Eurosystem). 1 Quelle: EZB. 2 In Deutschland nur Spareinlagen. 3 Ohne Bestände der MFIs; für deutschen Beitrag: abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papieren. 4 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 1 Jahr zu den Geldmarktpapieren. 5 Ohne Verbindlichkeiten aus begebenen Wertpapieren. 6 Nach Abzug der Inter-MFI-Betei-

ligungen. 7 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. 8 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten (siehe auch Anm. 4, S. 10*). 9 Für deutschen Beitrag: Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

verschreibungen (netto) 3)									Nachrichtlich					Stand am Monatsende
mit Laufzeit			Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet 5)	Kapital und Rücklagen 6)	Überschuss der Inter-MFI-Verbindlichkeiten	sonstige Passivpositionen		Geldmengenaggregate 7) (Für deutschen Beitrag ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf)			Geldkapitalbildung 13)	Monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter) 14)		
bis zu 1 Jahr 4)	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren				insgesamt 8)	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 9)	M1 10)	M2 11)	M3 12)				
Euroraum (Mrd €) 1)														
-0,3	20,6	2 084,7	4 723,1	2 977,4	- 4,2	4 008,9	0,0	9 768,9	13 242,8	13 915,4	7 035,8	158,0	2020 Juni	
-11,9	19,9	2 047,1	4 744,5	3 017,5	- 54,6	4 064,1	0,0	9 813,1	13 308,1	14 012,0	7 042,1	159,4	Juli	
-15,4	19,2	2 032,9	4 711,2	3 014,5	- 38,8	3 862,5	0,0	9 856,0	13 340,6	14 027,9	7 033,2	160,0	Aug.	
-14,4	15,3	2 058,7	4 666,9	3 011,2	- 15,9	3 879,2	0,0	9 923,5	13 428,0	14 122,0	7 045,9	163,9	Sept.	
-2,2	15,2	2 030,1	4 789,8	3 038,2	- 47,9	3 858,5	0,0	10 025,3	13 516,4	14 233,1	7 038,6	165,3	Okt.	
-1,5	17,4	2 009,2	4 868,1	2 995,8	- 44,2	3 884,8	0,0	10 167,5	13 629,7	14 354,2	6 979,2	174,0	Nov.	
-4,6	16,9	1 983,2	4 671,6	3 020,5	- 11,3	3 771,5	0,0	10 278,9	13 750,6	14 480,1	6 967,9	176,0	Dez.	
1,9	15,7	1 973,3	4 821,4	2 998,4	- 10,2	3 700,0	0,0	10 326,2	13 784,9	14 551,1	6 928,3	177,5	2021 Jan.	
13,8	16,4	1 974,2	4 872,9	2 953,0	- 10,8	3 520,1	0,0	10 398,7	13 851,2	14 604,3	6 877,6	176,8	Febr.	
-0,7	16,9	1 989,3	4 944,3	2 967,6	15,9	3 580,6	0,0	10 490,3	13 964,5	14 699,1	6 899,9	173,1	März	
6,5	16,6	1 968,5	4 989,3	2 948,0	10,5	3 484,0	0,0	10 569,9	14 021,8	14 781,1	6 827,9	173,5	April	
14,8	15,9	1 950,0	4 995,9	2 968,5	53,4	3 476,5	0,0	10 684,4	14 134,6	14 887,1	6 827,9	176,1	Mai	
10,6	16,1	1 957,6	4 964,4	2 979,9	57,4	3 503,6	0,0	10 811,2	14 231,7	14 971,2	6 841,7	180,3	Juni	
16,9	17,1	1 965,4	5 051,0	3 024,8	38,9	3 550,3	0,0	10 915,0	14 345,5	15 122,6	6 888,9	180,9	Juli	
11,9	16,3	1 960,4	5 201,1	3 024,5	29,8	3 499,0	0,0	10 956,6	14 380,6	15 153,0	6 876,1	182,3	Aug.	
14,0	17,9	1 979,8	5 226,5	2 997,6	16,1	3 480,9	0,0	11 035,4	14 444,9	15 191,8	6 864,3	187,4	Sept.	
14,5	17,8	1 999,5	5 433,0	2 999,7	- 22,8	3 481,5	0,0	11 103,9	14 527,5	15 318,4	6 874,4	188,2	Okt.	
12,8	17,8	2 009,6	5 516,9	3 037,4	21,6	3 679,1	0,0	11 196,0	14 607,5	15 414,5	6 912,5	189,7	Nov.	
8,9	18,0	1 989,4	5 379,3	3 024,0	54,2	3 374,7	0,0	11 299,6	14 721,8	15 502,3	6 896,4	195,0	Dez.	
16,0	18,2	2 009,0	5 554,2	2 999,5	62,3	3 717,8	0,0	11 252,2	14 701,7	15 483,6	6 906,6	196,0	2022 Jan.	
25,6	5,5	2 005,9	5 642,2	2 995,1	55,1	3 755,6	0,0	11 331,1	14 772,9	15 523,1	6 886,3	195,0	Febr.	
26,5	6,2	1 990,1	5 628,5	3 006,5	81,3	3 987,3	0,0	11 425,6	14 887,8	15 627,4	6 884,3	195,1	März	
32,1	15,7	2 015,8	5 764,8	2 986,1	67,7	4 398,2	0,0	11 494,1	14 966,3	15 745,3	6 881,8	197,2	April	
28,1	15,2	1 988,3	5 815,0	2 924,5	79,5	4 322,4	0,0	11 559,6	15 023,5	15 791,7	6 791,4	199,0	Mai	
43,7	14,4	2 007,1	5 737,7	2 916,7	76,5	4 646,7	0,0	11 618,4	15 111,6	15 877,3	6 799,1	199,4	Juni	
60,3	-1,6	2 001,7	5 879,5	2 979,9	60,8	4 334,4	0,0	11 688,6	15 240,2	16 021,7	6 848,2	197,5	Juli	
Deutscher Beitrag (Mrd €)														
14,8	7,1	510,9	939,7	769,1	- 1 074,1	1 923,1	458,1	2 514,8	3 325,2	3 349,7	1 913,0	0,0	2020 Juni	
12,8	6,7	503,7	907,0	784,6	- 1 089,1	1 967,5	460,5	2 519,5	3 336,8	3 360,1	1 913,6	0,0	Juli	
12,0	7,2	498,7	891,2	778,4	- 1 114,7	1 888,5	464,3	2 537,9	3 350,2	3 372,9	1 899,9	0,0	Aug.	
12,4	6,7	506,2	952,4	787,3	- 1 172,8	1 905,3	467,0	2 564,6	3 371,8	3 394,2	1 912,5	0,0	Sept.	
11,1	7,0	501,8	906,4	794,7	- 1 107,6	1 894,1	469,4	2 595,4	3 403,6	3 425,7	1 913,5	0,0	Okt.	
10,0	7,1	498,4	923,3	780,2	- 1 109,5	1 859,4	470,7	2 639,3	3 433,2	3 461,8	1 893,5	0,0	Nov.	
9,0	6,6	487,7	985,7	787,5	- 1 192,0	1 844,9	473,1	2 632,8	3 426,1	3 456,4	1 888,4	0,0	Dez.	
7,8	6,8	488,7	1 026,4	778,3	- 1 113,3	1 796,5	474,2	2 678,2	3 458,5	3 483,9	1 878,3	0,0	2021 Jan.	
7,4	7,5	495,1	1 007,6	756,3	- 1 095,7	1 750,3	476,5	2 698,6	3 471,7	3 494,9	1 860,6	0,0	Febr.	
8,1	6,8	508,4	1 080,1	754,4	- 1 144,4	1 742,0	479,0	2 724,1	3 497,0	3 525,7	1 868,2	0,0	März	
7,8	6,6	510,0	1 029,5	759,2	- 1 074,2	1 717,0	479,7	2 736,8	3 505,0	3 529,7	1 871,8	0,0	April	
9,6	6,7	501,7	1 051,5	768,2	- 1 126,5	1 696,6	482,8	2 764,3	3 535,8	3 563,5	1 869,6	0,0	Mai	
9,8	6,9	498,8	1 088,8	775,4	- 1 149,4	1 724,5	485,9	2 772,3	3 535,7	3 563,7	1 870,2	0,0	Juni	
9,8	7,0	501,5	1 031,5	795,8	- 1 075,6	1 767,0	490,0	2 793,9	3 552,6	3 581,2	1 891,2	0,0	Juli	
12,7	6,5	503,2	1 068,1	793,5	- 1 088,4	1 754,6	492,9	2 814,8	3 571,7	3 602,8	1 889,9	0,0	Aug.	
13,1	7,0	510,1	1 165,5	781,6	- 1 156,2	1 723,6	497,5	2 820,3	3 575,1	3 608,5	1 881,9	0,0	Sept.	
13,3	7,2	527,5	1 165,8	783,9	- 1 110,5	1 706,6	500,8	2 824,1	3 591,6	3 625,0	1 902,8	0,0	Okt.	
14,5	7,4	534,6	1 227,7	803,0	- 1 154,8	1 744,2	504,5	2 866,1	3 621,4	3 651,2	1 928,3	0,0	Nov.	
16,1	7,5	524,0	1 305,6	796,1	- 1 297,0	1 690,3	509,8	2 853,4	3 619,4	3 651,0	1 919,7	0,0	Dez.	
13,6	7,7	541,5	1 271,1	778,4	- 1 169,6	1 919,3	511,1	2 876,4	3 652,3	3 680,4	1 917,7	0,0	2022 Jan.	
14,7	7,5	550,4	1 275,8	774,8	- 1 172,9	1 969,0	514,2	2 900,0	3 677,2	3 707,4	1 921,4	0,0	Febr.	
14,8	7,3	559,5	1 299,3	781,2	- 1 190,8	2 076,2	520,0	2 892,9	3 677,0	3 707,8	1 934,7	0,0	März	
14,6	7,1	574,8	1 284,0	769,2	- 1 168,1	2 325,6	523,3	2 892,4	3 686,8	3 715,1	1 935,2	0,0	April	
14,9	7,3	574,6	1 307,0	748,6	- 1 199,2	2 289,8	526,8	2 914,0	3 699,5	3 728,9	1 911,8	0,0	Mai	
18,7	6,6	578,9	1 317,0	743,1	- 1 255,4	2 479,8	530,5	2 934,8	3 726,6	3 759,7	1 907,5	0,0	Juni	
21,2	6,8	585,8	1 287,5	780,6	- 1 189,6	2 277,2	525,2	2 941,9	3 757,1	3 797,3	1 950,1	0,0	Juli	

dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in Tabelle III.2). **10** Täglich fällige Einlagen (ohne Einlagen von Zentralstaaten) und (für den Euroraum) Bargeldumlauf sowie täglich fällige monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten, die in der konsolidierten Bilanz nicht enthalten sind. **11** M1 zuzüglich Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten (ohne Einlagen von Zentralstaaten) sowie (für

den Euroraum) monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten mit solcher Befristung. **12** M2 zuzüglich Repogeschäfte, Geldmarktfondsanteile und Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen bis zu 2 Jahren. **13** Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten, Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren, Kapital und Rücklagen. **14** Kommen in Deutschland nicht vor.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

3. Liquiditätsposition des Bankensystems *) Bestände

Mrd €; Periodendurchschnitte errechnet aus Tageswerten

Ende der Mindest- reserve- Erfüllungs- periode 1)	Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kredit- institute auf Giro- konten (einschl. Mindest- reserven) 7)	Basisgeld 8)	
	Nettoaktiva in Gold und Devisen	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems				Einlage- fazilität	Sonstige liquiditäts- ab- schöpfende Geschäfte 4)	Bank- noten- umlauf 5)	Einlagen von Zentral- regierungen	Sonstige Faktoren (netto) 6)			
		Haupt- refinan- zierungs- geschäfte	Länger- fristige Refinan- zierungs- geschäfte	Spitzen- refinan- zierungs- fazilität	Sonstige liquiditäts- zuführende Geschäfte 3)								
Eurosystem 2)													
2020 Aug.													
Sept.	865,9	1,3	1 593,2	0,0	3 323,6	413,2	0,0	1 381,2	712,9	651,0	2 625,7	4 420,1	
Okt.													
Nov.	864,4	1,3	1 707,8	0,0	3 475,8	460,7	0,0	1 389,1	749,0	653,5	2 797,0	4 646,8	
Dez.	865,1	0,5	1 754,4	0,0	3 614,7	535,4	0,0	1 403,9	647,0	687,7	2 960,7	4 900,0	
2021 Jan.	848,6	0,3	1 792,6	0,0	3 712,9	586,9	0,0	1 429,4	530,3	778,4	3 029,4	5 045,7	
Febr.													
März	834,9	0,4	1 792,4	0,0	3 825,1	598,0	0,0	1 433,4	595,8	667,9	3 157,7	5 189,1	
April	816,7	0,3	2 054,6	0,0	3 951,4	676,4	0,0	1 447,7	644,5	633,4	3 421,1	5 545,2	
Mai													
Juni	809,8	0,2	2 107,0	0,0	4 092,7	706,5	0,0	1 465,8	586,7	659,1	3 591,7	5 763,9	
Juli	821,7	0,1	2 196,0	0,0	4 244,5	736,6	0,0	1 485,8	652,3	734,5	3 653,1	5 875,5	
Aug.													
Sept.	826,7	0,2	2 213,2	0,0	4 378,9	766,6	0,0	1 499,9	635,7	790,4	3 726,2	5 992,8	
Okt.													
Nov.	835,1	0,2	2 209,9	0,0	4 512,3	738,5	0,0	1 507,4	671,3	833,7	3 806,5	6 052,4	
Dez.	839,2	0,2	2 208,8	0,0	4 655,6	745,0	0,0	1 521,4	628,3	965,7	3 843,3	6 109,7	
2022 Jan.													
Febr.	877,7	0,3	2 201,5	0,0	4 750,2	734,2	0,0	1 540,6	582,0	1 160,5	3 812,3	6 087,1	
März	887,2	0,3	2 201,3	0,0	4 842,0	746,0	0,0	1 550,6	642,6	1 091,1	3 900,8	6 197,3	
April	913,2	0,4	2 199,8	0,0	4 889,2	714,9	0,0	1 575,9	667,8	1 116,7	3 927,3	6 218,1	
Mai													
Juni	934,2	0,5	2 198,8	0,0	4 939,1	681,3	0,0	1 591,5	624,1	1 129,1	4 046,1	6 319,0	
Juli	943,7	1,0	2 149,4	0,0	4 958,8	678,7	0,0	1 604,0	667,6	1 158,0	3 943,3	6 226,0	
Aug.													
Deutsche Bundesbank													
2020 Aug.													
Sept.	212,1	0,8	284,0	0,0	692,0	136,0	0,0	336,4	239,6	- 298,0	774,8	1 247,3	
Okt.													
Nov.	212,1	0,7	319,5	0,0	729,0	145,5	0,0	338,1	254,7	- 302,9	826,0	1 309,6	
Dez.	213,0	0,3	333,9	0,0	768,7	166,6	0,0	341,2	217,9	- 294,5	884,7	1 392,5	
2021 Jan.	208,3	0,1	341,1	0,0	791,3	178,9	0,0	347,3	189,4	- 252,8	878,0	1 404,2	
Febr.													
März	205,3	0,1	341,0	0,0	816,9	177,5	0,0	348,3	172,7	- 298,0	962,8	1 488,6	
April	198,0	0,0	407,3	0,0	845,8	203,0	0,0	351,7	187,4	- 300,4	1 008,9	1 563,5	
Mai													
Juni	194,3	0,0	420,5	0,0	884,3	208,5	0,0	356,8	187,3	- 301,9	1 046,7	1 612,0	
Juli	197,4	0,0	434,3	0,0	918,5	204,2	0,0	362,0	206,8	- 270,8	1 046,2	1 612,4	
Aug.													
Sept.	199,0	0,1	436,7	0,0	950,8	210,7	0,0	365,0	204,3	- 240,8	1 045,3	1 621,0	
Okt.													
Nov.	200,3	0,1	439,1	0,0	978,5	204,4	0,0	367,4	217,7	- 235,2	1 061,6	1 633,3	
Dez.	201,3	0,0	440,3	0,0	1 015,8	206,4	0,0	370,9	220,4	- 219,4	1 077,1	1 654,4	
2022 Jan.													
Febr.	212,4	0,3	421,7	0,0	1 034,0	204,5	0,0	374,6	205,6	- 165,1	1 048,8	1 627,9	
März	215,6	0,1	421,7	0,0	1 057,9	211,8	0,0	378,1	191,1	- 193,7	1 108,0	1 698,0	
April	223,9	0,1	420,8	0,0	1 068,7	197,7	0,0	384,9	196,7	- 189,1	1 123,3	1 705,9	
Mai													
Juni	230,4	0,1	420,2	0,0	1 087,4	189,9	0,0	388,0	196,9	- 183,1	1 147,4	1 725,3	
Juli	231,7	0,3	409,1	0,0	1 084,3	185,8	0,0	390,3	214,9	- 175,4	1 109,7	1 685,8	
Aug.													

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. * Die Liquiditätsposition des Bankensystems besteht aus den Euro-Guthaben auf den Girokonten der Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets beim Eurosystem. Die Angaben sind dem konsolidierten Ausweis des Eurosystems bzw. dem Ausweis der Bundesbank entnommen. 1 Werte sind Tagesdurchschnitte der in dem jeweiligen Monat endenden Mindestreserve-Erfüllungsperiode. Seit Umstellung auf den neuen, sechswöchigen Zyklus der geldpolitischen EZB-Ratssitzungen endet nicht in jedem Monat eine Mindestreserve-Erfüllungsperiode.

In diesen Fällen gibt es keine Werte. 2 Quelle: EZB. 3 Einschl. der geldpolitischen Wertpapierankaufprogramme des Eurosystems. 4 Ab Aug. 2009 einschl. der durch Devisenwapgeschäfte des Eurosystems abgeschöpften Liquidität. 5 Ab 2002 Euro-Banknoten sowie noch im Umlauf befindliche, von den nationalen Zentralbanken des Eurosystems ausgegebene Banknoten. Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8% des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumschlusses zugeteilt.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

Veränderungen

Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten (einschl. Mindestreserven) 7)	Basisgeld 8)	Ende der Mindestreserve-Erfüllungsperiode 1)
Nettoaktiva in Gold und Devisen	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems				Einlagefazilität	Sonstige liquiditäts-ab-schöpfende Geschäfte 4)	Banknoten-umlauf 5)	Einlagen von Zentral-regierungen	Sonstige Faktoren (netto) 6)			
	Haupt-refinanzierungs-geschäfte	Länger-fristige Refinanzierungs-geschäfte	Spitzen-refinanzierungs-fazilität	Sonstige liquiditäts-zuführende Geschäfte 3)								
Eurosystem 2)												
- 5,4	+ 0,5	+ 191,7	± 0,0	+ 155,4	+ 57,2	± 0,0	+ 15,5	+ 41,7	- 52,1	+ 279,8	+ 352,6	2020 Aug. Sept.
- 1,5	± 0,0	+ 114,6	± 0,0	+ 152,2	+ 47,5	± 0,0	+ 7,9	+ 36,1	+ 2,5	+ 171,3	+ 226,7	Okt.
+ 0,7	- 0,8	+ 46,6	± 0,0	+ 138,9	+ 74,7	± 0,0	+ 14,8	-102,0	+ 34,2	+ 163,7	+ 253,2	Nov. Dez.
- 16,5	- 0,2	+ 38,2	± 0,0	+ 98,2	+ 51,5	± 0,0	+ 25,5	-116,7	+ 90,7	+ 68,7	+ 145,7	2021 Jan.
- 13,7	+ 0,1	- 0,2	± 0,0	+ 112,2	+ 11,1	± 0,0	+ 4,0	+ 65,5	- 110,5	+ 128,3	+ 143,4	Febr. März
- 18,2	- 0,1	+ 262,2	± 0,0	+ 126,3	+ 78,4	± 0,0	+ 14,3	+ 48,7	- 34,5	+ 263,4	+ 356,1	April
- 6,9	- 0,1	+ 52,4	± 0,0	+ 141,3	+ 30,1	± 0,0	+ 18,1	- 57,8	+ 25,7	+ 170,6	+ 218,7	Mai
+ 11,9	- 0,1	+ 89,0	± 0,0	+ 151,8	+ 30,1	± 0,0	+ 20,0	+ 65,6	+ 75,4	+ 61,4	+ 111,6	Juni
+ 5,0	+ 0,1	+ 17,2	± 0,0	+ 134,4	+ 30,0	± 0,0	+ 14,1	- 16,6	+ 55,9	+ 73,1	+ 117,3	Juli
+ 8,4	± 0,0	- 3,3	± 0,0	+ 133,4	- 28,1	± 0,0	+ 7,5	+ 35,6	+ 43,3	+ 80,3	+ 59,6	Aug. Sept.
+ 4,1	± 0,0	- 1,1	± 0,0	+ 143,3	+ 6,5	± 0,0	+ 14,0	- 43,0	+ 132,0	+ 36,8	+ 57,3	Okt. Nov. Dez.
+ 38,5	+ 0,1	- 7,3	± 0,0	+ 94,6	- 10,8	± 0,0	+ 19,2	- 46,3	+ 194,8	- 31,0	- 22,6	2022 Jan.
+ 9,5	± 0,0	- 0,2	± 0,0	+ 91,8	+ 11,8	± 0,0	+ 10,0	+ 60,6	- 69,4	+ 88,5	+ 110,2	Febr. März
+ 26,0	+ 0,1	- 1,5	± 0,0	+ 47,2	- 31,1	± 0,0	+ 25,3	+ 25,2	+ 25,6	+ 26,5	+ 20,8	April
+ 21,0	+ 0,1	- 1,0	± 0,0	+ 49,9	- 33,6	± 0,0	+ 15,6	- 43,7	+ 12,4	+ 118,8	+ 100,9	Mai
+ 9,5	+ 0,5	- 49,4	± 0,0	+ 19,7	- 2,6	± 0,0	+ 12,5	+ 43,5	+ 28,9	- 102,8	- 93,0	Juni
												Aug.
Deutsche Bundesbank												
- 10,0	+ 0,3	+ 48,9	+ 0,0	+ 36,1	+ 27,9	± 0,0	+ 5,0	+ 34,6	- 59,9	+ 67,6	+ 100,5	2020 Aug. Sept.
+ 0,0	- 0,1	+ 35,5	- 0,0	+ 37,0	+ 9,5	± 0,0	+ 1,7	+ 15,0	- 5,0	+ 51,2	+ 62,3	Okt.
+ 0,9	- 0,4	+ 14,4	+ 0,0	+ 39,8	+ 21,1	± 0,0	+ 3,1	- 36,8	+ 8,4	+ 58,7	+ 82,9	Nov. Dez.
- 4,7	- 0,2	+ 7,1	+ 0,0	+ 22,6	+ 12,3	± 0,0	+ 6,1	- 28,5	+ 41,7	- 6,7	+ 11,7	2021 Jan.
- 3,0	- 0,0	- 0,1	- 0,0	+ 25,6	- 1,4	± 0,0	+ 1,0	- 16,7	- 45,2	+ 84,8	+ 84,4	Febr. März
- 7,3	- 0,1	+ 66,3	+ 0,0	+ 28,8	+ 25,5	± 0,0	+ 3,4	+ 14,7	- 2,4	+ 46,0	+ 74,9	April
- 3,7	+ 0,0	+ 13,2	+ 0,0	+ 38,6	+ 5,5	± 0,0	+ 5,1	- 0,1	- 1,5	+ 37,9	+ 48,5	Mai
+ 3,1	- 0,0	+ 13,8	- 0,0	+ 34,2	- 4,3	± 0,0	+ 5,2	+ 19,4	+ 31,1	- 0,5	+ 0,4	Juni
+ 1,6	+ 0,1	+ 2,4	+ 0,0	+ 32,3	+ 6,5	± 0,0	+ 3,0	- 2,5	+ 29,9	- 0,9	+ 8,6	Juli
+ 1,3	+ 0,0	+ 2,4	- 0,0	+ 27,8	- 6,4	± 0,0	+ 2,4	+ 13,4	+ 5,7	+ 16,3	+ 12,3	Aug. Sept.
+ 1,0	- 0,1	+ 1,2	- 0,0	+ 37,3	+ 2,1	± 0,0	+ 3,5	+ 2,7	+ 15,7	+ 15,6	+ 21,1	Okt. Nov. Dez.
+ 11,1	+ 0,2	- 18,6	+ 0,0	+ 18,2	- 2,0	± 0,0	+ 3,7	- 14,7	+ 54,3	- 28,3	- 26,6	2022 Jan.
+ 3,2	- 0,1	- 0,0	+ 0,0	+ 23,9	+ 7,4	± 0,0	+ 3,5	- 14,5	- 28,6	+ 59,2	+ 70,1	Febr. März
+ 8,2	- 0,0	- 0,9	- 0,0	+ 10,8	- 14,2	± 0,0	+ 6,8	+ 5,6	+ 4,6	+ 15,2	+ 7,9	April
+ 6,6	+ 0,1	- 0,6	- 0,0	+ 18,7	- 7,7	± 0,0	+ 3,0	+ 0,2	+ 6,0	+ 24,1	+ 19,4	Mai
+ 1,3	+ 0,2	- 11,1	- 0,0	- 3,1	- 4,1	± 0,0	+ 2,4	+ 18,0	+ 7,7	- 37,7	- 39,5	Juni
												Aug.

Der Gegenposten dieser Berichtigung wird unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Die verbleibenden 92% des Werts an in Umlauf befindlichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Ab 2003 nur Euro-Banknoten.

6 Restliche Positionen des konsolidierten Ausweises des Eurosystems bzw. des Ausweises der Bundesbank. 7 Entspricht der Differenz zwischen der Summe der liquiditäts-zuführenden Faktoren und der Summe der liquiditätsabschöpfenden Faktoren. 8 Berechnet als Summe der Positionen „Einlagefazilität“, „Banknotenumlauf“ und „Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten“.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag	Aktiva insgesamt	Gold und Goldforderungen	Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			
			insgesamt	Forderungen an den IWF	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva		insgesamt	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen und Kredite	Forderungen aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II	
Eurosystem ¹⁾										
2022 Febr. 11.	8 651,8	559,4	497,1	219,3	277,8	25,8	10,1	10,1	–	
18.	8 667,9	559,4	498,9	219,3	279,5	24,1	10,0	10,0	–	
25.	8 671,3	559,4	499,2	219,3	279,8	24,0	10,2	10,2	–	
März 4.	8 673,0	559,4	498,2	219,3	278,9	25,4	10,4	10,4	–	
11.	8 687,0	559,4	498,9	219,4	279,5	24,7	10,4	10,4	–	
18.	8 700,0	559,5	498,4	219,3	279,0	24,6	10,6	10,6	–	
25.	8 710,6	559,5	498,7	220,4	278,4	24,9	12,4	12,4	–	
April 1.	8 754,0	604,5	500,2	222,0	278,1	26,4	11,3	11,3	–	
8.	8 763,7	604,5	498,6	220,2	278,4	25,8	10,0	10,0	–	
15.	8 787,9	604,5	500,0	220,2	279,8	25,3	10,0	10,0	–	
22.	8 790,9	604,5	499,3	220,3	279,0	26,6	10,1	10,1	–	
29.	8 783,6	604,5	499,3	220,2	279,0	27,1	10,4	10,4	–	
Mai 6.	8 796,1	604,5	501,1	220,3	280,8	25,9	10,1	10,1	–	
13.	8 810,3	604,5	500,2	220,2	279,9	27,2	10,2	10,2	–	
20.	8 814,0	604,3	500,4	220,2	280,1	27,1	10,4	10,4	–	
27.	8 813,8	604,3	500,3	220,2	280,0	26,7	10,6	10,6	–	
Juni 3.	8 817,9	604,3	500,8	220,2	280,6	26,2	10,1	10,1	–	
10.	8 820,9	604,3	501,3	220,2	281,1	26,8	10,8	10,8	–	
17.	8 827,9	604,3	503,8	220,2	283,6	25,0	11,2	11,2	–	
24.	8 836,0	604,3	502,6	220,2	282,4	26,6	12,1	12,1	–	
Juli 1.	8 788,8	604,3	519,3	225,9	293,4	26,9	11,6	11,6	–	
8.	8 774,4	604,3	519,0	226,6	292,4	27,5	10,3	10,3	–	
15.	8 765,7	604,3	519,5	226,6	292,9	27,0	10,3	10,3	–	
22.	8 768,3	604,3	520,3	226,6	293,7	26,3	10,2	10,2	–	
29.	8 764,5	604,3	521,1	226,6	294,5	25,7	10,3	10,3	–	
Aug. 5.	8 746,0	604,3	520,5	226,6	293,9	26,8	9,8	9,8	–	
12.	8 747,8	604,3	520,7	226,6	294,1	26,6	9,9	9,9	–	
19.	8 750,7	604,3	521,4	226,6	294,7	26,5	9,9	9,9	–	
26.	8 750,0	604,3	523,4	227,1	296,3	25,4	10,0	10,0	–	
Sept. 2.	8 756,8	604,3	523,8	227,6	296,2	25,3	10,4	10,4	–	
Deutsche Bundesbank										
2022 Febr. 11.	2 934,4	173,8	88,9	55,1	33,7	0,0	–	–	–	
18.	2 932,3	173,8	89,0	55,1	33,9	0,0	–	–	–	
25.	2 923,7	173,8	89,0	55,1	33,9	0,0	–	–	–	
März 4.	2 939,9	173,8	89,0	55,1	33,9	0,1	–	–	–	
11.	2 933,8	173,8	88,5	55,1	33,3	0,0	–	–	–	
18.	2 961,2	173,8	88,4	55,1	33,3	0,0	0,0	0,0	–	
25.	2 925,4	173,8	89,4	55,6	33,7	0,0	–	–	–	
April 1.	2 972,8	187,8	90,0	56,0	34,0	0,0	–	–	–	
8.	2 950,8	187,8	89,8	56,0	33,7	0,0	–	–	–	
15.	2 952,6	187,8	89,8	56,0	33,7	0,0	–	–	–	
22.	2 945,6	187,7	89,9	56,1	33,8	0,0	–	–	–	
29.	2 952,6	187,7	90,1	56,1	34,0	0,0	–	–	–	
Mai 6.	2 991,6	187,7	90,3	56,1	34,2	0,0	–	–	–	
13.	2 998,1	187,7	90,3	56,1	34,2	0,0	–	–	–	
20.	2 975,2	187,6	90,3	56,1	34,2	0,0	–	–	–	
27.	2 992,4	187,6	90,3	56,1	34,3	0,0	–	–	–	
Juni 3.	2 992,8	187,6	90,2	56,1	34,1	0,0	–	–	–	
10.	2 975,2	187,6	90,5	56,1	34,4	0,0	0,4	0,4	–	
17.	2 999,7	187,6	90,9	56,1	34,8	0,0	0,9	0,9	–	
24.	2 968,5	187,6	91,1	56,1	35,1	0,0	1,8	1,8	–	
Juli 1.	3 013,1	187,6	93,6	57,7	35,9	0,0	1,5	1,5	–	
8.	2 950,0	187,6	93,4	57,7	35,8	0,0	–	–	–	
15.	2 946,9	187,6	93,3	57,7	35,7	0,0	–	–	–	
22.	2 941,3	187,6	93,4	57,7	35,7	0,0	–	–	–	
29.	2 964,1	187,6	93,1	57,6	35,5	0,0	0,1	0,1	–	
Aug. 5.	2 998,7	187,6	93,1	57,6	35,5	0,0	–	–	–	
12.	3 024,8	187,6	92,9	57,7	35,2	0,0	–	–	–	
19.	3 028,6	187,6	93,1	57,7	35,5	0,0	–	–	–	
26.	3 060,0	187,6	93,5	57,7	35,9	0,0	–	–	–	
Sept. 2.	3 042,0	187,6	93,2	57,9	35,4	0,0	–	–	–	

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Forderungen aus geldpolitischen Operationen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet							Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets	Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			Forderungen an öffentliche Haushalte/Bund	Sonstige Aktiva	Stand am Ausweisstichtag
insgesamt	Hauptfinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Feinsteueroptionsoperationen	Strukturelle befristete Operationen	Spitzenfinanzierungsfazität	Forderungen aus dem Margenausgleich		insgesamt	Wertpapiere für geldpolitische Zwecke	sonstige Wertpapiere			
Eurosystem 1)													
2 201,8	0,2	2 201,5	–	–	0,1	–	27,9	4 990,8	4 820,2	170,7	22,1	316,8	2022 Febr. 11.
2 201,8	0,3	2 201,5	–	–	–	–	27,3	5 008,3	4 836,9	171,5	22,1	316,0	18.
2 201,9	0,4	2 201,5	–	–	–	–	27,6	5 011,1	4 839,4	171,6	22,1	315,7	25.
2 201,3	0,2	2 201,1	–	–	–	–	30,1	5 018,0	4 848,7	169,2	22,1	308,0	März 4.
2 201,4	0,3	2 201,1	–	–	–	–	25,6	5 031,9	4 862,4	169,5	22,1	312,6	11.
2 201,3	0,2	2 201,0	–	–	–	–	28,4	5 042,8	4 873,1	169,7	22,1	312,4	18.
2 201,3	0,2	2 201,0	–	–	–	–	33,5	5 054,1	4 883,7	170,4	22,1	304,2	25.
2 199,5	0,4	2 198,9	–	–	0,3	–	34,1	5 045,7	4 877,5	168,2	22,1	310,2	April 1.
2 199,3	0,4	2 198,9	–	–	0,0	–	32,4	5 061,2	4 892,6	168,6	22,1	309,9	8.
2 199,4	0,5	2 198,9	–	–	0,0	–	32,8	5 082,8	4 914,1	168,6	22,1	311,0	15.
2 199,3	0,5	2 198,8	–	–	0,0	–	32,0	5 082,1	4 915,3	166,8	22,1	314,9	22.
2 199,6	0,7	2 198,8	–	–	–	–	28,0	5 084,0	4 919,2	164,8	22,1	308,7	29.
2 199,4	0,5	2 198,8	–	–	0,0	–	30,7	5 092,8	4 927,8	165,0	22,1	309,5	Mai 6.
2 199,3	0,5	2 198,8	–	–	–	–	29,5	5 105,9	4 940,6	165,3	22,1	311,4	13.
2 199,2	0,3	2 198,8	–	–	–	–	29,9	5 114,7	4 949,4	165,3	22,1	306,0	20.
2 199,5	0,7	2 198,9	–	–	–	–	28,3	5 117,1	4 952,7	164,4	22,1	305,0	27.
2 199,3	0,4	2 198,9	–	–	–	–	30,7	5 119,4	4 954,5	165,0	22,1	304,9	Juni 3.
2 199,3	0,4	2 198,8	–	–	–	–	31,9	5 121,4	4 956,1	165,3	22,1	303,0	10.
2 199,5	0,7	2 198,8	–	–	–	–	36,4	5 125,1	4 959,2	165,9	22,1	300,5	17.
2 199,5	0,7	2 198,8	–	–	–	–	32,2	5 130,7	4 963,7	167,0	22,1	305,9	24.
2 126,1	1,5	2 124,6	–	–	–	–	34,5	5 129,1	4 963,5	165,6	21,7	315,4	Juli 1.
2 125,6	1,0	2 124,6	–	–	0,0	–	28,4	5 123,0	4 956,9	166,1	21,7	314,6	8.
2 125,5	0,9	2 124,6	–	–	–	–	28,8	5 119,3	4 953,9	165,4	21,7	309,4	15.
2 125,6	1,0	2 124,6	–	–	0,0	–	27,6	5 123,3	4 956,7	166,6	21,7	309,1	22.
2 125,8	1,1	2 124,7	–	–	0,0	–	30,8	5 125,6	4 958,9	166,8	21,7	299,2	29.
2 125,6	0,9	2 124,7	–	–	–	–	15,2	5 117,9	4 952,2	165,7	21,7	304,2	Aug. 5.
2 125,6	0,9	2 124,7	–	–	0,0	–	15,5	5 119,7	4 953,4	166,4	21,7	303,7	12.
2 125,5	0,8	2 124,7	–	–	–	–	13,2	5 123,8	4 956,7	167,2	21,7	304,4	19.
2 125,5	0,7	2 124,7	–	–	0,0	–	12,9	5 123,1	4 955,5	167,6	21,7	303,8	26.
2 129,3	3,9	2 125,4	–	–	0,0	–	14,8	5 122,4	4 956,5	165,9	21,7	304,9	Sept. 2.
Deutsche Bundesbank													
421,9	0,2	421,7	–	–	0,1	–	4,6	1 053,7	1 053,7	–	4,4	1 187,1	2022 Febr. 11.
421,8	0,2	421,7	–	–	0,0	–	4,3	1 057,5	1 057,5	–	4,4	1 181,4	18.
421,8	0,2	421,7	–	–	0,0	–	4,8	1 057,2	1 057,2	–	4,4	1 172,7	25.
421,7	0,0	421,7	–	–	0,0	–	4,4	1 059,6	1 059,6	–	4,4	1 186,9	März 4.
421,7	0,0	421,7	–	–	0,0	–	4,0	1 060,1	1 060,1	–	4,4	1 181,2	11.
421,7	0,0	421,7	–	–	0,0	–	7,0	1 065,6	1 065,6	–	4,4	1 200,2	18.
421,7	0,0	421,7	–	–	0,0	–	5,2	1 065,9	1 065,9	–	4,4	1 165,0	25.
420,3	0,1	420,2	–	–	0,0	–	5,2	1 068,4	1 068,4	–	4,4	1 196,6	April 1.
420,2	0,0	420,2	–	–	0,0	–	4,4	1 067,3	1 067,3	–	4,4	1 176,9	8.
420,3	0,1	420,2	–	–	0,0	–	4,8	1 074,1	1 074,1	–	4,4	1 171,5	15.
420,3	0,1	420,2	–	–	0,0	–	6,1	1 075,6	1 075,6	–	4,4	1 161,6	22.
420,4	0,3	420,2	–	–	0,0	–	3,8	1 079,5	1 079,5	–	4,4	1 166,6	29.
420,2	0,0	420,2	–	–	0,0	–	4,3	1 084,4	1 084,4	–	4,4	1 200,2	Mai 6.
420,2	0,0	420,2	–	–	0,0	–	3,9	1 089,0	1 089,0	–	4,4	1 202,4	13.
420,2	0,1	420,2	–	–	0,0	–	4,0	1 088,4	1 088,4	–	4,4	1 180,2	20.
420,5	0,3	420,2	–	–	0,0	–	4,3	1 093,3	1 093,3	–	4,4	1 191,9	27.
420,2	0,0	420,2	–	–	0,0	–	5,9	1 095,3	1 095,3	–	4,4	1 189,1	Juni 3.
420,2	0,1	420,2	–	–	0,0	–	5,4	1 091,2	1 091,2	–	4,4	1 175,5	10.
420,2	0,1	420,2	–	–	0,0	–	6,3	1 093,9	1 093,9	–	4,4	1 195,4	17.
420,3	0,1	420,2	–	–	0,0	–	5,3	1 091,2	1 091,2	–	4,4	1 166,7	24.
404,2	0,7	403,6	–	–	0,0	–	4,2	1 091,1	1 091,1	–	4,4	1 226,4	Juli 1.
403,8	0,3	403,6	–	–	0,0	–	4,2	1 078,6	1 078,6	–	4,4	1 178,0	8.
403,8	0,3	403,6	–	–	0,0	–	5,6	1 079,4	1 079,4	–	4,4	1 172,7	15.
403,9	0,4	403,6	–	–	0,0	–	5,2	1 075,7	1 075,7	–	4,4	1 171,1	22.
404,0	0,4	403,6	–	–	0,0	–	0,6	1 077,2	1 077,2	–	4,4	1 197,1	29.
403,7	0,1	403,6	–	–	0,0	–	0,3	1 077,7	1 077,7	–	4,4	1 231,8	Aug. 5.
403,8	0,2	403,6	–	–	0,0	–	0,2	1 078,5	1 078,5	–	4,4	1 257,4	12.
403,8	0,2	403,6	–	–	0,0	–	0,1	1 079,1	1 079,1	–	4,4	1 260,5	19.
403,7	0,1	403,6	–	–	0,0	–	0,1	1 076,1	1 076,1	–	4,4	1 294,4	26.
404,5	0,8	403,7	–	–	0,0	–	0,3	1 078,5	1 078,5	–	4,4	1 273,4	Sept. 2.

-preisen bewertet. 1 Quelle: EZB.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

2. Passiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag	Passiva insgesamt	Banknoten- lauf 1)	Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet					Sonstige Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Kreditinstituten des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten aus der Begebung von Schuldverschreibungen	Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			
			insgesamt	Einlagen auf Girokonten (einschl. Mindestreserveguthaben)	Einlagefazilität	Termin-einlagen	Verbindlichkeiten aus Geschäften mit Rücknahmevereinbarung			Einlagen aus dem Margenausgleich	insgesamt	Einlagen von öffentlichen Haushalten	Sonstige Verbindlichkeiten
Eurosystem 3)													
2022 Febr. 11.	8 651,8	1 542,3	4 679,4	4 069,3	607,4	–	–	2,8	50,2	–	765,1	616,4	148,7
18.	8 667,9	1 543,5	4 637,1	3 876,6	757,9	–	–	2,6	49,4	–	832,0	690,4	141,6
25.	8 671,3	1 546,5	4 636,9	3 875,5	759,0	–	–	2,5	46,3	–	842,8	667,9	174,9
März 4.	8 673,0	1 556,2	4 656,7	3 855,9	798,6	–	–	2,2	56,3	–	770,1	601,2	169,0
11.	8 687,0	1 565,2	4 648,0	3 836,6	809,2	–	–	2,2	49,4	–	793,6	629,0	164,6
18.	8 700,0	1 569,1	4 582,1	3 992,4	587,0	–	–	2,7	48,4	–	854,2	699,4	154,7
25.	8 710,6	1 571,3	4 605,9	3 839,6	763,7	–	–	2,7	52,7	–	866,3	708,2	158,2
April 1.	8 754,0	1 575,1	4 646,7	3 886,3	758,2	–	–	2,3	60,6	–	787,0	628,7	158,3
8.	8 763,7	1 578,5	4 722,9	3 987,1	733,3	–	–	2,5	52,8	–	761,7	609,3	152,4
15.	8 787,9	1 586,5	4 690,0	3 967,1	720,4	–	–	2,5	48,7	–	835,7	677,7	158,0
22.	8 790,9	1 585,6	4 720,4	4 155,8	562,0	–	–	2,6	43,8	–	811,0	656,0	155,1
29.	8 783,6	1 587,5	4 701,7	4 022,6	676,4	–	–	2,7	42,0	–	810,1	646,0	164,2
Mai 6.	8 796,1	1 589,2	4 729,1	4 012,8	713,7	–	–	2,7	48,7	–	747,1	589,6	157,4
13.	8 810,3	1 590,5	4 729,8	4 079,6	647,8	–	–	2,4	46,6	–	782,1	620,7	161,4
20.	8 814,0	1 590,9	4 679,3	3 997,8	678,9	–	–	2,6	47,8	–	825,6	660,1	165,5
27.	8 813,8	1 594,0	4 692,9	3 987,3	703,2	–	–	2,5	42,6	–	825,8	662,5	163,2
Juni 3.	8 817,9	1 597,5	4 768,8	4 060,2	706,3	–	–	2,3	52,1	–	758,2	593,9	164,3
10.	8 820,9	1 598,7	4 781,3	4 026,7	752,3	–	–	2,3	49,9	–	756,4	598,7	157,6
17.	8 827,9	1 599,6	4 675,5	4 139,0	534,3	–	–	2,3	49,0	–	847,3	686,2	161,1
24.	8 836,0	1 600,2	4 642,9	3 986,7	654,2	–	–	2,0	51,0	–	895,7	715,0	180,7
Juli 1.	8 788,8	1 603,6	4 591,8	3 853,3	736,3	–	–	2,1	71,0	–	835,0	647,3	187,7
8.	8 774,4	1 606,4	4 642,8	3 914,7	726,0	–	–	2,1	55,9	–	819,9	627,7	192,2
15.	8 765,7	1 608,7	4 622,9	3 910,3	710,3	–	–	2,3	49,8	–	835,3	646,0	189,3
22.	8 768,3	1 606,8	4 605,1	3 904,4	698,5	–	–	2,2	50,9	–	843,5	656,8	186,7
29.	8 764,5	1 600,9	4 568,6	3 855,5	711,1	–	–	2,1	60,5	–	844,2	641,9	202,2
Aug. 5.	8 746,0	1 595,8	4 625,6	3 959,7	664,1	–	–	1,8	53,0	–	744,3	546,8	197,5
12.	8 747,8	1 591,9	4 642,2	3 975,0	665,5	–	–	1,7	52,9	–	738,6	543,6	194,9
19.	8 750,7	1 584,0	4 598,5	3 941,0	655,6	–	–	1,8	49,4	–	784,5	583,8	200,7
26.	8 750,0	1 578,0	4 572,8	3 922,3	648,6	–	–	1,8	47,9	–	813,3	595,6	217,7
Sept. 2.	8 756,8	1 575,5	4 707,9	4 035,2	670,7	–	–	2,0	51,5	–	692,8	504,8	187,9
Deutsche Bundesbank													
2022 Febr. 11.	2 934,4	375,4	1 335,5	1 179,8	153,4	–	–	2,3	19,7	–	227,4	185,0	42,4
18.	2 932,3	375,9	1 324,7	1 100,4	222,1	–	–	2,1	17,6	–	252,2	214,2	38,0
25.	2 923,7	378,0	1 304,6	1 071,0	231,4	–	–	2,1	16,4	–	266,5	201,2	65,2
März 4.	2 939,9	379,1	1 315,2	1 078,3	234,8	–	–	2,1	20,0	–	243,7	174,0	69,7
11.	2 933,8	383,3	1 322,8	1 084,0	236,7	–	–	2,1	16,9	–	238,3	181,8	56,5
18.	2 961,2	385,2	1 299,4	1 167,3	130,0	–	–	2,1	17,7	–	274,4	224,3	50,1
25.	2 925,4	385,9	1 301,1	1 082,0	217,1	–	–	2,1	17,0	–	252,5	200,0	52,4
April 1.	2 972,8	382,2	1 347,5	1 110,7	234,6	–	–	2,2	18,7	–	230,4	181,1	49,3
8.	2 950,8	383,5	1 354,0	1 136,8	215,1	–	–	2,1	16,9	–	213,9	166,4	47,5
15.	2 952,6	387,4	1 324,3	1 116,8	205,3	–	–	2,1	15,3	–	248,5	201,7	46,7
22.	2 945,6	387,0	1 338,7	1 215,0	121,4	–	–	2,2	14,6	–	229,7	184,6	45,0
29.	2 952,6	385,0	1 335,7	1 198,1	135,5	–	–	2,2	14,0	–	223,4	178,8	44,6
Mai 6.	2 991,6	386,7	1 350,6	1 133,7	214,6	–	–	2,3	17,1	–	216,3	169,5	46,8
13.	2 998,1	388,3	1 339,4	1 136,1	201,0	–	–	2,4	17,6	–	251,7	206,1	45,7
20.	2 975,2	388,6	1 323,6	1 122,3	198,9	–	–	2,4	15,9	–	240,6	197,7	42,9
27.	2 992,4	390,0	1 320,3	1 116,7	201,2	–	–	2,4	16,0	–	269,1	227,3	41,8
Juni 3.	2 992,8	388,7	1 346,6	1 132,9	211,5	–	–	2,2	18,7	–	248,9	205,6	43,4
10.	2 975,2	389,7	1 329,9	1 116,1	211,5	–	–	2,3	18,1	–	252,0	209,8	42,3
17.	2 999,7	390,9	1 297,9	1 181,7	114,0	–	–	2,2	17,6	–	297,8	250,7	47,1
24.	2 968,5	390,9	1 295,7	1 154,4	139,3	–	–	2,0	15,5	–	284,3	231,7	52,5
Juli 1.	3 013,1	389,1	1 322,5	1 106,4	214,0	–	–	2,1	24,8	–	277,5	218,1	59,5
8.	2 950,0	390,6	1 303,6	1 087,8	213,8	–	–	2,0	21,9	–	255,1	186,8	68,3
15.	2 946,9	391,6	1 280,1	1 077,7	200,3	–	–	2,1	19,1	–	275,6	212,4	63,2
22.	2 941,3	389,4	1 295,5	1 080,1	213,4	–	–	2,0	21,0	–	253,9	195,1	58,8
29.	2 964,1	388,3	1 285,6	1 076,5	207,1	–	–	2,0	22,2	–	245,3	175,5	69,8
Aug. 5.	2 998,7	383,3	1 317,4	1 091,8	223,7	–	–	1,8	20,4	–	231,9	164,9	67,0
12.	3 024,8	379,7	1 340,9	1 116,0	223,2	–	–	1,7	23,0	–	232,2	161,9	70,2
19.	3 028,6	373,2	1 317,7	1 101,0	214,9	–	–	1,7	19,8	–	262,1	183,1	79,0
26.	3 060,0	370,7	1 348,4	1 133,9	212,7	–	–	1,8	22,3	–	253,3	153,5	99,8
Sept. 2.	3 042,0	382,4	1 381,1	1 148,7	230,5	–	–	1,8	22,8	–	218,4	140,3	78,2

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten (NZBn) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und -preisen bewertet. 1 Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungs-

verfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8 % des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumlaufs zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird als Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten ausgewiesen. Die verbleibenden 92 % des Wertes am in Umlauf befindlichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Ausgleichs-posten für zugeteilte Sonder-ziehungsrechte	Sonstige Passiva ²⁾	Intra-Euro-system-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten ¹⁾	Neubewer-tungskonten	Grundkapital und Rücklage	Stand am Aus-weisstichtag
		insgesamt	Einlagen, Guthaben und andere Verbind-lichkeiten	Verbind-lichkeiten aus der Kredit-fazilität im Rahmen des WKM II						
Eurosystem ³⁾										
431,1	13,1	3,3	3,3	–	178,8	323,5	–	554,9	110,0	2022 Febr. 11.
420,4	13,2	3,3	3,3	–	178,8	325,4	–	554,9	109,9	18.
415,6	13,0	3,5	3,5	–	178,8	323,1	–	554,9	109,9	25.
447,2	13,2	3,7	3,7	–	178,8	323,1	–	554,9	112,7	März 4.
444,2	12,8	3,8	3,8	–	178,8	320,6	–	554,9	115,7	11.
458,3	12,3	4,2	4,2	–	178,8	322,1	–	554,9	115,7	18.
427,4	11,7	5,2	5,2	–	178,8	320,8	–	554,9	115,7	25.
452,5	12,5	5,4	5,4	–	180,2	319,1	–	598,9	115,9	April 1.
423,9	11,0	5,4	5,4	–	180,2	312,5	–	598,9	115,9	8.
398,7	12,1	5,0	5,0	–	180,2	316,0	–	598,9	115,9	15.
395,8	11,7	5,4	5,4	–	180,2	322,1	–	598,9	115,9	22.
411,9	11,5	5,6	5,6	–	180,2	318,3	–	598,9	115,9	29.
446,1	11,6	5,7	5,7	–	180,2	323,6	–	598,9	116,0	Mai 6.
425,3	11,7	5,7	5,7	–	180,2	323,4	–	598,9	116,0	13.
437,2	11,3	5,6	5,6	–	180,2	321,3	–	598,9	116,0	20.
426,4	11,1	5,6	5,6	–	180,2	320,5	–	598,9	116,0	27.
409,9	11,4	5,5	5,5	–	180,2	320,6	–	598,9	114,9	Juni 3.
403,3	11,7	5,6	5,6	–	180,2	320,1	–	598,9	114,9	10.
422,3	11,1	6,2	6,2	–	180,2	322,9	–	598,9	114,9	17.
410,6	10,9	6,9	6,9	–	180,2	323,7	–	598,9	114,9	24.
434,0	11,5	6,2	6,2	–	184,9	327,5	–	608,5	114,8	Juli 1.
396,5	11,4	6,1	6,1	–	184,9	327,0	–	608,5	114,8	8.
397,2	11,5	5,9	5,9	–	184,9	326,2	–	608,5	114,8	15.
412,1	11,3	6,0	6,0	–	184,9	324,3	–	608,5	114,8	22.
442,2	11,5	5,7	5,7	–	184,9	322,7	–	608,5	114,8	29.
476,1	11,3	5,9	5,9	–	184,9	325,6	–	608,5	114,8	Aug. 5.
473,7	11,1	5,8	5,8	–	184,9	323,8	–	608,5	114,8	12.
484,8	11,4	6,2	6,2	–	184,9	323,7	–	608,5	114,8	19.
489,8	11,4	6,7	6,7	–	184,9	321,8	–	608,5	114,8	26.
478,6	11,3	6,4	6,4	–	184,9	324,7	–	608,5	114,8	Sept. 2.
Deutsche Bundesbank										
204,3	0,4	0,2	0,2	–	46,5	37,5	511,1	170,7	5,7	2022 Febr. 11.
189,5	0,4	0,4	0,4	–	46,5	37,6	511,1	170,7	5,7	18.
185,8	0,4	0,4	0,4	–	46,5	37,7	511,1	170,7	5,7	25.
206,4	0,4	0,4	0,4	–	46,5	37,7	514,2	170,7	5,7	März 4.
197,4	0,3	–0,0	–0,0	–	46,5	37,8	514,2	170,7	5,7	11.
208,8	0,3	–0,0	–0,0	–	46,5	38,3	514,2	170,7	5,7	18.
192,6	0,3	0,4	0,4	–	46,5	38,6	514,2	170,7	5,7	25.
198,0	0,7	0,5	0,5	–	46,8	37,4	520,0	185,0	5,7	April 1.
186,5	0,7	0,3	0,3	–	46,8	37,6	520,0	185,0	5,7	8.
181,2	0,7	0,2	0,2	–	46,8	37,7	520,0	185,0	5,7	15.
179,2	0,7	0,2	0,2	–	46,8	38,2	520,0	185,0	5,7	22.
194,5	0,7	0,2	0,2	–	46,8	38,4	523,3	185,0	5,7	29.
220,6	0,7	0,2	0,2	–	46,8	38,6	523,3	185,0	5,7	Mai 6.
200,8	0,5	0,2	0,2	–	46,8	38,8	523,3	185,0	5,7	13.
206,0	0,5	0,1	0,1	–	46,8	39,0	523,3	185,0	5,7	20.
196,4	0,5	0,1	0,1	–	46,8	39,2	523,3	185,0	5,7	27.
185,8	0,5	–0,0	–0,0	–	46,8	39,3	526,8	185,0	5,7	Juni 3.
180,9	0,5	0,3	0,3	–	46,8	39,5	526,8	185,0	5,7	10.
189,8	0,5	0,7	0,7	–	46,8	40,3	526,8	185,0	5,7	17.
175,9	0,5	0,9	0,9	–	46,8	40,5	526,8	185,0	5,7	24.
187,7	0,6	0,1	0,1	–	48,0	39,6	530,5	187,1	5,7	Juli 1.
166,1	0,6	0,1	0,1	–	48,0	41,0	530,5	187,1	5,7	8.
167,6	0,6	–0,0	–0,0	–	48,0	40,9	530,5	187,1	5,7	15.
168,5	0,4	0,2	0,2	–	48,0	41,2	530,5	187,1	5,7	22.
214,6	0,4	–0,0	–0,0	–	48,0	41,7	525,2	187,1	5,7	29.
237,4	0,4	0,1	0,1	–	48,0	41,8	525,2	187,1	5,7	Aug. 5.
240,8	0,4	–0,0	–0,0	–	48,0	41,8	525,2	187,1	5,7	12.
247,3	0,4	0,3	0,3	–	48,0	41,9	525,2	187,1	5,7	19.
256,2	0,4	0,8	0,8	–	48,0	41,9	525,2	187,1	5,7	26.
240,0	0,4	0,2	0,2	–	48,0	42,4	513,5	187,1	5,7	Sept. 2.

NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten gemäß dem oben erwähnten Rechnungslegungsverfahren und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf

gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls als "Intra-Eurosystem-Forderungen/Verbindlichkeiten aus der Begebung von Euro-Banknoten" ausgewiesen. ² Für Deutsche Bundesbank: einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. ³ Quelle: EZB.

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *)

Aktiva

Mrd €

Zeit	Bilanzsumme 1)	Kassenbestand	Kredite an Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet						Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im				
			an Banken im Inland				an Banken in anderen Mitgliedsländern		an Nichtbanken im Inland			Unternehmen und Privatpersonen	
			insgesamt	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere von Banken	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere von Banken	insgesamt	zusammen	zusammen	Buchkredite
Stand am Jahres- bzw. Monatsende													
2012	8 226,6	19,2	2 309,0	1 813,2	1 363,8	449,4	495,9	322,2	173,7	3 688,6	3 289,4	2 695,5	2 435,7
2013	7 528,9	18,7	2 145,0	1 654,8	1 239,1	415,7	490,2	324,6	165,6	3 594,3	3 202,1	2 616,3	2 354,0
2014	7 802,3	19,2	2 022,8	1 530,5	1 147,2	383,3	492,3	333,9	158,4	3 654,5	3 239,4	2 661,2	2 384,8
2015	7 665,2	19,5	2 013,6	1 523,8	1 218,0	305,8	489,8	344,9	144,9	3 719,9	3 302,5	2 727,4	2 440,0
2016	7 792,6	26,0	2 101,4	1 670,9	1 384,2	286,7	430,5	295,0	135,5	3 762,9	3 344,5	2 805,6	2 512,0
2017	7 710,8	32,1	2 216,3	1 821,1	1 556,3	264,8	395,2	270,1	125,2	3 801,7	3 400,7	2 918,8	2 610,1
2018	7 776,0	40,6	2 188,0	1 768,3	1 500,7	267,5	419,7	284,8	134,9	3 864,0	3 458,2	3 024,3	2 727,0
2019	8 311,0	43,4	2 230,1	1 759,8	1 493,5	266,3	470,4	327,6	142,8	4 020,1	3 584,9	3 168,7	2 864,9
2020	8 943,3	47,5	2 622,7	2 177,9	1 913,5	264,4	444,8	307,1	137,7	4 179,6	3 709,8	3 297,0	2 993,1
2021	9 172,2	49,7	2 789,6	2 333,0	2 069,6	263,4	456,6	324,4	132,2	4 350,4	3 860,4	3 468,8	3 147,6
2020 Okt.	9 124,3	46,3	2 686,7	2 226,8	1 957,0	269,8	459,9	320,9	139,0	4 181,8	3 713,6	3 283,1	2 980,6
Nov.	9 096,0	45,7	2 684,1	2 232,1	1 965,3	266,9	452,0	313,9	138,1	4 198,6	3 723,7	3 293,3	2 991,0
Dez.	8 943,3	47,5	2 622,7	2 177,9	1 913,5	264,4	444,8	307,1	137,7	4 179,6	3 709,8	3 297,0	2 993,1
2021 Jan.	9 150,4	44,9	2 793,5	2 309,4	2 042,2	267,2	484,1	348,8	135,3	4 195,0	3 716,6	3 302,6	2 997,8
Febr.	9 148,1	45,5	2 824,0	2 328,8	2 060,6	268,2	495,2	361,1	134,1	4 210,4	3 731,9	3 318,5	3 011,4
März	9 261,9	45,7	2 904,5	2 419,8	2 145,0	274,8	484,8	351,2	133,6	4 245,8	3 762,0	3 347,6	3 038,5
April	9 269,2	44,9	2 935,1	2 441,4	2 168,7	272,8	493,7	360,0	133,7	4 236,4	3 756,9	3 347,0	3 036,8
Mai	9 277,1	45,7	2 974,7	2 485,3	2 212,9	272,4	489,4	355,6	133,9	4 246,1	3 772,8	3 363,3	3 049,8
Juni	9 293,7	46,5	2 959,9	2 469,9	2 197,4	272,5	490,0	356,7	133,3	4 253,7	3 772,0	3 370,7	3 056,9
Juli	9 321,9	46,8	2 943,6	2 448,2	2 178,3	269,9	495,3	361,1	134,2	4 270,2	3 788,1	3 386,0	3 071,8
Aug.	9 319,3	46,9	2 950,1	2 457,4	2 188,5	268,8	492,8	359,5	133,3	4 283,3	3 799,4	3 400,4	3 085,0
Sept.	9 325,3	47,4	2 952,3	2 472,9	2 203,6	269,3	479,4	344,9	134,5	4 303,0	3 812,2	3 409,8	3 093,8
Okt.	9 395,0	47,8	2 979,8	2 490,1	2 221,1	269,0	489,7	356,2	133,5	4 322,0	3 832,5	3 437,3	3 117,5
Nov.	9 495,5	48,1	3 008,0	2 519,5	2 253,4	266,1	488,5	355,4	133,1	4 352,1	3 856,4	3 459,8	3 138,9
Dez.	9 172,2	49,7	2 789,6	2 333,0	2 069,6	263,4	456,6	324,4	132,2	4 350,4	3 860,4	3 468,8	3 147,6
2022 Jan.	9 717,0	47,7	3 029,2	2 522,4	2 258,2	264,2	506,8	375,0	131,8	4 378,1	3 875,3	3 484,8	3 162,4
Febr.	9 842,7	47,7	3 082,6	2 564,8	2 299,1	265,8	517,8	383,9	133,9	4 396,3	3 889,1	3 504,4	3 181,6
März	9 962,9	50,0	3 066,9	2 546,2	2 281,9	264,3	520,7	387,1	133,7	4 426,8	3 916,4	3 526,5	3 204,1
April	10 268,8	51,0	3 112,2	2 578,0	2 313,7	264,2	534,2	400,5	133,8	4 434,6	3 929,2	3 546,3	3 223,8
Mai	10 258,0	50,0	3 122,7	2 592,6	2 326,2	266,4	530,1	397,8	132,3	4 460,3	3 949,5	3 567,4	3 244,7
Juni	10 428,9	51,8	3 096,5	2 570,9	2 306,2	264,7	525,6	394,1	131,5	4 494,4	3 969,5	3 589,6	3 268,8
Juli	10 267,9	42,3	3 086,0	2 557,4	2 291,5	266,0	528,6	396,8	131,8	4 528,5	4 008,3	3 628,0	3 293,6
Veränderungen 3)													
2013	- 703,6	- 0,5	- 257,1	- 249,2	- 216,5	- 32,7	- 7,9	1,6	- 9,5	13,6	16,6	23,6	21,6
2014	206,8	0,4	- 126,2	- 128,6	- 95,3	- 33,4	2,4	7,2	- 4,8	55,1	40,0	52,3	36,8
2015	- 191,4	0,3	- 18,2	- 12,1	- 66,1	- 78,2	- 6,1	6,6	- 12,8	64,8	64,1	68,1	56,6
2016	184,3	6,5	120,3	178,4	195,3	- 16,8	- 58,1	- 49,2	- 8,8	57,5	53,4	88,8	81,0
2017	8,0	6,1	135,9	165,0	182,6	- 17,6	- 29,1	- 19,6	- 9,5	51,3	63,5	114,8	101,1
2018	101,8	8,5	- 29,2	- 49,7	- 53,4	3,7	20,6	13,0	7,6	78,7	71,9	118,1	127,8
2019	483,4	2,8	20,7	- 3,8	- 2,3	- 1,5	24,5	16,9	7,5	161,8	130,5	148,2	140,9
2020	769,5	4,1	505,4	524,2	512,6	11,6	- 18,8	- 16,2	- 2,6	161,0	130,0	132,3	132,2
2021	207,2	2,2	161,3	155,6	156,4	- 0,8	5,7	11,7	- 5,9	175,7	154,6	173,7	155,9
2020 Nov.	12,0	- 0,6	29,0	35,8	37,2	- 1,4	- 6,8	- 6,1	- 0,8	18,6	11,3	11,2	11,5
Dez.	- 141,5	1,8	- 59,5	- 53,6	- 51,2	- 2,4	- 5,9	- 5,8	- 0,2	- 18,3	- 13,3	4,2	2,7
2021 Jan.	207,1	- 2,6	170,2	131,4	128,6	2,9	38,8	41,1	- 2,2	17,4	7,9	6,8	5,3
Febr.	- 2,3	0,7	30,3	19,2	18,2	1,1	11,0	12,2	- 1,2	15,9	15,5	15,7	13,4
März	100,0	0,2	78,0	90,0	83,7	6,3	- 12,0	- 11,5	- 0,5	34,3	29,7	28,8	27,0
April	21,2	- 0,8	33,6	23,0	24,6	- 1,6	10,6	10,5	0,2	- 8,8	- 5,2	- 0,1	- 1,1
Mai	10,7	0,8	38,9	44,1	44,4	- 0,3	- 5,2	- 5,5	0,3	10,4	16,0	15,7	13,0
Juni	5,3	0,9	- 17,1	- 16,3	- 15,8	- 0,5	- 0,8	- 0,2	- 0,6	7,3	- 0,5	7,6	6,7
Juli	26,3	0,2	- 15,0	- 19,5	- 17,5	- 2,0	4,5	4,4	0,1	17,3	16,4	15,6	15,3
Aug.	- 3,9	0,2	6,7	9,3	10,3	- 1,0	- 2,6	- 1,7	- 0,9	13,2	11,2	14,7	13,4
Sept.	3,0	0,4	0,1	14,4	13,9	0,5	- 14,4	- 15,6	1,3	19,8	13,0	9,4	8,8
Okt.	70,4	0,5	27,7	17,3	17,6	- 0,3	10,5	11,4	- 1,0	19,2	20,6	28,0	24,1
Nov.	95,5	0,3	26,6	29,2	32,2	- 3,0	- 2,5	- 2,1	- 0,5	30,6	25,2	22,1	21,0
Dez.	- 326,2	1,6	- 218,7	- 186,4	- 183,6	- 2,8	- 32,2	- 31,2	- 1,0	- 0,9	4,7	9,4	9,1
2022 Jan.	340,3	- 1,9	238,6	189,0	186,9	2,1	49,6	49,7	- 0,1	28,1	15,4	16,2	14,9
Febr.	128,5	- 0,0	52,7	41,4	39,7	1,7	11,3	9,1	2,2	20,4	15,8	21,3	20,9
März	119,7	2,2	- 15,5	- 18,4	- 17,2	- 1,2	2,9	3,0	- 0,1	31,4	27,6	22,2	22,6
April	283,1	1,0	41,6	30,8	30,8	0,0	10,8	10,6	0,2	7,5	12,8	19,7	19,4
Mai	1,1	- 1,0	12,4	15,3	12,8	2,5	- 2,9	- 1,5	- 1,3	27,4	21,2	21,6	21,3
Juni	178,6	1,7	- 28,2	- 22,2	- 20,6	- 1,6	- 6,0	- 5,3	- 0,6	32,9	19,9	22,0	23,7
Juli	- 165,9	- 9,5	- 10,7	- 13,5	- 14,5	1,0	2,7	2,6	0,1	31,0	36,7	36,6	23,1

* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier neben

den Meldedaten der Banken (einschl. Bauparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. 1 Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1. 2 Einschl. Schuldverschreibungen

IV. Banken

Euro-Währungsgebiet										Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet		Sonstige Aktivpositionen 1)	Zeit
an Nichtbanken in anderen Mitgliedsländern										insgesamt	darunter Buchkredite		
öffentliche Haushalte				zusammen	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte						
Wertpapiere	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere 2)		zusammen	zusammen	darunter Buchkredite	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere	insgesamt	darunter Buchkredite	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende													
259,8	594,0	350,3	243,7	399,2	275,1	158,1	124,1	30,4	93,7	970,3	745,0	1 239,4	2012
262,3	585,8	339,2	246,6	392,3	267,6	144,6	124,6	27,8	96,9	921,2	690,5	849,7	2013
276,4	578,2	327,9	250,4	415,0	270,0	142,7	145,0	31,9	113,2	1 050,1	805,0	1 055,8	2014
287,4	575,1	324,5	250,6	417,5	276,0	146,4	141,5	29,4	112,1	1 006,5	746,3	905,6	2015
293,6	538,9	312,2	226,7	418,4	281,7	159,5	136,7	28,5	108,2	1 058,2	802,3	844,1	2016
308,7	481,9	284,3	197,6	401,0	271,8	158,3	129,1	29,8	99,3	991,9	745,3	668,9	2017
297,2	433,9	263,4	170,5	405,8	286,7	176,5	119,2	28,6	90,6	1 033,2	778,5	650,2	2018
303,8	416,2	254,7	161,6	435,2	312,6	199,0	122,6	29,4	93,2	1 035,8	777,5	981,5	2019
303,9	412,8	252,3	160,5	469,8	327,5	222,2	142,3	29,7	112,7	1 003,2	751,2	1 090,3	2020
321,2	391,6	245,1	146,5	490,1	362,7	244,0	127,4	28,4	99,0	1 094,2	853,3	888,3	2021
302,5	430,5	257,3	173,2	468,2	318,6	219,6	149,5	30,2	119,3	1 049,9	793,4	1 159,6	2020 Okt.
302,2	430,5	256,7	173,8	474,8	325,6	222,5	149,2	29,1	120,1	1 048,0	792,3	1 119,7	Nov.
303,9	412,8	252,3	160,5	469,8	327,5	222,2	142,3	29,7	112,7	1 003,2	751,2	1 090,3	Dez.
304,9	414,0	253,3	160,7	478,4	330,8	224,5	147,6	28,7	118,9	1 087,5	834,6	1 029,5	2021 Jan.
307,1	413,4	250,6	162,9	478,5	334,5	227,0	144,0	28,8	115,2	1 093,8	843,9	974,4	Febr.
309,1	414,4	249,3	165,1	483,8	339,4	232,3	144,4	28,9	115,5	1 105,7	855,5	960,1	März
310,2	409,9	251,0	158,9	479,5	339,8	232,3	139,7	30,3	109,4	1 122,5	876,2	930,3	April
313,5	409,5	250,6	158,9	473,2	339,1	231,9	134,1	28,4	105,7	1 108,3	862,4	902,3	Mai
313,8	401,4	249,1	152,3	481,7	339,4	231,8	142,3	28,8	113,5	1 111,0	864,8	922,5	Juni
314,2	402,2	251,3	150,8	482,0	344,2	236,6	137,8	28,6	109,2	1 097,1	849,1	964,3	Juli
315,4	398,9	248,0	150,9	484,0	346,1	238,8	137,9	28,3	109,6	1 084,8	839,7	954,2	Aug.
316,0	402,4	248,3	154,1	490,7	352,5	241,7	138,2	27,9	110,3	1 087,9	840,8	934,8	Sept.
319,9	395,1	249,7	145,4	489,5	356,0	244,3	133,4	30,3	103,2	1 134,6	889,6	910,9	Okt.
320,9	396,5	247,8	148,8	495,7	361,6	249,6	134,1	28,5	105,6	1 137,3	892,4	950,0	Nov.
321,2	391,6	245,1	146,5	490,1	362,7	244,0	127,4	28,4	99,0	1 094,2	853,3	888,3	Dez.
322,4	390,6	246,9	143,6	502,7	377,7	260,4	125,0	28,5	96,5	1 171,3	925,2	1 090,8	2022 Jan.
322,8	384,8	244,7	140,0	507,2	381,4	262,7	125,8	28,6	97,2	1 190,1	939,6	1 125,9	Febr.
322,3	390,0	245,2	144,8	510,4	379,5	259,4	130,9	29,0	101,9	1 169,2	921,9	1 249,9	März
322,5	382,9	246,5	136,4	505,4	378,8	257,8	126,7	32,2	94,4	1 174,5	926,0	1 496,5	April
322,7	382,1	244,5	137,7	510,9	383,7	260,7	127,1	31,4	95,7	1 166,1	917,3	1 458,8	Mai
320,9	379,9	244,9	135,0	524,9	388,1	268,4	136,8	33,2	103,6	1 182,4	925,1	1 603,8	Juni
334,4	380,3	245,8	134,5	520,2	383,8	266,0	136,4	33,4	103,0	1 199,8	941,4	1 411,4	Juli
Veränderungen 3)													
2,0	- 7,0	- 10,9	3,9	- 3,0	- 3,4	- 9,3	0,5	- 2,6	3,1	- 38,8	- 47,2	- 420,8	2013
15,5	- 12,3	- 15,1	2,9	15,1	0,4	- 4,0	14,6	0,9	13,8	83,6	72,0	194,0	2014
11,5	- 3,9	- 4,2	0,3	0,7	4,4	- 1,8	- 3,7	- 1,0	- 2,8	- 88,3	- 101,0	- 150,1	2015
7,8	- 35,4	- 12,1	- 23,3	4,0	8,2	14,6	- 4,2	- 0,9	- 3,3	51,4	55,0	- 51,4	2016
13,7	- 51,3	- 22,8	- 28,5	- 12,2	- 3,4	4,0	- 8,7	0,1	- 8,9	- 12,3	- 6,7	- 173,1	2017
- 9,8	- 46,2	- 19,1	- 27,0	6,8	18,2	18,6	- 11,4	- 1,5	- 9,9	29,0	18,9	14,8	2018
7,3	- 17,7	- 8,6	- 9,1	31,3	29,5	26,9	1,7	0,0	1,7	- 32,1	- 33,3	330,3	2019
0,2	- 2,4	- 1,7	- 0,7	31,0	30,6	20,9	0,3	- 0,4	0,7	- 9,7	- 8,2	108,8	2020
17,8	- 19,1	- 6,1	- 13,1	21,1	35,5	22,6	- 14,3	- 1,1	- 13,2	71,7	84,9	- 203,7	2021
- 0,3	0,2	- 0,5	0,7	7,3	7,6	3,6	- 0,3	- 1,1	0,8	- 6,4	6,6	- 41,4	2020 Nov.
1,5	- 17,5	- 4,4	- 13,2	- 4,9	1,9	0,3	- 6,9	0,6	- 7,4	- 36,3	- 34,4	- 29,3	Dez.
1,5	1,1	0,9	0,2	9,5	4,1	3,2	5,3	- 0,9	6,3	84,4	83,6	- 62,3	2021 Jan.
2,3	- 0,2	- 2,4	2,3	0,3	3,7	2,4	- 3,4	0,1	- 3,4	6,3	8,9	- 55,4	Febr.
1,9	0,9	- 1,3	2,2	4,6	4,2	4,9	0,4	0,1	0,3	2,8	3,3	- 15,3	März
1,0	- 5,0	1,7	- 6,7	- 3,6	0,9	0,7	- 4,5	1,5	- 6,0	26,0	29,0	- 28,8	April
2,7	0,4	- 0,3	0,7	- 5,6	0,1	0,3	- 5,5	- 1,9	- 3,6	- 11,4	- 11,4	- 28,0	Mai
0,8	- 8,1	- 1,4	- 6,7	7,8	- 0,4	- 0,6	8,2	0,4	7,7	- 5,7	- 5,3	19,9	Juni
0,4	0,7	2,3	- 1,5	1,0	5,6	4,8	- 4,7	- 0,2	- 4,5	- 15,0	- 16,5	38,7	Juli
1,2	- 3,4	- 3,5	0,1	1,9	1,8	2,2	0,1	- 0,3	0,4	- 13,1	- 10,0	- 10,8	Aug.
0,6	3,6	0,3	3,2	6,8	6,3	2,9	0,5	- 0,4	0,9	0,1	- 1,5	- 17,4	Sept.
3,9	- 7,4	1,2	- 8,7	- 1,4	3,5	2,6	- 4,8	2,3	- 7,2	47,6	49,5	- 24,6	Okt.
1,1	3,0	- 0,9	4,0	5,5	4,8	4,4	0,6	- 1,6	2,2	- 4,5	- 3,6	42,4	Nov.
0,3	- 4,7	- 2,6	- 2,2	- 5,6	0,9	- 5,3	- 6,5	- 0,1	- 6,3	- 45,9	- 41,0	- 62,3	Dez.
1,3	- 0,8	1,8	- 2,6	12,7	14,8	16,0	- 2,1	0,2	- 2,2	72,3	66,7	3,3	2022 Jan.
0,5	- 5,5	- 2,1	- 3,4	4,6	3,7	2,5	0,9	0,1	0,8	20,6	15,8	34,9	Febr.
- 0,4	5,5	0,5	5,0	3,8	- 1,7	- 3,3	5,5	0,4	5,1	- 22,2	- 19,2	123,7	März
0,2	- 6,8	1,4	- 8,2	- 5,3	- 1,6	- 2,7	- 3,7	3,2	- 6,9	- 13,8	- 14,2	246,6	April
0,3	- 0,4	- 2,0	- 1,6	6,2	5,4	3,3	0,8	- 0,8	1,7	- 1,0	- 2,0	- 36,6	Mai
- 1,7	- 2,1	0,4	- 2,5	13,0	3,0	6,1	10,0	1,9	8,1	- 10,0	- 18,2	182,3	Juni
13,5	0,1	0,9	- 0,8	- 5,7	- 4,6	- 2,4	- 1,1	0,1	- 1,2	17,2	16,5	- 193,8	Juli

aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. 3 Stat. Brüche sind in den Veränderungsdaten ausgeschaltet (siehe auch Anmerkung * in Tabelle II,1).

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *) Passiva

Mrd €

Zeit	Einlagen von Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet								
	Bilanz- summe 1)	von Banken			insgesamt	Einlagen von Nichtbanken im Inland				Einlagen von Nicht-			
		insgesamt	im Inland	in anderen Mitglieds- ländern		zusammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist		zusammen	täglich fällig
								zusammen	darunter bis zu 2 Jahren	zusammen	darunter bis zu 3 Monaten		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende													
2012	8 226,6	1 371,0	1 135,9	235,1	3 091,4	2 985,2	1 294,9	1 072,8	320,0	617,6	528,4	77,3	31,2
2013	7 528,9	1 345,4	1 140,3	205,1	3 130,5	3 031,5	1 405,3	1 016,2	293,7	610,1	532,4	81,3	33,8
2014	7 802,3	1 324,0	1 112,3	211,7	3 197,7	3 107,4	1 514,3	985,4	298,1	607,7	531,3	79,7	34,4
2015	7 665,2	1 267,8	1 065,9	201,9	3 307,1	3 215,1	1 670,2	948,4	291,5	596,4	534,5	80,8	35,3
2016	7 792,6	1 205,2	1 033,2	172,0	3 411,3	3 318,5	1 794,8	935,3	291,2	588,5	537,0	84,2	37,2
2017	7 710,8	1 233,6	1 048,6	184,9	3 529,1	3 411,1	1 936,6	891,7	274,2	582,8	541,0	108,6	42,5
2018	7 776,0	1 213,8	1 021,8	192,0	3 642,8	3 527,0	2 075,5	872,9	267,2	578,6	541,1	104,5	45,0
2019	8 311,0	1 242,8	1 010,4	232,4	3 778,1	3 649,8	2 230,9	843,7	261,7	575,1	540,5	116,3	54,6
2020	8 943,3	1 493,2	1 237,0	256,3	4 021,6	3 836,7	2 508,4	767,8	227,1	560,5	533,2	135,1	57,0
2021	9 172,2	1 628,6	1 338,6	289,9	4 129,9	3 931,8	2 649,3	721,3	203,9	561,2	537,1	153,8	70,7
2020 Okt.	9 124,3	1 536,3	1 264,9	271,4	4 015,2	3 827,0	2 473,1	794,2	249,1	559,7	531,7	140,8	69,6
Nov.	9 096,0	1 515,4	1 245,5	269,9	4 035,0	3 846,2	2 508,7	778,0	235,3	559,6	532,0	140,2	69,0
Dez.	8 943,3	1 493,2	1 237,0	256,3	4 021,6	3 836,7	2 508,4	767,8	227,1	560,5	533,2	135,1	57,0
2021 Jan.	9 150,4	1 560,0	1 262,3	297,7	4 044,0	3 855,8	2 536,8	757,4	219,4	561,6	534,8	138,4	65,8
Febr.	9 148,1	1 584,4	1 261,7	322,7	4 053,2	3 865,2	2 552,4	750,1	214,1	562,6	536,1	137,7	68,2
März	9 261,9	1 634,1	1 336,6	297,6	4 068,3	3 876,2	2 569,2	744,7	212,3	562,3	536,2	142,2	71,0
April	9 269,2	1 659,9	1 344,1	315,8	4 079,3	3 886,3	2 588,3	735,3	205,8	562,7	536,9	143,0	70,2
Mai	9 277,1	1 661,1	1 353,0	308,1	4 103,8	3 909,2	2 614,0	732,0	205,0	563,2	537,5	146,4	70,4
Juni	9 293,7	1 670,8	1 357,4	313,4	4 088,4	3 890,3	2 605,4	722,3	198,1	562,6	537,1	151,3	76,7
Juli	9 321,9	1 682,5	1 362,0	320,4	4 110,8	3 918,9	2 638,6	718,3	196,7	562,0	536,8	146,4	74,0
Aug.	9 319,3	1 686,5	1 365,8	320,7	4 119,2	3 925,6	2 648,6	715,5	194,1	561,5	536,6	147,8	74,7
Sept.	9 325,3	1 667,9	1 354,2	313,6	4 108,9	3 913,6	2 640,2	712,7	194,3	560,7	535,9	148,8	77,1
Okt.	9 395,0	1 690,9	1 364,7	326,2	4 140,0	3 942,6	2 657,0	725,5	206,4	560,1	535,6	151,4	78,1
Nov.	9 495,5	1 718,6	1 374,9	343,8	4 154,1	3 956,1	2 678,9	717,4	200,2	559,8	535,5	151,4	82,5
Dez.	9 172,2	1 628,6	1 338,6	289,9	4 129,9	3 931,8	2 649,3	721,3	203,9	561,2	537,1	153,8	70,7
2022 Jan.	9 717,0	1 725,2	1 363,7	361,5	4 195,2	3 979,5	2 686,4	732,3	215,9	560,7	537,4	166,7	86,2
Febr.	9 842,7	1 743,7	1 369,7	374,0	4 209,7	3 993,9	2 699,7	733,4	217,5	560,8	537,7	169,3	90,1
März	9 962,9	1 737,5	1 367,8	369,8	4 212,3	3 990,1	2 690,3	740,9	226,7	559,0	536,1	177,7	99,4
April	10 268,8	1 766,8	1 384,4	382,3	4 223,7	4 003,6	2 700,1	745,6	234,6	557,9	535,2	175,5	93,4
Mai	10 258,0	1 765,9	1 393,7	372,2	4 236,1	4 013,3	2 718,3	738,4	229,4	556,5	534,0	176,2	97,1
Juni	10 428,9	1 744,4	1 384,7	359,7	4 235,0	4 008,2	2 708,8	744,7	238,3	554,7	532,4	180,5	102,7
Juli	10 267,9	1 772,1	1 383,3	388,9	4 267,5	4 041,3	2 722,8	765,5	259,2	552,9	530,7	179,4	99,0
Veränderungen 4)													
2013	- 703,6	- 106,2	- 73,9	- 32,3	39,1	47,8	111,5	- 56,3	- 26,6	- 7,3	- 4,0	- 2,6	- 3,3
2014	206,8	- 28,4	- 32,2	3,9	62,7	71,6	106,0	- 32,1	3,1	- 2,4	- 2,4	- 2,5	0,0
2015	- 191,4	- 62,1	- 50,3	- 11,9	104,1	104,8	153,2	- 37,0	- 10,1	- 11,3	4,2	- 0,4	- 0,3
2016	184,3	- 31,6	- 2,2	- 29,4	105,7	105,2	124,3	- 11,1	1,4	- 8,0	2,4	2,7	1,9
2017	8,0	30,6	14,8	15,8	124,2	107,7	145,8	- 32,5	- 15,3	- 5,6	1,5	16,4	5,8
2018	101,8	- 20,1	- 25,7	5,6	112,4	114,7	137,7	- 18,8	- 6,5	- 4,3	1,2	- 4,3	2,3
2019	483,4	12,6	- 10,0	22,6	132,1	120,0	154,1	- 30,6	- 6,6	- 3,4	- 0,6	10,6	8,7
2020	769,5	340,0	317,0	23,0	244,9	188,4	277,6	- 74,7	- 34,9	- 14,5	- 7,2	18,7	1,8
2021	207,2	133,4	103,4	30,0	107,3	96,2	141,4	- 45,8	- 23,3	0,6	3,9	16,6	13,6
2020 Nov.	12,0	8,2	8,4	- 0,1	25,6	20,2	36,4	- 16,0	- 13,6	- 0,1	0,3	4,1	3,9
Dez.	- 141,5	- 25,2	- 7,9	- 17,3	- 12,3	- 8,7	0,3	- 10,0	- 8,0	1,0	1,3	- 4,8	- 11,8
2021 Jan.	207,1	66,0	25,3	40,8	21,6	19,0	28,4	- 10,5	- 7,8	1,1	1,6	2,7	9,7
Febr.	- 2,3	24,4	- 0,7	25,1	9,0	9,2	15,5	- 7,3	- 5,3	1,0	1,3	- 0,7	2,4
März	100,0	47,8	73,8	- 26,0	13,6	9,9	15,8	- 5,6	- 1,9	- 0,3	0,1	4,0	2,5
April	21,2	27,6	8,3	19,3	12,5	11,2	20,1	- 9,4	- 6,5	0,4	0,7	1,2	- 0,6
Mai	10,7	0,6	9,1	- 8,5	24,9	23,2	26,0	- 3,2	- 0,7	0,5	0,6	3,5	0,3
Juni	5,3	8,2	3,7	4,4	- 16,6	- 19,8	- 9,4	- 9,8	- 7,1	- 0,6	- 0,4	4,5	6,1
Juli	26,3	14,4	7,4	7,0	22,3	28,6	33,2	- 4,1	- 1,4	- 0,6	- 0,3	- 4,9	- 3,1
Aug.	- 3,9	3,9	3,7	0,2	7,8	6,5	9,9	- 2,8	- 2,6	- 0,5	- 0,3	0,9	0,2
Sept.	3,0	- 19,5	- 11,7	- 7,8	- 7,3	- 8,9	- 6,5	- 1,6	0,4	- 0,8	- 0,6	0,7	2,7
Okt.	70,4	24,1	11,2	12,9	31,1	29,1	16,8	- 12,9	- 12,1	- 0,6	- 0,4	2,5	1,1
Nov.	95,5	26,4	9,6	16,7	12,9	12,5	21,1	- 8,4	- 6,2	- 0,3	- 0,1	- 0,3	4,2
Dez.	- 326,2	- 90,4	- 36,3	- 54,1	- 24,3	- 24,3	- 29,6	3,9	3,7	1,4	1,6	2,4	- 11,9
2022 Jan.	340,3	93,8	23,2	70,6	64,3	47,0	36,5	10,9	11,9	- 0,4	0,3	12,6	15,3
Febr.	128,5	19,3	6,1	13,2	14,2	14,6	13,4	1,1	1,6	0,1	0,3	2,2	3,5
März	119,7	- 6,6	- 2,1	- 4,5	2,2	- 4,2	- 9,7	7,3	9,2	- 1,8	- 1,6	8,3	9,3
April	283,1	25,1	15,6	9,5	8,0	11,0	7,5	4,1	7,2	- 0,6	- 0,4	- 3,1	- 6,6
Mai	1,1	0,7	9,8	- 9,1	- 13,6	10,6	18,9	- 6,9	- 5,0	- 1,3	- 1,2	1,0	3,9
Juni	178,6	- 24,2	- 9,7	- 14,5	- 2,8	- 6,6	- 10,7	5,9	8,5	- 1,8	- 1,6	4,1	5,6
Juli	- 165,9	26,0	- 1,6	27,6	31,3	32,3	14,3	19,9	20,2	- 1,8	- 1,7	- 1,6	- 3,7

* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier neben

den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. 1 Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1. 2 Ohne Einlagen von Zentralregie-

IV. Banken

banken in anderen Mitgliedsländern 2)				Einlagen von Zentralstaaten		Verbindlichkeiten aus Repo-geschäften mit Nicht-banken im Euro-Währungsgebiet	Geldmarkt-fonds-anteile 3)	Begebene Schuld-verschreibungen 3)		Passiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungs-gebiet	Kapital und Rücklagen	Sonstige Passivposi-tionen 1)	Zeit
mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist		insgesamt	darunter inländische Zentral-staaten			insgesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 2 Jahren 3)				
zusammen	darunter bis zu 2 Jahren	zusammen	darunter bis zu 3 Monaten										
Stand am Jahres- bzw. Monatsende													
42,3	14,7	3,8	2,8	28,9	25,9	80,4	7,3	1 233,1	56,9	611,4	487,3	1 344,7	2012
44,0	16,9	3,5	2,7	17,6	16,0	6,7	4,1	1 115,2	39,0	479,5	503,0	944,5	2013
42,0	15,9	3,3	2,7	10,6	10,5	3,4	3,5	1 077,6	39,6	535,3	535,4	1 125,6	2014
42,2	16,0	3,3	2,8	11,3	9,6	2,5	3,5	1 017,7	48,3	526,2	569,3	971,1	2015
43,9	15,8	3,1	2,6	8,6	7,9	2,2	2,4	1 030,3	47,2	643,4	591,5	906,3	2016
63,2	19,7	2,9	2,6	9,4	8,7	3,3	2,1	994,5	37,8	603,4	686,0	658,8	2017
56,7	15,8	2,8	2,5	11,3	10,5	0,8	2,4	1 034,0	31,9	575,9	695,6	610,7	2018
59,0	16,5	2,7	2,4	12,0	11,2	1,5	1,9	1 063,2	32,3	559,4	728,6	935,6	2019
75,6	30,6	2,6	2,3	49,8	48,6	9,4	2,5	1 056,9	21,2	617,6	710,8	1 031,3	2020
80,7	22,8	2,4	2,2	44,2	43,5	2,2	2,3	1 110,8	27,5	757,2	732,3	809,0	2021
68,6	25,0	2,6	2,3	47,3	46,6	1,4	2,7	1 075,1	24,6	687,8	712,4	1 093,3	2020 Okt.
68,7	24,3	2,6	2,3	48,5	47,6	9,1	2,5	1 070,0	23,3	696,7	713,1	1 054,3	Nov.
75,6	30,6	2,6	2,3	49,8	48,6	9,4	2,5	1 056,9	21,2	617,6	710,8	1 031,3	Dez.
70,0	23,7	2,6	2,3	49,7	48,3	6,3	2,5	1 058,8	19,7	790,8	708,3	979,7	2021 Jan.
67,0	20,5	2,5	2,3	50,3	48,2	4,5	2,5	1 068,3	19,6	803,5	702,4	929,4	Febr.
68,7	22,0	2,5	2,3	49,9	48,9	6,7	2,9	1 090,4	21,5	833,7	712,0	913,8	März
70,3	23,2	2,5	2,3	50,0	48,6	5,1	2,9	1 091,8	21,0	839,1	705,9	885,3	April
73,5	26,7	2,5	2,3	48,2	46,6	6,0	2,3	1 087,7	23,5	854,7	702,7	858,8	Mai
72,0	25,9	2,5	2,3	46,9	45,6	4,5	2,3	1 084,6	23,8	836,9	725,4	880,7	Juni
69,9	22,9	2,5	2,3	45,5	44,3	6,0	2,3	1 087,2	23,5	800,0	719,2	913,9	Juli
70,7	24,0	2,5	2,3	45,8	44,0	7,4	2,3	1 089,9	25,5	790,7	725,0	898,4	Aug.
69,2	22,4	2,5	2,2	46,6	45,2	7,3	2,2	1 100,5	25,1	840,1	735,9	862,6	Sept.
70,9	23,4	2,4	2,2	46,1	45,2	7,4	2,2	1 118,0	24,6	866,7	729,5	840,3	Okt.
66,4	17,4	2,4	2,2	46,6	45,5	4,2	2,1	1 123,9	26,0	883,1	736,5	872,8	Nov.
80,7	22,8	2,4	2,2	44,2	43,5	2,2	2,3	1 110,8	27,5	757,2	732,3	809,0	Dez.
78,1	20,3	2,4	2,2	48,9	45,5	3,0	2,3	1 126,9	25,3	907,4	721,2	1 036,0	2022 Jan.
76,8	19,8	2,4	2,2	46,4	42,8	2,4	2,4	1 141,1	26,2	945,9	717,7	1 080,0	Febr.
75,9	19,0	2,4	2,2	44,5	42,1	2,8	2,5	1 148,9	25,9	926,4	736,8	1 195,6	März
79,8	22,5	2,4	2,2	44,6	42,2	2,3	2,3	1 161,1	26,3	939,2	734,6	1 438,9	April
76,8	19,9	2,3	2,1	46,6	42,8	1,9	2,5	1 164,1	27,7	958,5	732,3	1 396,8	Mai
75,5	19,1	2,3	2,1	46,2	43,0	2,0	2,5	1 164,7	32,2	945,7	752,0	1 582,6	Juni
78,1	23,2	2,3	2,1	46,8	44,0	4,2	2,5	1 177,1	35,9	926,6	744,5	1 373,3	Juli
Veränderungen 4)													
- 0,5	- 2,2	- 0,3	- 0,1	- 11,3	- 10,0	- 4,1	- 3,2	- 104,9	- 17,6	- 134,1	18,9	- 417,1	2013
- 2,3	- 1,2	- 0,2	- 0,1	- 6,4	- 4,8	- 3,4	- 0,6	- 63,7	- 0,2	- 35,9	26,1	- 178,3	2014
- 0,1	0,0	0,0	0,1	- 0,4	- 1,9	- 1,0	- 0,0	- 86,8	- 7,7	- 30,3	28,0	- 143,2	2015
1,1	0,0	- 0,3	- 0,1	- 2,2	- 1,2	- 0,3	- 1,1	8,6	- 1,3	116,1	26,4	- 39,5	2016
10,8	4,2	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,0	1,1	- 0,3	- 3,3	- 8,5	- 16,1	34,1	- 162,3	2017
- 6,4	- 4,1	- 0,1	- 0,1	2,1	2,1	- 2,6	0,3	30,0	- 5,9	- 36,0	7,4	10,3	2018
2,0	0,6	- 0,1	- 0,1	1,4	1,4	5,6	- 0,5	22,3	0,1	- 47,9	30,0	329,1	2019
17,0	14,3	- 0,1	- 0,1	37,8	37,3	3,6	0,6	11,8	- 9,3	61,6	- 1,5	108,5	2020
3,1	- 8,0	- 0,2	- 0,1	- 5,5	- 5,0	- 7,9	0,3	40,6	6,9	124,9	16,6	- 207,9	2021
0,2	- 0,6	- 0,0	- 0,0	1,2	1,0	3,3	- 0,2	- 0,9	- 1,2	12,6	3,3	- 39,9	2020 Nov.
7,0	6,3	0,0	0,0	1,3	1,0	0,3	- 0,0	- 9,0	- 1,9	- 71,4	- 0,7	- 23,2	Dez.
- 7,0	- 6,9	0,0	0,0	- 0,1	- 0,2	- 3,0	- 0,0	2,8	- 0,5	173,2	- 3,7	- 49,8	2021 Jan.
- 3,1	- 3,2	- 0,0	- 0,0	0,6	- 0,2	- 1,8	- 0,0	8,9	- 0,1	12,2	- 6,2	- 48,9	Febr.
1,5	1,3	- 0,0	0,0	- 0,4	0,8	2,1	0,5	15,7	1,7	24,0	7,1	- 10,8	März
1,8	1,3	- 0,0	- 0,0	0,1	- 0,4	- 2,2	- 0,1	7,3	- 0,4	11,1	- 3,7	- 31,3	April
3,2	3,5	- 0,0	0,0	- 1,8	- 1,9	0,9	- 0,1	- 2,7	2,5	17,0	- 2,8	- 27,1	Mai
- 1,6	- 0,9	- 0,0	- 0,0	- 1,3	- 1,0	- 1,5	0,1	- 7,7	0,2	- 22,7	20,9	24,6	Juni
- 1,8	- 2,7	- 0,0	- 0,0	- 1,4	- 1,3	1,5	- 0,1	2,3	- 0,2	- 37,2	- 5,4	28,5	Juli
0,7	1,0	- 0,0	- 0,0	0,3	- 0,2	1,4	- 0,0	2,2	2,0	- 9,9	5,6	- 14,9	Aug.
- 1,9	- 1,6	- 0,0	- 0,0	0,8	1,2	- 0,1	- 0,0	7,0	- 0,5	45,5	10,0	- 32,4	Sept.
1,5	0,9	- 0,0	- 0,0	- 0,5	0,0	0,1	- 0,1	17,3	- 0,5	27,1	- 6,4	- 22,8	Okt.
- 4,5	- 6,1	- 0,0	- 0,0	0,7	0,4	- 3,2	- 0,1	1,7	1,4	11,7	5,9	40,3	Nov.
14,3	5,4	0,0	0,0	- 2,4	- 2,0	- 2,0	0,2	- 14,2	1,4	- 127,3	- 4,6	- 63,4	Dez.
- 2,7	- 2,6	- 0,0	- 0,0	4,7	2,0	0,7	- 0,0	13,4	- 2,3	146,6	- 18,3	39,8	2022 Jan.
- 1,3	- 0,5	- 0,0	- 0,0	- 2,5	- 2,7	- 0,5	0,1	15,0	- 1,0	39,4	- 3,2	44,2	Febr.
- 1,0	- 0,8	- 0,0	- 0,0	- 2,0	- 0,6	0,3	0,2	6,9	- 0,3	- 20,7	19,0	118,4	März
3,6	3,2	- 0,0	- 0,0	0,1	0,0	- 0,5	- 0,3	3,4	0,2	0,4	- 5,8	252,8	April
- 2,9	- 2,5	- 0,0	- 0,0	2,0	0,6	- 0,4	0,2	6,4	1,4	23,9	- 1,0	- 42,4	Mai
- 1,5	- 1,0	- 0,0	- 0,0	0,4	0,2	0,1	- 0,0	- 4,8	4,3	- 6,3	17,6	199,0	Juni
2,1	3,8	- 0,0	- 0,0	0,6	1,1	2,1	0,1	14,3	5,5	- 19,2	- 9,5	- 211,0	Juli

rungen. 3 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu einem Jahr zu den Geld marktpapieren; diese wurden bis Monatsbericht Januar 2002 zusam-

men mit den Geldmarktfondsanteilen veröffentlicht. 4 Statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe a. Anm. * in Tabelle II,1).

IV. Banken

2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen *)

Mrd €

Stand am Monatsende	Anzahl der berichtenden Institute	Bilanzsumme 1)	Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Beteiligungen	Sonstige Aktivpositionen 1)	
				insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:						
					Guthaben und Buchkredite	Wertpapiere von Banken		insgesamt	Buchkredite mit Befristung		Wechsel			Wertpapiere von Nichtbanken
									bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr				
Alle Bankengruppen														
2022 Febr.	1 442	9 905,7	1 142,6	2 675,9	2 203,3	470,7	4 750,0	453,5	3 587,6	0,3	694,2	94,9	1 242,3	
März	1 442	10 025,3	1 137,0	2 666,8	2 194,2	471,4	4 760,3	441,8	3 604,5	0,3	700,1	94,6	1 366,5	
April	1 441	10 333,5	1 252,2	2 589,8	2 116,4	471,2	4 780,9	454,6	3 627,3	0,4	682,1	94,6	1 615,9	
Mai	1 439	10 321,7	1 173,6	2 675,5	2 199,3	473,8	4 801,0	458,6	3 640,1	0,3	685,3	94,5	1 577,1	
Juni	1 432	10 491,7	1 143,9	2 695,5	2 222,0	470,5	4 835,6	467,9	3 657,7	0,3	692,3	94,9	1 721,8	
Juli	1 425	10 330,6	1 127,2	2 702,9	2 227,8	471,4	4 874,5	464,5	3 690,2	0,3	703,3	96,2	1 529,8	
Kreditbanken 6)														
2022 Juni	249	4 752,2	620,5	1 179,2	1 100,9	78,0	1 521,7	300,9	994,0	0,3	217,7	31,8	1 399,0	
Juli	246	4 583,0	617,8	1 165,6	1 085,7	79,6	1 542,2	299,3	1 004,3	0,2	230,6	31,6	1 225,7	
Großbanken 7)														
2022 Juni	3	2 419,2	186,5	573,9	544,6	29,3	702,5	137,7	451,2	0,0	109,9	26,3	930,0	
Juli	3	2 319,7	184,2	569,0	539,1	29,9	721,4	140,3	454,2	0,0	123,9	26,3	818,7	
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken														
2022 Juni	139	1 878,8	280,5	443,2	395,7	47,1	690,4	117,7	466,6	0,2	101,7	4,8	459,9	
Juli	136	1 814,4	288,8	436,4	388,2	48,0	687,9	113,2	470,3	0,1	100,4	4,6	396,7	
Zweigstellen ausländischer Banken														
2022 Juni	107	454,3	153,5	162,2	160,5	1,6	128,8	45,6	76,1	0,0	6,2	0,7	9,1	
Juli	107	448,8	144,8	160,1	158,5	1,6	133,0	45,9	79,8	0,0	6,3	0,7	10,3	
Landesbanken														
2022 Juni	6	916,0	108,7	251,0	200,6	50,2	428,5	51,7	334,0	0,0	38,6	8,1	119,7	
Juli	6	915,2	111,4	254,2	204,2	49,7	429,6	48,9	338,5	0,0	37,6	9,4	110,8	
Sparkassen														
2022 Juni	364	1 566,8	168,4	165,2	49,2	115,9	1 194,1	51,6	964,5	-	177,4	15,3	23,8	
Juli	364	1 575,9	164,5	170,0	53,7	116,0	1 202,1	52,0	971,2	-	178,4	15,3	24,0	
Kreditgenossenschaften														
2022 Juni	768	1 158,5	66,8	186,6	71,6	114,6	858,3	32,6	701,8	0,0	123,8	19,2	27,5	
Juli	764	1 166,6	66,1	191,0	76,2	114,2	862,7	31,9	706,9	0,0	123,8	19,4	27,4	
Realkreditinstitute														
2022 Juni	9	231,9	12,3	17,7	11,2	6,1	196,6	2,5	178,1	-	15,9	0,1	5,2	
Juli	9	233,2	13,5	16,6	10,2	6,1	197,6	2,3	179,4	-	15,8	0,1	5,4	
Bausparkassen														
2022 Juni	18	260,3	3,8	45,6	30,5	15,1	206,7	1,2	181,2	.	24,3	0,3	3,9	
Juli	18	260,0	3,6	45,1	30,1	15,0	207,5	1,3	182,0	.	24,2	0,3	3,6	
Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben														
2022 Juni	18	1 606,0	163,3	850,2	758,1	90,7	429,8	27,4	304,0	0,0	94,6	20,1	142,6	
Juli	18	1 596,7	150,3	860,5	767,7	90,8	432,9	28,7	307,8	0,0	92,8	20,1	132,8	
Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)														
2022 Juni	140	2 224,1	325,5	607,6	575,5	31,8	614,8	134,2	382,5	0,2	94,3	3,6	672,6	
Juli	141	2 192,9	336,3	603,4	570,9	32,3	654,9	153,2	389,7	0,2	107,1	3,6	594,7	
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)														
2022 Juni	33	1 769,8	172,0	445,4	415,0	30,2	486,0	88,7	306,4	0,2	88,2	2,9	663,5	
Juli	34	1 744,0	191,5	443,3	412,5	30,6	521,9	107,3	309,8	0,1	100,8	2,9	584,4	

* Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (MFIs) in Deutschland. Nicht enthalten sind Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen sowie der - ebenfalls zu den MFIs zählenden - Geldmarktfonds und der Bundesbank. Für die Abgrenzung der Positionen siehe Anm. zur Tabelle IV.3. **1** Aufgrund des Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechts vom 25. Mai 2009 enthalten die "sonstigen Aktiv- bzw. Passivpositionen" ab dem Meldetermin Dezember 2010 derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands

(Handelsbestandsderivate) i.S. des §340e Abs. 3 Satz 1 HGB i.V.m. §35 Abs. 1 Nr.1a RechKredV. Eine separate Darstellung der Handelsbestandsderivate finden Sie in der Statistischen Fachreihe Bankenstatistiken in den Tabellen I.1 bis I.3. **2** Für "Bausparkassen": Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. **3** In den Termineinlagen enthalten. **4** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 2. **5** Einschl. börsenfähiger nachrangig begebener Inhaberschuldverschreibungen; ohne nicht börsen-

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs)			Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)									Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf 5)	Kapital einschl. offener Rücklagen, Genussrechtskapital, Fonds für allgemeine Bankrisiken	Sonstige Passivpositionen 1)	Stand am Monatsende
insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:					insgesamt	darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist	Sparbriefe				
	Sichteinlagen	Termineinlagen		Sichteinlagen	Termineinlagen mit Befristung 2)		Nachrichtlich: Verbindlichkeiten aus Repos 3)								
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr 2)										
Alle Bankengruppen															
2 500,1	780,9	1 719,2	4 399,0	2 899,0	257,2	652,0	60,1	566,7	543,1	24,1	1 233,5	569,5	1 203,6	2022	Febr.
2 481,6	770,4	1 711,2	4 395,3	2 895,6	260,1	650,7	50,7	564,8	541,5	24,1	1 255,4	576,7	1 316,3		März
2 498,2	741,2	1 756,9	4 431,3	2 907,0	287,1	649,5	62,5	563,7	540,5	23,9	1 263,1	578,7	1 562,2		April
2 521,3	783,2	1 738,1	4 438,7	2 941,4	263,1	648,0	62,5	562,3	539,3	24,0	1 261,9	579,5	1 520,4		Mai
2 484,9	772,6	1 712,3	4 439,4	2 937,1	272,0	645,8	62,8	560,4	537,6	24,0	1 273,7	585,7	1 708,0		Juni
2 490,7	743,1	1 747,6	4 476,6	2 950,6	296,0	647,2	65,6	558,6	535,9	24,2	1 274,3	586,4	1 502,6		Juli
Kreditbanken 6)															
1 289,6	578,1	711,5	1 754,4	1 249,1	156,6	237,3	61,8	101,6	98,1	9,7	181,4	198,3	1 328,6	2022	Juni
1 283,1	553,1	729,9	1 763,7	1 253,0	162,5	237,4	64,4	101,3	97,9	9,5	181,5	197,7	1 156,9		Juli
Großbanken 7)															
520,9	208,2	312,7	830,9	587,5	79,1	76,7	25,3	86,4	83,6	1,1	134,1	71,5	861,8	2022	Juni
510,5	196,9	313,5	845,0	594,8	86,0	77,0	31,9	86,2	83,4	1,1	135,0	71,6	757,6		Juli
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken															
508,9	219,6	289,3	754,4	537,3	56,5	137,2	36,5	14,8	14,2	8,5	46,9	112,3	456,3	2022	Juni
517,5	215,7	301,8	751,2	536,3	56,1	135,8	32,5	14,7	14,1	8,3	46,1	110,7	388,9		Juli
Zweigstellen ausländischer Banken															
259,7	150,3	109,4	169,1	124,3	21,0	23,4	–	0,4	0,4	0,1	0,5	14,6	10,5	2022	Juni
255,1	140,6	114,6	167,5	121,9	20,5	24,6	–	0,4	0,4	0,1	0,4	15,4	10,4		Juli
Landesbanken															
285,3	57,4	227,8	277,0	158,1	43,1	70,2	0,7	5,6	5,6	0,0	185,3	43,1	125,4	2022	Juni
288,1	52,0	236,1	286,8	152,9	57,4	70,8	0,7	5,6	5,5	0,0	184,8	43,1	112,5		Juli
Sparkassen															
207,4	5,7	201,7	1 157,3	846,5	12,3	14,1	–	274,4	259,0	10,1	15,7	136,2	50,2	2022	Juni
207,4	2,6	204,8	1 166,7	854,8	14,1	14,0	–	273,4	258,0	10,3	15,7	137,2	48,9		Juli
Kreditgenossenschaften															
177,0	2,5	174,5	838,9	610,0	29,0	17,6	–	178,4	174,5	4,0	8,9	100,2	33,5	2022	Juni
177,8	1,5	176,3	846,4	617,9	28,8	17,8	–	177,8	174,0	4,1	8,9	100,6	32,9		Juli
Realkreditinstitute															
61,7	3,9	57,7	53,3	2,5	4,4	46,5	–	–	–	–	100,3	10,3	6,2	2022	Juni
62,0	3,8	58,2	53,8	2,5	4,9	46,5	–	–	–	–	100,8	10,4	6,2		Juli
Bausparkassen															
39,7	3,5	36,2	193,7	3,9	1,6	187,7	–	0,5	0,5	0,1	4,5	12,2	10,1	2022	Juni
39,8	3,1	36,7	193,6	3,9	1,6	187,6	–	0,5	0,5	0,1	4,6	12,1	10,0		Juli
Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben															
424,3	121,4	302,9	164,7	67,1	25,1	72,4	0,3	–	–	–	777,6	85,3	154,1	2022	Juni
432,5	127,0	305,6	165,6	65,6	26,7	73,1	0,6	–	–	–	778,1	85,3	135,1		Juli
Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)															
724,6	377,8	346,8	693,2	517,6	54,7	97,9	10,6	20,4	20,1	2,6	44,3	86,7	675,3	2022	Juni
742,4	363,5	378,8	715,9	528,6	65,1	99,3	34,1	20,3	20,0	2,6	44,6	95,7	594,2		Juli
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)															
464,9	227,5	237,4	524,1	393,3	33,7	74,6	10,6	20,0	19,8	2,5	43,8	72,1	664,8	2022	Juni
487,3	223,0	264,3	548,5	406,7	44,6	74,7	34,1	19,9	19,7	2,5	44,2	80,3	583,8		Juli

fähige Inhaberschuldverschreibungen. 6 Die Kreditbanken umfassen die Untergruppen "Großbanken", "Regionalbanken und sonstige Kreditbanken" und "Zweigstellen ausländischer Banken". 7 Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG (bis Nov. 2009), Commerzbank AG, UniCredit Bank AG (vormals Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG), Deutsche Postbank AG (ab Dezember 2004 bis April 2018) und DB Privat- und Firmenkundenbank AG (ab Mai 2018) (siehe Erläuterungen in der Statistischen

Fachreihe Bankenstatistiken, Tabelle 1.3, Bankengruppenbezeichnung "Großbanken". 8 Summe der in anderen Bankengruppen enthaltenen Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken sowie der Gruppe (rechtlich unselbständiger) "Zweigstellen ausländischer Banken". 9 Ausgliederung der in anderen Bankengruppen enthaltenen rechtlich selbständigen Banken (MFIs) im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken.

IV. Banken

3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland *)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Eurowährungen	Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	Kredite an inländische Banken (MFIs)						Kredite an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)				
			insgesamt	Guthaben und Buchkredite	Wechsel	börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Buchkredite	Wechsel	Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken 1)
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2012	18,5	134,3	1 655,0	1 229,1	-	2,4	423,5	2,4	3 220,4	2 785,5	0,6	2,2	432,1
2013	18,5	85,6	1 545,6	1 153,1	0,0	1,7	390,8	2,2	3 131,6	2 692,6	0,5	1,2	437,2
2014	18,9	81,3	1 425,9	1 065,6	0,0	2,1	358,2	1,7	3 167,3	2 712,2	0,4	0,7	454,0
2015	19,2	155,0	1 346,6	1 062,6	0,0	1,7	282,2	1,7	3 233,9	2 764,0	0,4	0,4	469,0
2016	25,8	284,0	1 364,9	1 099,8	0,0	0,8	264,3	2,0	3 274,3	2 823,8	0,3	0,4	449,8
2017	31,9	392,5	1 407,5	1 163,4	0,0	0,7	243,4	1,9	3 332,6	2 894,0	0,4	0,7	437,5
2018	40,4	416,1	1 323,5	1 083,8	0,0	0,8	239,0	5,9	3 394,5	2 990,2	0,2	0,2	403,9
2019	43,2	476,6	1 254,7	1 016,2	0,0	0,7	237,9	4,5	3 521,5	3 119,2	0,3	3,3	398,7
2020	47,2	792,9	1 367,9	1 119,7	0,0	0,7	247,5	8,8	3 647,0	3 245,1	0,2	4,0	397,7
2021	49,4	905,0	1 409,6	1 163,7	-	0,5	245,3	10,3	3 798,1	3 392,4	0,3	2,6	402,8
2021 Febr.	45,0	929,2	1 382,3	1 130,2	0,0	1,0	251,1	9,6	3 669,3	3 261,7	0,2	7,4	400,0
März	45,5	983,4	1 419,4	1 160,8	0,0	0,9	257,7	9,8	3 699,1	3 287,5	0,2	6,7	404,7
April	44,7	1 062,1	1 362,4	1 105,7	0,0	0,9	255,8	9,8	3 693,9	3 287,5	0,2	5,6	400,5
Mai	45,4	1 044,7	1 423,6	1 167,3	0,0	0,9	255,4	10,1	3 709,6	3 300,2	0,1	4,6	404,7
Juni	46,1	1 042,8	1 409,7	1 153,8	0,0	0,8	255,1	10,3	3 709,2	3 305,7	0,2	5,8	397,6
Juli	46,3	1 059,2	1 372,0	1 118,1	0,0	0,8	253,2	10,3	3 725,3	3 322,9	0,2	6,1	396,2
Aug.	46,5	1 015,2	1 425,2	1 172,4	0,0	0,8	252,1	10,3	3 736,4	3 332,8	0,1	5,7	397,8
Sept.	47,1	1 054,9	1 399,9	1 147,7	0,0	0,7	251,5	10,3	3 749,8	3 341,9	0,1	4,4	403,3
Okt.	47,6	1 052,4	1 419,3	1 167,7	0,0	0,7	250,9	10,3	3 770,2	3 366,9	0,2	5,0	398,0
Nov.	47,9	1 068,7	1 432,2	1 183,6	-	0,7	248,0	10,0	3 794,0	3 386,4	0,2	5,6	401,9
Dez.	49,4	905,0	1 409,6	1 163,7	-	0,5	245,3	10,3	3 798,1	3 392,4	0,3	2,6	402,8
2022 Jan.	47,4	1 066,0	1 439,2	1 191,8	-	0,7	246,7	10,1	3 812,8	3 409,0	0,2	3,1	400,5
Febr.	47,2	1 094,0	1 453,6	1 204,6	-	0,3	248,7	10,0	3 826,5	3 426,0	0,2	5,0	395,3
März	49,5	1 086,3	1 442,6	1 195,1	-	0,3	247,3	10,0	3 853,8	3 449,0	0,2	3,3	401,3
April	50,4	1 200,5	1 360,3	1 112,8	-	0,6	246,9	9,9	3 866,6	3 470,0	0,2	3,5	392,9
Mai	49,4	1 122,8	1 452,7	1 202,9	-	0,7	249,1	9,9	3 886,7	3 488,9	0,2	3,2	394,4
Juni	51,1	1 090,9	1 462,8	1 214,8	-	0,8	247,2	9,8	3 906,6	3 513,4	0,2	3,7	389,3
Juli	41,6	1 084,2	1 454,9	1 206,8	-	0,8	247,2	9,8	3 945,1	3 539,1	0,2	3,6	402,3
Veränderungen *)													
2013	+ 0,0	- 48,8	- 204,1	- 170,6	+ 0,0	- 0,7	- 32,7	- 0,2	+ 4,4	+ 0,3	- 0,1	- 0,6	+ 4,8
2014	+ 0,4	- 4,3	- 119,3	- 87,1	+ 0,0	+ 0,4	- 32,6	+ 0,1	+ 36,7	+ 20,6	- 0,1	- 0,6	+ 16,8
2015	+ 0,3	+ 73,7	- 80,7	- 4,3	- 0,0	- 0,4	- 75,9	- 0,1	+ 68,9	+ 54,1	- 0,0	- 0,3	+ 15,1
2016	+ 6,5	+ 129,1	+ 48,1	+ 66,9	-	- 0,9	- 17,9	+ 0,4	+ 43,7	+ 62,8	- 0,1	- 0,1	- 18,9
2017	+ 6,1	+ 108,4	+ 50,3	+ 70,4	- 0,0	+ 0,0	- 20,1	- 0,1	+ 57,0	+ 70,2	+ 0,0	+ 0,4	- 13,6
2018	+ 8,5	+ 24,0	- 81,0	- 76,6	+ 0,0	+ 0,1	- 4,4	+ 3,8	+ 71,5	+ 105,4	- 0,1	- 0,5	- 33,2
2019	+ 2,8	+ 59,7	- 63,0	- 61,1	- 0,0	- 0,2	- 1,6	- 1,4	+ 126,7	+ 129,1	+ 0,1	+ 3,1	- 5,5
2020	+ 4,1	+ 316,4	+ 201,2	+ 191,6	- 0,0	+ 0,0	+ 9,6	+ 4,3	+ 123,2	+ 123,6	- 0,1	+ 0,7	- 1,0
2021	+ 2,2	+ 111,8	+ 44,1	+ 46,3	- 0,0	- 0,2	- 2,0	+ 1,5	+ 152,2	+ 147,8	+ 0,0	- 2,2	+ 6,6
2021 Febr.	+ 0,3	- 79,9	+ 98,9	+ 97,8	-	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,4	+ 15,3	+ 11,0	- 0,0	+ 0,7	+ 3,6
März	+ 0,6	+ 54,3	+ 37,1	+ 30,6	-	+ 0,1	+ 6,6	+ 0,2	+ 29,7	+ 25,6	- 0,0	- 1,4	+ 5,4
April	- 0,8	+ 78,7	- 56,7	- 54,9	- 0,0	- 0,1	- 1,7	+ 0,0	- 5,2	+ 0,0	- 0,0	- 1,1	- 4,1
Mai	+ 0,8	- 17,5	+ 61,2	+ 61,6	-	+ 0,0	- 0,4	+ 0,4	+ 15,6	+ 12,5	- 0,0	- 1,1	+ 4,2
Juni	+ 0,6	- 1,9	- 13,6	- 13,3	- 0,0	- 0,1	- 0,3	+ 0,1	- 0,4	+ 5,5	+ 0,0	+ 1,3	- 7,1
Juli	+ 0,2	+ 15,3	- 35,1	- 33,1	-	- 0,0	- 1,9	+ 0,1	+ 16,1	+ 17,2	+ 0,0	+ 0,3	- 1,4
Aug.	+ 0,2	- 43,8	+ 53,4	+ 54,4	-	+ 0,1	- 1,1	- 0,0	+ 10,9	+ 9,7	- 0,0	- 0,5	+ 1,7
Sept.	+ 0,6	+ 39,7	- 26,2	- 25,5	+ 0,0	- 0,1	- 0,6	- 0,0	+ 13,5	+ 9,2	+ 0,0	- 1,2	+ 5,4
Okt.	+ 0,5	- 2,4	+ 19,5	+ 20,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,5	- 0,1	+ 20,5	+ 25,1	+ 0,0	+ 0,6	- 5,2
Nov.	+ 0,3	+ 16,6	+ 12,9	+ 15,9	- 0,0	- 0,0	- 2,9	- 0,3	+ 25,5	+ 20,4	+ 0,0	+ 0,6	+ 4,5
Dez.	+ 1,6	- 163,6	- 22,4	- 19,6	-	- 0,1	- 2,7	+ 0,3	+ 4,3	+ 6,2	+ 0,1	- 3,0	+ 0,9
2022 Jan.	- 2,0	+ 161,0	+ 27,8	+ 26,3	-	+ 0,1	+ 1,4	- 0,3	+ 14,7	+ 16,6	- 0,1	+ 0,5	- 2,3
Febr.	- 0,2	+ 28,0	+ 13,1	+ 11,5	-	- 0,4	+ 2,0	- 0,1	+ 15,1	+ 18,4	+ 0,0	+ 1,9	- 5,2
März	+ 2,3	- 7,8	- 10,9	- 9,5	-	- 0,0	- 1,4	- 0,0	+ 27,3	+ 23,0	- 0,0	- 1,7	+ 6,0
April	+ 0,9	+ 114,2	- 82,3	- 82,3	-	+ 0,3	- 0,4	- 0,0	+ 13,1	+ 21,3	+ 0,0	+ 0,2	- 8,4
Mai	- 1,0	- 77,7	+ 92,4	+ 90,0	-	+ 0,1	+ 2,3	- 0,0	+ 20,1	+ 18,9	- 0,1	- 0,3	+ 1,5
Juni	+ 1,7	- 31,9	+ 10,1	+ 11,9	-	+ 0,1	- 1,9	- 0,1	+ 19,9	+ 24,5	- 0,0	+ 0,5	- 5,1
Juli	- 9,5	- 6,8	- 7,5	- 7,6	-	+ 0,1	- 0,0	- 0,1	+ 36,2	+ 23,5	+ 0,0	- 0,1	+ 12,8

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Schuldverschreibungen aus

dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. 2 Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen, Namensgeldmarktpapieren, nicht börsen-

IV. Banken

Ausgleichs- forderungen 2)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	Beteiligun- gen an in- ländischen Banken und Unter- nehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Banken (MFIs) 3)					Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Zeit	
			insgesamt	Sicht- einlagen 4)	Termin- ein- lagen 4)	weiter- gegebene Wechsel 5)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	insgesamt	Sicht- ein- lagen 6)	Termin- ein- lagen 6)	Spar- ein- lagen 7)	Spar- briefe 8)		Nach- richtlich: Treuhand- kredite
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
-	34,8	90,0	1 135,5	132,9	1 002,6	0,0	36,3	3 090,2	1 306,5	1 072,5	617,6	93,6	34,9	2012
-	31,6	92,3	1 140,3	125,6	1 014,7	0,0	33,2	3 048,7	1 409,9	952,0	610,1	76,6	32,9	2013
-	26,5	94,3	1 111,9	127,8	984,0	0,0	11,7	3 118,2	1 517,8	926,7	607,8	66,0	30,9	2014
-	20,4	89,6	1 065,6	131,1	934,5	0,0	6,1	3 224,7	1 673,7	898,4	596,5	56,1	29,3	2015
-	19,1	91,0	1 032,9	129,5	903,3	0,1	5,6	3 326,7	1 798,2	889,6	588,5	50,4	28,8	2016
-	19,1	88,1	1 048,2	110,7	937,4	0,0	5,1	3 420,9	1 941,0	853,2	582,9	43,7	30,0	2017
-	18,0	90,9	1 020,9	105,5	915,4	0,0	4,7	3 537,6	2 080,1	841,5	578,6	37,3	33,9	2018
-	17,3	90,4	1 010,2	107,2	902,9	0,0	4,4	3 661,0	2 236,3	816,2	575,2	33,2	32,5	2019
-	23,5	78,3	1 236,7	125,0	1 111,6	0,0	13,1	3 885,2	2 513,0	783,3	560,6	28,3	34,4	2020
-	25,7	79,2	1 338,4	117,2	1 221,3	0,0	16,4	3 976,3	2 654,6	736,0	561,2	24,5	34,2	2021
-	24,0	78,2	1 260,6	138,0	1 122,5	0,0	14,2	3 913,7	2 557,5	766,1	562,6	27,5	34,3	2021 Febr.
-	24,3	78,3	1 336,0	135,4	1 200,6	0,0	14,7	3 925,8	2 575,2	761,2	562,3	27,1	34,4	März
-	24,5	77,7	1 343,0	136,2	1 206,8	0,0	15,1	3 935,7	2 594,6	751,6	562,8	26,8	34,4	April
-	24,7	78,6	1 351,9	140,0	1 211,9	0,0	15,5	3 956,3	2 620,5	746,2	563,2	26,3	34,6	Mai
-	25,0	78,7	1 357,0	132,7	1 224,3	0,0	15,8	3 936,4	2 612,1	735,7	562,6	26,1	34,6	Juni
-	25,1	78,1	1 360,7	136,1	1 224,5	0,0	15,9	3 964,6	2 646,0	730,7	562,0	25,9	34,5	Juli
-	25,2	78,2	1 364,7	135,3	1 229,4	0,0	16,1	3 971,0	2 656,0	727,8	561,5	25,6	34,3	Aug.
-	25,2	79,0	1 353,8	128,9	1 224,9	0,0	16,2	3 960,3	2 647,9	726,1	560,7	25,5	34,1	Sept.
-	25,1	79,0	1 363,6	132,9	1 230,7	0,0	16,2	3 989,1	2 664,3	739,3	560,1	25,3	33,9	Okt.
-	25,2	79,1	1 373,9	135,2	1 238,6	0,0	16,3	4 002,4	2 685,9	731,8	559,9	24,8	33,6	Nov.
-	25,7	79,2	1 338,4	117,2	1 221,3	0,0	16,4	3 976,3	2 654,6	736,0	561,2	24,5	34,2	Dez.
-	25,7	78,6	1 363,7	137,2	1 226,5	0,0	16,4	4 025,9	2 690,9	750,0	560,9	24,2	33,9	2022 Jan.
-	25,7	78,7	1 369,7	140,5	1 229,2	0,0	16,6	4 037,8	2 704,5	748,5	560,9	23,9	33,8	Febr.
-	25,8	78,7	1 367,7	137,7	1 230,1	0,0	16,5	4 033,7	2 695,6	755,2	559,0	23,9	33,8	März
-	25,9	78,7	1 384,4	140,6	1 243,8	0,0	16,7	4 046,7	2 705,6	759,4	557,9	23,8	33,8	April
-	26,2	78,6	1 393,7	142,7	1 251,0	0,0	17,1	4 056,8	2 724,3	752,1	556,6	23,8	33,6	Mai
-	26,1	78,8	1 384,7	147,1	1 237,6	0,0	16,9	4 051,8	2 714,4	758,8	554,8	23,8	33,4	Juni
-	25,9	80,3	1 383,3	134,3	1 249,0	0,0	16,6	4 086,4	2 729,0	780,4	553,0	24,1	33,0	Juli
Veränderungen *)														
-	3,3	+ 2,4	- 79,4	- 24,1	- 55,3	+ 0,0	- 3,4	+ 40,2	+ 118,4	- 53,9	- 7,4	- 17,0	- 1,7	2013
-	- 1,9	+ 2,0	- 29,0	+ 2,2	- 31,2	- 0,0	- 0,6	+ 69,7	+ 107,9	- 25,3	- 2,4	- 10,6	- 2,0	2014
-	- 2,1	- 4,3	- 46,6	+ 3,3	- 50,0	+ 0,0	- 1,3	+ 106,5	+ 156,2	- 28,3	- 11,3	- 10,1	- 1,6	2015
-	- 1,3	+ 1,5	- 1,7	+ 0,3	- 2,0	+ 0,0	- 0,5	+ 104,7	+ 124,5	- 6,9	- 7,9	- 5,0	- 0,5	2016
-	- 0,0	- 1,6	+ 11,0	- 18,4	+ 29,4	- 0,0	- 0,5	+ 103,1	+ 142,8	- 27,5	- 5,6	- 6,7	+ 0,4	2017
-	- 1,0	+ 3,1	- 25,0	- 3,1	- 21,9	+ 0,0	- 0,4	+ 117,0	+ 139,3	- 10,8	- 4,3	- 6,5	+ 3,9	2018
-	- 0,7	+ 0,1	- 8,6	+ 1,6	- 10,2	+ 0,0	- 0,3	+ 122,5	+ 155,8	- 25,7	- 3,4	- 4,1	- 1,4	2019
-	+ 5,7	- 3,3	+ 313,4	+ 23,2	+ 290,2	- 0,0	+ 8,2	+ 221,6	+ 273,7	- 32,7	- 14,5	- 4,9	+ 1,9	2020
-	+ 2,3	+ 1,0	+ 105,2	- 7,4	+ 112,6	+ 0,0	+ 3,3	+ 95,3	+ 144,3	- 46,2	+ 0,7	- 3,5	- 0,2	2021
-	+ 0,3	+ 0,1	- 1,2	- 2,4	+ 1,2	- 0,0	+ 0,6	+ 9,1	+ 15,4	- 7,0	+ 1,0	- 0,4	- 0,0	2021 Febr.
-	+ 0,3	+ 0,1	+ 75,1	- 2,6	+ 77,7	-	+ 0,5	+ 12,2	+ 17,7	- 4,8	- 0,3	- 0,4	+ 0,1	März
-	+ 0,2	- 0,6	+ 7,1	+ 0,8	+ 6,3	+ 0,0	+ 0,3	+ 9,8	+ 19,6	- 9,8	+ 0,4	- 0,3	- 0,0	April
-	+ 0,3	+ 0,3	+ 8,9	+ 3,9	+ 5,0	-	+ 0,5	+ 20,6	+ 26,0	- 5,3	+ 0,5	- 0,5	+ 0,2	Mai
-	+ 0,2	+ 0,1	+ 5,0	- 7,3	+ 12,3	+ 0,0	+ 0,3	- 19,8	- 8,5	- 10,5	- 0,6	- 0,2	- 0,0	Juni
-	+ 0,1	+ 0,1	+ 6,6	+ 3,5	+ 3,1	-	+ 0,1	+ 28,2	+ 33,9	- 5,0	- 0,6	- 0,2	- 0,1	Juli
-	+ 0,2	+ 0,1	+ 4,1	- 0,8	+ 4,9	- 0,0	+ 0,2	+ 6,4	+ 10,0	- 2,9	- 0,5	- 0,2	- 0,2	Aug.
-	+ 0,0	+ 0,7	- 10,6	- 6,4	- 4,2	+ 0,0	+ 0,1	- 6,7	- 5,4	- 0,3	- 0,8	- 0,2	- 0,2	Sept.
-	- 0,1	+ 0,1	+ 10,5	+ 4,0	+ 6,5	+ 0,0	+ 0,0	+ 28,8	+ 16,4	+ 13,2	- 0,6	- 0,2	- 0,2	Okt.
-	+ 0,1	+ 0,1	+ 10,2	+ 2,3	+ 7,9	-	+ 0,1	+ 13,3	+ 21,5	- 7,6	- 0,2	- 0,3	- 0,3	Nov.
-	+ 0,5	+ 0,1	- 35,4	- 18,0	- 17,4	- 0,0	+ 0,0	- 25,9	- 31,2	+ 4,1	+ 1,4	- 0,2	+ 0,6	Dez.
-	- 0,0	- 0,6	+ 23,5	+ 18,3	+ 5,2	- 0,0	+ 0,0	+ 49,6	+ 36,3	+ 14,1	- 0,4	- 0,4	- 0,3	2022 Jan.
-	+ 0,0	+ 0,1	+ 6,0	+ 3,3	+ 2,7	- 0,0	+ 0,2	+ 11,9	+ 13,6	- 1,6	+ 0,1	- 0,2	- 0,2	Febr.
-	+ 0,1	+ 0,0	- 1,9	- 2,8	+ 0,8	-	- 0,0	- 4,1	- 9,0	+ 6,6	- 1,8	+ 0,0	-	März
-	+ 0,2	- 0,0	+ 16,7	+ 3,0	+ 13,7	-	+ 0,2	+ 13,0	+ 9,5	+ 4,2	- 0,6	- 0,1	+ 0,0	April
-	+ 0,3	- 0,1	+ 9,4	+ 2,2	+ 7,2	- 0,0	+ 0,3	+ 10,1	+ 18,8	- 7,3	- 1,3	+ 0,0	- 0,2	Mai
-	- 0,1	+ 0,2	- 9,0	+ 4,4	- 13,4	- 0,0	- 0,2	- 5,0	- 9,9	+ 6,7	- 1,8	- 0,0	- 0,1	Juni
-	- 0,2	+ 1,5	- 1,6	- 12,8	+ 11,2	-	- 0,3	+ 33,9	+ 14,7	+ 20,7	- 1,8	+ 0,3	- 0,5	Juli

fähigen Inhaberschuldverschreibungen; einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten.
4 Einschl. Verbindlichkeiten aus geldpolitischen Geschäften mit der Bundesbank.
5 Eigene Akzente und Solawechsel im Umlauf. 6 Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu

Tab. IV.12. 7 Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 8. 8 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland *)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Nicht-Eurowährungen	Kredite an ausländische Banken (MFIs)							Kredite an ausländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)					
		insgesamt	Guthaben und Buchkredite, Wechsel			börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Buchkredite, Wechsel			Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken
			zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig					zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2012	0,8	1 046,0	813,5	545,5	268,1	5,4	227,0	2,6	729,0	442,2	105,1	337,1	9,0	277,8
2013	0,2	1 019,7	782,4	546,6	235,8	7,2	230,1	2,5	701,0	404,9	100,3	304,6	8,2	287,8
2014	0,2	1 125,2	884,8	618,7	266,1	7,9	232,5	1,1	735,1	415,2	94,4	320,8	6,5	313,5
2015	0,3	1 066,9	830,7	555,9	274,7	1,2	235,0	1,0	751,5	424,3	83,8	340,5	7,5	319,7
2016	0,3	1 055,9	820,6	519,8	300,7	0,5	234,9	1,0	756,2	451,6	90,1	361,4	5,0	299,6
2017	0,3	963,8	738,2	441,0	297,2	0,7	225,0	2,3	723,9	442,2	93,3	348,9	4,2	277,5
2018	0,2	1 014,1	771,9	503,8	268,1	1,0	241,3	3,0	762,0	489,6	99,9	389,7	4,3	268,1
2019	0,2	1 064,2	814,0	532,7	281,3	1,8	248,5	3,7	795,3	513,1	111,0	402,1	7,7	274,5
2020	0,2	1 024,3	784,8	532,1	252,8	2,6	236,8	4,0	822,8	523,0	125,4	397,5	11,3	288,5
2021	0,3	1 100,7	877,5	614,7	262,7	0,4	222,8	3,5	871,2	572,2	151,5	420,7	8,0	290,9
2021 Febr.	0,6	1 146,4	912,7	659,6	253,1	2,2	231,5	3,8	853,6	548,2	150,4	397,7	14,7	290,7
März	0,2	1 140,4	908,0	646,7	261,3	2,3	230,1	3,8	864,8	559,3	153,3	406,1	11,9	293,5
April	0,2	1 172,3	943,1	680,7	262,3	2,3	227,0	3,9	855,5	555,5	152,6	402,9	13,0	287,0
Mai	0,2	1 157,2	928,1	669,8	258,3	2,4	226,8	3,9	846,1	550,1	147,3	402,8	11,9	284,2
Juni	0,4	1 159,3	930,3	666,6	263,7	2,5	226,4	3,9	855,1	551,6	146,7	404,9	10,5	293,0
Juli	0,4	1 139,3	910,4	651,3	259,1	1,9	227,0	3,8	867,2	565,0	158,4	406,6	13,1	289,2
Aug.	0,4	1 125,9	899,8	647,9	251,8	1,6	224,5	3,7	867,4	566,7	158,7	407,9	15,3	285,5
Sept.	0,3	1 113,1	885,7	634,6	251,1	1,1	226,3	3,6	876,0	569,3	156,6	412,7	15,1	291,6
Okt.	0,3	1 166,7	940,5	672,2	268,2	0,9	225,3	3,5	878,0	579,6	164,1	415,5	17,7	280,6
Nov.	0,3	1 164,8	940,3	674,7	265,6	0,8	223,7	3,4	888,2	585,6	164,4	421,2	14,3	288,3
Dez.	0,3	1 100,7	877,5	614,7	262,7	0,4	222,8	3,5	871,2	572,2	151,5	420,7	8,0	290,9
2022 Jan.	0,3	1 200,2	977,7	714,1	263,6	1,2	221,3	3,5	911,6	610,7	187,0	423,7	10,3	290,7
Febr.	0,5	1 222,3	998,7	734,3	264,4	1,6	222,0	3,6	923,5	615,2	191,4	423,7	9,4	298,9
März	0,5	1 224,2	999,2	729,8	269,4	1,0	224,1	3,6	906,5	597,4	171,8	425,6	10,3	298,9
April	0,6	1 229,5	1 003,6	734,1	269,6	1,6	224,3	3,6	914,4	612,0	180,9	431,1	13,1	289,2
Mai	0,6	1 222,8	996,5	730,7	265,8	1,7	224,7	3,6	914,3	609,9	182,1	427,9	13,5	290,9
Juni	0,6	1 232,7	1 007,2	742,2	265,0	2,2	223,3	3,6	929,1	612,4	181,1	431,2	13,7	303,0
Juli	0,6	1 248,0	1 021,1	748,0	273,1	2,7	224,2	3,5	929,4	615,7	177,0	438,7	12,7	301,0
Veränderungen *)														
2013	- 0,5	- 22,7	- 26,9	- 1,3	- 25,6	+ 1,8	+ 2,4	- 0,0	- 21,2	- 33,1	- 5,8	- 27,2	- 0,7	+ 12,6
2014	- 0,0	+ 86,1	+ 80,1	+ 63,2	+ 16,8	+ 0,7	+ 5,3	- 0,6	+ 5,7	- 10,2	- 12,8	+ 2,7	- 1,8	+ 17,7
2015	+ 0,1	- 91,8	- 86,0	- 82,2	- 3,8	- 6,7	+ 0,8	- 0,1	- 6,1	- 9,2	- 6,5	- 2,7	+ 1,1	+ 2,0
2016	+ 0,0	- 25,5	- 14,5	- 38,2	+ 23,7	- 0,7	- 10,3	- 0,0	+ 17,4	+ 28,9	+ 10,1	+ 18,8	- 3,0	- 8,5
2017	+ 0,0	- 57,2	- 48,7	- 61,5	+ 12,8	+ 0,0	- 8,5	+ 0,6	- 4,7	+ 13,0	+ 8,6	+ 4,4	+ 0,7	- 18,4
2018	+ 0,0	+ 49,6	+ 34,0	+ 57,7	- 23,7	+ 0,2	+ 15,3	+ 0,7	+ 18,3	+ 28,3	+ 3,2	+ 25,2	- 0,4	- 9,7
2019	- 0,0	- 4,1	- 11,3	- 21,9	+ 10,7	+ 0,8	+ 6,3	+ 0,7	+ 26,8	+ 19,9	+ 12,7	+ 7,3	+ 3,0	+ 3,8
2020	- 0,0	- 32,0	- 22,4	- 6,6	- 15,8	+ 0,9	- 10,5	+ 0,3	+ 34,4	+ 14,7	+ 9,0	+ 5,7	+ 3,6	+ 16,1
2021	+ 0,0	+ 52,8	+ 71,1	+ 68,9	+ 2,2	- 2,5	- 15,8	- 0,5	+ 37,8	+ 39,7	+ 29,8	+ 9,9	- 3,2	+ 1,4
2021 Febr.	+ 0,3	+ 11,1	+ 14,7	+ 14,0	+ 0,7	- 0,4	- 3,2	- 0,1	+ 6,3	+ 9,0	+ 7,5	+ 1,5	+ 0,7	- 3,5
März	- 0,3	- 11,7	- 10,1	- 15,8	+ 5,6	+ 0,1	- 1,7	+ 0,0	+ 3,9	+ 4,9	+ 0,7	+ 4,1	- 2,8	+ 1,8
April	- 0,0	+ 37,7	+ 40,7	+ 36,8	+ 3,9	- 0,1	- 2,9	+ 0,1	- 4,0	+ 0,6	+ 0,7	- 0,0	+ 1,1	- 5,6
Mai	+ 0,0	- 14,9	- 14,6	- 11,5	- 3,1	- 0,1	- 0,3	+ 0,0	- 7,7	- 4,2	- 4,4	+ 0,2	- 0,9	- 2,6
Juni	+ 0,2	- 4,1	- 3,7	- 6,3	+ 2,6	+ 0,1	- 0,5	- 0,0	+ 4,9	- 1,8	- 1,7	- 0,2	- 1,5	+ 8,2
Juli	+ 0,0	- 21,8	- 20,5	- 15,7	- 4,8	- 0,6	- 0,7	- 0,1	+ 12,9	+ 13,0	+ 11,7	+ 1,4	+ 2,6	- 2,8
Aug.	- 0,0	- 13,9	- 11,2	- 3,6	- 7,6	- 0,2	- 2,5	- 0,1	- 0,1	+ 1,4	+ 0,3	+ 1,1	+ 2,2	- 3,8
Sept.	- 0,1	- 18,7	- 19,8	- 17,0	- 2,9	- 0,6	+ 1,7	- 0,1	+ 10,0	+ 4,6	+ 1,2	+ 3,4	- 0,2	+ 5,6
Okt.	+ 0,0	+ 54,3	+ 55,5	+ 38,3	+ 17,3	- 0,1	- 1,1	- 0,1	+ 1,5	+ 9,9	+ 7,6	+ 2,3	+ 2,6	- 11,0
Nov.	- 0,0	- 5,7	- 3,9	+ 0,2	- 4,0	- 0,1	- 1,8	- 0,1	+ 5,4	+ 1,8	+ 1,1	+ 0,7	- 3,4	+ 7,1
Dez.	- 0,0	- 65,7	- 64,3	- 60,9	- 3,5	- 0,5	- 0,9	+ 0,0	- 17,8	- 14,0	- 12,7	- 1,4	- 6,3	+ 2,5
2022 Jan.	+ 0,1	+ 95,8	+ 96,6	+ 97,4	- 0,8	+ 0,8	- 1,7	+ 0,1	+ 37,7	+ 36,2	+ 34,8	+ 1,4	+ 2,3	- 0,7
Febr.	+ 0,2	+ 23,2	+ 22,1	+ 20,8	+ 1,2	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,0	+ 12,7	+ 5,2	+ 4,6	+ 0,5	- 0,8	+ 8,4
März	- 0,0	- 0,0	- 1,5	- 5,8	+ 4,3	- 0,6	+ 2,1	+ 0,0	- 18,3	- 18,9	- 20,1	+ 1,2	+ 0,8	- 0,2
April	+ 0,1	- 9,7	- 10,2	- 4,6	- 5,6	+ 0,6	- 0,1	+ 0,0	- 1,7	+ 6,8	+ 6,8	+ 0,0	+ 2,8	- 11,3
Mai	+ 0,0	- 1,1	- 1,8	- 0,1	- 1,7	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,0	+ 3,7	+ 1,1	+ 2,2	- 1,1	+ 0,4	+ 2,2
Juni	+ 0,0	- 15,4	- 14,4	- 10,3	- 4,1	+ 0,5	- 1,6	+ 0,0	+ 9,7	- 1,7	- 2,3	+ 0,6	+ 0,2	+ 11,2
Juli	- 0,0	+ 8,4	+ 7,3	+ 1,7	+ 5,6	+ 0,5	+ 0,7	- 0,1	- 4,7	- 0,7	- 5,3	+ 4,6	- 1,1	- 2,9

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerk.

IV. Banken

Nachrichtlich: Treuhandkredite	Beteiligungen an ausländischen Banken und Unternehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Banken (MFIs)						Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)						Nachrichtlich: Treuhandkredite	Zeit
		insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite		
				zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig				zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
32,6	46,4	691,1	289,4	401,7	284,6	117,0	0,1	237,6	107,2	130,3	69,1	61,2	1,2	2012	
30,8	39,0	515,7	222,6	293,2	196,0	97,2	0,1	257,8	118,1	139,7	76,8	62,9	1,0	2013	
14,0	35,6	609,2	277,1	332,1	242,7	89,4	0,1	221,0	113,0	107,9	47,8	60,1	0,7	2014	
13,1	30,5	611,9	323,4	288,5	203,8	84,7	0,1	201,1	102,6	98,5	49,3	49,2	0,7	2015	
13,1	28,7	696,1	374,4	321,6	234,2	87,5	0,0	206,2	100,3	105,9	55,2	50,8	0,7	2016	
12,1	24,3	659,0	389,6	269,4	182,4	87,0	0,0	241,2	109,4	131,8	68,1	63,8	0,3	2017	
11,8	22,1	643,1	370,6	272,5	185,6	86,8	0,0	231,5	110,2	121,3	63,7	57,6	0,1	2018	
11,5	21,3	680,6	339,3	341,2	243,2	98,0	-	229,8	112,3	117,4	60,5	57,0	0,1	2019	
11,3	17,2	761,2	428,8	332,5	205,1	127,3	-	258,5	133,3	125,2	65,6	59,7	0,1	2020	
11,1	16,6	914,6	456,0	458,6	301,5	157,2	0,0	288,2	141,9	146,2	68,7	77,6	0,1	2021	
11,3	16,5	987,8	520,0	467,7	318,0	149,7	-	283,4	145,2	138,3	71,5	66,8	0,1	2021 Febr.	
11,3	16,6	991,5	520,2	471,3	319,5	151,8	-	288,9	147,8	141,1	73,7	67,4	0,1	2021 März	
11,3	16,5	1 008,7	522,1	486,6	343,1	143,5	-	295,8	150,7	145,0	81,0	64,1	0,1	2021 April	
11,3	16,5	1 013,1	513,9	499,2	360,2	139,0	-	304,0	148,4	155,6	88,0	67,6	0,1	2021 Mai	
11,3	16,5	1 016,2	539,5	476,7	335,5	141,3	-	290,8	148,4	142,5	79,9	62,6	0,1	2021 Juni	
11,2	16,0	981,6	525,0	456,6	304,9	151,7	-	292,2	151,7	140,5	79,3	61,2	0,1	2021 Juli	
11,2	16,3	969,4	513,0	456,4	293,0	163,5	0,0	298,4	158,9	139,6	78,8	60,8	0,1	2021 Aug.	
11,2	16,3	1 003,9	528,2	475,8	315,7	160,1	-	306,0	164,0	142,0	81,5	60,4	0,1	2021 Sept.	
11,2	16,3	1 031,2	550,5	480,7	320,4	160,3	0,0	320,9	169,8	151,1	83,3	67,8	0,1	2021 Okt.	
11,3	16,4	1 068,2	565,4	502,8	335,0	167,9	0,0	315,5	171,3	144,2	75,5	68,7	0,1	2021 Nov.	
11,1	16,6	914,6	456,0	458,6	301,5	157,2	0,0	288,2	141,9	146,2	68,7	77,6	0,1	2021 Dez.	
11,1	16,1	1 098,5	635,9	462,7	321,8	140,8	0,0	339,9	177,2	162,7	82,1	80,5	0,1	2022 Jan.	
11,1	16,0	1 130,4	640,4	490,0	349,8	140,2	0,0	361,2	194,5	166,7	87,0	79,7	0,1	2022 Febr.	
11,1	15,7	1 113,8	632,7	481,1	349,8	131,3	0,0	361,6	200,0	161,6	82,0	79,6	0,1	2022 März	
11,1	15,7	1 113,7	600,6	513,2	381,7	131,4	0,0	384,6	201,5	183,2	102,6	80,6	0,1	2022 April	
11,1	15,7	1 127,5	640,4	487,1	351,4	135,7	0,0	382,0	217,1	164,9	85,0	79,9	0,2	2022 Mai	
11,0	15,9	1 100,2	625,5	474,7	340,6	134,1	0,0	387,6	222,7	164,9	82,5	82,4	0,3	2022 Juni	
10,6	15,8	1 107,4	608,8	498,6	359,0	139,6	0,0	390,2	221,6	168,6	87,5	81,1	0,3	2022 Juli	
Veränderungen *)															
- 1,8	- 7,2	- 174,0	- 75,6	- 98,4	- 83,1	- 15,4	- 0,0	+ 13,5	+ 9,6	+ 3,9	+ 6,9	- 3,0	- 0,2	2013	
+ 0,1	- 3,8	+ 76,3	+ 47,8	+ 28,5	+ 39,0	- 10,5	- 0,0	- 43,6	- 8,3	- 35,3	- 30,7	- 4,6	+ 0,2	2014	
- 0,6	- 6,1	- 15,4	+ 40,6	- 56,0	- 48,6	- 7,4	- 0,0	- 26,5	- 13,9	- 12,6	+ 0,3	- 13,0	- 0,0	2015	
- 0,1	- 1,5	+ 82,7	+ 51,0	+ 31,7	+ 27,0	+ 4,7	- 0,0	+ 3,5	- 3,1	+ 6,7	+ 5,9	+ 0,8	- 0,0	2016	
- 1,0	- 4,1	- 15,5	+ 25,2	- 40,8	- 43,2	+ 2,4	± 0,0	+ 31,8	+ 11,0	+ 20,8	+ 15,6	+ 5,2	- 0,4	2017	
- 0,2	- 2,2	- 23,9	- 23,4	- 0,4	+ 2,1	- 2,6	- 0,0	- 11,9	- 0,2	- 11,8	- 5,7	- 6,0	- 0,2	2018	
- 0,3	- 0,9	- 9,5	- 49,4	+ 39,8	+ 28,0	+ 11,8	- 0,0	- 0,8	+ 2,1	- 2,9	- 1,8	- 1,1	- 0,0	2019	
- 0,2	- 3,9	+ 83,8	+ 87,8	- 4,1	- 34,7	+ 30,6	-	+ 23,6	+ 13,8	+ 9,8	+ 7,1	+ 2,8	+ 0,0	2020	
- 0,2	- 0,8	+ 136,6	+ 19,8	+ 116,8	+ 89,2	+ 27,6	+ 0,0	+ 22,7	+ 6,4	+ 16,3	+ 0,0	+ 16,3	- 0,0	2021	
- 0,0	- 0,0	+ 32,7	+ 12,2	+ 20,5	+ 19,3	+ 1,2	-	+ 3,4	+ 0,0	+ 3,4	+ 2,0	+ 1,4	- 0,0	2021 Febr.	
+ 0,1	- 0,0	- 1,8	- 2,6	+ 0,8	- 1,1	+ 1,9	-	+ 3,2	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,3	+ 0,3	+ 0,0	2021 März	
- 0,0	+ 0,0	+ 23,2	+ 4,3	+ 19,0	+ 26,8	- 7,8	-	+ 7,9	+ 3,7	+ 4,2	+ 7,3	- 3,0	+ 0,0	2021 April	
+ 0,0	+ 0,0	+ 4,9	- 7,4	+ 12,2	+ 16,6	- 4,4	-	+ 8,6	- 2,2	+ 10,8	+ 7,2	+ 3,5	- 0,0	2021 Mai	
- 0,1	- 0,0	- 1,9	+ 23,7	- 25,6	- 27,4	+ 1,8	-	- 14,8	- 0,6	- 14,2	- 9,0	- 5,2	- 0,0	2021 Juni	
- 0,1	- 0,5	- 34,8	- 14,6	- 20,2	- 30,6	+ 10,4	-	+ 1,3	+ 2,9	- 1,6	- 0,3	- 1,3	+ 0,0	2021 Juli	
+ 0,0	+ 0,2	- 12,8	- 12,3	- 0,5	- 12,2	+ 11,7	+ 0,0	+ 5,7	+ 6,7	- 1,1	- 0,6	- 0,5	- 0,0	2021 Aug.	
- 0,0	+ 0,0	+ 30,5	+ 12,9	+ 17,6	+ 21,4	- 3,9	- 0,0	+ 6,7	+ 4,9	+ 1,7	+ 2,3	- 0,6	+ 0,0	2021 Sept.	
+ 0,0	+ 0,1	+ 27,9	+ 22,7	+ 5,2	+ 5,1	+ 0,2	+ 0,0	+ 14,7	+ 5,8	+ 9,0	+ 1,6	+ 7,4	- 0,0	2021 Okt.	
+ 0,0	+ 0,1	+ 32,3	+ 12,5	+ 19,9	+ 13,0	+ 6,9	-	- 6,3	+ 0,8	- 7,1	- 8,4	+ 1,3	- 0,0	2021 Nov.	
- 0,1	+ 0,2	- 155,0	- 110,1	- 44,9	- 34,0	- 10,9	-	- 27,7	- 29,6	+ 1,9	- 7,0	+ 8,9	+ 0,0	2021 Dez.	
- 0,0	- 0,6	+ 180,8	+ 178,4	+ 2,4	+ 19,3	- 16,9	-	+ 50,8	+ 34,9	+ 16,0	+ 13,1	+ 2,9	-	2022 Jan.	
+ 0,0	- 0,0	+ 33,4	+ 5,7	+ 27,8	+ 28,3	- 0,5	-	+ 21,2	+ 17,0	+ 4,2	+ 5,0	- 0,8	-	2022 Febr.	
- 0,1	- 0,3	- 18,3	- 8,5	- 9,8	- 0,7	- 9,1	-	- 0,1	+ 5,3	- 5,4	- 5,3	- 0,1	- 0,0	2022 März	
+ 0,0	- 0,1	- 13,2	- 39,6	+ 26,4	+ 27,6	- 1,1	-	+ 19,2	- 0,6	+ 19,8	+ 19,1	+ 0,6	-	2022 April	
- 0,0	+ 0,0	+ 18,7	+ 42,5	- 23,8	- 28,6	+ 4,8	-	- 1,1	+ 16,4	- 17,5	- 16,9	- 0,5	+ 0,1	2022 Mai	
- 0,1	+ 0,1	- 21,2	- 5,8	- 15,4	- 13,0	- 2,4	-	+ 3,5	+ 4,7	- 1,2	- 3,4	+ 2,2	+ 0,0	2022 Juni	
- 0,5	- 0,1	- 0,3	- 20,0	+ 19,7	+ 16,2	+ 3,5	+ 0,0	+ 0,1	- 2,2	+ 2,3	+ 4,0	- 1,8	- 0,0	2022 Juli	

IV. Banken

5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs) *)

Mrd €

Zeit	Kredite an inländische Nichtbanken insgesamt		Kurzfristige Kredite						Mittel- und langfristige			
	mit börsenfähigen Geldmarktpapieren, Wertpapieren, Ausleihforderungen	ohne börsenfähige Geldmarktpapiere, Wertpapiere, Ausgleichsforderungen	insgesamt	an Unternehmen und Privatpersonen			an öffentliche Haushalte			insgesamt	an Unter-	
				zusammen	Buchkredite und Wechsel	börsenfähige Geldmarktpapiere	zusammen	Buchkredite	Schatzwechsel			zusammen
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
2012	3 220,4	2 786,1	376,1	316,8	316,3	0,5	59,3	57,6	1,7	2 844,3	2 310,9	
2013	3 131,6	2 693,2	269,1	217,7	217,0	0,6	51,4	50,8	0,6	2 862,6	2 328,6	
2014	3 167,3	2 712,6	257,5	212,7	212,1	0,6	44,8	44,7	0,1	2 909,8	2 376,8	
2015	3 233,9	2 764,4	255,5	207,8	207,6	0,2	47,8	47,5	0,2	2 978,3	2 451,4	
2016	3 274,3	2 824,2	248,6	205,7	205,4	0,3	42,9	42,8	0,1	3 025,8	2 530,0	
2017	3 332,6	2 894,4	241,7	210,9	210,6	0,3	30,7	30,3	0,4	3 090,9	2 640,0	
2018	3 394,5	2 990,4	249,5	228,0	227,6	0,4	21,5	21,7	-0,2	3 145,0	2 732,8	
2019	3 521,5	3 119,5	260,4	238,8	238,4	0,4	21,6	18,7	2,9	3 261,1	2 866,9	
2020	3 647,0	3 245,3	243,3	221,6	221,2	0,4	21,6	18,0	3,6	3 403,8	3 013,0	
2021	3 798,1	3 392,7	249,7	232,2	231,9	0,3	17,5	15,2	2,3	3 548,4	3 174,6	
2021 Febr.	3 669,3	3 261,9	249,5	224,2	223,6	0,6	25,3	18,5	6,8	3 419,7	3 031,9	
März	3 699,1	3 287,7	261,3	236,6	236,0	0,6	24,7	18,6	6,1	3 437,8	3 048,6	
April	3 693,9	3 287,7	248,6	223,5	222,8	0,7	25,1	20,2	4,9	3 445,2	3 061,5	
Mai	3 709,6	3 300,4	248,7	225,4	224,6	0,8	23,3	19,5	3,8	3 460,9	3 075,1	
Juni	3 709,2	3 305,8	250,7	225,8	225,0	0,8	24,9	19,9	5,1	3 458,5	3 082,5	
Juli	3 725,3	3 323,0	248,2	221,0	220,2	0,8	27,2	21,9	5,3	3 477,1	3 102,5	
Aug.	3 736,4	3 332,9	245,0	221,1	220,4	0,7	23,9	18,9	4,9	3 491,5	3 116,8	
Sept.	3 749,8	3 342,1	247,8	224,5	223,8	0,7	23,4	19,6	3,7	3 501,9	3 123,2	
Okt.	3 770,2	3 367,1	256,5	232,5	231,9	0,6	24,0	19,5	4,4	3 513,7	3 142,9	
Nov.	3 794,0	3 386,5	255,6	232,9	232,3	0,6	22,7	17,7	5,0	3 538,4	3 164,9	
Dez.	3 798,1	3 392,7	249,7	232,2	231,9	0,3	17,5	15,2	2,3	3 548,4	3 174,6	
2022 Jan.	3 812,8	3 409,2	262,6	242,3	241,7	0,6	20,3	17,8	2,5	3 550,2	3 180,4	
Febr.	3 826,5	3 426,2	267,4	246,9	246,1	0,8	20,5	16,3	4,2	3 559,1	3 195,3	
März	3 853,8	3 449,2	273,6	254,8	254,0	0,8	18,9	16,3	2,5	3 580,1	3 209,5	
April	3 866,6	3 470,2	277,5	257,9	257,0	0,9	19,6	17,1	2,5	3 589,1	3 226,2	
Mai	3 886,7	3 489,1	280,1	262,5	261,5	1,0	17,6	15,4	2,2	3 606,6	3 242,6	
Juni	3 906,6	3 513,5	290,8	271,4	270,5	0,9	19,5	16,6	2,8	3 615,7	3 255,8	
Juli	3 945,1	3 539,3	291,4	271,8	270,9	0,8	19,6	16,8	2,8	3 653,8	3 293,6	
Veränderungen *)												
2013	+ 4,4	+ 0,1	- 13,8	- 5,8	- 6,3	+ 0,5	- 8,0	- 7,0	- 1,1	+ 18,2	+ 17,6	
2014	+ 36,7	+ 20,5	- 11,6	- 4,5	- 4,5	- 0,0	- 7,1	- 6,5	- 0,6	+ 48,3	+ 52,5	
2015	+ 68,9	+ 54,1	+ 1,6	- 1,3	- 0,9	- 0,4	+ 2,9	+ 2,8	+ 0,1	+ 67,2	+ 73,9	
2016	+ 43,7	+ 62,7	- 5,2	- 0,3	- 0,4	+ 0,1	- 4,9	- 4,8	- 0,2	+ 48,9	+ 79,8	
2017	+ 57,0	+ 70,2	- 6,5	+ 5,6	+ 5,6	+ 0,0	- 12,1	- 12,4	+ 0,3	+ 63,5	+ 103,4	
2018	+ 71,5	+ 105,3	+ 6,6	+ 15,8	+ 15,7	+ 0,1	- 9,2	- 8,6	- 0,6	+ 65,0	+ 102,0	
2019	+ 126,7	+ 129,1	+ 11,7	+ 11,6	+ 11,6	+ 0,0	+ 0,1	- 3,0	+ 3,1	+ 115,0	+ 132,8	
2020	+ 123,2	+ 123,6	- 19,6	- 19,8	- 19,8	- 0,0	+ 0,2	- 0,5	+ 0,7	+ 142,8	+ 145,6	
2021	+ 152,2	+ 147,8	+ 8,8	+ 13,8	+ 13,8	- 0,1	- 4,9	- 2,8	- 2,1	+ 143,4	+ 157,9	
2021 Febr.	+ 15,3	+ 10,9	+ 1,8	+ 2,3	+ 2,3	+ 0,0	- 0,5	- 1,2	+ 0,7	+ 13,5	+ 13,3	
März	+ 29,7	+ 25,6	+ 11,2	+ 12,5	+ 12,5	- 0,0	- 1,3	+ 0,0	- 1,4	+ 18,5	+ 16,3	
April	- 5,2	- 0,0	- 12,8	- 13,1	- 13,2	+ 0,1	+ 0,3	+ 1,6	- 1,2	+ 7,5	+ 13,0	
Mai	+ 15,6	+ 12,5	+ 0,1	+ 1,8	+ 1,7	+ 0,1	- 1,8	- 0,6	- 1,2	+ 15,5	+ 13,4	
Juni	- 0,4	+ 5,5	+ 2,0	+ 0,3	+ 0,4	- 0,1	+ 1,7	+ 0,4	+ 1,3	- 2,4	+ 7,3	
Juli	+ 16,1	+ 17,2	- 2,0	- 4,2	- 4,3	+ 0,0	+ 2,3	+ 2,0	+ 0,3	+ 18,1	+ 19,5	
Aug.	+ 10,9	+ 9,7	- 3,2	+ 0,1	+ 0,2	- 0,1	- 3,3	- 2,9	- 0,4	+ 14,1	+ 14,2	
Sept.	+ 13,5	+ 9,3	+ 3,3	+ 3,7	+ 3,8	- 0,0	- 0,5	+ 0,7	- 1,2	+ 10,2	+ 6,2	
Okt.	+ 20,5	+ 25,1	+ 8,7	+ 8,1	+ 8,2	- 0,1	+ 0,5	- 0,2	+ 0,7	+ 11,8	+ 19,8	
Nov.	+ 25,5	+ 20,5	+ 1,2	+ 2,4	+ 2,4	+ 0,0	- 1,2	- 1,8	+ 0,6	+ 24,4	+ 19,9	
Dez.	+ 4,3	+ 6,3	- 5,8	- 0,6	- 0,3	- 0,3	- 5,2	- 2,5	- 2,7	+ 10,1	+ 9,8	
2022 Jan.	+ 14,7	+ 16,5	+ 12,9	+ 10,1	+ 9,8	+ 0,3	+ 2,8	+ 2,6	+ 0,2	+ 1,8	+ 5,8	
Febr.	+ 15,1	+ 18,4	+ 6,2	+ 6,0	+ 5,8	+ 0,2	+ 0,2	- 1,5	+ 1,7	+ 9,0	+ 14,9	
März	+ 27,3	+ 23,0	+ 6,2	+ 7,9	+ 7,9	- 0,0	- 1,6	+ 0,1	- 1,7	+ 21,0	+ 14,2	
April	+ 13,1	+ 21,4	+ 3,9	+ 3,1	+ 3,0	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,0	+ 9,3	+ 17,0	
Mai	+ 20,1	+ 18,8	+ 2,6	+ 4,6	+ 4,5	+ 0,0	- 2,0	- 1,7	- 0,3	+ 17,5	+ 16,4	
Juni	+ 19,9	+ 24,5	+ 10,8	+ 8,9	+ 9,0	- 0,1	+ 1,9	+ 1,3	+ 0,6	+ 9,1	+ 13,2	
Juli	+ 36,2	+ 23,5	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	+ 0,1	+ 0,2	- 0,1	+ 35,9	+ 35,7	

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Schuldverschreibungen aus

IV. Banken

Kredite													Zeit
nehmen und Privatpersonen						an öffentliche Haushalte							
Buchkredite			Wert- papiere	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	zu- sammen	Buchkredite			Wert- papiere 1)	Aus- gleichs- forde- rungen 2)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite		
zu- sammen	mittel- fristig	lang- fristig				zu- sammen	mittel- fristig	lang- fristig					
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2 119,5	249,7	1 869,8	191,4	31,4	533,4	292,7	39,4	253,3	240,7	–	3,5	2012	
2 136,9	248,0	1 888,9	191,7	28,9	534,0	288,4	38,8	249,7	245,6	–	2,7	2013	
2 172,7	251,7	1 921,0	204,2	24,4	532,9	283,1	33,5	249,6	249,8	–	2,1	2014	
2 232,4	256,0	1 976,3	219,0	18,3	527,0	277,0	27,9	249,0	250,0	–	2,1	2015	
2 306,5	264,1	2 042,4	223,4	17,3	495,8	269,4	23,9	245,5	226,4	–	1,8	2016	
2 399,5	273,5	2 125,9	240,6	17,4	450,9	254,0	22,5	231,5	196,9	–	1,7	2017	
2 499,4	282,6	2 216,8	233,4	16,5	412,1	241,7	19,7	222,0	170,4	–	1,4	2018	
2 626,4	301,3	2 325,1	240,5	15,7	394,2	235,9	17,2	218,8	158,2	–	1,5	2019	
2 771,8	310,5	2 461,4	241,1	22,4	390,8	234,3	15,7	218,6	156,6	–	1,1	2020	
2 915,7	314,5	2 601,2	258,9	24,7	373,8	229,9	14,3	215,6	143,9	–	1,0	2021	
2 787,7	309,7	2 478,1	244,2	22,8	387,8	232,0	15,4	216,6	155,8	–	1,1	2021 Febr.	
2 802,4	314,5	2 487,9	246,1	23,1	389,3	230,7	15,2	215,5	158,6	–	1,1	2021 März	
2 813,9	313,6	2 500,3	247,6	23,4	383,7	230,8	15,0	215,8	153,0	–	1,1	2021 April	
2 825,1	311,7	2 513,5	249,9	23,6	385,9	231,1	14,9	216,2	154,8	–	1,1	2021 Mai	
2 831,8	310,0	2 521,8	250,7	23,9	376,0	229,2	14,7	214,5	146,8	–	1,1	2021 Juni	
2 851,4	310,7	2 540,8	251,0	24,0	374,6	229,5	14,9	214,6	145,1	–	1,1	2021 Juli	
2 864,5	311,5	2 553,1	252,2	24,2	374,7	229,1	14,7	214,4	145,6	–	1,1	2021 Aug.	
2 870,0	310,1	2 559,9	253,2	24,2	378,7	228,7	14,3	214,4	150,1	–	1,0	2021 Sept.	
2 885,5	313,5	2 572,0	257,4	24,1	370,9	230,2	14,6	215,6	140,7	–	1,0	2021 Okt.	
2 906,5	315,6	2 590,9	258,4	24,2	373,5	230,0	14,5	215,6	143,5	–	1,0	2021 Nov.	
2 915,7	314,5	2 601,2	258,9	24,7	373,8	229,9	14,3	215,6	143,9	–	1,0	2021 Dez.	
2 920,6	312,8	2 607,8	259,8	24,7	369,8	229,1	13,9	215,2	140,7	–	1,0	2022 Jan.	
2 935,4	313,8	2 621,6	259,9	24,6	363,8	228,5	13,9	214,5	135,4	–	1,1	2022 Febr.	
2 950,1	316,1	2 633,9	259,4	24,7	370,7	228,8	13,7	215,1	141,8	–	1,1	2022 März	
2 966,8	317,3	2 649,5	259,4	24,9	362,9	229,5	13,7	215,8	133,5	–	1,0	2022 April	
2 983,1	319,7	2 663,4	259,5	25,1	364,0	229,1	13,7	215,4	134,9	–	1,0	2022 Mai	
2 998,2	322,2	2 675,9	257,6	25,0	360,0	228,2	13,6	214,6	131,7	–	1,0	2022 Juni	
3 022,5	327,7	2 694,9	271,0	24,9	360,2	229,0	13,5	215,5	131,2	–	1,0	2022 Juli	
Veränderungen *)													
+ 17,7	– 0,1	+ 17,8	– 0,1	– 2,5	+ 0,6	– 4,3	– 0,7	– 3,6	+ 4,9	–	– 0,8	2013	
+ 39,9	+ 5,6	+ 34,3	+ 12,5	– 1,8	– 4,1	– 8,5	– 5,1	– 3,4	+ 4,3	–	– 0,2	2014	
+ 59,0	+ 4,5	+ 54,6	+ 14,8	– 2,1	– 6,6	– 6,9	– 4,8	– 2,0	+ 0,2	–	+ 0,0	2015	
+ 75,1	+ 9,7	+ 65,4	+ 4,7	– 0,9	– 30,9	– 7,3	– 4,0	– 3,3	– 23,6	–	– 0,4	2016	
+ 87,6	+ 9,4	+ 78,2	+ 15,8	+ 0,1	– 39,9	– 10,6	– 1,3	– 9,3	– 29,4	–	– 0,1	2017	
+ 108,7	+ 19,3	+ 89,4	– 6,7	– 0,9	– 37,1	– 10,5	– 2,7	– 7,8	– 26,6	–	– 0,0	2018	
+ 126,0	+ 18,9	+ 107,2	+ 6,8	– 0,8	– 17,8	– 5,5	– 2,6	– 2,9	– 12,3	–	+ 0,1	2019	
+ 145,0	+ 9,4	+ 135,5	+ 0,6	+ 6,1	– 2,8	– 1,1	– 1,5	+ 0,4	– 1,7	–	– 0,4	2020	
+ 140,1	+ 5,6	+ 134,5	+ 17,8	+ 2,3	– 14,6	– 3,3	– 1,3	– 2,0	– 11,3	–	– 0,0	2021	
+ 11,1	+ 1,8	+ 9,3	+ 2,1	+ 0,3	+ 0,2	– 1,3	+ 0,1	– 1,4	+ 1,5	–	– 0,0	2021 Febr.	
+ 14,4	+ 4,7	+ 9,7	+ 1,9	+ 0,3	+ 2,1	– 1,4	– 0,2	– 1,2	+ 3,5	–	– 0,0	2021 März	
+ 11,5	– 0,9	+ 12,4	+ 1,5	+ 0,2	– 5,5	+ 0,1	– 0,2	+ 0,3	– 5,6	–	– 0,0	2021 April	
+ 11,0	– 1,9	+ 13,0	+ 2,3	+ 0,2	+ 2,1	+ 0,3	– 0,1	+ 0,4	+ 1,8	–	+ 0,0	2021 Mai	
+ 6,5	– 1,7	+ 8,2	+ 0,8	+ 0,3	– 9,7	– 1,8	– 0,2	– 1,5	– 7,9	–	– 0,0	2021 Juni	
+ 19,2	+ 0,2	+ 19,0	+ 0,3	+ 0,1	– 1,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	– 1,7	–	– 0,0	2021 Juli	
+ 13,0	+ 0,8	+ 12,3	+ 1,2	+ 0,2	– 0,1	– 0,6	– 0,1	– 0,4	+ 0,5	–	– 0,0	2021 Aug.	
+ 5,2	– 1,4	+ 6,6	+ 1,0	– 0,0	+ 4,0	– 0,4	– 0,5	+ 0,0	+ 4,4	–	+ 0,0	2021 Sept.	
+ 15,6	+ 3,5	+ 12,1	+ 4,1	– 0,1	– 7,9	+ 1,4	+ 0,3	+ 1,1	– 9,4	–	– 0,0	2021 Okt.	
+ 18,9	+ 4,4	+ 14,5	+ 1,0	+ 0,1	+ 4,4	+ 0,9	– 0,1	+ 1,0	+ 3,5	–	– 0,0	2021 Nov.	
+ 9,3	– 1,1	+ 10,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,2	– 0,1	– 0,1	+ 0,0	+ 0,4	–	+ 0,0	2021 Dez.	
+ 4,9	– 1,7	+ 6,6	+ 0,8	– 0,0	– 4,0	– 0,8	– 0,4	– 0,4	– 3,2	–	– 0,0	2022 Jan.	
+ 14,8	+ 1,0	+ 13,8	+ 0,1	+ 0,0	– 6,0	– 0,7	– 0,0	– 0,6	– 5,3	–	– 0,0	2022 Febr.	
+ 14,7	+ 2,3	+ 12,4	– 0,5	+ 0,1	+ 6,8	+ 0,4	– 0,2	+ 0,6	+ 6,5	–	– 0,0	2022 März	
+ 17,0	+ 1,5	+ 15,6	– 0,0	+ 0,2	– 7,7	+ 0,6	+ 0,0	+ 0,6	– 8,4	–	– 0,0	2022 April	
+ 16,4	+ 2,5	+ 13,9	+ 0,1	+ 0,3	+ 1,1	– 0,4	– 0,0	– 0,3	+ 1,4	–	– 0,0	2022 Mai	
+ 15,1	+ 2,5	+ 12,6	– 1,9	– 0,1	– 4,1	– 0,9	– 0,0	– 0,8	– 3,2	–	– 0,0	2022 Juni	
+ 22,5	+ 4,4	+ 18,1	+ 13,2	– 0,2	+ 0,2	+ 0,7	– 0,1	+ 0,8	– 0,5	–	– 0,0	2022 Juli	

dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. 2 Einschl. Schuldver-
schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen.

IV. Banken

6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche *)

Mrd €

Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen (ohne Bestände an börsenfähigen Geldmarktpapieren und ohne Wertpapierbestände) 1)																						
Zeit	Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen (ohne Bestände an börsenfähigen Geldmarktpapieren und ohne Wertpapierbestände) 1)																					
	darunter:				Kredite an Unternehmen und Selbständige																	
	Hypothekarkredite		Kredite für den Wohnungsbau		zusammen		darunter Kredite für den Wohnungsbau		Verarbeitendes Gewerbe		Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden		Baugewerbe		Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur		Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung		Finanzierungsinstitutionen (ohne MFIs) und Versicherungsunternehmen	
insgesamt	insgesamt	zusammen	Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke	sonstige Kredite für den Wohnungsbau	zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau	darunter Kredite für den Wohnungsbau	darunter Kredite für den Wohnungsbau	darunter Kredite für den Wohnungsbau	darunter Kredite für den Wohnungsbau	darunter Kredite für den Wohnungsbau	darunter Kredite für den Wohnungsbau	darunter Kredite für den Wohnungsbau	darunter Kredite für den Wohnungsbau	darunter Kredite für den Wohnungsbau	darunter Kredite für den Wohnungsbau	darunter Kredite für den Wohnungsbau					
Kredite insgesamt																						
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)																						
2020	2 993,0	1 601,8	1 565,6	1 285,1	280,5	1 623,4	443,3	146,7	123,4	82,7	135,8	55,3	59,8	176,0								
2021 Juni	3 056,8	1 634,6	1 619,5	1 316,7	302,8	1 654,3	461,4	142,5	122,1	85,7	135,5	56,0	57,9	182,6								
2021 Sept.	3 093,7	1 653,1	1 648,9	1 337,4	311,4	1 666,9	467,9	143,9	122,2	87,7	136,7	56,2	56,3	182,6								
2021 Dez.	3 147,5	1 591,4	1 678,2	1 373,0	305,2	1 701,5	477,2	146,1	128,3	98,0	140,4	55,9	55,6	186,3								
2022 März	3 204,0	1 613,7	1 701,0	1 391,9	309,0	1 742,4	485,1	150,9	134,3	101,3	145,3	56,3	54,9	193,2								
2022 Juni	3 268,7	1 636,4	1 731,4	1 412,8	318,5	1 784,8	494,5	160,2	132,6	104,4	153,4	57,0	56,4	200,2								
Kurzfristige Kredite																						
2020	221,2	-	8,0	-	8,0	192,1	4,6	29,0	6,9	16,0	37,0	3,6	6,1	31,6								
2021 Juni	225,0	-	7,8	-	7,8	195,9	4,5	28,8	5,5	16,7	34,7	4,2	4,4	34,4								
2021 Sept.	223,8	-	7,8	-	7,8	193,7	4,4	30,4	5,1	17,1	35,6	4,0	4,1	34,1								
2021 Dez.	231,8	-	6,9	-	6,9	202,7	4,4	31,6	9,1	18,0	36,4	3,3	3,9	35,0								
2022 März	254,0	-	7,0	-	7,0	224,1	4,5	36,5	14,0	19,5	39,3	3,6	4,1	38,0								
2022 Juni	270,5	-	7,0	-	7,0	239,5	4,6	44,7	11,6	20,1	42,2	3,9	4,3	42,2								
Mittelfristige Kredite																						
2020	310,5	-	38,5	-	38,5	230,4	18,5	30,2	5,4	14,8	19,3	4,8	15,0	51,4								
2021 Juni	310,0	-	39,7	-	39,7	232,8	19,8	27,7	5,0	15,3	19,5	4,5	14,1	51,2								
2021 Sept.	310,1	-	40,2	-	40,2	233,3	20,2	27,8	5,2	15,8	19,3	4,5	12,3	51,7								
2021 Dez.	314,5	-	40,5	-	40,5	239,5	20,6	28,3	5,4	19,3	20,8	4,3	12,3	52,0								
2022 März	316,1	-	40,8	-	40,8	242,2	21,0	28,9	5,6	20,0	22,0	4,2	11,7	53,1								
2022 Juni	322,2	-	42,0	-	42,0	249,2	22,2	29,1	5,8	21,0	22,3	4,3	13,3	53,7								
Langfristige Kredite																						
2020	2 461,4	1 601,8	1 519,1	1 285,1	234,0	1 201,0	420,2	87,5	111,2	51,8	79,4	47,0	38,7	93,0								
2021 Juni	2 521,8	1 634,6	1 572,0	1 316,7	255,3	1 225,5	437,2	86,0	111,6	53,7	81,3	47,3	39,4	97,0								
2021 Sept.	2 559,9	1 653,1	1 600,9	1 337,4	263,5	1 240,0	443,4	85,6	111,9	54,9	81,8	47,7	39,9	96,8								
2021 Dez.	2 601,2	1 591,4	1 630,9	1 373,0	257,8	1 259,3	452,2	86,2	113,8	60,8	83,2	48,3	39,4	99,3								
2022 März	2 633,9	1 613,7	1 653,1	1 391,9	261,2	1 276,0	459,6	85,5	114,8	61,8	84,0	48,4	39,2	102,1								
2022 Juni	2 675,9	1 636,4	1 682,3	1 412,8	269,5	1 296,0	467,7	86,5	115,2	63,4	88,9	48,8	38,8	104,4								
Kredite insgesamt																						
Veränderungen im Vierteljahr *)																						
2021 2.Vj.	+ 17,9	+ 20,9	+ 30,7	+ 21,0	+ 9,7	- 3,2	+ 9,6	- 6,7	- 0,9	+ 1,1	- 3,7	+ 0,6	- 2,2	- 0,0								
2021 3.Vj.	+ 37,1	+ 18,5	+ 29,1	+ 19,7	+ 9,4	+ 12,7	+ 6,3	+ 1,4	+ 0,1	+ 2,0	+ 0,5	+ 0,1	- 1,7	+ 1,0								
2021 4.Vj.	+ 54,1	+ 18,0	+ 28,6	+ 18,9	+ 9,7	+ 34,9	+ 9,0	+ 2,2	+ 5,9	+ 1,5	+ 3,7	- 0,2	- 0,6	+ 3,7								
2022 1.Vj.	+ 57,9	+ 17,9	+ 22,0	+ 16,6	+ 5,3	+ 42,0	+ 7,0	+ 4,8	+ 6,3	+ 3,2	+ 4,7	+ 0,4	- 1,1	+ 8,9								
2022 2.Vj.	+ 65,0	+ 22,2	+ 29,9	+ 20,5	+ 9,4	+ 42,7	+ 9,1	+ 9,4	- 1,7	+ 3,2	+ 8,2	+ 0,7	+ 1,5	+ 7,1								
Kurzfristige Kredite																						
2021 2.Vj.	- 11,1	-	- 0,2	-	- 0,2	- 11,6	- 0,2	- 4,6	- 0,9	- 0,1	- 4,2	+ 0,4	- 1,7	+ 0,2								
2021 3.Vj.	- 0,3	-	- 0,1	-	- 0,1	- 1,3	- 0,1	+ 1,7	- 0,4	+ 0,4	+ 0,6	- 0,2	- 0,3	- 0,3								
2021 4.Vj.	+ 10,3	-	- 0,2	-	- 0,2	+ 10,5	+ 0,0	+ 1,1	+ 3,9	+ 1,0	+ 0,9	- 0,6	- 0,2	+ 1,0								
2022 1.Vj.	+ 23,5	-	+ 0,1	-	+ 0,1	+ 22,7	+ 0,1	+ 4,9	+ 4,9	+ 1,6	+ 2,9	+ 0,3	+ 0,2	+ 4,4								
2022 2.Vj.	+ 16,6	-	+ 0,0	-	+ 0,0	+ 15,4	+ 0,1	+ 8,2	- 2,4	+ 0,6	+ 2,9	+ 0,3	+ 0,2	+ 4,2								
Mittelfristige Kredite																						
2021 2.Vj.	- 4,5	-	+ 0,8	-	+ 0,8	- 3,5	+ 0,7	- 1,5	- 0,1	+ 0,0	- 0,3	- 0,1	- 0,6	- 1,8								
2021 3.Vj.	- 0,4	-	+ 0,6	-	+ 0,6	- 0,1	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,5	- 0,6	+ 0,0	- 1,8	+ 0,7								
2021 4.Vj.	+ 6,8	-	+ 0,4	-	+ 0,4	+ 8,0	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,2	+ 3,5	+ 1,6	- 0,1	+ 0,0	+ 0,5								
2022 1.Vj.	+ 1,7	-	+ 0,3	-	+ 0,3	+ 2,7	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,7	+ 1,2	- 0,0	- 0,7	+ 1,2								
2022 2.Vj.	+ 6,4	-	+ 1,2	-	+ 1,2	+ 7,3	+ 1,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 1,0	+ 0,3	+ 0,1	+ 1,6	+ 0,9								
Langfristige Kredite																						
2021 2.Vj.	+ 33,6	+ 20,9	+ 30,2	+ 21,0	+ 9,1	+ 12,0	+ 9,1	- 0,7	+ 0,1	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,2	+ 1,5								
2021 3.Vj.	+ 37,8	+ 18,5	+ 28,6	+ 19,7	+ 8,9	+ 14,1	+ 6,0	- 0,4	+ 0,3	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,6								
2021 4.Vj.	+ 37,0	+ 18,0	+ 28,4	+ 18,9	+ 9,5	+ 16,4	+ 8,4	+ 0,6	+ 1,8	- 3,0	+ 1,2	+ 0,6	- 0,5	+ 2,2								
2022 1.Vj.	+ 32,7	+ 17,9	+ 21,5	+ 16,6	+ 4,9	+ 16,5	+ 6,5	- 0,7	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,1	- 0,6	+ 3,4								
2022 2.Vj.	+ 42,0	+ 22,2	+ 28,7	+ 20,5	+ 8,1	+ 19,9	+ 7,9	+ 1,0	+ 0,4	+ 1,5	+ 4,9	+ 0,3	- 0,3	+ 2,1								

* Ohne Kredite der Auslandsfilialen. Aufgliederung der Kredite der Bausparkassen nach Bereichen und Branchen geschätzt. Statistische Brüche sind in den Verände-

runge ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im

IV. Banken

Dienstleistungsgewerbe (einschl. freier Berufe)				nachrichtlich:		Kredite an wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen					Kredite an Organisationen ohne Erwerbszweck		Zeit	
zusammen	darunter:			Kredite an Selbstständige 2)	Kredite an das Handwerk	zusammen	Kredite für den Wohnungsbau	sonstige Kredite			zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau		
	Wohnungsunternehmen	Beteiligungsgesellschaften	Sonstiges Grundstücks-wesen					Ratenkredite 3)	darunter:	Debitsalden auf Lohn-, Gehalts-, Renten- und Pensionskonten				
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)														Kredite insgesamt
843,7	286,6	53,8	204,1	464,0	47,9	1 353,4	1 118,3	235,2	177,4	6,7	16,2	4,0	2020	
872,0	296,9	58,2	208,6	473,6	48,7	1 386,3	1 154,0	232,4	174,8	6,6	16,2	4,1	2021 Juni	
881,4	304,0	57,5	210,5	478,3	48,9	1 410,5	1 176,6	233,9	176,4	7,0	16,3	4,3	2021 Sept.	
890,8	308,6	63,8	207,9	483,8	48,3	1 429,3	1 196,6	232,7	184,1	6,9	16,7	4,4	2021 Dez.	
906,2	315,6	66,2	209,8	489,1	49,1	1 444,9	1 211,4	233,5	184,4	7,1	16,8	4,4	2022 März	
920,4	322,8	68,0	211,5	494,9	49,4	1 467,0	1 232,4	234,6	184,6	7,3	16,9	4,5	2022 Juni	
Kurzfristige Kredite														
61,9	15,7	9,6	10,5	20,9	3,7	28,6	3,4	25,2	1,3	6,7	0,6	0,0	2020	
67,1	16,0	11,5	10,4	21,0	4,1	28,6	3,4	25,2	1,4	6,6	0,5	0,0	2021 Juni	
63,3	16,9	10,3	9,8	20,5	4,3	29,6	3,4	26,2	1,5	7,0	0,5	0,0	2021 Sept.	
65,5	14,5	13,0	10,0	19,7	3,8	28,6	2,5	26,1	1,4	6,9	0,5	0,0	2021 Dez.	
69,2	15,3	14,0	10,5	20,3	4,4	29,2	2,5	26,7	1,6	7,1	0,7	0,0	2022 März	
70,5	15,9	13,7	11,1	20,8	4,5	30,3	2,5	27,9	1,7	7,3	0,7	0,0	2022 Juni	
Mittelfristige Kredite														
89,6	20,4	11,8	24,5	32,0	3,5	79,6	20,0	59,6	56,1	-	0,5	0,0	2020	
95,7	22,2	14,4	26,4	31,3	3,4	76,7	19,8	56,9	53,1	-	0,5	0,0	2021 Juni	
96,7	23,2	13,8	27,4	31,1	3,4	76,3	20,0	56,3	52,4	-	0,6	0,1	2021 Sept.	
97,0	23,1	15,2	27,1	30,0	3,3	74,4	19,8	54,6	50,6	-	0,6	0,1	2021 Dez.	
96,8	22,8	15,5	27,2	30,0	3,2	73,4	19,7	53,7	49,6	-	0,5	0,1	2022 März	
99,8	24,1	17,1	26,6	29,9	3,2	72,5	19,8	52,7	48,6	-	0,5	0,1	2022 Juni	
Langfristige Kredite														
692,3	250,5	32,4	169,1	411,1	40,7	1 245,3	1 094,9	150,4	120,0	-	15,1	4,0	2020	
709,2	258,7	32,3	171,8	421,3	41,1	1 281,1	1 130,8	150,3	120,3	-	15,2	4,1	2021 Juni	
721,3	263,9	33,3	173,3	426,7	41,2	1 304,7	1 153,3	151,4	122,6	-	15,3	4,2	2021 Sept.	
728,4	271,1	35,6	170,8	434,1	41,3	1 326,3	1 174,3	152,0	132,1	-	15,6	4,3	2021 Dez.	
740,2	277,5	36,8	172,1	438,8	41,4	1 342,3	1 189,2	153,1	133,2	-	15,6	4,4	2022 März	
750,0	282,8	37,3	173,8	444,2	41,7	1 364,2	1 210,1	154,1	134,4	-	15,7	4,4	2022 Juni	
Veränderungen im Vierteljahr *)														Kredite insgesamt
+ 8,7	+ 3,2	- 0,9	+ 4,3	+ 5,8	+ 0,4	+ 21,3	+ 21,1	+ 0,2	- 0,4	- 0,1	- 0,2	+ 0,0	2021 2.Vj.	
+ 9,4	+ 6,5	- 0,8	+ 1,7	+ 4,2	+ 0,2	+ 24,3	+ 22,7	+ 1,6	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,1	2021 3.Vj.	
+ 18,8	+ 7,3	+ 4,2	+ 2,8	+ 5,2	- 0,6	+ 18,8	+ 19,6	- 0,7	- 0,1	- 0,2	+ 0,4	+ 0,1	2021 4.Vj.	
+ 14,9	+ 6,7	+ 2,4	+ 1,7	+ 5,0	+ 0,7	+ 15,8	+ 14,9	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,0	2022 1.Vj.	
+ 14,4	+ 7,4	+ 1,6	+ 1,8	+ 5,8	+ 0,4	+ 22,2	+ 20,8	+ 1,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,0	2022 2.Vj.	
Kurzfristige Kredite														
- 0,8	- 0,5	- 0,8	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,0	+ 0,6	+ 0,1	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	2021 2.Vj.	
- 2,7	+ 0,9	- 1,2	- 0,6	- 0,5	+ 0,2	+ 1,0	+ 0,0	+ 1,0	+ 0,1	+ 0,5	- 0,0	+ 0,0	2021 3.Vj.	
+ 3,4	- 1,1	+ 2,5	+ 0,5	- 0,6	- 0,5	- 0,3	- 0,2	- 0,1	- 0,0	- 0,2	+ 0,1	+ 0,0	2021 4.Vj.	
+ 3,6	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,0	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,0	2022 1.Vj.	
+ 1,4	+ 0,6	- 0,3	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,1	+ 1,1	- 0,1	+ 1,2	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,0	- 0,0	2022 2.Vj.	
Mittelfristige Kredite														
+ 0,8	+ 0,3	- 0,0	+ 1,2	- 0,2	- 0,2	- 0,9	+ 0,1	- 1,0	- 1,1	-	- 0,1	+ 0,0	2021 2.Vj.	
+ 0,8	+ 0,8	- 0,5	+ 0,9	- 0,2	- 0,1	- 0,4	+ 0,2	- 0,6	- 0,7	-	+ 0,1	+ 0,0	2021 3.Vj.	
+ 1,7	+ 1,3	+ 1,4	- 0,4	- 0,4	- 0,1	- 1,3	- 0,1	- 1,1	- 1,3	-	+ 0,0	+ 0,0	2021 4.Vj.	
- 0,3	- 0,3	+ 0,2	+ 0,1	- 0,1	- 0,1	- 1,0	- 0,1	- 0,9	- 0,9	-	- 0,1	- 0,0	2022 1.Vj.	
+ 3,0	+ 1,3	+ 1,6	- 0,6	- 0,1	- 0,0	- 0,9	+ 0,1	- 1,0	- 1,1	-	+ 0,0	- 0,0	2022 2.Vj.	
Langfristige Kredite														
+ 8,8	+ 3,4	- 0,1	+ 2,9	+ 5,5	+ 0,3	+ 21,6	+ 21,0	+ 0,6	+ 0,6	-	- 0,0	+ 0,0	2021 2.Vj.	
+ 11,3	+ 4,7	+ 1,0	+ 1,3	+ 4,9	+ 0,1	+ 23,6	+ 22,5	+ 1,2	+ 1,7	-	+ 0,1	+ 0,1	2021 3.Vj.	
+ 13,6	+ 7,2	+ 0,4	+ 2,7	+ 6,2	+ 0,1	+ 20,4	+ 19,9	+ 0,5	+ 1,2	-	+ 0,3	+ 0,1	2021 4.Vj.	
+ 11,5	+ 6,3	+ 1,2	+ 1,1	+ 4,5	+ 0,1	+ 16,4	+ 15,0	+ 1,2	+ 1,3	-	+ 0,0	+ 0,0	2022 1.Vj.	
+ 10,0	+ 5,5	+ 0,3	+ 1,8	+ 5,4	+ 0,3	+ 22,0	+ 20,8	+ 1,3	+ 1,4	-	+ 0,1	+ 0,1	2022 2.Vj.	

folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Treuhandkredite. 2 Einschl. Einzelkaufleute. 3 Ohne Hypothekarkredite und ohne

Kredite für den Wohnungsbau, auch wenn sie in Form von Ratenkrediten gewährt worden sind.

IV. Banken

7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs) *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Verbindlichkeiten aus Repos		
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre							
Inländische Nichtbanken insgesamt													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2019	3 661,0	2 236,3	816,2	202,7	613,5	52,7	560,8	575,2	33,2	32,5	14,7	0,2		
2020	3 885,2	2 513,0	783,3	188,9	594,4	47,9	546,5	560,6	28,3	34,4	14,4	0,1		
2021	3 976,3	2 654,6	736,0	161,0	574,9	49,7	525,2	561,2	24,5	34,2	17,1	1,3		
2021 Aug.	3 971,0	2 656,0	727,8	151,2	576,7	48,1	528,5	561,5	25,6	34,3	14,3	1,5		
Sept.	3 960,3	2 647,9	726,1	152,7	573,5	47,8	525,7	560,7	25,5	34,1	14,4	1,6		
Okt.	3 989,1	2 664,3	739,3	163,6	575,7	49,1	526,6	560,1	25,3	33,9	15,3	1,4		
Nov.	4 002,4	2 685,9	731,8	157,1	574,7	49,9	524,8	559,9	24,8	33,6	15,3	0,9		
Dez.	3 976,3	2 654,6	736,0	161,0	574,9	49,7	525,2	561,2	24,5	34,2	17,1	1,3		
2022 Jan.	4 025,9	2 690,9	750,0	175,9	574,1	49,5	524,6	560,8	24,2	33,9	17,1	1,1		
Febr.	4 037,8	2 704,5	748,5	175,5	573,0	48,7	524,3	560,9	23,9	33,8	17,1	1,2		
März	4 033,7	2 695,6	755,2	183,4	571,7	49,2	522,5	559,0	23,9	33,8	17,2	1,6		
April	4 046,7	2 705,6	759,4	189,8	569,6	50,1	519,5	557,9	23,8	33,8	17,3	1,1		
Mai	4 056,8	2 724,3	752,1	183,3	568,7	51,2	517,5	556,6	23,8	33,6	17,1	0,8		
Juni	4 051,8	2 714,4	758,8	194,7	564,1	49,0	515,1	554,8	23,8	33,4	17,2	0,7		
Juli	4 086,4	2 729,0	780,4	213,7	566,7	50,9	515,8	553,0	24,1	33,0	17,3	1,2		
Veränderungen *)														
2020	+ 221,6	+ 273,7	- 32,7	- 15,0	- 17,7	- 4,8	- 12,9	- 14,5	- 4,9	+ 1,9	- 0,3	- 0,1		
2021	+ 95,3	+ 144,3	- 46,2	- 27,3	- 18,9	+ 1,5	- 20,5	+ 0,7	- 3,5	- 0,2	+ 2,7	+ 1,2		
2021 Aug.	+ 6,4	+ 10,0	- 2,9	- 4,2	+ 1,3	+ 0,4	+ 0,9	- 0,5	- 0,2	- 0,2	-	- 0,0		
Sept.	- 6,7	- 5,4	- 0,3	+ 2,1	- 2,4	- 0,6	- 1,8	- 0,8	- 0,2	- 0,2	+ 0,1	+ 0,2		
Okt.	+ 28,8	+ 16,4	+ 13,2	+ 11,0	+ 2,2	+ 1,3	+ 0,9	- 0,6	- 0,2	- 0,2	+ 1,0	- 0,2		
Nov.	+ 13,3	+ 21,5	- 7,6	- 6,4	- 1,2	+ 0,8	- 2,0	- 0,2	- 0,3	- 0,3	+ 0,0	- 0,6		
Dez.	- 25,9	- 31,2	+ 4,1	+ 3,9	+ 0,2	- 0,2	+ 0,4	+ 1,4	- 0,2	+ 0,6	+ 1,8	+ 0,4		
2022 Jan.	+ 49,6	+ 36,3	+ 14,1	+ 15,0	- 0,9	- 0,2	- 0,7	- 0,4	- 0,4	- 0,3	- 0,0	- 0,2		
Febr.	+ 11,9	+ 13,6	- 1,6	- 0,4	- 1,2	- 0,8	- 0,3	+ 0,1	- 0,2	- 0,2	+ 0,1	+ 0,2		
März	- 4,1	- 9,0	+ 6,6	+ 7,9	- 1,3	+ 0,5	- 1,8	- 1,8	+ 0,0	-	+ 0,0	+ 0,3		
April	+ 13,0	+ 9,5	+ 4,2	+ 6,4	- 2,2	+ 0,8	- 3,0	- 0,6	- 0,1	+ 0,0	+ 0,1	- 0,5		
Mai	+ 10,1	+ 18,8	- 7,3	- 6,5	- 0,9	+ 1,1	- 2,0	- 1,3	+ 0,0	- 0,2	- 0,1	- 0,3		
Juni	- 5,0	- 9,9	+ 6,7	+ 11,3	- 4,6	- 2,2	- 2,5	- 1,8	- 0,0	- 0,1	+ 0,1	- 0,1		
Juli	+ 33,9	+ 14,7	+ 20,7	+ 18,5	+ 2,2	+ 1,6	+ 0,6	- 1,8	+ 0,3	- 0,5	+ 0,1	+ 0,5		
Inländische öffentliche Haushalte													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2019	237,1	74,7	154,9	76,0	78,9	26,1	52,8	3,4	4,1	24,7	2,2	0,2		
2020	229,5	80,1	143,0	59,6	83,5	20,9	62,6	2,7	3,7	25,4	2,1	-		
2021	210,1	82,4	121,9	42,0	79,9	23,8	56,1	2,5	3,3	25,8	2,0	1,0		
2021 Aug.	207,9	84,1	117,9	38,8	79,0	21,2	57,9	2,6	3,4	25,3	2,0	-		
Sept.	210,8	84,8	120,1	42,2	78,0	20,8	57,2	2,5	3,4	25,2	2,0	-		
Okt.	213,9	85,2	122,9	43,5	79,5	22,2	57,3	2,5	3,3	25,2	2,0	-		
Nov.	213,7	86,1	121,8	41,4	80,4	23,5	56,9	2,5	3,3	25,1	2,0	-		
Dez.	210,1	82,4	121,9	42,0	79,9	23,8	56,1	2,5	3,3	25,8	2,0	1,0		
2022 Jan.	233,5	88,5	139,2	59,2	80,0	24,0	56,0	2,5	3,3	25,5	2,0	-		
Febr.	237,9	91,4	140,7	61,0	79,7	23,7	56,0	2,5	3,3	25,5	2,0	-		
März	241,0	85,2	150,0	69,7	80,3	24,4	56,0	2,4	3,4	25,5	2,0	-		
April	243,7	86,2	151,8	70,8	80,9	25,0	55,9	2,4	3,4	25,6	2,0	-		
Mai	255,6	91,4	158,4	76,1	82,2	25,9	56,3	2,4	3,4	25,6	2,0	-		
Juni	254,9	84,8	164,2	84,6	79,7	23,3	56,3	2,4	3,5	25,4	2,0	-		
Juli	258,3	78,0	174,5	93,0	81,6	24,6	57,0	2,4	3,4	25,4	1,9	-		
Veränderungen *)														
2020	- 6,9	+ 5,7	- 11,6	- 16,5	+ 4,8	- 5,3	+ 10,1	- 0,6	- 0,4	+ 0,7	- 0,1	- 0,2		
2021	- 17,9	+ 3,4	- 20,8	- 17,7	+ 3,0	+ 2,9	- 6,0	- 0,2	- 0,4	+ 0,4	- 0,0	+ 1,0		
2021 Aug.	- 3,9	- 2,5	- 1,4	- 2,8	+ 1,4	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	-		
Sept.	+ 4,3	+ 1,8	+ 2,6	+ 3,2	- 0,7	- 0,4	- 0,3	- 0,1	- 0,0	- 0,1	- 0,0	-		
Okt.	+ 3,1	+ 0,4	+ 2,9	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,4	+ 0,2	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	-		
Nov.	- 0,1	+ 0,9	- 1,0	- 2,1	+ 1,1	+ 1,3	- 0,3	- 0,0	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	-		
Dez.	- 3,6	- 3,7	+ 0,0	+ 0,6	- 0,6	+ 0,3	- 0,8	+ 0,0	- 0,0	+ 0,7	+ 0,0	+ 1,0		
2022 Jan.	+ 23,4	+ 6,1	+ 17,4	+ 17,3	+ 0,1	+ 0,2	- 0,1	- 0,0	-	- 0,3	- 0,0	- 1,0		
Febr.	+ 4,3	+ 2,9	+ 1,4	+ 1,7	- 0,3	- 0,2	- 0,1	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	-		
März	+ 3,2	- 6,2	+ 9,4	+ 8,7	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,1	- 0,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	-		
April	+ 2,7	+ 1,0	+ 1,7	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,6	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,0	-		
Mai	+ 11,5	+ 5,2	+ 6,2	+ 5,2	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,1	- 0,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	-		
Juni	- 0,7	- 6,6	+ 5,9	+ 8,5	- 2,6	- 2,6	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 0,2	- 0,0	-		
Juli	+ 3,5	- 6,7	+ 10,3	+ 8,4	+ 1,9	+ 1,2	+ 0,7	- 0,0	- 0,1	- 0,0	- 0,1	-		

Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. nachrangiger Verbind-

IV. Banken

noch: 7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs) *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Verbindlichkeiten aus Repos		
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre							
Inländische Unternehmen und Privatpersonen													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2019	3 423,9	2 161,6	661,4	126,7	534,7	26,6	508,0	571,8	29,1	7,8	12,6	0,0		
2020	3 655,7	2 432,9	640,3	129,3	511,0	27,0	483,9	557,9	24,6	9,0	12,3	0,1		
2021	3 766,2	2 572,2	614,1	119,0	495,0	25,9	469,2	558,7	21,2	8,4	15,1	0,3		
2021 Aug.	3 763,1	2 571,9	610,0	112,3	497,6	27,0	470,7	559,0	22,3	9,1	12,3	1,5		
Sept.	3 749,4	2 563,1	606,0	110,5	495,5	27,0	468,5	558,2	22,1	8,9	12,4	1,6		
Okt.	3 775,1	2 579,2	616,4	120,2	496,2	27,0	469,3	557,6	22,0	8,7	13,4	1,4		
Nov.	3 788,6	2 599,8	610,0	115,7	494,3	26,3	467,9	557,4	21,4	8,5	13,3	0,9		
Dez.	3 766,2	2 572,2	614,1	119,0	495,0	25,9	469,2	558,7	21,2	8,4	15,1	0,3		
2022 Jan.	3 792,4	2 602,4	610,8	116,6	494,1	25,5	468,6	558,3	20,8	8,4	15,0	1,1		
Febr.	3 799,9	2 613,1	607,8	114,5	493,3	24,9	468,3	558,4	20,6	8,2	15,1	1,2		
März	3 792,7	2 610,4	605,1	113,7	491,4	24,8	466,6	556,6	20,5	8,2	15,2	1,6		
April	3 802,9	2 619,4	607,6	119,0	488,6	25,1	463,6	555,5	20,4	8,2	15,2	1,1		
Mai	3 801,2	2 632,9	593,7	107,2	486,5	25,3	461,2	554,2	20,4	8,0	15,1	0,8		
Juni	3 796,9	2 629,7	594,5	110,1	484,4	25,6	458,8	552,4	20,3	8,0	15,2	0,7		
Juli	3 828,1	2 650,9	605,9	120,7	485,2	26,3	458,9	550,6	20,7	7,6	15,4	1,2		
Veränderungen *)														
2020	+ 228,5	+ 268,0	- 21,1	+ 1,5	- 22,6	+ 0,5	- 23,0	- 13,9	- 4,6	+ 1,2	- 0,2	+ 0,1		
2021	+ 113,2	+ 140,9	- 25,5	- 9,6	- 15,9	- 1,4	- 14,5	+ 0,9	- 3,1	- 0,6	+ 2,8	+ 0,2		
2021 Aug.	+ 10,3	+ 12,4	- 1,5	- 1,5	- 0,0	- 0,1	+ 0,1	- 0,5	- 0,2	- 0,2	+ 0,0	- 0,0		
Sept.	- 11,0	- 7,2	- 2,9	- 1,1	- 1,7	- 0,2	- 1,5	- 0,8	- 0,1	- 0,2	+ 0,1	+ 0,2		
Okt.	+ 25,7	+ 16,0	+ 10,3	+ 9,7	+ 0,7	- 0,0	+ 0,7	- 0,6	- 0,2	- 0,2	+ 1,0	- 0,2		
Nov.	+ 13,5	+ 20,6	- 6,6	- 4,3	- 2,3	- 0,6	- 1,7	- 0,2	- 0,3	- 0,2	- 0,0	- 0,6		
Dez.	- 22,3	- 27,5	+ 4,1	+ 3,3	+ 0,8	- 0,5	+ 1,2	+ 1,3	- 0,2	- 0,1	+ 1,8	- 0,6		
2022 Jan.	+ 26,2	+ 30,2	- 3,3	- 2,3	- 1,0	- 0,4	- 0,6	- 0,4	- 0,4	+ 0,0	- 0,0	+ 0,8		
Febr.	+ 7,5	+ 10,7	- 3,0	- 2,1	- 0,9	- 0,6	- 0,3	+ 0,1	- 0,2	- 0,2	+ 0,0	+ 0,2		
März	- 7,4	- 2,7	- 2,8	- 0,8	- 2,0	- 0,1	- 1,9	- 1,8	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,3		
April	+ 10,3	+ 8,5	+ 2,5	+ 5,3	- 2,8	+ 0,2	- 3,0	- 0,6	- 0,1	- 0,1	+ 0,1	- 0,5		
Mai	- 1,4	+ 13,5	- 13,6	- 11,7	- 1,9	+ 0,2	- 2,1	- 1,3	- 0,0	- 0,2	- 0,1	- 0,2		
Juni	- 4,2	- 3,2	+ 0,8	+ 2,9	- 2,1	+ 0,4	- 2,4	- 1,8	- 0,0	+ 0,0	+ 0,1	- 0,1		
Juli	+ 30,4	+ 21,5	+ 10,4	+ 10,1	+ 0,3	+ 0,4	- 0,1	- 1,8	+ 0,4	- 0,5	+ 0,2	+ 0,5		
darunter: inländische Unternehmen													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2019	1 031,5	614,4	399,7	81,1	318,6	15,5	303,1	6,7	10,7	2,4	10,1	0,0		
2020	1 116,1	719,1	381,7	89,2	292,5	15,0	277,5	5,8	9,4	2,3	9,7	0,1		
2021	1 142,7	765,1	364,3	87,4	276,9	15,8	261,1	5,3	8,0	2,3	12,2	0,3		
2021 Aug.	1 148,4	775,4	358,9	79,9	279,0	15,3	263,7	5,7	8,5	2,3	9,5	1,5		
Sept.	1 141,4	772,1	355,1	78,1	277,0	15,5	261,5	5,7	8,5	2,3	9,6	1,6		
Okt.	1 160,1	779,7	366,3	88,4	277,9	15,6	262,3	5,7	8,4	2,3	10,6	1,4		
Nov.	1 166,2	791,7	361,1	84,3	276,7	15,5	261,3	5,5	8,0	2,3	10,5	0,9		
Dez.	1 142,7	765,1	364,3	87,4	276,9	15,8	261,1	5,3	8,0	2,3	12,2	0,3		
2022 Jan.	1 170,4	795,8	361,6	85,3	276,4	15,9	260,4	5,1	7,8	2,4	12,2	1,1		
Febr.	1 165,1	793,2	359,0	83,4	275,6	15,4	260,2	5,2	7,8	2,2	12,2	1,2		
März	1 171,9	802,1	356,9	82,7	274,2	15,5	258,7	5,2	7,8	2,3	12,3	1,6		
April	1 165,3	792,4	360,0	88,0	272,0	16,0	256,1	5,2	7,7	2,3	12,4	1,1		
Mai	1 165,6	806,0	346,7	76,4	270,4	16,3	254,1	5,1	7,7	2,3	12,3	0,8		
Juni	1 158,9	798,2	347,9	78,6	269,3	16,9	252,3	5,1	7,7	2,3	12,4	0,7		
Juli	1 168,8	797,0	358,8	88,5	270,3	17,5	252,8	5,1	7,9	1,9	12,5	1,2		
Veränderungen *)														
2020	+ 81,0	+ 101,2	- 18,0	+ 7,0	- 25,0	- 0,4	- 24,6	- 0,8	- 1,3	- 0,0	- 0,5	+ 0,1		
2021	+ 28,5	+ 47,1	- 16,8	- 1,2	- 15,7	+ 0,5	- 16,2	- 0,5	- 1,3	+ 0,0	+ 2,6	+ 0,2		
2021 Aug.	+ 14,6	+ 15,4	- 0,8	- 0,8	+ 0,0	- 0,1	+ 0,1	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	- 0,0	- 0,0		
Sept.	- 5,4	- 2,5	- 2,9	- 1,1	- 1,8	- 0,1	- 1,6	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,2		
Okt.	+ 18,7	+ 7,7	+ 11,1	+ 10,2	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,7	- 0,1	- 0,0	- 0,0	+ 1,0	- 0,2		
Nov.	+ 6,1	+ 11,9	- 5,4	- 3,9	- 1,5	- 0,1	- 1,4	- 0,2	- 0,2	+ 0,0	- 0,0	- 0,6		
Dez.	- 23,4	- 26,5	+ 3,3	+ 3,1	+ 0,2	+ 0,3	- 0,1	- 0,2	- 0,0	+ 0,0	+ 1,8	- 0,6		
2022 Jan.	+ 27,8	+ 30,8	- 2,6	- 2,1	- 0,5	+ 0,1	- 0,7	- 0,2	- 0,2	+ 0,0	- 0,1	+ 0,8		
Febr.	- 5,3	- 2,6	- 2,7	- 1,9	- 0,7	- 0,5	- 0,3	+ 0,0	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 0,2		
März	+ 6,6	+ 8,8	- 2,2	- 0,7	- 1,5	+ 0,0	- 1,6	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,3		
April	- 6,6	- 9,6	+ 3,2	+ 5,4	- 2,2	+ 0,4	- 2,6	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 0,1	- 0,5		
Mai	- 0,5	+ 12,6	- 13,0	- 11,7	- 1,4	+ 0,3	- 1,7	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,1	- 0,2		
Juni	- 6,7	- 7,8	+ 1,2	+ 2,2	- 1,1	+ 0,6	- 1,7	- 0,0	- 0,0	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1		
Juli	+ 9,2	- 0,9	+ 10,0	+ 9,3	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,2	- 0,4	+ 0,2	+ 0,5		

lichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. 2 Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 3 Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 2.

4 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Privatpersonen und Organisationen insgesamt							Termineinlagen 1) 2)					
	Sichteinlagen							nach Gläubigergruppen					
	insgesamt	nach Gläubigergruppen					insgesamt	nach Gläubigergruppen					
		inländische Privatpersonen				inländische Organisationen ohne Erwerbszweck		inländische Privatpersonen					
zusammen		Selbstständige	wirtschaftlich Unselbstständige	sonstige Privatpersonen	zusammen			Selbstständige	wirtschaftlich Unselbstständige	sonstige Privatpersonen			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2019	2 392,4	1 547,2	1 507,9	266,3	1 081,6	160,1	39,3	261,7	248,3	20,8	190,2	37,3	
2020	2 539,5	1 713,8	1 672,7	291,1	1 215,4	166,2	41,1	258,6	245,1	19,3	190,5	35,2	
2021	2 623,6	1 807,1	1 762,4	308,6	1 288,4	165,4	44,7	249,8	237,8	18,2	185,6	33,9	
2022 Febr.	2 634,8	1 819,9	1 774,2	310,4	1 299,6	164,3	45,7	248,8	236,9	18,4	183,4	35,1	
März	2 620,8	1 808,3	1 761,9	303,6	1 296,3	162,0	46,4	248,3	236,3	18,6	182,9	34,9	
April	2 637,6	1 827,0	1 780,5	309,6	1 308,1	162,8	46,4	247,6	235,9	18,6	182,5	34,9	
Mai	2 635,6	1 827,0	1 780,3	311,6	1 308,0	160,8	46,7	247,0	235,0	18,6	181,8	34,6	
Juni	2 638,0	1 831,5	1 784,9	308,1	1 316,2	160,7	46,6	246,6	234,4	19,0	181,0	34,4	
Juli	2 659,3	1 853,9	1 807,6	317,0	1 328,2	162,4	46,3	247,1	234,8	19,3	181,0	34,4	
Veränderungen *)													
2020	+ 147,5	+ 166,9	+ 165,0	+ 26,0	+ 131,5	+ 7,5	+ 1,8	- 3,1	- 3,2	- 1,5	- 1,6	- 0,2	
2021	+ 84,7	+ 93,8	+ 90,3	+ 17,3	+ 73,7	- 0,6	+ 3,5	- 8,6	- 7,2	- 1,1	- 4,7	- 1,3	
2022 Febr.	+ 12,8	+ 13,3	+ 12,4	- 0,5	+ 14,0	- 1,1	+ 0,9	- 0,4	- 0,6	+ 0,1	- 0,6	- 0,2	
März	- 14,0	- 11,6	- 12,4	- 6,8	- 3,3	- 2,3	+ 0,8	- 0,5	- 0,5	+ 0,2	- 0,5	- 0,2	
April	+ 16,8	+ 18,2	+ 18,2	+ 6,0	+ 11,4	+ 0,8	+ 0,0	- 0,7	- 0,4	+ 0,0	- 0,4	+ 0,0	
Mai	- 0,9	+ 1,0	+ 0,8	+ 2,0	- 0,2	- 1,1	+ 0,2	- 0,6	- 0,9	-	- 0,6	- 0,3	
Juni	+ 2,4	+ 4,5	+ 4,6	- 3,5	+ 8,2	- 0,1	- 0,1	- 0,3	- 0,6	+ 0,4	- 0,9	- 0,1	
Juli	+ 21,3	+ 22,4	+ 22,7	+ 8,9	+ 12,5	+ 1,2	- 0,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,1	- 0,1	

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu be-

trachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. nachrangiger Ver-

9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen *)

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite												
	Bund und seine Sondervermögen 1)							Länder					
	inländische öffentliche Haushalte insgesamt	zu-sammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite	zu-sammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr		
insgesamt				insgesamt	insgesamt					insgesamt			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2019	237,1	11,2	5,4	1,5	4,2	0,1	11,6	53,8	21,1	17,1	14,5	1,0	13,1
2020	229,5	48,6	4,8	7,2	36,5	0,0	11,3	46,5	21,2	11,4	13,2	0,7	14,1
2021	210,1	43,5	4,2	3,2	36,0	0,1	11,7	47,4	21,7	13,8	11,3	0,6	14,1
2022 Febr.	237,9	42,8	4,7	2,1	36,0	0,1	11,7	59,7	26,3	21,2	11,6	0,5	13,8
März	241,0	42,1	4,9	1,2	36,0	0,1	11,7	61,7	23,5	26,1	11,6	0,5	13,8
April	243,7	42,2	5,1	1,1	36,0	0,1	11,7	60,7	21,9	26,9	11,4	0,5	13,8
Mai	255,6	42,8	5,6	1,1	36,0	0,1	11,7	62,0	21,1	29,0	11,4	0,5	13,9
Juni	254,9	43,0	5,5	4,4	33,1	0,1	11,6	62,8	18,0	33,0	11,3	0,5	13,8
Juli	258,3	44,0	5,7	4,2	34,0	0,1	11,5	65,7	17,2	36,8	11,2	0,5	13,9
Veränderungen *)													
2020	- 6,9	+ 37,3	- 0,6	+ 5,7	+ 32,2	- 0,0	- 0,3	- 7,0	+ 0,2	- 5,7	- 1,3	- 0,2	+ 1,0
2021	- 17,9	- 5,0	- 0,5	- 4,1	- 0,4	+ 0,0	+ 0,3	+ 1,0	+ 0,6	+ 2,3	- 1,8	- 0,1	+ 0,0
2022 Febr.	+ 4,3	- 2,7	+ 0,2	- 2,9	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,5	- 0,8	+ 1,0	+ 0,3	- 0,0	+ 0,0
März	+ 3,2	- 0,6	+ 0,2	- 0,9	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 1,9	- 2,9	+ 4,8	- 0,0	- 0,0	- 0,0
April	+ 2,7	+ 0,0	+ 0,2	- 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 1,0	- 1,6	+ 0,8	- 0,3	- 0,0	+ 0,0
Mai	+ 11,5	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 1,3	- 0,8	+ 2,0	+ 0,1	- 0,0	+ 0,0
Juni	- 0,7	+ 0,2	- 0,2	+ 3,3	- 2,9	+ 0,0	- 0,1	+ 0,8	- 3,1	+ 4,0	- 0,1	- 0,0	- 0,0
Juli	+ 3,5	+ 1,1	+ 0,2	- 0,1	+ 1,0	-	- 0,1	+ 2,8	- 0,8	+ 3,8	- 0,1	- 0,0	+ 0,1

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; ohne Einlagen und aufgenommene Kredite der Treuhandanstalt und ihrer Nachfolgeorganisationen sowie von Bundesbahn, Reichsbahn und Bundespost bzw. ab 1995 Deutsche Bahn AG, Deutsche Post AG und Deutsche Telekom

AG sowie Eigen- und Regiebetriebe der öffentlichen Haushalte, die unter Unternehmen erfasst sind. Statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

IV. Banken

					Spareinlagen 3)			Nachrichtlich:					
nach Befristung					insgesamt	inländische Privatpersonen	inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	Sparbriefe 4)	Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen) 5)	Verbindlichkeiten aus Repos	Zeit	
inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr 2)		darunter:									
		zusammen	bis 2 Jahre einschl.										über 2 Jahre
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
13,3	45,6	216,1	11,2	204,9	565,1	558,1	7,0	18,4	5,4	2,4	-	2019	
13,5	40,1	218,5	12,0	206,5	552,0	545,7	6,3	15,1	6,7	2,7	-	2020	
12,0	31,7	218,1	10,1	208,0	553,4	547,2	6,2	13,2	6,1	2,8	-	2021	
11,9	31,1	217,6	9,5	208,2	553,2	547,2	6,0	12,8	6,0	2,9	-	2022 Febr.	
11,9	31,1	217,2	9,3	207,9	551,4	545,5	5,9	12,8	6,0	2,9	-	März	
11,7	31,0	216,6	9,1	207,5	550,3	544,4	5,9	12,7	5,9	2,9	-	April	
12,0	30,9	216,1	9,0	207,2	549,0	543,1	5,9	12,6	5,7	2,8	-	Mai	
12,2	31,5	215,1	8,7	206,4	547,3	541,4	5,9	12,6	5,7	2,9	-	Juni	
12,3	32,3	214,8	8,8	206,1	545,5	539,7	5,7	12,8	5,6	2,9	-	Juli	
Veränderungen *)													
+ 0,2	- 5,5	+ 2,4	+ 0,9	+ 1,6	- 13,0	- 12,3	- 0,7	- 3,3	+ 1,3	+ 0,2	-	2020	
- 1,4	- 8,4	- 0,2	- 1,9	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,5	- 0,1	- 1,9	- 0,6	+ 0,2	-	2021	
+ 0,3	- 0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,0	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	- 0,2	- 0,1	+ 0,0	-	2022 Febr.	
- 0,0	- 0,1	- 0,5	- 0,2	- 0,3	- 1,8	- 1,7	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0	-	März	
- 0,3	- 0,1	- 0,5	- 0,2	- 0,3	- 0,6	- 0,6	- 0,0	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	-	April	
+ 0,4	- 0,1	- 0,5	- 0,1	- 0,4	- 1,3	- 1,3	- 0,0	- 0,0	- 0,2	- 0,0	-	Mai	
+ 0,2	+ 0,6	- 1,0	- 0,3	- 0,7	- 1,8	- 1,7	- 0,1	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	-	Juni	
+ 0,1	+ 0,8	- 0,3	+ 0,0	- 0,4	- 1,8	- 1,7	- 0,1	+ 0,2	- 0,1	+ 0,0	-	Juli	

bindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. 2 Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV. 12. 3 Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 2.

4 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. 5 In den Termineinlagen enthalten.

Gemeinden und Gemeindeverbände (einschl. kommunaler Zweckverbände)					Sozialversicherung							
zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen 3)		Spareinlagen und Sparbriefe 2) 4)	Nachrichtlich: Treuhandkredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spareinlagen und Sparbriefe 2)	Nachrichtlich: Treuhandkredite	Zeit
		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
65,3	37,4	8,6	14,0	5,4	0,0	106,8	10,8	48,8	46,2	1,1	-	2019
68,5	43,2	8,0	12,4	4,9	0,0	66,0	10,9	32,9	21,4	0,8	-	2020
70,9	48,5	6,0	12,0	4,4	0,0	48,3	8,0	19,0	20,5	0,8	-	2021
68,8	45,4	7,0	12,0	4,3	0,0	66,6	15,0	30,7	20,1	0,8	-	2022 Febr.
67,4	43,3	7,5	12,2	4,4	0,0	69,8	13,6	34,9	20,5	0,8	-	März
67,5	43,1	7,6	12,4	4,4	0,0	73,4	16,1	35,3	21,1	0,9	-	April
72,4	47,9	7,0	13,1	4,4	0,0	78,4	16,8	39,0	21,7	0,9	-	Mai
70,1	45,2	7,2	13,2	4,4	0,0	78,9	16,0	40,0	22,0	0,9	-	Juni
67,0	41,2	7,7	13,7	4,4	0,0	81,6	13,9	44,3	22,6	0,7	-	Juli
Veränderungen *)												
+ 3,5	+ 5,9	- 0,6	- 1,3	- 0,5	- 0,0	- 40,8	+ 0,2	- 15,9	- 24,8	- 0,3	-	2020
+ 2,8	+ 5,6	- 2,0	- 0,2	- 0,5	-	- 16,8	- 2,2	- 13,9	- 0,6	+ 0,1	-	2021
+ 4,0	+ 3,6	+ 0,6	- 0,1	- 0,0	-	+ 2,5	- 0,0	+ 3,1	- 0,5	- 0,0	-	2022 Febr.
- 1,4	- 2,1	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,1	-	+ 3,3	- 1,5	+ 4,3	+ 0,5	+ 0,0	-	März
+ 0,1	- 0,2	+ 0,1	+ 0,3	- 0,0	-	+ 3,6	+ 2,6	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,0	-	April
+ 6,0	+ 4,8	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,0	-	+ 3,6	+ 0,7	+ 2,4	+ 0,5	- 0,0	-	Mai
- 2,3	- 2,6	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,0	-	+ 0,6	- 0,7	+ 1,0	+ 0,3	- 0,0	-	Juni
- 3,1	- 4,0	+ 0,5	+ 0,5	-	-	+ 2,7	- 2,1	+ 4,3	+ 0,6	- 0,1	-	Juli

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Bundesseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastentilgungsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds "Deutsche Einheit",

Lastenausgleichsfonds. 2 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. 3 Einschl. Bauspareinlagen. 4 Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 3.

IV. Banken

10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €

Zeit	Spareinlagen 1)									Sparbriefe 3), abgegeben an				
	von Inländern					von Ausländern				Nachrichtlich: Zinsgut- schriften auf Spar- einlagen	Nicht- banken ins- gesamt	inländische Nichtbanken		ausländische Nicht- banken
	ins- gesamt	zu- sammen	mit dreimonatiger Kündigungsfrist		mit Kündigungsfrist von über 3 Monaten		zu- sammen	darunter mit drei- monatiger Kündi- gungs- frist	zu- sammen			zu- sammen	darunter mit Laufzeit von über 2 Jahren	
			zu- sammen	darunter Sonder- spar- formen 2)	zu- sammen	darunter Sonder- spar- formen 2)								
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2019	581,8	575,2	540,5	313,2	34,7	24,7	6,6	5,9	2,0	35,9	33,2	25,1	2,6	
2020	566,8	560,6	533,3	288,0	27,3	18,0	6,3	5,7	1,8	30,2	28,3	22,1	1,9	
2021	567,1	561,2	537,1	269,0	24,1	14,8	5,9	5,4	1,5	24,7	24,5	19,5	0,2	
2022 März	564,8	559,0	536,2	265,0	22,9	13,9	5,8	5,3	0,1	24,1	23,9	19,0	0,2	
April	563,7	557,9	535,3	262,0	22,7	13,7	5,7	5,3	0,1	23,9	23,8	18,9	0,1	
Mai	562,3	556,6	534,0	262,2	22,5	13,5	5,7	5,2	0,1	24,0	23,8	18,8	0,1	
Juni	560,4	554,8	532,4	259,4	22,4	13,4	5,6	5,2	0,1	24,0	23,8	18,8	0,1	
Juli	558,6	553,0	530,7	259,5	22,2	13,3	5,6	5,2	0,1	24,2	24,1	18,9	0,1	
Veränderungen *)														
2020	- 14,8	- 14,5	- 7,2	- 24,6	- 7,3	- 6,7	- 0,3	- 0,2	.	- 5,7	- 4,9	- 3,0	- 0,7	
2021	+ 0,3	+ 0,7	+ 3,9	- 18,5	- 3,2	- 3,2	- 0,4	- 0,3	.	- 5,2	- 3,5	- 2,3	- 1,7	
2022 März	- 1,9	- 1,8	- 1,6	- 1,5	- 0,2	- 0,2	- 0,1	- 0,0	.	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	
April	- 0,7	- 0,6	- 0,4	- 3,1	- 0,2	- 0,2	- 0,0	- 0,0	.	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,0	
Mai	- 1,4	- 1,3	- 1,2	+ 0,2	- 0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,1	.	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	-	
Juni	- 1,8	- 1,8	- 1,6	- 2,8	- 0,2	- 0,1	- 0,0	- 0,0	.	- 0,0	- 0,0	- 0,0	-	
Juli	- 1,9	- 1,8	- 1,7	+ 0,2	- 0,2	- 0,0	- 0,0	- 0,0	.	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,1	-	

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Bauspareinlagen, die

den Termineinlagen zugeordnet werden. 2 Spareinlagen mit einer über die Mindest-/Grundverzinsung hinausgehenden Verzinsung. 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €

Zeit	Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere										Nicht börsenfähige Inhaberschuldver- schreibungen und Geldmarktpapiere 6)		Nach- rangig begebene nicht börsen- fähige Schuld- verschrei- bungen	
	darunter:										ins- gesamt	darunter mit Laufzeit über 2 Jahre		
	ins- gesamt	variabel verzins- liche Anlei- hen 1)	Null- Kupon- Anlei- hen 1) 2)	Fremd- wäh- rungs- anlei- hen 3) 4)	Certi- ficates of Deposit	mit Laufzeit								
						zu- sammen	darunter ohne Nominal- betrags- garantie 5)		zu- sammen	darunter ohne Nominal- betrags- garantie 5)				über 2 Jahre
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2019	1 140,7	123,5	28,6	367,7	96,7	117,7	2,6	23,6	4,2	999,4	0,9	0,7	31,5	0,4
2020	1 119,0	117,1	12,7	313,6	89,4	94,3	1,5	23,8	3,1	1 000,9	1,1	0,9	34,8	0,4
2021	1 173,6	106,8	13,5	331,4	98,7	106,8	1,9	18,0	4,5	1 048,8	0,9	0,7	34,6	0,1
2022 März	1 219,8	100,5	14,2	337,0	105,8	114,7	2,9	17,8	4,4	1 087,4	0,6	0,5	35,6	0,1
April	1 227,1	100,1	14,3	344,7	104,2	113,1	3,0	15,2	4,5	1 098,8	0,5	0,4	36,0	0,1
Mai	1 226,2	98,3	15,0	339,3	100,2	109,3	2,4	16,2	4,5	1 100,7	0,4	0,4	35,7	0,1
Juni	1 237,2	99,0	16,2	353,3	113,3	124,4	2,3	16,8	4,1	1 096,1	0,8	0,8	36,4	0,1
Juli	1 237,8	98,0	16,2	344,8	105,0	115,4	2,1	17,7	4,1	1 104,7	1,0	0,9	36,5	0,1
Veränderungen *)														
2020	- 20,5	- 5,2	- 0,8	- 54,1	- 22,3	- 22,2	- 1,1	+ 0,2	- 1,1	+ 1,5	+ 0,3	+ 0,2	+ 2,1	- 0,0
2021	+ 54,0	- 10,3	+ 0,8	+ 17,6	+ 9,4	+ 12,6	+ 0,4	- 5,9	+ 1,3	+ 47,3	+ 0,4	+ 0,3	- 0,2	- 0,3
2022 März	+ 20,8	- 2,0	+ 0,3	+ 6,9	+ 13,4	+ 13,6	- 0,1	+ 0,2	- 0,2	+ 7,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 1,2	-
April	+ 7,3	- 0,4	+ 0,0	+ 7,7	- 1,5	- 1,6	+ 0,1	- 2,6	+ 0,1	+ 11,4	- 0,1	- 0,1	+ 0,4	-
Mai	- 1,0	- 1,8	+ 0,4	- 5,4	- 4,1	- 3,8	- 0,6	+ 0,9	+ 0,1	+ 1,9	- 0,0	- 0,0	- 0,3	-
Juni	+ 11,1	+ 0,6	+ 1,3	+ 14,1	+ 13,2	+ 15,1	- 0,0	+ 0,6	- 0,4	- 4,7	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,7	-
Juli	+ 1,8	+ 0,3	- 0,0	- 8,5	- 8,3	- 9,0	- 0,2	+ 0,9	- 0,0	+ 9,8	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	-

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. auf Fremdwährung lautender Anleihen. 2 Emissionswert bei Auflegung. 3 Einschl. auf Fremdwährung lautender variabel

verzinslicher Anleihen und Null-Kupon-Anleihen. 4 Anleihen auf Nicht-Eurowährungen. 5 Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen bzw. Geldmarktpapiere mit einer Nominalbetragsgarantie von unter 100 Prozent. 6 Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen werden den Sparbriefen zugeordnet siehe auch Tab. IV. 10, Anm. 2.

IV. Banken

12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland *) Zwischenbilanzen

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Monats-ende	Anzahl der Institute	Bilanzsumme 1)	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs) 6)		Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)		Inhaberschuldverreibungen im Umlauf	Kapital (einschl. offener Rücklagen) 8)	Nachrichtlich: Im Jahr bzw. Monat neu abgeschlossene Verträge 9)
			Guthaben und Darlehen (ohne Baudarlehen) 2)	Baudarlehen 3)	Bank-schuldver-schrei-bungen 4)	Baudarlehen			Wert-papiere (einschl. Schatz-wechsel und U-Schätze) 5)	Bauspar-einlagen	Sicht- und Termin-gelder	Bauspar-einlagen	Sicht- und Termin-gelder 7)			
						Bauspar-darlehen	Vor- und Zwi-schen-finan-zierungs-kredite	sonstige Baudar-lehen								
Alle Bausparkassen																
2021	18	253,2	30,0	0,0	15,7	10,1	130,5	36,7	26,5	3,0	30,1	184,4	9,2	4,2	12,4	71,4
2022 Mai	18	260,1	34,7	0,0	15,4	10,1	132,6	38,7	24,6	3,0	36,4	184,8	9,2	4,6	12,2	7,6
Juni	18	260,3	34,3	0,0	15,1	10,1	133,2	39,0	24,3	3,0	36,7	184,3	9,5	4,5	12,2	8,0
Juli	18	260,0	33,7	0,0	15,0	10,3	133,6	39,4	24,2	2,9	36,8	184,0	9,5	4,6	12,1	8,7
Private Bausparkassen																
2022 Mai	10	183,5	19,5	-	6,9	7,4	103,3	32,9	10,8	1,7	33,5	119,9	8,7	4,6	8,3	4,5
Juni	10	183,6	19,2	-	6,7	7,4	103,7	33,1	10,5	1,7	33,5	119,6	9,0	4,5	8,3	5,0
Juli	10	183,5	18,7	-	6,7	7,5	104,0	33,5	10,4	1,7	33,8	119,4	9,0	4,6	8,2	5,6
Öffentliche Bausparkassen																
2022 Mai	8	76,6	15,2	0,0	8,5	2,7	29,3	5,9	13,8	1,3	2,9	64,8	0,5	-	3,9	3,1
Juni	8	76,7	15,1	0,0	8,4	2,7	29,5	5,9	13,8	1,3	3,2	64,7	0,5	-	3,9	3,0
Juli	8	76,6	15,0	0,0	8,3	2,8	29,6	5,9	13,8	1,3	3,0	64,6	0,5	-	3,9	3,2

Entwicklung des Bauspargeschäfts

Mrd €

Zeit	Umsätze im Sparverkehr			Kapitalzusagen		Kapitalauszahlungen						Noch bestehen-de Auszahlungs-verpflichtungen am Ende des Zeitraumes		Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspar-darlehen 11)		Nachrichtlich: Eingegan-gene Woh-nungs-bau-prä-mien 13)
	eingezahlte Bauspar-be-träge 10)	Zinsgut-schriften auf Bauspar-einlagen	Rückzah-lungen von Bauspar-einlagen aus nicht zuge-teilten Ver-trägen	ins-gesamt	darunter Netto-Zuteil-lungen 12)	ins-gesamt	Zuteilungen		neu ge-währte Vor- und Zwi-schen-finan-zierungs-kredite und sonstige Bau-darlehen	ins-gesamt	dar-unter aus Zuteil-ungen	ins-gesamt	darunter Til-gungen im Quartal			
							Bauspारेinlagen	Bauspardarlehen 10)								
Alle Bausparkassen																
2021	27,7	2,0	9,1	52,3	27,7	47,1	18,3	4,0	4,2	3,4	24,7	18,6	6,3	6,1	4,9	0,1
2022 Mai	2,6	0,1	0,8	4,9	2,7	4,3	1,7	0,3	0,4	0,3	2,2	20,0	6,7	0,5	0,0	0,0
Juni	2,2	0,1	0,8	4,7	2,8	4,6	2,0	0,4	0,4	0,3	2,1	19,5	6,7	0,4	0,8	0,0
Juli	2,2	0,1	0,8	4,0	2,5	4,1	1,7	0,3	0,5	0,4	1,9	18,8	6,6	0,4	.	0,0
Private Bausparkassen																
2022 Mai	1,6	0,0	0,4	3,4	1,6	3,2	1,2	0,3	0,3	0,2	1,7	14,2	3,5	0,4	.	0,0
Juni	1,4	0,1	0,4	3,6	2,1	3,4	1,5	0,3	0,3	0,2	1,6	14,0	3,6	0,3	0,5	0,0
Juli	1,4	0,1	0,5	2,8	1,7	3,1	1,2	0,3	0,3	0,3	1,5	13,4	3,5	0,3	.	0,0
Öffentliche Bausparkassen																
2022 Mai	1,0	0,0	0,5	1,5	1,0	1,1	0,5	0,1	0,1	0,1	0,5	5,8	3,3	0,1	.	0,0
Juni	0,8	0,0	0,4	1,1	0,7	1,2	0,5	0,1	0,1	0,1	0,5	5,5	3,1	0,1	0,3	0,0
Juli	0,8	0,0	0,4	1,2	0,8	1,0	0,5	0,1	0,1	0,1	0,4	5,4	3,0	0,1	.	0,0

* Ohne Aktiva und Passiva bzw. Geschäfte der Auslandsfilialen. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1. **2** Einschl. Forderungen an Bausparkassen, Forderungen aus Namensschuldverschreibungen und Gut haben bei Zentralnotenbanken. **3** Bauspardarlehen sowie Vor- und Zwischenfinanzierungskredite. **4** Einschl. Geldmarktpapiere sowie geringer Beträge anderer Wertpapiere von Banken. **5** Einschl. Ausgleichsforderungen. **6** Einschl. Verbindlichkeiten gegenüber Bausparkassen. **7** Einschl. geringer Beträge von Spareinlagen. **8** Einschl. Genussrechtskapital und

Fonds für allgemeine Bankrisiken. **9** Bausparsumme; nur Neuabschlüsse, bei denen die Abschlussgebühr voll eingezahlt ist. Vertragserhöhungen gelten als Neuabschlüsse. **10** Auszahlungen von Bauspäreinlagen aus zuge teilten Verträgen s. unter Kapitalauszahlungen. **11** Einschl. gutgeschriebener Wohnungsbauprä-mien. **12** Nur die von den Berechtigten angenommenen Zuteilungen; einschl. Zuteilungen zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten. **13** Soweit den Konten der Bausparer oder Darlehensnehmer bereits gutgeschrieben, auch in "Eingezahlte Bausparbeträge" und "Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen" enthalten.

IV. Banken

13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs) *)

Mrd €

Zeit	Anzahl der		Bilanzsumme 7)	Kredite an Banken (MFIs)					Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Sonstige Aktivpositionen 7)		
	deutschen Banken (MFIs) mit Auslandsfilialen bzw. -töchtern	Auslandsfilialen 1) bzw. Auslands-töchter		insgesamt	Guthaben und Buchkredite			Geldmarktpapiere, Wertpapiere 2) 3)	insgesamt	Buchkredite			insgesamt	darunter: Derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands		
					zusammen	deutsche Banken	ausländische Banken			an deutsche Nichtbanken	an ausländische Nichtbanken	Geldmarktpapiere, Wertpapiere 2)				
Auslandsfilialen															Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2019	52	198	1 453,0	407,3	389,2	216,0	173,2	18,1	534,3	436,1	19,7	416,4	98,2	511,5	361,7	
2020	50	206	1 552,2	376,7	364,0	213,2	150,8	12,7	504,8	409,6	14,3	395,3	95,2	670,7	523,6	
2021	51	207	1 504,5	471,2	457,8	297,9	159,9	13,4	497,2	418,8	12,9	405,9	78,4	536,1	404,5	
2021 Sept.	50	205	1 518,6	452,9	439,1	279,3	159,8	13,8	485,2	404,4	13,1	391,3	80,8	580,5	415,3	
Okt.	52	207	1 552,0	495,3	481,3	310,3	171,0	13,9	497,7	417,4	13,3	404,1	80,3	559,0	402,4	
Nov.	50	204	1 595,0	495,2	481,1	306,5	174,6	14,2	506,4	425,8	13,0	412,7	80,6	593,4	436,9	
Dez.	51	207	1 504,5	471,2	457,8	297,9	159,9	13,4	497,2	418,8	12,9	405,9	78,4	536,1	404,5	
2022 Jan.	50	209	1 618,8	563,0	548,5	366,5	181,9	14,6	537,7	460,1	13,1	447,0	77,6	518,1	378,0	
Febr.	50	209	1 634,4	566,4	551,9	379,5	172,4	14,5	539,7	464,4	13,2	451,1	75,3	528,3	384,8	
März	50	208	1 674,9	564,7	550,5	369,7	180,8	14,2	540,1	461,4	13,5	447,9	78,7	570,1	421,1	
April	50	208	1 784,0	556,5	542,2	370,7	171,5	14,3	552,8	474,5	13,3	461,2	78,3	674,7	529,5	
Mai	50	208	1 759,2	551,2	537,3	369,0	168,3	13,9	554,0	477,6	13,1	464,5	76,4	653,9	514,9	
Juni	51	211	1 741,0	516,8	502,8	338,8	164,0	13,9	553,5	480,7	12,1	468,6	72,8	670,7	524,4	
Veränderungen *)																
2020	- 2	+ 9	+104,2	- 20,3	- 15,5	- 2,8	- 12,7	- 4,8	+ 0,2	- 1,0	- 5,4	+ 4,4	+ 1,2	+ 164,2	+ 179,6	
2021	+ 1	+ 1	- 48,4	+ 87,3	+ 87,1	+84,9	+ 2,2	+ 0,3	- 26,2	- 6,5	- 1,3	- 5,1	- 19,7	- 136,9	- 128,1	
2021 Okt.	+ 2	+ 2	+ 33,7	+ 42,6	+ 42,5	+ 31,0	+ 11,5	+ 0,1	+ 13,0	+ 13,4	+ 0,2	+ 13,2	- 0,3	- 21,2	- 12,6	
Nov.	- 2	- 3	+ 43,0	- 2,3	- 2,5	- 3,7	+ 1,2	+ 0,2	+ 4,4	+ 5,0	- 0,2	+ 5,2	- 0,6	+ 33,0	+ 32,3	
Dez.	+ 1	+ 3	- 90,4	- 24,0	- 23,2	- 8,6	- 14,6	- 0,8	- 9,2	- 7,0	- 0,1	- 6,8	- 2,2	- 57,3	- 32,5	
2022 Jan.	- 1	+ 2	+ 113,7	+ 90,4	+ 89,2	+ 68,7	+ 20,5	+ 1,2	+ 36,3	+ 37,6	+ 0,2	+ 37,4	- 1,4	- 18,6	- 27,9	
Febr.	-	-	+ 15,8	+ 3,8	+ 3,9	+ 13,0	- 9,0	- 0,1	+ 3,3	+ 5,4	+ 0,1	+ 5,3	- 2,1	+ 10,4	+ 7,1	
März	-	- 1	+ 40,1	- 2,0	- 1,7	- 9,9	+ 8,1	- 0,3	- 1,0	- 4,3	+ 0,2	- 4,6	+ 3,3	+ 41,5	+ 35,7	
April	-	-	+ 106,5	- 13,1	- 13,1	+ 1,0	- 14,2	+ 0,1	- 1,3	+ 0,7	- 0,1	+ 0,8	- 2,0	+ 102,0	+ 104,5	
Mai	-	-	- 24,0	- 3,4	- 3,0	- 1,6	- 1,5	- 0,4	+ 6,5	+ 7,8	- 0,3	+ 8,1	- 1,3	- 19,9	- 13,4	
Juni	+ 1	+ 3	- 19,9	- 36,9	- 36,9	- 30,2	- 6,6	+ 0,0	- 8,4	- 4,0	- 1,0	- 3,1	- 4,4	+ 15,1	+ 7,4	
Auslandstöchter															Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2019	15	41	235,2	52,5	46,7	18,3	28,4	5,7	139,0	116,1	14,4	101,7	22,9	43,7	0,0	
2020	12	36	229,5	44,8	39,9	17,4	22,5	4,9	139,7	114,4	13,1	101,4	25,3	44,9	0,0	
2021	12	35	246,0	50,8	44,4	20,7	23,7	6,3	139,5	116,3	12,6	103,7	23,2	55,7	0,0	
2021 Sept.	13	36	244,6	51,9	47,1	21,9	25,2	4,8	138,5	114,5	12,2	102,3	24,0	54,1	0,0	
Okt.	12	35	246,1	50,9	45,9	24,3	21,6	5,0	138,5	115,4	12,5	102,9	23,1	56,6	0,0	
Nov.	12	35	247,1	52,9	46,7	24,0	22,8	6,2	138,5	115,4	12,6	102,8	23,1	55,7	0,0	
Dez.	12	35	246,0	50,8	44,4	20,7	23,7	6,3	139,5	116,3	12,6	103,7	23,2	55,7	0,0	
2022 Jan.	12	35	245,1	45,9	40,9	20,1	20,8	5,0	140,6	117,5	12,7	104,8	23,1	58,5	0,0	
Febr.	12	35	245,7	46,2	41,4	21,1	20,3	4,8	140,6	117,7	12,7	105,0	22,9	58,9	0,0	
März	12	35	249,3	45,9	40,9	20,6	20,3	5,0	143,4	119,7	12,9	106,8	23,7	60,0	0,0	
April	12	35	253,6	49,4	44,1	21,5	22,6	5,3	145,3	121,6	12,8	108,8	23,7	58,8	0,0	
Mai	12	35	256,5	48,5	43,6	19,6	24,1	4,9	147,7	123,9	13,2	110,8	23,8	60,2	0,0	
Juni	12	35	258,0	50,3	44,6	21,5	23,1	5,7	148,9	125,1	13,1	112,0	23,8	58,8	0,0	
Veränderungen *)																
2020	- 3	- 5	- 0,8	- 5,3	- 5,0	- 1,0	- 4,0	- 0,3	+ 3,3	+ 0,8	- 1,3	+ 2,1	+ 2,4	+ 1,2	± 0,0	
2021	± 0	- 1	+ 12,0	+ 3,8	+ 2,8	+ 3,4	- 0,5	+ 1,0	- 2,5	- 0,5	- 0,5	- 0,0	- 2,1	+ 10,8	± 0,0	
2021 Okt.	- 1	- 1	+ 1,5	- 0,9	- 1,1	+ 2,4	- 3,6	+ 0,2	- 0,0	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,5	- 0,9	+ 2,5	± 0,0	
Nov.	-	-	- 0,2	+ 1,3	+ 0,3	- 0,4	+ 0,6	+ 1,0	- 0,6	- 0,6	+ 0,1	- 0,7	+ 0,0	- 0,9	± 0,0	
Dez.	-	-	- 1,4	- 2,3	- 2,4	- 3,2	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,0	+ 0,7	+ 0,1	- 0,0	± 0,0	
2022 Jan.	-	-	- 1,9	- 5,0	- 3,9	- 0,7	- 3,0	- 1,4	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,0	+ 0,8	- 0,1	+ 2,6	± 0,0	
Febr.	-	-	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,6	+ 1,0	- 0,4	- 0,2	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,3	- 0,2	+ 0,3	± 0,0	
März	-	-	+ 3,2	- 0,5	- 0,7	- 0,5	- 0,2	+ 0,2	+ 2,6	+ 1,8	+ 0,2	+ 1,6	+ 0,8	+ 1,1	± 0,0	
April	-	-	+ 1,4	+ 2,0	+ 2,1	+ 1,0	+ 1,1	- 0,1	+ 0,5	+ 0,6	- 0,1	+ 0,6	- 0,0	- 1,1	± 0,0	
Mai	-	-	+ 4,0	- 0,3	- 0,1	- 1,9	+ 1,9	- 0,3	+ 2,9	+ 2,8	+ 0,3	+ 2,5	+ 0,1	+ 1,4	± 0,0	
Juni	-	-	- 0,3	+ 0,8	+ 0,2	+ 2,0	- 1,8	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,3	- 0,0	+ 0,3	+ 0,0	- 1,4	± 0,0	

* „Ausland“ umfasst auch das Sitzland der Auslandsfilialen bzw. der Auslandstöchter. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. (Brüche auf Grund von Veränderungen des Berichtskreises werden bei den Auslandstöchtern

grundsätzlich nicht in den Veränderungswerten ausgeschaltet). Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite												Sonstige Passivpositionen ^{6) 7)}		Zeit	
von Banken (MFIs)				von Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Geldmarkt-papiere und Schuld-verschrei-bungen im Um-lauf ⁵⁾	Betriebs-kapital bzw. Eigen-kapital	insgesamt	darunter: Derivative Finanz-instrumente des Handels-bestands			
insgesamt	zusammen	deutsche Banken	aus-ländische Banken	insgesamt	deutsche Nichtbanken ⁴⁾			aus-ländische Nicht-banken							
					zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig								
Stand am Jahres- bzw. Monatsende ^{*)}													Auslandsfilialen		
894,1	613,6	453,2	160,4	280,5	12,7	10,1	2,7	267,8	94,6	53,4	410,9	361,1	2019		
872,2	588,5	431,8	156,7	283,7	11,7	10,2	1,5	272,0	61,5	49,9	568,6	523,1	2020		
950,2	638,5	461,2	177,3	311,7	8,1	6,3	1,8	303,6	65,2	51,3	437,9	403,4	2021		
937,3	618,3	432,9	185,4	319,0	9,6	7,8	1,8	309,4	81,1	51,6	448,6	414,2	2021 Sept.		
982,8	654,6	469,2	185,4	328,2	9,0	7,2	1,8	319,2	83,7	51,7	433,8	401,3	Okt.		
988,0	655,8	458,2	197,6	332,2	8,9	7,1	1,8	323,3	82,6	51,9	472,4	435,9	Nov.		
950,2	638,5	461,2	177,3	311,7	8,1	6,3	1,8	303,6	65,2	51,3	437,9	403,4	Dez.		
1 066,8	659,1	457,3	201,8	407,7	9,5	7,7	1,8	398,2	86,1	51,8	414,1	377,6	2022 Jan.		
1 079,5	664,5	466,8	197,6	415,0	9,8	8,1	1,7	405,2	82,7	51,8	420,4	383,8	Febr.		
1 087,0	663,1	462,8	200,3	423,9	10,7	9,0	1,7	413,2	80,7	52,3	454,9	418,8	März		
1 075,8	655,6	453,6	202,0	420,1	10,5	8,7	1,8	409,7	88,6	53,3	566,4	526,8	April		
1 059,1	633,0	437,3	195,7	426,1	10,5	8,7	1,7	415,6	90,4	52,9	556,8	512,4	Mai		
1 035,8	630,0	447,9	182,1	405,8	10,7	8,9	1,8	395,1	84,1	53,4	567,7	521,9	Juni		
Veränderungen ^{*)}															
- 9,2	- 13,3	- 21,4	+ 8,1	+ 4,1	- 1,0	+ 0,3	- 1,4	+ 5,1	- 28,1	- 3,5	+ 157,6	+ 162,0	2020		
+ 71,1	+ 43,1	+ 31,0	+ 12,0	+ 28,1	- 3,6	- 3,9	+ 0,3	+ 31,7	+ 0,1	+ 1,4	- 130,8	- 119,7	2021		
+ 46,0	+ 36,8	+ 36,3	+ 0,5	+ 9,2	- 0,6	- 0,6	- 0,0	+ 9,8	+ 2,9	+ 0,1	- 14,8	- 12,9	2021 Okt.		
+ 3,4	- 0,4	- 9,6	+ 9,2	+ 3,9	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	+ 4,0	- 2,4	+ 0,3	+ 38,6	+ 34,6	Nov.		
- 37,8	- 17,3	+ 3,0	- 20,3	- 20,5	- 0,8	- 0,8	- 0,0	- 19,7	- 17,5	- 0,7	- 34,5	- 32,5	Dez.		
+ 114,7	+ 18,7	- 4,0	+ 22,7	+ 96,0	+ 1,4	+ 1,4	+ 0,0	+ 94,6	+ 20,4	+ 0,6	- 23,8	- 25,8	2022 Jan.		
+ 13,3	+ 6,0	+ 9,6	- 3,6	+ 7,3	+ 0,3	+ 0,4	- 0,1	+ 7,0	- 3,2	+ 0,0	+ 6,3	+ 6,3	Febr.		
+ 7,0	- 1,8	- 4,0	+ 2,2	+ 8,8	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,0	+ 7,9	- 2,4	+ 0,5	+ 34,5	+ 35,0	März		
- 15,2	- 11,0	- 9,2	- 1,8	- 4,2	- 0,2	- 0,3	+ 0,1	- 4,0	+ 5,3	+ 0,9	+ 108,8	+ 108,0	April		
- 10,4	- 16,5	- 12,5	- 4,1	+ 6,2	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 6,2	+ 2,7	- 0,4	- 13,3	- 14,4	Mai		
- 26,9	- 6,4	+ 10,6	- 17,0	- 20,5	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	- 20,7	- 8,0	+ 0,5	+ 10,9	+ 9,5	Juni		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende ^{*)}													Auslandstöchter		
165,7	68,7	36,6	32,1	97,0	6,6	3,9	2,7	90,4	16,0	22,1	31,4	0,0	2019		
163,4	59,6	34,1	25,5	103,8	6,7	4,2	2,5	97,1	16,6	20,3	29,2	0,0	2020		
178,6	64,2	33,0	31,2	114,4	7,3	4,9	2,4	107,1	16,4	20,3	30,7	0,0	2021		
175,4	61,5	30,0	31,5	113,9	6,6	4,2	2,4	107,3	18,4	20,7	30,0	0,0	2021 Sept.		
177,6	63,8	32,8	31,0	113,8	6,9	4,5	2,4	106,9	17,9	20,4	30,1	0,0	Okt.		
177,5	62,6	31,1	31,5	114,9	7,0	4,6	2,4	107,9	17,5	20,3	31,7	0,0	Nov.		
178,6	64,2	33,0	31,2	114,4	7,3	4,9	2,4	107,1	16,4	20,3	30,7	0,0	Dez.		
179,6	64,8	33,2	31,7	114,7	7,2	4,8	2,4	107,5	15,9	19,9	29,8	0,0	2022 Jan.		
180,9	66,3	33,7	32,7	114,5	7,4	5,0	2,4	107,1	15,8	19,8	29,3	0,0	Febr.		
184,0	66,5	34,2	32,3	117,5	7,5	5,1	2,4	110,0	15,7	19,8	29,8	0,0	März		
187,8	70,6	36,1	34,4	117,2	7,2	4,8	2,4	110,0	15,5	19,9	30,3	0,0	April		
190,9	70,3	36,3	34,1	120,5	7,2	4,8	2,4	113,3	15,3	20,1	30,2	0,0	Mai		
190,7	68,9	35,9	33,0	121,7	7,4	5,1	2,3	114,3	16,0	20,3	31,0	0,0	Juni		
Veränderungen ^{*)}															
+ 1,4	- 7,3	- 2,5	- 4,8	+ 8,7	+ 0,0	+ 0,3	- 0,3	+ 8,7	+ 0,6	- 1,8	- 1,0	± 0,0	2020		
+ 12,1	+ 3,2	- 1,1	+ 4,3	+ 8,9	+ 0,6	+ 0,6	- 0,1	+ 8,3	- 0,3	+ 0,1	+ 0,2	± 0,0	2021		
+ 2,3	+ 2,3	+ 2,7	- 0,4	- 0,0	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,0	- 0,3	- 0,5	- 0,3	+ 0,1	± 0,0	2021 Okt.		
- 1,0	- 1,6	- 1,6	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,4	- 0,4	- 0,0	+ 1,2	± 0,0	Nov.		
+ 0,9	+ 1,5	+ 1,9	- 0,3	- 0,6	+ 0,2	+ 0,3	- 0,0	- 0,9	- 1,2	- 0,0	- 1,2	± 0,0	Dez.		
+ 0,4	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,0	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	+ 0,1	- 0,5	- 0,5	- 1,2	± 0,0	2022 Jan.		
+ 1,5	+ 1,6	+ 0,5	+ 1,1	- 0,1	+ 0,2	+ 0,2	- 0,0	- 0,4	- 0,1	- 0,1	- 0,5	± 0,0	Febr.		
+ 2,8	+ 0,1	+ 0,5	- 0,5	+ 2,7	+ 0,0	+ 0,1	- 0,0	+ 2,7	- 0,1	+ 0,1	+ 0,4	± 0,0	März		
+ 1,6	+ 3,1	+ 1,9	+ 1,2	- 1,5	- 0,2	- 0,2	- 0,0	- 1,2	- 0,2	+ 0,1	- 0,1	± 0,0	April		
+ 3,8	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	+ 3,7	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 3,8	- 0,2	+ 0,2	+ 0,1	± 0,0	Mai		
- 1,5	- 2,0	- 0,4	- 1,6	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,3	- 0,1	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,4	± 0,0	Juni		

besonders angemerkt. **1** Mehrere Filialen in einem Sitzland zählen als eine Filiale. **2** Schatzwechsel, U-Schätze und sonstige Geldmarktpapiere, Anleihen und Schuldverschreibungen. **3** Einschl. eigener Schuldverschreibungen. **4** Ohne nachrangige Verbind-

lichkeiten und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen. **5** Begebene börsenfähige und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere. **6** Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten. **7** Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1.

V. Mindestreserven

1. Mindestreservebasis und -erfüllung im Euroraum

Mrd €

Reserveperiode beginnend im Monat ¹⁾	Reservebasis ²⁾	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages ³⁾	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages ⁴⁾	Zentralbankguthaben der Kreditinstitute auf Girokonten ⁵⁾	Überschussreserven ⁶⁾	Summe aller Unterschreitungen des Reserve-Solls ⁷⁾
2015	11 375,0	113,8	113,3	557,1	443,8	0,0
2016	11 918,5	119,2	118,8	919,0	800,3	0,0
2017	12 415,8	124,2	123,8	1 275,2	1 151,4	0,0
2018	12 775,2	127,8	127,4	1 332,1	1 204,8	0,0
2019	13 485,4	134,9	134,5	1 623,7	1 489,3	0,0
2020	14 590,4	145,9	145,5	3 029,4	2 883,9	0,0
2021	15 576,6	155,8	155,4	3 812,3	3 656,9	0,1
2022 Juli ^{p)}	16 174,7	161,7	161,4
Aug.
Sept. ^{p)}

2. Mindestreservebasis und -erfüllung in Deutschland

Mio €

Reserveperiode beginnend im Monat ¹⁾	Reservebasis ²⁾	Anteil Deutschlands an der Reservebasis des Eurosystems in %	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages ³⁾	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages ⁴⁾	Zentralbankguthaben der Kreditinstitute auf Girokonten ⁵⁾	Überschussreserven ⁶⁾	Summe aller Unterschreitungen des Reserve-Solls ⁷⁾
2015	3 137 353	27,6	31 374	31 202	174 361	143 159	0
2016	3 371 095	28,3	33 711	33 546	301 989	268 443	0
2017	3 456 192	27,8	34 562	34 404	424 547	390 143	2
2018	3 563 306	27,9	35 633	35 479	453 686	418 206	1
2019	3 728 027	27,6	37 280	37 131	486 477	449 346	0
2020	4 020 792	27,6	40 208	40 062	878 013	837 951	1
2021	4 260 398	27,4	42 604	42 464	1 048 819	1 006 355	0
2022 Juli ^{p)}	4 437 392	27,4	44 374	44 236
Aug.
Sept. ^{p)}	4 448 025	...	44 480	44 344

a) Reserve-Soll einzelner Bankengruppen

Mio €

Reserveperiode beginnend im Monat ¹⁾	Großbanken	Regionalbanken und sonstige Kreditbanken	Zweigstellen ausländischer Banken	Landesbanken und Sparkassen	Kreditgenossenschaften	Realkreditinstitute	Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben
2015	6 105	5 199	2 012	10 432	5 649	226	1 578
2016	6 384	5 390	2 812	10 905	5 960	236	1 859
2017	6 366	5 678	3 110	11 163	6 256	132	1 699
2018	7 384	4 910	3 094	11 715	6 624	95	1 658
2019	7 684	5 494	2 765	12 273	7 028	109	1 778
2020	8 151	6 371	3 019	12 912	7 547	111	2 028
2021	9 113	6 713	2 943	13 682	8 028	109	1 876
2022 Juli
Aug.
Sept.

b) Zusammensetzung der Reservebasis nach Verbindlichkeiten

Mio €

Reserveperiode beginnend im Monat ¹⁾	Verbindlichkeiten (ohne Spareinlagen, Bauspareinlagen und Repos) gegenüber Nicht-MFIs mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten (ohne Bauspareinlagen und Repos) gegenüber nicht der Mindestreserve unterliegenden MFIs im Euroraum mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten (ohne Bauspareinlagen und Repos) gegenüber Banken im anderen Ausland außerhalb des Euroraums mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Spareinlagen mit Kündigungsfrist bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten aus ausgegebenen Inhaberschuldverschreibungen mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl. nach Pauschalabzug bzw. Abzug der Beträge im Besitz selbst reservspflichtiger MFIs
2015	2 063 317	1 879	375 891	592 110	104 146
2016	2 203 100	1 595	447 524	585 099	133 776
2017	2 338 161	628	415 084	581 416	120 894
2018	2 458 423	1 162	414 463	576 627	112 621
2019	2 627 478	1 272	410 338	577 760	111 183
2020	2 923 462	1 607	436 696	560 770	105 880
2021	3 079 722	9 030	508 139	561 608	101 907
2022 Juli
Aug.
Sept.

1 Die Erfüllungsperiode beginnt am Abwicklungstag des Hauptfinanzierungsgeschäfts, das auf die Sitzung des EZB-Rats folgt, in der die Erörterung der Geldpolitik vorgesehen ist. **2** Art. 5 der Verordnung (EU) 2021/378 der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. a ein Reservesatz von 0 % gilt). **3** Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die Reservebasis. Der Reservesatz für Verbindlichkeiten mit einer

Ursprungslaufzeit von bis zu 2 Jahren einschl. betrug vom 1. Januar 1999 bis 17. Januar 2012 2 %. Ab dem 18. Januar 2012 liegt er bei 1 %. **4** Art. 6 Abs. 2 der Verordnung (EU) 2021/378 der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht **5** Durchschnittliche Guthaben der Kreditinstitute bei den nationalen Zentralbanken. **6** Durchschnittliche Guthaben abzüglich Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. **7** Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages.

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze / Basiszinssätze

% p.a.

EZB-Zinssätze										Basiszinssätze				
Gültig ab	Einlagefazilität	Hauptrefinanzierungsgeschäfte			Spitzenrefinanzierungsfazilität	Gültig ab	Einlagefazilität	Hauptrefinanzierungsgeschäfte			Gültig ab	Basiszinssatz gemäß BGB 1)	Gültig ab	Basiszinssatz gemäß BGB 1)
		Festsatz	Mindestbietungssatz					Festsatz	Mindestbietungssatz					
2005 6. Dez.	1,25	-	2,25	3,25	2011 13. April	0,50	1,25	-	2,00	2002 1. Jan.	2,57	2009 1. Jan.	1,62	
2006 8. März	1,50	-	2,50	3,50	13. Juli	0,75	1,50	-	2,25	1. Juli	2,47	1. Juli	0,12	
15. Juni	1,75	-	2,75	3,75	9. Nov.	0,50	1,25	-	2,00	2003 1. Jan.	1,97	2011 1. Juli	0,37	
9. Aug.	2,00	-	3,00	4,00	14. Dez.	0,25	1,00	-	1,75	1. Juli	1,22	2012 1. Jan.	0,12	
11. Okt.	2,25	-	3,25	4,25	2012 11. Juli	0,00	0,75	-	1,50	2004 1. Jan.	1,14	2013 1. Jan.	-0,13	
13. Dez.	2,50	-	3,50	4,50	2013 8. Mai	0,00	0,50	-	1,00	1. Juli	1,13	1. Juli	-0,38	
2007 14. März	2,75	-	3,75	4,75	13. Nov.	0,00	0,25	-	0,75	2005 1. Jan.	1,21	2014 1. Jan.	-0,63	
13. Juni	3,00	-	4,00	5,00	2014 11. Juni	-0,10	0,15	-	0,40	1. Juli	1,17	1. Juli	-0,73	
2008 9. Juli	3,25	-	4,25	5,25	10. Sept.	-0,20	0,05	-	0,30	2006 1. Jan.	1,37	2015 1. Jan.	-0,83	
8. Okt.	2,75	3,75	-	4,75	2015 9. Dez.	-0,30	0,05	-	0,30	1. Juli	1,95	2016 1. Juli	-0,88	
9. Okt.	3,25	3,75	-	4,25	2016 16. März	-0,40	0,00	-	0,25	2007 1. Jan.	2,70			
12. Nov.	2,75	3,25	-	3,75	2019 18. Sept.	-0,50	0,00	-	0,25	1. Juli	3,19			
10. Dez.	2,00	2,50	-	3,00	2022 27. Juli	0,00	0,50	-	0,75	2008 1. Jan.	3,32			
2009 21. Jan.	1,00	2,00	-	3,00	14. Sept.	0,75	1,25	-	1,50	1. Juli	3,19			
11. März	0,50	1,50	-	2,50										
8. April	0,25	1,25	-	2,25										
13. Mai	0,25	1,00	-	1,75										

1 Gemäß § 247 BGB.

2. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren *)

Gutschriftstag	Gebote Betrag	Zuteilung Betrag	Mengtender		Zinstender			Laufzeit
			Festsatz	% p.a.	Mindestbietungssatz	marginaler Satz 1)	gewichteter Durchschnittssatz	
Hauptrefinanzierungsgeschäfte								
2022 3. Aug.		864	864	0,50	-	-	-	7
10. Aug.		907	907	0,50	-	-	-	7
17. Aug.		823	823	0,50	-	-	-	7
24. Aug.		744	744	0,50	-	-	-	7
31. Aug.		3 869	3 869	0,50	-	-	-	7
7. Sep.		3 680	3 680	0,50	-	-	-	7
14. Sep.		3 926	3 926	1,25	-	-	-	7
Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte								
2022 28. Jul.		173	173	2) ...	-	-	-	91
1. Sep.		725	725	2) ...	-	-	-	91

* Quelle: EZB. 1 Niedrigster bzw. höchster Zinssatz, zu dem Mittel noch zugeteilt bzw. hereingenommen werden. 2 Berechnung am Ende der Laufzeit; a) Zuteilung zu dem durchschnittlichen Mindestbietungssatz aller Hauptrefinanzierungsgeschäfte während

der Laufzeit unter Einbeziehung eines Spreads oder b) Zuteilung zum durchschnittlichen Satz der Einlagefazilität während der Laufzeit.

3. Geldmarktsätze nach Monaten *)

% p.a.

Durchschnitt im Monat	€STR 1)	EONIA 1)	EURIBOR 2)				
			Wochengeld	Monatsgeld	Dreimonatsgeld	Sechsmonatsgeld	Zwölfmonatsgeld
2022 Jan.	-0,578	.	-0,58	-0,57	-0,56	-0,53	-0,48
Febr.	-0,577	.	-0,57	-0,55	-0,53	-0,48	-0,34
März	-0,579	.	-0,57	-0,54	-0,50	-0,42	-0,24
April	-0,584	.	-0,57	-0,54	-0,45	-0,31	0,01
Mai	-0,585	.	-0,57	-0,55	-0,39	-0,14	0,29
Juni	-0,582	.	-0,57	-0,53	-0,24	0,16	0,85
Juli	-0,511	.	-0,46	-0,31	0,04	0,47	0,99
Aug.	-0,085	.	-0,07	0,02	0,40	0,84	1,25

* Monatsdurchschnitte sind eigene Berechnungen. Weder die Deutsche Bundesbank noch eine andere Stelle kann bei Unstimmigkeiten des EONIA-Satzes und der EURIBOR-Sätze haftbar gemacht werden. 1 Euro OverNight Index Average: Vom 4. Januar 1999 bis 30. September 2019 von der Europäischen Zentralbank auf der Basis effektiver Umsätze nach der Zinsmethode act 360 berechneter gewichteter

Durchschnittssatz für Tagesgelder im Interbankengeschäft. Seit 1. Oktober 2019 berechnet als Euro Short-Term Rate (€STR) + 8,5 Basispunkte Aufschlag. 2 Euro Interbank Offered Rate: Seit 30. Dezember 1998 von Reuters nach der Zinsmethode act 360 berechneter ungewichteter Durchschnittssatz. Administrator für EONIA und EURIBOR: European Money Markets Institute (EMMI)

VI. Zinssätze

4. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)

a) Bestände ^{o)}

		Einlagen privater Haushalte				Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften			
		mit vereinbarter Laufzeit							
		bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 2 Jahre		von über 2 Jahren	
Stand am Monatsende		Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2021 Juli		0,23	45 300	0,94	219 790	-0,23	69 514	0,82	20 964
Aug.		0,22	44 901	0,93	219 708	-0,26	68 741	0,81	21 058
Sept.		0,23	44 268	0,93	219 587	-0,28	69 338	0,78	21 227
Okt.		0,23	43 497	0,92	219 456	-0,29	75 404	0,77	22 443
Nov.		0,22	42 503	0,91	219 058	-0,30	70 830	0,76	22 793
Dez.		0,18	41 979	0,91	220 289	-0,37	75 038	0,74	22 966
2022 Jan.		0,18	41 157	0,90	220 225	-0,31	72 404	0,73	23 078
Febr.		0,18	40 586	0,90	220 056	-0,30	71 560	0,71	23 680
März		0,17	40 201	0,89	219 655	-0,28	68 341	0,74	24 011
April		0,18	39 503	0,88	219 264	-0,27	73 001	0,73	23 471
Mai		0,19	39 659	0,87	218 855	-0,20	65 198	0,73	23 335
Juni		0,19	39 682	0,87	218 128	-0,10	66 308	0,78	23 397
Juli		0,24	40 392	0,86	217 955	0,04	72 141	0,86	24 127

		Wohnungsbaukredite an private Haushalte ³⁾						Konsumentenkredite und sonstige Kredite an private Haushalte ^{4) 5)}					
		mit Ursprungslaufzeit											
		bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
Stand am Monatsende		Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2021 Juli		1,92	4 642	1,53	26 996	1,83	1 410 004	6,53	44 338	3,33	81 734	3,34	325 291
Aug.		1,94	4 581	1,52	27 041	1,82	1 418 884	6,60	44 785	3,33	81 447	3,32	325 890
Sept.		1,94	4 521	1,52	27 117	1,80	1 427 271	6,67	45 750	3,32	81 133	3,32	325 265
Okt.		1,97	4 623	1,52	27 324	1,79	1 436 840	6,59	44 700	3,32	80 768	3,30	326 197
Nov.		2,08	3 680	1,52	26 929	1,77	1 446 574	6,53	44 871	3,32	79 066	3,30	328 130
Dez.		2,02	3 547	1,52	26 755	1,75	1 454 553	6,60	44 914	3,32	78 679	3,28	327 421
2022 Jan.		2,02	3 690	1,52	26 583	1,74	1 457 059	6,69	44 473	3,32	78 019	3,27	328 346
Febr.		2,02	3 559	1,52	26 620	1,73	1 464 103	6,61	44 903	3,32	77 521	3,26	328 991
März		2,10	3 620	1,53	26 670	1,71	1 473 852	6,59	46 226	3,33	77 518	3,25	328 996
April		2,08	3 636	1,54	26 766	1,71	1 483 015	6,52	45 715	3,33	77 073	3,25	329 959
Mai		2,15	3 584	1,55	26 874	1,70	1 492 093	6,51	46 567	3,33	76 658	3,25	330 295
Juni		2,19	3 573	1,58	26 899	1,70	1 500 141	6,59	47 810	3,36	76 324	3,27	330 379
Juli		2,28	3 715	1,70	27 244	1,70	1 508 698	6,58	46 834	3,39	76 737	3,27	332 993

		Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften mit Ursprungslaufzeit					
		bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
Stand am Monatsende		Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2021 Juli		1,94	148 978	1,64	194 327	1,65	808 937
Aug.		1,94	148 766	1,63	196 065	1,64	811 706
Sept.		1,97	149 784	1,64	194 697	1,63	811 174
Okt.		1,92	158 326	1,63	197 964	1,62	813 714
Nov.		1,91	156 340	1,58	203 103	1,61	819 855
Dez.		1,82	161 611	1,56	202 457	1,59	822 730
2022 Jan.		1,81	166 574	1,57	202 813	1,58	824 650
Febr.		1,80	172 663	1,56	202 563	1,58	830 564
März		1,90	179 074	1,58	204 001	1,57	832 210
April		1,91	180 007	1,58	206 200	1,57	838 405
Mai		1,87	184 783	1,62	208 824	1,58	842 912
Juni		1,94	189 986	1,65	213 733	1,64	846 768
Juli		2,07	195 328	1,69	218 423	1,66	854 349

* Die auf harmonisierter Basis im Euro-Währungsgebiet ab Januar 2003 erhobene Zinsstatistik wird in Deutschland als Stichprobenerhebung durchgeführt. Gegenstand der MFI-Zinsstatistik sind die von monetären Finanzinstituten (MFIs) angewandten Zinssätze sowie die dazugehörigen Volumina für auf Euro lautende Einlagen und Kredite gegenüber im Euroraum gebietsansässigen privaten Haushalten und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften. Der Sektor private Haushalte umfasst Privatpersonen (einschl. Einzelkaufleute) sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck. Zu den nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften zählen sämtliche Unternehmen (einschl. Personengesellschaften) außer Versicherungen, Banken und sonstigen Finanzierungsinstitutionen. Die Ergebnisse für den jeweils aktuellen Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. Weitere Informationen zur MFI-Zinsstatistik lassen sich der Bundesbank-Homepage (Rubrik: Statistik \ Geld- und Kapitalmärkte \ Zinssätze und Renditen \ Einlagen- und Kreditzinssätze) entnehmen. ^o Die Bestände werden zeitpunktbezogen zum

Monatsultimo erhoben. ¹ Die Effektivzinssätze werden entweder als annualisierte vereinbarte Jahreszinssätze (AVJ) oder als eng definierte Effektivzinssätze ermittelt. Beide Berechnungsmethoden umfassen sämtliche Zinszahlungen auf Einlagen und Kredite, jedoch keine eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen. ² Angaben basieren auf der monatlichen Bilanzstatistik. ³ Besicherte und unbesicherte Kredite, die für die Beschaffung von Wohnraum, einschl. Wohnungsbau und -modernisierung gewährt werden; einschl. Bauspardarlehen und Bauzwischenfinanzierungen sowie Weiterleitungskredite, die die Meldepflichten im eigenen Namen und auf eigene Rechnung ausgereicht haben. ⁴ Konsumentenkredite sind Kredite, die zum Zwecke der persönlichen Nutzung für den Konsum von Gütern und Dienstleistungen gewährt werden. ⁵ Sonstige Kredite im Sinne der Statistik sind Kredite, die für sonstige Zwecke, z.B. Geschäftszwecke, Schuldenkonsolidierung, Ausbildung usw. gewährt werden. ⁶ Einschl. Überziehungskredite (s.a. Anm. 12 bis 14 S.47*.)

VI. Zinssätze

noch: 4. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

Einlagen privater Haushalte												
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						mit vereinbarter Kündigungsfrist 8)				
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 3 Monate		von über 3 Monaten		
Erhebungs- zeitraum	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2021 Juli	-0,01	1 800 235	0,02	2 414	0,28	401	0,29	695	0,08	536 463	0,16	25 216
Aug.	-0,01	1 797 331	0,02	2 315	0,25	278	0,34	558	0,08	536 145	0,16	24 993
Sept.	-0,01	1 791 879	-0,01	2 254	0,26	241	0,34	513	0,08	535 555	0,15	24 780
Okt.	-0,01	1 800 411	0,06	1 944	0,25	228	0,39	474	0,08	535 197	0,15	24 558
Nov.	-0,01	1 808 547	0,09	1 879	0,21	266	0,48	650	0,08	535 140	0,15	24 329
Dez.	-0,01	1 806 993	-0,07	2 327	0,20	204	0,51	721	0,08	536 715	0,14	24 116
2022 Jan.	-0,01	1 806 352	0,11	2 132	0,22	363	0,36	642	0,08	537 038	0,14	23 363
Febr.	-0,02	1 819 881	0,06	2 167	0,25	226	0,33	564	0,07	537 327	0,13	23 136
März	-0,02	1 808 690	0,12	2 044	0,28	258	0,38	824	0,07	535 696	0,13	22 897
April	-0,02	1 826 796	0,14	1 974	0,39	292	0,46	694	0,07	534 800	0,13	22 686
Mai	-0,02	1 827 315	0,14	2 052	0,52	574	0,66	1 023	0,07	533 590	0,14	22 562
Juni	-0,02	1 831 910	0,17	2 490	0,71	357	0,80	891	0,08	531 943	0,14	22 408
Juli	-0,00	1 854 419	0,31	3 227	0,83	776	0,72	1 178	0,07	530 302	0,15	22 255

Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften								
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		
Erhebungs- zeitraum	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2021 Juli	-0,12	581 879	-0,48	57 334	-0,22	322	0,09	168
Aug.	-0,13	589 698	-0,50	47 074	-0,17	174	0,07	699
Sept.	-0,12	590 408	-0,50	48 685	x)	x)	0,11	333
Okt.	-0,13	598 979	-0,51	70 382	-0,21	214	0,19	1 102
Nov.	-0,13	604 607	-0,52	47 155	-0,16	619	0,25	732
Dez.	-0,14	585 718	-0,58	43 578	-0,07	836	0,19	1 004
2022 Jan.	-0,14	596 648	-0,50	38 323	-0,18	311	0,28	1 033
Febr.	-0,14	594 874	-0,48	30 745	0,03	234	0,63	1 123
März	-0,15	607 552	-0,50	42 187	0,09	417	1,09	1 069
April	-0,15	600 726	-0,49	42 722	0,37	633	1,12	182
Mai	-0,15	609 181	-0,44	41 476	0,44	1 240	1,35	513
Juni	-0,15	600 646	-0,36	43 089	0,91	687	2,27	742
Juli	-0,07	604 779	-0,11	26 039	1,15	678	1,90	1 466

Kredite an private Haushalte											
Konsumentenkredite mit anfänglicher Zinsbindung 4)											
Erhebungs- zeitraum	insgesamt (einschl. Kosten)			darunter neu verhandelte Kredite 9)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	effektiver Jahres- zinssatz 10) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2021 Juli	5,55	5,47	9 279	6,30	1 924	7,15	386	4,26	3 014	5,98	5 880
Aug.	5,54	5,44	8 696	6,29	1 747	7,54	340	4,30	2 828	5,89	5 528
Sept.	5,54	5,46	8 474	6,28	1 669	7,59	323	4,29	2 783	5,94	5 368
Okt.	5,58	5,50	8 375	6,30	1 660	7,55	345	4,34	2 677	5,95	5 353
Nov.	5,46	5,43	8 076	6,17	1 524	7,24	408	4,34	2 691	5,88	4 976
Dez.	5,35	5,36	6 927	6,04	1 221	6,75	465	4,31	2 445	5,84	4 017
2022 Jan.	5,53	5,54	8 604	6,19	1 862	7,29	383	4,29	2 643	6,01	5 578
Febr.	5,41	5,45	8 372	6,14	1 641	7,31	378	4,28	2 652	5,90	5 343
März	5,34	5,38	10 208	6,24	1 935	7,28	397	4,08	3 481	5,97	6 330
April	5,70	5,64	8 523	6,35	1 682	7,93	316	4,46	2 654	6,08	5 553
Mai	5,81	5,77	9 788	6,51	1 924	8,04	332	4,56	3 067	6,24	6 390
Juni	5,99	5,95	9 509	6,79	1 926	8,50	307	4,66	3 054	6,46	6 149
Juli	6,15	6,12	9 067	6,97	1 771	8,76	314	4,80	2 968	6,65	5 785

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*. Anmerkung x s. S. 47*. + Für Einlagen mit vereinbarter Laufzeit und sämtliche Kredite außer revolving Krediten und Überziehungskrediten, Kreditkartenkrediten gilt: Das Neugeschäft umfasst alle zwischen privaten Haushalten oder nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften und dem berichtspflichtigen MFI neu getroffenen Vereinbarungen. Die Zinssätze werden als volumengewichtete Durchschnittssätze über alle im Laufe des Berichtsmontats abgeschlossenen Neuvereinbarungen berechnet. Für täglich fällige Einlagen, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist sowie revolving Krediten und Überziehungskredite, Kreditkartenkredite gilt: Das Neugeschäft wird aus Vereinfachungsgründen wie die

Bestände zeitpunktbezogen erfasst. Das bedeutet, dass sämtliche Einlagen- und Kreditgeschäfte, die am letzten Tag des Meldemonats bestehen, in die Berechnung der Durchschnittszinsen einbezogen werden. 7 Geschätzt. Das von den Berichtspflichtigen gemeldete Neugeschäftsvolumen wird mittels eines geeigneten Schätzverfahrens auf die Grundgesamtheit aller MFIs in Deutschland hochgerechnet. 8 Einschl. Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften; einschl. Treue- und Wachstumsprämien. 9 Ohne Überziehungskredite. 10 Effektivzinssatz, der die eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen, beinhaltet.

VI. Zinssätze

noch: 4. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
 b) Neugeschäft +)

noch: Kredite an private Haushalte										
Sonstige Kredite an private Haushalte mit anfänglicher Zinsbindung 5)										
Erhebungs- zeitraum	insgesamt		darunter neu verhandelte Kredite 9)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite an private Haushalte										
2021 Juli	1,68	4 950	1,50	1 428	1,71	1 920	2,09	732	1,52	2 298
Aug.	1,74	4 101	1,60	806	1,88	1 594	2,17	612	1,48	1 895
Sept.	1,65	4 401	1,46	951	1,72	1 950	1,99	626	1,47	1 825
Okt.	1,69	4 327	1,54	1 068	1,79	1 792	2,23	631	1,42	1 904
Nov.	1,68	4 433	1,39	847	1,65	1 759	2,42	704	1,44	1 970
Dez.	1,64	5 757	1,48	1 144	1,58	2 326	2,45	860	1,44	2 571
2022 Jan.	1,62	4 552	1,48	1 288	1,54	1 914	2,32	622	1,49	2 016
Febr.	1,76	4 173	1,60	859	1,69	1 560	2,55	514	1,62	2 099
März	1,87	5 992	1,61	1 247	1,70	2 149	2,43	724	1,85	3 119
April	2,03	4 980	1,70	1 170	1,82	1 829	2,33	760	2,10	2 391
Mai	2,32	4 277	2,03	913	1,84	1 387	2,89	628	2,46	2 262
Juni	2,39	5 035	1,96	1 196	1,81	1 990	3,04	717	2,68	2 328
Juli	2,62	4 604	1,97	1 195	2,06	1 980	3,24	629	2,97	1 995
darunter: Kredite an wirtschaftlich selbständige Privatpersonen										
2021 Juli	1,71	3 514	.	.	1,75	1 339	2,10	587	1,53	1 588
Aug.	1,89	2 666	.	.	2,05	1 045	2,35	441	1,57	1 180
Sept.	1,72	2 879	.	.	1,76	1 259	2,21	444	1,49	1 176
Okt.	1,75	2 884	.	.	1,84	1 193	2,17	514	1,46	1 177
Nov.	1,83	2 674	.	.	1,83	1 076	2,47	461	1,56	1 137
Dez.	1,73	3 787	.	.	1,76	1 495	2,48	564	1,47	1 728
2022 Jan.	1,71	2 950	.	.	1,64	1 227	2,38	455	1,54	1 268
Febr.	1,88	2 728	.	.	1,92	970	2,68	380	1,64	1 378
März	1,96	3 879	.	.	1,84	1 414	2,58	512	1,88	1 953
April	2,13	3 210	.	.	1,92	1 079	2,42	577	2,16	1 554
Mai	2,40	2 886	.	.	2,00	928	2,95	493	2,48	1 465
Juni	2,50	3 461	.	.	2,06	1 239	3,13	538	2,62	1 684
Juli	2,76	2 994	.	.	2,21	1 252	3,36	474	3,08	1 268

noch: Kredite an private Haushalte													
Wohnungsbaukredite mit anfänglicher Zinsbindung 3)													
Erhebungs- zeitraum	insgesamt (einschl. Kosten)		darunter neu verhandelte Kredite 9)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren bis 10 Jahre		von über 10 Jahren		
	Effektiv- zinssatz 10) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt													
2021 Juli	1,36	1,31	25 121	1,36	3 808	1,76	2 686	1,32	1 649	1,14	9 216	1,34	11 570
Aug.	1,31	1,27	22 735	1,32	3 095	1,78	2 324	1,37	1 514	1,10	7 975	1,28	10 922
Sept.	1,31	1,26	22 232	1,33	2 986	1,80	2 204	1,33	1 451	1,09	7 631	1,27	10 946
Okt.	1,32	1,28	22 630	1,29	3 683	1,79	2 353	1,33	1 613	1,10	8 013	1,29	10 650
Nov.	1,36	1,32	22 516	1,31	3 079	1,83	2 022	1,43	1 564	1,15	8 171	1,33	10 759
Dez.	1,37	1,32	23 851	1,27	3 446	1,80	2 383	1,39	1 661	1,16	8 614	1,34	11 194
2022 Jan.	1,39	1,35	25 085	1,33	4 969	1,83	2 527	1,35	1 706	1,19	8 661	1,37	12 191
Febr.	1,49	1,45	26 299	1,43	4 706	1,86	2 270	1,45	1 606	1,29	9 322	1,48	13 100
März	1,69	1,65	32 270	1,63	6 216	1,93	2 704	1,65	1 987	1,50	11 809	1,71	15 770
April	1,98	1,94	25 813	1,90	4 946	2,01	2 323	1,88	1 703	1,81	10 024	2,04	11 763
Mai	2,29	2,25	27 272	2,20	4 758	2,10	2 491	2,10	1 834	2,12	10 907	2,42	12 041
Juni	2,62	2,57	22 990	2,46	3 897	2,19	2 461	2,45	1 663	2,46	8 659	2,77	10 208
Juli	2,85	2,80	21 054	2,48	3 828	2,33	2 814	2,64	1 592	2,73	8 023	3,04	8 626
darunter: besicherte Kredite 11)													
2021 Juli	.	1,25	10 467	.	.	1,66	934	1,15	749	1,08	3 906	1,33	4 878
Aug.	.	1,21	9 407	.	.	1,67	821	1,21	665	1,03	3 442	1,25	4 479
Sept.	.	1,20	9 471	.	.	1,67	802	1,13	664	1,03	3 299	1,24	4 706
Okt.	.	1,20	9 766	.	.	1,70	874	1,16	746	1,02	3 569	1,25	4 577
Nov.	.	1,23	9 668	.	.	1,72	708	1,22	685	1,08	3 670	1,29	4 605
Dez.	.	1,25	10 265	.	.	1,70	783	1,22	727	1,09	3 784	1,31	4 971
2022 Jan.	.	1,28	11 005	.	.	1,75	942	1,18	861	1,13	4 087	1,33	5 115
Febr.	.	1,37	11 593	.	.	1,74	749	1,28	826	1,24	4 366	1,43	5 652
März	.	1,57	14 566	.	.	1,80	936	1,54	974	1,46	5 637	1,64	7 019
April	.	1,86	11 672	.	.	1,88	804	1,71	831	1,77	4 658	1,96	5 379
Mai	.	2,20	12 086	.	.	1,96	839	2,08	856	2,11	5 030	2,34	5 361
Juni	.	2,49	10 285	.	.	2,08	865	2,37	774	2,41	4 073	2,67	4 573
Juli	.	2,69	9 711	.	.	2,19	1 031	2,51	802	2,63	3 794	2,91	4 084

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*. Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45*;
 Anmerkung 11 s. S. 47*

VI. Zinssätze

noch: 4. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
 b) Neugeschäft +)

Erhebungs- zeitraum	noch: Kredite an private Haushalte						Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften					
	Revolvierende Kredite 12) und Überziehungskredite 13) Kreditkartenkredite 14)		darunter				Revolvierende Kredite 12) und Überziehungskredite 13) Kreditkartenkredite 14)		darunter			
			Revolvierende Kredite 12) und Überziehungskredite 13)		Echte Kreditkartenkredite				Revolvierende Kredite 12) und Überziehungskredite 13)		Echte Kreditkartenkredite	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2021 Juli	7,11	35 046	6,90	27 102	15,54	3 987	2,75	73 098	2,76	72 788		
Aug.	7,12	35 662	6,99	27 343	15,58	4 039	2,79	72 942	2,80	72 622		
Sept.	7,19	36 720	7,06	28 404	15,53	4 098	2,79	74 750	2,81	74 389		
Okt.	7,10	35 633	6,94	27 535	15,02	4 109	2,81	75 550	2,83	75 182		
Nov.	7,01	36 013	6,90	27 565	15,01	4 153	2,77	76 312	2,79	75 909		
Dez.	7,11	36 163	6,93	28 124	14,94	4 165	2,73	76 261	2,75	75 914		
2022 Jan.	7,20	36 030	6,97	28 433	14,97	4 110	2,61	81 598	2,62	81 290		
Febr.	7,08	36 335	6,95	28 225	14,96	4 103	2,62	85 173	2,63	84 843		
März	7,14	37 360	7,02	29 314	14,94	4 076	2,71	87 104	2,72	86 709		
April	7,00	36 819	6,91	28 444	14,96	4 100	2,65	88 202	2,66	87 834		
Mai	6,96	37 636	6,98	28 730	14,89	4 143	2,63	89 402	2,65	88 972		
Juni	7,01	38 876	7,02	30 004	14,84	4 192	2,66	93 301	2,67	92 870		
Juli	7,04	37 549	6,98	28 881	14,80	4 246	2,68	93 917	2,69	93 515		

Erhebungs- zeitraum	noch: Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften															
	insgesamt		darunter				Kredite bis 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 15)				Kredite von über 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 15)					
			neu verhandelte Kredite 9)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2021 Juli	1,35	70 171	1,42	20 858	1,84	9 608	2,26	1 403	1,52	1 753	1,30	41 858	1,29	3 934	1,00	11 615
Aug.	1,33	54 047	1,58	14 739	1,79	7 827	2,31	1 094	1,44	1 308	1,25	33 740	1,14	3 001	1,08	7 077
Sept.	1,36	69 341	1,33	23 411	1,83	9 309	2,39	1 198	1,48	1 245	1,28	45 311	1,44	4 339	1,06	7 939
Okt.	1,21	71 404	1,32	20 386	1,76	9 149	2,38	1 247	1,50	1 242	1,08	48 160	1,43	2 573	1,07	9 033
Nov.	1,18	75 363	1,34	18 828	1,85	9 681	2,35	1 402	1,44	1 474	1,03	48 548	0,95	4 444	1,16	9 814
Dez.	1,20	105 525	1,32	29 572	1,94	10 348	2,28	1 529	1,45	1 817	1,05	71 028	1,40	5 515	1,18	15 288
2022 Jan.	1,29	64 813	1,26	21 030	1,80	8 812	2,39	1 280	1,53	1 443	1,14	44 620	1,49	1 821	1,27	6 837
Febr.	1,32	66 898	1,22	18 910	1,78	9 056	2,55	1 205	1,63	1 445	1,13	42 295	1,71	3 088	1,42	9 809
März	1,50	99 725	1,39	29 044	1,78	10 692	2,54	1 571	1,83	1 981	1,38	68 399	1,77	5 314	1,65	11 768
April	1,53	74 483	1,51	19 771	1,82	9 033	2,63	1 388	2,19	1 883	1,31	47 761	1,79	3 673	1,91	10 745
Mai	1,49	78 588	1,73	18 948	1,82	9 416	2,82	1 358	2,31	1 703	1,17	53 228	2,65	3 419	2,16	9 464
Juni	2,19	123 645	1,58	28 803	1,88	10 561	2,97	1 465	2,59	1 483	2,16	94 434	2,35	4 558	2,43	11 144
Juli	1,89	80 852	1,76	22 525	1,95	10 056	3,12	1 435	2,91	1 400	1,66	53 249	2,43	3 997	2,50	10 715

Erhebungs- zeitraum	Kredite insgesamt															
	darunter: besicherte Kredite 11)															
	insgesamt		neu verhandelte Kredite 9)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €														
2021 Juli	1,41	10 857	.	.	1,68	445	1,57	117	1,24	404	1,56	6 539	1,30	933	1,02	2 419
Aug.	1,45	7 709	.	.	1,81	328	1,76	85	1,18	308	1,55	4 191	1,69	819	1,09	1 978
Sept.	1,35	11 637	.	.	1,71	405	2,14	61	1,17	284	1,35	7 760	1,92	827	1,06	2 300
Okt.	1,29	10 023	.	.	1,72	371	1,87	78	1,24	298	1,46	5 810	1,90	660	0,73	2 806
Nov.	1,34	8 064	.	.	1,76	359	1,60	96	1,19	382	1,43	4 537	1,36	704	1,08	1 986
Dez.	1,27	18 534	.	.	1,69	438	1,93	113	1,23	430	1,20	11 302	1,73	1 948	1,18	4 303
2022 Jan.	1,25	10 159	.	.	1,66	371	1,54	102	1,35	406	1,19	7 044	1,20	386	1,37	1 850
Febr.	1,60	9 498	.	.	1,66	296	1,98	87	1,37	318	1,63	4 798	1,85	1 166	1,46	2 833
März	1,40	14 380	.	.	1,71	503	2,07	120	1,63	444	1,15	9 349	2,56	1 117	1,63	2 847
April	1,72	9 355	.	.	1,92	325	2,15	113	1,93	481	1,53	5 242	1,68	817	2,07	2 377
Mai	2,02	9 121	.	.	1,95	385	2,43	114	2,20	461	1,81	5 246	3,02	726	2,14	2 189
Juni	1,90	13 721	.	.	1,89	490	2,69	127	2,43	458	1,49	8 720	2,72	1 076	2,72	2 850
Juli	2,00	11 739	.	.	2,03	487	2,84	102	2,67	398	1,64	7 081	2,99	1 130	2,41	2 541

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*. Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45*: **11** Für die Zwecke der Zinsstatistik gilt ein Kredit als besichert, wenn für den Kreditbetrag eine Besicherung (u.a. Finanzwerte, Immobiliensicherheiten, Schuldverschreibungen) in mindestens gleicher Höhe bestellt, verpfändet oder abgetreten wurde. **12** Revolvierende Kredite besitzen folgende Eigenschaften: a) der Kreditnehmer kann die Mittel bis zu einem im Voraus genehmigten Kreditlimit nutzen oder abheben, ohne den Kreditgeber davon im Voraus in Kenntnis zu setzen; b) der verfügbare Kreditbetrag kann sich mit und Rückzahlung von Krediten erhöhen bzw. verringern; c) der Kredit kann wiederholt genutzt werden; d) es besteht keine Pflicht zu regelmäßiger Rückzahlung der Mittel. **13** Überziehungskredite sind als Sollsalden auf laufenden

Konten definiert. Zu den Überziehungskrediten zählen eingeräumte und nicht eingeräumte Dispositionskredite sowie Kontokorrentkredite. **14** Einschl. echter und unechter Kreditkartenkredite. Unter einem unechten Kreditkartenkredit ist die Stundung von Kreditkartenforderungen, die während der Abrechnungsperiode zusammenkommen, zu verstehen. Da in dieser Phase üblicherweise keine Sollzinsen in Rechnung gestellt werden, ist der Zinssatz für unechte Kreditkartenkredite definitionsgemäß 0 %. **15** Die Beitragskategorie bezieht sich jeweils auf die einzelne, als Neugeschäft geltende Kreditaufnahme. **x** Weil die Position von den Geschäften von ein oder zwei Banken dominiert wird, können aus Gründen der Vertraulichkeit keine Angaben gemacht werden.

VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

1. Aktiva

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Insgesamt	Bargeld und Einlagen ¹⁾	Schuldver- schreibungen	Kredite ²⁾	Aktien und sonstige Anteilsrechte	Investment- fondsanteile	Finanz- derivate	Technische Rück- stellungen ³⁾	Nicht- finanzielle Aktiva	Sonstige Aktiva
Versicherungsunternehmen ⁴⁾										
2019 3.Vj.	2 492,5	333,0	468,5	357,2	398,2	768,3	4,6	58,8	38,0	66,0
4.Vj.	2 473,9	317,5	448,2	355,6	407,3	778,3	3,6	64,9	39,8	58,8
2020 1.Vj.	2 426,8	318,2	452,0	364,1	383,1	738,2	4,5	68,5	38,6	59,6
2.Vj.	2 517,5	317,0	460,5	371,9	409,4	788,7	4,3	68,5	38,7	58,5
3.Vj.	2 547,1	311,1	472,9	373,8	411,3	809,5	4,4	67,1	39,0	58,0
4.Vj.	2 587,4	301,7	478,9	370,6	425,4	841,0	4,7	68,1	38,2	58,7
2021 1.Vj.	2 575,3	292,4	466,8	361,7	437,8	844,7	3,9	72,0	38,9	57,2
2.Vj.	2 591,4	280,5	466,5	361,3	449,6	864,5	3,4	72,6	39,0	54,1
3.Vj.	2 633,2	271,8	471,3	358,3	464,4	882,1	3,3	87,9	38,4	55,8
4.Vj.	2 649,9	261,4	468,7	355,1	472,9	903,3	3,2	85,1	40,8	59,4
2022 1.Vj.	2 541,0	244,9	441,0	333,9	469,7	860,3	2,7	87,8	41,1	59,6
Lebensversicherung										
2019 3.Vj.	1 350,1	205,3	242,5	225,2	57,9	563,6	3,1	10,4	20,9	21,0
4.Vj.	1 325,2	194,8	227,6	217,6	61,1	570,4	2,4	13,7	21,1	16,5
2020 1.Vj.	1 295,7	191,4	231,0	220,6	62,0	538,1	2,2	13,9	20,3	16,3
2.Vj.	1 347,1	192,3	234,4	223,6	64,4	577,0	2,8	13,7	20,3	18,5
3.Vj.	1 369,2	188,4	241,6	225,7	66,1	592,6	3,0	13,6	20,6	17,6
4.Vj.	1 395,8	183,5	242,7	229,9	70,2	616,5	3,3	14,3	20,8	14,5
2021 1.Vj.	1 361,2	170,4	231,5	219,6	74,3	614,3	2,1	14,2	21,5	13,2
2.Vj.	1 371,7	164,4	231,3	219,4	78,0	627,2	2,0	14,1	21,5	13,8
3.Vj.	1 386,6	159,1	232,2	214,8	87,7	642,8	1,9	13,4	20,8	13,8
4.Vj.	1 400,8	152,4	232,7	211,8	93,5	658,0	1,7	14,6	21,9	14,3
2022 1.Vj.	1 312,9	137,6	211,8	193,6	99,9	619,4	0,9	13,9	22,1	13,8
Nicht-Lebensversicherung										
2019 3.Vj.	682,6	116,9	135,3	79,9	80,6	189,4	0,4	38,8	11,3	30,0
4.Vj.	673,5	111,2	130,4	79,6	83,6	193,3	0,4	36,2	12,2	26,7
2020 1.Vj.	669,3	111,1	131,3	79,8	80,0	186,9	0,3	38,7	12,0	29,3
2.Vj.	685,4	111,8	134,4	82,4	81,1	197,0	0,4	39,5	12,1	26,7
3.Vj.	693,0	109,3	137,6	83,3	82,7	203,1	0,4	38,5	12,1	26,3
4.Vj.	703,1	105,9	139,5	84,5	85,1	210,2	0,5	37,6	12,7	27,3
2021 1.Vj.	716,8	108,1	139,5	83,6	88,7	215,1	0,4	40,0	12,8	28,6
2.Vj.	720,3	103,3	140,4	83,5	90,6	221,6	0,4	40,4	12,8	27,3
3.Vj.	727,5	98,8	140,2	83,8	93,9	223,3	0,4	46,6	12,9	27,8
4.Vj.	732,4	94,7	139,9	84,8	97,8	227,8	0,3	44,7	14,0	28,4
2022 1.Vj.	721,4	91,9	134,1	81,0	98,9	224,6	0,2	46,0	14,0	30,7
Rückversicherung ⁵⁾										
2019 3.Vj.	459,9	10,8	90,7	52,1	259,6	15,3	1,0	9,6	5,9	15,0
4.Vj.	475,2	11,5	90,2	58,3	262,6	14,5	0,8	15,1	6,6	15,6
2020 1.Vj.	461,7	15,7	89,8	63,7	241,0	13,3	1,9	15,9	6,3	14,1
2.Vj.	485,0	12,9	91,7	65,9	264,0	14,6	1,1	15,2	6,3	13,3
3.Vj.	485,0	13,5	93,7	64,9	262,6	13,7	1,0	15,0	6,3	14,2
4.Vj.	488,5	12,3	96,7	56,3	270,2	14,3	1,0	16,3	4,7	16,9
2021 1.Vj.	497,3	13,9	95,8	58,5	274,7	15,4	1,4	17,7	4,7	15,3
2.Vj.	499,4	12,8	94,8	58,4	280,9	15,6	1,0	18,1	4,6	13,1
3.Vj.	519,0	13,9	98,9	59,6	282,7	16,1	1,0	28,0	4,7	14,2
4.Vj.	516,7	14,3	96,1	58,6	281,6	17,5	1,1	25,9	4,9	16,6
2022 1.Vj.	506,6	15,5	95,1	59,3	271,0	16,3	1,6	27,9	5,0	15,0
Pensionseinrichtungen ⁶⁾										
2019 3.Vj.	726,5	85,6	80,7	31,0	36,5	415,5	-	8,6	46,7	22,0
4.Vj.	735,8	85,2	79,6	31,1	38,7	421,1	-	8,8	48,9	22,3
2020 1.Vj. ⁷⁾	601,0	92,2	56,8	48,9	9,4	362,0	0,1	11,3	17,6	2,7
2.Vj.	626,0	91,8	58,8	49,8	9,8	383,4	0,1	11,3	18,3	2,8
3.Vj.	638,5	91,1	59,6	50,2	10,1	394,7	0,2	11,6	18,5	2,5
4.Vj.	662,9	88,9	60,6	49,5	10,3	419,5	0,2	11,9	18,8	3,1
2021 1.Vj.	664,3	86,2	58,7	48,6	10,8	427,9	0,2	12,1	17,6	2,3
2.Vj.	683,2	85,0	60,2	49,3	11,3	445,1	0,1	12,1	17,8	2,3
3.Vj.	689,8	82,9	60,4	48,8	11,8	453,6	0,1	12,2	17,8	2,2
4.Vj.	709,8	82,1	60,0	48,7	11,3	473,5	0,1	12,4	18,4	3,2
2022 1.Vj.	687,7	76,4	56,9	46,3	12,1	462,6	0,0	12,9	18,4	2,1

Quellen: Die Werte der Versicherungsunternehmen basieren auf Aufsichtsdaten nach Solvency I und II und die der Pensionseinrichtungen ab 2020 1.Vj auf EbAV-Aufsichtsdaten und direkt erhobenen Daten. Bis 2019 4.Vj beruhen diese auf Solvency I-Aufsichtsdaten, ergänzt um freiwillige Meldungen und eigene Berechnungen. **1** Buchforderungen an Monetäre Finanzinstitute einschl. Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Namenspfandbriefe. Bei Pensionseinrichtungen ab 2020 1.Vj Zeitwerte, davor Buchwerte. **2** Einschl. Depotforderungen sowie Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Namenspfandbriefe. Bei Pensionseinrichtungen ab 2020 1.Vj Zeitwerte, davor Buchwerte. **3** Enthält die Rückversicherungsanteile an den Technischen Rückstellungen und die Ansprüche der

Pensionseinrichtungen an die Träger. **4** Bewertung der börsennotierten Wertpapiere zum jeweiligen einheitlichen Preis der Wertpapierstammdatenbank des ESZB. **5** Ohne das von Erstversicherungsunternehmen durchgeführte Rückversicherungsgeschäft, welches unter den jeweiligen Sparten ausgewiesen wird. **6** Der Begriff „Pensionseinrichtungen“ bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Altersvorsorgeeinrichtungen“ des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Sie umfassen demnach Einrichtungen der betriebl. Altersvorsorge sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung. **7** Wechsel in den Datenquellen.

VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

2. Passiva

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Insgesamt	Schuldver- schreibungen	Kredite ¹⁾	Aktien und sonstige Anteilsrechte	Technische Rückstellungen			Finanz- derivate	Sonstige Passiva	Reinvermögen ⁴⁾
					Insgesamt ²⁾	Leben / Ansprüche an Pensionsein- richtungen ³⁾	Nicht-Leben			
Versicherungsunternehmen										
2019 3.Vj.	2 492,5	31,7	69,3	488,5	1 769,4	1 543,0	226,4	2,2	131,5	–
4.Vj.	2 473,9	31,7	75,8	515,3	1 714,9	1 499,6	215,3	1,9	134,4	–
2020 1.Vj.	2 426,8	31,8	82,4	464,3	1 721,8	1 483,2	238,6	2,4	124,1	–
2.Vj.	2 517,5	33,1	82,2	505,3	1 767,6	1 527,7	239,9	1,9	127,3	–
3.Vj.	2 547,1	34,3	80,0	515,7	1 785,5	1 549,1	236,4	1,7	129,9	–
4.Vj.	2 587,4	36,6	79,7	540,4	1 799,0	1 579,2	219,8	1,6	130,2	–
2021 1.Vj.	2 575,3	34,8	81,4	551,7	1 778,7	1 541,3	237,4	2,5	126,2	–
2.Vj.	2 591,4	33,0	81,3	558,9	1 793,7	1 556,4	237,3	2,2	122,2	–
3.Vj.	2 633,2	35,4	82,8	567,3	1 818,0	1 569,1	248,9	2,5	127,0	–
4.Vj.	2 649,9	36,1	82,0	579,7	1 821,1	1 578,4	242,7	2,5	128,6	–
2022 1.Vj.	2 541,0	34,4	82,2	563,8	1 728,4	1 474,6	253,8	4,0	128,3	–
Lebensversicherung										
2019 3.Vj.	1 350,1	3,7	15,6	116,0	1 171,9	–	–	0,6	42,4	–
4.Vj.	1 325,2	3,6	19,1	127,6	1 129,7	–	–	0,5	44,7	–
2020 1.Vj.	1 295,7	3,6	19,3	114,2	1 117,8	–	–	0,6	40,3	–
2.Vj.	1 347,1	3,8	19,2	129,8	1 150,3	–	–	0,5	43,4	–
3.Vj.	1 369,2	3,9	19,5	136,8	1 164,7	–	–	0,5	43,7	–
4.Vj.	1 395,8	3,9	20,7	142,8	1 185,6	–	–	0,5	42,2	–
2021 1.Vj.	1 361,2	3,3	19,9	143,1	1 154,3	–	–	1,0	39,6	–
2.Vj.	1 371,7	3,3	20,4	144,2	1 164,9	–	–	1,0	37,9	–
3.Vj.	1 386,6	3,3	19,3	148,1	1 176,4	–	–	1,1	38,4	–
4.Vj.	1 400,8	3,3	20,7	148,2	1 185,5	–	–	0,9	42,2	–
2022 1.Vj.	1 312,9	3,2	19,9	142,8	1 103,6	–	–	1,4	42,1	–
Nicht-Lebensversicherung										
2019 3.Vj.	682,6	1,2	9,1	149,7	471,9	354,8	117,1	0,1	50,6	–
4.Vj.	673,5	1,2	9,3	153,7	457,2	349,4	107,8	0,1	52,0	–
2020 1.Vj.	669,3	1,3	9,8	141,9	468,2	344,4	123,8	0,1	48,0	–
2.Vj.	685,4	1,3	9,5	149,3	478,1	355,6	122,5	0,1	47,1	–
3.Vj.	693,0	1,2	9,6	151,9	482,1	362,3	119,8	0,1	48,1	–
4.Vj.	703,1	1,3	9,7	157,9	482,9	368,7	114,2	0,0	51,2	–
2021 1.Vj.	716,8	1,2	10,6	162,8	491,6	362,6	129,0	0,1	50,5	–
2.Vj.	720,3	1,2	10,5	166,4	493,6	366,3	127,3	0,1	48,4	–
3.Vj.	727,5	1,2	10,5	169,2	499,0	367,9	131,2	0,2	47,5	–
4.Vj.	732,4	1,4	10,8	176,2	493,0	367,6	125,4	0,2	50,9	–
2022 1.Vj.	721,4	1,3	11,8	174,1	483,8	347,2	136,6	0,3	50,1	–
Rückversicherung ⁵⁾										
2019 3.Vj.	459,9	26,8	44,7	222,8	125,6	16,3	109,3	1,5	38,5	–
4.Vj.	475,2	26,9	47,4	234,0	128,0	20,6	107,5	1,3	37,7	–
2020 1.Vj.	461,7	26,9	53,3	208,1	135,9	21,0	114,9	1,7	35,8	–
2.Vj.	485,0	28,1	53,5	226,2	139,1	21,8	117,4	1,3	36,8	–
3.Vj.	485,0	29,2	50,9	227,0	138,7	22,1	116,6	1,0	38,1	–
4.Vj.	488,5	31,4	49,3	239,6	130,4	24,8	105,6	1,0	36,7	–
2021 1.Vj.	497,3	30,2	50,9	245,8	132,8	24,4	108,4	1,4	36,2	–
2.Vj.	499,4	28,5	50,4	248,3	135,2	25,2	110,0	1,1	35,9	–
3.Vj.	519,0	30,9	53,0	250,1	142,7	24,9	117,8	1,3	41,1	–
4.Vj.	516,7	31,4	50,5	255,3	142,6	25,3	117,3	1,4	35,5	–
2022 1.Vj.	506,6	30,0	50,4	246,8	140,9	23,8	117,2	2,3	36,1	–
Pensionseinrichtungen ⁶⁾										
2019 3.Vj.	726,5	–	8,2	8,4	628,2	628,2	–	–	2,9	78,9
4.Vj.	735,8	–	8,4	8,6	638,0	638,0	–	–	3,7	77,1
2020 1.Vj. ⁷⁾	601,0	–	1,6	22,6	497,5	496,9	–	0,3	8,8	70,3
2.Vj.	626,0	–	1,6	25,6	507,3	506,7	–	0,3	8,9	82,4
3.Vj.	638,5	–	1,6	27,3	511,4	510,8	–	0,3	8,9	88,9
4.Vj.	662,9	–	1,6	28,4	528,5	527,9	–	0,3	9,0	95,1
2021 1.Vj.	664,3	–	1,6	28,8	529,3	528,1	–	0,3	8,6	95,8
2.Vj.	683,2	–	1,8	31,1	536,5	534,8	–	0,2	9,3	104,3
3.Vj.	689,8	–	1,8	31,5	541,1	538,9	–	0,2	9,3	106,0
4.Vj.	709,8	–	1,9	31,8	560,5	557,6	–	0,1	9,2	106,4
2022 1.Vj.	687,7	–	1,4	28,7	555,1	552,3	–	0,1	7,3	95,0

Quellen: Die Werte der Versicherungsunternehmen basieren auf Aufsichtsdaten nach Solvency I und II und die der Pensionseinrichtungen ab 2020 1.Vj auf EbAV-Aufsichtsdaten und direkt erhobenen Daten. Bis 2019 4.Vj beruhen diese auf Solvency I-Aufsichtsdaten, ergänzt um freiwillige Meldungen und eigene Berechnungen. **1** Einschl. Depotverbindlichkeiten sowie Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Namenspfandbriefe. **2** Einschl. Rückstellungen der Pensionseinrichtungen ggü. den Trägern und für andere Leistungen. **3** Technische Rückstellungen „Leben“ unter Berücksichtigung von Übergangsmaßnahmen. In der Sparte „Nicht-Lebensversicherung“ sind auch die Krankenversicherungen enthalten. **4** Das

Eigenkapital entspricht der Summe aus „Reinvermögen“ und „Aktien und sonstige Anteilsrechte“. **5** Ohne das von Erstversicherungsunternehmen durchgeführte Rückversicherungsgeschäft, welches unter den jeweiligen Sparten ausgewiesen wird. **6** Bewertung zu Buchwerten. Der Begriff „Pensionseinrichtungen“ bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Altersvorsorgeeinrichtungen“ des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Sie umfassen demnach Einrichtungen der betriebl. Altersvorsorge sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung. **7** Wechsel in den Datenquellen.

VIII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von Schuldverschreibungen und Aktien in Deutschland

Mio €

Zeit	Schuldverschreibungen										
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz					Erwerb				
		inländische Schuldverschreibungen 1)					Inländer				
		zu- sammen	Bank- schuld- ver- schrei- bungen	Anleihen von Unter- nehmen 2) (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffent- lichen Hand	aus- ländische Schuldver- schrei- bungen 3)	zu- sammen 4)	Kredit- institute einschließlich Bauspar- kassen 5)	Deutsche Bundesbank	übrige Sektoren 6)	Aus- länder 7)
2010	146 620	- 1 212	- 7 621	24 044	- 17 635	147 831	92 682	- 103 271	22 967	172 986	53 938
2011	33 649	13 575	- 46 796	850	59 521	20 075	- 23 876	- 94 793	36 805	34 112	57 526
2012	51 813	- 21 419	- 98 820	- 8 701	86 103	73 231	- 3 767	- 42 017	- 3 573	41 823	55 580
2013	- 15 971	- 101 616	- 117 187	153	15 415	85 645	16 409	- 25 778	- 12 708	54 895	- 32 380
2014	64 775	- 31 962	- 47 404	- 1 330	16 776	96 737	50 408	- 12 124	- 11 951	74 483	14 366
2015	33 024	- 36 010	- 65 778	26 762	- 3 006	69 034	116 493	- 66 330	121 164	61 659	- 83 471
2016	71 380	27 429	19 177	18 265	- 10 012	43 951	164 148	- 58 012	187 500	34 660	- 92 769
2017	54 840	11 563	1 096	7 112	3 356	43 277	137 907	- 71 454	161 012	48 349	- 83 067
2018	64 682	16 630	33 251	12 433	- 29 055	48 052	93 103	- 24 417	67 328	50 192	- 28 421
2019	136 117	68 536	29 254	32 505	6 778	67 581	59 013	8 059	2 408	48 546	77 104
2020	437 976	374 034	14 462	88 703	270 870	63 941	274 979	18 955	226 887	29 138	162 996
2021	283 684	221 648	31 941	19 754	169 953	62 036	310 838	- 41 852	245 198	107 492	- 27 154
2021 Aug.	27 503	34 709	6 868	1 227	26 615	- 7 206	11 907	- 5 337	17 312	- 68	15 596
2021 Sept.	27 619	17 160	12 855	8 183	- 3 878	10 460	32 908	6 387	17 663	8 858	- 5 289
2021 Okt.	103	3 176	7 354	- 7 515	3 337	- 3 073	9 377	- 17 904	20 765	6 517	- 9 275
2021 Nov.	39 728	31 488	6 574	8 351	16 563	- 8 241	34 851	- 529	23 375	12 005	- 4 877
2021 Dez.	- 39 780	- 23 893	- 17 511	- 8 944	2 561	- 15 886	- 1 271	- 9 420	14 137	- 5 988	- 38 509
2022 Jan.	49 962	25 410	9 976	6 559	8 876	24 552	40 530	- 2 870	14 990	28 409	9 432
2022 Febr.	32 181	27 557	10 598	3 056	13 902	4 624	25 329	8 057	14 793	2 478	6 852
2022 März	62 964	43 608	23 278	7 972	12 358	19 356	46 555	6 811	10 709	29 035	16 409
2022 April	- 17 423	- 2 212	- 3 140	707	222	- 15 211	- 2 285	- 16 927	13 068	1 574	- 15 138
2022 Mai	23 669	23 911	4 066	4 901	14 944	- 242	25 954	5 485	14 400	6 069	- 2 285
2022 Juni	23 509	12 731	5 517	- 1 563	8 777	- 10 778	17 236	8 471	- 2 289	11 054	6 273
2022 Juli	- 23 915	- 12 981	- 7 006	11 035	- 17 011	- 10 934	- 12 882	10 710	- 13 670	- 9 922	- 11 033

Mio €

Zeit	Aktien						
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz			Erwerb		
		inländische Aktien 8)	ausländische Aktien 9)	zu- sammen 10)	Inländer		Ausländer 12)
					Kredit- institute 5)	übrige Sektoren 11)	
2010	37 767	20 049	17 718	36 406	7 340	29 066	1 360
2011	25 833	21 713	4 120	40 804	670	40 134	14 971
2012	15 061	5 120	9 941	14 405	10 259	4 146	656
2013	20 187	10 106	10 081	17 336	11 991	5 345	2 851
2014	43 501	18 778	24 723	43 950	17 203	26 747	449
2015	44 165	7 668	36 497	34 437	- 5 421	39 858	9 728
2016	30 896	4 409	26 487	31 037	- 5 143	36 180	141
2017	51 571	15 570	36 001	49 913	7 031	42 882	1 658
2018	54 883	16 188	38 695	83 107	- 11 184	94 291	28 224
2019	46 021	9 076	36 945	33 675	- 1 119	34 794	12 346
2020	83 859	17 771	66 088	115 960	27	115 933	32 101
2021	125 541	49 066	76 475	124 105	10 869	113 236	1 436
2021 Aug.	11 293	4 667	6 626	11 585	204	11 381	291
2021 Sept.	13 516	4 660	8 855	15 099	3 374	11 725	1 583
2021 Okt.	10 042	5 498	4 544	15 060	1 401	13 659	5 018
2021 Nov.	6 393	2 367	4 026	15 628	2 698	12 930	9 235
2021 Dez.	13 692	10 698	2 995	6 987	- 1 848	8 835	6 705
2022 Jan.	- 6 155	396	5 760	9 711	2 076	7 635	3 556
2022 Febr.	- 5 455	628	6 084	4 539	- 1 599	2 940	916
2022 März	9 478	359	9 119	14 188	- 1 736	15 924	4 710
2022 April	6 207	150	6 056	9 419	477	8 942	3 212
2022 Mai	3 197	1 411	1 786	3 880	1 600	2 280	684
2022 Juni	- 25 843	894	- 26 737	24 422	- 3 308	21 114	1 421
2022 Juli	- 1 920	1 374	- 3 294	159	- 2 051	1 892	1 761

1 Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestands veränderungen bei den Emittenten. 2 Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. 3 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Schuldverschreibungen durch Inländer; Transaktionswerte. 4 In- und ausländische Schuldverschreibungen. 5 Buchwerte; statistisch bereinigt. 6 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. Bis Ende 2008 einschließlich Deutsche Bundesbank. 7 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Schuldverschreibungen durch Ausländer; Transaktionswerte. 8 Ohne Aktien

der Investmentaktiengesellschaften; zu Emissionskursen. 9 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Aktien (einschließlich Direktinvestitionen) durch Inländer; Transaktionswerte. 10 In- und ausländische Aktien. 11 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. 12 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Aktien (einschl. Direktinvestitionen) durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerk.

VIII. Kapitalmarkt

2. Absatz von Schuldverschreibungen inländischer Emittenten *)

Mio € Nominalwert

Zeit	Insgesamt	Bankschuldverschreibungen 1)				Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs) 2)	Anleihen der öffentlichen Hand
		zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten		
Brutto-Absatz							
2011	1 337 772	658 781	31 431	24 295	376 876	226 180	592 375
2012	1 340 568	702 781	36 593	11 413	446 153	208 623	574 530
2013	1 433 628	908 107	25 775	12 963	692 611	176 758	458 892
2014	1 362 056	829 864	24 202	13 016	620 409	172 236	452 321
2015	1 359 422	852 045	35 840	13 376	581 410	221 417	400 701
2016 3)	1 206 483	717 002	29 059	7 621	511 222	169 103	416 108
2017 3)	1 047 822	619 199	30 339	8 933	438 463	141 466	362 332
2018	1 148 091	703 416	38 658	5 673	534 552	124 530	353 496
2019	1 285 541	783 977	38 984	9 587	607 900	127 504	407 197
2020 6)	1 870 084	778 411	39 548	18 327	643 380	77 156	907 466
2021	1 658 004	795 271	41 866	17 293	648 996	87 116	722 958
2021 Nov.	129 342	59 684	2 153	1 000	47 873	8 658	58 759
Dez.	83 511	37 389	2 675	1 707	28 987	4 020	41 064
2022 Jan.	136 055	69 043	11 165	1 510	50 426	5 942	53 754
Febr.	123 858	67 336	5 174	1 364	54 198	6 600	47 071
März	168 436	85 551	5 602	875	72 212	6 862	66 412
April	129 238	68 828	3 091	140	59 957	5 640	52 093
Mai	139 081	71 010	3 777	1 809	60 594	4 830	52 833
Juni	141 105	74 361	5 924	770	62 377	5 290	54 408
Juli	148 625	72 487	5 291	348	59 203	7 645	54 375

darunter: Schuldverschreibungen mit Laufzeit von über 4 Jahren 4)

2011	368 039	153 309	13 142	8 500	72 985	58 684	173 431
2012	421 018	177 086	23 374	6 482	74 386	72 845	199 888
2013	372 805	151 797	16 482	10 007	60 662	64 646	175 765
2014	420 006	157 720	17 678	8 904	61 674	69 462	206 037
2015	414 593	179 150	25 337	9 199	62 237	82 379	166 742
2016 3)	375 859	173 900	24 741	5 841	78 859	64 460	154 144
2017 3)	357 506	170 357	22 395	6 447	94 852	46 663	142 257
2018	375 906	173 995	30 934	4 460	100 539	38 061	132 760
2019	396 617	174 390	26 832	6 541	96 673	44 346	152 544
2020 6)	658 521	165 097	28 500	7 427	90 839	38 330	415 985
2021	486 335	171 799	30 767	6 336	97 816	36 880	250 303
2021 Nov.	29 324	9 512	1 705	500	4 165	3 142	14 145
Dez.	15 792	4 714	1 625	1 150	1 258	680	9 820
2022 Jan.	50 594	25 812	9 165	1 510	12 587	2 550	21 200
Febr.	41 368	22 391	3 487	1 364	14 364	3 175	16 876
März	44 448	17 785	3 236	300	11 718	2 532	20 255
April	28 734	13 879	1 926	50	10 089	1 814	13 805
Mai	33 822	12 448	3 173	1 264	6 238	1 774	16 950
Juni	37 845	7 517	2 676	500	2 342	1 999	26 200
Juli	47 135	12 838	2 626	250	8 760	1 201	20 925

Netto-Absatz 5)

2011	22 518	54 582	1 657	44 290	32 904	44 852	80 289
2012	85 298	100 198	4 177	41 660	3 259	51 099	21 298
2013	140 017	125 932	17 364	37 778	4 027	66 760	15 479
2014	34 020	56 899	6 313	23 856	862	25 869	12 383
2015	65 147	77 273	9 271	9 754	2 758	74 028	13 174
2016 3)	21 951	10 792	2 176	12 979	16 266	5 327	7 020
2017 3)	2 669	5 954	6 389	4 697	18 788	14 525	10 114
2018	2 758	26 648	19 814	6 564	18 850	5 453	33 630
2019	59 719	28 750	13 098	3 728	26 263	6 885	519
2020 6)	473 795	28 147	8 661	8 816	22 067	11 398	396 113
2021	210 231	52 578	17 821	7 471	22 973	4 314	122 123
2021 Nov.	35 511	6 760	2 052	221	6 788	1 803	23 189
Dez.	27 509	13 602	1 753	179	11 559	3 618	7 878
2022 Jan.	10 728	12 636	6 459	397	5 370	1 203	7 317
Febr.	18 055	10 554	2 870	869	7 435	619	6 577
März	41 894	23 733	2 097	250	20 258	1 128	10 620
April	16 610	4 444	720	310	4 339	515	10 823
Mai	24 352	3 706	685	1 774	1 967	721	17 039
Juni	8 820	3 351	1 834	150	1 840	474	5 880
Juli	9 336	9 581	1 183	4 070	7 083	390	10 945

* Begriffsabgrenzungen s. Erläuterungen in der Fachreihe Emissionsstatistiken, S. 43 ff.
1 Ohne Bank-Namenschuldverschreibungen. 2 Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. 3 Änderung in der sektoralen Zuordnung von Schuldverschreibungen. 4 Längste Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen.

5 Brutto-Absatz minus Tilgung. 6 Ab Januar 2020 methodische Änderungen. — Die Ergebnisse für das Jahr 2020 wurden revidiert. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

VIII. Kapitalmarkt

3. Umlauf von Schuldverschreibungen inländischer Emittenten *)

Mio € Nominalwert

Stand am Jahres- bzw. Monatsende/ Laufzeit in Jahren	Bankschuldverschreibungen						Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffentlichen Hand
	Insgesamt	zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen		
2011	3 370 721	1 515 911	149 185	188 663	577 423	600 640	247 585	1 607 226
2012	3 285 422	1 414 349	145 007	147 070	574 163	548 109	220 456	1 650 617
2013	3 145 329	1 288 340	127 641	109 290	570 136	481 273	221 851	1 635 138
2014	3 111 308	1 231 445	121 328	85 434	569 409	455 274	232 342	1 647 520
2015	3 046 162	1 154 173	130 598	75 679	566 811	381 085	257 612	1 634 377
2016 1)	3 068 111	1 164 965	132 775	62 701	633 578	335 910	275 789	1 627 358
2017 1)	3 090 708	1 170 920	141 273	58 004	651 211	320 432	302 543	1 617 244
2018	3 091 303	1 194 160	161 088	51 439	670 062	311 572	313 527	1 583 616
2019	3 149 373	1 222 911	174 188	47 712	696 325	304 686	342 325	1 584 136
2020 4)	3 545 200	1 174 817	183 980	55 959	687 710	247 169	379 342	1 991 040
2021	3 781 975	1 250 777	202 385	63 496	731 068	253 828	414 791	2 116 406
2021 Nov. Dez.	3 805 409	1 262 369	200 532	63 672	741 009	257 157	420 551	2 122 489
	3 781 975	1 250 777	202 385	63 496	731 068	253 828	414 791	2 116 406
2022 Jan.	3 794 503	1 267 762	209 367	63 110	739 737	255 548	420 868	2 105 873
Febr.	3 806 369	1 277 560	212 228	63 984	746 531	254 817	416 767	2 112 042
März	3 851 741	1 302 963	213 413	64 234	769 133	256 183	424 622	2 124 156
April	3 852 799	1 311 863	214 466	63 960	776 664	256 773	424 076	2 116 860
Mai	3 870 240	1 309 630	214 981	65 720	773 798	255 131	427 180	2 133 430
Juni	3 888 933	1 319 854	216 989	65 910	781 469	255 486	427 460	2 141 620
Juli	3 884 328	1 318 305	218 402	61 866	781 242	256 796	439 071	2 126 952

Aufgliederung nach Restlaufzeiten 3)

Stand Ende: Juli 2022

bis unter 2	1 210 489	465 953	56 868	23 352	315 674	70 059	81 251	663 285
2 bis unter 4	710 048	312 167	57 951	15 864	179 206	59 146	81 305	316 576
4 bis unter 6	584 714	224 186	47 653	9 829	113 815	52 890	63 280	297 248
6 bis unter 8	368 951	124 570	31 907	5 898	65 912	20 853	40 728	203 653
8 bis unter 10	302 721	85 728	10 641	2 417	51 385	21 285	29 638	187 355
10 bis unter 15	248 629	62 215	8 975	4 057	38 523	10 659	35 887	150 527
15 bis unter 20	118 076	13 415	3 388	360	7 547	2 121	13 220	91 441
20 und darüber	340 699	30 070	1 018	89	9 181	19 783	93 762	216 867

* Einschl. der zeitweilig im Bestand der Emittenten befindlichen Schuldverschreibungen. 1 Änderung in der sektoralen Zuordnung von Schuldverschreibungen. 2 Änderung durch Sitzlandwechsel von Emittenten oder Schuldverschreibungen. 3 Gerechnet vom Berichtsmontat bis zur Endfälligkeit bei gesamt-fälligen Schuldverschreibungen, bis zur

mittleren Fälligkeit des restlichen Umlaufbetrages bei nicht gesamt-fälligen Schuldverschreibungen. 4 Ab Januar 2020 methodische Änderungen. — Die Ergebnisse für das Jahr 2020 wurden revidiert. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten *)

Mio € Nominalwert

Zeit	Aktienkapital = Umlauf Stand am Ende des Berichtszeitraums	Nettozugang bzw. Nettoabgang (-) im Berichtszeitraum	Veränderung des Kapitals inländischer Aktiengesellschaften aufgrund von						Nachrichtlich: Umlauf zu Kurswerten (Marktkapitalisierung) Stand am Ende des Berichtszeitraums 2)				
			Bareinzahlung und Umtausch von Wandelschuldverschreibungen 1)	Ausgabe von Kapitalberichtsaktien	Einbringung von Forderungen und sonstigen Sachwerten	Verschmelzung und Vermögensübertragung	Umwandlung in eine oder aus einer anderen Rechtsform	Kapitalherabsetzung und Auflösung					
2011	177 167	2 570	6 390	552	462	—	552	—	762	—	3 532	924 214	
2012	178 617	1 449	3 046	129	570	—	478	—	594	—	2 411	1 150 188	
2013	171 741	—	6 879	2 971	718	—	1 432	—	619	—	8 992	1 432 658	
2014	177 097	—	5 356	5 332	1 265	1 714	—	465	—	1 044	—	1 478 063	
2015	177 416	—	319	4 634	397	599	—	1 394	—	1 385	—	2 535	1 614 442
2016	176 355	—	1 062	3 272	319	337	—	953	—	2 165	—	1 865	1 676 397
2017	178 828	—	2 471	3 894	776	533	—	457	—	661	—	1 615	1 933 733
2018	180 187	—	1 357	3 670	716	82	—	1 055	—	1 111	—	946	1 634 155
2019 3) 4)	183 461	—	1 673	2 411	2 419	542	—	858	—	65	—	2 775	1 950 224
2020 4)	181 881	—	2 872	1 877	219	178	—	2 051	—	460	—	2 635	1 963 588
2021	186 580	—	4 152	9 561	672	35	—	326	—	212	—	5 578	2 301 942
2021 Nov. Dez.	188 352	—	109	85	—	6	—	5	—	1	—	194	2 198 231
	186 580	—	2 595	524	16	—	—	201	—	106	—	2 827	2 301 942
2022 Jan.	186 830	—	250	341	0	2	—	9	—	23	—	61	2 211 900
Febr.	186 737	—	110	64	9	40	—	11	—	76	—	137	2 060 901
März	186 993	—	256	260	91	—	—	0	—	25	—	70	2 076 514
April	186 971	—	25	47	1	—	—	0	—	4	—	19	2 007 353
Mai	187 056	—	84	215	42	0	—	0	—	0	—	172	2 004 018
Juni	187 396	—	340	138	29	328	—	—	—	108	—	47	1 744 789
Juli	186 233	—	1 194	120	39	—	—	1	—	25	—	1 326	1 847 025

* Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften. 1 Einschl. der Ausgabe von Aktien aus Gesellschaftsgewinn. 2 Alle Börsensegmente. Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben der Herausgebergemeinschaft Wertpapier-Mitteilungen und

der Deutsche Börse AG. 3 Methodische Veränderungen ab Berichtsmontat Oktober 2019. 4 Änderungen aufgrund statistischer Bereinigungen.

VIII. Kapitalmarkt

5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere

Zeit	Umlaufrenditen festverzinslicher Schuldverschreibungen inländischer Emittenten 1)								Indizes 2) 3)			
	Anleihen der öffentlichen Hand				Bank-schuldverschreibungen		Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Renten		Aktien		
	insgesamt	zusammen	börsennotierte		zusammen	mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre 4)		Deutscher Renten-index (REX)	iBoxx-€ -Deutschland-Kursindex	CDAX-Kursindex	Deutscher Aktien-index (DAX)	
			zusammen	mit Restlaufzeit von 9 bis 10 Jahren 4)								
% p.a.						Tagesdurchschnittskurs	Ende 1998=100	Ende 1987=100	Ende 1987=1000			
2010	2,5	2,4	2,4	2,4	2,7	2,7	3,3	4,0	124,96	102,95	368,72	6 914,19
2011	2,6	2,4	2,4	2,4	2,6	2,9	3,5	4,3	131,48	109,53	304,60	5 898,35
2012	1,4	1,3	1,3	1,3	1,5	1,6	2,1	3,7	135,11	111,18	380,03	7 612,39
2013	1,4	1,3	1,3	1,3	1,6	1,6	2,1	3,4	132,11	105,92	466,53	9 552,16
2014	1,0	1,0	1,0	1,0	1,2	0,9	1,7	3,0	139,68	114,37	468,39	9 805,55
2015	0,5	0,4	0,4	0,4	0,5	0,5	1,2	2,4	139,52	112,42	508,80	10 743,01
2016	0,1	0,0	0,0	0,0	0,1	0,3	1,0	2,1	142,50	112,72	526,55	11 481,06
2017	0,3	0,2	0,2	0,2	0,3	0,4	0,9	1,7	140,53	109,03	595,45	12 917,64
2018	0,4	0,3	0,3	0,3	0,4	0,6	1,0	2,5	141,84	109,71	474,85	10 558,96
2019	–	0,1	–	0,2	–	0,3	0,1	0,3	143,72	111,32	575,80	13 249,01
2020	–	0,2	–	0,4	–	0,5	–	0,0	146,15	113,14	586,72	13 718,78
2021	–	0,1	–	0,3	–	0,4	–	0,1	144,23	108,88	654,20	15 884,86
2022 März	0,6	0,3	0,2	0,2	0,3	0,8	1,0	2,1	138,06	102,90	583,63	14 414,75
April	1,1	0,8	0,7	0,7	0,7	1,4	1,5	2,5	135,85	99,80	564,54	14 097,88
Mai	1,3	1,0	0,9	0,9	1,0	1,6	1,7	3,0	135,30	97,98	561,04	14 388,35
Juni	1,9	1,5	1,4	1,4	1,4	2,1	2,3	3,8	133,21	96,13	494,98	12 783,77
Juli	1,5	1,2	1,0	1,0	1,1	1,9	2,0	3,7	137,14	100,13	519,98	13 484,05
Aug.	1,5	1,1	1,0	1,0	1,0	1,9	1,9	3,3	131,87	94,89	493,47	12 834,96

1 Inhaberschuldverschreibungen mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren. Außer Betracht bleiben strukturierte Produkte, Schuldverschreibungen mit nicht gesamtanfälliger Tilgung, Null-Kupon-Anleihen, variabel verzinsliche Anleihen und nicht auf Euro lautende Anleihen. Die Gruppenrenditen für die Wertpapierarten sind gewogen mit den Umlaufbeträgen der in die Berechnung einbezogenen

Schuldverschreibungen. Die Monatszahlen werden aus den Renditen aller Geschäftstage eines Monats errechnet. Die Jahreszahlen sind ungewogene Mittel der Monatszahlen. Anpassung des Kreises der einbezogenen Papiere zum 01.05.2020. 2 Stand am Jahres- bzw. Monatsende. 3 Quelle: Deutsche Börse AG. 4 Einbezogen sind nur futurefähige Anleihen; als ungewogener Durchschnitt ermittelt.

6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland

Zeit	Mio €													
	Absatz								Erwerb					
	Offene inländische Fonds 1) (Mittelaufkommen)								Inländer					
	Absatz = Erwerb insgesamt	zusammen	Publikumsfonds		Spezial-fonds	aus-ländi-sche Fonds 4)	Kreditinstitute 2) einschl. Bausparkassen		übrige Sektoren 3)		Aus-länder 5)			
zusammen			darunter	zusammen			darunter ausländische Anteile	zusammen	darunter ausländische Anteile					
		Geldmarkt-fonds	Wertpapier-fonds	Immo-bilien-fonds		darunter ausländische Anteile								
2010	106 190	84 906	13 381	– 148	8 683	1 897	71 345	21 284	102 591	3 873	– 6 290	98 718	14 994	3 598
2011	46 512	45 221	– 1 340	– 379	– 2 037	1 562	46 561	1 290	39 474	– 7 576	– 694	47 050	1 984	7 035
2012	111 236	89 942	2 084	– 1 036	97	3 450	87 859	21 293	114 676	– 3 062	– 1 562	117 738	22 855	– 3 437
2013	123 736	91 337	9 184	– 574	5 596	3 376	82 153	32 400	117 028	771	100	116 257	32 300	6 710
2014	140 233	97 711	3 998	– 473	862	1 000	93 713	42 521	144 075	819	– 1 745	143 256	44 266	– 3 840
2015	181 889	146 136	30 420	318	22 345	3 636	115 716	35 753	174 018	7 362	494	166 656	35 259	7 871
2016	156 985	119 369	21 301	– 342	11 131	7 384	98 068	37 615	163 934	2 877	– 3 172	161 057	40 787	– 6 947
2017	153 756	94 921	29 560	– 235	21 970	4 406	65 361	58 834	156 282	4 938	1 048	151 344	57 786	– 2 526
2018	132 033	103 694	15 279	– 377	4 166	6 168	88 415	28 339	138 713	2 979	– 2 306	135 734	30 645	– 6 680
2019	176 254	122 546	17 032	– 447	5 097	10 580	105 514	53 708	180 772	2 719	– 812	178 053	54 520	– 4 519
2020	178 613	116 028	19 193	– 42	11 343	8 795	96 835	62 585	176 751	336	– 1 656	176 415	64 241	– 1 862
2021	261 295	157 861	41 016	482	31 023	7 841	116 845	103 434	264 055	13 154	254	250 901	103 180	– 2 760
2022 Jan.	23 418	16 969	5 142	– 25	3 876	1 164	11 827	6 448	22 780	1 178	– 120	21 602	6 328	638
Febr.	10 925	12 223	– 910	102	– 1 364	296	13 132	– 1 298	11 212	526	– 107	10 686	– 1 191	– 287
März	5 368	6 548	– 299	188	– 1 082	596	6 847	– 1 180	7 930	– 132	– 244	8 062	– 936	– 2 562
April	11 416	9 302	2 398	– 288	1 900	676	6 904	2 113	10 952	154	– 393	10 798	1 720	463
Mai	5 606	5 058	1 045	251	380	381	4 013	548	4 981	– 132	– 434	5 113	982	625
Juni	3 171	4 539	– 191	– 8	– 428	389	4 730	– 1 368	2 907	– 1 186	– 72	4 093	– 1 296	264
Juli	1 267	2 810	– 965	76	– 1 427	386	3 775	– 1 543	3 037	1 176	74	1 861	– 1 617	– 1 771

1 Einschl. Investmentaktiengesellschaften. 2 Buchwerte. 3 Als Rest errechnet. 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Investmentfondsanteile durch Inländer; Transaktionswerte. 5 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-)

inländischer Investmentfondsanteile durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

IX. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (unkonsolidiert)

Mrd €

Positionen	2019	2020	2021	2020			2021			2022
				4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	
Geldvermögensbildung										
Bargeld und Einlagen	17,93	96,81	40,12	3,69	21,81	- 25,36	19,57	24,11	14,83	
Schuldverschreibungen insgesamt	- 2,37	2,99	3,11	- 0,20	- 1,53	1,90	1,58	1,16	0,62	
kurzfristige Schuldverschreibungen	- 1,29	1,27	2,27	- 0,18	0,12	0,77	0,26	1,12	0,39	
langfristige Schuldverschreibungen	- 1,08	1,72	0,85	- 0,02	- 1,65	1,13	1,32	0,05	0,23	
nachrichtlich:										
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	- 0,58	1,38	1,34	0,10	- 0,64	0,87	1,75	- 0,64	0,34	
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	0,49	- 0,17	0,74	- 0,48	0,10	0,62	0,59	- 0,57	0,17	
Finanzielle Kapitalgesellschaften	- 0,64	0,12	1,08	0,09	- 0,55	0,48	0,58	0,56	0,44	
Staat	- 0,43	1,44	- 0,48	0,49	- 0,20	- 0,24	0,58	- 0,63	- 0,27	
Schuldverschreibungen des Auslands	- 1,79	1,61	1,78	- 0,30	- 0,88	1,03	- 0,17	1,80	0,28	
Kredite insgesamt	- 1,49	- 9,65	50,00	9,65	- 0,38	6,35	13,40	30,64	5,36	
kurzfristige Kredite	12,60	- 7,30	38,01	6,11	- 3,95	7,92	11,48	22,56	- 2,72	
langfristige Kredite	- 14,09	- 2,36	11,99	3,55	3,57	- 1,57	1,92	8,08	8,08	
nachrichtlich:										
Kredite an inländische Sektoren	- 26,04	- 1,15	9,49	3,89	- 6,40	- 0,14	0,03	16,01	7,85	
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	- 28,14	- 12,27	7,11	- 4,90	- 1,66	- 3,40	- 1,21	13,38	2,44	
Finanzielle Kapitalgesellschaften	1,86	10,57	2,38	8,65	- 4,75	3,26	1,24	2,63	5,41	
Staat	0,24	0,55	0,00	0,14	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Kredite an das Ausland	24,55	- 8,51	40,51	5,77	6,02	6,49	13,37	14,63	- 2,49	
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	115,72	110,36	152,30	12,05	45,95	36,54	27,00	42,81	46,14	
Anteilsrechte insgesamt	106,72	97,59	130,52	6,14	42,12	29,62	24,27	34,52	44,09	
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	6,18	- 77,97	15,33	- 67,75	12,08	4,92	- 18,27	16,59	6,03	
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	4,62	- 78,06	16,89	- 68,34	12,08	5,32	- 18,80	18,30	5,58	
finanzielle Kapitalgesellschaften	1,55	0,09	- 1,56	0,60	0,01	- 0,41	0,54	- 1,70	0,46	
Börsennotierte Aktien des Auslands	7,26	6,63	5,69	4,09	0,72	- 1,61	5,37	1,20	0,14	
Übrige Anteilsrechte ¹⁾	93,28	168,92	109,51	69,80	29,32	26,31	37,16	16,73	37,92	
Anteile an Investmentfonds	9,00	12,77	21,78	5,91	3,83	6,92	2,74	8,29	2,05	
Geldmarktfonds	1,78	3,79	0,66	1,34	- 0,47	- 0,19	- 0,41	1,73	- 1,22	
Sonstige Investmentfonds	7,22	8,99	21,12	4,57	4,31	7,11	3,15	6,56	3,26	
Versicherungstechnische Rückstellungen	1,81	2,76	2,87	0,80	0,78	0,80	0,61	0,68	- 0,11	
Finanzderivate	- 0,62	- 27,52	15,95	- 11,28	13,93	2,31	0,45	- 0,73	18,66	
Sonstige Forderungen	- 64,82	48,81	81,88	50,68	19,72	- 6,81	11,76	57,21	2,69	
Insgesamt	66,15	224,57	346,24	65,38	100,28	15,72	74,37	155,88	88,19	
Außenfinanzierung										
Schuldverschreibungen insgesamt	20,52	36,89	20,86	- 3,93	2,77	8,92	10,29	- 1,12	10,95	
kurzfristige Schuldverschreibungen	4,88	- 4,40	2,51	- 5,42	- 1,19	1,23	3,50	- 1,02	3,85	
langfristige Schuldverschreibungen	15,64	41,29	18,35	1,49	3,96	7,69	6,79	- 0,10	7,10	
nachrichtlich:										
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	6,61	18,12	9,17	0,05	1,96	3,29	2,14	1,78	5,64	
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	0,49	- 0,17	0,74	- 0,48	0,10	0,62	0,59	- 0,57	0,17	
Finanzielle Kapitalgesellschaften	5,31	19,86	9,12	1,18	1,98	2,76	1,78	2,61	5,34	
Staat	0,47	- 0,22	0,09	0,01	0,14	0,03	0,02	- 0,10	- 0,01	
Private Haushalte	0,34	- 1,35	- 0,78	- 0,65	- 0,26	- 0,12	- 0,26	- 0,15	0,14	
Schuldverschreibungen des Auslands	13,91	18,77	11,70	- 3,98	0,81	5,63	8,15	- 2,89	5,31	
Kredite insgesamt	82,74	79,12	91,65	9,41	31,98	- 10,47	20,51	49,63	39,28	
kurzfristige Kredite	26,32	- 12,02	47,43	- 0,25	26,83	- 7,56	12,61	15,56	34,87	
langfristige Kredite	56,42	91,14	44,22	9,65	5,16	- 2,91	7,90	34,07	4,42	
nachrichtlich:										
Kredite von inländischen Sektoren	29,49	31,20	65,39	- 0,78	35,31	- 13,90	6,89	37,09	39,29	
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	- 28,14	- 12,27	7,11	- 4,90	- 1,66	- 3,40	- 1,21	13,38	2,44	
Finanzielle Kapitalgesellschaften	56,99	7,63	43,57	- 7,64	34,35	- 15,53	5,48	19,27	36,90	
Staat	0,64	35,83	14,71	11,76	2,62	5,02	2,62	4,45	- 0,05	
Kredite aus dem Ausland	53,25	47,92	26,26	10,19	- 3,33	3,43	13,61	12,55	- 0,01	
Anteilsrechte insgesamt	11,69	60,37	61,44	21,89	14,63	8,50	17,93	20,38	3,11	
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	- 24,77	- 62,25	26,38	- 66,70	15,28	8,02	- 21,41	24,50	12,94	
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	4,62	- 78,06	16,89	- 68,34	12,08	5,32	- 18,80	18,30	5,58	
Finanzielle Kapitalgesellschaften	- 33,41	3,47	- 2,37	- 1,40	0,02	1,52	- 3,23	- 0,68	5,19	
Staat	- 0,01	0,26	- 0,09	- 0,01	- 0,07	- 0,07	- 0,00	0,04	0,18	
Private Haushalte	4,03	12,08	11,96	0,25	3,25	1,25	0,63	6,84	1,99	
Börsennotierte Aktien des Auslands	- 1,16	10,09	18,94	1,68	- 4,97	- 1,16	31,69	- 6,62	- 12,78	
Übrige Anteilsrechte ¹⁾	37,61	112,54	16,11	86,91	4,32	1,64	7,65	2,50	2,95	
Versicherungstechnische Rückstellungen	7,55	5,84	5,84	1,46	1,46	1,46	1,46	1,46	1,46	
Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen	- 1,38	0,54	14,32	1,26	1,27	8,20	3,93	0,93	0,37	
Sonstige Verbindlichkeiten	8,21	15,29	154,58	22,40	50,12	10,08	31,35	63,03	29,03	
Insgesamt	129,32	198,05	348,69	52,48	102,22	26,69	85,46	134,31	84,21	

¹ Einschl. nicht börsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte.

IX. Finanzierungsrechnung

2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (unkonsolidiert)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Positionen	2019	2020	2021	2020			2021			2022
				4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	
Geldvermögen										
Bargeld und Einlagen	578,6	717,6	721,9	717,6	713,7	693,5	706,4	721,9	726,8	
Schuldverschreibungen insgesamt	49,6	51,5	54,6	51,5	49,9	51,9	53,5	54,6	53,7	
kurzfristige Schuldverschreibungen	3,7	4,8	7,4	4,8	5,0	5,9	6,2	7,4	7,9	
langfristige Schuldverschreibungen	45,9	46,7	47,2	46,7	44,9	46,0	47,3	47,2	45,9	
nachrichtlich:										
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	21,1	22,1	23,3	22,1	21,4	22,3	24,0	23,3	23,0	
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	5,0	4,7	5,3	4,7	4,7	5,3	5,9	5,3	5,2	
finanzielle Kapitalgesellschaften	13,6	13,4	14,5	13,4	12,9	13,4	14,0	14,5	14,6	
Staat	2,6	4,0	3,5	4,0	3,8	3,6	4,1	3,5	3,2	
Schuldverschreibungen des Auslands	28,4	29,4	31,3	29,4	28,5	29,6	29,5	31,3	30,8	
Kredite insgesamt	731,9	725,0	778,0	725,0	726,4	732,4	746,9	778,0	784,9	
kurzfristige Kredite	568,5	566,1	605,1	566,1	562,7	570,5	582,7	605,1	603,6	
langfristige Kredite	163,5	158,8	172,9	158,8	163,7	161,9	164,2	172,9	181,3	
nachrichtlich:										
Kredite an inländische Sektoren	414,5	413,3	422,8	413,3	406,9	406,8	406,8	422,8	430,7	
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	339,9	327,6	334,7	327,6	325,9	322,5	321,3	334,7	337,2	
finanzielle Kapitalgesellschaften	67,3	77,8	80,2	77,8	73,1	76,3	77,6	80,2	85,6	
Staat	7,3	7,9	7,9	7,9	7,9	7,9	7,9	7,9	7,9	
Kredite an das Ausland	317,4	311,7	355,2	311,7	319,5	325,6	340,1	355,2	354,2	
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	2 439,7	2 534,2	2 889,9	2 534,2	2 701,1	2 788,2	2 844,7	2 889,9	2 815,9	
Anteilsrechte insgesamt	2 249,7	2 329,5	2 649,7	2 329,5	2 488,7	2 564,1	2 617,3	2 649,7	2 583,7	
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	342,0	307,0	393,0	307,0	359,4	383,5	371,5	393,0	350,1	
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	332,9	298,9	384,9	298,9	350,9	375,0	361,7	384,9	342,4	
finanzielle Kapitalgesellschaften	9,0	8,1	8,0	8,1	8,5	8,5	9,8	8,0	7,7	
Börsennotierte Aktien des Auslands	52,2	68,1	73,5	68,1	72,5	70,2	72,6	73,5	69,5	
Übrige Anteilsrechte ¹⁾	1 855,5	1 954,4	2 183,2	1 954,4	2 056,8	2 110,3	2 173,2	2 183,2	2 164,1	
Anteile an Investmentfonds	190,0	204,7	240,2	204,7	212,4	224,1	227,5	240,2	232,2	
Geldmarktfonds	3,2	7,0	7,6	7,0	6,5	6,3	5,9	7,6	6,4	
Sonstige Investmentfonds	186,8	197,7	232,6	197,7	205,9	217,8	221,6	232,6	225,8	
Versicherungstechnische Rückstellungen	59,2	62,1	64,8	62,1	62,8	63,6	64,1	64,8	64,8	
Finanzderivate	31,6	31,1	26,0	31,1	30,9	52,0	106,6	26,0	147,9	
Sonstige Forderungen	1 251,2	1 236,0	1 450,3	1 236,0	1 344,9	1 336,3	1 386,4	1 450,3	1 494,0	
Insgesamt	5 141,7	5 357,5	5 985,5	5 357,5	5 629,7	5 717,8	5 908,6	5 985,5	6 088,1	
Verbindlichkeiten										
Schuldverschreibungen insgesamt	204,7	238,3	252,3	238,3	239,5	249,3	256,1	252,3	245,3	
kurzfristige Schuldverschreibungen	11,9	7,1	9,6	7,1	5,9	7,2	10,6	9,6	13,4	
langfristige Schuldverschreibungen	192,9	231,2	242,7	231,2	233,6	242,1	245,5	242,7	231,8	
nachrichtlich:										
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	77,7	96,0	100,6	96,0	95,6	99,5	99,7	100,6	98,6	
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	5,0	4,7	5,3	4,7	4,7	5,3	5,9	5,3	5,2	
finanzielle Kapitalgesellschaften	57,8	78,1	83,2	78,1	78,0	81,2	81,2	83,2	81,8	
Staat	0,6	0,4	0,4	0,4	0,5	0,5	0,5	0,4	0,4	
Private Haushalte	14,4	12,8	11,8	12,8	12,5	12,5	12,1	11,8	11,2	
Schuldverschreibungen des Auslands	127,0	142,3	151,7	142,3	143,9	149,8	156,4	151,7	146,6	
Kredite insgesamt	2 178,5	2 251,6	2 353,2	2 251,6	2 292,2	2 278,4	2 301,9	2 353,2	2 397,8	
kurzfristige Kredite	831,3	813,1	864,2	813,1	842,6	834,7	847,8	864,2	900,7	
langfristige Kredite	1 347,2	1 438,4	1 489,0	1 438,4	1 449,6	1 443,6	1 454,1	1 489,0	1 497,1	
nachrichtlich:										
Kredite von inländischen Sektoren	1 357,9	1 385,9	1 452,3	1 385,9	1 425,0	1 408,8	1 416,4	1 452,3	1 495,4	
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	339,9	327,6	334,7	327,6	325,9	322,5	321,3	334,7	337,2	
finanzielle Kapitalgesellschaften	967,7	970,9	1 016,2	970,9	1 009,5	991,5	997,8	1 016,2	1 056,9	
Staat	50,4	87,4	101,5	87,4	89,6	94,7	97,3	101,5	101,4	
Kredite aus dem Ausland	820,6	865,7	900,9	865,7	867,2	869,6	885,5	900,9	902,4	
Anteilsrechte insgesamt	3 096,8	3 260,9	3 689,0	3 260,9	3 522,5	3 640,3	3 645,9	3 689,0	3 391,9	
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	734,1	739,9	924,8	739,9	848,8	896,1	882,4	924,8	840,0	
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	332,9	298,9	384,9	298,9	350,9	375,0	361,7	384,9	342,4	
finanzielle Kapitalgesellschaften	158,0	171,9	210,2	171,9	193,0	202,9	196,9	210,2	194,3	
Staat	51,8	56,3	69,9	56,3	67,3	71,8	70,6	69,9	70,0	
Private Haushalte	191,3	212,8	259,7	212,8	237,6	246,3	253,2	259,7	233,2	
Börsennotierte Aktien des Auslands	958,6	995,6	1 126,3	995,6	1 081,5	1 125,8	1 119,2	1 126,3	984,0	
Übrige Anteilsrechte ¹⁾	1 404,2	1 525,5	1 637,9	1 525,5	1 592,3	1 618,4	1 644,2	1 637,9	1 567,9	
Versicherungstechnische Rückstellungen	277,3	283,1	289,0	283,1	284,6	286,1	287,5	289,0	290,4	
Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen	68,8	83,3	47,7	83,3	57,2	76,5	128,7	47,7	136,7	
Sonstige Verbindlichkeiten	1 302,0	1 285,7	1 538,3	1 285,7	1 388,4	1 375,8	1 454,9	1 538,3	1 581,0	
Insgesamt	7 128,2	7 402,9	8 169,5	7 402,9	7 784,4	7 906,3	8 075,0	8 169,5	8 043,2	

¹ Einschl. nicht börsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte.

IX. Finanzierungsrechnung

3. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der privaten Haushalte (unkonsolidiert)

Mrd €

Positionen	2019	2020	2021	2020			2021			2022
				4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	
Geldvermögensbildung										
Bargeld und Einlagen	146,74	213,23	145,52	75,28	48,30	53,09	12,09	32,05	9,29	
Bargeld	35,26	61,86	59,79	16,47	12,66	16,45	14,97	15,70	13,47	
Einlagen insgesamt	111,49	151,36	85,74	58,82	35,64	36,63	- 2,87	16,34	- 4,17	
Sichteinlagen	111,01	165,34	90,84	56,20	34,10	37,70	2,69	16,35	- 0,99	
Termineinlagen	5,95	1,29	- 4,97	2,52	0,06	- 1,06	- 3,76	- 0,21	- 1,12	
Spareinlagen einschl. Sparbriefe	- 5,47	- 15,26	- 0,13	0,10	1,48	- 0,01	- 1,81	0,20	- 2,07	
Schuldverschreibungen insgesamt	- 1,86	- 5,94	- 5,89	- 3,18	- 2,66	- 1,30	- 1,32	- 0,62	2,79	
kurzfristige Schuldverschreibungen	- 0,53	0,08	0,31	- 0,16	0,16	0,22	- 0,10	0,03	- 0,04	
langfristige Schuldverschreibungen	- 1,34	- 6,02	- 6,20	- 3,03	- 2,82	- 1,52	- 1,22	- 0,64	2,83	
nachrichtlich:										
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	- 2,93	- 2,56	- 3,70	- 1,79	- 1,07	- 1,26	- 0,99	- 0,39	2,26	
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	0,21	- 1,32	- 0,83	- 0,62	- 0,28	- 0,13	- 0,25	- 0,16	0,08	
finanzielle Kapitalgesellschaften	- 2,23	- 1,26	- 2,57	- 1,02	- 0,67	- 1,02	- 0,66	- 0,23	2,34	
Staat	- 0,92	0,02	- 0,30	- 0,15	- 0,12	- 0,11	- 0,08	0,00	- 0,16	
Schuldverschreibungen des Auslands	1,07	- 3,38	- 2,19	- 1,39	- 1,59	- 0,04	- 0,33	- 0,23	0,53	
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	49,20	90,18	136,53	21,48	28,09	31,66	34,68	42,10	30,51	
Anteilsrechte insgesamt	18,92	48,53	31,74	7,73	2,60	7,28	7,57	14,30	7,79	
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	6,61	16,05	14,21	- 0,35	3,39	2,20	2,34	6,29	2,71	
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	3,52	11,92	12,64	0,33	3,12	1,58	1,82	6,12	1,97	
finanzielle Kapitalgesellschaften	3,09	4,14	1,58	- 0,68	0,27	0,62	0,52	0,17	0,74	
Börsennotierte Aktien des Auslands	7,45	23,28	10,86	6,44	- 1,72	3,54	3,77	5,26	3,44	
Übrige Anteilsrechte ¹⁾	4,86	9,19	6,68	1,64	0,92	1,54	1,46	2,76	1,64	
Anteile an Investmentfonds	30,28	41,65	104,79	13,75	25,50	24,38	27,11	27,80	22,72	
Geldmarktfonds	- 0,32	0,09	0,18	- 0,29	0,09	- 0,07	- 0,01	0,18	- 0,02	
Sonstige Investmentfonds	30,60	41,56	104,61	14,04	25,41	24,46	27,12	27,62	22,74	
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Nichtlebensversicherungen sowie aus Forderungen im Rahmen standardisierter Garantien	17,95	18,34	20,31	1,73	5,40	5,58	3,73	5,60	5,67	
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Lebensversicherungen	37,76	47,65	51,92	13,04	16,40	11,14	13,30	11,07	13,15	
Ansprüche aus Rückstellungen bei Alterssicherungssystemen, Ansprüche von Alterssicherungssystemen an die Träger von Alterssicherungssystemen und auf andere Leistungen als Alterssicherungsleistungen	37,31	33,74	27,34	9,78	6,00	4,34	5,03	11,98	5,43	
Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Sonstige Forderungen ²⁾	- 14,28	- 10,38	- 1,26	- 17,41	21,43	- 3,27	6,74	- 26,16	17,47	
Insgesamt	272,82	386,81	374,48	100,72	122,96	101,24	74,26	76,02	84,32	
Außenfinanzierung										
Kredite insgesamt	82,57	83,92	98,64	25,15	16,73	27,53	30,68	23,70	20,36	
kurzfristige Kredite	1,02	- 5,61	0,86	- 1,12	0,47	0,79	1,21	- 1,61	0,66	
langfristige Kredite	81,55	89,52	97,78	26,27	16,26	26,74	29,47	25,31	19,69	
nachrichtlich:										
Wohnungsbaukredite	68,58	85,69	100,36	25,51	18,69	26,54	29,34	25,78	19,22	
Konsumentenkredite	14,42	- 4,29	- 0,89	- 0,66	- 1,14	- 0,09	2,38	- 2,04	0,23	
Gewerbliche Kredite	- 0,43	2,51	- 0,82	0,29	- 0,82	1,08	- 1,04	- 0,04	0,91	
nachrichtlich:										
Kredite von Monetären Finanzinstituten	73,41	83,17	94,32	22,37	14,85	27,19	28,38	23,91	20,70	
Kredite von finanziellen Kapitalgesellschaften ohne MFI	9,16	0,75	4,32	2,78	1,89	0,34	2,30	- 0,21	- 0,35	
Kredite vom Staat und Ausland	- 0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,01	
Finanzderivate	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Sonstige Verbindlichkeiten	0,73	0,01	0,90	- 0,38	0,01	0,01	0,25	0,63	- 0,95	
Insgesamt	83,30	83,93	99,54	24,77	16,74	27,54	30,93	24,33	19,40	

¹ Einschl. nicht börsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. ² Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

IX. Finanzierungsrechnung

4. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten Haushalte (unkonsolidiert)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Positionen	2019	2020	2021	2022					2022
				4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	
Geldvermögen									
Bargeld und Einlagen	2 647,4	2 860,3	3 005,1	2 860,3	2 908,7	2 961,8	2 973,1	3 005,1	3 014,1
Bargeld	262,6	324,4	384,2	324,4	337,1	353,6	368,5	384,2	397,7
Einlagen insgesamt	2 384,8	2 535,8	2 620,9	2 535,8	2 571,6	2 608,3	2 604,6	2 620,9	2 616,4
Sichteinlagen	1 509,1	1 674,1	1 764,4	1 674,1	1 708,3	1 746,0	1 748,1	1 764,4	1 763,5
Termineinlagen	301,6	302,8	297,7	302,8	302,9	301,9	297,9	297,7	296,3
Spareinlagen einschl. Sparbriefe	574,2	558,9	558,8	558,9	560,4	560,4	558,6	558,8	556,7
Schuldverschreibungen insgesamt	121,4	113,3	109,6	113,3	112,8	111,6	110,1	109,6	109,4
kurzfristige Schuldverschreibungen	1,6	1,6	1,8	1,6	1,7	1,9	1,8	1,8	1,7
langfristige Schuldverschreibungen	119,8	111,7	107,8	111,7	111,0	109,7	108,3	107,8	107,7
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	81,5	76,7	75,3	76,7	77,3	76,5	75,3	75,3	75,2
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	12,4	10,9	9,8	10,9	10,5	10,5	10,2	9,8	9,4
finanzielle Kapitalgesellschaften	66,6	63,3	63,2	63,3	64,4	63,7	62,9	63,2	63,8
Staat	2,5	2,6	2,2	2,6	2,4	2,3	2,2	2,2	2,0
Schuldverschreibungen des Auslands	39,9	36,5	34,3	36,5	35,4	35,1	34,8	34,3	34,2
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	1 388,2	1 541,0	1 901,6	1 541,0	1 659,4	1 746,3	1 794,3	1 901,6	1 839,9
Anteilsrechte insgesamt	708,0	806,4	969,1	806,4	868,6	904,8	923,8	969,1	926,5
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	223,9	243,3	296,0	243,3	271,7	280,0	287,1	296,0	271,0
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	182,3	204,0	250,4	204,0	228,2	236,9	244,3	250,4	224,7
finanzielle Kapitalgesellschaften	41,6	39,2	45,6	39,2	43,4	43,1	42,7	45,6	46,3
Börsennotierte Aktien des Auslands	136,3	180,6	249,3	180,6	199,5	216,5	223,3	249,3	240,9
Übrige Anteilsrechte ¹⁾	347,8	382,6	423,8	382,6	397,4	408,2	413,4	423,8	414,7
Anteile an Investmentfonds	680,3	734,6	932,5	734,6	790,7	841,5	870,5	932,5	913,4
Geldmarktfonds	2,3	2,3	2,5	2,3	2,4	2,3	2,3	2,5	2,5
Sonstige Investmentfonds	678,0	732,2	930,0	732,2	788,3	839,2	868,2	930,0	910,9
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Nichtlebensversicherungen sowie aus Forderungen im Rahmen standardisierter Garantien	393,8	412,2	432,5	412,2	417,6	423,2	426,9	432,5	438,2
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Lebensversicherungen	1 069,1	1 112,1	1 162,2	1 112,1	1 128,0	1 138,7	1 151,6	1 162,2	1 175,5
Ansprüche aus Rückstellungen bei Alterssicherungssystemen, Ansprüche von Alterssicherungssystemen an die Träger von Alterssicherungssystemen und auf andere Leistungen als Alterssicherungsleistungen	924,5	956,8	986,2	956,8	962,8	967,2	972,2	986,2	985,6
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Forderungen ²⁾	29,6	27,9	27,5	27,9	27,8	28,2	28,5	27,5	25,8
Insgesamt	6 574,1	7 023,6	7 624,7	7 023,6	7 217,1	7 377,0	7 456,6	7 624,7	7 588,4
Verbindlichkeiten									
Kredite insgesamt	1 837,9	1 924,6	2 023,5	1 924,6	1 939,6	1 969,5	2 000,5	2 023,5	2 041,2
kurzfristige Kredite	59,0	53,2	53,0	53,2	53,6	54,4	55,6	53,0	53,7
langfristige Kredite	1 778,9	1 871,3	1 970,5	1 871,3	1 886,0	1 915,1	1 944,9	1 970,5	1 987,6
nachrichtlich:									
Wohnungsbaukredite	1 358,7	1 448,2	1 548,5	1 448,2	1 464,8	1 493,8	1 523,0	1 548,5	1 565,3
Konsumentenkredite	231,4	226,1	224,5	226,1	224,6	224,4	226,7	224,5	224,9
Gewerbliche Kredite	247,7	250,2	250,5	250,2	250,2	251,2	250,8	250,5	251,1
nachrichtlich:									
Kredite von Monetären Finanzinstituten	1 741,6	1 824,6	1 920,3	1 824,6	1 839,8	1 867,3	1 896,1	1 920,3	1 941,0
Kredite von finanziellen Kapitalgesellschaften ohne MFI	96,3	99,9	103,2	99,9	99,8	102,2	104,4	103,2	100,2
Kredite vom Staat und Ausland	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzderivate	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Verbindlichkeiten	19,9	19,4	19,1	19,4	20,6	19,5	19,8	19,1	20,5
Insgesamt	1 857,7	1 943,9	2 042,6	1 943,9	1 960,2	1 989,0	2 020,3	2 042,6	2 061,8

¹ Einschl. nicht börsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. ² Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Finanzierungssaldo und Schuldenstand in Maastricht-Abgrenzung

Zeit	Mrd €					in % des BIP				
	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialversicherungen	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialversicherungen
Finanzierungssaldo ¹⁾										
2016	+ 36,4	+ 13,7	+ 7,7	+ 6,3	+ 8,7	+ 1,2	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3
2017	+ 43,7	+ 7,9	+ 13,9	+ 10,7	+ 11,1	+ 1,3	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3
2018	+ 65,6	+ 21,0	+ 12,0	+ 16,7	+ 16,0	+ 1,9	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5
2019 p)	+ 53,2	+ 21,4	+ 14,0	+ 8,6	+ 9,2	+ 1,5	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,3
2020 p)	- 147,6	- 87,4	- 30,9	+ 5,5	- 34,8	- 4,3	- 2,6	- 0,9	+ 0,2	- 1,0
2021 p)	- 134,3	- 145,9	+ 2,8	+ 4,6	+ 4,3	- 3,7	- 4,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
2020 1.Hj. p)	- 48,6	- 27,3	- 9,4	+ 0,5	- 12,4	- 2,9	- 1,6	- 0,6	+ 0,0	- 0,8
2.Hj. p)	- 98,9	- 60,1	- 21,4	+ 5,1	- 22,4	- 5,6	- 3,4	- 1,2	+ 0,3	- 1,3
2021 1.Hj. p)	- 75,6	- 60,7	- 4,0	+ 1,5	- 12,4	- 4,3	- 3,5	- 0,2	+ 0,1	- 0,7
2.Hj. p)	- 58,6	- 85,2	+ 6,8	+ 3,1	+ 16,7	- 3,1	- 4,6	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,9
2022 1.Hj. ts)	- 13,0	- 42,8	+ 16,6	+ 5,7	+ 7,4	- 0,7	- 2,3	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,4
Schuldenstand ²⁾										
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende										
2016	2 161,5	1 365,6	642,3	166,2	1,2	69,0	43,6	20,5	5,3	0,0
2017	2 111,4	1 349,9	614,9	162,7	0,8	64,6	41,3	18,8	5,0	0,0
2018	2 062,6	1 322,9	600,8	155,1	0,7	61,3	39,3	17,9	4,6	0,0
2019 p)	2 045,7	1 299,7	609,8	152,9	0,7	58,9	37,4	17,6	4,4	0,0
2020 p)	2 314,1	1 512,9	660,6	154,1	7,4	68,0	44,4	19,4	4,5	0,2
2021 p)	2 475,8	1 666,4	669,0	154,7	0,3	68,7	46,3	18,6	4,3	0,0
2020 1.Vj. p)	2 090,1	1 327,5	623,1	153,4	0,8	59,9	38,1	17,9	4,4	0,0
2.Vj. p)	2 259,6	1 473,7	645,1	153,6	1,0	66,0	43,1	18,8	4,5	0,0
3.Vj. p)	2 333,1	1 536,7	655,6	154,7	4,6	68,5	45,1	19,2	4,5	0,1
4.Vj. p)	2 314,1	1 512,9	660,6	154,1	7,4	68,0	44,4	19,4	4,5	0,2
2021 1.Vj. p)	2 345,0	1 538,6	665,6	154,2	16,2	69,0	45,2	19,6	4,5	0,5
2.Vj. p)	2 398,8	1 588,7	669,6	155,5	21,2	68,7	45,5	19,2	4,5	0,6
3.Vj. p)	2 432,5	1 616,7	674,8	155,1	24,2	68,6	45,6	19,0	4,4	0,7
4.Vj. p)	2 475,8	1 666,4	669,0	154,7	0,3	68,7	46,3	18,6	4,3	0,0
2022 1.Vj. p)	2 482,5	1 671,2	668,0	157,2	3,1	67,5	45,5	18,2	4,3	0,1

Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. **1** Der Finanzierungssaldo gemäß ESVG 2010 entspricht der Maastricht-Abgrenzung. **2** Vierteljahresangaben in % des BIP sind auf die Wirtschaftsleistung der vier vorangegangenen Quartale bezogen.

2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen *)

Zeit	Einnahmen				Ausgaben						Finanzierungssaldo	Nachrichtlich: Fiskalische Belastung insgesamt ¹⁾	
	insgesamt	davon: Steuern	Sozialbeiträge	sonstige	insgesamt	davon: Sozialleistungen	Arbeitnehmerentgelte	Vorleistungen	Bruttoinvestitionen	Zinsen			sonstige
Mrd €													
2016	1 426,7	739,2	524,3	163,3	1 390,4	754,5	240,7	162,5	68,1	37,3	127,2	+ 36,4	1 270,4
2017	1 486,9	773,3	549,5	164,2	1 443,3	784,8	250,6	169,5	71,6	33,8	132,9	+ 43,7	1 329,5
2018	1 557,2	808,1	572,6	176,6	1 491,6	805,6	260,3	176,4	78,5	31,2	139,7	+ 65,6	1 387,7
2019 p)	1 615,8	834,3	598,2	183,4	1 562,6	845,6	273,2	187,2	84,4	27,4	144,8	+ 53,2	1 439,6
2020 p)	1 569,1	783,1	608,1	177,8	1 716,6	904,8	284,3	209,4	93,2	21,5	203,4	- 147,6	1 398,2
2021 p)	1 711,7	887,6	633,7	190,5	1 846,0	939,0	294,4	227,2	93,4	20,8	271,3	- 134,3	1 528,8
in % des BIP													
2016	45,5	23,6	16,7	5,2	44,4	24,1	7,7	5,2	2,2	1,2	4,1	+ 1,2	40,5
2017	45,5	23,7	16,8	5,0	44,2	24,0	7,7	5,2	2,2	1,0	4,1	+ 1,3	40,7
2018	46,3	24,0	17,0	5,2	44,3	23,9	7,7	5,2	2,3	0,9	4,1	+ 1,9	41,2
2019 p)	46,5	24,0	17,2	5,3	45,0	24,3	7,9	5,4	2,4	0,8	4,2	+ 1,5	41,4
2020 p)	46,1	23,0	17,9	5,2	50,4	26,6	8,3	6,1	2,7	0,6	6,0	- 4,3	41,1
2021 p)	47,5	24,6	17,6	5,3	51,3	26,1	8,2	6,3	2,6	0,6	7,5	- 3,7	42,4
Zuwachsraten in %													
2016	+ 4,5	+ 4,8	+ 4,6	+ 2,9	+ 4,1	+ 4,5	+ 3,3	+ 6,2	+ 5,6	- 11,7	+ 4,9	.	+ 4,7
2017	+ 4,2	+ 4,6	+ 4,8	+ 0,5	+ 3,8	+ 4,0	+ 4,1	+ 4,3	+ 5,1	- 9,3	+ 4,5	.	+ 4,7
2018	+ 4,7	+ 4,5	+ 4,2	+ 7,6	+ 3,3	+ 2,6	+ 3,9	+ 4,1	+ 9,7	- 7,8	+ 5,1	.	+ 4,4
2019 p)	+ 3,8	+ 3,2	+ 4,5	+ 3,8	+ 4,8	+ 5,0	+ 5,0	+ 6,1	+ 7,5	- 12,2	+ 3,7	.	+ 3,7
2020 p)	- 2,9	- 6,1	+ 1,7	- 3,0	+ 9,9	+ 7,0	+ 4,0	+ 11,8	+ 10,4	- 21,5	+ 40,5	.	- 2,9
2021 p)	+ 9,1	+ 13,3	+ 4,2	+ 7,1	+ 7,5	+ 3,8	+ 3,6	+ 8,5	+ 0,2	- 3,4	+ 33,4	.	+ 9,3

Quelle: Statistisches Bundesamt. * Ergebnisse gemäß ESVG 2010. **1** Steuern und Sozialbeiträge zzgl. Zöllen und Bankenabgaben an den Einheitlichen Abwicklungsfonds.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Gebietskörperschaften 1)								Sozialversicherungen 2)			Öffentliche Haushalte insgesamt				
	Einnahmen			Ausgaben					Saldo	Einnahmen 6)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	
	insgesamt 4)	darunter:		insgesamt 4)	darunter: 3)											
		Steuern	Finanzielle Transaktionen 5)		Personal-ausgaben	Laufen-de Zu-schüsse	Zins-ausgaben	Sach-investitionen								Finanzielle Transaktionen 5)
2015 p)	829,8	673,3	10,4	804,3	244,1	302,7	49,8	46,4	12,5	+ 25,5	575,0	573,1	+ 1,9	1 301,1	1 273,6	+ 27,4
2016 p)	862,3	705,8	9,0	844,5	251,3	321,6	43,4	49,0	11,8	+ 17,8	601,8	594,8	+ 7,1	1 355,1	1 330,2	+ 24,9
2017 p)	900,3	734,5	7,9	869,4	261,6	327,9	42,0	52,3	13,8	+ 30,8	631,5	622,0	+ 9,5	1 417,5	1 377,2	+ 40,3
2018 p)	951,8	776,3	6,2	905,6	272,5	338,0	39,2	55,8	16,1	+ 46,2	656,2	642,5	+ 13,6	1 490,7	1 430,9	+ 59,8
2019 p)	1 010,3	799,4	11,2	975,5	285,9	349,7	33,6	62,9	16,8	+ 34,8	685,0	676,7	+ 8,3	1 573,8	1 530,8	+ 43,0
2020 p)	946,9	739,9	13,9	1 108,0	299,5	422,8	25,9	69,2	59,9	- 161,1	719,5	747,8	- 28,3	1 518,8	1 708,1	- 189,3
2021 p)	1 101,6	833,3	24,9	1 240,4	310,6	530,9	21,0	69,5	26,2	- 138,9	769,2	775,2	- 6,0	1 698,3	1 843,2	- 144,9
2019 1.Vj. p)	240,9	192,7	2,5	227,7	68,3	88,5	11,5	10,2	3,3	+ 13,2	163,3	166,4	- 3,1	374,3	364,1	+ 10,2
2.Vj. p)	256,3	201,7	2,0	236,1	70,1	87,0	12,2	13,0	2,6	+ 20,1	169,9	168,4	+ 1,5	396,1	374,5	+ 21,6
3.Vj. p)	245,3	194,7	3,4	236,7	70,9	86,2	4,5	16,4	3,1	+ 8,6	168,8	170,3	- 1,5	384,0	376,9	+ 7,1
4.Vj. p)	269,1	210,6	3,2	272,2	76,1	87,5	5,1	22,5	7,7	- 3,1	181,9	172,6	+ 9,3	420,7	414,5	+ 6,2
2020 1.Vj. p)	244,8	197,5	2,5	236,4	72,9	90,5	11,9	12,0	2,6	+ 8,4	168,3	175,7	- 7,4	380,0	379,1	+ 0,9
2.Vj. p)	211,9	158,0	2,7	271,8	72,2	119,1	8,6	15,4	3,4	- 59,8	175,9	187,0	- 11,1	354,5	425,4	- 70,9
3.Vj. p)	227,8	181,4	4,0	282,3	72,4	102,0	1,4	18,3	34,3	- 54,5	181,1	195,0	- 13,9	370,1	438,5	- 68,4
4.Vj. p)	259,3	202,0	4,5	315,4	81,4	109,1	5,9	22,8	19,6	- 56,1	186,0	189,6	- 3,5	410,6	470,2	- 59,6
2021 1.Vj. p)	237,1	185,3	4,3	297,0	75,5	130,8	7,3	11,1	14,6	- 59,9	182,4	196,3	- 13,9	381,5	455,3	- 73,8
2.Vj. p)	270,6	195,7	7,5	300,8	74,8	126,8	10,7	15,2	10,5	- 30,2	185,9	197,0	- 11,1	417,7	459,0	- 41,2
3.Vj. p)	270,9	210,7	7,4	290,2	75,8	117,5	- 0,4	16,5	10,4	- 19,3	183,4	191,9	- 8,6	413,5	441,4	- 27,8
4.Vj. p)	328,0	237,8	6,1	342,9	84,1	148,1	3,1	26,4	- 9,4	- 14,9	197,3	190,4	+ 6,9	487,7	495,7	- 8,0
2022 1.Vj. p)	277,4	213,9	5,0	278,4	79,6	116,3	5,5	11,9	7,0	- 1,0	193,8	199,8	- 6,0	429,4	436,5	- 7,1

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. 1 Jahresangaben gemäß den Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes. Eigene Zuschätzungen für die noch nicht vorliegenden Berichtsjahre nach 2011. Die Vierteljahresangaben enthalten zahlreiche Extrahaushalte, die dem Staatssektor in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zuzurechnen, aber in den Rechnungsergebnissen bisher nicht enthalten sind. Ab 2012 auch einschl. Bad Bank FMSW. 2 Die Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreszahlen ab, da es sich bei Letzteren stets um vorläufige Angaben handelt. Vierteljahres-

angaben bei einzelnen Versicherungszweigen geschätzt. 3 Die Entwicklungen bei den ausgewiesenen Ausgabenarten werden teilweise durch statistische Umstellungen beeinflusst. 4 Einschl. Differenzen im Verrechnungsverkehr zwischen den Gebietskörperschaften. 5 Auf der Einnahmenseite beinhaltet dies als Beteiligungsveräußerungen und als Darlehensrückflüsse verbuchte Erlöse, auf der Ausgabenseite Beteiligungserwerbe und Darlehensvergaben. 6 Einschl. der Liquiditätshilfen des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit.

4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Bund			Länder 2) 3)			Gemeinden 3)		
	Einnahmen 1)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
2015 p)	338,3	326,5	+ 11,8	355,1	350,6	+ 4,5	232,7	229,1	+ 3,6
2016 p)	344,7	338,4	+ 6,2	381,1	372,4	+ 8,8	248,9	243,1	+ 5,8
2017 p)	357,8	352,8	+ 5,0	397,7	385,8	+ 11,8	260,3	249,1	+ 11,2
2018 p)	374,4	363,5	+ 10,9	420,5	400,1	+ 20,4	271,8	261,5	+ 10,2
2019 p)	382,5	369,2	+ 13,3	437,2	419,6	+ 17,6	284,2	278,1	+ 6,1
2020 p)	341,4	472,1	- 130,7	456,4	489,4	- 33,0	297,0	294,6	+ 2,4
2021 p)	370,3	585,9	- 215,6	513,1	508,9	+ 4,2	309,9	304,8	+ 5,1
2019 1.Vj. p)	84,7	86,1	- 1,4	105,7	96,7	+ 8,9	58,2	63,2	- 4,9
2.Vj. p)	97,7	90,3	+ 7,4	106,0	100,2	+ 5,8	70,6	65,9	+ 4,7
3.Vj. p)	93,2	91,3	+ 1,9	107,9	102,6	+ 5,2	69,1	69,2	- 0,1
4.Vj. p)	106,9	101,5	+ 5,4	115,5	118,4	- 2,9	84,5	78,4	+ 6,0
2020 1.Vj. p)	92,3	90,4	+ 1,9	105,6	99,7	+ 5,9	57,9	67,7	- 9,8
2.Vj. p)	70,8	114,8	- 44,0	108,2	128,0	- 19,8	69,4	69,4	+ 0,1
3.Vj. p)	83,7	105,4	- 21,7	112,9	113,7	- 0,8	67,5	72,6	- 5,1
4.Vj. p)	94,5	161,5	- 67,0	127,4	146,3	- 18,9	100,3	83,5	+ 16,8
2021 1.Vj. p)	75,0	127,5	- 52,5	113,7	120,7	- 7,1	61,1	69,7	- 8,6
2.Vj. p)	86,4	123,5	- 37,1	122,8	122,0	+ 0,8	74,6	71,7	+ 2,9
3.Vj. p)	93,9	128,7	- 34,7	125,9	120,2	+ 5,7	74,6	74,9	- 0,3
4.Vj. p)	115,1	206,3	- 91,2	145,6	144,5	+ 1,2	97,6	87,0	+ 10,6
2022 1.Vj. p)	94,7	114,0	- 19,3	134,6	122,7	+ 11,9	68,4	73,8	- 5,4

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. 1 Soweit die Gewinnabführung der Bundesbank nach Überschreiten eines Schwellenwerts bei Sondervermögen des Bundes zur Schuldentilgung eingesetzt

wird, bleibt sie hier unberücksichtigt. 2 Einschl. der Kommunalebene der Stadtstaaten. 3 Quartalsdaten der Kern- und der zum Staatssektor zählenden Extrahaushalte.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen

Mio €

Zeit	Insgesamt	Bund, Länder und Europäische Union				Gemeinden 3)	Saldo nicht verrechneter Steueranteile 4)		Nachrichtlich: Im Bundeshaushalt abgesetzte Beträge 5)
		zusammen	Bund 1)	Länder 1)	Europäische Union 2)				
2015	673 276	580 485	308 849	240 698	30 938	93 003	- 212	27 241	
2016	705 797	606 965	316 854	260 837	29 273	98 648	+ 186	27 836	
2017	734 540	629 458	336 730	271 046	21 682	105 158	- 76	27 368	
2018	776 314	665 005	349 134	287 282	28 589	111 308	+ 1	26 775	
2019	799 416	684 491	355 050	298 519	30 921	114 902	+ 23	25 998	
2020	739 911	632 268	313 381	286 065	32 822	107 916	- 274	30 266	
2021	833 337	706 978	342 988	325 768	38 222	125 000	+ 1 359	29 321	
2020 1.Vj.	198 375	168 123	83 086	75 420	9 617	18 875	+ 11 377	6 855	
2.Vj.	158 161	135 185	68 653	59 557	6 974	25 107	- 2 131	6 997	
3.Vj.	182 202	156 397	78 502	72 613	5 282	25 234	+ 571	9 705	
4.Vj.	201 173	172 564	83 140	78 475	10 949	38 700	- 10 090	6 709	
2021 1.Vj.	189 316	159 271	72 814	73 137	13 320	19 882	+ 10 163	6 887	
2.Vj.	191 931	163 158	81 129	74 024	8 005	29 609	- 835	7 438	
3.Vj.	211 364	180 378	87 603	84 312	8 464	29 726	+ 1 260	7 823	
4.Vj.	240 726	204 171	101 442	94 295	8 433	45 784	- 9 229	7 173	
2022 1.Vj.	224 006	189 158	92 112	87 240	9 806	24 772	+ 10 077	7 261	
2.Vj.	...	190 982	94 153	86 852	9 977	11 576	
2021 Juli	.	56 166	28 274	25 940	1 952	.	.	3 141	
2022 Juli	.	56 770	27 314	26 153	3 303	.	.	3 156	

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. 1 Vor Abzug bzw. Zusetzung der vom Bund an die Länder überwiesenen Bundesergänzungszuweisungen (BEZ), Regionalisierungsmittel (ÖPNV), Kompensation für die Übertragung der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund und Konsolidierungshilfen. Zum Umfang dieser im Bundeshaushalt von den Steuereinnahmen abgesetzten Beträge siehe letzte Spalte. 2 Zölle sowie die zulasten der Steuereinnahmen des Bundes verbuch-

ten Mehrwertsteuer- und Bruttonationaleinkommen-Eigenmittel. 3 Einschl. Gemeindesteuern der Stadtstaaten. Inklusive Einnahmen aus Offshore-Windparks. 4 Differenz zwischen dem in der betreffenden Periode bei den Länderkassen eingegangenen Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern (s. hierzu Tabelle X. 6) und den im gleichen Zeitraum an die Gemeinden weitergeleiteten Beträgen. 5 Umfang der in Fußnote 1 genannten Positionen.

6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten

Mio €

Zeit	Insgesamt 1)	Gemeinschaftliche Steuern									Bundessteuern 9)	Ländersteuern 9)	EU-Zölle	Nachrichtlich: Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern
		Einkommensteuern 2)					Steuern vom Umsatz 7)							
		zusammen	Lohnsteuer 3)	Veranlagte Einkommensteuer 4)	Körperschaftsteuer 5)	Kapitalertragsteuer 6)	zusammen	Umsatzsteuer	Einfuhrumsatzsteuer	Gewerbesteuerumlagen 8)				
2015	620 287	273 258	178 891	48 580	19 583	26 204	209 921	159 015	50 905	7 407	104 204	20 339	5 159	39 802
2016	648 309	291 492	184 826	53 833	27 442	25 391	217 090	165 932	51 157	7 831	104 441	22 342	5 113	41 345
2017	674 598	312 462	195 524	59 428	29 259	28 251	226 355	170 498	55 856	8 580	99 934	22 205	5 063	45 141
2018	713 576	332 141	208 231	60 415	33 425	30 069	234 800	175 437	59 363	9 078	108 586	23 913	5 057	48 571
2019	735 869	344 016	219 660	63 711	32 013	28 632	243 256	183 113	60 143	8 114	109 548	25 850	5 085	51 379
2020	682 376	320 798	209 286	58 982	24 268	28 261	219 484	168 700	50 784	3 954	105 632	27 775	4 734	50 107
2021	760 953	370 296	218 407	72 342	42 124	37 423	250 800	187 631	63 169	4 951	98 171	31 613	5 122	53 976
2020 1.Vj.	181 374	88 009	53 389	18 711	8 495	7 415	60 060	46 038	14 022	244	24 517	7 406	1 139	13 251
2.Vj.	146 360	69 928	50 760	10 633	2 348	6 187	44 262	31 625	12 638	1 170	23 525	6 326	1 149	11 175
3.Vj.	168 308	73 766	47 470	13 492	5 411	7 392	59 819	47 933	11 886	796	25 930	6 784	1 212	11 910
4.Vj.	186 334	89 094	57 667	16 146	8 014	7 268	55 343	43 105	12 238	1 744	31 660	7 259	1 234	13 770
2021 1.Vj.	171 974	86 381	50 854	17 826	10 203	7 498	54 795	45 403	9 392	252	21 712	7 757	1 076	12 703
2.Vj.	175 242	84 505	50 783	14 347	8 860	10 515	57 634	43 399	14 235	1 215	23 210	7 398	1 281	12 085
3.Vj.	193 910	90 619	53 857	17 973	9 853	8 936	69 528	49 052	20 476	1 189	23 469	7 813	1 292	13 532
4.Vj.	219 827	108 791	62 913	22 196	13 208	10 474	68 843	49 777	19 066	2 295	29 780	8 645	1 473	15 656
2022 1.Vj.	203 130	96 245	56 206	20 915	11 178	7 946	73 584	54 234	19 350	615	22 252	8 975	1 459	13 972
2.Vj.	204 740	101 822	60 363	17 194	11 246	13 019	67 763	46 755	21 008	1 521	24 441	7 564	1 630	13 758
2021 Juli	60 023	24 906	19 450	495	656	4 306	23 919	15 231	8 689	977	7 054	2 747	420	3 858
2022 Juli	60 179	25 436	17 708	204	308	7 216	23 610	16 034	7 575	1 212	7 113	2 287	521	3 409

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen. 1 Im Gegensatz zur Summe in Tabelle X. 5 sind hier die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (abzüglich der Umlagen), aus den Grundsteuern und aus sonstigen Gemeindesteuern sowie der Saldo nicht verrechneter Steueranteile nicht enthalten. 2 Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %): Lohn- und veranlagte Einkommensteuer 42,5/42,5/15, Körperschaftsteuer und nicht veranlagte Steuern vom Ertrag 50/50/-, Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge 44/44/12. 3 Nach Abzug von Kin-

dergeld und Altersvorsorgezulage. 4 Nach Abzug der Arbeitnehmererstattungen und Forschungszulage. 5 Nach Abzug der Forschungszulage. 6 Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag. 7 Die häufiger angepasste Verteilung des Aufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden ist in § 1 FAG geregelt. Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %) für 2021: 45,1/51,2/3,7. Der EU-Anteil geht vom Bundesanteil ab. 8 Anteile von Bund/Ländern (in %) für 2021: 41,4/58,6. 9 Aufgliederung s. Tabelle X. 7.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern

Mio €

Zeit	Bundessteuern 1)								Ländersteuern 1)				Gemeindesteuern		
	Energiesteuer	Solidaritätszuschlag	Tabaksteuer	Versicherungssteuer	Kraftfahrzeugsteuer	Stromsteuer	Alkoholsteuer	sonstige	Grundwerbsteuer	Erbsteuer	Rennwett- und Lotteriesteuer	sonstige	insgesamt	darunter:	
														Gewerbesteuer 2)	Grundsteuern
2015	39 594	15 930	14 921	12 419	8 805	6 593	2 070	3 872	11 249	6 290	1 712	1 088	60 396	45 752	13 215
2016	40 091	16 855	14 186	12 763	8 952	6 569	2 070	2 955	12 408	7 006	1 809	1 119	65 319	50 103	13 654
2017	41 022	17 953	14 399	13 269	8 948	6 944	2 094	-4 695	13 139	6 114	1 837	1 115	68 522	52 899	13 966
2018	40 882	18 927	14 339	13 779	9 047	6 858	2 133	2 622	14 083	6 813	1 894	1 122	71 817	55 904	14 203
2019	40 683	19 646	14 257	14 136	9 372	6 689	2 118	2 648	15 789	6 987	1 975	1 099	71 661	55 527	14 439
2020	37 635	18 676	14 651	14 553	9 526	6 561	2 238	1 792	16 055	8 600	2 044	1 076	61 489	45 471	14 676
2021	37 120	11 028	14 733	14 980	9 546	6 691	2 089	1 984	18 335	9 824	2 333	1 121	77 335	61 251	14 985
2020 1.Vj.	4 966	4 930	2 413	6 766	2 634	1 708	562	537	4 525	1 981	542	358	17 245	13 391	3 403
2.Vj.	8 117	4 235	3 772	2 606	2 426	1 585	455	328	3 566	2 154	425	181	12 971	8 842	3 895
3.Vj.	9 985	4 365	3 978	2 817	2 366	1 499	506	414	3 730	2 262	509	283	14 690	10 242	4 095
4.Vj.	14 566	5 145	4 487	2 365	2 101	1 768	715	513	4 234	2 203	567	254	16 584	12 997	3 283
2021 1.Vj.	4 126	3 171	2 585	6 776	2 567	1 692	395	400	4 716	2 110	578	353	17 594	13 798	3 503
2.Vj.	8 717	2 546	4 053	2 843	2 469	1 640	528	413	4 231	2 374	538	255	17 904	13 692	4 034
3.Vj.	9 532	2 338	3 636	2 911	2 381	1 618	514	538	4 571	2 457	516	269	18 643	14 215	4 133
4.Vj.	14 745	2 972	4 458	2 449	2 130	1 741	651	633	4 816	2 884	700	244	23 194	19 546	3 316
2022 1.Vj.	4 452	2 840	2 372	7 175	2 594	1 785	531	503	5 061	2 827	701	385	21 492	17 454	3 577
2.Vj.	9 092	3 518	3 648	2 872	2 433	1 722	505	651	4 406	2 238	661	259
2021 Juli	2 870	463	1 247	774	881	517	152	150	1 554	962	142	89	.	.	.
2022 Juli	2 831	535	1 183	815	837	500	183	230	1 318	674	205	90	.	.	.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. 1 Zur Summe siehe Tabelle X. 6. 2 Einschl. Einnahmen aus Offshore-Windparks.

8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen *)

Mio €

Zeit	Einnahmen 1) 2)			Ausgaben 1) 2)				Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Vermögen 1) 4)					Nachrichtlich: Verwaltungsvermögen
	insgesamt	darunter:		insgesamt	Renten	Krankenversicherung der Rentner	Einnahmen und Ausgaben		insgesamt	Einlagen 5)	Wertpapiere	Beteiligungen, Darlehen und Hypotheken 6)	Grundstücke	
		Beiträge 3)	Zahlungen des Bundes											
2015	276 129	194 486	80 464	277 717	236 634	16 705	- 1 588	35 556	32 795	2 506	167	88	4 228	
2016	286 399	202 249	83 154	288 641	246 118	17 387	- 2 242	34 094	31 524	2 315	203	52	4 147	
2017	299 826	211 424	87 502	299 297	255 261	18 028	+ 529	35 366	33 740	1 335	238	53	4 032	
2018	312 788	221 572	90 408	308 356	263 338	18 588	+ 4 432	40 345	38 314	1 713	262	56	4 008	
2019	327 298	232 014	94 467	325 436	277 282	20 960	+ 1 861	42 963	40 531	2 074	303	56	3 974	
2020	335 185	235 988	98 447	339 072	289 284	21 865	- 3 887	39 880	38 196	1 286	344	55	3 901	
2021	348 679	245 185	102 772	347 486	296 343	22 734	+ 1 192	42 014	40 320	1 241	400	52	3 807	
2019 1.Vj.	77 984	54 393	23 426	78 630	67 328	5 087	- 646	39 432	37 637	1 474	263	57	4 001	
2.Vj.	81 410	57 837	23 408	80 804	69 011	5 205	+ 605	40 232	38 639	1 272	264	57	3 996	
3.Vj.	80 305	56 637	23 481	82 716	70 633	5 330	- 2 411	38 386	36 876	1 183	271	56	3 995	
4.Vj.	86 756	63 133	23 413	82 849	70 674	5 333	+ 3 907	42 945	40 539	2 074	276	56	3 987	
2020 1.Vj.	80 578	55 999	24 436	82 622	70 829	5 346	- 2 045	40 840	38 636	1 848	300	56	3 966	
2.Vj.	82 098	57 515	24 413	82 875	70 889	5 346	- 777	39 779	37 975	1 446	304	55	3 949	
3.Vj.	82 689	58 109	24 418	86 497	74 054	5 591	- 3 808	36 898	35 197	1 333	313	55	3 925	
4.Vj.	88 978	64 375	24 412	86 605	73 879	5 576	+ 2 373	39 847	38 186	1 286	321	55	3 916	
2021 1.Vj.	83 066	57 351	25 542	86 048	73 799	5 600	- 2 982	36 888	35 326	1 166	342	54	3 887	
2.Vj.	86 386	60 666	25 545	86 486	73 905	5 679	- 100	36 941	35 554	988	345	53	3 871	
3.Vj.	85 535	59 941	25 468	87 123	74 453	5 718	- 1 588	36 041	34 670	973	345	53	3 840	
4.Vj.	92 818	67 211	25 415	87 385	74 556	5 730	+ 5 432	41 974	40 310	1 241	370	52	3 835	
2022 1.Vj.	86 684	60 599	25 937	86 841	74 568	5 734	- 157	41 784	39 952	1 367	399	65	3 783	
2.Vj.	90 040	63 978	25 879	87 138	74 644	5 756	+ 2 903	44 425	42 441	1 513	406	65	3 761	

Quellen: Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie Deutsche Rentenversicherung. * Ohne „Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn/See“ 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen in der Regel von der Summe der ausgewiesenen vorläufigen Vierteljahresergebnisse ab, da Letztere nicht nachträglich revidiert wer-

den. 2 Einschl. Finanzausgleichsleistungen. Ohne Ergebnisse der Kapitalrechnung. 3 Einschl. Beiträge für Empfänger öffentlicher Geldleistungen. 4 Entspricht im Wesentlichen der Nachhaltigkeitsrücklage. Stand am Jahres- bzw. Vierteljahresende. 5 Einschl. Barmittel. 6 Ohne Darlehen an andere Sozialversicherungsträger.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung ¹⁾

Mio €

Zeit	Einnahmen			Ausgaben							Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Zuschluss zum Defizitgleichgewicht bzw. Darlehen des Bundes	
	insgesamt ¹⁾	darunter:		insgesamt	darunter:								
		Beiträge	Insolvenzgeldumlage		Bundesbeteiligung	Arbeitslosen-geld ²⁾	Kurz-arbeiter-geld ³⁾	berufliche Förderung ⁴⁾	Ein-gliederungs-beitrag	Insolvenz-geld			Ver-waltungs-ausgaben ⁵⁾
2015	35 159	29 941	1 333	–	31 439	14 846	771	6 295	–	654	5 597	+ 3 720	–
2016	36 352	31 186	1 114	–	30 889	14 435	749	7 035	–	595	5 314	+ 5 463	–
2017	37 819	32 501	882	–	31 867	14 055	769	7 043	–	687	6 444	+ 5 952	–
2018	39 335	34 172	622	–	33 107	13 757	761	6 951	–	588	8 129	+ 6 228	–
2019	35 285	29 851	638	–	33 154	15 009	772	7 302	–	842	6 252	+ 2 131	–
2020	33 678	28 236	630	–	61 013	20 617	22 719	7 384	–	1 214	6 076	– 27 335	6 913
2021	35 830	29 571	1 302	–	57 570	19 460	21 003	7 475	–	493	6 080	– 21 739	16 935
2019 1.Vj.	8 369	7 027	148	–	8 597	3 969	403	1 818	–	179	1 450	– 228	–
2.Vj.	8 685	7 440	156	–	8 136	3 673	204	1 832	–	243	1 475	+ 549	–
3.Vj.	8 650	7 263	162	–	7 829	3 682	68	1 711	–	190	1 510	+ 821	–
4.Vj.	9 581	8 121	172	–	8 592	3 685	98	1 941	–	230	1 816	+ 989	–
2020 1.Vj.	8 123	6 851	153	–	9 301	4 469	392	1 934	–	235	1 470	– 1 179	–
2.Vj.	7 906	6 691	151	–	17 005	4 869	7 977	1 793	–	254	1 407	– 9 099	–
3.Vj.	8 350	6 934	153	–	18 619	5 737	8 637	1 701	–	472	1 414	– 10 269	–
4.Vj.	9 299	7 760	174	–	16 088	5 543	5 712	1 957	–	251	1 785	– 6 789	6 913
2021 1.Vj.	8 228	6 747	289	–	18 260	5 956	8 006	1 935	–	184	1 391	– 10 033	–
2.Vj.	8 830	7 301	324	–	16 720	5 029	7 495	1 912	–	108	1 452	– 7 890	–
3.Vj.	8 791	7 290	330	–	12 042	4 447	3 631	1 744	–	91	1 452	– 3 251	–
4.Vj.	9 982	8 234	359	–	10 547	4 028	1 871	1 884	–	110	1 785	– 565	16 935
2022 1.Vj.	8 827	7 374	251	–	10 685	4 424	2 087	1 821	–	135	1 412	– 1 858	–
2.Vj.	9 327	7 857	262	–	9 457	4 091	1 215	1 794	–	147	1 450	– 130	–

Quelle: Bundesagentur für Arbeit. * Einschl. der Zuführungen an den Versorgungsfonds. **1** Ohne Zuschuss zum Defizitgleichgewicht bzw. Darlehen des Bundes. **2** Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit. **3** Einschl. Saison- und Transferkurzarbeitergeld, Transfermaßnahmen und Erstattungen von Sozialbeiträgen. **4** Berufliche Bildung, Förde-

rung der Arbeitsaufnahme, Rehabilitation, Entgeltsicherung und Förderung von Existenzgründungen. **5** Einschl. Einzugskostenvergütung an andere Sozialversicherungsträger, ohne Verwaltungskosten im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen ¹⁾			Ausgaben ¹⁾							Saldo der Einnahmen und Ausgaben	
	insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:							
		Beiträge ²⁾	Bundesmittel ³⁾		Krankenhaus-behandlung	Arznei-mittel	Ärztliche Behand-lung	Zahn-ärztliche Behand-lung ⁴⁾	Heil- und Hilfsmittel	Kranken-geld		Ver-waltungs-ausgaben ⁵⁾
2015	210 147	195 774	11 500	213 727	67 979	34 576	35 712	13 488	13 674	11 227	10 482	– 3 580
2016	223 692	206 830	14 000	222 936	70 450	35 981	37 300	13 790	14 256	11 677	11 032	+ 757
2017	233 814	216 227	14 500	230 773	72 303	37 389	38 792	14 070	14 776	12 281	10 912	+ 3 041
2018	242 360	224 912	14 500	239 706	74 506	38 327	39 968	14 490	15 965	13 090	11 564	+ 2 654
2019	251 295	233 125	14 500	252 440	77 551	40 635	41 541	15 010	17 656	14 402	11 136	– 1 145
2020	269 158	237 588	27 940	275 268	78 531	42 906	44 131	14 967	18 133	15 956	11 864	– 6 110
2021	289 270	249 734	36 977	294 602	82 748	46 199	45 075	16 335	20 163	16 612	11 735	– 5 332
2019 1.Vj.	59 809	55 622	3 625	62 485	19 586	9 947	10 386	3 738	4 106	3 649	2 707	– 2 676
2.Vj.	62 121	57 858	3 625	62 858	19 210	10 127	10 421	3 821	4 289	3 535	2 774	– 736
3.Vj.	62 143	57 763	3 625	62 716	19 109	10 229	10 278	3 630	4 467	3 558	2 804	– 573
4.Vj.	67 094	61 884	3 625	64 075	19 497	10 353	10 455	3 821	4 713	3 659	2 975	+ 3 019
2020 1.Vj.	61 949	57 419	3 625	66 438	20 049	11 086	10 806	3 804	4 470	4 061	2 816	– 4 489
2.Vj.	68 108	58 096	9 359	69 487	17 674	10 492	10 908	3 389	3 986	4 143	2 980	– 1 378
3.Vj.	70 130	59 403	10 151	71 063	20 913	10 567	11 642	3 774	4 852	3 829	2 970	– 934
4.Vj.	68 645	62 672	4 805	67 987	19 887	10 729	11 019	3 891	4 725	3 920	3 039	+ 658
2021 1.Vj.	72 970	59 338	13 303	72 660	19 631	11 175	11 564	4 069	4 564	4 287	2 967	+ 310
2.Vj.	71 964	61 819	9 965	74 492	20 287	11 275	11 536	4 219	5 085	4 120	2 850	– 2 529
3.Vj.	70 592	61 899	7 942	73 569	20 748	11 756	10 730	4 060	5 085	4 004	2 849	– 2 977
4.Vj.	74 020	66 678	5 767	73 209	21 340	12 043	11 252	4 062	5 290	4 200	3 109	+ 810
2022 1.Vj.	79 253	62 142	17 049	81 493	20 550	11 891	11 847	4 286	5 216	4 574	3 510	– 2 240
2.Vj.	79 112	64 611	14 280	79 269	21 080	12 053	12 085	4 249	5 335	4 457	2 958	– 158

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. **1** Die endgültigen Jahresergebnisse weichen in der Regel von der Summe der ausgewiesenen vorläufigen Vierteljahresergebnisse ab, da letztere nicht nachträglich revidiert werden. Ohne Einnahmen und Ausgaben im Rahmen des Risikostrukturausgleichs. **2** Einschl. Beiträge aus geringfügigen Be-

schäftigungen. **3** Bundeszuschuss und Liquiditätshilfen. **4** Einschl. Zahnersatz. **5** Netto, d. h. nach Abzug der Kostenerstattungen für den Beitragseinzug durch andere Sozialversicherungsträger.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung *)

Mio €

Zeit	Einnahmen		Ausgaben 1)					Saldo der Einnahmen und Ausgaben		
	Insgesamt	darunter: Beiträge 2)	Insgesamt	darunter:						
				Pflegesachleistung 3)	Stationäre Pflege insgesamt 4)	Pflegegeld	Beiträge zur Rentenversicherung 5)		Verwaltungsausgaben	
2015	30 825	30 751	29 101	4 626	13 003	6 410	960	1 273	+	1 723
2016	32 171	32 100	30 936	4 904	13 539	6 673	983	1 422	+	1 235
2017	36 305	36 248	38 862	6 923	16 034	10 010	1 611	1 606	-	2 557
2018	37 949	37 886	41 265	7 703	16 216	10 809	2 093	1 586	-	3 315
2019	47 228	46 508	44 008	8 257	16 717	11 689	2 392	1 781	+	3 220
2020	50 622	48 003	49 284	8 794	16 459	12 786	2 714	1 946	+	1 338
2021	52 573	49 764	53 903	9 573	16 511	13 865	3 070	2 024	-	1 330
2019 1.Vj.	11 123	10 938	10 728	2 060	4 082	2 833	547	437	+	396
2.Vj.	11 795	11 620	10 812	2 012	4 132	2 868	588	449	+	983
3.Vj.	11 734	11 557	11 159	2 098	4 234	2 972	598	450	+	576
4.Vj.	12 592	12 413	11 252	2 062	4 243	3 064	626	433	+	1 339
2020 1.Vj.	11 693	11 473	11 444	2 186	4 214	3 067	633	489	+	249
2.Vj.	11 921	11 732	11 816	2 051	4 015	3 173	664	468	+	105
3.Vj.	13 924	11 938	12 890	2 263	4 087	3 249	682	500	+	1 033
4.Vj.	13 079	12 746	12 927	2 306	4 177	3 403	716	481	+	152
2021 1.Vj.	12 093	11 831	13 344	2 355	3 971	3 387	725	512	-	1 251
2.Vj.	12 933	12 329	13 521	2 287	4 030	3 421	745	510	-	587
3.Vj.	12 624	12 294	13 390	2 393	4 182	3 466	783	509	-	767
4.Vj.	14 853	13 242	13 595	2 475	4 270	3 646	788	503	+	1 258
2022 1.Vj.	12 912	12 412	14 739	2 564	4 974	3 572	775	529	-	1 827
2.Vj.	15 350	12 951	14 827	2 464	5 026	3 698	795	548	+	523

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. * Die endgültigen Jahresergebnisse weichen in der Regel von der Summe der ausgewiesenen vorläufigen Vierteljahresergebnisse ab, da letztere nicht nachträglich revidiert werden. 1 Einschl. der Zuführungen an den Vorsorgefonds. 2 Seit 2005: Einschl. Sonderbeitrag Kinderloser (0,25 % des

beitragspflichtigen Einkommens). 3 Revision der Pflegesachleistungen ab 2014. 4 Ab 2014 sind hier u.a. auch Leistungen der Kurzzeitpflege sowie der Tages-/Nachtpflege enthalten. 5 Für nicht erwerbsmäßige Pflegepersonen.

12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme

Mio €

Zeit	Neuverschuldung, gesamt 1)		darunter: Veränderung der Geldmarktkredite	Veränderung der Geldmarkteinlagen 3)	Zeit (Stand am Jahres- bzw. Quartalsende)
	brutto 2)	netto			
2015	+ 167 655	- 16 386	- 5 884	- 1 916	2015
2016	+ 182 486	- 11 331	- 2 332	- 16 791	2016
2017	+ 171 906	+ 4 531	+ 11 823	+ 2 897	2017
2018	+ 167 231	- 16 248	- 91	- 1 670	2018
2019	+ 185 070	+ 63	- 8 044	- 914	2019
2020	+ 456 828	+ 217 904	+ 24 181	- 3 399	2020 p)
2021 p)					2021 p)
2019 1.Vj.	+ 56 654	+ 3 281	- 2 172	- 1 199	2019 1.Vj.
2.Vj.	+ 48 545	+ 5 491	- 279	+ 7 227	2.Vj.
3.Vj.	+ 48 053	+ 4 030	+ 176	+ 5 093	3.Vj.
4.Vj.	+ 31 817	- 12 738	- 5 768	- 1 849	4.Vj.
2020 1.Vj.	+ 65 656	+ 31 296	+ 9 236	+ 1 698	2020 1.Vj. p)
2.Vj.	+ 185 560	+ 126 585	+ 31 212	- 7 314	2.Vj. p)
3.Vj.	+ 159 067	+ 80 783	- 6 080	+ 588	3.Vj. p)
4.Vj.	+ 46 545	- 20 760	- 10 187	+ 1 629	4.Vj. p)
2021 1.Vj.	+ 109 953	+ 42 045	- 11 737	- 4 708	2021 1.Vj. p)
2.Vj.	+ 146 852	+ 57 601	+ 3 463	+ 1 576	2.Vj. p)

Quelle: Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH. 1 Einschl. „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ sowie der Sondervermögen „Investitions- und Tilgungsfonds“ und „Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute“. 2 Nach Abzug der Rückkäufe. 3 Ohne Saldo des Zentralkontos bei der Deutschen Bundesbank.

13. Gesamtstaat: Verschuldung nach Gläubigern *)

Mio €

Zeit	insgesamt	Bankensystem		Inländische Nichtbanken		Ausland ts)
		Bundesbank	Inländische MFIs ts)	sonst. inländ. finanzielle Unternehmen ts)	sonstige Inländer-Gläubiger 1)	
2015	2 177 231	85 952	607 446	217 604	52 453	1 213 776
2016	2 161 540	205 391	585 446	211 797	48 631	1 110 275
2017	2 111 360	319 159	538 801	180 145	45 109	1 028 146
2018	2 062 629	364 731	495 374	186 399	44 129	971 995
2019	2 045 744	366 562	464 612	183 741	48 740	982 089
2020 p)	2 314 090	522 392	492 545	191 497	53 629	1 054 027
2021 p)	2 475 776	716 004	493 773	191 386	46 195	1 028 418
2019 1.Vj.	2 072 772	359 884	483 567	185 767	44 244	999 309
2.Vj.	2 063 198	361 032	475 693	184 077	43 358	999 037
3.Vj.	2 080 195	358 813	473 766	185 300	49 755	1 012 562
4.Vj.	2 045 744	366 562	464 612	183 741	48 740	982 089
2020 1.Vj. p)	2 090 099	371 076	481 651	186 021	49 824	1 001 527
2.Vj. p)	2 259 576	424 141	546 446	186 616	49 949	1 052 424
3.Vj. p)	2 333 149	468 723	517 114	189 832	51 775	1 105 704
4.Vj. p)	2 314 090	522 392	492 545	191 497	53 629	1 054 027
2021 1.Vj. p)	2 345 044	561 443	476 087	190 467	52 141	1 064 906
2.Vj. p)	2 398 790	620 472	477 542	190 219	44 004	1 066 553
3.Vj. p)	2 432 545	669 659	481 474	191 940	45 707	1 043 766
4.Vj. p)	2 475 776	716 004	493 773	191 386	46 195	1 028 418
2022 1.Vj. p)	2 482 516	737 978	470 276	193 266	44 405	1 036 590

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. * In Maastricht-Abgrenzung. 1 Als Differenz ermittelt.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

14. Maastricht-Verschuldung nach Arten

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	insgesamt	Bargeld und Einlagen ¹⁾	Wertpapierverschuldung nach Ursprungslaufzeit		Kreditverschuldung nach Ursprungslaufzeit		Nachrichtlich: ²⁾	
			Geldmarktpapiere (bis ein Jahr)	Kapitalmarktpapiere (über ein Jahr)	Kurzfristige Kredite (bis ein Jahr)	Langfristige Kredite (über ein Jahr)	Verschuldung gegenüber anderen staatlichen Ebenen	Forderungen gegenüber anderen staatlichen Ebenen
Gesamtstaat								
2015	2 177 231	13 949	65 676	1 499 010	90 350	508 246	.	.
2016	2 161 540	15 491	69 715	1 483 871	96 254	496 208	.	.
2017	2 111 360	14 298	48 789	1 484 462	87 799	476 012	.	.
2018	2 062 629	14 680	52 572	1 456 160	77 296	461 919	.	.
2019 1.Vj.	2 072 772	15 512	64 218	1 460 634	72 005	460 402	.	.
2.Vj.	2 063 198	12 719	56 256	1 463 027	75 284	455 911	.	.
3.Vj.	2 080 195	17 438	62 602	1 465 529	79 918	454 709	.	.
4.Vj.	2 045 744	14 449	49 180	1 458 540	69 289	454 286	.	.
2020 1.Vj. p)	2 090 099	11 410	70 912	1 472 222	85 137	450 418	.	.
2.Vj. p)	2 259 576	13 120	122 225	1 533 857	142 708	447 666	.	.
3.Vj. p)	2 333 149	11 886	180 445	1 582 574	111 480	446 764	.	.
4.Vj. p)	2 314 090	14 486	163 401	1 593 586	94 288	448 330	.	.
2021 1.Vj. p)	2 345 044	12 200	180 788	1 637 903	69 739	444 414	.	.
2.Vj. p)	2 398 790	12 901	175 436	1 690 507	76 438	443 508	.	.
3.Vj. p)	2 432 545	13 319	183 243	1 712 600	79 614	443 770	.	.
4.Vj. p)	2 475 776	17 743	183 990	1 731 270	101 870	440 902	.	.
2022 1.Vj. p)	2 482 516	15 655	172 294	1 776 631	75 228	442 708	.	.
Bund								
2015	1 371 933	13 949	49 512	1 138 951	45 256	124 265	1 062	13 667
2016	1 365 579	15 491	55 208	1 123 853	50 004	121 022	556	8 567
2017	1 349 945	14 298	36 297	1 131 896	47 761	119 693	1 131	10 618
2018	1 322 905	14 680	42 246	1 107 140	42 057	116 782	933	9 975
2019 1.Vj.	1 324 377	15 512	50 032	1 102 604	39 185	117 044	809	11 583
2.Vj.	1 320 239	12 719	42 752	1 109 057	38 950	116 761	835	13 862
3.Vj.	1 327 958	17 438	48 934	1 105 439	39 067	117 080	704	13 849
4.Vj.	1 299 726	14 449	38 480	1 101 866	28 617	116 314	605	10 301
2020 1.Vj. p)	1 327 548	11 410	56 680	1 103 934	38 714	116 809	605	8 125
2.Vj. p)	1 473 720	13 120	109 221	1 139 510	95 489	116 381	585	7 037
3.Vj. p)	1 536 666	11 886	166 564	1 178 687	62 933	116 596	605	11 731
4.Vj. p)	1 512 917	14 486	154 498	1 180 683	46 811	116 439	609	14 545
2021 1.Vj. p)	1 538 572	12 200	167 484	1 212 495	29 838	116 553	632	22 956
2.Vj. p)	1 588 734	12 901	165 373	1 259 206	35 008	116 247	631	29 479
3.Vj. p)	1 616 738	13 319	170 961	1 280 586	35 984	115 888	677	31 417
4.Vj. p)	1 666 432	17 743	176 427	1 300 416	56 836	115 010	656	7 975
2022 1.Vj. p)	1 671 160	15 655	155 117	1 340 340	40 788	119 260	534	10 488
Länder								
2015	659 521	–	16 169	362 376	23 349	257 627	15 867	2 348
2016	642 291	–	14 515	361 996	20 482	245 298	11 273	1 694
2017	614 926	–	12 543	354 688	19 628	228 067	14 038	2 046
2018	600 776	–	10 332	351 994	18 864	219 587	14 035	1 891
2019 1.Vj.	612 478	–	14 190	361 293	19 374	217 621	15 229	2 004
2.Vj.	610 700	–	13 508	357 571	24 784	214 838	17 631	1 887
3.Vj.	620 694	–	13 671	363 723	29 765	213 535	17 755	1 957
4.Vj.	609 828	–	10 703	360 495	25 768	212 862	14 934	1 826
2020 1.Vj. p)	623 096	–	14 234	372 021	28 582	208 260	12 297	1 783
2.Vj. p)	645 075	–	13 006	398 404	28 298	205 368	11 070	2 085
3.Vj. p)	655 581	–	13 882	408 310	29 662	203 728	11 717	2 090
4.Vj. p)	660 572	–	8 904	417 307	30 371	203 991	11 946	1 411
2021 1.Vj. p)	665 620	–	13 305	430 103	23 404	198 808	11 023	2 018
2.Vj. p)	669 596	–	10 064	436 434	25 197	197 901	12 637	2 073
3.Vj. p)	674 769	–	12 284	437 437	26 603	198 446	11 555	2 151
4.Vj. p)	668 951	–	7 564	436 157	29 084	196 146	12 305	1 684
2022 1.Vj. p)	667 953	–	17 178	441 837	16 981	191 956	11 661	1 970
Gemeinden								
2015	163 439	–	–	2 047	27 474	133 918	2 143	463
2016	166 174	–	–	2 404	27 002	136 768	1 819	431
2017	162 745	–	–	3 082	24 572	135 091	1 881	466
2018	155 127	–	1	3 046	20 425	131 655	1 884	497
2019 1.Vj.	153 387	–	1	2 960	18 857	131 570	2 139	498
2.Vj.	152 014	–	–	2 961	18 814	130 239	2 016	525
3.Vj.	151 489	–	–	3 016	18 574	129 899	2 065	555
4.Vj.	152 891	–	–	2 996	19 079	130 816	1 856	532
2020 1.Vj. p)	153 423	–	–	3 128	19 734	130 560	1 825	508
2.Vj. p)	153 556	–	–	3 094	19 718	130 744	2 085	350
3.Vj. p)	154 685	–	–	2 961	20 596	131 128	2 107	339
4.Vj. p)	154 054	–	–	3 366	18 137	132 551	1 406	330
2021 1.Vj. p)	154 202	–	–	3 121	17 429	133 652	2 020	345
2.Vj. p)	155 485	–	–	3 121	18 467	133 897	2 090	348
3.Vj. p)	155 050	–	–	3 000	18 077	133 973	2 156	344
4.Vj. p)	154 717	–	–	3 171	17 203	134 343	1 695	348
2022 1.Vj. p)	157 227	–	–	3 054	18 201	135 972	1 973	363

Anmerkungen siehe Ende der Tabelle.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

noch: 14. Maastricht-Verschuldung nach Arten

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	insgesamt	Bargeld und Einlagen ¹⁾	Wertpapierverschuldung nach Ursprungslaufzeit		Kreditverschuldung nach Ursprungslaufzeit		Nachrichtlich: ²⁾	
			Geldmarktpapiere (bis ein Jahr)	Kapitalmarktpapiere (über ein Jahr)	Kurzfristige Kredite (bis ein Jahr)	Langfristige Kredite (über ein Jahr)	Verschuldung gegenüber anderen staatlichen Ebenen	Forderungen gegenüber anderen staatlichen Ebenen
Sozialversicherungen								
2015	1 502	–	–	–	537	965	91	2 685
2016	1 232	–	–	–	562	670	89	3 044
2017	807	–	–	–	262	545	15	3 934
2018	690	–	–	–	388	302	16	4 506
2019 1.Vj.	723	–	–	–	453	270	16	4 110
2.Vj.	742	–	–	–	557	185	16	4 224
3.Vj.	594	–	–	–	391	203	16	4 179
4.Vj.	711	–	–	–	375	336	16	4 753
2020 1.Vj. ^{p)}	775	–	–	–	287	488	16	4 328
2.Vj. ^{p)}	980	–	–	–	581	399	16	4 284
3.Vj. ^{p)}	4 602	–	–	–	4 210	392	3 956	4 226
4.Vj. ^{p)}	7 439	–	–	–	7 128	311	6 931	4 606
2021 1.Vj. ^{p)}	16 179	–	–	–	15 985	194	15 853	4 209
2.Vj. ^{p)}	21 194	–	–	–	20 995	199	20 860	4 318
3.Vj. ^{p)}	24 248	–	–	–	24 053	195	23 872	4 348
4.Vj. ^{p)}	333	–	–	–	111	222	–	4 650
2022 1.Vj. ^{p)}	3 064	–	–	–	2 863	201	2 720	4 067

Quelle: Eigene Berechnungen unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamts und der Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH. ¹⁾ Insbesondere Verbindlichkeiten aus dem Münzumsatz. ²⁾ Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber anderen staatlichen Ebenen umfassen neben den direkten Kreditbeziehun-

gen auch die Bestände am Markt erworbener Wertpapiere. Kein Ausweis beim Gesamtstaat, da Verschuldung und Forderungen zwischen den staatlichen Ebenen konsolidiert sind.

15. Maastricht-Verschuldung des Bundes nach Arten und Instrumenten

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	insgesamt ¹⁾	Bargeld und Einlagen ²⁾		Wertpapierverschuldung									Kredit- verschul- dung ¹⁾
		insgesamt ¹⁾	Tages- anleihe	insgesamt ¹⁾	Bundes- anleihen	Bundes- obliga- tionen	inflation- indexierte Anleihen ⁴⁾	inflation- indexierte Obliga- tionen ⁴⁾	Kapitalin- dexierung- indexierter Wertpapiere	Bundes- schatzan- weisungen ⁵⁾	Unver- zinsliche Schatzan- weisungen ⁶⁾	Bundes- schatzbriefe	
2007	987 909	6 675	–	917 584	564 137	173 949	10 019	3 444	506	102 083	37 385	10 287	63 650
2008	1 019 905	12 466	3 174	928 754	571 913	164 514	12 017	7 522	1 336	105 684	40 795	9 649	78 685
2009	1 086 173	9 981	2 495	1 013 072	577 798	166 471	16 982	7 748	1 369	113 637	104 409	9 471	63 121
2010	1 337 160	10 890	1 975	1 084 019	602 624	185 586	25 958	9 948	2 396	126 220	85 867	8 704	242 251
2011	1 346 869	10 429	2 154	1 121 331	615 200	199 284	29 313	14 927	3 961	130 648	58 297	8 208	215 109
2012	1 390 377	9 742	1 725	1 177 168	631 425	217 586	35 350	16 769	5 374	117 719	56 222	6 818	203 467
2013	1 392 735	10 582	1 397	1 192 025	643 200	234 759	41 105	10 613	4 730	110 029	50 004	4 488	190 127
2014	1 398 472	12 146	1 187	1 206 203	653 823	244 633	48 692	14 553	5 368	103 445	27 951	2 375	180 123
2015	1 371 933	13 949	1 070	1 188 463	663 296	232 387	59 942	14 553	5 607	96 389	18 536	1 305	169 521
2016	1 365 579	15 491	1 010	1 179 062	670 245	221 551	51 879	14 585	3 602	95 727	23 609	737	171 026
2017	1 349 945	14 298	966	1 168 193	693 687	203 899	58 365	14 490	4 720	91 013	10 037	289	167 455
2018	1 322 905	14 680	921	1 149 386	710 513	182 847	64 647	–	5 139	86 009	12 949	48	158 839
2019	1 299 726	14 449	–	1 140 346	719 747	174 719	69 805	–	6 021	89 230	13 487	–	144 931
2020 ^{p)}	1 512 917	14 486	–	1 335 181	808 300	183 046	58 279	–	3 692	98 543	113 141	–	163 250
2021 ^{p)}	1 666 432	17 743	–	1 476 843	909 276	195 654	65 390	–	6 722	103 936	153 978	–	171 846
2019 1.Vj.	1 324 377	15 512	902	1 152 636	709 008	178 900	66 531	–	4 191	89 782	18 288	31	156 229
2.Vj.	1 320 239	12 719	852	1 151 809	720 904	173 313	68 110	–	5 691	91 024	15 042	19	155 711
3.Vj.	1 327 958	17 438	822	1 154 373	711 482	183 268	69 088	–	5 639	90 416	18 100	–	156 147
4.Vj.	1 299 726	14 449	–	1 140 346	719 747	174 719	69 805	–	6 021	89 230	13 487	–	144 931
2020 1.Vj. ^{p)}	1 327 548	11 410	–	1 160 614	721 343	182 095	71 028	–	5 310	91 084	23 572	–	155 524
2.Vj. ^{p)}	1 473 720	13 120	–	1 248 731	774 587	178 329	56 061	–	3 752	95 622	79 987	–	211 869
3.Vj. ^{p)}	1 536 666	11 886	–	1 345 251	796 338	191 388	57 144	–	3 737	99 276	127 478	–	179 529
4.Vj. ^{p)}	1 512 917	14 486	–	1 335 181	808 300	183 046	58 279	–	3 692	98 543	113 141	–	163 250
2021 1.Vj. ^{p)}	1 538 572	12 200	–	1 379 979	821 254	194 571	60 687	–	3 857	103 910	134 800	–	146 392
2.Vj. ^{p)}	1 588 734	12 901	–	1 424 579	873 345	189 048	62 569	–	5 056	104 997	139 451	–	151 255
3.Vj. ^{p)}	1 616 738	13 319	–	1 451 547	884 358	203 353	63 851	–	5 456	105 398	146 533	–	151 872
4.Vj. ^{p)}	1 666 432	17 743	–	1 476 843	909 276	195 654	65 390	–	6 722	103 936	153 978	–	171 846
2022 1.Vj. ^{p)}	1 671 160	15 655	–	1 495 458	930 351	209 424	67 776	–	7 809	108 702	140 427	–	160 048

Quelle: Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. ¹⁾ Umfasst die gesamte zentralstaatliche Ebene, d.h. neben dem Kernhaushalt sämtliche Extrahaushalte des Bundes einschl. der staatlichen Bad Bank „FMS Wertmanagement“ sowie Verbindlichkeiten, die dem Bund nach Maßgabe des Europäischen Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG) 2010 aus ökonomischer Sicht zugerechnet werden. ²⁾ Insbesondere Ver-

bindlichkeiten aus dem Münzumsatz. ³⁾ Emissionen der Bundesrepublik Deutschland. Ohne Eigenbestände des Emittenten, aber einschließlich der Bestände, die von anderen staatlichen Einheiten gehalten werden. ⁴⁾ Ohne inflationsbedingte Kapitalindexierung. ⁵⁾ Einschl. Medium-Term-Notes der Treuhandanstalt (2011 ausgelaufen). ⁶⁾ Einschl. Finanzierungsschätze (2014 ausgelaufen).

XI. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens

Position	2019			2020			2021			2022				
	2019	2020	2021	2019	2020	2021	Veränderung gegen Vorjahr in %							
	Index 2015=100			Veränderung gegen Vorjahr in %			4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	
Preisbereinigt, verkettet														
I. Entstehung des Inlandsprodukts														
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	108,2	100,4	104,9	- 1,1	- 7,2	4,5	0,6	- 0,9	20,2	2,6	- 1,1	0,9	- 0,6	
Baugewerbe	100,1	102,1	100,7	- 3,6	2,0	- 1,4	7,2	- 5,5	4,1	2,3	- 6,1	3,9	- 3,9	
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	109,3	101,0	103,9	3,4	- 7,5	2,8	- 5,5	- 6,8	11,5	3,2	4,1	9,3	5,9	
Information und Kommunikation	120,7	120,8	125,2	3,9	0,1	3,6	1,2	0,9	7,0	3,9	2,9	3,5	4,0	
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	95,4	98,9	99,1	1,7	3,6	0,3	1,9	0,8	- 0,2	- 0,1	0,6	4,9	4,8	
Grundstücks- und Wohnungswesen	101,7	102,2	103,1	0,3	0,4	0,9	0,4	- 0,2	3,1	0,2	0,7	1,8	1,0	
Unternehmensdienstleister 1)	110,7	105,1	109,8	0,1	- 5,0	4,4	- 4,1	- 4,7	13,0	6,5	4,4	5,9	3,8	
Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit	106,6	105,4	107,6	1,5	- 1,1	2,0	- 2,0	- 1,1	8,6	- 0,2	1,6	2,4	1,5	
Sonstige Dienstleister	103,1	91,2	91,5	1,8	-11,6	0,4	-17,2	-11,0	9,0	1,5	4,3	7,6	7,3	
Bruttowertschöpfung	107,0	102,8	105,6	0,8	- 3,9	2,7	- 1,6	- 2,7	10,7	2,2	1,2	3,6	2,0	
Bruttoinlandsprodukt 2)	107,1	103,2	105,9	1,1	- 3,7	2,6	- 1,2	- 2,3	10,6	1,8	1,2	3,9	1,8	
II. Verwendung des Inlandsprodukts														
Private Konsumausgaben 3)	107,2	101,1	101,5	1,6	- 5,7	0,4	- 5,7	- 8,7	6,5	1,4	3,1	8,8	7,2	
Konsumausgaben des Staates	109,4	113,8	118,1	2,6	4,0	3,8	5,8	3,4	8,5	2,1	1,4	4,4	1,9	
Ausrüstungen	113,2	100,8	104,3	1,0	-11,0	3,5	- 2,5	1,1	20,8	- 2,1	- 2,6	0,6	0,6	
Bauten	108,6	112,9	112,9	1,0	3,9	0,0	6,7	- 2,0	4,4	0,6	- 3,2	3,0	- 3,9	
Sonstige Anlagen 4)	120,3	116,3	117,6	6,1	- 3,3	1,0	- 3,2	- 2,0	4,1	1,6	0,7	1,7	1,8	
Vorratsveränderungen 5) 6)	.	.	.	- 0,1	- 0,3	0,5	- 0,9	0,5	- 0,4	1,0	0,9	- 0,3	0,3	
Inländische Verwendung	109,4	106,1	108,1	1,7	- 3,0	1,9	- 2,5	- 3,6	7,1	2,3	2,4	5,7	4,1	
Außenbeitrag 6)	.	.	.	- 0,6	- 0,8	0,8	1,2	1,1	3,8	- 0,3	- 1,0	- 1,5	- 2,1	
Exporte	111,3	101,0	110,8	1,3	- 9,3	9,7	- 2,6	- 0,2	28,2	7,4	7,2	3,4	1,9	
Importe	117,6	107,6	117,3	2,9	- 8,5	9,0	- 5,7	- 2,9	20,6	9,3	11,1	7,5	7,2	
Bruttoinlandsprodukt 2)	107,1	103,2	105,9	1,1	- 3,7	2,6	- 1,2	- 2,3	10,6	1,8	1,2	3,9	1,8	
In jeweiligen Preisen (Mrd €)														
III. Verwendung des Inlandsprodukts														
Private Konsumausgaben 3)	1 805,5	1 713,5	1 773,8	3,0	- 5,1	3,5	- 5,7	- 7,0	8,3	5,3	7,9	14,2	14,3	
Konsumausgaben des Staates	703,2	748,0	797,5	5,1	6,4	6,6	7,6	6,3	7,9	6,2	6,1	9,4	7,0	
Ausrüstungen	241,2	217,5	229,4	2,4	- 9,8	5,5	- 1,5	2,5	22,6	- 0,3	0,2	6,0	7,2	
Bauten	363,5	384,8	416,7	5,2	5,9	8,3	7,3	- 0,1	9,5	12,8	10,3	18,2	14,2	
Sonstige Anlagen 4)	137,7	133,8	137,7	7,6	- 2,8	2,9	- 2,6	- 0,6	5,8	3,4	2,9	5,6	5,0	
Vorratsveränderungen 5)	25,9	16,1	55,1	
Inländische Verwendung	3 276,9	3 213,8	3 410,2	3,7	- 1,9	6,1	- 1,8	- 1,9	9,3	7,8	9,4	13,0	12,8	
Außenbeitrag	196,3	191,7	191,6	
Exporte	1 621,0	1 464,8	1 693,9	1,8	- 9,6	15,6	- 3,2	0,8	33,3	15,1	17,1	15,1	15,8	
Importe	1 424,6	1 273,1	1 502,4	2,7	-10,6	18,0	- 7,3	- 2,1	30,0	20,3	26,7	26,6	28,4	
Bruttoinlandsprodukt 2)	3 473,3	3 405,4	3 601,8	3,2	- 2,0	5,8	- 0,2	- 0,6	11,5	6,3	6,3	8,6	7,8	
IV. Preise (2015=100)														
Privater Konsum	105,1	105,7	109,0	1,3	0,6	3,1	- 0,0	1,8	1,7	3,8	4,7	4,9	6,6	
Bruttoinlandsprodukt	107,1	109,1	112,4	2,1	1,8	3,1	1,0	1,7	0,9	4,4	5,0	4,6	5,9	
Terms of Trade	100,8	102,8	100,1	0,7	2,0	- 2,6	1,1	0,2	- 3,5	- 2,7	- 4,2	- 5,4	- 5,2	
V. Verteilung des Volkseinkommens														
Arbeitnehmerentgelt	1 856,2	1 853,9	1 918,0	4,6	- 0,1	3,5	0,5	- 0,7	5,1	4,7	4,6	6,6	5,6	
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	752,1	717,7	825,4	- 1,7	- 4,6	15,0	5,6	7,3	39,9	9,7	10,5	2,5	- 3,0	
Volkseinkommen	2 608,2	2 571,6	2 743,4	2,7	- 1,4	6,7	1,8	1,8	13,4	6,2	6,1	5,3	3,1	
Nachr.: Bruttonationaleinkommen	3 590,1	3 505,7	3 729,5	3,2	- 2,4	6,4	- 0,3	- 0,1	11,9	7,3	6,9	8,9	7,2	

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: August 2022. 1 Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen. 2 Bruttowertschöpfung zuzüglich Gütersteuern (saldiert mit Gütersubven-

tionen). 3 Einschl. Private Organisationen ohne Erwerbszweck. 4 Geistiges Eigentum (u.a. EDV-Software, Urheberrechte) sowie Nutzpflanzen und -pflanzen. 5 Einschl. Nettozugang an Wertsachen. 6 Wachstumsbeitrag zum BIP.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

2. Produktion im Produzierenden Gewerbe *)

Arbeitstäglich bereinigt ◊

Produzierendes Gewerbe	davon:											
	Baugewerbe	Energie	Industrie									
			zusammen	davon: nach Hauptgruppen				darunter: ausgewählte Wirtschaftszweige				
				Vorleistungs-güter-produzenten	Investitions-güter-produzenten	Gebrauchs-güter-produzenten	Verbrauchs-güter-produzenten	Metall-erzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metall-erzeugnissen	Herstellung von Daten-verarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen sowie von elektrischen Ausrüstungen	Maschinenbau	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagen-teilen	
2015 = 100												
Gewicht in % 1)	100	14,04	6,37	79,59	29,45	36,98	2,27	10,89	10,31	9,95	12,73	14,16
Zeit												
2018	105,3	109,0	97,4	105,3	105,5	104,6	106,2	106,9	107,4	109,0	106,5	99,9
2019	102,9	112,7	90,4	102,2	101,8	102,6	106,2	101,0	102,8	106,5	103,4	94,9
2020	95,0	116,1	84,4	92,2	94,9	88,2	97,6	97,2	90,6	98,5	89,5	75,9
2021	98,4	114,3	87,1	96,6	102,7	90,5	103,6	99,1	98,9	108,7	95,9	73,9
2021 2.Vj.	99,0	118,1	81,8	97,0	105,3	90,2	103,0	96,5	101,6	108,7	95,4	74,8
3.Vj.	96,9	119,4	80,6	94,2	102,3	85,1	101,9	101,6	97,9	109,0	94,7	61,7
4.Vj.	101,5	124,8	93,5	97,9	98,9	95,1	108,7	102,8	95,9	109,5	102,2	74,3
2022 1.Vj.	96,0	98,7	95,2	95,6	103,2	87,4	104,0	100,9	98,7	109,9	90,5	73,2
2.Vj. x)	97,6	114,8	82,3	95,8	101,7	89,3	104,7	99,8	97,9	110,4	93,5	74,5
2021 Juli 2)	100,4	123,7	77,8	98,1	105,6	91,0	102,3	101,0	101,3	109,7	97,9	73,6
Aug. 2)	90,1	112,7	80,2	86,9	97,8	74,5	91,5	98,3	91,2	104,6	86,5	46,0
Sept.	100,1	121,8	83,7	97,6	103,6	89,7	111,8	105,5	101,2	112,8	99,6	65,6
Okt.	102,1	123,8	92,1	99,0	104,5	91,7	112,9	106,2	101,5	110,5	96,3	73,4
Nov.	105,8	127,4	93,1	103,0	104,5	99,7	114,5	107,8	103,4	113,1	101,8	83,9
Dez.	96,5	123,2	95,2	91,8	87,8	93,9	98,8	94,3	82,7	104,9	108,4	65,5
2022 Jan.	90,1	82,4	98,5	90,7	100,0	81,4	96,5	95,8	94,1	103,2	81,9	70,4
Febr.	94,9	97,1	94,5	94,5	101,2	87,9	105,0	96,7	97,5	107,8	89,0	78,5
März	103,0	116,7	92,6	101,5	108,4	92,9	110,6	110,2	104,4	118,6	100,7	70,6
April x)	96,3	114,1	89,0	93,8	101,5	85,6	105,1	98,5	97,3	107,5	88,9	70,7
Mai x)	96,1	113,0	80,6	94,3	101,0	87,2	102,6	98,5	97,3	108,6	90,9	73,2
Juni x)	100,4	117,4	77,2	99,2	102,6	95,1	106,3	102,4	99,2	115,1	100,7	79,6
Juli 2)x)p)	99,3	122,1	82,5	96,6	102,1	90,9	100,7	100,0	97,8	115,6	94,1	74,8
Veränderung gegenüber Vorjahr in %												
2018	+ 0,9	+ 0,3	- 1,5	+ 1,2	+ 0,6	+ 1,0	- 0,7	+ 3,8	+ 1,1	+ 1,9	+ 2,3	- 1,6
2019	- 2,3	+ 3,4	- 7,2	- 2,9	- 3,5	- 1,9	± 0,0	- 5,5	- 4,3	- 2,3	- 2,9	- 5,0
2020	- 7,7	+ 3,0	- 6,6	- 9,8	- 6,8	- 14,0	- 8,1	- 3,8	- 11,9	- 7,5	- 13,4	- 20,0
2021	+ 3,6	- 1,6	+ 3,2	+ 4,8	+ 8,2	+ 2,6	+ 6,1	+ 2,0	+ 9,2	+ 10,4	+ 7,2	- 2,6
2021 2.Vj.	+ 16,9	+ 1,9	+ 12,4	+ 21,0	+ 23,0	+ 25,0	+ 22,1	+ 4,9	+ 28,9	+ 23,1	+ 17,3	+ 57,9
3.Vj.	+ 2,3	+ 0,8	+ 2,2	+ 2,6	+ 8,4	- 2,9	+ 4,0	+ 3,7	+ 9,2	+ 12,3	+ 9,3	- 21,9
4.Vj.	- 1,8	- 4,6	+ 1,9	- 1,5	+ 0,7	- 4,9	+ 2,1	+ 3,8	+ 0,4	+ 4,0	+ 3,7	- 19,4
2022 1.Vj.	- 0,4	+ 4,2	+ 3,1	- 1,5	- 0,8	- 4,6	+ 3,2	+ 5,5	- 1,5	+ 2,4	- 0,8	- 13,7
2.Vj. x)	- 1,4	- 2,8	+ 0,5	- 1,3	- 3,4	- 1,0	+ 1,7	+ 3,4	- 3,6	+ 1,5	- 2,0	- 0,4
2021 Juli 2)	+ 5,7	+ 3,2	+ 2,6	+ 6,5	+ 13,2	+ 1,7	+ 10,2	+ 3,6	+ 17,2	+ 16,2	+ 13,2	- 13,5
Aug. 2)	+ 1,8	- 0,9	- 0,5	+ 2,6	+ 7,4	- 2,7	- 0,1	+ 4,9	+ 6,4	+ 11,6	+ 9,8	- 24,0
Sept.	- 0,6	± 0,0	+ 4,6	- 1,1	+ 4,9	- 7,2	+ 2,1	+ 2,7	+ 4,4	+ 9,3	+ 5,3	- 28,4
Okt.	- 1,1	- 0,6	+ 0,8	- 1,4	+ 1,8	- 5,8	+ 3,9	+ 3,3	+ 2,5	+ 5,7	+ 6,6	- 23,6
Nov.	- 1,9	- 2,3	+ 1,4	- 2,1	+ 0,3	- 6,3	+ 0,1	+ 6,1	+ 0,3	+ 1,8	+ 3,0	- 20,5
Dez.	- 2,4	- 10,3	+ 3,4	- 0,9	- 0,1	- 2,4	+ 2,4	+ 1,8	- 1,9	+ 4,7	+ 1,7	- 12,3
2022 Jan.	+ 1,2	+ 9,4	+ 0,8	± 0,0	- 0,3	- 1,3	+ 1,2	+ 4,6	- 0,4	+ 2,8	+ 1,2	- 8,0
Febr.	+ 2,7	+ 9,7	+ 8,9	+ 1,1	+ 1,8	- 2,0	+ 6,3	+ 8,4	+ 0,9	+ 3,3	+ 0,7	- 6,9
März	- 4,5	- 3,1	+ 0,1	- 5,1	- 3,6	- 9,5	+ 2,3	+ 3,9	- 4,5	+ 1,2	- 3,5	- 24,4
April x)	- 2,5	- 1,7	+ 2,4	- 3,0	- 2,9	- 6,8	+ 3,2	+ 7,9	- 3,8	+ 0,3	- 5,8	- 13,1
Mai x)	- 1,7	- 3,6	- 1,0	- 1,5	- 4,1	- 0,2	+ 2,3	+ 1,9	- 3,1	+ 1,4	- 2,0	+ 2,5
Juni x)	- 0,1	- 3,0	± 0,0	+ 0,5	- 3,3	+ 4,0	- 0,5	+ 0,9	- 4,1	+ 2,9	+ 1,8	+ 11,2
Juli 2)x)p)	- 1,1	- 1,3	+ 6,0	- 1,5	- 3,3	- 0,1	- 1,6	- 1,0	- 3,5	+ 5,4	- 3,9	+ 1,6

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Erläuterungen siehe Statistische Fachreihe Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen III.1.a bis III.1.c ◊ Mithilfe von JDemetra+ 2.2.2 (X13). 1 Anteil an der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten des Produzierenden Gewerbes im Basisjahr 2015. 2 Beeinflusst durch Verschiebung der

Ferientermine. x Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung bzw. der Vierteljährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

3. Auftragseingang in der Industrie *)

Arbeitsmäßig bereinigt o)

Zeit	Industrie		davon:				Industrie		davon:			
	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	Vorleistungsgüter- produzenten		Investitionsgüter- produzenten		Konsumgüter- produzenten		Gebrauchsgüter- produzenten		Verbrauchsgüter- produzenten	
			2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %
insgesamt												
2018	110,5	+ 1,7	111,5	+ 1,9	110,0	+ 1,4	110,0	+ 4,1	118,9	+ 2,1	107,1	+ 4,8
2019	104,9	- 5,1	103,5	- 7,2	105,4	- 4,2	107,0	- 2,7	123,3	+ 3,7	101,7	- 5,0
2020	97,2	- 7,3	97,9	- 5,4	95,6	- 9,3	105,8	- 1,1	124,4	+ 0,9	99,6	- 2,1
2021	119,3	+ 22,7	124,6	+ 27,3	116,3	+ 21,7	117,4	+ 11,0	146,5	+ 17,8	107,9	+ 8,3
2021 Juli	128,1	+ 33,0	127,9	+ 35,5	128,5	+ 33,3	127,3	+ 20,8	151,0	+ 25,5	119,5	+ 18,9
Aug.	106,4	+ 16,5	115,6	+ 28,7	100,1	+ 10,6	111,2	+ 6,5	135,4	+ 9,1	103,3	+ 5,5
Sept.	122,6	+ 17,7	124,2	+ 22,1	122,6	+ 17,0	113,9	+ 2,2	139,1	- 5,0	105,7	+ 5,7
Okt.	117,2	+ 7,4	124,9	+ 15,3	112,2	+ 2,7	119,8	+ 7,5	141,9	- 2,1	112,5	+ 12,2
Nov.	125,3	+ 10,2	132,9	+ 16,6	120,8	+ 6,1	124,5	+ 13,0	149,6	+ 8,2	116,2	+ 15,0
Dez.	123,7	+ 13,9	120,2	+ 18,2	126,9	+ 11,7	114,5	+ 11,6	148,9	+ 13,4	103,2	+ 10,7
2022 Jan.	131,2	+ 19,7	143,7	+ 19,2	124,1	+ 20,8	127,5	+ 16,1	152,9	+ 8,1	119,2	+ 19,8
Febr.	128,3	+ 15,4	136,7	+ 16,3	122,6	+ 14,0	132,5	+ 21,0	149,8	+ 14,3	126,9	+ 23,8
März	140,1	+ 8,2	152,7	+ 13,3	131,4	+ 3,4	146,5	+ 19,4	182,6	+ 23,3	134,7	+ 17,8
April	125,1	+ 6,5	143,5	+ 13,5	111,9	- 0,9	139,1	+ 26,3	185,7	+ 14,2	123,7	+ 33,3
Mai	123,9	+ 8,8	139,3	+ 13,2	113,5	+ 4,7	130,9	+ 14,9	178,2	+ 13,4	115,4	+ 15,9
Juni	129,5	+ 2,3	143,2	+ 12,2	120,1	- 4,2	137,6	+ 4,2	171,3	+ 13,2	126,5	+ 0,6
Juli p)	124,1	- 3,1	143,6	+ 12,3	112,5	- 12,5	120,4	- 5,4	147,8	- 2,1	111,3	- 6,9
aus dem Inland												
2018	107,2	+ 0,2	108,6	+ 1,4	106,6	- 1,1	103,0	+ 1,4	114,7	+ 5,5	98,9	- 0,4
2019	101,2	- 5,6	99,1	- 8,7	103,0	- 3,4	101,2	- 1,7	116,2	+ 1,3	96,2	- 2,7
2020	94,9	- 6,2	94,1	- 5,0	95,2	- 7,6	98,0	- 3,2	105,5	- 9,2	95,4	- 0,8
2021	115,5	+ 21,7	119,6	+ 27,1	113,1	+ 18,8	108,0	+ 10,2	114,8	+ 8,8	105,6	+ 10,7
2021 Juli	128,7	+ 35,2	126,1	+ 34,7	132,1	+ 37,6	121,3	+ 22,4	116,0	+ 11,0	123,1	+ 26,5
Aug.	104,5	+ 18,1	111,5	+ 26,4	98,4	+ 13,1	106,0	+ 6,0	110,9	- 0,4	104,4	+ 8,5
Sept.	110,0	+ 10,6	117,9	+ 23,6	104,3	+ 1,6	103,0	+ 1,3	106,1	- 15,3	102,0	+ 8,9
Okt.	115,6	+ 10,6	123,1	+ 15,3	110,0	+ 7,2	110,4	+ 5,6	106,7	- 10,8	111,7	+ 12,4
Nov.	119,4	+ 9,3	126,7	+ 11,8	113,8	+ 7,1	115,4	+ 10,3	117,6	- 5,4	114,6	+ 17,1
Dez.	119,1	+ 21,3	111,4	+ 17,3	127,7	+ 25,1	105,5	+ 16,1	101,9	- 2,0	106,7	+ 23,4
2022 Jan.	122,2	+ 18,4	137,7	+ 21,0	109,9	+ 15,7	116,5	+ 20,1	106,0	- 4,5	120,1	+ 30,1
Febr.	123,4	+ 14,4	132,1	+ 17,2	116,0	+ 10,6	122,9	+ 22,5	115,6	+ 5,2	125,4	+ 29,1
März	137,4	+ 8,6	148,2	+ 13,7	128,9	+ 2,5	132,0	+ 20,7	135,9	+ 3,6	130,7	+ 28,1
April	124,8	+ 12,6	139,8	+ 19,3	110,5	+ 3,7	135,2	+ 32,2	134,0	+ 4,5	135,6	+ 45,0
Mai	123,2	+ 9,7	136,5	+ 15,0	112,6	+ 3,7	118,5	+ 17,6	141,8	+ 16,7	110,6	+ 17,9
Juni	126,8	- 0,7	138,1	+ 10,4	117,1	- 10,3	127,3	+ 2,7	135,2	+ 15,5	124,6	- 1,3
Juli p)	123,5	- 4,0	143,4	+ 13,7	108,6	- 17,8	109,9	- 9,4	124,2	+ 7,1	105,0	- 14,7
aus dem Ausland												
2018	113,0	+ 2,9	114,6	+ 2,4	112,0	+ 2,8	115,5	+ 6,1	122,2	- 0,5	113,4	+ 8,5
2019	107,6	- 4,8	108,3	- 5,5	106,9	- 4,6	111,5	- 3,5	129,1	+ 5,6	105,9	- 6,6
2020	98,9	- 8,1	102,0	- 5,8	95,9	- 10,3	111,8	+ 0,3	139,5	+ 8,1	102,8	- 2,9
2021	122,2	+ 23,6	130,1	+ 27,5	118,1	+ 23,1	124,8	+ 11,6	171,9	+ 23,2	109,6	+ 6,6
2021 Juli	127,7	+ 31,4	129,9	+ 36,3	126,3	+ 30,6	131,9	+ 19,7	179,1	+ 34,7	116,7	+ 13,4
Aug.	107,9	+ 15,5	120,1	+ 31,3	101,1	+ 9,2	115,2	+ 6,9	155,2	+ 15,5	102,4	+ 3,2
Sept.	132,1	+ 22,5	131,1	+ 20,7	133,7	+ 26,0	122,4	+ 2,8	165,7	+ 1,5	108,5	+ 3,4
Okt.	118,5	+ 5,2	126,8	+ 15,3	113,5	+ 0,1	127,0	+ 8,8	170,2	+ 2,9	113,1	+ 12,0
Nov.	129,8	+ 10,8	139,5	+ 21,5	125,0	+ 5,5	131,5	+ 14,8	175,4	+ 17,4	117,4	+ 13,6
Dez.	127,1	+ 9,2	129,7	+ 19,1	126,4	+ 4,8	121,5	+ 8,8	186,8	+ 21,9	100,5	+ 2,1
2022 Jan.	138,1	+ 20,7	150,1	+ 17,4	132,6	+ 23,6	136,1	+ 13,6	190,6	+ 14,9	118,5	+ 12,9
Febr.	132,0	+ 16,1	141,6	+ 15,4	126,5	+ 15,9	140,0	+ 20,1	177,4	+ 19,8	128,0	+ 20,1
März	142,1	+ 7,8	157,6	+ 13,0	132,9	+ 3,9	157,8	+ 18,6	220,2	+ 36,2	137,7	+ 11,3
April	125,3	+ 2,3	147,5	+ 8,1	112,8	- 3,3	142,1	+ 22,3	227,3	+ 19,5	114,6	+ 24,2
Mai	124,4	+ 8,0	142,4	+ 11,3	114,0	+ 5,4	140,6	+ 13,4	207,5	+ 11,6	119,1	+ 14,4
Juni	131,6	+ 4,6	148,7	+ 14,2	121,9	- 0,4	145,6	+ 5,3	200,3	+ 12,0	127,9	+ 2,2
Juli p)	124,5	- 2,5	143,9	+ 10,8	114,8	- 9,1	128,5	- 2,6	166,8	- 6,9	116,2	- 0,4

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * In jeweiligen Preisen; Erläuterungen siehe Statistische Fachreihe Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen III.2.a bis III.2.c. o) Mithilfe von JDemetra+ 2.2.2 (X13).

XI. Konjunkturlage in Deutschland

4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe *)

Arbeitstäglich bereinigt ◻

Zeit	Gliederung nach Bauarten										Gliederung nach Bauherren 1)					
	Insgesamt		Hochbau		Wohnungsbau		gewerblicher Hochbau		öffentlicher Hochbau		Tiefbau		gewerbliche Auftraggeber		öffentliche Auftraggeber 2)	
			zusammen	Veränderung gegen Vorjahr			Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr			Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr		
2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	
2018	135,0	+ 10,3	131,7	+ 7,0	137,1	+ 11,4	128,7	+ 4,2	125,2	+ 2,7	138,9	+ 14,2	136,1	+ 13,6	132,6	+ 6,1
2019	146,2	+ 8,3	145,3	+ 10,3	150,4	+ 9,7	142,5	+ 10,7	138,8	+ 10,9	147,2	+ 6,0	148,1	+ 8,8	141,3	+ 6,6
2020	145,6	- 0,4	144,2	- 0,8	160,8	+ 6,9	130,3	- 8,6	141,5	+ 1,9	147,3	+ 0,1	139,6	- 5,7	143,3	+ 1,4
2021	159,0	+ 9,2	164,1	+ 13,8	174,3	+ 8,4	156,6	+ 20,2	158,7	+ 12,2	153,0	+ 3,9	161,6	+ 15,8	146,7	+ 2,4
2021 Juni	164,6	- 1,8	165,2	+ 7,9	177,5	+ 7,6	160,4	+ 15,0	142,6	- 13,5	164,0	- 11,2	166,7	+ 15,4	154,4	- 21,3
Juli	160,0	+ 7,2	168,4	+ 10,6	179,1	+ 12,9	163,7	+ 19,2	150,5	- 19,2	150,2	+ 2,9	158,6	+ 15,9	149,9	- 5,0
Aug.	158,9	+ 16,4	162,5	+ 20,5	167,1	+ 5,4	163,3	+ 43,4	144,0	+ 6,4	154,8	+ 11,9	158,5	+ 21,9	154,4	+ 18,3
Sept.	181,0	+ 19,3	189,0	+ 20,2	191,5	+ 10,0	193,2	+ 36,9	165,4	+ 1,9	171,7	+ 18,3	192,9	+ 31,9	161,1	+ 11,5
Okt.	158,7	+ 11,4	168,8	+ 11,7	169,1	- 7,2	171,7	+ 35,1	157,2	+ 13,9	146,9	+ 10,8	171,6	+ 21,3	137,5	+ 15,0
Nov.	145,3	+ 4,1	143,0	- 2,7	159,5	- 5,0	132,6	+ 0,3	127,3	- 4,6	148,0	+ 13,0	159,5	+ 10,9	120,4	+ 2,4
Dez.	185,3	+ 24,3	205,7	+ 41,1	196,2	+ 3,5	173,7	+ 50,3	356,7	+ 213,4	161,5	+ 5,6	186,9	+ 38,2	176,7	+ 25,9
2022 Jan.	142,8	+ 6,9	145,4	+ 4,1	165,7	+ 13,7	134,0	- 8,1	121,0	+ 24,2	139,9	+ 10,6	149,1	- 1,0	121,7	+ 14,1
Febr.	155,7	+ 8,7	161,0	+ 8,1	176,0	+ 9,1	158,3	+ 7,5	121,8	+ 6,7	149,5	+ 9,4	165,3	+ 15,3	132,4	+ 0,2
März	209,5	+ 32,7	208,8	+ 32,9	219,4	+ 25,1	201,7	+ 42,4	200,5	+ 29,6	210,3	+ 32,3	217,4	+ 44,0	194,5	+ 25,2
April	164,2	+ 2,5	157,6	- 0,4	178,1	- 3,8	142,5	+ 2,2	146,2	+ 4,5	171,9	+ 5,9	153,9	+ 3,9	167,6	+ 5,5
Mai	175,9	+ 10,6	172,4	+ 5,8	182,1	- 1,1	163,4	+ 11,4	173,9	+ 12,8	180,0	+ 16,7	170,8	+ 13,3	178,0	+ 16,3
Juni	175,2	+ 6,4	166,3	+ 0,7	177,9	+ 0,2	153,3	- 4,4	176,5	+ 23,8	185,6	+ 13,2	177,5	+ 6,5	171,0	+ 10,8

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * In jeweiligen Preisen; Angaben ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistische Fachreihe Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle III.2.f. ◻ Mithilfe von JDemetra+ 2.2.2 (X13). 1 Ohne Wohnungsbauaufträge. 2 Einschl. Straßenbau.

schafszahlen, Tabelle III.2.f. ◻ Mithilfe von JDemetra+ 2.2.2 (X13). 1 Ohne Wohnungsbauaufträge. 2 Einschl. Straßenbau.

5. Umsätze des Einzelhandels *)

Kalenderbereinigt ◻

Zeit	Insgesamt												darunter:			
	in jeweiligen Preisen		in Preisen von 2015		in jeweiligen Preisen								Internet- und Versandhandel sowie sonstiger Einzelhandel 2)			
					Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren 1)		Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren		Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik		Baubedarf, Fußbodenbeläge, Haushaltsgeräte, Möbel				Apotheken, Facheinzelhandel mit medizinischen und kosmetischen Artikeln	
2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	
2018	110,7	+ 2,9	107,5	+ 1,6	109,6	+ 3,5	105,6	- 2,3	107,1	+ 0,8	103,0	± 0,0	112,5	+ 4,5	127,7	+ 6,0
2019	114,9	+ 3,8	110,9	+ 3,2	112,1	+ 2,3	106,7	+ 1,0	108,9	+ 1,7	107,1	+ 4,0	118,7	+ 5,5	138,4	+ 8,4
2020	121,4	+ 5,7	115,9	+ 4,5	121,2	+ 8,1	81,9	- 23,2	106,9	- 1,8	117,1	+ 9,3	125,5	+ 5,7	169,0	+ 22,1
2021 3)	125,0	+ 3,0	116,9	+ 0,9	122,0	+ 0,7	78,1	- 4,6	95,4	- 10,8	110,3	- 5,8	135,4	+ 7,9	191,4	+ 13,3
2021 Juli	126,4	+ 2,8	118,4	+ 0,7	120,8	+ 1,3	104,0	+ 5,9	102,1	- 6,4	121,4	- 3,4	136,4	+ 10,0	161,3	+ 3,1
Aug.	123,3	+ 2,3	115,6	+ 0,4	115,2	- 4,8	100,5	+ 9,7	101,8	- 2,4	116,8	- 0,4	132,8	+ 10,7	169,6	+ 9,1
Sept.	121,3	+ 1,5	113,0	- 0,7	112,5	- 1,1	100,1	- 0,7	100,6	- 3,7	113,1	- 4,2	132,1	+ 7,1	171,6	+ 6,5
Okt.	130,5	+ 0,9	120,9	- 1,7	119,6	- 2,3	114,4	+ 4,8	108,5	- 10,6	124,4	- 4,4	143,3	+ 10,1	192,4	+ 5,4
Nov.	138,3	+ 1,0	128,2	- 1,8	121,2	- 1,9	104,5	+ 15,5	132,8	- 14,4	128,1	- 9,0	144,1	+ 7,1	233,4	+ 2,1
Dez.	144,9	+ 4,4	133,8	+ 1,1	138,6	- 1,0	98,7	+ 41,8	143,0	+ 5,7	124,0	+ 3,5	150,0	+ 4,5	218,8	- 0,3
2022 Jan.	118,2	+ 14,0	108,6	+ 10,1	113,4	- 1,9	70,5	+ 263,4	103,6	+ 65,0	105,1	+ 76,0	135,4	+ 5,8	183,7	- 1,7
Febr.	116,2	+ 10,8	105,8	+ 6,8	111,8	- 1,9	71,2	+ 219,3	90,5	+ 43,4	109,2	+ 54,5	129,3	+ 0,3	171,7	- 3,7
März	136,1	+ 5,2	121,2	- 0,8	130,2	- 1,4	90,4	+ 54,0	96,0	+ 8,7	132,9	+ 10,2	143,0	+ 5,1	193,7	- 6,3
April	130,1	+ 7,4	114,6	+ 0,9	124,8	+ 0,5	98,3	+ 151,4	89,8	+ 29,6	127,4	+ 19,2	137,6	+ 4,6	182,4	- 5,7
Mai	132,3	+ 5,4	114,9	- 2,2	125,7	- 1,1	107,3	+ 72,5	85,0	+ 14,4	127,4	+ 12,4	138,5	+ 7,6	183,0	- 8,4
Juni	129,9	- 0,2	112,3	- 8,0	125,4	+ 2,3	104,0	- 8,0	90,2	- 7,8	118,4	- 5,3	140,6	+ 6,2	174,3	- 5,4
Juli	134,5	+ 6,4	115,7	- 2,3	129,2	+ 7,0	103,8	- 0,2	97,2	- 4,8	121,6	+ 0,2	149,3	+ 9,5	181,1	+ 12,3

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistische Fachreihe Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle III.4.c. ◻ Mithilfe von JDemetra+ 2.2.2 (X13). 1 Auch an Verkaufsständen und auf Märkten.

2 Nicht in Verkaufsräumen, an Verkaufsständen oder auf Märkten. 3 Angaben ab Januar 2021 vorläufig, teilweise revidiert und in den jüngsten Monaten aufgrund von Schätzungen für fehlende Meldungen besonders unsicher.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

6. Arbeitsmarkt *)

Zeit	Erwerbstätige 1)		Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2)					Ausschl. geringfügig entlohnte Beschäftigte 2)	Kurzarbeiter 3)		Arbeitslose 4)		Arbeitslosenquote 4) 5) in %	Offene Stellen 4) 6) in Tsd	
	Tsd	Veränderung gegen Vorjahr in %	insgesamt		darunter:				insgesamt	darunter: konjunkturell bedingt	insgesamt	darunter: dem Rechtskreis SGB III zugeordnet			
			Tsd	Veränderung gegen Vorjahr in %	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsbereich ohne Arbeitnehmerüberlassung	Arbeitnehmerüberlassung								
2017	44 251	+ 1,4	32 234	+ 2,3	9 146	21 980	868	4 742	114	24	2 533	7)	855	5,7	731
2018	44 866	+ 1,4	32 964	+ 2,3	9 349	22 532	840	4 671	118	25	2 340		802	5,2	796
2019	45 276	+ 0,9	33 518	+ 1,7	9 479	23 043	751	4 579	145	60	2 267	8)	827	5,0	774
2020	44 914	- 0,8	33 579	+ 0,2	9 395	23 277	660	4 290	2 939	2 847	2 695		1 137	5,9	613
2021	44 980	+ 0,1	33 897	+ 0,9	9 344	23 602	702	4 101	1 852	1 744	2 613		999	5,7	706
2019 2.Vj.	45 239	+ 1,0	33 388	+ 1,8	9 455	22 932	750	4 615	51	43	2 227	8)	778	4,9	795
3.Vj.	45 386	+ 0,8	33 548	+ 1,5	9 491	23 049	753	4 598	66	58	2 276		827	5,0	794
4.Vj.	45 565	+ 0,7	33 924	+ 1,4	9 551	23 388	738	4 522	161	105	2 204		811	4,8	729
2020 1.Vj.	45 133	+ 0,5	33 642	+ 1,3	9 439	23 284	686	4 458	1 219	949	2 385		960	5,2	683
2.Vj.	44 723	- 1,1	33 415	+ 0,1	9 387	23 137	640	4 235	5 399	5 388	2 770		1 154	6,0	593
3.Vj.	44 809	- 1,3	33 424	- 0,4	9 359	23 171	640	4 273	2 705	2 691	2 904		1 266	6,3	583
4.Vj.	44 993	- 1,3	33 836	- 0,3	9 395	23 518	676	4 194	2 433	2 361	2 722		1 167	5,9	595
2021 1.Vj.	44 514	- 1,4	33 568	- 0,2	9 294	23 376	665	4 051	3 473	3 157	2 878		1 248	6,3	586
2.Vj.	44 812	+ 0,2	33 718	+ 0,9	9 322	23 446	697	4 066	2 164	2 143	2 691		1 024	5,9	658
3.Vj.	45 157	+ 0,8	33 929	+ 1,5	9 347	23 606	719	4 161	935	915	2 545		920	5,5	774
4.Vj.	45 437	+ 1,0	34 374	+ 1,6	9 415	23 982	727	4 125	835	762	2 341		802	5,1	804
2022 1.Vj.	45 173	+ 1,5	34 244	+ 2,0	9 349	23 944	715	4 061	...	792	2 417		874	5,3	818
2.Vj.	45 476	+ 1,5	34 400	+ 2,0	9 372	24 055	718	4 109	...	343	2 311		777	5,0	864
2019 April	45 143	+ 1,1	33 383	+ 1,8	9 457	22 925	753	4 607	49	40	2 229		795	4,9	796
Mai	45 268	+ 1,0	33 433	+ 1,8	9 462	22 968	749	4 627	53	45	2 236	8)	772	4,9	792
Juni	45 306	+ 0,9	33 407	+ 1,6	9 455	22 948	750	4 646	51	43	2 216		766	4,9	798
Juli	45 320	+ 0,9	33 360	+ 1,6	9 450	22 901	757	4 644	55	47	2 275		825	5,0	799
Aug.	45 314	+ 0,7	33 610	+ 1,4	9 505	23 101	750	4 568	60	51	2 319		848	5,1	795
Sept.	45 523	+ 0,8	33 938	+ 1,5	9 583	23 341	754	4 517	84	75	2 234		808	4,9	787
Okt.	45 598	+ 0,8	33 966	+ 1,4	9 567	23 398	748	4 510	111	102	2 204		795	4,8	764
Nov.	45 627	+ 0,7	33 968	+ 1,4	9 559	23 423	742	4 532	124	115	2 180		800	4,8	736
Dez.	45 469	+ 0,6	33 740	+ 1,4	9 474	23 344	694	4 531	247	97	2 227		838	4,9	687
2020 Jan.	45 154	+ 0,6	33 608	+ 1,4	9 432	23 255	689	4 471	382	133	2 426		985	5,3	668
Febr.	45 169	+ 0,6	33 624	+ 1,3	9 427	23 278	683	4 461	439	134	2 396		971	5,3	690
März	45 077	+ 0,2	33 648	+ 1,1	9 440	23 290	675	4 350	2 834	2 580	2 335		925	5,1	691
April	44 808	- 0,7	33 430	+ 0,1	9 396	23 141	643	4 194	6 007	5 995	2 644	1 093	5,8	626	
Mai	44 672	- 1,3	33 328	- 0,3	9 367	23 083	624	4 206	5 726	5 715	2 813	1 172	6,1	584	
Juni	44 688	- 1,4	33 323	- 0,3	9 355	23 084	629	4 260	4 464	4 452	2 853	1 197	6,2	570	
Juli	44 699	- 1,4	33 233	- 0,4	9 322	23 024	635	4 302	3 319	3 306	2 910	1 258	6,3	573	
Aug.	44 737	- 1,3	33 482	- 0,4	9 367	23 218	642	4 266	2 551	2 537	2 955	1 302	6,4	584	
Sept.	44 990	- 1,2	33 792	- 0,4	9 421	23 454	656	4 240	2 244	2 229	2 847	1 238	6,2	591	
Okt.	45 076	- 1,1	33 862	- 0,3	9 410	23 530	671	4 229	2 037	2 021	2 760	1 183	6,0	602	
Nov.	45 030	- 1,3	33 899	- 0,2	9 400	23 559	696	4 166	2 405	2 386	2 699	1 152	5,9	601	
Dez.	44 873	- 1,3	33 700	- 0,1	9 327	23 478	666	4 134	2 856	2 676	2 707	1 166	5,9	581	
2021 Jan.	44 489	- 1,5	33 515	- 0,3	9 282	23 347	657	4 045	3 638	3 294	2 901	1 298	6,3	566	
Febr.	44 486	- 1,5	33 521	- 0,3	9 281	23 343	662	4 026	3 766	3 358	2 904	1 270	6,3	583	
März	44 567	- 1,1	33 636	- 0,0	9 309	23 397	685	4 032	3 016	2 818	2 827	1 177	6,2	609	
April	44 676	- 0,3	33 689	+ 0,8	9 324	23 427	687	4 039	2 583	2 562	2 771	1 091	6,0	629	
Mai	44 796	+ 0,3	33 747	+ 1,3	9 326	23 461	703	4 067	2 342	2 320	2 687	1 020	5,9	654	
Juni	44 963	+ 0,6	33 802	+ 1,4	9 324	23 504	716	4 151	1 568	1 548	2 614	961	5,7	693	
Juli	45 027	+ 0,7	33 731	+ 1,5	9 304	23 458	715	4 194	1 088	1 068	2 590	956	5,6	744	
Aug.	45 096	+ 0,8	33 994	+ 1,5	9 358	23 658	722	4 153	857	838	2 578	940	5,6	779	
Sept.	45 347	+ 0,8	34 323	+ 1,6	9 432	23 903	726	4 123	859	839	2 465	864	5,4	799	
Okt.	45 434	+ 0,8	34 369	+ 1,5	9 425	23 965	724	4 123	780	762	2 377	814	5,2	809	
Nov.	45 490	+ 1,0	34 449	+ 1,6	9 423	24 039	739	4 133	767	750	2 317	789	5,1	808	
Dez.	45 386	+ 1,1	34 284	+ 1,7	9 364	23 980	708	4 112	957	772	2 330	803	5,1	794	
2022 Jan.	45 111	+ 1,4	34 176	+ 2,0	9 332	23 900	711	4 048	1 123	847	2 462	903	5,4	792	
Febr.	45 157	+ 1,5	34 243	+ 2,2	9 346	23 939	719	4 049	1 087	803	2 428	884	5,3	822	
März	45 250	+ 1,5	34 340	+ 2,1	9 371	24 003	720	4 061	...	725	2 362	835	5,1	839	
April	45 370	+ 1,6	34 369	+ 2,0	9 367	24 037	713	4 089	...	450	2 309	800	5,0	852	
Mai	45 485	+ 1,5	34 439	+ 2,1	9 376	24 085	719	4 127	...	321	2 260	771	4,9	865	
Juni	45 573	+ 1,4	34 441	+ 1,9	9 376	24 082	723	4 160	...	259	2 363	761	5,2	877	
Juli	45 598	+ 1,3	2 470	801	5,4	881	
Aug.	2 547	827	5,6	887	

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit. * Jahres- und Quartalswerte: Durchschnitte; eigene Berechnung, die Abweichungen zu den amtlichen Werten sind rundungsbedingt. 1 Inlandskonzept; Durchschnitte. 2 Monatswerte: Endstände. 3 Anzahl innerhalb eines Monats. 4 Stand zur Monatsmitte. 5 Gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. 6 Gemeldete Arbeitsstellen ohne geförderte Stellen und ohne Saisonstellen, einschl. Stellen mit Arbeitsort im Ausland. 7 Ab Januar 2017 werden Aufstocker (Personen, die gleichzeitig Arbeitslosengeld und Arbeitslosengeld II beziehen) dem Rechtskreis SGB III zugeordnet. 8 Statistischer Bruch aufgrund von Nacherfassungen der

Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II. 9 Ursprungswerte von der Bundesagentur für Arbeit geschätzt. Die Schätzwerte für Deutschland wichen im Betrag in den Jahren 2020 und 2021 bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um maximal 0,1 %, bei den ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten um maximal 0,9 % sowie bei den konjunkturell bedingten Kurzarbeitern um maximal 28,1 % von den endgültigen Angaben ab. 10 Erste vorläufige Schätzung des Statistischen Bundesamtes. 11 Ab Mai 2022 berechnet auf Basis neuer Erwerbspersonenzahlen.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

7. Preise

Zeit	Harmonisierter Verbraucherpreisindex							nachrichtlich: Verbraucher- preisindex (nationale Abgrenzung)	Baupreis- index	Index der Erzeuger- preise gewerblicher Produkte im Inlands- absatz 3)	Index der Erzeuger- preise landwirt- schaftlicher Produkte 3)	Indizes der Preise im Außenhandel		Index der Weltmarkt- preise für Rohstoffe 4)	
	insgesamt	davon				darunter: Tatsäch- liche Miet- zahlungen	Ausfuhr					Einfuhr	Energie 5)	sonstige Rohstoffe 6)	
		Nah- rungs- mittel 1) 2)	Industrie- erzeug- nisse ohne Energie 1)	Energie 1)	Dienst- leis- tungen 1)										
	2015 = 100											2020 = 100			
Indexstand															
2018	104,0	106,7	103,0	102,3	104,2	104,6	103,8	110,2	103,7	109,0	101,9	102,7	174,1	99,9	
2019	105,5	108,4	104,2	103,7	105,7	106,1	105,3	115,3	104,8	111,5	102,4	101,7	150,2	98,7	
2020	7) 105,8	7) 110,9	7) 104,1	7) 99,0	7) 106,9	107,6	7) 105,8	7) 117,0	103,8	8) 108,0	101,7	97,3	100,0	100,0	
2021	7) 109,2	7) 114,1	7) 106,7	7) 109,0	7) 109,0	109,0	7) 109,1	7) 127,0	114,7	8) 117,5	107,4	110,4	220,7	137,6	
2020 Okt.	7) 105,8	7) 110,2	7) 103,9	7) 97,0	7) 107,6	108,0	7) 105,9		103,7	103,8	101,4	97,1	103,3	104,9	
Nov.	7) 104,7	7) 110,3	7) 104,0	7) 96,0	7) 105,5	108,1	7) 105,0	7) 116,0	103,9	103,9	101,8	97,6	109,5	107,1	
Dez.	7) 105,3	7) 109,9	7) 103,4	7) 97,4	7) 106,9	108,2	7) 105,5		104,7	104,2	101,9	98,2	121,8	112,3	
2021 Jan.	106,8	112,3	105,1	102,6	106,9	108,4	106,3		106,2	106,8	102,8	100,1	141,6	120,6	
Febr.	107,4	113,0	105,5	104,1	107,3	108,5	107,0	121,2	106,9	108,9	103,3	101,8	146,0	124,7	
März	107,9	113,1	105,7	106,2	107,6	108,6	107,5		107,9	114,0	104,1	103,6	150,3	130,4	
April	108,4	114,5	105,8	106,1	108,3	108,7	108,2		108,8	115,9	104,9	105,0	154,1	134,3	
Mai	108,7	114,2	106,3	106,7	108,7	108,9	108,7	125,1	110,4	118,5	105,6	106,8	168,3	144,9	
Juni	109,1	114,1	106,5	107,6	109,1	108,9	109,1		111,8	117,7	106,4	108,5	183,0	142,3	
Juli	7) 109,7	7) 114,4	7) 106,4	7) 109,0	7) 110,2	109,1	7) 110,1		113,9	117,2	107,7	110,9	204,8	141,9	
Aug.	7) 109,8	7) 114,4	7) 106,5	7) 109,4	7) 110,3	109,2	7) 110,1	7) 129,4	115,6	118,7	108,5	112,4	217,6	138,9	
Sept.	7) 110,1	7) 114,4	7) 107,6	7) 110,1	7) 109,9	109,3	7) 110,1		118,3	8) 117,4	109,5	113,9	256,1	136,3	
Okt.	7) 110,7	7) 114,5	7) 108,0	7) 114,6	7) 110,0	109,5	7) 110,7		122,8	120,7	111,0	118,2	352,7	143,0	
Nov.	7) 111,0	7) 114,9	7) 108,4	7) 116,7	7) 109,5	109,5	7) 110,5	7) 132,2	123,8	125,6	111,9	121,7	304,4	143,0	
Dez.	7) 111,3	7) 115,7	7) 108,6	7) 115,0	7) 110,3	109,6	7) 111,1		130,0	127,2	113,0	121,8	352,9	148,3	
2022 Jan.	112,3	117,2	108,4	123,7	109,8	109,9	111,5		132,8	129,2	115,0	127,0	327,8	157,0	
Febr.	113,3	118,2	109,1	127,4	110,2	110,0	112,5	138,1	134,6	133,4	116,1	128,6	336,0	166,5	
März	116,1	119,1	110,4	146,1	110,6	110,2	115,3		141,2	153,6	120,7	135,9	504,2	185,5	
April	116,9	122,2	111,3	142,7	111,7	110,4	116,2		145,2	162,3	121,7	138,3	407,8	184,8	
Mai	118,2	124,2	112,3	146,7	112,0	110,6	117,3	147,9	147,5	160,7	122,4	139,5	366,8	178,9	
Juni	118,1	125,4	112,5	147,8	111,0	110,8	117,4		148,4	157,6	123,5	140,9	389,3	169,6	
Juli	119,0	127,6	112,6	147,8	112,1	110,9	118,4		156,3	156,4	126,0	142,9	449,8	158,0	
Aug.	119,5	129,1	113,0	148,6	112,2	111,1	118,8	534,2	159,4	
Veränderung gegenüber Vorjahr in %															
2018	+ 1,9	+ 2,6	+ 0,8	+ 4,9	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,8	+ 4,7	+ 2,6	+ 0,4	+ 1,2	+ 2,6	+ 25,4	+ 0,3	
2019	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,4	+ 4,7	+ 1,1	+ 2,3	+ 0,5	- 1,0	- 13,7	- 1,2	
2020	7) + 0,4	7) + 2,3	7) - 0,1	7) - 4,5	7) + 1,2	+ 1,4	7) + 0,5	7) + 1,4	- 1,0	- 3,1	- 0,7	- 4,3	- 33,4	+ 1,3	
2021	7) + 3,2	7) + 2,9	7) + 2,5	7) +10,1	7) + 2,0	+ 1,3	7) + 3,1	7) + 8,6	+ 10,5	8) + 8,8	+ 5,6	+ 13,5	+ 120,7	+ 37,6	
2020 Okt.	7) - 0,5	7) + 1,5	7) - 1,0	7) - 6,6	7) + 0,7	+ 1,3	7) - 0,2		- 0,7	- 5,9	- 1,0	- 3,9	- 29,1	+ 7,0	
Nov.	7) - 0,7	7) + 1,2	7) - 1,1	7) - 7,4	7) + 0,6	+ 1,3	7) - 0,3	7) - 0,3	- 0,5	- 7,2	- 0,6	- 3,8	- 28,0	+ 8,4	
Dez.	7) - 0,7	7) + 0,6	7) - 1,6	7) - 6,0	7) + 0,8	+ 1,3	7) - 0,3		+ 0,2	- 8,9	- 0,6	- 3,4	- 20,8	+ 11,1	
2021 Jan.	+ 1,6	+ 2,0	+ 1,1	- 2,2	+ 2,5	+ 1,3	+ 1,0		+ 0,9	- 5,7	+ 0,1	- 1,2	- 2,2	+ 17,7	
Febr.	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,2	+ 0,2	+ 2,0	+ 1,3	+ 1,3	+ 2,9	+ 1,9	- 4,6	+ 0,7	+ 1,4	+ 15,9	+ 24,6	
März	+ 2,0	+ 1,9	+ 0,5	+ 4,5	+ 2,0	+ 1,2	+ 1,7		+ 3,7	+ 0,3	+ 2,2	+ 6,9	+ 79,1	+ 36,1	
April	+ 2,1	+ 2,0	+ 0,4	+ 7,6	+ 1,5	+ 1,2	+ 2,0		+ 5,2	+ 2,8	+ 3,3	+ 10,3	+ 128,3	+ 45,0	
Mai	+ 2,4	+ 1,5	+ 0,9	+ 9,5	+ 1,9	+ 1,3	+ 2,5	+ 5,7	+ 7,2	+ 8,6	+ 4,2	+ 11,8	+ 127,4	+ 56,0	
Juni	+ 2,1	+ 1,2	+ 1,6	+ 9,0	+ 0,9	+ 1,2	+ 2,3		+ 8,5	+ 7,0	+ 5,0	+ 12,9	+ 113,0	+ 51,2	
Juli	7) + 3,1	7) + 3,8	7) + 3,8	7) +11,2	7) + 0,7	+ 1,3	7) + 3,8		+ 10,4	+ 9,0	+ 6,3	+ 15,0	+ 126,0	+ 48,1	
Aug.	7) + 3,4	7) + 3,9	7) + 3,8	7) +12,1	7) + 1,2	+ 1,3	7) + 3,9	7) + 11,8	+ 12,0	+ 13,3	+ 7,2	+ 16,5	+ 127,1	+ 41,2	
Sept.	7) + 4,1	7) + 4,1	7) + 3,9	7) +13,6	7) + 1,8	+ 1,4	7) + 4,1		+ 14,2	8) + 13,4	+ 8,1	+ 17,7	+ 163,7	+ 31,7	
Okt.	7) + 4,6	7) + 3,9	7) + 3,9	7) +18,1	7) + 2,2	+ 1,4	7) + 4,5		+ 18,4	+ 16,3	+ 9,5	+ 21,7	+ 241,4	+ 36,3	
Nov.	7) + 6,0	7) + 4,2	7) + 4,2	7) +21,6	7) + 3,8	+ 1,3	7) + 5,2	7) + 14,0	+ 19,2	+ 20,9	+ 9,9	+ 24,7	+ 178,0	+ 33,5	
Dez.	7) + 5,7	7) + 5,3	7) + 5,0	7) +18,1	7) + 3,2	+ 1,3	7) + 5,3		+ 24,2	+ 22,1	+ 10,9	+ 24,0	+ 189,7	+ 32,1	
2022 Jan.	+ 5,1	+ 4,4	+ 3,1	+20,6	+ 2,7	+ 1,4	+ 4,9		+ 25,0	+ 21,0	+ 11,9	+ 26,9	+ 131,5	+ 30,2	
Febr.	+ 5,5	+ 4,6	+ 3,4	+22,4	+ 2,7	+ 1,4	+ 5,1	+ 13,9	+ 25,9	+ 22,5	+ 12,4	+ 26,3	+ 130,1	+ 33,5	
März	+ 7,6	+ 5,3	+ 4,4	+37,6	+ 2,8	+ 1,5	+ 7,3		+ 30,9	+ 34,7	+ 15,9	+ 31,2	+ 235,5	+ 42,2	
April	+ 7,8	+ 6,7	+ 5,2	+34,5	+ 3,1	+ 1,6	+ 7,4		+ 33,5	+ 40,0	+ 16,0	+ 31,7	+ 164,6	+ 37,6	
Mai	+ 8,7	+ 8,8	+ 5,6	+37,5	+ 3,0	+ 1,6	+ 7,9	+ 18,2	+ 33,6	+ 35,6	+ 15,9	+ 30,6	+ 117,9	+ 23,5	
Juni	+ 8,2	+ 9,9	+ 5,6	+37,4	+ 1,7	+ 1,7	+ 7,6		+ 32,7	+ 33,9	+ 16,1	+ 29,9	+ 112,7	+ 19,2	
Juli	+ 8,5	+11,5	+ 5,8	+35,6	+ 1,7	+ 1,6	+ 7,5		+ 37,2	+ 33,4	+ 17,0	+ 28,9	+ 119,6	+ 11,3	
Aug.	+ 8,8	+12,8	+ 6,1	+35,8	+ 1,7	+ 1,7	+ 7,9	+ 145,5	+ 14,8	

Quellen: Eurostat; Statistisches Bundesamt bzw. eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes; für den Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe: HWWI. 1 Letzter Datenpunkt basiert zeitweise auf eigenen Schätzungen der Deutschen Bundesbank. 2 Einschließlich alkoholischer Getränke und Tabakwaren. 3 Oh-

ne Umsatzsteuer. 4 HWWI-Rohstoffpreisindex Euroraum auf Euro-Basis. 5 Kohle, Rohöl (Brent) und Erdgas. 6 Nahrungs- und Genussmittel sowie Industrierohstoffe. 7 Beeinflusst durch eine befristete Mehrwertsteuersenkung von Juli bis Dezember 2020. 8 Ab September 2021 vorläufig.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

8. Einkommen der privaten Haushalte *)

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter 1)		Nettolöhne und -gehälter 2)		Empfangene monetäre Sozialleistungen 3)		Masseneinkommen 4)		Verfügbares Einkommen 5)		Sparen 6)		Sparquote 7)
	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	%
2014	1 234,2	4,0	830,5	3,9	394,0	2,6	1 224,5	3,5	1 734,5	2,6	170,6	8,6	9,8
2015	1 285,5	4,2	863,3	4,0	410,5	4,2	1 273,8	4,0	1 782,3	2,8	179,4	5,1	10,1
2016	1 337,4	4,0	896,3	3,8	426,2	3,8	1 322,5	3,8	1 841,5	3,3	187,8	4,7	10,2
2017	1 395,4	4,3	932,5	4,0	441,8	3,6	1 374,3	3,9	1 905,2	3,5	202,8	8,0	10,6
2018	1 462,7	4,8	976,1	4,7	455,2	3,0	1 431,3	4,1	1 976,6	3,7	223,2	10,1	11,3
2019	1 524,4	4,2	1 022,0	4,7	476,7	4,7	1 498,7	4,7	2 023,6	2,4	218,2	- 2,3	10,8
2020	1 514,9	- 0,6	1 020,0	- 0,2	524,6	10,0	1 544,6	3,1	2 050,1	1,3	336,6	54,3	16,4
2021	1 570,6	3,7	1 062,6	4,2	532,8	1,6	1 595,4	3,3	2 089,9	1,9	316,0	- 6,1	15,1
2021 1.Vj.	362,0	- 1,2	244,5	- 0,7	137,8	8,8	382,3	2,5	522,1	- 0,2	115,7	34,9	22,2
2.Vj.	377,1	5,8	250,7	6,8	134,9	2,2	385,6	5,2	514,9	3,5	84,8	- 15,3	16,5
3.Vj.	393,0	5,1	271,6	5,5	131,2	- 1,8	402,8	3,0	520,4	1,7	54,4	- 21,2	10,4
4.Vj.	438,5	4,9	295,8	5,0	129,0	- 2,6	424,8	2,6	532,5	2,7	61,2	- 25,0	11,5
2022 1.Vj.	388,6	7,3	261,4	6,9	134,3	- 2,5	395,8	3,5	541,2	3,7	77,2	- 33,3	14,3
2.Vj.	400,2	6,1	265,4	5,9	129,7	- 3,9	395,1	2,5	546,9	6,2	55,4	- 34,6	10,1

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: August 2022. * Private Haushalte einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. 1 Inländerkonzept. 2 Nach Abzug der von den Bruttolöhnen und -gehältern zu entrichtenden Lohnsteuer sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer. 3 Geldleistungen der Sozialversicherungen, Gebietskörperschaften und des Auslands, Pensionen (netto), Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen, abzüglich Sozialabgaben auf Sozialleistungen, verbrauchsnahe Steuern und staatliche Gebühren. 4 Nettolöhne und -gehälter zuzüglich empfangene monetäre

Sozialleistungen. 5 Masseneinkommen zuzüglich Betriebsüberschuss, Selbständigeneinkommen, Vermögenseinkommen (netto), übrige empfangene laufende Transfers, Einkommen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, abzüglich Steuern (ohne Lohnsteuer und verbrauchsnahe Steuern) und übriger geleisteter laufender Transfers. Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. 6 Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. 7 Sparen in % des verfügbaren Einkommens.

9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft

Zeit	Tariflohnindex 1)								nachrichtlich: Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer 3)	
	auf Stundenbasis		auf Monatsbasis							
			insgesamt		insgesamt ohne Einmalzahlungen		Grundvergütungen 2)			
2015=100	% gegen Vorjahr	2015=100	% gegen Vorjahr	2015=100	% gegen Vorjahr	2015=100	% gegen Vorjahr	2015=100	% gegen Vorjahr	
2014	97,7	3,1	97,8	2,9	97,7	2,8	97,6	2,8	97,2	2,9
2015	100,0	2,3	100,0	2,3	100,0	2,3	100,0	2,4	100,0	2,9
2016	102,2	2,2	102,2	2,2	102,2	2,2	102,3	2,3	102,5	2,5
2017	104,5	2,2	104,5	2,2	104,5	2,3	104,7	2,4	105,1	2,6
2018	107,6	3,0	107,5	3,0	107,5	2,8	107,6	2,8	108,4	3,2
2019	110,7	2,9	110,6	2,8	110,1	2,5	110,2	2,4	111,7	3,0
2020	112,9	2,0	112,9	2,1	112,2	1,9	112,3	1,9	111,6	- 0,1
2021	114,7	1,6	114,6	1,6	114,1	1,7	114,1	1,6	115,3	3,3
2021 1.Vj.	106,0	1,4	106,0	1,4	106,1	1,5	113,4	1,5	107,4	- 0,0
2.Vj.	107,7	2,3	107,6	2,3	106,8	1,4	113,9	1,5	111,2	5,4
3.Vj.	117,8	1,0	117,7	1,0	116,4	1,4	114,2	1,5	115,1	4,0
4.Vj.	127,3	1,6	127,2	1,6	127,2	2,4	114,7	1,8	127,2	3,7
2022 1.Vj.	110,7	4,4	110,6	4,4	107,7	1,6	115,2	1,6	113,3	5,5
2.Vj.	109,8	1,9	109,7	1,9	109,0	2,1	116,3	2,1	116,0	4,3
2022 Jan.	108,4	2,2	108,3	2,2	107,7	1,5	115,2	1,6	.	.
Febr.	110,4	4,2	110,3	4,1	107,8	1,6	115,2	1,6	.	.
März	113,4	6,9	113,3	6,9	107,8	1,6	115,3	1,6	.	.
April	109,3	2,1	109,2	2,0	109,1	1,9	116,1	2,0	.	.
Mai	111,1	4,2	111,0	4,2	109,1	2,2	116,4	2,2	.	.
Juni	108,8	- 0,4	108,7	- 0,4	108,9	2,1	116,4	2,2	.	.
Juli	144,0	3,4	143,9	3,4	139,8	3,2	116,6	2,2	.	.

1 Aktuelle Angaben werden in der Regel noch aufgrund von Nachmeldungen korrigiert.
2 Ohne Einmalzahlungen sowie ohne Nebenvereinbarungen (Verml, Sonderzahlungen

z.B. Jahresgratifikation, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld (13.ME) und Altersvorsorgeleistungen). 3 Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: August 2022.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

10. Aktiva und Passiva börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen *)

Stand am Jahres- bzw. Halbjahresende

Zeit	Aktiva									Passiva						
	Bilanzsumme	darunter:				darunter:				Eigenkapital	Schulden					
		langfristige Vermögenswerte	immaterielle Vermögenswerte	Sachanlagen	finanzielle Vermögenswerte	kurzfristige Vermögenswerte	Vorräte	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	Zahlungsmittel 1)		insgesamt	langfristig		kurzfristig		Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen
												zusammen	darunter Finanzschulden	zusammen	darunter:	
Finanzschulden	Finanzschulden	Finanzschulden	Finanzschulden													
Insgesamt (Mrd €)																
2018 3)	2 589,0	1 536,7	540,8	610,8	288,5	1 052,3	249,5	234,7	172,6	789,8	1 799,2	925,7	558,7	873,4	257,5	205,0
2019	2 800,6	1 769,7	586,3	737,1	333,4	1 030,9	257,5	237,6	168,4	821,0	1 979,6	1 091,2	676,3	888,4	289,8	207,6
2020	2 850,0	1 797,3	607,5	733,1	335,1	1 052,7	243,6	225,9	240,5	811,5	2 038,5	1 181,5	746,3	857,0	304,4	196,1
2021 p)	3 292,0	1 971,6	680,1	773,9	368,6	1 320,4	272,1	338,2	269,6	994,4	2 297,6	1 206,9	772,1	1 090,7	310,4	238,0
2020 1.Hj.	2 891,4	1 800,9	625,0	734,0	319,7	1 090,5	257,6	216,4	220,7	793,7	2 097,7	1 183,8	754,2	913,9	335,5	179,7
2.Hj.	2 850,0	1 797,3	607,5	733,1	335,1	1 052,7	243,6	225,9	240,5	811,5	2 038,5	1 181,5	746,3	857,0	304,4	196,1
2021 1.Hj.	3 017,6	1 877,0	649,3	745,0	343,7	1 140,6	256,2	273,2	240,8	906,9	2 110,7	1 178,6	751,9	932,1	297,4	206,9
2.Hj. p)	3 292,0	1 971,6	680,1	773,9	368,6	1 320,4	272,1	338,2	269,6	994,4	2 297,6	1 206,9	772,1	1 090,7	310,4	238,0
in % der Bilanzsumme																
2018 3)	100,0	59,4	20,9	23,6	11,1	40,6	9,6	9,1	6,7	30,5	69,5	35,8	21,6	33,7	10,0	7,9
2019	100,0	63,2	20,9	26,3	11,9	36,8	9,2	8,5	6,0	29,3	70,7	39,0	24,2	31,7	10,4	7,4
2020	100,0	63,1	21,3	25,7	11,8	36,9	8,6	7,9	8,4	28,5	71,5	41,5	26,2	30,1	10,7	6,9
2021 p)	100,0	59,9	20,7	23,5	11,2	40,1	8,3	10,3	8,2	30,2	69,8	36,7	23,5	33,1	9,4	7,2
2020 1.Hj.	100,0	62,3	21,6	25,4	11,1	37,7	8,9	7,5	7,6	27,5	72,6	40,9	26,1	31,6	11,6	6,2
2.Hj.	100,0	63,1	21,3	25,7	11,8	36,9	8,6	7,9	8,4	28,5	71,5	41,5	26,2	30,1	10,7	6,9
2021 1.Hj.	100,0	62,2	21,5	24,7	11,4	37,8	8,5	9,1	8,0	30,1	70,0	39,1	24,9	30,9	9,9	6,9
2.Hj. p)	100,0	59,9	20,7	23,5	11,2	40,1	8,3	10,3	8,2	30,2	69,8	36,7	23,5	33,1	9,4	7,2
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Produzierenden Gewerbe (Mrd €) 2)																
2018 3)	2 149,3	1 215,4	388,1	472,9	277,5	933,9	234,5	188,6	139,2	636,7	1 512,6	760,2	442,4	752,3	236,2	152,5
2019	2 302,9	1 396,4	419,6	565,4	319,7	906,5	243,8	188,5	136,8	662,2	1 640,7	887,5	523,8	753,2	257,5	158,0
2020	2 265,0	1 354,9	399,0	543,5	320,0	910,1	228,7	179,5	187,9	636,2	1 628,7	904,7	536,9	724,0	267,3	149,8
2021 p)	2 626,3	1 479,3	441,7	573,9	347,4	1 147,0	254,4	281,7	212,3	764,7	1 861,6	918,5	548,5	943,1	274,9	184,0
2020 1.Hj.	2 304,8	1 351,9	406,4	547,1	303,3	952,9	243,9	171,5	171,3	614,6	1 690,2	912,1	548,4	778,0	294,6	137,0
2.Hj.	2 265,0	1 354,9	399,0	543,5	320,0	910,1	228,7	179,5	187,9	636,2	1 628,7	904,7	536,9	724,0	267,3	149,8
2021 1.Hj.	2 392,8	1 398,3	416,6	551,0	322,5	994,6	240,6	221,9	192,4	703,5	1 689,4	892,3	532,0	797,1	261,3	162,1
2.Hj. p)	2 626,3	1 479,3	441,7	573,9	347,4	1 147,0	254,4	281,7	212,3	764,7	1 861,6	918,5	548,5	943,1	274,9	184,0
in % der Bilanzsumme																
2018 3)	100,0	56,6	18,1	22,0	12,9	43,5	10,9	8,8	6,5	29,6	70,4	35,4	20,6	35,0	11,0	7,1
2019	100,0	60,6	18,2	24,6	13,9	39,4	10,6	8,2	5,9	28,8	71,3	38,5	22,7	32,7	11,2	6,9
2020	100,0	59,8	17,6	24,0	14,1	40,2	10,1	7,9	8,3	28,1	71,9	39,9	23,7	32,0	11,8	6,6
2021 p)	100,0	56,3	16,8	21,9	13,2	43,7	9,7	10,7	8,1	29,1	70,9	35,0	20,9	35,9	10,5	7,0
2020 1.Hj.	100,0	58,7	17,6	23,7	13,2	41,3	10,6	7,4	7,4	26,7	73,3	39,6	23,8	33,8	12,8	6,0
2.Hj.	100,0	59,8	17,6	24,0	14,1	40,2	10,1	7,9	8,3	28,1	71,9	39,9	23,7	32,0	11,8	6,6
2021 1.Hj.	100,0	58,4	17,4	23,0	13,5	41,6	10,1	9,3	8,0	29,4	70,6	37,3	22,2	33,3	10,9	6,8
2.Hj. p)	100,0	56,3	16,8	21,9	13,2	43,7	9,7	10,7	8,1	29,1	70,9	35,0	20,9	35,9	10,5	7,0
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Dienstleistungssektor (Mrd €)																
2018 3)	439,7	321,3	152,7	137,9	11,0	118,3	14,9	46,1	33,3	153,1	286,6	165,5	116,3	121,1	21,3	52,5
2019	497,7	373,3	166,7	171,8	13,7	124,4	13,7	49,1	31,6	158,8	338,9	203,8	152,6	135,1	32,3	49,6
2020	585,0	442,4	208,5	189,6	15,1	142,6	14,9	46,4	52,6	175,3	409,7	276,7	209,4	133,0	37,1	46,3
2021 p)	665,7	492,2	238,5	200,0	21,3	173,5	17,7	56,5	57,3	229,7	436,0	288,4	223,6	147,6	35,5	53,9
2020 1.Hj.	586,6	449,0	218,7	186,8	16,3	137,6	13,7	44,9	49,4	179,1	407,6	271,7	205,7	135,9	40,9	42,6
2.Hj.	585,0	442,4	208,5	189,6	15,1	142,6	14,9	46,4	52,6	175,3	409,7	276,7	209,4	133,0	37,1	46,3
2021 1.Hj.	624,7	478,7	232,6	194,1	21,2	146,1	15,5	51,4	48,4	203,4	421,3	286,4	219,9	135,0	36,1	44,8
2.Hj. p)	665,7	492,2	238,5	200,0	21,3	173,5	17,7	56,5	57,3	229,7	436,0	288,4	223,6	147,6	35,5	53,9
in % der Bilanzsumme																
2018 3)	100,0	73,1	34,7	31,4	2,5	26,9	3,4	10,5	7,6	34,8	65,2	37,6	26,5	27,6	4,8	11,9
2019	100,0	75,0	33,5	34,5	2,8	25,0	2,8	9,9	6,4	31,9	68,1	41,0	30,7	27,2	6,5	10,0
2020	100,0	75,6	35,6	32,4	2,6	24,4	2,6	7,9	9,0	30,0	70,0	47,3	35,8	22,7	6,3	7,9
2021 p)	100,0	73,9	35,8	30,0	3,2	26,1	2,7	8,5	8,6	34,5	65,5	43,3	33,6	22,2	5,3	8,1
2020 1.Hj.	100,0	76,5	37,3	31,9	2,8	23,5	2,3	7,7	8,4	30,5	69,5	46,3	35,1	23,2	7,0	7,3
2.Hj.	100,0	75,6	35,6	32,4	2,6	24,4	2,6	7,9	9,0	30,0	70,0	47,3	35,8	22,7	6,3	7,9
2021 1.Hj.	100,0	76,6	37,2	31,1	3,4	23,4	2,5	8,2	7,8	32,6	67,4	45,8	35,2	21,6	5,8	7,2
2.Hj. p)	100,0	73,9	35,8	30,0	3,2	26,1	2,7	8,5	8,6	34,5	65,5	43,3	33,6	22,2	5,3	8,1

* Im Prime Standard der Frankfurter Wertpapierbörse zugelassene nichtfinanzielle Unternehmensgruppen, die viertel- bzw. halbjährlich IFRS-Konzernabschlüsse publizieren und einen nennenswerten Wertschöpfungsbeitrag in Deutschland erbringen. Ohne Grundstücks- und Wohnungswesen. 1 Einschl. Zahlungsmitteläquivalente. 2 Einschl.

Unternehmensgruppen der Land- und Forstwirtschaft. 3 Ab 1. Hj. 2018 bzw. 2018: signifikante IFRS-Standardänderungen, die die Vergleichbarkeit mit den Vorperioden einschränken.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

11. Umsatz und operatives Ergebnis börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen *)

Zeit	Umsatz		Operatives Ergebnis vor Abschreibungen (EBITDA 1)		Operatives Ergebnis vor Abschreibungen (EBITDA 1) in % des Umsatzes			Operatives Ergebnis (EBIT)		Operatives Ergebnis (EBIT) in % des Umsatzes						
	Mrd € 3)	Veränderung gegen Vorjahr in % 4)	Mrd € 3)	Veränderung gegen Vorjahr in % 4)	Gewogener Durchschnitt	Verteilung 2)			Mrd € 3)	Veränderung gegen Vorjahr in % 4)	Gewogener Durchschnitt	Verteilung 2)				
						1.Quartil	Median	3.Quartil				1.Quartil	Median	3.Quartil		
					%	%	%			%	%	%	%	%		
Insgesamt																
2014	1 564,3	1,0	198,7	5,0	12,7	0,5	5,9	10,3	17,4	109,3	8,6	7,0	0,5	1,9	6,2	11,1
2015	1 633,9	6,9	195,9	-1,1	12,0	-1,0	6,3	10,6	17,8	91,5	-16,4	5,6	-1,5	1,8	6,7	11,3
2016	1 624,3	-0,4	214,4	7,8	13,2	1,0	6,7	11,4	17,9	111,7	9,0	6,9	0,5	2,6	6,7	12,0
2017	1 719,3	5,1	243,4	14,6	14,2	1,2	7,0	11,0	18,0	141,9	33,3	8,3	1,8	2,5	6,8	12,1
2018 6)	1 706,8	0,7	232,8	-0,9	13,6	-0,2	6,1	10,6	17,8	129,2	-6,3	7,6	-0,6	2,1	6,5	11,9
2019	1 764,6	2,6	233,6	0,4	13,2	-0,3	6,9	12,2	19,2	105,5	-17,9	6,0	-1,5	1,6	5,8	11,8
2020	1 632,8	-8,8	213,6	-7,7	13,1	0,2	6,5	11,5	17,9	52,1	-41,0	3,2	-2,1	-0,8	4,9	10,5
2021 p)	1 994,7	20,4	297,9	37,8	14,9	1,9	7,8	13,4	19,9	161,7	212,8	8,1	5,0	2,9	8,2	12,2
2017 1.Hj.	843,9	6,7	125,7	14,6	14,9	1,0	5,7	10,1	17,1	78,4	29,6	9,3	1,6	1,8	5,8	11,6
2.Hj.	878,5	3,5	117,4	14,6	13,4	1,3	6,9	12,0	19,2	63,0	38,2	7,2	1,8	3,2	7,4	12,4
2018 1.Hj. 6)	848,2	-0,1	120,8	-2,1	14,2	-0,3	5,1	10,6	18,2	72,7	-5,3	8,6	-0,5	1,7	6,4	12,5
2.Hj.	869,4	1,4	114,4	0,5	13,2	-0,1	6,3	11,2	18,0	58,0	-7,6	6,7	-0,6	2,1	6,8	12,5
2019 1.Hj.	861,3	2,7	112,3	-4,0	13,0	-0,9	6,5	11,8	18,6	53,4	-23,3	6,2	-2,1	1,5	5,7	11,7
2.Hj.	903,7	2,4	121,3	4,8	13,4	0,3	6,6	11,8	20,0	52,0	-11,4	5,8	-0,9	0,8	6,1	12,5
2020 1.Hj.	744,5	-14,4	78,2	-34,1	10,5	-3,0	4,8	9,9	16,7	7,9	-88,0	1,1	-5,3	-2,1	3,5	8,8
2.Hj.	888,4	-3,3	135,4	17,1	15,2	2,8	7,6	13,2	19,8	44,2	8,7	5,0	0,7	1,7	6,5	11,6
2021 1.Hj.	920,0	20,3	151,5	87,2	16,5	5,9	7,4	12,6	19,5	84,5	.	9,2	8,3	2,3	7,8	12,2
2.Hj. p)	1 075,6	20,4	146,6	8,2	13,6	-1,5	8,4	13,2	20,8	77,2	73,3	7,2	2,2	2,9	7,8	13,4
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Produzierenden Gewerbe 5)																
2014	1 220,0	1,0	152,2	5,9	12,5	0,6	5,8	10,1	15,5	85,2	9,8	7,0	0,6	1,7	6,0	10,6
2015	1 309,7	7,0	149,0	-2,6	11,4	-1,1	6,3	10,5	16,3	69,1	-19,7	5,3	-1,8	2,2	6,6	10,4
2016	1 295,9	-0,8	161,9	6,3	12,5	0,8	6,5	10,6	16,0	84,8	4,2	6,5	0,3	2,8	6,3	10,5
2017	1 395,9	5,5	187,5	16,6	13,4	1,3	7,1	11,0	15,8	112,5	40,6	8,1	2,0	3,2	6,7	10,4
2018 6)	1 367,7	1,0	175,7	-1,5	12,9	-0,3	6,9	10,7	16,0	100,7	-7,1	7,4	-0,6	2,8	6,9	11,4
2019	1 410,9	2,0	168,1	-4,4	11,9	-0,8	6,9	11,3	16,6	76,3	-23,8	5,4	-1,8	1,4	5,7	10,1
2020	1 285,2	-9,4	143,6	-8,6	11,2	0,1	5,7	10,6	16,5	29,1	-48,1	2,3	-2,3	-0,7	4,3	9,8
2021 p)	1 585,8	22,4	209,0	46,0	13,2	2,1	7,9	12,8	17,9	118,8	326,0	7,5	5,4	2,8	7,8	11,1
2017 1.Hj.	695,1	7,3	101,5	18,7	14,6	1,4	6,0	10,1	16,1	66,3	37,3	9,5	2,1	2,3	5,8	10,8
2.Hj.	701,4	3,7	86,0	14,2	12,3	1,1	7,0	11,7	16,9	46,2	45,5	6,6	1,9	3,6	7,2	10,8
2018 1.Hj. 6)	681,9	-0,1	94,9	-3,4	13,9	-0,5	7,0	10,9	16,7	60,0	-5,9	8,8	-0,6	2,9	6,8	11,5
2.Hj.	695,4	2,1	83,1	0,7	12,0	-0,2	6,2	11,1	16,2	42,1	-8,7	6,1	-0,7	2,0	6,4	11,4
2019 1.Hj.	689,9	2,4	83,3	-8,8	12,1	-1,5	7,1	10,9	16,1	41,9	-26,8	6,1	-2,4	1,8	6,0	9,5
2.Hj.	721,0	1,7	84,8	0,3	11,8	-0,2	6,1	10,8	16,9	34,4	-19,7	4,8	-1,3	0,6	5,2	11,1
2020 1.Hj.	580,6	-16,0	49,0	-42,4	8,4	-3,8	4,4	8,8	14,9	0,2	-101,7	0,0	-6,2	-2,1	3,1	7,8
2.Hj.	704,6	-3,0	94,6	25,4	13,4	3,4	7,0	12,1	18,6	28,9	19,7	4,1	1,1	0,3	6,0	10,5
2021 1.Hj.	731,9	24,0	111,2	126,9	15,2	6,9	8,2	12,6	18,6	66,7	.	9,1	9,3	2,9	7,9	12,1
2.Hj. p)	854,2	21,1	97,9	3,9	11,5	-1,9	7,8	12,4	17,5	52,1	81,1	6,1	2,1	2,7	7,0	11,5
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Dienstleistungssektor																
2014	344,2	0,8	46,5	1,8	13,5	0,1	6,0	12,3	22,6	24,1	4,3	7,0	0,2	2,6	6,3	13,7
2015	324,1	6,1	46,9	4,0	14,5	-0,3	5,9	11,1	22,1	22,3	-3,8	6,9	-0,7	1,3	6,7	13,9
2016	328,4	1,3	52,5	12,8	16,0	1,6	6,8	13,4	25,1	26,9	24,4	8,2	1,5	2,3	8,2	15,3
2017	323,4	3,5	55,9	8,3	17,3	0,8	6,8	11,5	23,0	29,4	11,4	9,1	0,6	2,1	7,2	15,1
2018 6)	339,2	-0,6	57,1	1,3	16,8	0,3	5,5	10,5	24,7	28,5	-3,5	8,4	-0,3	1,4	5,8	16,6
2019	353,7	4,8	65,4	15,2	18,5	1,7	6,9	13,7	24,5	29,2	2,8	8,3	-0,2	2,4	6,2	16,2
2020	347,6	-6,1	70,0	-5,4	20,1	0,1	6,9	13,3	22,1	23,0	-22,1	6,6	-1,4	-1,2	6,5	12,2
2021 p)	408,9	13,0	88,8	21,6	21,7	1,6	7,6	15,0	24,0	42,8	79,7	10,5	3,9	3,0	9,2	15,6
2017 1.Hj.	148,8	4,6	24,2	0,4	16,2	-0,6	5,2	9,8	21,0	12,1	0,3	8,2	-0,3	1,2	5,6	14,5
2.Hj.	177,1	2,5	31,5	15,6	17,8	2,0	6,6	12,5	24,6	16,8	21,6	9,5	1,5	2,9	7,8	17,9
2018 1.Hj. 6)	166,3	0,2	25,9	2,8	15,6	0,4	3,8	9,5	22,7	12,6	-1,9	7,6	-0,2	-0,9	4,7	15,3
2.Hj.	174,0	-1,3	31,3	-0,0	18,0	0,2	6,7	11,3	25,6	15,9	-4,6	9,1	-0,3	2,2	7,0	17,8
2019 1.Hj.	171,4	4,0	29,0	13,1	16,9	1,4	5,7	12,3	24,4	11,6	-7,5	6,7	-0,9	0,0	4,9	14,5
2.Hj.	182,7	5,5	36,5	16,9	20,0	1,9	7,1	15,1	24,4	17,7	10,9	9,7	0,5	1,8	8,2	16,3
2020 1.Hj.	163,9	-8,1	29,2	-9,4	17,8	-0,3	5,6	10,8	21,2	7,7	-36,4	4,7	-2,1	-2,2	4,3	10,9
2.Hj.	183,8	-4,2	40,8	-2,2	22,2	0,4	8,9	14,7	23,3	15,3	-12,8	8,3	-0,9	2,6	7,5	13,3
2021 1.Hj.	188,1	7,7	40,3	26,1	21,5	3,1	6,9	12,6	24,5	17,8	119,9	9,5	4,8	0,9	6,9	13,6
2.Hj. p)	221,4	17,9	48,7	18,2	22,0	0,1	9,4	16,5	24,7	25,1	59,1	11,3	3,0	3,8	9,5	17,7

* Im Prime Standard der Frankfurter Wertpapierbörse zugelassene nichtfinanzielle Unternehmensgruppen, die viertel- bzw. halbjährlich IFRS-Konzernabschlüsse publizieren und einen nennenswerten Wertschöpfungsbeitrag in Deutschland erbringen. Ohne Grundstücks- und Wohnungswesen. 1 Earnings before interest, taxes, depreciation and amortisation. 2 Quantilsangaben basieren auf den ungewogenen Umsatzrenditen der Unternehmensgruppen. 3 Jahreswerte entsprechen nicht zwangsläufig der Summe der

Halbjahreswerte. Siehe Qualitätsbericht zur Konzernabschlussstatistik S. 3. 4 Bereinigt um erhebliche Veränderungen im Konsolidierungskreis großer Unternehmensgruppen sowie im Berichtskreis. Siehe Erläuterungen in der Statistischen Fachreihe Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen. 5 Einschl. Unternehmensgruppen der Land- und Forstwirtschaft. 6 Ab 1. Hj. 2018 bzw. 2018: signifikante IFRS-Standardänderungen, die die Vergleichbarkeit mit den Vorperioden einschränken.

XII. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für den Euroraum *)

Mio €

Position	2019	2020	2021	2021		2022			
				3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	April ^{r)}	Mai ^{r)}	Juni ^{p)}
I. Leistungsbilanz	+ 277 849	+ 216 998	+ 301 548	+ 90 723	+ 44 291	+ 996	- 3 951	- 19 363	+ 3 241
1. Warenhandel									
Einnahmen	2 390 756	2 187 668	2 504 403	622 455	671 475	677 718	233 602	256 436	261 635
Ausgaben	2 083 527	1 845 143	2 218 825	552 729	634 554	677 956	235 622	254 331	257 373
Saldo	+ 307 230	+ 342 526	+ 285 573	+ 69 725	+ 36 920	- 238	- 2 020	+ 2 105	+ 4 262
2. Dienstleistungen									
Einnahmen	1 018 798	866 556	1 001 378	265 110	291 195	270 187	93 287	97 246	104 991
Ausgaben	982 729	865 180	906 156	230 845	272 115	240 719	80 613	84 338	88 580
Saldo	+ 36 070	+ 1 374	+ 95 222	+ 34 265	+ 19 080	+ 29 467	+ 12 674	+ 12 908	+ 16 411
3. Primäreinkommen									
Einnahmen	855 383	715 559	810 638	185 984	216 559	201 556	69 815	68 589	74 691
Ausgaben	772 766	684 183	732 386	165 168	188 135	187 755	72 499	92 297	77 725
Saldo	+ 82 620	+ 31 376	+ 78 251	+ 20 816	+ 28 425	+ 13 801	- 2 684	- 23 709	- 3 034
4. Sekundäreinkommen									
Einnahmen	123 291	126 638	154 464	36 660	42 817	37 515	12 191	14 300	11 757
Ausgaben	271 356	284 911	311 965	70 743	82 951	79 549	24 112	24 967	26 155
Saldo	- 148 066	- 158 271	- 157 503	- 34 084	- 40 135	- 42 034	- 11 921	- 10 667	- 14 398
II. Vermögensänderungsbilanz	- 26 857	- 3 086	+ 41 311	+ 13 895	+ 12 929	+ 7 339	+ 2 459	+ 2 159	+ 3 455
III. Kapitalbilanz ¹⁾	+ 244 341	+ 194 663	+ 341 940	+ 83 183	+ 27 229	+ 13 932	- 38 979	+ 13 141	+ 33 802
1. Direktinvestitionen	+ 86 091	- 200 794	+ 292 022	+ 106 894	+ 52 634	+ 25 982	+ 29 796	+ 42 127	- 2 153
Inländ. Anlagen außerhalb des Euroraums	+ 46 496	- 137 138	+ 148 889	+ 44 551	- 16 014	+ 48 447	+ 48 514	+ 26 111	- 19 339
Ausländ. Anlagen innerhalb des Euroraums	- 39 596	+ 63 654	- 143 130	- 62 341	- 68 646	+ 22 465	+ 18 718	- 16 015	- 17 187
2. Wertpapieranlagen	- 104 930	+ 538 328	+ 427 270	+ 55 965	+ 118 239	- 32 612	+ 12 647	+ 52 785	- 17 081
Inländ. Anlagen außerhalb des Euroraums	+ 423 918	+ 686 807	+ 772 132	+ 126 214	+ 140 645	- 20 994	- 52 025	- 45 207	- 13 488
Aktien und Investmentfondsanteile kurzfristige	+ 58 261	+ 319 347	+ 352 979	+ 44 352	+ 24 505	- 18 689	- 5 012	- 36 687	- 35 463
Schuldverschreibungen langfristige	+ 6 565	+ 121 088	+ 116 846	- 8 476	+ 82 623	- 59 212	- 50 590	- 4 475	+ 4 915
Schuldverschreibungen langfristige	+ 359 093	+ 246 368	+ 302 307	+ 90 339	+ 33 517	+ 56 906	+ 3 577	- 4 045	+ 17 060
Ausländ. Anlagen innerhalb des Euroraums	+ 528 848	+ 148 479	+ 344 863	+ 70 250	+ 22 405	+ 11 617	- 64 672	- 97 991	+ 3 592
Aktien und Investmentfondsanteile kurzfristige	+ 283 968	+ 163 535	+ 519 946	+ 129 618	+ 145 570	- 63 928	+ 1 851	- 48 122	- 12 158
Schuldverschreibungen langfristige	- 26 090	+ 112 497	+ 40 042	+ 13 859	- 81 475	+ 81 563	- 23 123	- 22 971	- 14 702
Schuldverschreibungen langfristige	+ 270 967	- 127 553	- 215 125	- 73 227	- 41 690	- 6 018	- 43 400	- 26 899	+ 30 452
3. Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen	+ 7 673	+ 29 703	+ 69 667	+ 24 062	+ 44 615	- 5 314	+ 12 756	- 2 734	- 9 894
4. Übriger Kapitalverkehr	+ 249 506	- 185 599	- 577 196	- 226 885	- 191 145	+ 26 236	- 93 510	- 80 224	+ 61 127
Eurosysteem	+ 144 207	- 203 619	- 442 880	- 166 708	- 357 069	+ 184 196	+ 57 915	- 33 473	- 27 252
Staat	+ 5 268	- 16 333	- 72 593	- 45 934	+ 3 119	+ 2 062	- 24 119	- 2 659	- 4 459
Monetäre Finanzinstitute ²⁾	+ 186 982	+ 20 405	- 125 367	- 33 112	+ 183 971	- 233 851	- 114 431	- 22 739	+ 82 644
Unternehmen und Privatpersonen	- 86 953	+ 13 952	+ 63 646	+ 18 871	- 21 165	+ 73 830	- 12 874	- 21 353	+ 10 193
5. Währungsreserven des Euroraums	+ 5 998	+ 13 026	+ 130 180	+ 123 148	+ 2 887	- 359	- 667	+ 1 188	+ 1 802
IV. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	- 6 652	- 19 252	- 918	- 21 436	- 29 991	+ 5 597	- 37 487	+ 30 345	+ 27 106

* Quelle: EZB, gemäß den internationalen Standards des Balance of Payments Manual in der 6. Auflage des Internationalen Währungsfonds. ¹ Zunahme: + / Abnahme: -. ² Ohne Eurosystem.

XII. Außenwirtschaft

2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Leistungsbilanz						Vermögens- änderungs- bilanz 2)	Kapitalbilanz 3)			Statistisch nicht auf- gliederbare Trans- aktionen 4)
	Insgesamt	Warenhandel		Dienst- leistungen	Primär- einkommen	Sekundär- einkommen		Insgesamt	darunter: Währungs- reserven		
		Insgesamt	darunter: Ergänzungen zum Außen- handel, Saldo 1)								
2007	+ 171 493	+ 201 728	- 1 183	- 32 465	+ 35 620	- 33 390	- 1 597	+ 183 169	+ 953	+ 13 273	
2008	+ 144 954	+ 184 160	- 3 947	- 29 122	+ 24 063	- 34 147	- 893	+ 121 336	+ 2 008	- 22 725	
2009	+ 142 744	+ 140 626	- 6 605	- 17 642	+ 54 524	- 34 764	- 1 858	+ 129 693	+ 8 648	- 11 194	
2010	+ 147 298	+ 160 829	- 6 209	- 25 255	+ 51 306	- 39 582	+ 1 219	+ 92 757	+ 1 613	- 55 760	
2011	+ 167 340	+ 162 970	- 9 357	- 29 930	+ 69 087	- 34 787	+ 419	+ 120 857	+ 2 836	- 46 902	
2012	+ 195 712	+ 199 531	- 11 388	- 30 774	+ 65 658	- 38 703	+ 413	+ 151 417	+ 1 297	- 43 882	
2013	+ 184 352	+ 203 802	- 12 523	- 39 321	+ 63 284	- 43 413	- 563	+ 226 014	+ 838	+ 42 224	
2014	+ 210 906	+ 219 629	- 14 296	- 25 303	+ 57 752	- 41 172	+ 2 936	+ 240 258	- 2 564	+ 26 416	
2015	+ 260 286	+ 248 394	- 15 405	- 18 516	+ 69 262	- 38 854	- 48	+ 234 392	- 2 213	- 25 845	
2016	+ 266 689	+ 252 409	- 19 921	- 20 987	+ 76 199	- 40 931	+ 2 142	+ 261 123	+ 1 686	- 7 708	
2017	+ 255 814	+ 255 077	- 13 613	- 23 994	+ 76 404	- 51 673	+ 2 936	+ 276 697	- 1 269	+ 23 819	
2018	+ 267 729	+ 221 983	- 22 985	- 15 806	+ 111 890	- 50 338	+ 580	+ 246 928	+ 392	- 21 381	
2019	+ 262 903	+ 215 456	- 30 887	- 18 100	+ 115 359	- 49 811	- 887	+ 186 317	- 544	- 75 700	
2020	+ 238 741	+ 189 963	- 7 246	+ 2 725	+ 98 780	- 52 727	- 5 829	+ 216 515	- 51	- 16 397	
2021	+ 264 981	+ 192 150	+ 3 091	+ 314	+ 126 606	- 54 090	- 1 376	+ 314 750	+ 31 892	+ 51 145	
2019 3.Vj.	+ 64 013	+ 57 726	- 7 447	- 11 912	+ 30 937	- 12 738	+ 235	+ 19 657	- 349	- 44 590	
4.Vj.	+ 68 030	+ 49 432	- 11 400	- 3 126	+ 35 102	- 13 378	+ 1 412	+ 83 477	- 576	+ 16 860	
2020 1.Vj.	+ 62 570	+ 52 090	- 2 656	- 2 238	+ 27 396	- 14 679	- 608	+ 33 152	+ 133	- 28 810	
2.Vj.	+ 37 621	+ 28 076	- 1 806	+ 5 190	+ 13 563	- 9 209	+ 55	+ 25 747	+ 243	- 11 929	
3.Vj.	+ 62 788	+ 55 716	- 695	- 5 827	+ 23 501	- 10 601	- 1 493	+ 65 414	- 1 276	+ 4 118	
4.Vj.	+ 75 762	+ 54 082	- 2 089	+ 5 999	+ 34 320	- 18 238	- 3 783	+ 92 203	+ 848	+ 20 223	
2021 1.Vj.	+ 75 009	+ 57 190	+ 1 200	+ 3 281	+ 31 814	- 17 276	- 331	+ 106 919	+ 385	+ 32 241	
2.Vj.	+ 63 932	+ 47 133	- 194	+ 6 401	+ 18 624	- 8 225	- 1 788	+ 84 594	+ 58	+ 22 450	
3.Vj.	+ 61 165	+ 49 076	- 34	- 8 160	+ 34 277	- 14 029	+ 1 745	+ 36 922	+ 31 199	- 25 987	
4.Vj.	+ 64 875	+ 38 751	+ 2 119	- 1 208	+ 41 892	- 14 560	- 1 002	+ 86 314	+ 250	+ 22 441	
2022 1.Vj.	+ 52 344	+ 34 305	+ 3 802	- 2 468	+ 36 895	- 16 388	- 1 865	+ 94 003	+ 2 200	+ 43 524	
2.Vj.	+ 22 934	+ 24 817	+ 8 139	- 7 257	+ 16 717	- 11 343	- 3 775	+ 55 875	+ 597	+ 36 715	
2020 Febr.	+ 21 309	+ 19 874	- 1 884	- 1 316	+ 7 135	- 4 383	- 101	+ 15 791	+ 750	- 5 418	
März	+ 25 331	+ 18 185	+ 133	- 62	+ 10 080	- 2 872	+ 706	+ 13 542	- 1 514	- 11 083	
April	+ 10 787	+ 4 530	- 102	+ 1 675	+ 9 003	- 4 421	+ 110	+ 11 487	+ 950	+ 589	
Mai	+ 6 134	+ 8 575	+ 87	+ 1 110	+ 23	- 3 573	- 9	+ 2 095	+ 33	- 4 029	
Juni	+ 20 700	+ 14 971	- 1 791	+ 2 406	+ 4 538	- 1 214	- 47	+ 12 165	- 740	- 8 489	
Juli	+ 20 883	+ 20 319	- 330	- 2 709	+ 7 024	- 3 751	- 1 005	+ 14 644	- 611	- 5 234	
Aug.	+ 16 852	+ 13 976	+ 38	- 2 543	+ 8 850	- 3 432	+ 412	+ 30 512	- 611	+ 13 248	
Sept.	+ 25 053	+ 21 421	- 404	- 575	+ 7 627	- 3 419	- 900	+ 20 258	- 53	- 3 895	
Okt.	+ 24 773	+ 20 389	- 415	+ 782	+ 8 128	- 4 527	- 1 386	+ 25 983	+ 140	+ 2 596	
Nov.	+ 22 799	+ 18 384	+ 164	+ 2 120	+ 9 835	- 7 541	- 2 266	+ 23 695	+ 89	+ 3 162	
Dez.	+ 28 191	+ 15 308	- 1 838	+ 2 697	+ 16 356	- 6 171	- 132	+ 42 524	+ 618	+ 14 466	
2021 Jan.	+ 20 394	+ 14 733	+ 301	+ 896	+ 11 006	- 6 241	- 458	+ 22 458	+ 743	+ 2 522	
Febr.	+ 20 814	+ 18 248	+ 44	+ 1 159	+ 9 016	- 7 609	- 1 461	+ 52 644	+ 102	+ 33 291	
März	+ 33 801	+ 24 208	+ 855	+ 1 227	+ 11 792	- 3 427	+ 1 588	+ 31 817	- 460	- 3 572	
April	+ 23 029	+ 15 866	+ 83	+ 3 051	+ 7 812	- 3 701	- 700	+ 35 418	- 251	+ 13 090	
Mai	+ 15 757	+ 14 492	- 160	+ 2 344	+ 644	- 1 724	- 375	+ 14 146	+ 211	- 1 235	
Juni	+ 25 147	+ 16 775	- 117	+ 1 005	+ 10 167	- 2 800	- 713	+ 35 029	+ 98	+ 10 595	
Juli	+ 20 669	+ 18 645	- 451	- 2 511	+ 9 907	- 5 372	- 626	+ 5 325	+ 102	- 14 718	
Aug.	+ 16 987	+ 12 859	+ 645	- 3 543	+ 11 922	- 4 251	+ 493	+ 20 653	+ 31 254	+ 3 173	
Sept.	+ 23 509	+ 17 573	- 229	- 2 105	+ 12 447	- 4 406	+ 1 877	+ 10 944	- 158	- 14 442	
Okt.	+ 19 141	+ 15 259	+ 1 117	- 2 802	+ 11 783	- 5 099	+ 416	+ 21 714	+ 261	+ 2 157	
Nov.	+ 21 329	+ 14 820	+ 893	+ 71	+ 12 021	- 5 582	- 1 153	+ 48 411	+ 963	+ 28 235	
Dez.	+ 24 405	+ 8 672	+ 109	+ 1 523	+ 18 088	- 3 878	- 265	+ 16 190	- 974	- 7 951	
2022 Jan.	+ 12 519	+ 5 831	+ 1 230	- 338	+ 13 100	- 6 074	- 104	+ 55 703	+ 309	+ 43 288	
Febr.	+ 21 057	+ 15 649	+ 2 346	+ 414	+ 10 415	- 5 421	- 1 297	+ 28 963	+ 1 161	+ 9 203	
März	+ 18 768	+ 12 824	+ 225	- 2 543	+ 13 380	- 4 893	- 464	+ 9 337	+ 730	- 8 967	
April	+ 8 985	+ 4 343	+ 2 759	- 1 170	+ 10 496	- 4 684	- 1 272	+ 6 877	+ 83	- 836	
Mai	- 375	+ 9 094	+ 4 324	- 2 569	- 5 854	- 1 046	- 2 772	+ 1 400	+ 161	+ 4 547	
Juni	+ 14 324	+ 11 380	+ 1 056	- 3 519	+ 12 075	- 5 612	+ 269	+ 47 597	+ 353	+ 33 005	
Juli p)	+ 4 998	+ 8 330	+ 168	- 7 401	+ 10 735	- 6 666	- 2 116	- 21 040	- 484	- 23 921	

1 Unter anderem Lagerverkehr auf inländische Rechnung, Absetzungen der Rückwaren und Absetzungen der Aus- bzw. Einfuhren in Verbindung mit Lohnveredelung.
2 Einschl. Nettoerwerb/-veräußerung von nichtproduziertem Sachvermögen.

3 Zunahme an Nettoauslandsvermögen: + / Abnahme: - 4 Statistischer Restposten, der die Differenz zwischen dem Saldo der Kapitalbilanz und den Salden der Leistungs- sowie der Vermögensänderungsbilanz abbildet.

XII. Außenwirtschaft

3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland
 nach Ländergruppen und Ländern *)

Mio €

Ländergruppe/Land		2019	2020	2021	2022					
					Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Alle Länder 1)	Ausfuhr	1 328 152	1 206 928	1 375 658	123 762	138 453	122 593	133 410	135 873	127 599
	Einfuhr	1 104 141	1 026 502	1 203 174	112 437	130 495	121 874	131 031	128 249	122 741
	Saldo	+ 224 010	+ 180 427	+ 172 484	+ 11 324	+ 7 958	+ 720	+ 2 378	+ 7 623	+ 4 858
I. Europäische Länder	Ausfuhr	902 831	824 921	945 989	85 724	93 773	84 301	90 411	92 164	86 841
	Einfuhr	747 692	682 477	803 848	76 695	85 995	79 036	83 746	82 910	80 925
	Saldo	+ 155 140	+ 142 444	+ 142 141	+ 9 029	+ 7 777	+ 5 266	+ 6 665	+ 9 254	+ 5 915
1. EU-Länder (27)	Ausfuhr	698 257	635 741	747 249	68 386	75 367	67 913	72 870	74 565	70 060
	Einfuhr	593 251	546 655	638 563	59 193	64 787	59 332	64 870	64 433	60 671
	Saldo	+ 105 006	+ 89 087	+ 108 686	+ 9 193	+ 10 580	+ 8 580	+ 8 000	+ 10 131	+ 9 389
Euroraum (19)	Ausfuhr	492 308	441 853	518 917	47 587	52 101	47 599	51 088	51 885	49 340
	Einfuhr	409 863	371 211	438 606	41 211	44 897	41 205	44 688	44 363	41 694
	Saldo	+ 82 445	+ 70 643	+ 80 311	+ 6 376	+ 7 204	+ 6 393	+ 6 400	+ 7 522	+ 7 646
darunter:										
Belgien und Luxemburg	Ausfuhr	52 006	48 824	57 418	5 421	6 071	5 280	5 955	5 794	5 894
	Einfuhr	46 322	39 584	55 336	4 776	5 614	4 980	5 916	5 746	5 719
	Saldo	+ 5 683	+ 9 240	+ 2 082	+ 645	+ 457	+ 300	+ 39	+ 48	+ 175
Frankreich	Ausfuhr	106 564	90 910	102 125	9 200	10 196	9 088	9 751	10 213	9 504
	Einfuhr	66 199	56 364	62 049	5 563	6 291	5 549	5 873	6 493	5 577
	Saldo	+ 40 364	+ 34 546	+ 40 076	+ 3 637	+ 3 905	+ 3 538	+ 3 878	+ 3 721	+ 3 927
Italien	Ausfuhr	67 887	60 634	75 308	7 105	7 848	7 322	7 526	7 432	7 119
	Einfuhr	57 100	53 906	65 373	6 061	6 566	5 911	6 508	6 450	6 161
	Saldo	+ 10 786	+ 6 728	+ 9 935	+ 1 044	+ 1 282	+ 1 410	+ 1 018	+ 982	+ 958
Niederlande	Ausfuhr	91 528	84 579	100 451	9 152	9 324	8 832	9 163	9 455	9 183
	Einfuhr	97 816	87 024	105 489	9 523	10 729	10 143	10 657	10 829	10 314
	Saldo	- 6 288	- 2 445	- 5 039	- 371	- 1 405	- 1 311	- 1 495	- 1 374	- 1 130
Österreich	Ausfuhr	66 076	60 118	71 910	6 563	7 623	7 212	7 167	7 621	7 606
	Einfuhr	44 059	40 454	47 543	4 470	4 929	4 792	5 177	4 928	5 285
	Saldo	+ 22 017	+ 19 663	+ 24 367	+ 2 093	+ 2 694	+ 2 420	+ 1 990	+ 2 692	+ 2 321
Spanien	Ausfuhr	44 218	37 618	43 692	3 974	4 212	3 853	4 344	4 047	3 945
	Einfuhr	33 126	31 281	34 257	3 424	3 413	2 982	3 382	3 173	2 894
	Saldo	+ 11 092	+ 6 337	+ 9 434	+ 550	+ 799	+ 870	+ 962	+ 873	+ 1 051
Anderer EU-Länder	Ausfuhr	205 949	193 888	228 332	20 799	23 266	20 314	21 781	22 679	20 720
	Einfuhr	183 387	175 444	199 957	17 982	19 890	18 127	20 182	20 071	18 977
	Saldo	+ 22 561	+ 18 444	+ 28 375	+ 2 818	+ 3 376	+ 2 187	+ 1 600	+ 2 609	+ 1 743
2. Andere europäische Länder	Ausfuhr	204 575	189 180	198 740	17 338	18 406	16 389	17 541	17 599	16 780
	Einfuhr	154 441	135 822	165 284	17 502	21 208	19 703	18 876	18 476	20 255
	Saldo	+ 50 134	+ 53 358	+ 33 455	- 164	- 2 802	- 3 314	- 1 334	- 877	- 3 474
darunter:										
Schweiz	Ausfuhr	56 345	56 265	60 617	5 388	6 468	5 369	6 061	5 928	5 765
	Einfuhr	45 824	45 556	48 885	4 496	5 215	4 795	4 720	4 531	4 535
	Saldo	+ 10 521	+ 10 708	+ 11 732	+ 892	+ 1 252	+ 574	+ 1 341	+ 1 397	+ 1 230
Vereinigtes Königreich	Ausfuhr	79 166	67 086	65 348	5 838	6 562	6 121	5 962	6 051	5 809
	Einfuhr	38 397	35 018	32 177	2 553	3 659	3 488	3 369	2 845	3 045
	Saldo	+ 40 770	+ 32 068	+ 33 171	+ 3 285	+ 2 903	+ 2 633	+ 2 593	+ 3 206	+ 2 764
II. Außer-europäische Länder	Ausfuhr	421 728	380 292	427 496	37 804	44 335	37 879	42 528	43 208	40 252
	Einfuhr	355 390	343 270	398 448	35 671	44 399	42 719	47 132	45 167	41 653
	Saldo	+ 66 338	+ 37 022	+ 29 048	+ 2 133	- 65	- 4 840	- 4 604	- 1 960	- 1 401
1. Afrika	Ausfuhr	23 627	20 086	23 111	1 918	2 291	1 907	2 227	2 304	2 113
	Einfuhr	24 475	18 758	26 037	2 152	3 187	2 925	2 928	3 134	2 852
	Saldo	- 848	+ 1 328	- 2 926	- 234	- 896	- 1 018	- 701	- 829	- 739
2. Amerika	Ausfuhr	165 602	141 375	167 737	14 880	18 321	16 357	18 245	18 941	17 220
	Einfuhr	100 007	94 005	101 274	8 380	10 925	9 737	10 937	11 808	10 534
	Saldo	+ 65 595	+ 47 370	+ 66 463	+ 6 500	+ 7 395	+ 6 621	+ 7 308	+ 7 133	+ 6 686
darunter:										
Vereinigte Staaten	Ausfuhr	118 680	103 476	122 038	10 938	13 816	11 908	13 428	14 300	12 422
	Einfuhr	71 334	67 694	72 131	6 097	7 560	6 739	7 833	8 397	7 575
	Saldo	+ 47 346	+ 35 782	+ 49 907	+ 4 842	+ 6 256	+ 5 169	+ 5 595	+ 5 903	+ 4 846
3. Asien	Ausfuhr	221 278	208 146	224 993	19 914	22 426	18 433	20 805	20 951	19 775
	Einfuhr	227 036	226 646	266 954	24 732	29 579	29 442	32 509	29 440	27 493
	Saldo	- 5 759	- 18 500	- 41 961	- 4 818	- 7 153	- 11 009	- 11 704	- 8 489	- 7 718
darunter:										
Länder des nahen und mittleren Ostens	Ausfuhr	28 663	25 882	26 112	2 200	2 516	1 979	2 214	2 454	2 347
	Einfuhr	7 460	6 721	7 506	701	734	959	1 042	1 057	1 091
	Saldo	+ 21 202	+ 19 161	+ 18 606	+ 1 499	+ 1 782	+ 1 020	+ 1 172	+ 1 397	+ 1 256
Japan	Ausfuhr	20 662	17 396	18 238	1 736	1 916	1 612	1 680	1 642	1 580
	Einfuhr	23 904	21 427	23 485	1 930	2 110	2 082	2 220	2 078	1 943
	Saldo	- 3 243	- 4 032	- 5 247	- 195	- 194	- 470	- 540	- 435	- 363
Volksrepublik China 2)	Ausfuhr	95 984	95 840	103 690	9 062	10 437	8 248	9 205	9 098	8 893
	Einfuhr	110 054	117 373	142 388	13 541	16 685	16 717	17 191	16 275	14 568
	Saldo	- 14 070	- 21 533	- 38 698	- 4 479	- 6 248	- 8 469	- 7 986	- 7 177	- 5 675
Neue Industriestaaten und Schwellenländer Asiens 3)	Ausfuhr	54 164	50 590	55 241	4 985	5 429	4 782	5 431	5 570	5 074
	Einfuhr	51 748	48 222	55 399	5 033	5 530	5 329	7 283	5 699	5 303
	Saldo	+ 2 416	+ 2 368	- 158	- 49	- 101	- 547	- 1 852	- 129	- 229
4. Ozeanien und Polarregionen	Ausfuhr	11 221	10 685	11 655	1 092	1 297	1 182	1 251	1 011	1 143
	Einfuhr	3 872	3 861	4 183	407	708	616	757	785	774
	Saldo	+ 7 349	+ 6 824	+ 7 472	+ 685	+ 589	+ 566	+ 494	+ 226	+ 369

* Quelle: Statistisches Bundesamt. Ausfuhr (fob) nach Bestimmungsländern, Einfuhr (cif) aus Ursprungsländern. Ausweis der Länder und Ländergruppen nach dem jeweils neuesten Stand. EU ohne Vereinigtes Königreich. 1 Einschl. Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf sowie anderer regional nicht zuordenbarer Angaben. 2 Ohne Hongkong. 3 Brunei Darussalam, Hongkong, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Republik Korea, Singapur, Taiwan und Thailand.

XII. Außenwirtschaft

4. Dienstleistungen und Primäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Dienstleistungen								Primäreinkommen		
	Insgesamt	darunter:							Arbeitnehmer-entgelt	Vermögens-einkommen	Sonstiges Primär-einkommen 3)
		Transport-leistungen	Reise-verkehr 1)	Finanzdienst-leistungen	Gebühren für die Nutzung von geistigem Eigentum	Telekommuni-kations-, EDV- und Informa-tionsdienst-leistungen	Sonstige unternehmens-bezogene Dienst-leistungen	Regierungs-leistungen 2)			
2017	- 23 994	- 3 679	- 43 558	+ 9 613	+ 14 903	- 8 188	- 1 065	+ 2 177	+ 1 139	+ 76 669	- 1 403
2018	- 15 806	- 2 044	- 44 543	+ 10 060	+ 17 219	- 7 060	+ 723	+ 3 322	+ 671	+ 112 223	- 1 004
2019	- 18 100	- 72	- 45 947	+ 10 999	+ 18 299	- 9 697	- 2 984	+ 3 489	+ 846	+ 115 462	- 949
2020	+ 2 725	- 9 392	- 14 678	+ 10 239	+ 17 546	- 7 107	- 4 382	+ 3 363	+ 3 234	+ 97 017	- 1 471
2021	+ 314	- 12 067	- 21 924	+ 8 737	+ 31 878	- 7 515	- 8 523	+ 3 513	+ 2 605	+ 126 146	- 2 145
2020 4.Vj.	+ 5 599	- 2 902	- 98	+ 2 713	+ 4 880	- 928	- 1 007	+ 668	+ 1 067	+ 29 998	+ 3 255
2021 1.Vj.	+ 3 281	- 3 183	- 13	+ 2 251	+ 5 756	- 2 478	- 1 436	+ 884	+ 1 324	+ 31 487	- 997
2.Vj.	+ 6 401	- 2 075	- 2 151	+ 2 589	+ 8 007	- 1 329	- 1 164	+ 914	+ 494	+ 21 077	- 2 947
3.Vj.	- 8 160	- 2 259	- 14 130	+ 1 221	+ 9 080	- 2 169	- 2 331	+ 946	- 77	+ 35 585	- 1 232
4.Vj.	- 1 208	- 4 551	- 5 629	+ 2 676	+ 9 035	- 1 539	- 3 592	+ 769	+ 864	+ 37 996	+ 3 031
2022 1.Vj.	- 2 468	- 5 551	- 4 636	+ 2 301	+ 7 619	- 3 220	- 1 746	+ 949	+ 1 233	+ 36 924	- 1 262
2.Vj.	- 7 257	- 1 607	- 12 055	+ 2 874	+ 6 058	- 1 919	- 2 799	+ 1 012	+ 320	+ 20 189	- 3 791
2021 Sept.	- 2 105	- 861	- 5 532	+ 753	+ 3 543	- 552	- 469	+ 353	- 8	+ 12 871	- 416
Okt.	- 2 802	- 1 157	- 3 543	+ 1 115	+ 2 593	- 637	- 1 813	+ 285	+ 248	+ 12 006	- 472
Nov.	+ 71	- 1 122	- 1 354	+ 646	+ 3 318	- 830	- 1 478	+ 182	+ 252	+ 12 184	- 415
Dez.	+ 1 523	- 2 272	- 733	+ 915	+ 3 125	- 72	- 301	+ 302	+ 364	+ 13 807	+ 3 918
2022 Jan.	- 338	- 1 741	- 1 141	+ 894	+ 2 714	- 1 340	- 458	+ 311	+ 437	+ 13 068	- 405
Febr.	+ 414	- 1 844	- 1 249	+ 714	+ 2 773	- 875	- 232	+ 322	+ 434	+ 10 396	- 415
März	- 2 543	- 1 966	- 2 246	+ 694	+ 2 132	- 1 005	- 1 056	+ 317	+ 361	+ 13 460	- 441
April	- 1 170	- 805	- 2 247	+ 912	+ 2 189	- 1 203	- 726	+ 307	+ 68	+ 11 054	- 625
Mai	- 2 569	- 576	- 3 777	+ 847	+ 1 854	- 718	- 1 049	+ 325	+ 102	- 3 546	- 2 410
Juni	- 3 519	- 226	- 6 032	+ 1 115	+ 2 015	+ 1	- 1 024	+ 381	+ 150	+ 12 681	- 756
Juli p)	- 7 401	- 951	- 5 781	+ 498	+ 1 206	- 1 399	- 1 401	+ 346	- 75	+ 11 320	- 510

1 Seit 2001 werden auf der Ausgabenseite die Stichprobenergebnisse einer Haushaltsbefragung genutzt. 2 Einnahmen und Ausgaben öffentlicher Stellen für Dienstleistungen, soweit sie nicht unter anderen Positionen ausgewiesen sind; einschl. Einnahmen

ausländischer militärischer Dienststellen. 3 Enthält unter anderem Pacht, Produktions- und Importabgaben an die EU sowie Subventionen von der EU.

5. Sekundäreinkommen und Vermögensänderungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Sekundäreinkommen						Vermögensänderungsbilanz			
	Insgesamt	Staat		Alle Sektoren ohne Staat 2)			Insgesamt	Nicht produziertes Sachvermögen	Vermögens-übertragungen	
		Insgesamt	darunter:	Insgesamt	darunter:	Persönliche Über-tragungen 3)				darunter: Heimat-überweisungen
2017	- 51 673	- 23 191	- 9 851	+ 9 665	- 28 482	.	+ 4 613	- 2 936	+ 926	- 3 863
2018	- 50 338	- 28 710	- 10 186	+ 10 230	- 21 627	.	+ 5 142	+ 580	+ 3 349	- 2 769
2019	- 49 811	- 28 986	- 10 728	+ 11 742	- 20 825	.	+ 5 431	+ 887	+ 3 028	- 3 915
2020	- 52 727	- 34 127	- 12 239	+ 10 929	- 18 600	.	+ 5 908	- 5 829	+ 380	- 6 209
2021	- 54 090	- 32 567	- 7 039	+ 11 982	- 21 523	.	+ 6 170	- 1 376	+ 3 191	- 4 567
2020 4.Vj.	- 18 238	- 13 375	- 4 391	+ 1 752	- 4 863	+ 1 482	+ 1 477	- 3 783	+ 295	- 4 078
2021 1.Vj.	- 17 276	- 11 088	+ 327	+ 2 297	- 6 188	.	+ 1 543	- 331	+ 123	- 454
2.Vj.	- 8 225	- 3 644	- 1 113	+ 5 341	- 4 582	.	+ 1 543	- 1 788	- 1 578	- 211
3.Vj.	- 14 029	- 8 787	- 2 834	+ 2 199	- 5 242	.	+ 1 543	+ 1 745	+ 2 918	- 1 173
4.Vj.	- 14 560	- 9 048	- 3 420	+ 2 144	- 5 511	+ 1 548	+ 1 543	- 1 002	+ 1 728	- 2 730
2022 1.Vj.	- 16 388	- 10 040	- 2 369	+ 2 410	- 6 348	.	+ 1 598	- 1 865	- 1 885	+ 20
2.Vj.	- 11 343	- 5 179	- 2 495	+ 7 315	- 6 164	+ 1 603	+ 1 598	- 3 775	- 3 027	- 748
2021 Sept.	- 4 406	- 2 512	- 240	+ 1 077	- 1 894	.	+ 514	+ 1 877	+ 2 440	- 563
Okt.	- 5 099	- 3 257	- 122	+ 472	- 1 843	+ 516	+ 514	+ 416	+ 786	- 370
Nov.	- 5 582	- 3 691	- 743	+ 347	- 1 892	+ 516	+ 514	- 1 153	+ 513	- 640
Dez.	- 3 878	- 2 101	- 2 555	+ 1 325	- 1 777	+ 516	+ 514	- 265	+ 1 455	- 1 720
2022 Jan.	- 6 074	- 4 295	- 1 394	+ 454	- 1 779	.	+ 533	- 104	- 291	+ 187
Febr.	- 5 421	- 3 893	- 829	+ 940	- 1 527	+ 534	+ 533	- 1 297	- 1 257	- 40
März	- 4 893	- 1 852	- 145	+ 1 016	- 3 041	+ 537	+ 533	- 464	- 337	- 127
April	- 4 684	- 2 757	- 420	+ 1 117	- 1 928	+ 534	+ 533	- 1 272	- 790	- 482
Mai	- 1 046	+ 1 349	- 488	+ 4 973	- 2 396	+ 534	+ 533	- 2 772	- 2 363	- 409
Juni	- 5 612	- 3 772	- 1 587	+ 1 225	- 1 840	+ 535	+ 533	+ 269	+ 126	+ 142
Juli p)	- 6 666	- 4 710	- 1 782	+ 434	- 1 955	+ 535	+ 533	- 2 116	- 1 618	- 498

1 Ohne Vermögensübertragungen, soweit erkennbar. Enthält unentgeltliche Leistungen im Rahmen internationaler Kooperationen und sonstiger laufender Übertragungen.

2 Enthält Prämien und Leistungen von Versicherungen (ohne Lebensversicherungen). 3 Übertragungen zwischen inländischen und ausländischen Haushalten.

XII. Außenwirtschaft

6. Kapitalbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Position	2019	2020	2021	2021		2022			
				4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	Mai	Juni	Juli p)
I. Inländische Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme: +)	+ 251 072	+ 739 081	+ 844 810	+ 276 086	+ 204 882	+ 114 464	+ 29 810	+ 69 220	- 49 306
1. Direktinvestitionen	+ 139 279	+ 119 458	+ 163 651	+ 38 791	+ 44 793	+ 53 963	+ 9 761	+ 15 446	- 323
Beteiligungskapital	+ 116 157	+ 90 170	+ 113 012	+ 11 956	+ 29 186	+ 24 419	+ 8 791	+ 5 560	+ 4 537
darunter:									
Reinvestierte Gewinne 1)	+ 40 785	+ 21 039	+ 55 475	+ 7 203	+ 20 797	+ 13 306	+ 3 698	+ 4 227	+ 2 229
Direktinvestitionskredite	+ 23 122	+ 29 288	+ 50 638	+ 26 835	+ 15 607	+ 29 545	+ 969	+ 9 885	- 4 860
2. Wertpapieranlagen	+ 134 961	+ 191 740	+ 221 477	+ 42 049	+ 59 730	+ 1 603	+ 1 845	+ 7 027	- 16 512
Aktien 2)	+ 13 672	+ 65 214	+ 56 007	+ 12 910	+ 7 228	+ 4 986	+ 1 539	- 2 383	- 4 034
Investmentfondsanteile 3)	+ 53 708	+ 62 585	+ 103 434	+ 39 858	+ 3 970	+ 1 293	+ 548	- 1 368	- 1 543
kurzfristige									
Schuldverschreibungen 4)	+ 7 424	+ 3 852	- 6 256	- 10 366	+ 1 329	- 2 152	- 4 594	+ 463	- 1 603
langfristige									
Schuldverschreibungen 5)	+ 60 157	+ 60 089	+ 68 292	- 353	+ 47 202	- 2 523	+ 4 351	+ 10 315	- 9 331
3. Finanzderivate und									
Mitarbeiteroptionen 6)	+ 24 544	+ 96 276	+ 60 977	+ 18 916	+ 10 566	+ 10 694	- 894	+ 4 187	+ 3 363
4. Übriger Kapitalverkehr 7)	- 47 168	+ 331 659	+ 366 813	+ 176 081	+ 87 593	+ 47 606	+ 18 938	+ 42 207	- 35 350
Monetäre Finanzinstitute 8)	+ 9 256	- 4 522	+ 112 866	- 15 065	+ 139 954	- 19 411	- 593	- 15 282	+ 5 990
kurzfristig	- 8 901	+ 3 526	+ 99 548	- 26 717	+ 131 275	- 7 349	+ 2 500	- 11 918	- 4 370
langfristig	+ 18 157	- 8 048	+ 13 318	+ 11 652	+ 8 679	- 12 061	- 3 093	- 3 364	+ 10 359
Unternehmen und									
Privatpersonen 9)	+ 14 348	+ 90 994	+ 138 858	+ 44 797	+ 45 131	+ 30 105	- 1 533	+ 4 030	+ 8 306
kurzfristig	+ 793	+ 45 448	+ 124 088	+ 46 917	+ 43 566	+ 24 008	- 2 647	+ 1 814	+ 6 196
langfristig	+ 13 555	+ 45 545	+ 14 770	- 2 119	+ 1 565	+ 6 097	+ 1 115	+ 2 216	+ 2 110
Staat	+ 144	+ 2 076	- 8 305	+ 756	- 5 842	- 10 764	- 3 631	- 5 340	+ 3 099
kurzfristig	+ 3 357	+ 3 461	- 7 502	+ 1 061	- 5 362	- 10 180	- 3 638	- 4 884	+ 3 059
langfristig	- 3 213	- 1 385	- 803	- 305	- 480	- 584	+ 7	- 456	+ 40
Bundesbank	- 70 915	+ 243 112	+ 123 394	+ 145 592	- 91 650	+ 47 675	+ 24 695	+ 58 799	- 52 744
5. Währungsreserven	- 544	- 51	+ 31 892	+ 250	+ 2 200	+ 597	+ 161	+ 353	- 484
II. Ausländische Nettokapitalanlagen im Inland (Zunahme: +)	+ 64 756	+ 522 566	+ 530 060	+ 189 772	+ 110 879	+ 58 590	+ 28 410	+ 21 623	- 28 265
1. Direktinvestitionen	+ 63 683	+ 122 929	+ 61 833	+ 5 884	+ 40 074	+ 13 168	- 6 995	+ 4 198	- 14 127
Beteiligungskapital	+ 23 492	+ 43 862	+ 36 972	+ 9 840	+ 4 684	+ 5 410	+ 3 335	+ 1 390	- 2 233
darunter:									
Reinvestierte Gewinne 1)	- 492	+ 1 880	+ 4 787	+ 1 952	+ 3 284	+ 1 347	- 513	+ 986	- 2 560
Direktinvestitionskredite	+ 40 192	+ 79 068	+ 24 861	- 3 956	+ 35 390	+ 7 758	- 10 331	+ 2 808	- 11 894
2. Wertpapieranlagen	+ 65 309	+ 148 877	- 33 617	- 53 336	+ 21 283	- 15 738	- 2 350	+ 5 003	- 14 566
Aktien 2)	- 7 275	- 15 982	- 3 703	- 7 583	- 9 199	- 5 940	- 690	- 1 534	- 1 762
Investmentfondsanteile 3)	- 4 519	+ 1 862	- 2 760	- 2 847	- 2 211	+ 1 352	+ 625	+ 264	- 1 771
kurzfristige									
Schuldverschreibungen 4)	+ 14 400	+ 83 707	+ 25 027	- 6 073	- 5 244	- 7 004	- 7 046	+ 7 527	- 5 837
langfristige									
Schuldverschreibungen 5)	+ 62 704	+ 79 290	- 52 181	- 36 833	+ 37 937	- 4 145	+ 4 761	- 1 253	- 5 196
3. Übriger Kapitalverkehr 7)	- 64 237	+ 250 760	+ 501 843	+ 237 225	+ 49 522	+ 61 159	+ 37 756	+ 12 422	+ 427
Monetäre Finanzinstitute 8)	- 10 214	+ 108 323	+ 159 384	- 114 455	+ 266 244	+ 6 112	+ 17 906	- 17 408	- 546
kurzfristig	- 20 978	+ 74 805	+ 115 401	- 127 741	+ 290 964	+ 2 551	+ 13 731	- 17 283	- 2 233
langfristig	+ 10 764	+ 33 517	+ 43 984	+ 13 286	- 24 720	+ 3 561	+ 4 175	- 125	+ 1 687
Unternehmen und									
Privatpersonen 9)	+ 43 978	+ 39 313	+ 120 200	+ 89 278	- 14 909	+ 39 341	+ 4 273	+ 10 027	+ 14 878
kurzfristig	+ 11 681	+ 18 361	+ 115 536	+ 80 436	- 17 519	+ 37 724	+ 4 351	+ 10 058	+ 15 882
langfristig	+ 32 297	+ 20 952	+ 4 663	+ 8 842	+ 2 610	+ 1 618	- 79	- 31	- 1 004
Staat	+ 1 620	- 7 817	- 4 537	- 246	- 641	- 641	+ 37	- 611	+ 2 257
kurzfristig	+ 1 424	- 7 664	- 2 186	- 661	+ 2 078	- 760	+ 17	- 617	+ 2 238
langfristig	+ 196	- 153	- 2 351	+ 416	- 2 719	+ 119	+ 19	+ 6	+ 19
Bundesbank	- 99 621	+ 110 941	+ 226 796	+ 262 648	- 201 172	+ 16 347	+ 15 541	+ 20 414	- 16 161
III. Saldo der Kapitalbilanz (Zunahme an Nettoauslandsvermögen: + / Abnahme: -)	+ 186 317	+ 216 515	+ 314 750	+ 86 314	+ 94 003	+ 55 875	+ 1 400	+ 47 597	- 21 040

1 Geschätzt auf der Grundlage der Angaben über den Stand der Direktinvestitionen im Ausland und in der Bundesrepublik Deutschland (siehe Statistische Fachreihe, Direktinvestitionskredite). 2 Einschl. Genussscheine. 3 Einschl. reinvestierter Erträge. 4 Kurzfristig: ursprüngliche Laufzeit bis zu einem Jahr. 5 Bis einschl. 2012 bereinigt um Stückzinsen. Langfristig: ursprüngliche Laufzeit von mehr als einem Jahr oder keine

Laufzeitbegrenzung. 6 Saldo der Transaktionen aus Optionen und Finanztermingeschäften. 7 Enthält insbesondere Finanz- und Handelskredite sowie Bargeld und Einlagen. 8 Ohne Bundesbank. 9 Enthält finanzielle Kapitalgesellschaften (ohne Monetäre Finanzinstitute) sowie nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck.

XII. Außenwirtschaft

7. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank *)

Mio €

Stand zum Ende des Berichtszeitraums	Auslandsaktiva										Auslands-passiva 3) 4)	Netto-Auslands-position 5)
	Währungsreserven					Übrige Kapitalanlagen						
	Insgesamt	Insgesamt	Gold und Gold-forderungen	Sonder-ziehungs-rechte	Reserve-position im IWF	Bargeld, Ein-lagen und Wertpapier-anlagen	Insgesamt	darunter: Verrechnungs-konten innerhalb des ESZB 1)	Wertpapier-anlagen 2)			
1999 Jan. 6)	95 316	93 940	29 312	1 598	6 863	56 167	1 376	–	–	–	9 628	85 688
2002	103 948	85 002	36 208	1 888	6 384	40 522	18 780	4 995	166	–	66 278	37 670
2003	95 394	76 680	36 533	1 540	6 069	32 538	18 259	4 474	454	–	83 329	12 065
2004	93 110	71 335	35 495	1 512	5 036	29 292	21 110	7 851	665	–	95 014	1 904
2005	130 268	86 181	47 924	1 601	2 948	33 708	43 184	29 886	902	–	115 377	14 891
2006	104 389	84 765	53 114	1 525	1 486	28 640	18 696	5 399	928	–	134 697	30 308
2007	179 492	92 545	62 433	1 469	949	27 694	84 420	71 046	2 527	–	176 569	2 923
2008	230 775	99 185	68 194	1 576	1 709	27 705	129 020	115 650	2 570	–	237 893	7 118
2009	323 286	125 541	83 939	13 263	2 705	25 634	190 288	177 935	7 458	–	247 645	75 641
2010	524 695	162 100	115 403	14 104	4 636	27 957	337 921	325 553	24 674	–	273 241	251 454
2011	714 662	184 603	132 874	14 118	8 178	29 433	475 994	463 311	54 065	–	333 730	380 932
2012	921 002	188 630	137 513	13 583	8 760	28 774	668 672	655 670	63 700	–	424 999	496 003
2013	721 741	143 753	94 876	12 837	7 961	28 080	523 153	510 201	54 834	–	401 524	320 217
2014	678 804	158 745	107 475	14 261	6 364	30 646	473 274	460 846	46 784	–	396 314	282 490
2015	800 709	159 532	105 792	15 185	5 132	33 423	596 638	584 210	44 539	–	481 787	318 921
2016	990 450	175 765	119 253	14 938	6 581	34 993	767 128	754 263	47 557	–	592 723	397 727
2017	1 142 845	166 842	117 347	13 987	4 294	31 215	923 765	906 941	52 238	–	668 527	474 318
2018	1 209 982	173 138	121 445	14 378	5 518	31 796	980 560	966 190	56 284	–	770 519	439 462
2019	1 160 971	199 295	146 562	14 642	6 051	32 039	909 645	895 219	52 031	–	663 320	497 651
2020	1 429 236	219 127	166 904	14 014	8 143	30 066	1 152 757	1 136 002	57 353	–	781 339	647 898
2021	1 592 822	261 387	173 821	14 691	8 426	32 649	1 276 150	1 260 673	55 285	–	1 009 488	583 334
2020 März	1 218 815	213 722	158 677	14 812	5 965	34 268	952 781	935 126	52 312	–	617 919	600 896
April	1 214 851	226 903	170 359	14 935	6 857	34 753	934 333	918 814	53 615	–	616 319	598 532
Mai	1 209 328	223 125	167 780	14 650	6 787	33 908	931 521	916 145	54 682	–	612 403	596 925
Juni	1 294 167	226 135	170 728	14 603	6 955	33 849	1 012 982	995 083	55 050	–	618 825	675 342
Juli	1 323 691	233 547	180 400	14 179	7 465	31 503	1 034 282	1 019 214	55 862	–	599 189	724 503
Aug.	1 358 137	230 309	177 973	14 129	7 423	30 784	1 071 521	1 056 231	56 307	–	600 390	757 747
Sept.	1 414 933	227 150	173 979	14 293	7 632	31 246	1 131 686	1 115 189	56 097	–	649 781	765 151
Okt.	1 346 367	227 767	174 433	14 346	7 656	31 332	1 061 498	1 047 327	57 102	–	619 445	726 922
Nov.	1 347 202	212 286	159 737	14 193	7 535	30 820	1 078 270	1 060 263	56 647	–	625 921	721 282
Dez.	1 429 236	219 127	166 904	14 014	8 143	30 066	1 152 757	1 136 002	57 353	–	781 339	647 898
2021 Jan.	1 348 921	219 860	166 494	14 115	8 061	31 190	1 072 140	1 054 994	56 921	–	638 042	710 879
Febr.	1 328 303	210 619	157 313	14 119	8 047	31 140	1 060 378	1 043 746	57 306	–	616 473	711 830
März	1 364 046	209 400	155 323	14 367	7 966	31 744	1 098 486	1 081 989	56 160	–	647 647	716 400
April	1 307 161	210 799	158 143	14 085	7 836	30 735	1 041 472	1 024 734	54 890	–	604 863	702 299
Mai	1 370 231	221 201	168 678	14 037	7 809	30 677	1 093 721	1 076 918	55 309	–	621 827	748 404
Juni	1 384 834	213 600	159 995	14 326	8 094	31 184	1 115 447	1 101 897	55 787	–	670 632	714 202
Juli	1 319 694	219 775	165 984	14 345	8 104	31 343	1 042 015	1 024 970	57 903	–	657 905	661 789
Aug.	1 360 722	250 742	165 757	14 091	8 174	31 720	1 053 653	1 037 259	56 327	–	699 773	660 949
Sept.	1 431 909	246 908	160 943	14 606	8 267	32 092	1 130 558	1 115 126	54 443	–	746 128	685 781
Okt.	1 388 160	250 340	164 602	14 719	8 449	31 570	1 083 141	1 066 604	54 678	–	735 595	652 564
Nov.	1 456 861	258 815	170 460	14 375	8 405	33 575	1 142 719	1 127 545	55 327	–	773 217	683 644
Dez.	1 592 822	261 387	173 821	14 691	8 426	32 649	1 276 150	1 260 673	55 285	–	1 009 488	583 334
2022 Jan.	1 479 694	261 965	173 362	14 931	8 504	33 168	1 163 561	1 149 868	54 168	–	807 889	671 805
Febr.	1 491 552	273 726	184 255	14 854	8 711	33 905	1 164 098	1 149 722	53 729	–	774 786	716 766
März	1 516 744	277 782	187 779	14 375	8 663	33 965	1 184 501	1 169 952	54 462	–	808 690	708 055
April	1 491 558	288 953	196 274	14 617	8 799	35 263	1 148 681	1 135 400	53 923	–	790 221	701 337
Mai	1 505 419	278 174	186 481	14 031	8 681	34 980	1 173 376	1 159 716	53 869	–	805 179	700 240
Juni	1 566 099	281 157	187 573	14 712	8 948	35 923	1 232 176	1 216 530	52 767	–	826 280	739 819
Juli	1 514 570	280 910	185 950	14 465	9 086	36 409	1 179 431	1 166 155	54 229	–	810 881	703 689
Aug.	1 590 572	280 160	184 794	14 614	9 300	36 451	1 258 187	1 245 014	52 225	–	842 576	747 996

* Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber allen Ländern innerhalb und außerhalb des Euroraums. Bis Dezember 2000 sind die Bestände zu jedem Quartalsende aufgrund der Neubewertung zu Marktpreisen ausgewiesen; innerhalb eines Quartals erfolgte die Ermittlung des Bestandes jedoch auf der Grundlage kumulierter Transaktionswerte. Ab Januar 2001 werden alle Monatsstände zu Marktpreisen bewertet. 1 Enthält vor allem die Netto-Forderungen aus dem Target-System (in der jeweiligen Länderabgrenzung), seit November 2000 auch die Salden gegenüber den Zentralbanken des Nicht-Euroraums innerhalb des ESZB. 2 In der Hauptsache langfristige Schuldverschreibungen von Emittenten innerhalb des Euroraums. 3 Einschl. Schätzungen zum Bargeldumlauf im Ausland. 4 Vgl. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Oktober 2014, Seite 24. 5 Differenz aus Auslandsaktiva und Auslandspassiva. 6 Euro-Eröffnungsbilanz der Bundesbank zum 1. Januar 1999.

ung), seit November 2000 auch die Salden gegenüber den Zentralbanken des Nicht-Euroraums innerhalb des ESZB. 2 In der Hauptsache langfristige Schuldverschreibungen von Emittenten innerhalb des Euroraums. 3 Einschl. Schätzungen zum Bargeldumlauf im Ausland. 4 Vgl. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Oktober 2014, Seite 24. 5 Differenz aus Auslandsaktiva und Auslandspassiva. 6 Euro-Eröffnungsbilanz der Bundesbank zum 1. Januar 1999.

XII. Außenwirtschaft

8. Auslandspositionen der Unternehmen *)

Mio €

Stand zum Ende des Berichts- zeitraums	Forderungen an das Ausland						Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland							
	insgesamt	Guthaben bei aus- ländischen Banken	Forderungen an ausländische Nichtbanken				insgesamt	Banken	Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Nichtbanken					
			insgesamt	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten				insgesamt	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten			
					insgesamt	gewährte Zahlungs- ziele					geleistete An- zahlungen	insgesamt	in An- spruch ge- nommene Zahlungs- ziele	empfan- gene An- zahlungen
Alle Länder														
2018	933 849	234 970	698 880	466 225	232 654	217 969	14 686	1 232 594	146 575	1 086 019	879 752	206 267	135 214	71 053
2019	963 967	227 688	736 279	502 594	233 685	217 370	16 314	1 305 705	167 656	1 138 048	927 650	210 399	134 768	75 630
2020	1 021 200	248 779	772 421	544 059	228 362	211 891	16 471	1 394 364	171 998	1 222 366	1 012 503	209 863	129 098	80 766
2021	1 152 509	260 321	892 188	604 424	287 764	270 847	16 917	1 548 984	218 886	1 330 098	1 066 016	264 082	175 351	88 730
2022 Febr.	1 197 848	268 435	929 412	620 512	308 901	280 714	28 187	1 567 699	214 946	1 352 753	1 072 422	280 331	180 331	99 999
März	1 215 926	280 049	935 878	614 010	321 868	293 304	28 564	1 575 472	200 446	1 375 026	1 081 713	293 313	193 098	100 215
April	1 266 969	290 472	976 498	651 264	325 234	296 190	29 044	1 629 738	212 997	1 416 741	1 123 694	293 047	189 904	103 142
Mai	1 258 386	278 294	980 092	649 343	330 749	301 007	29 741	1 619 688	207 553	1 412 135	1 114 726	297 409	193 823	103 586
Juni	1 271 963	256 426	1 015 537	669 832	345 705	315 398	30 307	1 641 340	192 674	1 448 666	1 134 510	314 156	210 108	104 048
Juli p)	1 277 391	263 896	1 013 495	670 651	342 844	312 852	29 992	1 649 018	211 952	1 437 066	1 123 812	313 253	207 761	105 492
EU-Länder (27 ohne GB)														
2018	544 009	177 064	366 944	274 402	92 542	84 191	8 351	801 772	88 161	713 611	631 814	81 798	61 161	20 637
2019	572 324	176 847	395 476	304 605	90 871	82 120	8 752	836 863	91 122	745 740	660 385	85 355	62 692	22 664
2020	609 449	187 703	421 746	332 983	88 763	79 780	8 983	884 904	95 716	789 188	702 991	86 197	61 357	24 841
2021	660 768	198 911	461 857	350 591	111 266	102 689	8 578	978 060	153 424	824 636	713 878	110 758	84 237	26 521
2022 Febr.	681 358	211 676	469 682	348 920	120 762	108 053	12 709	973 954	142 276	831 677	716 073	115 604	84 901	30 703
März	699 393	215 782	483 611	355 742	127 869	115 140	12 729	981 025	136 454	844 571	725 830	118 742	88 163	30 579
April	728 052	231 393	496 659	365 832	130 827	118 000	12 827	996 555	136 904	859 651	740 339	119 311	87 983	31 328
Mai	722 157	220 735	501 423	366 255	135 167	122 235	12 933	999 363	134 322	865 041	740 291	124 749	93 032	31 717
Juni	721 354	201 319	520 035	377 912	142 123	128 838	13 285	1 008 127	131 237	876 890	742 665	134 224	102 643	31 581
Juli p)	731 081	212 348	518 733	376 491	142 242	129 009	13 233	1 022 030	147 798	874 231	740 636	133 596	101 414	32 181
Extra-EU-Länder (27 einschl. GB)														
2018	389 841	57 905	331 935	191 823	140 112	133 777	6 335	430 822	58 415	372 408	247 939	124 469	74 053	50 416
2019	391 643	50 841	340 803	197 989	142 814	135 251	7 563	468 842	76 534	392 308	267 265	125 043	72 077	52 967
2020	411 751	61 076	350 675	211 076	139 599	132 112	7 487	509 460	76 282	433 178	309 512	123 666	67 741	55 925
2021	491 741	61 410	430 331	253 833	176 498	168 158	8 340	570 924	65 462	505 463	352 138	153 324	91 115	62 210
2022 Febr.	516 490	56 759	459 731	271 591	188 139	172 661	15 478	593 744	72 670	521 074	356 349	164 725	95 429	69 297
März	516 534	64 267	452 267	258 268	193 999	178 164	15 835	594 446	63 991	530 455	355 883	174 572	104 935	69 636
April	538 918	59 079	479 839	285 432	194 407	178 190	16 217	633 183	76 093	557 090	383 355	173 735	101 921	71 814
Mai	536 228	57 559	478 669	283 088	195 581	178 773	16 809	620 325	73 231	547 095	374 435	172 660	100 791	71 868
Juni	550 609	55 106	495 502	291 920	203 582	186 560	17 022	633 213	61 437	571 776	391 845	179 931	107 465	72 466
Juli p)	546 310	51 548	494 762	294 160	200 602	183 843	16 760	626 989	64 154	562 835	383 177	179 658	106 347	73 311
Euroraum (19)														
2018	467 428	156 887	310 542	238 963	71 579	64 295	7 283	735 094	68 959	666 136	601 205	64 931	49 138	15 792
2019	493 062	158 102	334 960	264 834	70 127	62 531	7 595	761 144	70 561	690 584	624 607	65 977	48 775	17 202
2020	522 933	166 846	356 087	287 662	68 425	60 750	7 674	799 046	74 101	724 945	658 931	66 014	47 100	18 914
2021	553 838	176 279	377 560	289 330	88 230	80 844	7 386	896 256	131 735	764 521	675 868	88 653	68 232	20 421
2022 Febr.	583 733	192 153	391 581	295 971	95 610	84 169	11 441	893 089	121 854	771 235	679 362	91 874	67 627	24 247
März	596 153	195 325	400 828	299 564	101 264	89 818	11 446	897 685	116 893	780 793	686 158	94 635	70 651	23 984
April	628 773	213 684	415 090	310 796	104 294	92 824	11 470	914 122	116 900	797 222	701 576	95 646	71 124	24 522
Mai	622 482	203 996	418 485	310 720	107 765	96 127	11 638	914 240	112 775	801 465	701 507	99 958	75 219	24 740
Juni	616 656	185 782	430 873	315 885	114 988	103 025	11 963	923 861	111 967	811 894	702 692	109 202	84 715	24 487
Juli p)	620 654	194 736	425 918	310 283	115 635	103 731	11 904	937 477	128 445	809 032	699 947	109 085	84 102	24 983
Extra-Euroraum (19)														
2018	466 421	78 083	388 338	227 262	161 076	153 673	7 403	497 500	77 617	419 883	278 548	141 336	86 075	55 260
2019	470 905	69 586	401 319	237 761	163 558	154 839	8 719	544 560	97 096	447 465	303 043	144 422	85 993	58 428
2020	498 267	81 933	416 334	256 397	159 937	151 141	8 796	595 318	97 897	497 421	353 572	143 849	81 997	61 852
2021	598 671	84 042	514 629	315 094	199 535	190 003	9 532	652 728	87 151	565 577	390 148	175 429	107 119	68 309
2022 Febr.	614 115	76 283	537 832	324 541	213 291	196 545	16 746	674 609	93 092	581 516	393 060	188 456	112 704	75 752
März	619 773	84 723	535 050	314 445	220 604	203 486	17 118	677 787	83 553	594 234	395 555	198 679	122 447	76 231
April	638 196	76 788	561 408	340 468	220 940	203 366	17 574	715 616	96 097	619 519	422 118	197 400	118 780	78 620
Mai	635 904	74 297	561 607	338 623	222 984	204 881	18 103	705 448	94 778	610 670	413 220	197 451	118 605	78 846
Juni	655 307	70 643	584 664	353 947	230 717	212 373	18 344	717 479	80 707	636 772	431 818	204 954	125 393	79 561
Juli p)	656 737	69 159	587 578	360 368	227 210	209 122	18 088	711 541	83 508	628 034	423 866	204 168	123 659	80 509

* Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland werden im Abschnitt IV. Banken in der Tabelle 4 ausgewiesen. Statistisch be-

dingte Zu- und Abgänge sind nicht ausgeschaltet; die Bestandsveränderungen sind insoweit mit den in der Tabelle XII. 7 ausgewiesenen Zahlen nicht vergleichbar.

XII. Außenwirtschaft

9. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen *)

1 EUR = ... Währungseinheiten

Durchschnitt im Jahr bzw. im Monat	Australien	China	Dänemark	Japan	Kanada	Norwegen	Schweden	Schweiz	Vereinigte Staaten	Vereinigtes Königreich
	AUD	CNY	DKK	JPY	CAD	NOK	SEK	CHF	USD	GBP
2010	1,4423	8,9712	7,4473	116,24	1,3651	8,0043	9,5373	1,3803	1,3257	0,85784
2011	1,3484	8,9960	7,4506	110,96	1,3761	7,7934	9,0298	1,2326	1,3920	0,86788
2012	1,2407	8,1052	7,4437	102,49	1,2842	7,4751	8,7041	1,2053	1,2848	0,81087
2013	1,3777	8,1646	7,4579	129,66	1,3684	7,8067	8,6515	1,2311	1,3281	0,84926
2014	1,4719	8,1857	7,4548	140,31	1,4661	8,3544	9,0985	1,2146	1,3285	0,80612
2015	1,4777	6,9733	7,4587	134,31	1,4186	8,9496	9,3535	1,0679	1,1095	0,72584
2016	1,4883	7,3522	7,4452	120,20	1,4659	9,2906	9,4689	1,0902	1,1069	0,81948
2017	1,4732	7,6290	7,4386	126,71	1,4647	9,3270	9,6351	1,1117	1,1297	0,87667
2018	1,5797	7,8081	7,4532	130,40	1,5294	9,5975	10,2583	1,1550	1,1810	0,88471
2019	1,6109	7,7355	7,4661	122,01	1,4855	9,8511	10,5891	1,1124	1,1195	0,87777
2020	1,6549	7,8747	7,4542	121,85	1,5300	10,7228	10,4848	1,0705	1,1422	0,88970
2021	1,5749	7,6282	7,4370	129,88	1,4826	10,1633	10,1465	1,0811	1,1827	0,85960
2021 April	1,5544	7,8051	7,4367	130,49	1,4975	10,0376	10,1620	1,1031	1,1979	0,86527
Mai	1,5653	7,8109	7,4362	132,57	1,4732	10,0931	10,1471	1,0968	1,2146	0,86258
Juni	1,5761	7,7391	7,4364	132,63	1,4713	10,1444	10,1172	1,0940	1,2047	0,85872
Juli	1,5926	7,6536	7,4373	130,35	1,4806	10,3767	10,1979	1,0856	1,1822	0,85613
Aug.	1,6118	7,6237	7,4369	129,28	1,4827	10,4195	10,2157	1,0762	1,1772	0,85287
Sept.	1,6087	7,6007	7,4361	129,66	1,4910	10,1861	10,1710	1,0857	1,1770	0,85683
Okt.	1,5669	7,4500	7,4398	131,21	1,4436	9,8143	10,0557	1,0708	1,1601	0,84694
Nov.	1,5615	7,2927	7,4373	130,12	1,4339	9,9661	10,0459	1,0522	1,1414	0,84786
Dez.	1,5781	7,1993	7,4362	128,80	1,4463	10,1308	10,2726	1,0408	1,1304	0,84875
2022 Jan.	1,5770	7,1922	7,4411	130,01	1,4282	10,0070	10,3579	1,0401	1,1314	0,83503
Febr.	1,5825	7,1957	7,4408	130,66	1,4422	10,0544	10,5342	1,0461	1,1342	0,83787
März	1,4946	6,9916	7,4404	130,71	1,3950	9,7367	10,5463	1,0245	1,1019	0,83638
April	1,4663	6,9605	7,4391	136,61	1,3652	9,6191	10,3175	1,0211	1,0819	0,83655
Mai	1,4995	7,0830	7,4405	136,24	1,3588	10,1453	10,4956	1,0355	1,0579	0,84969
Juni	1,5044	7,0734	7,4392	141,57	1,3537	10,2972	10,6005	1,0245	1,0566	0,85759
Juli	1,4856	6,8538	7,4426	139,17	1,3180	10,1823	10,5752	0,9876	1,0179	0,84955
Aug.	1,4550	6,8884	7,4393	136,85	1,3078	9,8309	10,5021	0,9690	1,0128	0,84499

* Eigene Berechnungen der Durchschnitte auf Basis der täglichen Euro-Referenzkurse der EZB; weitere Euro-Referenzkurse siehe: Statistische Fachreihe Wechselkursstatistik.

10. Euro-Länder und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Ab	Land	Währung	ISO-Währungscode	1 EUR = ... Währungseinheiten
1999 1. Januar	Belgien	Belgischer Franc	BEF	40,3399
	Deutschland	Deutsche Mark	DEM	1,95583
	Finnland	Finnmark	FIM	5,94573
	Frankreich	Französischer Franc	FRF	6,55957
	Irland	Irishes Pfund	IEP	0,787564
	Italien	Italienische Lira	ITL	1 936,27
	Luxemburg	Luxemburgischer Franc	LUF	40,3399
	Niederlande	Holländischer Gulden	NLG	2,20371
	Österreich	Schilling	ATS	13,7603
	Portugal	Escudo	PTE	200,482
	Spanien	Peseta	ESP	166,386
	2001 1. Januar	Griechenland	Drachme	GRD
2007 1. Januar	Slowenien	Tolar	SIT	239,640
2008 1. Januar	Malta	Maltesische Lira	MTL	0,429300
	Zypern	Zypern-Pfund	CYP	0,585274
2009 1. Januar	Slowakei	Slowakische Krone	SKK	30,1260
2011 1. Januar	Estland	Estnische Krone	EEK	15,6466
2014 1. Januar	Lettland	Lats	LVL	0,702804
2015 1. Januar	Litauen	Litas	LTL	3,45280

XII. Außenwirtschaft

11. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft *)

1.Vj. 1999 = 100

Zeit	Effektive Wechselkurse des Euro gegenüber den Währungen der Ländergruppe				Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft								
	EWK-19 1)		EWK-42 2)		auf Basis der Deflatoren des Gesamtabsatzes 3)					auf Basis der Verbraucherpreisindizes gegenüber			
	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	real, auf Basis der Deflatoren des Bruttoinlandsprodukts 3)	real, auf Basis der Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft 3)	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	26 ausgewählten Industrieländern 4)			37 Ländern 5)	26 ausgewählten Industrieländern 4)	37 Ländern 5)	60 Ländern 6)
							insgesamt	davon:					
						Euro-Länder	Nicht-Euro-Länder						
1999	96,2	96,2	96,1	96,2	96,6	96,0	97,9	99,6	95,9	97,7	98,3	98,1	97,8
2000	87,1	86,9	86,2	85,6	88,1	86,2	92,0	97,5	85,5	91,2	93,1	92,3	91,2
2001	87,6	87,2	86,7	84,5	90,2	86,9	91,7	96,6	86,1	90,5	93,0	91,7	91,0
2002	89,8	90,2	89,8	88,0	94,5	90,5	92,4	95,7	88,5	91,1	93,5	92,2	91,9
2003	100,4	101,4	100,8	99,0	106,4	101,6	95,9	94,8	97,6	95,3	97,0	96,7	96,8
2004	104,2	105,2	103,8	102,2	110,9	105,4	96,2	93,6	100,0	95,6	98,5	98,2	98,4
2005	102,8	103,9	101,8	100,5	109,0	102,9	94,8	92,0	98,8	93,3	98,4	97,1	96,7
2006	102,8	103,9	101,2	99,3	109,1	102,3	93,6	90,4	98,2	91,6	98,6	96,7	96,0
2007	106,3	106,8	103,3	101,0	112,7	104,5	94,5	89,6	102,0	92,0	100,9	98,3	97,3
2008	110,1	109,7	105,5	104,8	117,4	106,9	94,9	88,4	105,1	91,3	102,4	98,4	97,5
2009	111,6	110,6	106,7	108,5	120,5	108,0	95,2	89,2	104,7	92,0	101,9	98,6	97,9
2010	104,4	102,9	98,5	100,9	111,9	99,0	92,5	88,7	98,2	88,2	98,8	94,3	92,5
2011	104,2	101,9	96,7	99,3	112,7	98,5	92,1	88,5	97,6	87,4	98,2	93,5	91,9
2012	98,5	96,7	91,1	93,6	107,5	93,7	90,1	88,3	92,5	84,7	95,9	90,5	88,9
2013	102,0	99,8	94,1	96,5	112,2	96,8	92,3	88,8	97,5	86,6	98,1	92,3	90,9
2014	102,3	99,1	94,0	96,6	114,5	97,1	92,9	89,6	97,7	87,4	98,2	92,5	91,5
2015	92,5	89,5	85,5	86,0	106,1	88,6	89,8	90,3	88,9	83,6	94,4	87,8	86,9
2016	95,2	91,4	87,8	p) 87,3	110,1	90,6	90,7	90,7	90,4	84,9	95,0	88,8	88,1
2017	97,4	93,4	88,9	p) 88,0	112,4	91,8	91,9	90,9	93,3	85,7	96,3	89,9	88,9
2018	99,9	95,5	90,5	p) 89,6	117,3	95,0	93,2	91,0	96,4	86,7	97,7	91,2	90,8
2019	98,1	93,1	88,7	p) 87,1	115,4	92,4	92,2	91,2	93,5	85,8	96,4	89,9	89,4
2020	99,6	93,5	p) 89,4	p) 87,7	119,4	93,9	92,4	91,5	93,6	86,5	96,4	90,1	90,2
2021	99,6	93,4	p) 88,6	p) 86,1	120,8	94,2	93,5	92,0	95,7	86,9	97,4	90,7	91,0
2020 März	98,8	93,0			117,8	93,1					96,3	90,0	89,9
April	98,1	92,5			117,5	93,0					96,1	90,0	90,2
Mai	98,3	92,6	88,6	p) 87,5	117,5	92,9	92,0	91,9	91,9	86,4	96,3	90,2	90,2
Juni	99,7	93,8			119,1	94,0					97,0	90,8	90,8
Juli	100,4	94,4			120,3	94,7					97,0	90,0	90,2
Aug.	101,5	94,8	90,3	p) 88,5	122,4	95,8	92,4	91,0	94,2	86,6	97,0	90,7	91,2
Sept.	101,5	94,9			122,4	95,7					96,8	90,6	91,1
Okt.	101,3	94,8			122,4	95,7					96,7	90,5	91,0
Nov.	100,6	94,3	90,5	p) 87,9	121,6	95,1	93,1	91,4	95,6	86,9	96,5	90,1	90,5
Dez.	101,8	95,2			122,9	96,0					97,0	90,5	90,9
2021 Jan.	101,3	95,2			122,4	96,0					98,0	91,4	91,7
Febr.	100,6	94,5	90,0	p) 88,0	121,5	95,1	93,6	91,9	96,1	87,2	97,9	91,2	91,5
März	100,3	94,1			121,2	94,8					97,7	91,1	91,4
April	100,6	94,3			121,9	95,2					97,8	91,2	91,6
Mai	100,8	94,3	89,3	p) 86,4	122,3	95,2	93,6	91,7	96,3	86,9	98,1	91,3	91,8
Juni	100,2	93,7			121,5	94,6					97,9	91,1	91,5
Juli	99,7	93,4			120,8	94,2					97,7	91,0	91,2
Aug.	99,3	93,1	p) 88,7	p) 85,7	120,4	93,8	93,6	92,0	95,8	86,9	97,4	90,7	90,9
Sept.	99,4	93,2			120,4	93,8					97,3	90,7	90,8
Okt.	98,4	92,4			119,5	93,1					96,7	90,0	90,2
Nov.	97,6	91,7	p) 86,5	p) 84,3	118,8	92,6	93,4	92,5	94,7	86,4	96,2	89,5	89,8
Dez.	97,1	91,2			119,0	92,4					95,8	89,0	89,5
2022 Jan.	96,6	91,2			118,6	p) 92,3					96,0	89,0	p) 89,5
Febr.	96,9	91,7	p) 84,6	p) 83,1	118,9	p) 92,7	93,0	92,3	93,9	85,8	96,1	89,1	p) 89,5
März	95,9	91,3			118,4	p) 92,8					96,3	89,5	p) 90,0
April	95,2	89,9			116,4	p) 90,4					96,1	88,9	p) 88,8
Mai	95,6	90,3	116,2	p) 90,3	p) 92,5	p) 92,2	93,0	p) 85,3	96,6	89,6	p) 89,3
Juni	95,9	90,5			116,5	p) 90,3					95,7	88,8	p) 88,4
Juli	94,1	p) 89,0			114,6	p) 89,0					p) 94,9	p) 88,0	p) 87,6
Aug.	93,6	p) 88,7	114,1	p) 88,7	p) 94,4	p) 87,6	p) 87,3

* Der effektive Wechselkurs entspricht dem gewogenen Außenwert der betreffenden Währung. Die Berechnung der Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist methodisch konsistent mit dem Verfahren zur Ermittlung des effektiven Wechselkurses des Euro. Ein Rückgang der Werte bedeutet eine Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit. Die Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen und Dienstleistungen. Nähere Erläuterungen zur Methodik und Wägungsschemata siehe Website der Deutschen Bundesbank (<https://www.bundesbank.de/content/774128>). 1 Berechnungen anhand der gewogenen Durchschnitte der Veränderungen der Euro-Wechselkurse gegenüber den Währungen folgender Länder: Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechien, Ungarn, USA und Vereinigtes Königreich. Soweit die aktuellen Preis- bzw. Lohnindizes noch nicht vorlagen, sind Schätzungen berücksichtigt. 2 Umfasst die Ländergruppe EWK-19 zzgl. folgender Länder: Algerien, Argentinien, Brasilien, Chile, In-

dien, Indonesien, Island, Israel, Kolumbien, Malaysia, Marokko, Mexiko, Neuseeland, Peru, Philippinen, Russische Föderation, Saudi-Arabien, Südafrika, Taiwan, Thailand, Türkei, Ukraine und Vereinigte Arabische Emirate. Die EZB setzt die Veröffentlichung des Euro-Referenzkurses zum Rubel mit Wirkung vom 2. März 2022 bis auf Weiteres aus. Zur Berechnung der effektiven Wechselkurse wird für die Russische Föderation ab diesem Zeitpunkt ein Indikatorkurs verwendet, der sich aus den täglichen von der Bank of Russia festgestellten RUB/USD-Kursen in Verbindung mit dem jeweiligen Euro-Referenzkurs der EZB zum US-Dollar errechnet. 4 Euro-Länder (ab 2001 einschl. Griechenland, ab 2007 einschl. Slowenien, ab 2008 einschl. Malta und Zypern, ab 2009 einschl. Slowakei, ab 2011 einschl. Estland, ab 2014 einschl. Lettland, ab 2015 einschl. Litauen) sowie Dänemark, Japan, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, USA und Vereinigtes Königreich. 5 Euro-Länder (in aktueller Zusammensetzung) sowie die Länder der Gruppe EWK-19. 6 Euro-Länder (in aktueller Zusammensetzung) sowie die Länder der Gruppe EWK-42.

Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank

Diese Übersicht informiert über ausgewählte volkswirtschaftliche und statistische Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank aus neuerer Zeit. Soweit nicht anders vermerkt, stehen die Veröffentlichungen in deutscher und in englischer Sprache sowie im Internet zur Verfügung.

Die gedruckten Veröffentlichungen werden an Interessenten kostenlos abgegeben und sind über das Bestellportal der Bundesbank zu beziehen. Aktualisierte Ergebnisse ausgewählter Statistiken stehen im Internet bereit. Darüber hinaus sind mit den neuen Statistischen Fachreihen Daten in einer neuen Grundstruktur und mit erweiterten Nutzungsoptionen auf der Internetseite der Bundesbank verfügbar.

■ Geschäftsbericht

- Klimawandel und Klimapolitik: Analysebedarf und -optionen aus Notenbanksicht
- Szenariobasierte Bewertungseffekte am Aktienmarkt durch Treibhausgasemissionen

■ Finanzstabilitätsbericht

■ Monatsbericht

Ein Verzeichnis der Aufsätze, die in der Zeit von 2010 bis 2021 veröffentlicht wurden, steht auf der Internetseite der Bundesbank zur Verfügung.

Februar 2022

- Die Wirtschaftslage in Deutschland um die Jahreswende 2021/22

März 2022

- Geldpolitik in einer lang anhaltenden Niedrigzinsphase – Eine Diskussion des Konzeptes der Reversal Rate
- Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2021

Aufsätze im Monatsbericht

November 2021

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Herbst 2021

Dezember 2021

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft für die Jahre 2022 bis 2024
- Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2020

Januar 2022

- Veränderungen im besicherten Geldmarkt

April 2022

- Zu den möglichen gesamtwirtschaftlichen Folgen des Ukrainekriegs: Simulationsrechnungen zu einem verschärften Risikoszenario
- Zur Entwicklung der Verschuldungslage im nichtfinanziellen Privatsektor des Euroraums seit Ausbruch der Corona-Pandemie
- Die Schuldenbremse des Bundes: Möglichkeiten einer stabilitätsorientierten Weiterentwicklung
- Nachfrage nach Euro-Banknoten bei der Bundesbank: aktuelle Entwicklungen

Mai 2022

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 2022

Juni 2022

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft für die Jahre 2022 bis 2024
- Rentenversicherung: Langfristszenarien und Reformoptionen
- Zur kalten Progression im Einkommensteuertarif
- Öffentliche Finanzen im Euroraum: aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen
- Unternehmensbefragungen der Deutschen Bundesbank – Anwendungen zur Bewertung der finanziellen Lage im Unternehmenssektor

Juli 2022

- Eine verteilungsbasierte Vermögensbilanz der privaten Haushalte in Deutschland – Ergebnisse und Anwendungen
- Einflussfaktoren internationaler Portfolioströme
- Grenzüberschreitende Interoperabilität von digitalem Zentralbankgeld
- Staatsschulden im Euroraum: zur Entwicklung der Gläubigerstruktur

August 2022

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Sommer 2022

September 2022

- Negativzinsphase und Pandemie im Spiegel des Bank Lending Survey
- Produktivitätswirkungen der Reallokation im Unternehmenssektor während der Coronavirus-Krise
- Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2021
- Zur Rolle des Internationalen Währungsfonds bei der Krisenprävention und Krisenbewältigung

■ Statistische Fachreihen*)

Außenwirtschaft

- Auslandsvermögen und -verschuldung, monatlich
- Direktinvestitionsstatistiken, April
- Zahlungsbilanzstatistik, monatlich

Banken

- Bankenstatistiken, monatlich
- Zahlungsverkehrs- und Wertpapierabwicklungsstatistiken, September

Geld- und Kapitalmärkte

- Emissionsstatistiken, monatlich
- Investmentfondsstatistik, monatlich
- Kapitalmarktkennzahlen, monatlich

Gesamtwirtschaftliche Rechenwerke

- Finanzierungsrechnung, Juni

Konjunktur und Preise

- Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, monatlich

Unternehmensabschlüsse

- Jahresabschlussstatistik (Hochgerechnete Angaben), Dezember
- Jahresabschlussstatistik (Verhältniszahlen), Mai
- Jahresabschlussstatistik (Verhältniszahlen – vorläufig), Mai
- Konzernabschlussstatistik, Juni/Dezember

Wechselkurse

- Wechselkursstatistik, monatlich

■ Statistische Sonderveröffentlichungen

- 1 Statistik der Banken und sonstigen Finanzinstitute, Richtlinien, Juli 2022¹⁾²⁾
- 2 Bankenstatistik Kundensystematik, Juli 2022²⁾

- 3 Aufbau der bankstatistischen Tabellen, Juli 2013¹⁾²⁾ 18/2022
 Time inconsistency and overdraft use: Evidence from transaction data and behavioral measurement experiments
- 7 Erläuterungen zum Leistungsverzeichnis für die Zahlungsbilanz, September 2013 19/2022
 The impact of German public support transfers on firm finance – Evidence from the Covid-19 crisis

■ Sonderveröffentlichungen

- Makro-ökonomisches Mehr-Länder-Modell, November 1996¹⁾ 20/2022
 Foreign exchange interventions and their impact on expectations: Evidence from the USD/ILS options market
- Europäische Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, Mai 1997¹⁾ 21/2022
 Monetary policy and endogenous financial crises
- Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, August 1999¹⁾ 22/2022
 The augmented bank balance-sheet channel of monetary policy
- Der Markt für deutsche Bundeswertpapiere, Mai 2000 23/2022
 Pulling ourselves up by our bootstraps: the greenhouse gas value of products, enterprises and industries
- Macro-Econometric Multi-Country Model: MEMMOD, Juni 2000 24/2022
 CDS market structure and bond spreads
- Gesetz über die Deutsche Bundesbank, September 2002 25/2022
 Carbon pricing, border adjustment and climate clubs: An assessment with EMuSe
- Die Europäische Union: Grundlagen und Politikbereiche außerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion, April 2005¹⁾ 26/2022
 Spending effects of child-related fiscal transfers
- Die Deutsche Bundesbank – Aufgabenfelder, rechtlicher Rahmen, Geschichte, April 2006¹⁾ 27/2022
 The impact of weight shifts on inflation: Evidence for the euro area HICP
- Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, April 2008 28/2022
 Smart or smash? The effect of financial sanctions on trade in goods and services
- Weltweite Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, März 2013¹⁾

■ Diskussionspapiere^{o)}

- 17/2022
 Would households understand average inflation targeting?

29/2022

Information transmission between banks and the market for corporate control

30/2022

Loan pricing in internal capital markets and the impact of the two-tier system – Finance groups in Germany

31/2022

A review of some recent developments in the modelling and seasonal adjustment of infra-monthly time series

32/2022

New facts on consumer price rigidity in the euro area

33/2022

Going below zero – How do banks react?

34/2022

Global monetary and financial spillovers: Evidence from a new measure of Bundesbank policy shocks

■ Bankrechtliche Regelungen

1 Gesetz über die Deutsche Bundesbank und Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank, Juni 1998

2 Gesetz über das Kreditwesen, Januar 2008¹⁾

2a Solvabilitäts- und Liquiditätsverordnung, Februar 2008²⁾

* Die Statistischen Fachreihen ersetzen die Statistischen Beihefte sowie teilweise die Statistischen Sonderveröffentlichungen und werden ausschließlich auf der Internetseite der Bundesbank in der Rubrik Publikationen/Statistiken angeboten.

○ Diskussionspapiere ab dem Veröffentlichungsjahr 2000 sind im Internet verfügbar.

1 Diese Veröffentlichung ist nur in deutscher Sprache erschienen.

2 Nur im Internet verfügbar.